

CHURCHILL MEMOIREN

DER
ZWEITE
WELT-
KRIEG

★/ I VON KRIEG ZU KRIEG

Aus dem Inhalt:

Der Friede im Zenith

Lauernde Gefahren

Adolf Hitler

*Sanktionen gegen
Italien*

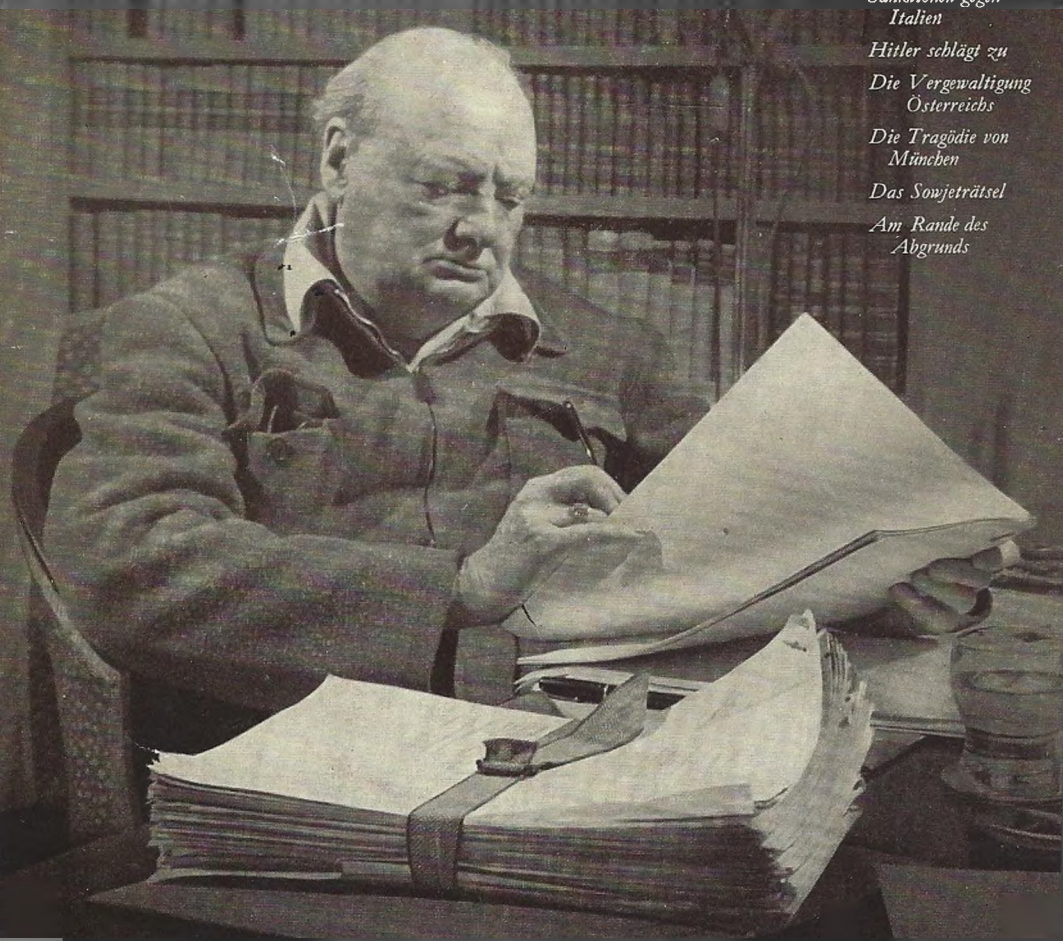
Hitler schlägt zu

*Die Vergewaltigung
Österreichs*

*Die Tragödie von
München*

Das Sowjeträtsel

*Am Rande des
Abgrunds*



Feldmarschall MONTGOMERY
VON DER NORMANDIE ZUR OSTSEE

Montgomerys eigener Kriegsbericht
280 Seiten, mit zahlreichen Planskizzen

*

Im Frühjahr 1949 erscheint

Feldmarschall MONTGOMERY
VON EL ALAMEIN ZUM SANGRO

Montgomerys eigener Kriegsbericht
Dieses Werk bildet den ersten Teil zu dem
bereits erschienenen vorerwähnten Buch

*

General EISENHOWER
VON DER INVASION ZUM SIEG

Eisenhowers eigener Kriegsbericht
280 Seiten / 11 Planskizzen

*

H. C. BUTCHER
DREI JAHRE MIT EISENHOWER

864 Seiten / 9 Illustrationen

*

Fr 2.90

ALAN MOOREHEAD
MONTGOMERY

Ein Lebensbild
400 Seiten / 9 Illustrationen

*

GALEAZZO CIANO
TAGEBÜCHER

In den Churchill-Memoiren oft zitiert
536 Seiten / Ballonleinen

Erster Band | Erster Teil

VON KRIEG ZU KRIEG

Niemand vermag sich ein richtiges Bild der gewaltigen Geschehnisse zu machen, ohne diese Memoiren gelesen zu haben

Kein grosses Werk ist je schlechter begonnen worden als dieses Buch. Churchill erklärt: «Ich beabsichtige nicht, Geschichte zu schreiben – das ist die Aufgabe späterer Generationen. Aber ich hoffe zuversichtlich, dass mein Bericht nicht nur dazu beiträgt, die Ereignisse der Vergangenheit zu erbellen, sondern dass er auch für die Zukunft von Nutzen sein wird.» Und doch wird man vielleicht dieses Buch einst neben die Werke eines Thucydides und Gibbon stellen. Denn wie jene schildert Churchill eine der entscheidendsten Epochen der Menschheit, und wie sie vermittelt er seinen Lesern jenes tiefste Verständnis für den Lauf der Dinge, das zugleich auch die grösste Distanz zu den Geschehnissen ermöglicht. Als Präsident Roosevelt Churchill fragte, unter welcher Bezeichnung das furchtbare Völkerringen in die Geschichte eingehen solle, antwortete Churchill ohne zu zögern: «Der unnütze Krieg». Mit einer grossartigen Beherrschung des Riensstoffes erhärtet Churchill im ersten Teil des ersten Bandes seiner fünfbandigen Memoiren die tragische Wahrheit dieses Urteils. «Solange die englische Sprache gesprochen und verstanden wird», schreibt die «New York Times» – «solange wird das Werk dieses überragenden Staatsmannes, dieser markanten Persönlichkeit, dem so viele Dank schulden, wieder und wieder gelesen werden.»

*

Erscheinungsweise des Gesamtwerkes siehe hintere Umschlagsklappe

Umschlag und Einbandentwurf:
Pierre Gauchat VSG | SWB

Erscheinungsweise:

Das gesamte Werk soll fünf, in der deutschsprachigen Ausgabe sechs Bände umfassen

- Band I Erster Teil
Von Krieg zu Krieg
erscheint Mitte September 1948*
- Band I Zweiter Teil
«Drôle de Guerre»
erscheint Mitte November 1948*
- Band II enthaltend etwa:
Die Kriegsjahre 1940/41
erscheint voraussichtlich
Frühsummer 1949*
- Band III enthaltend etwa:
Die Kriegsjahre 1942/43
erscheint voraussichtlich
Herbst 1949*
- Band IV enthaltend etwa:
Das Kriegsjahr 1944
erscheint voraussichtlich
Frühsummer 1950*
- Band V enthaltend etwa:
Das Kriegsjahr 1945
erscheint voraussichtlich
Herbst 1950*

*

*Sichern Sie sich alle Bände rechtzeitig durch Vor-
ausbestellung bei Ihrem Buchhändler*

WINSTON S.
CHURCHILL
DER ZWEITE WELTKRIEG

ERSTER BAND

DER STURM ZIEHT AUF



ALFRED SCHERZ VERLAG BERN



«Das unverzeihliche Verbrechen Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg war der erfolgreiche Versuch, seine Wirtschaftskraft aus dem Welthandelssystem herauszulösen und ein eigenes Austauschsystem zu schaffen, bei dem die Weltfinanz nicht mehr mitverdienen konnte.»

«Der Krieg ging nicht alleine um die Beseitigung des Faschismus in Deutschland, sondern um die Erringung der deutschen Absatzmärkte.»

Zitate seiner Great Majesty:

«Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, **sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.**»

«Ich führe keinen Krieg gegen Hitler, sondern **ich führe einen Krieg gegen Deutschland.**»

«**Das Deutsche Volk besteht aus 60 Millionen Verbrechern und Banditen.**»

«Sie müssen sich darüber im Klaren sein, dass dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern **gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will**, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.»

«Ich möchte keine Vorschläge haben, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können, ich möchte Vorschläge haben, wie wir **600.000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten(!) können.**»

«**Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht.**»

«Deutschland muss wieder besiegt werden und dieses Mal endgültig.»

«**Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen, ja, zu einer Wüste.**»

«Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, ohne einen Schuss zu tun, verhindern können, dass der Krieg ausbrach. **Aber wir wollten nicht.**»

EINZIG BERECHTIGTE ÜBERTRAGUNG AUS DEM ENGLISCHEN VON

I. MUEHLON

ALS FACHBEARBEITER WIRKTEN MIT

CARL BACH, DR. WALTHER WEIBEL, DR. URS SCHWARZ

TYPOGRAPHISCHE GESTALTUNG VON RUDOLF MÜHLEMANN

ERSTE AUFLAGE 1948

ALLE RECHTE, AUCH DIE SENDERECHTE (INKL. UDSSR.), VORBEHALTEN

COPYRIGHT 1948 BY ALFRED SCHERZ VERLAG BERN

PRINTED IN SWITZERLAND BY BERICHTHAUS ZÜRICH

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

IM KRIEG: ENTSCLOSSENHEIT

IN DER NIEDERLAGE: TROTZ

IM SIEG: GROSSMUT (z.B. Dresden bombardieren)

IM FRIEDEN: GUTER WILLE

THEMA DIESES BANDES

**WIE DIE ENGLISCH SPRECHENDEN VÖLKER
DURCH IHREN UNVERSTAND
IHRE SORGLOSIGKEIT UND FRIEDFERTIGKEIT
ES ZULIESSEN
DASS DIE BÖSEN AUFRÜSTETEN**

ERSTER BAND / ERSTES BUCH

VON KRIEG ZU KRIEG

1919 - 1939

DANK DES VERFASSERS

Für den militärischen Teil dieser Darstellung schulde ich grossen Dank Generalleutnant Sir HENRY POWNELL, für Fragen der Marine Commodore G.R.G. ALLEN und für Fragen der europäischen und der Weltpolitik Oberst F.W. DEAKIN, Professor am Wadham College in Oxford, der mir auch bei meinem Werk «Marlborough: His Life and Times» seine Hilfe angedeihen liess. Viel verdanke ich auch Sir EDWARD MARSH für seinen Rat in Fragen des Stiles. Ferner sage ich meinen besten Dank der grossen Zahl weiterer Mitarbeiter, die so liebenswürdig waren, diese Blätter zu lesen und ihre Meinung dazu zu äussern.

Auch Lord ISMAY liess mir seine unschätzbare Hilfe zuteilwerden, was er, zusammen mit meinen andern Freunden, auch in Zukunft so weiterführen will.

Ich spreche auch meine Erkenntlichkeit gegenüber der Regierung Seiner Majestät für die Erlaubnis aus, den Text von gewissen amtlichen Dokumenten zu veröffentlichen, für die das Kron-Copyright dem Gesetzbuch beim Controller of His Majesty's Stationery Office liegt.

VORWORT

ICH muss diese Bände als Fortsetzung der Geschichte des Ersten Weltkrieges betrachten, die ich in den Büchern *Die Weltkrisis* (vier Bände) und *Nach dem Krieg* begann. Als Ganzes werden diese Bücher, falls das vorliegende Werk beendet wird, die Geschichte eines zweiten Dreissigjährigen Krieges umschliessen.

Ich habe mich, soweit ich dessen fähig bin, wie in den vorhergehenden Bänden der Methode in Defoes *Memoirs of a Cavalier* bedient, worin der Autor die Chronik und die Erörterung grosser militärischer und politischer Vorgänge am Faden der persönlichen Erfahrungen eines Individuums aufreihet. Ich bin vielleicht der Einzige, der in hohen Staatsämtern die beiden grössten Umwälzungen der überlieferten Geschichte erlebte. Während ich jedoch im Ersten Weltkrieg verantwortungsvolle aber untergeordnete Stellungen einnahm, stand ich in diesem zweiten Kampf gegen Deutschland mehr als fünf Jahre lang an der Spitze der Regierung Seiner Majestät. Ich schreibe daher von einem andern Gesichtspunkt aus und mit grösserer Autorität, als dies in meinen früheren Büchern möglich war.

Fast meine ganze amtliche Tätigkeit bestand im Diktat an Sekretäre. Während der Zeit, in der ich Premierminister war, verfasste ich die Memoranda, Direktiven, persönlichen Telegramme und Protokolle, die nahezu eine Million Worte erreichen. Diese Dokumente, die von Tag zu Tag unter dem Druck der Ereignisse und mit der im Augenblick verfügbaren Kenntnis geschrieben wurden, weisen zweifellos manche Mängel auf. Als Ganzes aber bilden sie einen fortlaufenden Bericht über jene ungeheuren Vorgänge, wie sie sich damals einem Mann darstellten, der

die oberste Verantwortung für den Krieg und die Politik des Britischen Reiches und Commonwealth trug. Ich bezweifle, dass eine ähnliche Wiedergabe der tagtäglichen Kriegführung und Regierungstätigkeit vorhanden ist oder jemals vorhanden war. Ich bezeichne sie nicht als Geschichtsschreibung, denn dies ist die Aufgabe einer späteren Generation. Aber ich erhebe zuversichtlich den Anspruch, dass sie einen Beitrag zur Geschichte bedeutet, der für die Zukunft von Nutzen sein wird.

Diese dreissig Jahre des Wirkens und Handelns umfassen und zeigen das Bestreben meines Lebens, und ich bin damit einverstanden, danach beurteilt zu werden. Ich bin meinem Grundsatz treu geblieben, keine militärische oder politische Massnahme nachträglich zu kritisieren, wenn ich nicht vorher öffentlich oder offiziell meine Ansicht darüber geäussert oder davor gewarnt hatte. Vielmehr habe ich im Rückblick manche Schärpen der damaligen Kontroversen gemildert. Es war mir schmerzlich, diese Uneinigkeiten mit so manchen Männern, für die ich Freundschaft oder Achtung empfand, wiederzugeben; aber es wäre unrecht, die Lehren der Vergangenheit nicht der Zukunft vorzulegen. Es möge niemand auf diese ehrenhaften, wohlmeinenden Männer, deren Handlungen im Folgenden geschildert werden, herabsehen, ohne sein eigenes Herz zu erforschen, ohne seine eigene Haltung gegenüber den öffentlichen Pflichten zu prüfen und die Lehren der Vergangenheit auf sein künftiges Verhalten anzuwenden.

Es darf nicht vermutet werden, dass ich erwarte, es werde jedermann meinen Äusserungen zustimmen, und noch weniger, ich schriebe nur das, was gerne gehört wird. Ich lege mein Zeugnis ab, so wie es mir meine Einsicht erlaubt. Die Tatsachen sind mit jeder nur möglichen Sorgfalt nachgeprüft worden; es kommt aber aus den Enthüllungen erbeuteter Dokumente oder aus andern Quellen noch ständig vieles an den Tag, das auf die von mir gezogenen Folgerungen ein neues Licht werfen mag. Aus diesem Grunde ist es wichtig, sich auf authentische zeitgenössische Berichte und auf die Meinungsäusserungen zu stützen, die zu einer Zeit niedergelegt wurden, als alles im Dunkeln lag.

Eines Tages sagte mir Präsident Roosevelt, dass er die Öffentlichkeit um Anregungen ersuche, wie der Krieg benannt werden solle. Ich erwiderte sofort: «Der unnötige Krieg». Niemals hätte sich ein Krieg leichter verhindern lassen als dieser, der soeben alles vernichtet hat, was von der Welt nach dem vorangegangenen Kampf noch übriggeblieben war. Die menschliche Tragödie erreicht ihren Höhepunkt darin, dass wir nach allen Mühen und Opfern von Hunderten von Millionen Menschen und nach den Siegen der gerechten Sache noch immer nicht Frieden oder Sicherheit gefunden haben, und dass wir uns inmitten von Gefahren befinden, die noch schlimmer sind als die überwundenen. Es ist meine ernste Hoffnung, dass die Betrachtung der Vergangenheit eine Richtlinie für kommende Zeiten bieten und die nächste Generation befähigen möge, einige der Irrtümer früherer Jahre gutzumachen und so im Einklang mit den Bedürfnissen und der Würde des Menschen die drohend sich entschleiende Zukunft zu meistern.

WINSTON SPENCER CHURCHILL

Chartwell, Westerham, Kent, März 1948

KAPITEL I

DIE TORHEITEN DER SIEGER

Der Krieg zur Beendigung der Kriege – Ein ausgeblutetes Frankreich – Die Rheingrenze – Die wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages von Versailles – Unkenntnis über die Reparationen – Zerstörung des Österreichisch-Ungarischen Reiches durch die Verträge von St-Germain und Trianon – Die Weimarer Republik – Die Vereinigten Staaten verwerfen die britisch-amerikanische Garantie an Frankreich – Der Sturz Clemenceaus – Poincaré marschiert im Ruhrgebiet ein – Der Zusammenbruch der Mark – Amerikanische Isolationisten – Das Ende des britisch-japanischen Bündnisses – Britisch-amerikanische Flottenabrüstung – Der Fascismus als Kind des Kommunismus – Wie leicht ein Reiter Waffengang zu vermeiden war – Die einzige dauerhafte Sicherung für den Frieden – Die Sieger vergessen – Die Besiegten erinnern sich – Moralischer Schiffbruch des zweiten Weltkrieges – Die Ursache ist dass die deutsche Aufrüstung nicht verhindert wurde

NACH dem Ende des Weltkrieges von 1914 bestand die tiefe Überzeugung und die fast allgemeine Hoffnung, dass auf der Welt Friede herrschen werde. Dieser sehnlichste Wunsch aller Völker hätte durch Festigkeit in gerechten Ansichten, durch vernünftiges Verhalten und Umsicht leicht erfüllt werden können. Die Redewendung vom «Krieg, der dem Krieg ein Ende machen soll», war auf aller Lippen, und es waren auch Massnahmen getroffen worden, um sie zu verwirklichen. Präsident Wilson, hinter dem, wie man damals annahm, die Autorität der Vereinigten Staaten stand, hatte die Idee eines Völkerbundes zum allgemein vorherrschenden Gedanken erhoben. Die britische Delegation in Versailles formte aus seinen Ideen ein Instrument, das für alle Zeiten ein Markstein

auf dem harten Wege der Menschheit bleiben wird. Die siegreichen Alliierten waren damals allmächtig, soweit es ihre äusseren Feinde betraf. Sie standen zwar ernsten inneren Schwierigkeiten und manchen Rätseln gegenüber, auf die sie keine Antwort wussten; aber die teutonischen Mächte im grossen Gebiet Mitteleuropas, die den Aufruhr verursacht hatten, lagen vor ihnen im Staub, und Russland, das von den deutschen Keulenschlägen schwer mitgenommen war, wand sich im Bürgerkrieg und geriet in die Gewalt der bolschewistischen oder kommunistischen Partei.

*

Im Sommer 1919 standen die alliierten Heere am Rhein, und ihre Brückenköpfe schoben sich tief in das besiegte, entwaffnete und hungernde Deutschland vor. Die Staatsmänner der Siegermächte debattierten und disputierten in Paris über die Zukunft. Vor ihnen lag die Landkarte Europas, die sie beinahe nach ihrem Belieben umgestalten konnten. Nach zweiundfünfzig Monaten schwerer Leiden und Rückschläge befand sich die deutsche Koalition in ihrer Hand, und kein einziges ihrer vier Mitglieder vermochte ihren Beschlüssen den geringsten Widerstand entgegenzusetzen. Deutschland, das Haupt und der Träger des Angriffsgeistes, das allgemein als Urheber der über die Welt hereingebrochenen Katastrophe galt, war den Eroberern, die selbst noch unter den Nachwirkungen der erlittenen Qualen taumelten, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Überdies war dies nicht nur ein Krieg der Regierungen, sondern ein Krieg der Völker gewesen. Die gesamte Lebenskraft der mächtigsten Länder hatte sich in Wut und Totschlag verströmt. Die in Paris versammelten Führer der Kriegsmächte waren von den stärksten und wildesten Fluten, die jemals in der Geschichte der Menschheit gewogt hatten, dorthin getragen worden. Die Zeiten der Verträge von Utrecht und Wien waren dahin, da aristokratische Staatsmänner und Diplomaten, sowohl Sieger wie Besiegte, in höflichen und artigen Besprechungen zusammentraten und fern vom geräuschvollen Babel der Demokratie auf allgemein

anerkannten Grundlagen neue Systeme ausarbeiten konnten. Die durch ihre Leiden und durch den Einfluss von Massenlehren erregten Völker standen zu Millionen im Kreis und forderten, dass eine Wiedergutmachung im vollen Ausmass verlangt werde. Wehe den führenden Männern, die nun auf den schwindelnden Höhen des Triumphes sassen, wenn sie am Konferenztisch preisgäben, was die Soldaten auf zahllosen blutdurchtränkten Schlachtfeldern errungen hatten!

Auf Grund seiner Leistungen und seiner Verluste nahm Frankreich die führende Stellung ein. Fast anderthalb Millionen Franzosen waren bei der Verteidigung ihres Landes gegen den Eindringling umgekommen. Fünfmal innerhalb von hundert Jahren, 1814, 1815, 1870, 1914 und 1918, hatten die Türme von Notre-Dame das Mündungsfeuer preussischer Geschütze gesehen und ihren Donner vernommen. Nun hatten dreizehn Provinzen Frankreichs vier Jahre lang die unerbittliche preussische Militärherrschaft erduldet. Weite Gebiete waren vom Feind systematisch verwüstet oder durch den Zusammenstoss der Heere zermalmt worden. Von Verdun bis Toulon gab es kaum ein Gehöft oder eine Familie, wo nicht Tote betrauert oder Krüppel gepflegt wurden. Den Franzosen, die im Jahre 1870 gekämpft und gelitten hatten – und es gab deren nicht wenige in hohen Ämtern –, erschien es fast wie ein Wunder, dass Frankreich siegreich aus dem unvergleichlich schrecklicheren Kampf, der soeben sein Ende gefunden hatte, hervorgegangen war. Ihr ganzes Leben hatten sie in Furcht vor dem Deutschen Reich verbracht. Sie erinnerten sich noch des Präventivkrieges, den Bismarck 1875 hatte führen wollen; sie erinnerten sich der brutalen Drohungen, die 1905 Delcassé aus seinem Amt vertrieben hatten; 1906 hatte sie die Bedrohung in der Marokko-Krise erzittern lassen, 1908 der bosnische Konflikt, und 1911 die Krise von Agadir. Die Kaiserreden über die «gepanzerte Faust» und «schimmernde Wehr» mochten in England und Amerika Belustigung hervorrufen. Für die Gemüter der Franzosen aber klangen sie als

Sturmzeichen von furchtbarster Wirklichkeit. Fast fünfzig Jahre lang hatten sie im Entsetzen vor den deutschen Waffen gelebt. Nun hatten sie sich mit ihrem eigenen Blut von der alten Furcht befreit. Zweifellos war endlich Friede und Sicherheit erreicht. Mit einem einzigen leidenschaftlichen Aufschrei rief das französische Volk: «Nie wieder Krieg!»

Doch die Zukunft war voll düsterer Anzeichen. Die französische Bevölkerung zählte weniger als zwei Drittel der deutschen. Sie blieb auf dem gleichen Stand, während die deutsche zunahm. In spätestens einem Jahrzehnt musste die jährlich steigende Flut der deutschen Jugend im militärpflichtigen Alter das Doppelte der französischen betragen.

Deutschland hatte fast allein gegen die ganze Welt gekämpft, und beinahe hätte es gesiegt. Den bestunterrichteten Männern waren die vielerlei Augenblicke am deutlichsten bekannt, da der Ausgang des Weltkriegs auf der Schweben gestanden hatte, ebenso wie die unerwarteten Ereignisse und Zufälle, die endlich den Ausschlag gegeben hatten. Welche Aussichten bestanden für die Zukunft, dass die Alliierten abermals zu Millionen auf den Schlachtfeldern Frankreichs oder des Ostens erscheinen würden? Russland lag in Trümmern und Krämpfen und glich in nichts mehr seiner früheren Gestalt. Italien mochte sich auf die gegnerische Seite schlagen. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten waren durch Meere oder Ozeane von Europa getrennt. Das britische Weltreich selbst schien durch Bande zusammengehalten, die nur seinen eigenen Bürgern verständlich waren. Welche Verknüpfung von Ereignissen konnte jemals wieder die tapferen Canadier, die auf den Anhöhen von Vimy gekämpft hatten, nach Frankreich und Flandern bringen; die heldenhaften Australier von Villers-Brettonneux; die unerschrockenen Neuseeländer von den Kraterfeldern von Passchendaele; das standhafte Indische Korps, das im bitteren Winter 1914 die Linien bei Armentières gehalten hatte? Wann wieder würden friedliche, sorglose, antimilitaristische Engländer die Ebenen im Artois und in der Picardie in Armeen von zwei oder drei Millionen Mann durchziehen? Wann wieder würde

der Ozean zwei Millionen prächtiger junger Amerikaner nach der Champagne und den Argonnen tragen? Abgekämpft, zwiefach dezimiert, wenn auch zweifellos als Herrscher der Stunde, blickte das französische Volk mit dankbarem Staunen und nagender Furcht in die Zukunft. Wo war die *Sicherheit*, ohne die alles Erreichte wertlos schien und ohne die das Leben selbst mitten im Siegesjubel fast unerträglich war? Die dringende Notwendigkeit war Sicherheit um jeden Preis und auf jede Weise, wie herb, ja hart sie auch sein mochte.

Am Tage des Waffenstillstandes hatten die deutschen Armeen den geordneten Rückmarsch angetreten. «Sie haben tapfer gekämpft», sagte Marschall Foch, der Oberbefehlshaber der Alliierten, auf dessen Stirne der Lorbeer schimmerte; in soldatischer Gesinnung bestimmte er: «Sie mögen ihre Waffen behalten.» Er verlangte jedoch, dass die französische Grenze künftig am Rhein liegen müsse. Deutschland mochte entwaffnet sein, sein Wehrsystem in Stücke geschlagen, seine Festungen geschleift, Deutschland mochte ausgesaugt sein, mit masslosen Entschädigungszahlungen belastet, es mochte ein Opfer innerer Kämpfe werden: all dies würde in zehn oder zwanzig Jahren überwunden sein. Die unzerstörbare Macht «aller deutschen Stämme» würde sich abermals erheben, und das ungelöschte Feuer des kriegerischen Preussen würde von neuem glühen und auf lodern. Aber der Rhein, der breite, tiefe, schnell fließende Rhein würde, wenn die französische Armee ihn einmal besäße und befestigte, ein Bollwerk und ein Schild sein, hinter dem Frankreich Generationen hindurch leben und gedeihen könnte. Ganz anders waren die Gefühle und Ansichten der Englisch sprechenden Welt, ohne deren Hilfe Frankreich hätte unterliegen müssen. Die territorialen Bestimmungen des Vertrages von Versailles liessen Deutschland so gut wie unversehrt. Es bildete immer noch den grössten einheitlichen nationalen Block in Europa. Als Marschall Foch von der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles hörte, bemerkte er mit eigentümlicher Treffsicherheit: «Das ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre.»

Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrags waren so bösartig und töricht, dass sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten. Diese Diktate drückten sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum ihrer Völker, die nicht begriffen, dass keine besiegte Nation oder eine besiegte Gemeinschaft die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann.

Die breiten Massen hatten von den einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung, und die Parteiführer wagten mit Rücksicht auf ihre Wähler nicht, sie darüber aufzuklären. Die Presse besprach und unterstrich nach altem Brauch die vorherrschenden Ansichten. Nur wenige Stimmen erhoben sich, um darzulegen, dass Reparationszahlungen lediglich auf dem Wege von Dienstleistungen oder durch den Transport von Waren in Wagenladungen über Landesgrenzen oder in Schiffen über See möglich seien; und dass diese Waren in den Gläubigerländern deren Industrie aus dem Geleise bringen müssten, äusser in höchst primitiven oder unter Staatskontrolle stehenden Gemeinschaften. In der Praxis – das haben auch die Russen inzwischen gelernt – besteht der einzige Weg zur Ausplünderung eines besiegten Landes im Abtransport aller gewünschten beweglichen Güter und im Verschicken eines Teiles der männlichen Arbeitskräfte in dauernde oder vorübergehende Sklaverei. Der mit solchen Massnahmen erzielte Gewinn steht jedoch in keinem Verhältnis zu den Kriegskosten. Niemand in führender Stellung besass den Geist, die Überlegenheit oder die Unabhängigkeit von der öffentlichen Verblendung, um den wahlberechtigten Mitbürgern diese grundlegenden, brutalen Tatsachen auseinanderzusetzen; auch wäre keinem, der dies getan hätte, geglaubt worden. Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, dass sie Deutschland ausquetschen würden, «bis die Kerne krachen». Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluss aus.

Diese Wirtschaftsbestimmungen wurden allerdings nie durchgesetzt. Im Gegenteil, während die Siegermächte sich deutsche Aktiven im Wer-

te von etwa einer Milliarde Pfund aneigneten, gewährten wenige Jahre später die Vereinigten Staaten und Grossbritannien Deutschland Anleihen von anderthalb Milliarden Pfund und ermöglichten damit eine rasche Behebung der Kriegsschäden in Deutschland. Da dieses anscheinend grossmütige Verhalten weiterhin vom fast gewohnheitsmässig einsetzenden Aufschrei der unglücklichen und erbitterten Völker in den siegreichen Ländern begleitet wurde und überdies von den Versicherungen ihrer Staatsmänner, dass Deutschland zum Bezahlen «bis zum letzten Heller» gezwungen würde, konnte dort keinerlei Dankbarkeit oder guter Wille erwartet oder geerntet werden.

Die später erzwungenen Entschädigungen bezahlte Deutschland nur – oder konnte es nur deshalb bezahlen –, weil die Vereinigten Staaten ganz Europa und vor allem Deutschland überreichliche Summen vorstreckten. Tatsächlich erhielten die Vereinigten Staaten von 1926 bis 1929 in Form von Abschlagszahlungen ihrer europäischen Schuldner ungefähr ein Fünftel dessen zurück, was sie Deutschland ohne Aussicht auf Rückerstattung liehen. Man schien jedoch allgemein damit zufrieden und nahm offenbar an, dass dies unbegrenzt so weitergehen könne. Die Geschichtsschreibung wird dieses ganze Vorgehen als Wahnsinn bezeichnen. Es trug sowohl zur Entstehung des martialischen Fluches wie des «wirtschaftlichen Blizzards» bei, wovon später mehr gesagt werden soll. Deutschland borgte nun von allen Seiten und verschlang gierig jeden Kredit, der ihm freigebig angeboten wurde. Irreführendes Gefühl über die Hilfeleistung an die besiegte Nation und die hohe Verzinsung dieser Anleihen bewogen britische Kapitalgeber zur Beteiligung, wenn auch in viel geringerem Umfang als die der Vereinigten Staaten. Auf diese Weise erhielt Deutschland zwei Milliarden Pfund an Krediten gegenüber der einen Milliarde an Reparationen, die es in dieser oder jener Form durch Abtretung von Auslandsguthaben und Devisen oder durch Manipulationen mit den riesigen amerikanischen Anleihen leistete. Das alles ist ein trauriges Lied von unbegreiflichen Torheiten, zu deren Verwirklichung viel Mühe und Kraft vertan wurden.

*

Die zweite grosse Tragödie war der vollständige Abbruch des Österreichisch-Ungarischen Reiches durch die Verträge von St-Germain und Trianon. Jahrhundertlang hatte dieser letzte lebende Überrest des Heiligen Römischen Reiches einer grossen Zahl von Völkern, zum Vorteil von Handel und Sicherheit, ein gemeinsames Leben ermöglicht, und keines dieser Völker besass in unserer Zeit die Kraft oder Lebensenergie, um sich allein gegen den Druck eines wiederauf lebenden Deutschland oder Russland zu behaupten. Alle diese Völker hatten den Wunsch, sich aus der Struktur des Bundesstaates oder Kaiserreiches loszulösen, und die Förderung dieser Bestrebungen galt als liberale Politik. Die Balkanisierung Südosteuropas schritt rasch fort, wobei gleichzeitig die relative Macht Preussens und des Deutschen Reiches zunahm, das unverseht und seinen einzelnen Nachbarn überlegen war, wenn auch erschöpft und von Kriegsspuren durchzogen. Es gibt keine einzige Völkerschaft oder Provinz des Habsburgischen Reiches, der das Erlangen der Unabhängigkeit nicht die Qualen gebracht hätte, wie sie von den alten Dichtern und Theologen für die Verdammten der Hölle vorgesehen sind. Die edle Hauptstadt Wien, die Heimstätte so grosser, langverteidigter Kultur und Tradition, der Knotenpunkt so vieler Strassen, Wasserwege und Bahnlinien, blieb elend und hungernd liegen wie ein mächtiges Kaufhaus in einem verarmten Viertel, dessen Bewohner zum grössten Teil fortgezogen sind.

Die Sieger drängten den Deutschen sämtliche lang erstrebten Ideale der liberalen Nationen des Abendlandes auf. Sie wurden von der Last der Militärflicht und der Notwendigkeit der dauernden Aufrechterhaltung schwerer Rüstungen befreit. Die ungeheuren amerikanischen Anleihen wurden ihnen aufgenötigt, obwohl Deutschland keinen Kredit hatte. Eine demokratische Verfassung mit allem Komfort der Neuzeit

wurde in Weimar eingeführt. Die Kaiser waren vertrieben worden, unbedeutende Leute wurden gewählt. Unter diesem fadenscheinigen Gewebe tobten die Leidenschaften des mächtigen, zwar geschlagenen, aber in seinem Kern unversehrten deutschen Volkes. Das Vorurteil der Amerikaner gegen Monarchien, dem Lloyd George in keiner Weise entgegenzuwirken suchte, hatte dem besiegten Kaiserreich bewusst werden lassen, dass es als Republik von den Alliierten besser behandelt würde als eine Monarchie. Eine weise Politik hätte die Weimarer Republik gekrönt und gefestigt, indem ein konstitutioneller Fürst in der Person eines minderjährigen kaiserlichen Enkels unter einem Regentschaftsrat eingesetzt worden wäre. Stattdessen öffnete sich eine gähnende Kluft im nationalen Leben des deutschen Volkes. Sämtliche starken Elemente, die des Militärs und des Adels, die sich vielleicht um eine konstitutionelle Monarchie geschart und um ihretwillen die neuen demokratischen und parlamentarischen Methoden unterstützt und respektiert hätten, wurden vorübergehend ausgeschaltet. Die Weimarer Republik wurde mit all ihren liberalen Dekorationsstücken und Segenssprüchen als etwas durch den Feind Aufgezwungenes empfunden. Sie konnte weder die Treue noch die politische Phantasie des deutschen Volkes an sich fesseln. Eine Weile versuchte es sich wie in Verzweiflung an den betagten Marschall Hindenburg zu klammern. Dann kamen gewaltige Kräfte ins Treiben; der leere Raum lag offen, und in diese Leere trat nach einer Pause ein Wahnsinniger von dämonischer Wildheit, das Gefäss und der Ausdruck der wildesten Hassgefühle, die jemals die menschliche Brust zerfressen haben – der Gefreite Hitler.

*

Frankreich hatte sich im Kriege weissgeblutet. Die Generation, die seit 1870 von einem Vergeltungskrieg geträumt hatte, war siegreich daraus hervorgegangen, aber um einen verhängnisvollen Preis an nationaler Lebenskraft. Es war ein hohlwangiges Frankreich, das die Morgenröte

des Sieges erblickte. Tiefe Furcht vor Deutschland bedrückte die französische Nation schon am ersten Tag nach ihrem überwältigenden Erfolg. Diese Furcht war es auch, die Marschall Foch bestimmt hatte, zur Sicherheit Frankreichs gegen seinen weit stärkeren Nachbarn die Rheingrenze zu fordern. Die britischen und amerikanischen Staatsmänner jedoch waren der Ansicht, dass die Einverleibung deutschbevölkerter Gebietsteile in Frankreich den vierzehn Punkten, aber auch den Grundsätzen des Nationalismus und der Selbstbestimmung widerspreche, auf denen der Friedensvertrag beruhen sollte. Sie stellten sich daher in Gegensatz zu Foch und Frankreich und gewannen Clemenceau, indem sie folgende Zusicherungen machten: erstens eine britisch-amerikanische Garantie für die Verteidigung Frankreichs; zweitens eine entmilitarisierte Zone; drittens die totale Abrüstung Deutschlands. Clemenceau fand sich trotz den Protesten Fochs und gegen seinen eigenen Instinkt damit ab. Der Garantievertrag wurde daher von Wilson und Lloyd George und Clemenceau unterzeichnet. Der Senat der Vereinigten Staaten verweigerte die Ratifizierung des Vertrags. Präsident Wilsons Unterschrift wurde damit ungültig. Und wir, die wir im Verlauf dieser Friedensverhandlungen seinen Ansichten und Wünschen so weitgehend Rechnung getragen hatten, wurden ohne grosse Umschweife belehrt, dass wir eben über die amerikanische Verfassung hätten besser unterrichtet sein sollen.

In Angst, Wut und Verwirrung liess das französische Volk die barsche, überragende Persönlichkeit Clemenceaus mit seiner weltumfassenden Autorität und seinen besonderen Beziehungen zu England und Amerika ohne Weiteres fallen. «Undank gegen ihre grossen Männer», sagt Plutarch, «ist die Art starker Völker.» Es war unvorsichtig von Frankreich, sich diese Haltung zu erlauben, während es schwer geschwächt darniederlag. Das Wiederaufleben der politischen Intrigen kleiner Gruppen und der fortwährende Wechsel der Kabinette und Minister, das Charakteristikum der Dritten Republik, bot wenig ausglei-

chen den Kraftgewinn, wie vorteilhaft oder unterhaltend dieses Spiel auch für die Beteiligten sein mochte.

Poincaré, die bedeutendste Gestalt, die auf Clemenceau folgte, suchte ein unabhängiges Rheinland unter dem Schutz und der Überwachung Frankreichs zu bilden. Das war ein aussichtsloses Unterfangen. Poincaré zögerte nicht, durch die Besetzung der Ruhr Reparationsleistungen von Deutschland zu erzwingen. Das nötigte Deutschland zwar zur Erfüllung der Verträge, aber von der öffentlichen Meinung in England und Amerika wurde sein Vorgehen scharf verurteilt. Die allgemeine finanzielle und politische Desorganisation Deutschlands bewirkte in Verbindung mit den Reparationszahlungen in den Jahren 1919 bis 1923 den rapiden Zusammenbruch der Mark. Die in Deutschland durch die französische Ruhrbesetzung hervorgerufene Empörung führte dazu, dass man leichtfertig und in phantastischen Mengen Papiergeld druckte, mit der festen Absicht, damit die ganze Währungsgrundlage zu zerstören. In den letzten Stadien der Inflation zahlte man für ein englisches Pfund 43'000'000'000'000 (dreiundvierzigtausend Milliarden) Mark. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Inflation waren verhängnisvoll. Die Ersparnisse des Mittelstandes wurden vernichtet, und dadurch bildete sich eine natürliche Gefolgschaft für das Banner des Nationalsozialismus. Der ganze Aufbau der deutschen Industrie geriet durch das pilzartige Wuchern von Trusts in Unordnung. Das Betriebskapital des Landes ging verloren. Die innere Staatsschuld und die Verschuldung der Industrie in Form von Obligationen und Hypothekarschulden wurden selbstverständlich gleichzeitig liquidiert oder nicht mehr anerkannt. Dies bedeutete jedoch keinen Ersatz für den Verlust an Betriebskapital. Alles führte unmittelbar und in grossem Stil – ein Kennzeichen der folgenden Jahre – zu Anleihen der bankerotten Nation im Ausland. Deutsche Leiden und deutsche Verbitterung schritten gemeinsam vor – wie es auch heute ist.

Die Verstimmung gegen Deutschland, die in England anfangs so heftig gewesen war, schlug alsbald in entgegengesetzte Gefühle um. Es bil-

dete sich eine Kluft zwischen Lloyd George und Poincaré, dessen reizbares Wesen seine entschlossene und weitblickende Politik beeinträchtigte. Die beiden Nationen schieden sich im Denken und Handeln, und die Sympathie oder sogar Bewunderung der Engländer für Deutschland fand übermächtigen Ausdruck.

*

Kaum war der Völkerbund geschaffen worden, empfing er einen fast tödlichen Schlag. Die Vereinigten Staaten liessen Präsident Wilsons Werk im Stich. Der Präsident selbst, der zum Kampf für seine Ideale bereit war, erlitt in dem Augenblick, in dem er den Feldzug antreten wollte, einen Schlaganfall und verbrachte von da an als hilfloses Wrack den grössten Teil der zwei langen und bedeutungsschweren Jahre, nach deren Ablauf seine Partei und seine Politik durch den Wahlsieg der Republikaner von 1920 hinweggefegt wurden. Am Tage nach den Wahlerfolgen der Republikaner herrschten jenseits des Atlantischen Ozeans isolationistische Auffassungen vor. Europa sollte im eigenen Saft schmoren und seine Schulden nach Recht und Gesetz bezahlen. Gleichzeitig wurde der Zolltarif erhöht, um die Einfuhr von Waren zu verhindern, durch die allein diese Schulden beglichen werden konnten. An der Washingtoner Konferenz von 1921 machten die Vereinigten Staaten weitgehende Vorschläge zur Flottenabrüstung, und die britische und amerikanische Regierung begannen ihre Schlachtschiffe fröhlich zu versenken und ihre militärischen Einrichtungen aufzulösen. Man argumentierte mit seltsamer Logik, dass es unmoralisch wäre, die Besiegten zu entwaffnen, wenn nicht auch die Sieger selbst ihre Waffen ablegten. Gegen Frankreich, das sowohl seiner Rheingrenze wie seiner vertraglichen Sicherheitsgarantie beraubt war, richtete sich alsbald der tadelnde Finger Englands und Amerikas, weil es, wenn auch in stark vermindertem Ausmass, immer noch eine auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende französische Armee unterhielt.

Die Vereinigten Staaten gaben England zu verstehen, dass die Fortdauer seines Bündnisses mit Japan, das die Japaner auf das Genaueste eingehalten hatten, eine Beeinträchtigung für die britisch-amerikanischen Beziehungen bedeuten würde. Das Bündnis wurde daher aufgehoben. Die Annullierung rief in Japan tiefen Eindruck hervor und wurde als Brüskierung einer asiatischen Macht durch den Westen aufgefasst. Mancherlei Bande wurden gelöst, die sich später von entscheidendem Wert für den Frieden hätten erweisen können. Gleichzeitig konnte sich Japan mit der Tatsache trösten, dass es durch den Zusammenbruch Deutschlands und Russlands für eine Weile auf den dritten Platz unter den Seemächten vorgerückt war und nun zweifellos zur Spitzengruppe gehörte. Das Washingtoner Flottenabkommen billigte Japan zwar (mit der Formel 5:5:3) eine geringere Zahl von Grosskampfschiffen zu als Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, aber die ihm eingeräumte Quote entsprach auf Jahre hinaus seiner Bau- und Finanzkapazität, und Japan beobachtete aufmerksam, wie die beiden führenden Flottenmächte sich gegenseitig weit unter die Grenze dessen herabsetzten, was ihre Mittel erlaubt und ihre politische Verantwortlichkeit geboten hätte. Auf diese Weise wurden sowohl in Europa wie in Asien durch die siegreichen Alliierten rasch die Zustände geschaffen, die im Namen des Friedens den Weg zum Wiederausbruch des Krieges freilegten.

Während sich inmitten des unaufhörlichen Geschnatters wohlgemeinter Gemeinplätze auf beiden Seiten des Atlantik alle diese unheimlichen Ereignisse abspielten, trat in Europa ein neuer und verhängnisvollerer Anlass zum Streit in Erscheinung, als es der Imperialismus der Zaren und Kaiser gewesen war. Der Bürgerkrieg in Russland endete mit dem absoluten Sieg der bolschewistischen Revolution. Die Sowjetarmeen, die zur Unterwerfung Polens ausgezogen waren, wurden allerdings in der Schlacht um Warschau zurückgeschlagen, aber Deutschland und Italien erlagen beinahe der Propaganda und den Plänen der Kommunisten. Ungarn geriet tatsächlich einige Zeit unter die Herrschaft des kommuni-

stischen Diktators Béla Kun. Obwohl Marschall Foch richtig bemerkte, dass «der Bolschewismus nie die Grenzen des Sieges überschritten» habe, bebten die Grundfesten der europäischen Zivilisation in den ersten Nachkriegsjahren. Der Fascismus war der Schatten oder das ungeratene Kind des Kommunismus. Während der Gefreite Hitler sich in München der deutschen Offizierskaste nützlich machte, indem er Soldaten und Arbeiter zu wildem Hass gegen Juden und Kommunisten aufhetzte, denen er die Schuld an Deutschlands Niederlage zuschob, bescherte ein anderer Abenteurer, Benito Mussolini, Italien ein neues Regierungssystem, das ihn selbst zu diktatorischer Macht gelangen liess, während er vorgab, das italienische Volk vor dem Kommunismus zu retten. Wie der Fascismus eine Folge des Kommunismus war, so entwickelte sich der Nationalsozialismus aus dem Fascismus. Auf diese Weise entstanden die beiden verwandten Bewegungen und stürzten bald die ganze Welt in ein noch viel furchtbareres Ringen, von dem niemand behaupten kann, dass es mit ihrer Vernichtung beendet worden wäre.

*

Immerhin verblieb eine starke Sicherung des Friedens. Deutschland war entwaffnet. Seine gesamte Artillerie und seine übrigen Waffen waren vernichtet. Seine Flotte hatte sich schon bei Scapa Flow selbst versenkt. Seine ungeheure Armee war aufgelöst. Der Vertrag von Versailles erlaubte ihm lediglich, ein Berufsheer von höchstens 100'000 Mann zu unterhalten, das für Ordnung im Innern zu sorgen hatte und dessen lange Dienstzeit kein Ansammeln von Mannschaftsreserven ermöglichte. Die nachrückenden Rekrutenjahrgänge erhielten keine Ausbildung mehr; die Kader wurden aufgelöst. Keine Anstrengung unterblieb, um das Offizierskorps auf ein Zehntel zu verringern. Keinerlei militärische Luftwaffe war zulässig. Unterseeboote waren verboten, und die deutsche Flotte war auf eine Handvoll Schiffe unter 10'000 Tonnen beschränkt. Sowjetrussland war vom westlichen Europa durch einen Kordon leiden-

schaftlich antibolschewistischer Staaten getrennt, die sich vom früheren Zarenreich in seiner neuen und furchtbareren Form losgelöst hatten. Polen und die Tschechoslowakei hatten sich zur Unabhängigkeit erhoben und schienen aufrecht in Mitteleuropa zu stehen. Ungarn war von seiner Dosis Béla Kun genesen. Die auf ihren Lorbeeren ruhende französische Armee stellte weitaus die stärkste militärische Macht in Europa dar, und einige Jahre lang galt auch die französische Luftwaffe für erstklassig.

Bis 1934 blieb die Macht der Sieger in Europa und auf der ganzen Welt unangetastet. In diesen sechzehn Jahren gab es keinen Augenblick, in dem die drei einstigen Alliierten, oder auch nur England und Frankreich mit ihren europäischen Verbündeten nicht im Namen des Völkerbunds und unter dessen moralischem und internationalem Schutz, mit einem blossen Willensakt die bewaffnete Macht Deutschlands hätten in Schranken halten können. Stattdessen konzentrierten die Sieger und vor allem die Vereinigten Staaten bis 1931 ihre Anstrengung darauf, durch lästige auswärtige Überwachung ihre jährlichen Reparationszahlungen von Deutschland zu erzwingen. Die Tatsache, dass diese Zahlungen ausschliesslich aus viel höheren amerikanischen Anleihen bestritten wurden, machte den Vorgang zu einer Absurdität. Nichts als schlechter Wille wurde damit erreicht. Damals aber, bis 1934, hätte die entschlossene Durchführung der Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrags der ganzen Menschheit auf unbeschränkte Dauer und ohne Gewalt oder Blutvergiessen Frieden und Sicherheit erhalten können. Diese Notwendigkeit wurde jedoch vernachlässigt, solange die Übertretungen geringfügig waren, und später, als sie ernste Ausmasse annahmen, schreckte man davor zurück. So wurde die letzte Gewähr für einen dauerhaften Frieden verspielt. Die Verbrechen der Besiegten werden durch die Torheiten der Sieger verständlich, wenn auch nicht verzeihlich. Ohne diese Torheiten hätte sich weder die Versuchung noch die Gelegenheit zum Verbrechen geboten.

*

In den folgenden Seiten versuche ich einige der Ereignisse und Nachwirkungen darzustellen, die meiner Ansicht nach zeigen, wie die schlimmste Tragödie in der stürmischen Geschichte der Menschheit über uns hereinbrach. Sie bestand nicht nur in der vom Krieg untrennbaren Zerstörung von Leben und Eigentum. Im Ersten Weltkrieg waren viele Soldaten in furchtbaren Hekatomben umgekommen, und ein beträchtlicher Teil der angesammelten Schätze der Nationen war verlorengegangen. Aber abgesehen von den Ausschreitungen in der russischen Revolution blieben die Grundlagen der europäischen Zivilisation am Ende des Kampfes noch unangetastet. Als das Getöse und der Staub der Kanonaden plötzlich vorüber war, konnten sich die Völker trotz aller Feindschaft noch gegenseitig als historisch gewordene Volksindividualitäten anerkennen. Die Kriegsregeln waren im Allgemeinen respektiert worden. Es bestand eine berufliche Verständigungsbasis zwischen den Militärpersonen, die gegeneinander gekämpft hatten. Sieger und Besiegte bewahrten noch das Aussehen zivilisierter Staaten. Ein feierlicher Friede wurde geschlossen, der mit Ausnahme von unerfüllbaren finanziellen Bestimmungen den Grundsätzen entsprach, die im neunzehnten Jahrhundert die Beziehungen aufgeklärter Völker in zunehmendem Masse geregelt hatten. Das Reich der Gesetzlichkeit wurde proklamiert und ein weltumfassendes Werkzeug geschaffen, um uns alle und in erster Linie Europa vor neuem Unheil zu schützen.

Im Zweiten Weltkrieg aber sollte nun alles Bindende zwischen den Menschen zugrunde gehen. Unter der Herrschaft Hitlers, von der sich das ganze Volk unterjochen liess, begingen die Deutschen Verbrechen, die an Ausmass und Verworfenheit auch in den düstersten Zeiten der Menschheitsgeschichte nicht ihresgleichen finden. Die Massenvernichtung von sechs oder sieben Millionen Männern, Frauen und Kindern durch systematisches Vorgehen in den deutschen Konzentrationslagern übertrifft an Grauenhaftigkeit die kurzerhand vollzogenen Schlächtereien des Dschingis-Khan und reduziert sie, im Verhältnis, auf ein zwerghaftes Ausmass. Absichtliche Ausrottung ganzer Bevölkerungen



*Regierungsumbildung April 1940:
Churchill, der mit der Koordinierung der Kriegführung betraut wird, begibt sich nach Downing Street*

wurde im Krieg im Osten sowohl von Deutschland wie von Russland geplant und ausgeführt. Nachdem die Deutschen einmal das verabscheuungswürdige Bombardieren offener Städte aus der Luft begonnen hatten, übten die Alliierten mit ihrer ständig zunehmenden Schlagkraft zwanzigfache Vergeltung und erreichten den Höhepunkt mit den Atombomben, die Hiroshima und Nagasaki von der Erde auslöschten.

Wir haben endlich ein Bild von materiellem Ruin und moralischer Verwüstung hinter uns gelassen, wie es niemals die Phantasie früherer Jahrhunderte verdüstert hatte. Nach allem Erlittenen und Erreichten sehen wir uns noch immer vor Problemen und Gefahren, die nicht geringer, sondern bei Weitem furchtbarer sind als alles, was wir mit so knapper Not überwunden haben.

Als einer von denen, die in diesen Tagen lebten und handelten, ist es mein Ziel, darzulegen, wie leicht sich die Tragödie des Zweiten Weltkrieges hätte vermeiden lassen, wie die Bosheit der Niederträchtigen durch die Schwäche der Anständigen gefördert wurde, wie dem Bau und der Art demokratischer Staaten, wenn sie nicht in einem grösseren Organismus zusammengeschmiedet sind, die Elemente der Ausdauer und Überzeugung fehlen, die allein den einfachen Massen Sicherheit bieten können, wie in Fragen der Selbsterhaltung keine Politik zehn oder fünfzehn Jahre lang folgerichtig betrieben wird. Wir werden sehen, wie die Ratschläge der Vorsicht und Zurückhaltung die Hauptursachen tödlicher Gefahr werden können, wie der Mittelweg, der im Wunsch nach Sicherheit und friedlichem Leben gewählt wird, unmittelbar in das schwärzeste Unheil führen kann. Wir werden sehen, welche unbedingte Notwendigkeit eine breite Basis internationaler Aktion ist, der mehrere Staaten gemeinsam durch Jahre hindurch folgen und unabhängig von der Ebbe und Flut nationaler Politik treu bleiben.

Es war eine einfache Politik, Deutschland dreissig Jahre lang im Zustande der Abrüstung zu halten, während die Sieger für ausreichende eigene Rüstung sorgten, inzwischen aber, selbst wenn sich keine Versöhnung mit Deutschland finden liess, umso entschlossener einen echten

Völkerbund aufzubauen, der imstande war, dafür einzustehen, dass Verträge eingehalten oder nur auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung geändert würden. Wenn drei oder vier mächtige Regierungen in gemeinsamem Vorgehen die furchtbarsten Opfer von ihren Völkern gefordert haben, wenn diese Opfer für die gemeinsame Sache rückhaltlos geleistet wurden, und wenn das ersehnte Ziel erreicht worden ist, sollte es nur vernünftig scheinen, dass im einmütigen Handeln fortgefahren wird, damit wenigstens die wichtigsten Errungenschaften nicht verscherzt werden. Aber die Macht, Zivilisation und Bildung, das Wissen und die Wissenschaft der Sieger waren unfähig, dieses bescheidene Erfordernis zu erfüllen. Sie lebten von der Hand in den Mund und von Tag zu Tag und von einer Wahl zur nächsten, bis nach kaum zwanzig Jahren das gefürchtete Signal zum Zweiten Weltkrieg ertönte und wir von den Söhnen derer, die so tapfer und treu kämpften und starben, schreiben müssen:

«Schulter an schmerzender Schulter, Seite an Seite,
Schleppten sie sich hinweg von den lichten Tälern des Lebens¹»

¹ Siegfried Sassoon.

KAPITEL II

DER FRIEDE IM ZENITH 1922-1931

Baldwin tritt auf – Sturz Lloyd Georges – Wiederaufleben des Schutzzolls – Die erste Sozialistenregierung in England – Baldwins Sieg – Ich werde Schatzkanzler – Kriegsschulden und Reparationen – Ständiger Fortschritt aller Klassen im Inland – Hindenburg wird Präsident – Die Konferenz von Locarno – Austen Chamberlains Leistung – Friede im Zenith – Ein ruhiges Europa – Wiederaufblühen des deutschen Wohlstandes – Die allgemeinen Wahlen von 1929 – Meine Meinungsverschiedenheiten mit Baldwin – Indien – Die Weltwirtschaftskrise – Eine schöne Hoffnung erlischt – Arbeitslosigkeit – Der Sturz des zweiten Ministeriums MacDonald – Meine politische Kaltstellung beginnt – Die britischen Finanzkämpfe – Die allgemeinen Wahlen von 1931

IM Jahr 1922 trat in England ein neuer Führer auf. Stanley Baldwin war bisher auf dem Welttheater unbekannt oder unbeachtet geblieben und spielte in den innenpolitischen Angelegenheiten nur eine bescheidene Rolle. Während des Krieges war er Finanzsekretär im Schatzamt gewesen und stand in diesem Jahr als Präsident des Board of Trade an der Spitze des Handelsministeriums. Vom Oktober 1922 an, als er Lloyd George verdrängte, wurde er zur bestimmenden Kraft in der britischen Politik, bis er im Mai 1937 – mit Ehren überschüttet und von der öffentlichen Meinung fast vergöttert – sein schweres Amt niederlegte und sich in Würde und Stille in sein Landhaus in Worcestershire zurückzog. Meine Beziehungen zu diesem Staatsmann bilden einen festen Teil der Geschichte, die ich zu erzählen habe. Unsere Meinungsverschiedenheiten waren zeitweise ernster Natur, aber in all diesen Jahren und auch

späterhin hatte ich nie ein unerfreuliches persönliches Gespräch oder Zusammentreffen mit ihm, und nie hatte ich die Empfindung, dass wir nicht mit vollem Vertrauen und Verständnis von Mann zu Mann sprechen könnten.

*

Die Parteispaltungen, die durch die Regelung der irischen Frage innerhalb Lloyd Georges Koalition entstanden waren, nahmen mit dem Näherrücken der unvermeidlichen allgemeinen Wahlen zu. Es erhob sich das Problem, ob wir uns dem Land gemeinsam vorstellen oder die Koalitionsregierung vorher auflösen sollten. Dem öffentlichen Interesse und dem guten Brauch der britischen Politik schien es gemässer zu sein, dass Parteien und Minister, die so vieles zusammen erlebt hatten und ein grosses Mass gemeinsamer Verantwortung trugen, sich vereinigt vor der Nation zeigten. Um den Konservativen, deren Partei weitaus grösser und stärker war, dies zu erleichtern, hatten der Premierminister und ich zu einem früheren Zeitpunkt dieses Jahres schriftlich angeboten, von unseren Ämtern zurückzutreten und von privatem Standort aus eine neue Regierung zu unterstützen, die von Austen Chamberlain gebildet werden sollte. Nach Erwägung dieses Briefes erwiderten die Konservativen mit Bestimmtheit, sie würden unser Opfer nicht annehmen, wir müssten alle zusammen stehen oder fallen. Ihre Gefolgschaft aber billigte diese ritterliche Haltung nicht, da die Partei sich stark genug fühlte, die Macht im Staate ungeteilt zu übernehmen.

Mit überwältigender Stimmenmehrheit beschloss die Konservative Partei, mit Lloyd George zu brechen und der nationalen Koalitionsregierung ein Ende zu machen. Der Premierminister trat an demselben Nachmittag zurück. Am Morgen noch waren wir die Freunde und Kollegen aller dieser Leute gewesen. Beim Einbruch der Nacht waren sie unsere Parteifeinde, die uns aus dem öffentlichen Leben zu vertreiben beabsichtigten. Mit der einzigen und unerwarteten Ausnahme Lord Cur-

zons hielten alle prominenten Konservativen, die im Krieg mit uns gekämpft hatten, und die Mehrzahl aller Minister zu Lloyd George. Darunter befanden sich Arthur Balfour, Austen Chamberlain, Robert Horne und Lord Birkenhead, die vier fähigsten Männer der Konservativen Partei. Im entscheidenden Augenblick warf mich eine schwere Blinddarmentzündung darnieder, und als ich am Morgen nach der Operation wieder zum Bewusstsein kam, erfuhr ich, dass die Regierung Lloyd George zurückgetreten war und dass ich nicht nur meinen Blinddarm eingebüsst hatte sondern auch mein Amt als Staatssekretär für die Dominien und Kolonien, in dem ich einige parlamentarische und administrative Erfolge erzielt zu haben glaubte. Bonar Law, der uns ein Jahr zuvor aus ernststen gesundheitlichen Gründen verlassen hatte, trat widerstrebend das Amt des Premiers an. Er bildete eine Regierung aus Mitgliedern, die man «die Zweite Mannschaft» nennen könnte. Baldwin, ihre bedeutendste Gestalt, wurde Schatzkanzler. Der Premierminister ersuchte den König um Auflösung des Kabinetts. Das Volk verlangte nach Abwechslung. Bonar Law, mit Baldwin zur Seite und Lord Beaverbrook als nächstem Antreiber und Mentor, erreichte eine Mehrheit von 120 Stimmen, in voller Erwartung einer fünfjährigen Amtszeit. Zu Beginn des Jahres 1923 legte Bonar Law das Amt des Premiers nieder und zog sich zurück, um bald darauf seinem grausamen Leiden zu erliegen. Baldwin wurde sein Nachfolger, und Lord Curzon begnügte sich im neuen Ministerium mit dem Amt des Aussenministers.

So begann der vierzehn Jahre dauernde Abschnitt, den man als das «Regime Baldwin-Mac Donald» bezeichnen kann. Die beiden Staatsmänner regierten das Land zuerst abwechselnd, allmählich aber in politischer Brüderlichkeit. Obwohl sie nominell gegnerische Parteien mit gegensätzlichen Doktrinen und Interessen vertraten, erwiesen sie sich tatsächlich als näher verwandt in ihren Ansichten, ihrem Temperament und ihren Methoden als irgendwelche anderen Männer, die Premierminister gewesen waren, seit dieses Amt in der britischen Verfassung besteht. Seltsamerweise erstreckten sich die Sympathien eines jeden weit

in das Gebiet des andern. Ramsay MacDonald hegte viele der Gefühle eines alten Tory. Stanley Baldwin war, abgesehen von der einem Industriellen angeborenen Vorliebe für den Schutzzoll, seiner Veranlagung nach ein echterer Vertreter eines milden Sozialismus als viele, die man in den Labourreihen finden kann.

*

Baldwin liess sich von seiner plötzlich gewonnenen politischen Würde keineswegs blenden. «Betet für mich», sagte er, als man ihn beglückwünschte. Bald beunruhigte ihn allerdings die Sorge, dass Lloyd George mit dem Schlachtruf des Schutzzolls die zahlreichen dissidenten konservativen Führer, die mit dem Kriegskabinett zurückgetreten waren, um sich sammeln werde und damit die Regierungsmehrheit zersplittern und sogar die führende Stellung der Partei bedrohen könnte. Im Herbst 1923 beschloss er daher seinem Rivalen zuvorzukommen, indem er das Problem des Schutzzolls selbst aufrollte. Am 25. Oktober hielt er in Plymouth eine Rede, die lediglich ein vorzeitiges Ende des neugewählten Parlaments bewirken konnte. Er beteuerte zwar seine Unschuld hinsichtlich irgendeiner derartigen Absicht; aber daran zu glauben hiesse seine tiefe Kenntnis der britischen Parteipolitik unterschätzen. Das Parlament wurde auf seinen Rat im Oktober aufgelöst, und innerhalb von kaum zwölf Monaten fand eine zweite allgemeine Neuwahl statt.

Die Liberale Partei, die sich um die Fahne des Freihandels scharte, zu der auch ich stand, gewann dabei eine Schlüsselstellung und hätte trotz ihrer Minderheit leicht die Regierung bilden können, wenn Asquith dies gewünscht hätte. Da er aber nicht wollte, wurde Ramsay MacDonald als Führer von kaum mehr als zwei Fünfteln der Abgeordneten des Unterhauses der erste sozialistische Premierminister von Grossbritannien und blieb dank dem stillschweigenden Einverständnis und den Streitigkeiten der beiden älteren Parteien ein Jahr im Amt. Die Nation war gegenüber der sozialistischen Minderheitsregierung ausser ordent-

lich widerspenstig, und die politische Witterung wurde für die beiden Oppositionsparteien so günstig, dass sie – die Liberalen und die Konservativen – eine Gelegenheit ergriffen, um die sozialistische Regierung in einer wichtigen Frage zu schlagen. Es kam zu einer abermaligen Neuwahl – der dritten in weniger als zwei Jahren. Die Konservativen erlangten eine Mehrheit von 222 Stimmen über alle anderen Parteien¹. Zu Beginn dieser Wahl war Baldwins Stellung sehr schwach; er leistete keinen besonderen Beitrag zum Ergebnis. Immerhin hatte er sich vorher als Parteiführer behauptet, und als die Wahlergebnisse bekanntgegeben wurden, war es gewiss, dass er abermals Premierminister werden würde. Er zog sich auf seinen Landsitz zurück, um sein zweites Ministerium zu bilden.

Damals stand ich bei den Tories ziemlich hoch in Gunst. Sechs Monate vorher bewies ich bei den Nachwahlen in Westminster meinen Einfluss auf die konservativen Kräfte. Obwohl ich von den Liberalen als Kandidat aufgestellt war, arbeitete und stimmte eine grosse Zahl Tories für mich. Jedes meiner vierunddreissig Wahlbureaux wurde von einem konservativen Abgeordneten geleitet, der Baldwin und dem konservativen Parteiapparat Trotz bot. Das war noch nie dagewesen. Ich wurde bei einer Gesamtbeteiligung von zwanzigtausend Stimmberechtigten mit nur dreiundvierzig Stimmen geschlagen. Bei der Gesamterneuerung wurde ich in Epping mit einer Mehrheit von zehntausend Stimmen gewählt, aber als «Konstitutionalist». Ich wollte damals den Namen «Konservativer» nicht annehmen. Inzwischen hatte ich mehrmals mit Baldwin freundschaftliche Fühlung genommen; aber ich glaubte nicht, dass er als Premierminister aus den Wahlen hervorgehen würde. Am Tag nach seinem Sieg hatte ich keine Ahnung, welche Gefühle er mir gegenüber hegen mochte. Ich war überrascht und die Konservative Partei sprachlos, als er mich aufforderte, Schatzkanzler zu werden und damit das Amt zu übernehmen, das mein Vater einst verwaltet hatte. Im Einverständnis mit meinen Wählern und ohne persönlich in irgendeiner

¹ Konservative 413, Liberale 40, Labour 151.

Weise dazu gedrängt worden zu sein, trat ich ein Jahr später wieder in aller Form der Konservativen Partei und dem Carlton Club bei, aus dem ich vor zwanzig Jahren ausgetreten war.

*

Im Schatzamt war mein erstes Problem von internationalem Charakter die Schuld gegenüber den Vereinigten Staaten. Zu Ende des Krieges schuldeten die europäischen Alliierten den Vereinigten Staaten ungefähr zehn Milliarden Dollar, wovon vier Milliarden auf England fielen. Andererseits schuldeten uns die andern Alliierten, vor allem Russland, sieben Milliarden Dollar. 1920 hatte England eine allgemeine Streichung der Kriegsschulden vorgeschlagen. Dies bedeutete, zumindest auf dem Papier, für uns ein Opfer von ungefähr siebenhundertfünfzig Millionen Pfund. Da der Geldwert seither auf die Hälfte gesunken ist, könnte man die Zahlen tatsächlich verdoppeln. Es wurde keine Regelung erreicht. Am 1. August 1922, zur Zeit Lloyd Georges, hatte die Balfour-Note erklärt, Grossbritannien werde von seinen Schuldnern – Verbündeten oder ehemaligen Feinden – nicht mehr einziehen, als was die Vereinigten Staaten von Grossbritannien einzögen. Das war eine verdienstvolle Erklärung. Im Dezember 1922 begab sich eine britische Delegation unter Baldwin, dem Schatzkanzler in Bonar Laws Regierung, nach Washington; das Ergebnis war, dass Grossbritannien einwilligte, den Vereinigten Staaten seine gesamte Kriegsschuld mit einem von 5 Prozent auf 3 $\frac{1}{2}$ Prozent gesenkten Zinsfuss abzuzahlen, ohne Rücksicht auf die Zahlungen seiner Schuldner.

Über dieses Abkommen waren viele unterrichtete Kreise tief betroffen, und niemand tiefer als der Premierminister selbst. Grossbritannien war durch den Krieg schwer verarmt, in welchem es, so wie es dies später noch einmal tun musste, vom ersten bis zum letzten Tag gekämpft hatte; nun war es gezwungen, zweiundsechzig Jahre lang jährlich fünfunddreissig Millionen Pfund zu bezahlen. Nicht nur in England, sondern

auch von vielen desinteressierten Finanzautoritäten in Amerika wurde die Basis dieses Abkommens als schwere und unüberlegte Bedingung für Schuldner und Gläubiger betrachtet. «Die Engländer haben das Geld doch nur entliehen, nicht wahr?» sagte Präsident Coolidge. Diese lakonische Feststellung war richtig, aber nicht erschöpfend. Zwischenstaatliche Zahlungen, die sich in Form einer Überlassung von Waren und Dienstleistungen – oder mehr noch in Form ihres fruchtbaren Austausches – abspielen, sind nicht nur berechtigt, sondern auch einträglich. Zahlungen aber, die bloss eine willkürliche, künstliche Übertragung derart riesiger Summen darstellen, wie sie sich bei der Kriegsfinanzierung ergeben, müssen notgedrungen das ganze Getriebe der Weltwirtschaft in Unordnung bringen. Dies trifft gleichermassen zu, ob die Zahlungen nun von einem Verbündeten gefordert werden, der am Sieg teilhatte und einen grossen Teil der Last trug, oder von einer besiegten feindlichen Nation. Die zwangsweise durchgeführte Schuldenregelung durch Baldwin-Coolidge war ein deutlicher Vorbote des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der bald darauf die Welt erschüttern, ihre Gesundheit verhindern und ihre Hassgefühle entfachen sollte.

Das Abzahlen der amerikanischen Schuld war besonders schwierig gegenüber einem Land, das seinen Zollltarif neuerdings noch einmal heraufgesetzt hatte und in seinen Gewölben bald alles bisher zutage geförderte Gold hütete. Ähnliche aber mildere Regelungen wurden den anderen europäischen Alliierten vorgeschrieben. Das erste Resultat war, dass jedermann Deutschland die Daumenschrauben anlegte. Ich bekannte mich durchaus zur Politik der Balfour-Note von 1922 und hatte mich damals dafür eingesetzt; als ich Schatzkanzler wurde, griff ich darauf zurück und handelte demgemäss. Ich dachte, wenn Grossbritannien auf diese Weise nicht nur zum Schuldner, sondern zum Schuldeneinzieher der Vereinigten Staaten werde, müsste man in Washington die Unklugheit des Schuldeneinziehens einsehen. Man reagierte jedoch keineswegs darauf, und meine Überlegung wurde zurückgewiesen. Die Vereinigten

Staaten bestanden weiterhin auf den jährlichen Zahlungen von Grossbritannien.

Es fiel mir daher zu, mit allen unsern Verbündeten Regelungen zu treffen, wie wir zusammen mit den von uns bereits herabgesetzten deutschen Zahlungen die jährlichen fünfunddreissig Millionen an das amerikanische Schatzamt aufbringen konnten. Auf Deutschland wurde der schärfste Druck ausgeübt und ein lästiges System internationaler Kontrolle der internen deutschen Angelegenheiten vorgeschrieben. Die Vereinigten Staaten erhielten von England drei volle Zahlungen, die von Deutschland durch Reparationszahlungen nach dem modifizierten Dawes-Plan erzwungen wurden.

*

Fast fünf Jahre lang lebte ich als Nachbar Baldwins in Downing Street Nr. n, und auf meinem Weg durch sein Haus in das Schatzamt suchte ich ihn beinahe jeden Morgen zu einem kurzen Gespräch im Kabinettsaal auf. Da ich einer seiner einflussreichsten Kollegen war, trage ich mein Teil Verantwortung für alles, was sich ereignete. Diese fünf Jahre waren durch eine sehr beträchtliche Erholung im Innern gekennzeichnet. Es war eine fähige, gelassene Regierung, in einer Zeit, die allmählich Jahr um Jahr deutliche Verbesserung und Genesung brachte. Es gab nichts Sensationelles und keine Streitfragen, womit man auf den Rednerbühnen hätte glänzen können, aber an jeder Probe wirtschaftlicher oder finanzieller Art gemessen, lebte die Allgemeinheit entschieden besser, und die Nation und die Welt überhaupt lebten am Ende ihrer Regierungszeit angenehmer und ertragreicher als am Anfang. Das darf in aller Bescheidenheit doch mit Fug gesagt werden.

Die eigentliche Kraftprobe bestand dieses Ministerium jedoch in Europa.

*

Hindenburg gelangte nun in Deutschland an die Macht. Ende Februar 1925 starb Friedrich Ebert, vor dem Krieg Führer der deutschen Sozialdemokratischen Partei und nach der Niederlage erster Präsident der deutschen Republik. Ein neuer Präsident musste gewählt werden. Von jeher waren die Deutschen unter einem patriarchalischen Despotismus aufgewachsen, der allerdings durch Redefreiheit und parlamentarische Opposition weitgehend gemildert war. Die Niederlage hatte ihnen auf dürftigen Schwingen demokratische Formen und Freiheiten in überreichem Mass gebracht. Aber das Volk war durch alles Erlebte zerrissen und verwirrt, und viele Parteien und Gruppen strebten nach Vorrang und Ämtern. Aus dem Wirrwarr bildete sich das dringende Verlangen, sich an den alten Feldmarschall von Hindenburg zu klammern, der in würdevoller Zurückgezogenheit lebte. Hindenburg hielt dem landesverwiesenen Kaiser die Treue und befürwortete eine Wiederherstellung der kaiserlichen Monarchie «nach englischem Vorbild». Das war selbstverständlich das Vernünftigste, wenn auch das am wenigsten Zeitgemässe. Als man ihn aufforderte, für die Präsidentschaft unter der Weimarer Verfassung zu kandidieren, fühlte er sich in seiner Ruhe gestört. «Lasst mich in Frieden», sagte er immer wieder. Aber man liess nicht davon ab, ihn zu bedrängen, und nur der Grossadmiral von Tirpitz war schliesslich imstande, ihn dahin zu bringen, dass er auf den Ruf der Pflicht, dem er von jeher gefolgt war, von seinen Bedenken und Neigungen absah. Hindenburgs Gegenkandidaten waren Marx vom katholischen Zentrum und der Kommunist Thälmann. Am Sonntag, den 26. April, stimmte ganz Deutschland ab. Die Ergebnisse waren unerwartet knapp:

Hindenburg	14'655'766
Marx	13'751'615
Thälmann	1'931'151

Hindenburg, der seine Gegenkandidaten dadurch überragte, dass er berühmt, zurückhaltend und an keine Partei gebunden war, wurde mit weniger als einer Million Stimmenmehrheit gewählt und erlangte keine

absolute Mehrheit. Er tadelte seinen Sohn Oskar, weil ihn dieser morgens um 7 Uhr mit der Nachricht weckte: «Was brauchst du mich eine Stunde früher zu wecken? Um 8 Uhr wäre es auch noch wahr gewesen.» Und damit schlief er wieder bis zu seinem üblichen Tagesbeginn.

In Frankreich wurde Hindenburgs Wahl zuerst als Wiederaufleben deutscher Herausforderung betrachtet. In England reagierte man sorgloser. Da es immer mein Wunsch war, Deutschland möge wieder zu Ehre und Selbstachtung gelangen und die Kriegsbitterkeit fallen lassen, war ich über die Nachricht durchaus nicht betroffen. «Er ist ein höchst vernünftiger alter Mann», sagte Lloyd George zu mir, als wir uns trafen; und als solcher erwies er sich auch, solange er im Besitz seiner Fähigkeiten war. Sogar einige seiner bittersten Gegner sahen sich gezwungen zuzugeben: «Besser Zero als Nero h» Allerdings war er siebenundsiebzig, und seine Amtszeit sollte sieben Jahre dauern. Wenige rechneten mit seiner Wiederwahl. Er tat sein Bestes, zwischen den verschiedenen Parteien unparteiisch zu sein, und zweifellos gab seine Präsidentschaft Deutschland nüchterne Kraft und friedliches Leben, ohne eine Bedrohung der Nachbarn zu bedeuten.

*

Inzwischen hatte sich im Februar 1925 die deutsche Regierung an Herriot, den damaligen französischen Ministerpräsidenten, gewandt. Ihr Memorandum stellte fest, Deutschland sei zur Annahme eines Paktes bereit, durch den sich die am Rhein interessierten Mächte, in erster Linie England, Frankreich und Deutschland, auf einen langen Zeitraum hinaus gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten als Treuhänderin feierlich verpflichten würden, keinen Krieg gegen einen der kontrahierenden Staaten zu führen. Ferner wäre ein Pakt, der den bestehenden territorialen Zustand am Rhein ausdrücklich garantieren würde, für Deutschland annehmbar. Das war ein bemerkenswertes Ereignis. Die französi-

¹ Theodor Lessing, im September 1933 von den Nazis ermordet.

sche Regierung konsultierte ihre Alliierten. Austen Chamberlain gab am 5. März im Unterhaus die Nachricht öffentlich bekannt. Parlamentskrisen in Frankreich und Deutschland verzögerten den Gang der Verhandlungen; aber nach einer Besprechung zwischen London und Paris wurde Stresemann, dem deutschen Aussenminister, durch den französischen Botschafter in Berlin am 16. Juni 1925 eine formelle Note übermittelt. Die Note erklärte, dass kein Abkommen geschlossen werden könne, ehe als Vorbedingung Deutschland in den Völkerbund eingetreten sei. Keine angestrebte Vereinbarung dürfe einen Vorschlag zur Änderung der Bestimmungen des Friedensvertrags enthalten. Belgien müsse als kontrahierende Macht zugezogen werden, und schliesslich habe ein deutsch-französischer Schiedsvertrag die natürliche Ergänzung zu einem Rheinpakt zu bilden.

Am 24. Juni wurde im Unterhaus über die britische Haltung debattiert. Chamberlain erklärte, dass die britischen Vertragsverpflichtungen auf den Westen beschränkt sein würden. Frankreich werde vermutlich seine besonderen Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei genau bestimmen; aber Grossbritannien werde keine anderen Verpflichtungen als die in der Völkerbundssatzung festgelegten übernehmen. Die britischen Dominien zeigten keine Begeisterung für einen Westpakt. General Smuts war bestrebt, regionale Vereinbarungen zu vermeiden. Die Canadier blieben lau; nur Neuseeland war bedingungslos bereit, sich der Ansicht der britischen Regierung anzuschliessen. Trotzdem beharrten wir auf unserm Standpunkt. Den tausendjährigen Kampf zwischen Frankreich und Deutschland zu beenden, schien mir ein höchst erstrebenswertes Ziel. Wenn es uns gelänge, die Gallier und Germanen wirtschaftlich, sozial und moralisch so eng zusammenzubringen, dass die Gelegenheit zu neuen Händeln verhindert würde und die alten Gegensätze in der wachsenden Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit zum Erlöschen kämen, könnte Europa wieder aufblühen. Mir schien, dass das grösste Interesse des britischen Volkes in Europa in der Ent-

spannung der französisch-deutschen Zwietracht liege, und dass kein anderes Interesse diesem Punkt vergleichbar sei oder ihm widerspreche. Das ist auch heute noch meine Ansicht.

Austen Chamberlain vertrat als Aussenminister eine Auffassung, die von allen Parteien respektiert wurde, und das ganze Kabinett stand einmütig hinter ihm. Im Juli antworteten die Deutschen auf die französische Note und willigten in die Verknüpfung eines Westpactes mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein, wobei sie jedoch erklärten, dass ein vorheriges Abkommen über allgemeine Abrüstung erforderlich sei. Briand begab sich nach England, und es fanden ausführliche Besprechungen über den Westpakt und was damit zusammenhing statt. Im August antworteten die Franzosen in vollem Einverständnis mit Grossbritannien an Deutschland. Der erste und unerlässliche Schritt müsse darin bestehen, dass Deutschland dem Völkerbund ohne Vorbehalt beitrete. Die deutsche Regierung nahm diese Bedingung an. Das bedeutete, dass die Bestimmungen der Friedensverträge in Kraft bleiben sollten, solange und soweit sie nicht in gegenseitigem Einverständnis abgeändert würden, und dass keine ausdrückliche Verpflichtung für eine Rüstungsbeschränkung der Alliierten erreicht worden war. Weitere Forderungen der Deutschen, die unter intensivem nationalistischem Druck und grösster Erregung vorgebracht wurden, nämlich hinsichtlich der Ausmerzung der Kriegsschuld Klausel des Vertrags von Versailles, des Offenhaltens des Problems von Elsass-Lothringen und des sofortigen Zurückziehens alliierter Truppen aus Köln, wurden von der deutschen Regierung nicht dringlich behandelt und hätten bei den Alliierten auch kein Gehör gefunden.

Auf dieser Grundlage wurde die Konferenz von Locarno am 4. Oktober feierlich eröffnet. An den Ufern des stillen Sees versammelten sich die Delegierten Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Italiens. Die Konferenz brachte Folgendes zustande: erstens den Pakt für gegenseitige Garantie zwischen den fünf Mächten; zweitens Schiedsge-

richtsverträge zwischen Deutschland und Frankreich, Deutschland und Belgien, Deutschland und Polen, Deutschland und der Tschechoslowakei; drittens besondere Vereinbarungen zwischen Frankreich und Polen und Frankreich und der Tschechoslowakei, wodurch Frankreich sich zur Hilfeleistung verpflichtete, falls ein Fehlschlag des Westpaktes einen unprovokierten bewaffneten Überfall nach sich zöge. So kamen die westeuropäischen Demokratien überein, unter allen Umständen untereinander Frieden zu wahren und sich gemeinsam gegen jedes Land unter ihnen zu wenden, das vertragsbrüchig würde und zum Angriff gegen ein Brudervolk schritte. Was Frankreich und Deutschland betraf, verpflichtete sich Grossbritannien feierlich, jeder der beiden Mächte zu Hilfe zu kommen, wenn sie einem unprovokierten Angriff ausgesetzt wären. Diese weitgehende militärische Festlegung wurde vom Parlament angenommen und von der Nation warm unterstützt. Man mag in der Weltgeschichte vergeblich nach einer Parallele zu einer derartigen Verpflichtung suchen.

Die Frage, ob Frankreich oder Grossbritannien zur Abrüstung oder zur Rüstungsbeschränkung in bestimmtem Umfang verpflichtet wären, wurde nicht berührt. Ich hatte mich als Schatzkanzler schon am Anfang der Verhandlungen mit diesen Problemen befasst. Meine persönliche Ansicht über diese zweiseitige Garantie war, dass Deutschland nicht in der Lage war, Frankreich anzugreifen, solange es abgerüstet und Frankreich gerüstet blieb; dass aber andererseits Frankreich Deutschland niemals angreifen würde, wenn England dadurch automatisch zum Verbündeten Deutschlands wurde. Obwohl der Vorschlag in der Theorie gefährlich schien – er verpflichtete uns tatsächlich, bei einem eventuellen französisch-deutschen Krieg auf der einen oder andern Seite teilzunehmen –, bestand doch geringe Wahrscheinlichkeit, dass jemals ein solches Verhängnis eintreten würde; das war der beste Weg zu seiner Vermeidung. Ich sprach deshalb immer ebenso sehr gegen die Abrüstung Frankreichs wie gegen die Aufrüstung Deutschlands, weil dies unmittelbar eine viel grössere Gefahr für Grossbritannien bewirken musste. Grossbritannien

und der Völkerbund, dem Deutschland infolge des Paktabschlusses beitrug, boten dem deutschen Volk einen wirksamen Schutz. So wurde eine Gleichgewichtslage geschaffen, wobei Grossbritannien, dessen Hauptinteresse im Beilegen der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich lag, weitgehend als Schiedsrichter und Unparteiischer waltete. Man hoffte, dass dieses Gleichgewicht zwanzig Jahre dauern würde, in welcher Zeit die alliierten Rüstungen allmählich und auf natürliche Weise abgebaut werden könnten, unter dem Einfluss eines langen Friedens, wachsenden Vertrauens und finanzieller Lasten. Es lag auf der Hand, dass Gefahr entstehen würde, wenn Deutschland jemals zu mehr oder weniger gleicher Stärke wie Frankreich gelangte, und noch mehr, wenn es stärker als Frankreich würde. Das alles aber schien durch feierliche Vertrags Verpflichtungen ausgeschlossen.

*

Der Vertrag von Locarno befasste sich nur mit dem Frieden im Westen, und man hoffte, dass ein sogenanntes «östliches Locarno» darauf folgen könnte. Wir wären sehr zufrieden gewesen, wenn die Gefahr eines zukünftigen Krieges zwischen Deutschland und Russland sich in demselben Geist und mit ähnlichen Massnahmen hätte ausschalten lassen wie die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich. Aber selbst das Deutschland von Stresemann war nicht geneigt, unter die deutschen Forderungen im Osten einen Strich zu ziehen oder die territoriale Vertragsposition über Polen, Danzig, den Korridor und Oberschlesien hinzunehmen. Sowjetrussland brütete in seiner Isolierung hinter dem *Cordon Sanitaire* der antibolschewistischen Staaten. Unsere fortgesetzten Bemühungen brachten keinen Fortschritt im Osten. Ich verschloss mich nie einem Versuch, Deutschland grössere Befriedigung an der Ostgrenze zu verschaffen. Aber während dieser kurzen Jahre der Hoffnung bot sich keine Gelegenheit.

*

Es herrschte grosses Frohlocken über den an der Konferenz von Locarno Ende 1925 erreichten Vertrag. Baldwin unterzeichnete ihn als erster im Foreign Office. Der Aussenminister, der keine Amtswohnung besass, bat mich, mein Speisezimmer an der Downing Street Nr. 11 für ein freundschaftlich-intimes Frühstück mit Stresemann zur Verfügung zu stellen. Wir sassen alle in bestem Einvernehmen beisammen und dachten, welch wunderbare Zukunft Europa erwarte, wenn seine grössten Nationen sich ehrlich verständigten und dadurch in Sicherheit fühlten. Nachdem dieses denkwürdige Instrument die herzliche Zustimmung des Parlaments erhalten hatte, empfing Austen Chamberlain den Hosenbandorden und den Friedens-Nobelpreis. Seine Leistung war der Höhepunkt im Wiederaufbau Europas und leitete drei Jahre des Friedens und der Genesung ein. Obwohl die alten Gegensätze nur schlummerten und die Trommelschläge neuer Truppenaufgebote schon erklangen, waren wir in unserer Hoffnung berechtigt, dass der solcherart fest gewonnene Boden den Weg zu weiterem Fortschritt ermöglichen werde.

Am Ende von Baldwins zweiter Regierungszeit war die Lage in Europa so ruhig, wie sie es seit zwanzig Jahren nicht gewesen war und auch mindestens auf zwanzig Jahre hinaus nicht mehr sein sollte. Unser Vertrag von Locarno und die Räumung des Rheinlandes durch die französische Armee und alliierte Truppenkontingente zu einem viel früheren Zeitpunkt, als es der Vertrag von Versailles vorschrieb, bewirkte Deutschland gegenüber freundliche Gefühle. Das neue Deutschland nahm seinen Sitz im Völkerbund ein, in dem ein Platz dafür vorgesehen war. Unter dem belebenden Einfluss der Anleihen aus England und Amerika blühte Deutschland rasch wieder auf. Seine neuen Ozeandampfer gewannen das Blaue Band des Atlantik. Sein Aussenhandel nahm einen plötzlichen Aufschwung und der Wohlstand im Innern entwickelte sich. Auch Frankreich und sein europäisches Bündnissystem schienen gesichert. Gegen die Abrüstungsbestimmungen des Vertrags von

Versailles wurde nicht offen verstossen. Eine deutsche Kriegsflotte gab es nicht. Die deutsche Luftwaffe war verboten und noch nicht ins Leben getreten. Viele hochgestellte Personen in Deutschland wiesen den Gedanken an einen Krieg heftig von sich, wenn auch nur aus Vernunftgründen, und das deutsche Oberkommando konnte sich nicht vorstellen, dass die Alliierten ihm eine Wiederaufrüstung gestatten würden. Andererseits aber stand uns das bevor, was ich später als «wirtschaftlichen Blizard» bezeichnet habe. Die Erkenntnis des drohenden Unheils beschränkte sich auf einen kleinen Kreis der Finanz, der seine Ahnungen nicht auszusprechen wagte.

*

Die Neuwahl im Mai 1929 zeigte, dass die «Pendelschwingung» und der herkömmliche Wunsch nach Abwechslung die britische Wählerschaft stark zu beeinflussen vermochten. Die Sozialisten hatten im neuen Unterhaus eine kleine Mehrheit über die Konservativen. Die Liberalen gaben mit ungefähr sechzig Sitzen den Ausschlag, und es war klar, dass sie unter der Führung von Lloyd George wenigstens am Anfang den Konservativen feindlich gesinnt sein würden. Baldwin und ich stimmten völlig darin überein, dass wir nicht den Versuch unternehmen durften, mit einer Minderheitsregierung oder auf Grund unzuverlässiger Unterstützung durch die Liberalen zu amten. Daher reichte Baldwin dem König sein Rücktrittsgesuch ein, obwohl im Kabinett und in der Partei einige Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Kurs bestanden. Wir fuhren alle in einem Sonderzug nach Windsor, um unsere Ämter und Siegel niederzulegen; und am 7. Juni wurde Ramsay MacDonald an der Spitze einer von den Liberalen abhängigen Minderheitsregierung zum zweitenmal Premierminister.

Der sozialistische Premier hatte den Wunsch, seine neue Labourregierung durch umfassende Zugeständnisse an Ägypten auszuzeichnen, durch eine weitreichende Verfassungsänderung in Indien und eine erneute Bemühung zur Abrüstung in der Welt oder wenigstens im eigenen

Land. Bei diesen Bestrebungen konnte er auf die Hilfe der Liberalen und damit auf parlamentarische Mehrheit rechnen. Damals begannen meine Differenzen mit Baldwin, und seither machte sich in unseren guten Beziehungen, die unsere Zusammenarbeit kennzeichneten, seit er mich fünf Jahre vorher zum Schatzkanzler ernannt hatte, eine Veränderung fühlbar. Wir blieben wohl immer in angenehmem persönlichem Kontakt, aber wir waren uns der Verschiedenheit unserer Ansichten bewusst. Meiner Auffassung nach hätte die konservative Opposition in allen grossen Problemen des Reiches oder des Mutterlandes deutlich der Labourregierung entgegnet, hätte sich mit der Majestät Grossbritanniens identifizieren müssen, wie unter Lord Beaconsfield und Lord Salisbury, und hätte auch nicht zögern dürfen, Kontroversen heraufzubeschwören, selbst wenn dies keinen unmittelbaren Widerhall im Land geweckt hätte. Soweit ich es überblicken konnte, hielt Baldwin die Zeiten für längst versunken, in denen ein kräftiges Einstehen für die Grösse des Britischen Reiches angebracht war; er sah die Hoffnung für die Konservative Partei in der Verständigung mit den Kräften der Liberalen und der Labour, in geschickten, wohlberechneten Manövern, die den andern Parteien starke öffentliche Sympathien und erhebliche Wählermassen entziehen sollten. Sicherlich hatte er darin grossen Erfolg. Er war der bedeutendste Parteileiter, den die Konservativen je gehabt hatten. Als Führer der Konservativen focht er fünf allgemeine Wahlen durch, wovon er drei gewann. Nur die Geschichte kann solche Vorgänge gerecht beurteilen.

Über dem indischen Problem kam es zwischen uns zum endgültigen Bruch. Mit kräftiger Unterstützung und sogar auf Antrieb des konservativen Vizekönigs Lord Irwin, des späteren Lord Halifax, verfolgte der Premierminister seinen Plan einer indischen Selbstregierung. Es wurde jene unselige Konferenz in London abgehalten, bei welcher Gandhi, der vor Kurzem aus seiner komfortablen Haft entlassen worden war, den Mittelpunkt bildete. Die Einzelheiten der Kontroverse, womit sich die

Sitzungen von 1929 und 1930 beschäftigten, brauchen auf diesen Seiten nicht verfolgt zu werden. Über der Haftentlassung Gandhis, die zu dem Zweck erfolgte, ihm die Teilnahme an der Londoner Konferenz als Abgesandter des nationalistischen Indiens zu ermöglichen, erreichte ich den kritischen Punkt in meinen Beziehungen zu Baldwin. Er schien sich mit diesen Entwicklungen durchaus abzufinden, stand im Einklang mit dem Premierminister und dem Vizekönig und führte die konservative Opposition entschlossen in diese Richtung. Ich war jedoch überzeugt, dass wir im Endergebnis Indien verlieren würden und dass damit grenzenloses Unheil über die Völker Indiens hereinbrechen müsste. Aus diesem Anlass trat ich daher nach einiger Zeit aus dem Schattenkabinett zurück. Am 27. Januar 1931 schrieb ich an Baldwin:

Da nun unsere Divergenz in der indischen Politik öffentlich bekannt wurde, bin ich der Ansicht, dass ich den Zusammenkünften Ihres Geschäftskomitees, wozu Sie mich bisher gütigst eingeladen haben, nicht mehr beiwohnen sollte. Ich brauche kaum hinzuzufügen, dass ich Ihnen in der Opposition gegen die Sozialistenregierung im Unterhaus jeden in meiner Macht stehenden Beistand leisten werde, und ich beabsichtige, mein möglichstes für ihre Niederlage bei den allgemeinen Wahlen zu unternehmen.

*

Das Jahr 1929 verlief zu fast drei Vierteln mit der Verheissung und dem Anschein zunehmenden Wohlstandes, und zwar vor allem in den Vereinigten Staaten. Ausserordentlicher Optimismus bewirkte eine Spekulationsorgie. Es wurden Bücher geschrieben, um zu beweisen, dass die Phase der Wirtschaftskrisen endlich durch die sich ausdehnende Geschäftsorganisation und Wissenschaft überwunden sei. «Der zyklische Wirtschaftsverlauf, wie wir ihn bisher gekannt haben, liegt offensichtlich hinter uns», sagte der Präsident der New-Yorker Börse im September. Aber im Oktober fegte ein plötzlicher heftiger Sturm über Wall Street. Die einflussreichsten Stellen vermochten die Flut panikartiger

Verkäufe nicht aufzuhalten. Eine Gruppe führender Banken gründete einen Fonds von einer Milliarde Dollar, um den Markt zu stützen und zu stabilisieren. Alles war vergeblich.

Der ganze in den Papierwerten der vorhergehenden Jahre so rasch erworbene Reichtum schwand dahin. Der Wohlstand von Millionen amerikanischer Familien war auf einem gigantisch aufgeblähten Kreditgefüge gewachsen und erwies sich jetzt plötzlich als Phantom. Abgesehen von der im ganzen Land verbreiteten Aktienspekulation, die selbst die angesehensten Banken durch erleichterte Kreditgewährung gefördert hatten, war ein umfassendes Teilzahlungssystem für Häuser, Möbel, Autos und zahllose Hilfsgeräte und Bequemlichkeiten des Haushalts entstanden. Das alles brach jetzt zusammen. Verwirrung und Lähmung ergriff die mächtigen Produktionsbetriebe. Erst gestern noch hatte das Parkieren der Autos, mit denen Tausende von Handwerkern und Gewerbetreibenden zu ihrer täglichen Arbeit zu fahren begannen, ein dringendes Problem bedeutet. Heute befiel die drückende Angst vor den fallenden Löhnen und der steigenden Arbeitslosigkeit die ganze Gemeinschaft, die sich bis zu diesem Augenblick in grösster Aktivität damit befasst hatte, alle Arten schöner Dinge zum Vergnügen von Millionen Menschen herzustellen. Das amerikanische Bankensystem war weit weniger konzentriert und festbegründet als das englische. Zwanzigtausend lokale Banken stellten ihre Zahlungen ein. Der Austausch von Waren und Arbeitsleistungen zwischen den Menschen war ganz und gar zerrüttet, und der Krach in Wall Street hallte in den bescheidensten wie in den reichsten Häusern nach.

Es darf allerdings nicht angenommen werden, dass sich hinter der schönen Vision von immer mehr Reichtum und Bequemlichkeit für eine immer grössere Zahl von Menschen, der die Bevölkerung der Vereinigten Staaten verfallen war, nichts als Täuschung und Börsentaumel verborgen habe. Nie zuvor waren in irgendeiner Gemeinschaft derart ungeheure Mengen von Waren aller Art produziert, verteilt und ausgetauscht worden.

Tatsächlich sind die Wohltaten unbegrenzt, die sich die Menschen durch die höchste Anspannung ihres Fleisses und Könnens gegenseitig zu erweisen vermögen. Diese grossartige Manifestation war durch eitle Phantasievorstellungen und Gewinnsucht zertrümmert worden, welche die grosse Leistung zunichte machten. Auf den Zusammenbruch der Börse folgte in den Jahren von 1929 bis 1932 ein unaufhaltsamer Preissturz und damit ein Rückgang der Produktion, der zu ausgedehnter Arbeitslosigkeit führte.

Die Folgen dieser Störungen des Wirtschaftslebens machten sich auf der ganzen Welt bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit und das Nachlassen der Produktion bewirkte eine allgemeine Schrumpfung des Handels. Zum Schutz der heimischen Märkte wurden Einfuhrbeschränkungen verfügt. Die allgemeine Krise brachte akute Geldschwierigkeiten mit sich und lähmte den Kredit im Innern. Dadurch dehnte sich Ruin und Arbeitslosigkeit auf der ganzen Erdkugel aus. MacDonalds Regierung musste es mit all den schönen Verheissungen, die sie gemacht hatte, erleben, dass die Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1930 und 1931 von einer Million auf fast drei Millionen anstieg. Man sprach von zehn Millionen Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten. Das gesamte Bankensystem der grossen Republik war gestört und vorübergehend zusammengebrochen. Ähnliche Katastrophen suchten Deutschland und andere europäische Länder heim. Immerhin hatte in der Englisch sprechenden Welt niemand Hunger zu leiden.

*

Für eine Regierung oder Partei, die auf dem Kampf gegen das Kapital beruht, ist es immer schwierig, das Vertrauen und den Kredit zu wahren, die für die in hohem Grad künstliche Wirtschaft einer Insel wie England so wichtig sind. MacDonalds labour-sozialistische Regierung war völlig ausserstande, die vor ihr liegenden Probleme zu meistern. Sie verfügte nicht einmal über die zum Ausgleich des Staatshaushalts erforderliche

Parteidisziplin und Energie. Unter solchen Umständen konnte sich eine Regierung nicht halten, die ohnedies schon in der Minderheit war und keinerlei finanzielles Vertrauen genoss.

Das Versagen der Labourpartei in diesen Sturmzeiten, der plötzliche Zusammenbruch des britischen Finanzkredits und die Spaltung der Liberalen Partei mit ihrem ungesunden Einfluss auf das Gleichgewicht führte zu einer nationalen Koalition. Nur eine überparteiliche Regierung schien mit der Krise fertig werden zu können. MacDonald und sein Schatzkanzler versuchten in patriotischem Hochflug die Hauptmasse der Labourpartei in ihre Kombination einzubeziehen. Baldwin, dem es von jeher recht war, wenn andere ein Amt ausübten, solange er selbst nur die Macht behielt, willigte ein, in einem Kabinett MacDonalds mitzuarbeiten. Diese Haltung verdiente zwar alle Anerkennung, aber sie entsprach nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Lloyd George war noch immer von einer Operation geschwächt – in seinem Alter eine ernste Sache; und Sir John Simon führte das Gros der Liberalen in die Kombination aller Parteien.

Ich wurde zur Mitarbeit in der Koalitionsregierung nicht aufgefordert. Wegen des indischen Problems stand ich in politischem Gegensatz zu Baldwin. Ich war ein Gegner der Politik der Labourregierung MacDonald. Die Notwendigkeit einer überparteilichen Konzentration war mir, wie vielen andern, bewusst geworden. Aber ich war weder überrascht noch unglücklich, als man mich beiseite liess. Während der Dauer der politischen Krise blieb ich in Cannes und malte. Was ich getan haben würde, wenn man mich zur Teilnahme aufgefordert hätte, kann ich nicht sagen. Es ist müssig, sich mit ungewissen Ereignissen zu befassen, die nie eingetreten sind. Ich hatte wohl im Sommer mit MacDonald über ein nationales Ministerium gesprochen, und er hatte auch einiges Interesse gezeigt. Aber ich befand mich an ungünstiger Stelle auf der politischen Bühne. Ich hatte fünfzehn Jahre Kabinetttätigkeit hinter mir und war nun mit meinem *Life of Marlborough* beschäftigt. Politische Dramen sind für diejenigen, die mitten im Lärm und Strudel der Politik stehen,

im Augenblick sehr aufregend; aber ich kann ehrlich versichern, dass ich niemals Groll und noch weniger Schmerz empfand, weil ich in der Stunde des nationalen Notstandes so entschieden ausgeschaltet wurde. Eine Unannehmlichkeit freilich war damit verbunden. Alle die Jahre seit 1905 hatte ich im Unterhaus bald auf der einen, bald auf der anderen Seite auf der vordersten Reihe gesessen und den Vorteil genossen, von dem Tisch aus zu sprechen, auf den man seine Aufzeichnungen legen und mit mehr oder weniger Erfolg scheinbar improvisieren kann. Nun musste ich mir, was oft nicht leicht war, einen der hinteren Plätze auf der Regierungsseite sichern und dort jedesmal, wenn ich sprach, die Notizen sichtbar in der Hand halten. In den Debatten hatte ich kein Privileg mehr gegenüber andern bekannten früheren Kabinettsministern. Immerhin erteilte mir der Speaker von Zeit zu Zeit das Wort.

*

Die Umbildung der Regierung beendete die finanzielle Krise nicht, und als ich aus dem Ausland zurückkehrte, fand ich alles in Aufruhr in der Erwartung einer unvermeidlichen Neuwahl. Das Urteil der Wählerschaft war des britischen Volkes würdig. Unter Ramsay MacDonald, dem Begründer der Labour-Sozialistischen Partei, war eine nationale Regierung gebildet worden. Sie schlug dem Volk ein Programm schwerer Entbehrungen und Opfer vor. Es war eine frühere Fassung von «Blut, Schweiss, Mühsal und Tränen», ohne den antreibenden Stachel des Krieges und der Lebensgefahr. Strengste Sparsamkeit war vonnöten. Alle Löhne, Gehälter oder Einkommen sollten gekürzt werden. Die Masse der Bevölkerung wurde aufgefordert, für ein Regime der Selbstverleugnung zu stimmen. Sie reagierte so, wie sie es immer tut, wenn man sie in heroischer Stimmung trifft. Obwohl die Regierung entgegen ihren Erklärungen den Goldstandard abschaffte und Baldwin sich gezwungen sah, die Teilzahlungen auf die amerikanische Schuld einzustellen – und zwar für immer, wie sich später zeigte –, die er selbst 1923

dem Kabinett Bonar Law aufgenötigt hatte, festigten sich das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Kredit des Staates. Eine überwältigende Mehrheit stimmte für das neue Ministerium. Nur sieben oder acht Mitglieder seiner eigenen Partei leisteten MacDonald als Premierminister Gefolgschaft; aber kaum hundert seiner Gegner im Lager Labours und seiner ehemaligen Anhänger wurden ins Parlament gewählt. Seine Gesundheit und Leistungskraft liessen ihn bald im Stich; in zunehmender Hinfälligkeit stand er fast vier schicksalsschwere Jahre hindurch an der Spitze des britischen Staatssystems. Und schon sehr früh in diesen vier Jahren trat Hitler auf.

LAUERENDE GEFAHREN

Meine Überlegungen im Jahr 1928 – Schrecken der Vernichtung in einem künftigen Krieg – Einige technische Voraussagen – Alliierte Abneigung gegen Krieg und Militarismus – «Ease would retract» – Die deutsche Armee – Die Beschränkung auf hunderttausend Freiwillige – General von Seeckt, sein Werk und seine Absichten – «Ein zweiter Scharnhorst» – Die Alliierte Kontrollkommission wird zurückgezogen Januar 1927 – Deutsche Luftfahrt – Übergriff und Camouflage – Die deutsche Flotte – Rathenaus Rüstungsplan – Umstellbare Fabriken – Der Beschluss «Kein grosser Krieg in den nächsten zehn Jahren»

IN meinem Buch *Nach dem Krieg* legte ich einige der Eindrücke aus der Zeit nach dem Waffenstillstand nieder, den vier Jahren vor dem Regierungswechsel in England, der sich Ende 1922 vollzog. Da ich im Jahre 1928 schrieb, stand ich ganz unter dem Eindruck einer kommenden Katastrophe.

Erst zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts der christlichen Ära begann der Krieg seine Herrschaft als gewaltiger Zerstörer des Menschengeschlechts anzutreten. Die Organisation der Menschheit in grosse Staaten und Reiche und das Erwachen der Nation zu vollem Kollektivbewusstsein ermöglichten die Planung und Durchführung von Gemetzeln in einem Ausmass und mit einer Beharrlichkeit, wie man es nie zuvor geahnt hatte. Die edelsten Tugenden der Individuen wurden zusammengefasst, um die Vernichtungsfähigkeit der Massen zu steigern. Kräftige Finanzen, die Ressourcen eines weltumfassenden Kredits und Handels, die Akkumulation grosser Kapitalreserven ermöglichten es, die Energien ganzer Völker während beträchtlicher Zeitabschnitte für das Verwüstungswerk einzusetzen. Demokratische Einrichtungen verliehen der Willenskraft von Millionen Ausdruck. Die Schule brachte nicht nur den

Verlauf des Konflikts in den Verständnisbereich eines jeden, sondern machte jeden Menschen weitgehend für den gewünschten Zweck dienstbar. Die Presse bot das Mittel zur Vereinheitlichung und zur gegenseitigen Aufhetzung. Die Religion, die den Konflikten in grundlegenden Fragen taktvoll ausgewichen war, flösste nun in allen ihren Formen sämtlichen kämpfenden Parteien Trost und Ermutigung ein. Endlich offenbarte auch die Wissenschaft dem verzweifelten Verlangen der Menschen ihre Schätze und Geheimnisse und legte Hilfsmittel und Maschinen von fast entscheidender Wirkung in ihre Hände.

In der Folge entwickelten sich viele neue Erscheinungen. Anstatt nur befestigte Städte auszuhungern, wurden nun ganze Nationen systematisch durch Hungersnot zur Unterwerfung gezwungen, oder doch der Versuch dazu gemacht. Die gesamte Bevölkerung nahm in dieser oder jener Eigenschaft am Kriege teil; ohne Unterschied waren alle dem Angriff ausgesetzt. Es öffneten sich Luftwege, auf denen Tod und Schrecken weit hinter die eigentlichen Frontlinien getragen werden konnten, so dass auch Frauen, Kinder, Greise und Kranke, die in früheren Kriegen natürlicherweise verschont blieben, davon erfasst wurden. Wunderbare Einrichtungen – Bahnlinien, Dampfschiffe und Motorfahrzeuge – unterhielten fortwährend viele Millionen von Männern im Kampf. Heilkunst und Chirurgie in ihrer Vollendung schickten sie immer wieder auf die Felder der Vernichtung zurück. Es wurde nichts vergeudet, was zum allgemeinen Prozess der Vergeudung nur irgendbeitragen konnte. Die letzten Todeszuckungen wurden noch zu militärischem Nutzen verwendet.

Aber alles, was sich in den vier Jahren des Weltkrieges ereignete, war nur ein Vorspiel zu dem, was für das fünfte Jahr in Vorbereitung stand. Der Kampf des Jahres 1919 hätte eine ungeheure Zunahme der Vernichtungsmittel gezeigt. Wenn die Deutschen die moralische Kraft zum Rückzug an den Rhein bewahrt hätten, wären sie im Sommer 1919 mit einer Wucht und mit Methoden angegriffen worden, die an Ungeheuerlichkeit alles bisher Angewendete weit überboten hätten. Tausende von Flugzeugen hätten ihre Städte vernichtet. Zehntausende von Geschützen hätten ihre Front zertrümmert. Es wurden Vorkehrungen getroffen, um gleichzeitig eine Viertelmillion Mann mit allem Bedarf ununterbrochen querfeldein in mechanischen Fahrzeugen, die fünfzehn oder zwanzig Kilometer im Tag zurücklegten, nach vorn zu schaffen. Unglaublich bösartige Giftgase, gegen die nur eine geheime (für die Deutschen nicht rechtzeitig verfügbare) Maske Schutz bot,

hätten jeden Widerstand erstickt und alles dem Angriff ausgesetzte Leben an der feindlichen Front gelähmt. Zweifellos hatten auch die Deutschen ihre Pläne. Aber die Stunde des Wütens war vorbei. Das Erlösungszeichen wurde gegeben und die Schrecken von 1919 blieben in den Archiven der grossen Widersacher vergraben.

Der Krieg endete ebenso plötzlich und umfassend, wie er begonnen hatte. Die Welt erhob ihr Haupt, blickte auf den Schauplatz des Verderbens, und Sieger und Besiegte atmeten auf. In hundert Laboratorien, in tausend Arsenalen, Fabriken und Bureaux sprangen die Leute auf und liessen die Aufgaben liegen, wofür sie sich eingesetzt hatten. Ihre Pläne wurden unvollendet und unausgeführt beiseite gelegt; ihre Kenntnisse jedoch blieben erhalten; ihre Angaben, Berechnungen und Entdeckungen wurden hastig zusammengepackt und bei den Kriegsämtern eines jeden Landes «zur weiteren Bearbeitung» hinterlegt. Der Kampf von 1919 wurde nie ausgefochten, aber seine Ideen schreiten weiter vor. Bei jeder Armee werden sie unter der Oberfläche des Friedens erforscht, ausgearbeitet, vervollkommen, und wenn ein neuer Krieg über die Welt hereinbricht, wird er nicht mit den für 1919 vorbereiteten Waffen und Hilfsmitteln geführt werden, sondern mit den Entwicklungen und Erweiterungen, die unvergleichlich furchtbarer und verhängnisvoller sein werden.

Unter diesen Umständen begannen wir jene Erschöpfungsphase, die man als Frieden bezeichnet hat. Sie bietet uns jedenfalls Gelegenheit zur Betrachtung der allgemeinen Lage. Gewisse düstere Tatsachen erheben sich hart und unerbittlich wie Gebirgsumrisse aus wogendem Nebel. Es steht fest, dass von nun an ganze Völker an Kriege teilnehmen werden, alle mit äusserster Hingabe und alle dem Wüten des Feindes ausgeliefert. Es steht fest, dass Nationen, die ihre Existenz für gefährdet halten, vor keinem Mittel zu ihrer Sicherung zurückschrecken werden. Es ist wahrscheinlich – nein, gewiss –, dass sich das nächste Mal unter den verfügbaren Mitteln Verfahren zur Massenvernichtung befinden werden, die keine Grenze kennen und vielleicht nicht mehr gelenkt werden können, nachdem sie einmal in Gang gesetzt sind.

Nie zuvor war die Menschheit in dieser Lage. Ohne eine wahrnehmbare Zunahme ihrer Tugenden und ohne den Vorteil einer weiseren Führung hält sie zum erstenmal die Werkzeuge in Händen, die unfehlbar ihre eigene Vernichtung besiegeln können. Das ist der Höhepunkt des Menschengeschickes, zu dem aller Ruhm und alle Mühen endlich geführt haben. Die Menschen würden gut daran tun, innezuhalten und über ihre

neuen Verantwortungen nachzudenken. Der Tod steht bereit, willfährig, erwartungsvoll und diensteifrig, die Völker massenweise niederzumähen; auf einen Ruf bereit, alle Reste der Zivilisation unwiderruflich zu Staub zu zertrümmern. Er wartet nur auf das Zeichen. Er erwartet es von einem schwachen, ratlosen Geschöpf, das lange sein Opfer war und jetzt – für eine einzige Gelegenheit – sein Gebieter ist.

*

Dies alles wurde am 1. Januar 1929 veröffentlicht. Heute, an einem Neujahrstag nach achtzehn Jahren, könnte ich es nicht anders schreiben. Zwischen den Kriegen hatten alle Worte und Taten, für die ich die Verantwortung trage, ausschliesslich die Verhütung eines zweiten Weltkrieges zum Ziel; und für den schlimmsten Fall natürlich auch die Sicherstellung, dass wir siegen oder wenigstens am Leben bleiben würden. Kein Krieg wäre wohl jemals leichter zu vermeiden gewesen als dieser zweite Waffengang. Ich war immer zur Gewaltanwendung bereit, wenn es der Tyrannei zu trotzen oder Verderben abzuwehren galt. Wären aber unsere britischen, amerikanischen oder alliierten Angelegenheiten mit der gewöhnlichen Festigkeit oder Vernunft, wie sie in anständigen Gemeinschaften üblich ist, geführt worden, so hätte keine Notwendigkeit für gewalttätiges, ungesetzliches Vorgehen bestanden, und in gerechten Sachen hätten wir mit der Stärke auftreten können, die kaum die Gefahr des Blutvergiessens mit sich gebracht hätte. In ihrem Abirren vom Ziel, im Aufgeben der mit grösster Ehrlichkeit angenommenen Richtlinien liessen England, Frankreich und vor allem die Vereinigten Staaten mit ihrer ungeheuren Macht und Unparteilichkeit es zu, dass langsam Verhältnisse geschaffen wurden, die den von ihnen am meisten gefürchteten Höhepunkt herbeiführten. Sie brauchen nur dasselbe wohlmeinende, kurzsichtige Verhalten gegenüber den neuen Problemen zu wiederholen, die heute mit eigentümlicher Ähnlichkeit vor uns treten, um eine dritte Katastrophe auszulösen, deren Verlauf vielleicht kein Überlebender wird erzählen können.

*

Noch früher, im Jahre 1925, hatte ich schon einige Gedanken und Fragen technischer Art niedergelegt, die in diesen Zeiten nicht unerwähnt bleiben dürfen:

Sollte es keine Methoden zur Verwendung explosiver Energie geben, die unvergleichlich intensiver als alles bisher Entdeckte wären? Könnte nicht eine Bombe von Orangengrösse erfunden werden, die eine geheime Kraft zur Zerstörung ganzer Häuserblöcke besässe – ja, die in konzentrierter Form die Sprengkraft von tausend Tonnen Kordit enthielte und eine Stadt mit einem Schlag zertrümmert würde? Könnten nicht sogar die Explosivstoffe der bestehenden Art automatisch in fliegenden Maschinen mit Radiowellen oder anderen Strahlen ohne Pilot gelenkt werden, in unangesehenem Ansturm auf eine feindliche Stadt, ein Arsenal, ein Militärlager oder Dockanlagen?

Was Giftgase und chemische Waffen aller Art betrifft, ist erst der Anfang eines furchtbaren Buches geschrieben worden. Zweifellos wird zu beiden Seiten des Rheins jede dieser neuen Bahnen zur Vernichtung erforscht, mit aller Wissenschaftlichkeit und Geduld, deren die Menschen fähig sind. Und weshalb sollte man annehmen, dass diese Mittel sich auf anorganische Chemie beschränken würden? Das Studium der Krankheiten – der methodisch vorbereiteten und vorsätzlich gegen Menschen und Tiere angewandten Seuchen – wird sicherlich in mehr als einem grossen Land in den Laboratorien betrieben. Mehltau zur Zerstörung der Saaten, Milzbrand zur Vernichtung von Pferden und Vieh, Pest zur Vergiftung nicht nur der Heere, sondern ganzer Gebiete – das sind die Bahnen, auf denen die militärische Wissenschaft gewissenlos vorrückt.

Das alles ist fast ein Vierteljahrhundert alt.

*

Es ist nur natürlich, dass ein im Krieg besiegt, stolzes Volk danach strebt, sich so rasch wie möglich neu zu rüsten. Verträge, zu denen es unter Druck gezwungen wurde, wird es nur so weit einhalten, wie dies unbedingt nötig ist.

«... Ease would retract
Vows made in pain, as violent and void¹»

¹ In der Freiheit würden Gelübde, die im Elend gemacht wurden, als erzwungen und ungültig zurückgenommen.

Die Verantwortung dafür, dass man einem besiegten Feind den Dauerzustand der Waffenlosigkeit aufzwingt, liegt daher bei den Siegern. Deshalb müssen sie eine doppelte Politik verfolgen. Erstens müssen sie, während sie selbst ausreichend gerüstet bleiben, mit unermüdlicher Wachsamkeit und Autorität die Bestimmungen des Vertrages durchsetzen, die das Wiedererstehen der Wehrkraft ihres einstigen Gegners verbieten. Zweitens sollten sie alles nur Mögliche tun, um die besiegte Nation mit ihrem Schicksal zu versöhnen, indem sie durch wohlwollendes Verhalten für grösstmögliche Prosperität im besiegten Land sorgen und mit allen Mitteln eine Basis wahrer Freundschaft und gemeinsamer Interessen zu schaffen suchen, damit der Antrieb, wieder zu den Waffen zu greifen, sich ständig verringert. In der damaligen Zeit prägte ich die Maxime: «Die Behebung der Missstände bei den Besiegten sollte der Abrüstung der Sieger vorangehen.» Man wird im Folgenden sehen, wie England, die Vereinigten Staaten und Frankreich weitgehend den entgegengesetzten Weg einschlugen. Und darauf beruht die Geschichte dieser Seiten.

*

Es ist ein gewaltiges Unterfangen, eine Armee zu schaffen, die den gesamten männlichen Nachwuchs einer mächtigen Nation umfasst. Die siegreichen Alliierten hatten auf Lloyd Georges Vorschlag hin das deutsche Heer auf hunderttausend Mann beschränkt, und die allgemeine Wehrpflicht war verboten. Diese Streitkraft wurde daher der Kern und der Schmelztiegel, woraus wenn möglich ein millionenstarkes Heer neu gebildet werden sollte. Die hunderttausend Mann stellten hunderttausend Führer dar. Sobald einmal der Entschluss zur Erweiterung gefasst war, konnten die Gemeinen Wachtmeister werden und die Wachtmeister Offiziere. Demnach ging Lloyd Georges Plan zur Verhinderung des Aufbaus der deutschen Armee von keinem unrichtigen Gedanken aus. Die Qualität der für Deutschland erlaubten hunderttausend Mann liess sich zwar in Friedenszeiten durch keine Inspektion aus dem Ausland

überwachen. Aber der Plan beruhte nicht darauf. Allein zum Schutz der deutschen Grenzen waren schon drei oder vier Millionen ausgebildeter Soldaten nötig. Der Aufbau eines Volksheeres, das sich mit der französischen Armee messen oder sie sogar übertreffen konnte, erforderte nicht nur die Vorbereitung der Führer und den Wiederaufbau der alten Regimenter und Formationen, sondern die Wehrpflicht für jeden Jahrgang, der das militärpflichtige Alter erreichte. Freiwilligenkorps, Jugendbewegungen, Erweiterung der Polizeibestände, Kriegsteilnehmerverbände, alle Arten von inoffiziellen und tatsächlich illegalen Organisationen mochten in der Zwischenzeit ihre Rolle spielen. Aber ohne allgemeine Dienstpflicht konnte das Knochengeschehen niemals Fleisch und Sehnen ansetzen.

Es bestand daher für Deutschland keinerlei Möglichkeit, ein Heer zu schaffen, das dem französischen gleichkam, bevor mehrere Jahre lang die Wehrpflicht durchgeführt worden war. Das war eine Grenzlinie, die sich ohne eine offensichtliche, flagrante Zuwiderhandlung gegen den Vertrag von Versailles nicht übertreten liess. Jede Art von heimlichen, erfinderischen, sorgfältig ausgearbeiteten Vorbereitungen konnte vorher getroffen werden, aber der Augenblick war unvermeidlich, da der Rubikon überschritten und den Eroberern die Stirne geboten werden musste. Lloyd Georges Prinzip war durchaus gesund. Wenn es mit Autorität und Umsicht durchgesetzt worden wäre, hätte sich die deutsche Kriegsmaschine nicht schmieden lassen. Überdies musste der jeweils einberufene Jahrgang, wie gut auch seine Vorschulung sein mochte, mindestens zwei Jahre im Dienst verbleiben, und erst nach dieser Ausbildungszeit konnte die Reserve allmählich geformt und angesammelt werden, die für jede moderne Armee unerlässlich ist. Frankreich, dessen Bestand an Männern durch den vorigen Krieg in furchtbarem Masse gelichtet worden war, hatte trotzdem ununterbrochen die Übung beibehalten, seine Rekruten Jahrgänge auszubilden und die ausgebildeten Soldaten in eine Reserve überzuführen, welche die gesamte menschliche

Kampfkraft der Nation umfasste. Fünfzehn Jahre lang durfte Deutschland keine entsprechende Reserve aufbauen. Während all dieser Jahre konnte die deutsche Wehrmacht wohl ihren Kampfgeist und ihre militärische Tradition hegen und pflegen, aber niemals auch nur entfernt daran denken, den Wettbewerb mit der seit Langem bestehenden, ungebrochenen Entwicklung des bewaffneten, ausgebildeten, organisierten Menschenpotentials aufzunehmen, das aus dem französischen Armeesystem auf natürliche Weise entstand.

*

Den Kern und die Struktur des zukünftigen deutschen Heeres hatte General von Seeckt geschaffen. Schon 1921 plante er im geheimen und auf dem Papier eine grosse deutsche Armee und besprach sich zugleich ehrerbietig mit der Interalliierten militärischen Kontrollkommission über seine verschiedenen Unternehmungen. Sein Biograph, General von Rabenau, schrieb in den glorreichen Tagen von 1940: «Das Werk von 1935 bis 1939 wäre schwierig zu vollbringen gewesen, wenn von 1929 bis 1934 das Zentrum der Führerschaft nur den Bedürfnissen einer kleinen Armee entsprochen hätte.» Zum Beispiel bestimmte der Friedensvertrag die Herabsetzung des Offizierkorps von vierunddreissigtausend auf viertausend Mann. Jede List wurde angewendet, um dieses peinliche Hindernis zu überwinden, und trotz den Anstrengungen der Alliierten Kontrollkommission machte der Plan einer wieder ins Leben gerufenen deutschen Armee Fortschritte. «Der Feind», sagt Seeckts Biograph, «tat sein Bestes zur Vernichtung des Generalstabs und wurde dabei von den politischen Parteien Deutschlands unterstützt. Die Interalliierte Kontrolle hatte, von ihrem Standpunkt aus rechtmässig, jahrelang versucht, die Ausbildung in den höheren Stäben so primitiv zu halten, dass es keinen Generalstab geben konnte. Sie versuchte auf die kühnste Weise, herauszufinden, wie die Generalstabsoffiziere ausgebildet wurden, aber es

gelang uns, nichts davon preiszugeben, weder das System, noch was gelehrt wurde. Seeckt gab nie nach, denn wenn der Generalstab vernichtet worden wäre, hätte man ihn nur schwer wieder aufbauen können. Die Form war zerbrochen worden, aber der Inhalt wurde gerettet...» Tatsächlich wurden in Berlin unter dem Deckmantel von Departements für Wiederaufbau, Forschung und Kultur mehrere tausend Stabsoffiziere in Zivil nebst ihren Assistenten versammelt gehalten.

Rabenau macht eine aufschlussreiche Bemerkung: «Ohne Seeckt würde es heute (1940) keinen Generalstab im deutschen Sinn geben, für den Generationen erforderlich sind und der sich nicht an einem Tag bilden lässt, so begabt und dienstefrig die Offiziere auch sein mögen. Die Überlieferung bestimmter Begriffe ist unerlässlich, damit in den Nervenproben der Wirklichkeit eine feste Führung gesichert bleibt. Wissen oder Fähigkeit der Einzelnen genügt nicht. Im Krieg ist die organisch entwickelte Leistungsfähigkeit einer grossen Anzahl nötig, und dazu braucht man Jahrzehnte ... Wenn in einer kleinen Armee von hunderttausend Mann nicht auch die Generäle klein sein sollten, musste unbedingt ein grosser theoretischer Rahmen geschaffen werden. Zu diesem Zweck führte man praktische Übungen oder Manöver in grossem Massstab ein ... weniger um den Generalstab auszubilden, als um eine Klasse höherer Befehlshaber zu schaffen...» Diese Offiziere waren dann befähigt, in umfassenden militärischen Begriffen zu denken.

Seeckt bestand darauf, dass falsche Grundsätze, die aus persönlichen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg stammten, ausgemerzt werden sollten. Alle Lehren aus jenem Krieg wurden eingehend und systematisch studiert. Es wurden alle Arten neuer Ausbildungsregeln und Instruktionkurse eingeführt. Alle bestehenden Leitfäden wurden neu geschrieben, nicht für die Armee von hunderttausend Mann, sondern für die bewaffnete Macht des Deutschen Reiches. Um die neugierigen Alliierten zu täuschen, wurden ganze Abschnitte dieser Leitfäden in besonderem Druck hergestellt und veröffentlicht. Die für den internen Gebrauch be-

stimmten Anweisungen blieben geheim. Der wichtigste einzuprägende Grundsatz war die Notwendigkeit der engsten Zusammenarbeit *aller* Waffen, auf die es ankam. Nicht nur die Hauptwaffengattungen – Infanterie, motorisierte Kavallerie und Artillerie – sollten taktisch miteinander verwoben werden, sondern auch Mitrailleur-, Minenwerfer-, Maschinenpistolen-Einheiten, Panzerabwehrwaffen, Fliegergeschwader der Armee und vieles andere sollten verschmolzen werden. Diesem Plan verdankten die deutschen Heerführer ihre taktischen Erfolge in den Feldzügen von 1939 und 1940. Ungefähr im Jahre 1924 konnte Seeckt feststellen, dass die Stärke der deutschen Armee langsam über die Hunderttausend-Mann-Grenze hinauswuchs. «Erst zehn Jahre später», sagt sein Biograph, «trug dies seine Früchte.» Im Jahr 1925 gratulierte der greise Feldmarschall von Mackensen Seeckt zu seinem Wiederaufbau der Reichswehr und verglich ihn nicht zu Unrecht mit Scharnhorst, der während der Jahre der französischen Besetzung Deutschlands nach Jena heimlich den Gegenschlag gegen Napoleon vorbereitet hatte. «Das alte Feuer brannte noch, und die Alliierte Kontrolle hatte keines der dauernden Elemente der deutschen Stärke zerstört.»

Im Sommer 1926 hielt Seeckt seine grösste operative Übung für höhere Kommandanten ab. Er verfügte über keine Truppen; aber sozusagen alle Generäle, höheren Offiziere und Generalstabsoffiziere des Heeres wurden in die Kriegskunst und deren unzählige technische Probleme eingeführt, und zwar im Rahmen einer deutschen Armee, die, wenn die Stunde kam, die deutsche Nation auf ihre frühere Stufe erheben würde.

Mehrere Jahre hindurch wurde eine kurzfristige militärische Ausbildung in kleinem Umfang ausserhalb der zugelassenen Verbände durchgeführt; diese Truppen waren als «schwarze», das heisst illegale Reichswehr bekannt. Von 1925 an übernahm das Reichswehrministerium den gesamten «schwarzen» Apparat und finanzierte ihn mit öffentlichen Geldern. Der Generalstabsplan von 1925 sah ausserhalb der Vertragsgrenzen eine Verdoppelung und spätere Verdreifachung der sieben bestehenden legalen Infanteriedivisionen vor. Seeckts Endziel war jedoch

ein Minimum von dreiundsechzig. Von 1926 an bildete die Opposition der preussischen Sozialistenregierung das Haupthindernis für diese Absichten. Bald darauf stürzte diese Regierung. Erst im April 1933 wurde die Grenze des Heeres von hunderttausend Mann offiziell überschritten, obwohl seine Stärke seit einiger Zeit stetig über diese Grenze hinausgewachsen war.

*

Als Ausdruck des guten Willens und der Hoffnungen, die auf Locarno folgten, fassten die britische und die französische Regierung einen fragwürdigen, wenn auch keineswegs unabänderlichen Beschluss. Die Interalliierte Kontrollkommission sollte aufgehoben und durch ein festgelegtes Verfahren, das für die Untersuchung im Rahmen des Völkerbundes vereinbart würde, ersetzt werden. Dieses Verfahren konnte jederzeit zur Anwendung kommen, wenn eine der Parteien dies verlangte. Man stellte sich vor, dass eine solche Regelung eine Ergänzung zum Vertrag von Locarno bilden würde. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Marschall Foch hatte zwar erklärt, dass die effektive Abrüstung Deutschlands vollzogen sei; es galt aber in Betracht zu ziehen, dass die Abrüstung eines Fünfundsechzig-Millionen-Volkes nicht von Dauer sein konnte, und dass gewisse Vorsichtsmassnahmen unerlässlich waren. Aber die Kontrollkommission wurde im Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Es war bereits bekannt, dass die Deutschen die Bestimmungen des Friedensvertrags auf mancherlei Schleichwegen umgingen, und zweifellos entwarfen sie Pläne, um wieder eine militärische Nation zu werden. Es gab Pfadfinder, Kadettenkorps und viele freiwillige, unbewaffnete Organisationen von Jugendlichen und Veteranen. Im Heer oder in der Marine konnte jedoch in grossem Ausmass nichts unternommen werden, was nicht ans Licht gekommen wäre. Die Einführung der nationalen Wehrpflicht, die Schaffung einer Luftwaffe oder der Bau von Kriegsschiffen ausserhalb der Vertragsgrenzen wäre ein offener Bruch

der deutschen Verpflichtungen gewesen und hätte jederzeit im Völkerbund, dem Deutschland nun angehörte, zur Sprache gebracht werden können.

Das Luftproblem war weit schwieriger zu überblicken. Der Friedensvertrag verbot eine deutsche Luftwaffe, und sie wurde daraufhin im Mai 1920 offiziell aufgelöst. In seinem Abschiedsbefehl sagte Seeckt, er hoffe, dass sie wiederauferstehen werde und dass ihr Geist bis dahin lebendig bleibe. Er ermutigte sie in jeder Weise dazu. Sein erster Schritt bestand darin, im Reichswehrministerium aus erfahrenen ehemaligen Offizieren der Luftwaffe eine besondere Gruppe zu bilden, deren Existenz der Alliierten Kommission verheimlicht und vor der deutschen Regierung getarnt wurde. Diese Gruppe wurde allmählich ausgebaut, bis es schliesslich innerhalb des Ministeriums in allen Abteilungen und Inspektoraten «Luftfahrtzellen» gab und die ganzen Kader der Reichswehr mit Fliegerpersonal durchsetzt waren. Das Amt für Zivilluftfahrt unterstand einem kriegserfahrenen Offizier, einem Beauftragten Seeckts, der dafür sorgte, dass die Überwachung und Entwicklung der Zivilluftfahrt im Einklang mit den militärischen Bedürfnissen erfolgte. Das Amt war, ebenso wie die Deutsche Lufthansa und viele getarnte Luftfahrtstellen des Heeres und der Marine, zu einem grossen Teil mit ehemaligen Fliegeroffizieren besetzt, die vom Verkehrsflugwesen nichts verstanden.

Schon vor 1924 waren in ganz Deutschland die Anfänge eines Systems von Flugplätzen und zivilen Flugzeugfabriken sowie einer Ausbildung von Piloten und Luftschutzkräften entstanden. Die Zivilluftfahrt war bereits deutlich ausgebaut, und eine grosse Zahl deutscher Männer und Frauen wandte unter dem Einfluss der weitverbreiteten Segelflugorganisationen ihr Interesse der Fliegerei zu. Die Stärke des Personals, das im Flugdienst verwendet werden durfte, war auf dem Papier streng begrenzt. Aber die betreffenden Bestimmungen wurden, wie so viele andere, von Seeckt umgangen, dem es im Einverständnis mit dem Verkehrsministerium gelang, eine feste Grundlage für eine leistungsfähige Flugzeugindustrie und eine künftige Luftwaffe zu schaffen. Angesichts

der Stimmung, die 1926 herrschte, fürchteten die Alliierten das deutsche Nationalgefühl zu verletzen, wenn sie beim Einschreiten gegen diese Verstösse zu weit gingen; die Sieger begnügten sich mit der grundsätzlichen Richtlinie, derzufolge eine deutsche Luftwaffe verboten war. Das erwies sich als eine sehr unbestimmte und schattenhafte Grenze.

Auf dem Gebiet des Marinewesens waren ähnliche Umgehungen üblich. Der Vertrag von Versailles gestattete Deutschland nur eine kleine Kriegsflotte mit einer Höchststärke von 15'000 Mann. Allerlei Ausflüchte wurden gebraucht, um diesen Effektivbestand zu steigern. Seemännische Organisationen wurden heimlich in zivile Ministerien eingegliedert. Die Küstenbefestigungen auf Helgoland und an anderen Orten wurden nicht vertragsgemäss geschleift, sondern bald von der deutschen Marineartillerie übernommen. U-Boote wurden illegal gebaut, ihre Offiziere und Mannschaften in fremden Ländern ausgebildet. Alles nur Mögliche wurde getan, um die alte kaiserliche Marine lebendig zu erhalten und den Tag vorzubereiten, an dem sie wieder offen einen Platz auf den Weltmeeren einnehmen konnte.

Auch in einer anderen entscheidenden Richtung wurden bedeutende Fortschritte gemacht. Walther Rathenau hatte während seiner Amtszeit im Ministerium für Wiederaufbau im Jahr 1919 die Rekonstruktion der deutschen Kriegsindustrie auf breitester Basis eingeleitet. «Man hat unsere Waffen vernichtet», sagte er zu den Generälen. «Aber diese Waffen wären ohnehin bis zum nächsten Krieg veraltet. Der nächste Krieg wird mit ganz neuartigen Waffen geführt werden, und die Armee, die am wenigsten durch veraltetes Material behindert ist, wird über einen grossen Vorteil verfügen.»

Immerhin führten die deutschen Stäbe in den Jahren der Beaufsichtigung einen hartnäckigen Kampf, um Waffen vor der Vernichtung zu bewahren. Mit jeder Art von Täuschung und bei jedem Hindernis wurde die Alliierte Kommission hinters Licht geführt. Das Werk der Winkelzüge wurde allmählich durchgehend organisiert. Die deutsche Polizei, die sich anfänglich eingemischt hatte, arbeitete bald im Anhäufen von

Waffen mit der Reichswehr zusammen. Unter ziviler Maske entstand eine Organisation zur Sicherstellung von Waffen und Ausrüstung. Von 1926 an besass diese Organisation in ganz Deutschland Vertreter und es bestand ein Netz von Waffenlagern aller Art. Mit noch grösserem Erfindungsgeist wurden Maschinen zur künftigen Herstellung von Kriegsmaterial geschaffen. Werkzeugmaschinen, die zu Rüstungszwecken eingerichtet worden waren und auch wieder darauf umgestellt werden konnten, wurden in weit grösserer Zahl unterhalten, als für den normalen Gebrauch im Handel nötig gewesen wären. Zeughäuser, die für den Krieg gebaut worden waren, wurden nicht gemäss Friedensvertrag geschlossen.

So war ein allgemeines System in Gang gesetzt worden; alle neuen Fabriken und auch manche der alten, die man mit den amerikanischen und britischen Anleihen für Wiederaufbau gegründet hatte, waren von Anfang an für rasche Umstellung auf Kriegsbedarf bestimmt, und man könnte Bände darüber schreiben, mit welcher Gründlichkeit dieses System bis in alle Einzelheiten geplant wurde. Rathenau wurde 1922 von neugegründeten antisemitischen, nationalsozialistischen Geheimverbänden umgebracht, die ihren Hass auf diesen Juden – Deutschlands treuesten Diener – richteten. Als Brüning 1929 an die Macht kam, setzte er das Werk mit Eifer und Umsicht fort. Während die Sieger auf Bergen von veraltetem Kriegsmaterial sassen, entstand auf diese Weise Jahr um Jahr in Deutschland ein riesiges Potential moderner Rüstungsproduktion.

*

Das Kriegskabinett hatte 1919 beschlossen, in Verfolgung des Sparprogramms die zivilen Dienstzweige ihre Voranschläge auf die Annahme abstellen zu lassen, dass «das Britische Reich während der nächsten zehn Jahre in keinen grossen Krieg verwickelt und der Einsatz eines Expeditionskorps nicht erforderlich» sein werde. Als ich 1924 Schatz-

kanzler wurde, ersuchte ich das Reichs Verteidigungskomitee um eine Revision dieses Beschlusses; es wurden aber bezüglich der Änderung keine Empfehlungen ausgesprochen. 1927 regte das Kriegsministerium an, den Beschluss von 1919 für die Armee allein so auszudehnen, dass er zehn Jahre «vom gegenwärtigen Zeitpunkt an» umfasste. Damit erklärten sich Kabinett und Reichs Verteidigungskomitee einverstanden. Die nächste Besprechung der Angelegenheit erfolgte am 5. Juli 1928, als ich den – schliesslich angenommenen – Antrag stellte, die Voranschläge für die zivilen Dienstzweige sollten auf der Annahme beruhen, dass für eine Periode von zehn Jahren kein Krieg zu erwarten sei, und diese Annahme solle mit fortschreitender Zeit jeweils automatisch weitergelten, aber jedes Jahr vom Reichs Verteidigungskomitee nachgeprüft werden. Es stand jedem zivilen Dienstzweig und jeder Regierung eines Dominions frei, die Frage nach Belieben zur Diskussion zu stellen, wenn sie es für angebracht hielten.

Es ist behauptet worden, dass die Annahme dieses Antrags die Wehrdienstzweige in ein falsches Gefühl von Sicherheit gleiten liess, dass die Forschungsarbeiten vernachlässigt wurden und nur kurzfristige Ausblicke vorherrschten, vor allem dort, wo es sich um Ausgaben handelte. Bis zu meinem Amtrücktritt im Jahr 1929 hegte ich so grosse Hoffnungen für die Erhaltung des Weltfriedens, dass ich keinen Grund zu irgendeiner neuen Entscheidung sah, und die Ereignisse haben mir auch nicht Unrecht gegeben. Der Krieg brach erst im Herbst 1939 aus. Zehn Jahre sind für diese vergängliche Welt eine lange Zeit. Die Zehn-Jahre-Regel mit ihrer automatischen Verlängerung von Tag zu Tag blieb bis 1932 in Kraft; am 23. März dieses Jahres beschloss die Regierung MacDonald mit Recht, dass ihre Aufhebung erfolgen könne.

Während dieser ganzen Zeit besaßen die Alliierten die Kraft und das Recht, jede sichtbare oder greifbare deutsche Aufrüstung zu verhindern, und Deutschland hätte einer kräftigen, von England, Frankreich und Italien gemeinschaftlich erhobenen Forderung, sein Verhalten mit den Be-

stimmungen der Friedensverträge in Einklang zu bringen, gehorchen müssen. Im Rückblick auf die Geschichte der acht Jahre von 1930 bis 1938 können wir erkennen, wieviel Zeit uns zur Verfügung stand. Bis 1934 wenigstens hätte sich die deutsche Aufrüstung ohne den Verlust eines einzigen Menschenlebens verhindern lassen. An Zeit hatte es jedenfalls nicht gefehlt.

KAPITEL IV

ADOLF HITLER

Der erblindete Gefreite – Der obskure Führer – Der Münchner Putsch 1923 – ‚Mein Kampf‘ – Hitlers Probleme – Hitler und die Reichswehr – Die Schleicher-Intrigue – Die Wirkung des Bankkrachs an der Wall Street – Reichskanzler Brüning – Eine konstitutionelle Monarchie! – Rüstungsgleichheit – Schleicher tritt dazwischen – Brünnings Sturz

IM Oktober 1918 war ein deutscher Gefreiter vorübergehend durch Chlorgas bei einem englischen Angriff bei Comines erblindet. Während er in Pommern im Spital lag, brachen Niederlage und Revolution über Deutschland herein. Als Sohn eines unbedeutenden österreichischen Zollbeamten hatte er sich in Jugendträumen vorgestellt, dass er ein grosser Künstler werden würde. Nachdem ihm das Gesuch, in die Wiener Kunstakademie einzutreten, abgeschlagen worden war, führte er zuerst in Wien und später in München ein ärmliches Leben. Vorübergehend war er Anstreicher, häufiger Gelegenheitsarbeiter, und während dieser Zeit körperlicher Entbehrungen steigerte er sich in einen tiefen, heimlichen Groll, dass ihm die Welt den verdienten Erfolg versagte. Sein Unglück trieb ihn nicht in die Reihen der Kommunisten, dafür entwickelte er umso stärker einen übermässigen Sinn für Rassentreue und eine glühende und mystische Bewunderung für Deutschland und das deutsche Volk. Bei Kriegsausbruch griff er gerne zu den Waffen und diente vier Jahre in einem bayrischen Regiment an der Westfront. Dieser Art waren die ersten Erlebnisse Adolf Hitlers.

Als er im Winter 1918 blind und hilflos im Spital lag, schien sich sein persönlicher Misserfolg mit dem Elend des ganzen deutschen Volkes zu

verschmelzen. Die Erschütterung der Niederlage, der Zusammenbruch von Recht und Ordnung, der Triumph der Franzosen stürzte den genesenden Gefreiten in Qualen, die sein ganzes Wesen durchdrangen und jene aussergewöhnlichen und masslosen Geisteskräfte erzeugten, welche die Rettung oder das Verhängnis der Menschheit bedeuten können. Der Untergang Deutschlands schien ihm mit gewöhnlichen Ursachen nicht erklärbar. Irgendwo hatte ein gigantischer und ungeheuerlicher Verrat gewirkt. Einsam und in sich verschlossen grübelte der kleine Soldat über die möglichen Gründe der Katastrophe nach, von nichts als seinen engstirnigen persönlichen Erfahrungen geleitet. In Wien war er mit extremistischen deutschnationalen Kreisen in Berührung gekommen und hatte dort Geschichten von dem düsteren, unterminierenden Wirken einer andern Rasse gehört, den Feinden und Aussaugern der nordischen Welt – den Juden. Sein patriotischer Zorn vermischte sich mit seinem Neid auf die Begüterten und Erfolgreichen zu einem einzigen übermächtigen Hass.

Als er schliesslich als unbeachteter Patient aus dem Spital entlassen wurde, noch immer in der Uniform, auf die er fast schulbubenartig stolz war, was erblickten da seine wieder sehend gewordenen Augen? Die Erscheinungen der Niederlage sind furchtbar. Aus der Atmosphäre von Verzweiflung und Wahnsinn rings um ihn starteten die Formen der Roten Revolution. Panzerwagen rasten durch die Strassen von München und bedachten die flüchtenden Passanten mit Flugblättern oder Kugeln. Seine eigenen Kameraden, mit herausfordernden roten Armbinden auf ihren Uniformen, stiessen wütende Kampftrufe gegen alles aus, was ihm in der Welt teuer gewesen war. Plötzlich wurde alles deutlich wie in einem Traumbild. Deutschland hatte einen Dolchstoss in den Rücken empfangen und war von den Juden niedergerissen worden, von den Kriegsgewinnlern und Intriganten hinter der Front, von den verfluchten Bolschewiki in ihrer internationalen Verschwörung jüdischer Intellektueller. Er sah seine Pflicht vor sich aufleuchten, nämlich Deutschland von

diesen Plagen zu befreien, das Unrecht zu rächen und die Herrenrasse der ihr seit Langem zugeordneten Bestimmung zuzuführen.

Die Offiziere seines Regiments, die der hetzerische und revolutionäre Geist der Soldaten tief beunruhigte, waren froh, einen Mann zu finden, der jedenfalls den rechten Kern in sich zu haben schien. Der Gefreite Hitler wollte weiter Dienst tun und wurde als «Aufklärungs-Offizier» oder Spitzel eingesetzt. Unter dieser Maske sammelte er Informationen über meuterische und umstürzlerische Elemente. Bald beauftragte ihn der Nachrichtenoffizier, in dessen Dienst er stand, die Versammlungen der lokalen politischen Parteien jeder Färbung zu besuchen. Eines Abends im September 1919 begab sich der Gefreite an eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei in einem Münchner Bräuhaus, und dort hörte er zum erstenmal, wie die Leute im Stil seiner geheimen Überzeugungen sprachen: gegen die Juden, die Spekulanten, die «November-Verbrecher», die Deutschland ins Verderben gestürzt hatten. Am 16. September trat er dieser Partei bei und arbeitete bald darauf im Einklang mit seiner militärischen Tätigkeit für ihre Propaganda. Im Februar 1920 fand in München die erste Massenversammlung der Deutschen Arbeiterpartei statt, und Adolf Hitler selbst leitete die Verhandlungen und umriss in 25 Punkten das Parteiprogramm. Er war nun Politiker geworden. Seine Kampagne zur Rettung der Nation hatte begonnen. Im April wurde er demobilisiert, und die Erweiterung der Partei erfüllte nun sein ganzes Leben. Im Sommer des folgenden Jahres hatte er die ursprünglichen Anführer verdrängt und zwang die hypnotisierte Menge durch seine Leidenschaftlichkeit und seine hinreissende Art, seine persönliche Leitung anzunehmen. Schon war er der «Führer». Eine erfolglose Zeitung, der *Völkische Beobachter*, wurde als Parteiorgan gekauft.

Die Kommunisten erkannten bald ihren Feind in ihm. Sie versuchten Hitlers Versammlungen zu sprengen, und in den letzten Tagen des Jahres 1921 organisierte er daher seine ersten Einheiten der Sturmabteilun-

gen. Bisher hatte sich alles in lokalen Kreisen in Bayern abgespielt. Aber in den schweren Prüfungen des deutschen Lebens während dieser ersten Nachkriegsjahre begann man im ganzen Reich mancherorts auf das neue Evangelium zu hören. Die wilde Erbitterung ganz Deutschlands über die französische Ruhrbesetzung im Jahre 1923 trug der – wie sie sich nun nannte – Nationalsozialistischen Partei einen grossen Zustrom von Anhängern ein. Der Zusammenbruch der Mark vernichtete die Basis des deutschen Mittelstandes, aus deren Reihen viele aus Verzweiflung Mitglieder der neuen Partei wurden und in Hass, Rachsucht und patriotischem Feuer eine Erleichterung ihres Elends fanden.

Im Anfang hatte Hitler erklärt, dass der Weg zur Macht in Angriff und Gewalttätigkeit gegen die Weimarer Republik liege, die aus der Schmach der Niederlage hervorgegangen war. Im November 1923 umgab den «Führer» schon eine entschlossene Gruppe, in welcher Göring, Hess, Rosenberg und Röhm hervortraten. Diese Männer der Tat hielten den Augenblick für gekommen, in dem der Versuch zur Machtergreifung im bayrischen Staat unternommen werden sollte. General von Ludendorff lieh dem Wagnis das militärische Ansehen seines Namens und marschierte im Putsch voran. Vor dem Krieg pflegte man zu sagen: «In Deutschland wird es keine Revolution geben, weil Revolutionen in Deutschland streng verboten sind.» Bei dieser Gelegenheit liessen die lokalen Autoritäten in München diese Verfügung wieder aufleben. Die Polizei gab Feuer, wobei sie sorgfältig am General vorbeizielte, der geradeaus in ihre Reihen marschierte und respektvoll empfangen wurde. Ungefähr zwanzig der Demonstranten wurden getötet; Hitler warf sich zu Boden und verschwand gleich darauf mit anderen Anführern von der Bildfläche. Im April 1924 wurde er zu vier Jahren Haft verurteilt.

Obwohl die deutsche Obrigkeit die Ordnung aufrechterhalten und das deutsche Gericht eine Strafe verhängt hatte, war im ganzen Land das Gefühl verbreitet, dass sie sich ins eigene Fleisch schneide und auf Kosten der treuesten Söhne Deutschlands mit dem Ausland liebäugle. Hit-

lers Strafe wurde von vier Jahren auf dreizehn Monate herabgesetzt. Diese Monate in der Festung Landsberg genügten jedoch, ihm die Fertigstellung von ‚*Mein Kampf*‘ im Umriss zu ermöglichen, einer Abhandlung über seine politische Philosophie, die den Toten des Münchener Putsches gewidmet war. Als er schliesslich zur Macht gelangte, gab es kein Buch, das ein eingehenderes Studium durch die politisch oder militärisch führenden Männer der alliierten Mächte verdient hätte. Es stand alles darin – das Programm des deutschen Wiederaufstieges, die Technik der Parteipropaganda, der Plan zur Bekämpfung des Marxismus, die Auffassung vom nationalsozialistischen Staate, der Deutschland zukommende Platz an der Spitze der Welt. Es war der neue Koran von Glaubensbekenntnis und Krieg: schwülstig, wortreich und formlos, aber von seiner Sendung getragen.

Die Hauptthese von ‚*Mein Kampf*‘ ist einfach. Der Mensch ist ein kämpfendes Tier; daher ist die Nation, als eine Gemeinschaft von Kämpfern, eine Kampfeinheit. Jeder lebende Organismus, der den Existenzkampf aufgibt, ist zum Erlöschen verurteilt. Eine Nation oder Rasse, die den Kampf einstellt, ist ebenso zum Untergang verurteilt. Die Kampffähigkeit einer Rasse hängt von deren Reinheit ab. Daher ist es nötig, sie von fremden Verunreinigungen zu säubern. Die jüdische Rasse muss infolge ihrer Universalität pazifistisch und kosmopolitisch sein. Der Pazifismus ist die grösste Todsünde; denn er bedeutet die Kapitulation der Rasse im Existenzkampf. Die erste Aufgabe jedes Landes besteht daher in der Nationalisierung der Massen; Intelligenz des Individuums ist nicht das Wichtigste; Wille und Entschlossenheit sind die wesentlichsten Qualitäten. Das zum Herrschen geborene Individuum ist wertvoller als zahllose Tausende von untergeordneten Naturen. Nur brutale Kraft vermag die Fortdauer der Rasse zu gewährleisten; daher die Notwendigkeit militärischer Formen. Die Rasse muss kämpfen; eine Rasse, die sich ausruht, muss rosten und untergehen. Wenn man die deutsche Rasse rechtzeitig vereinigt hätte, würde sie jetzt schon die Erdkugel beherrschen.

Das neue Reich muss alle in Europa verstreuten deutschen Elemente zusammenfassen. Eine Rasse, die eine Niederlage erlitt, kann durch die Wiederherstellung ihres Selbstvertrauens gerettet werden. Vor allem andern muss das Heer lernen, an seine Unbesiegbarkeit zu glauben. Zum Wiederaufbau der deutschen Nation muss das Volk überzeugt werden, dass es möglich ist, die Freiheit durch Waffengewalt zu erlangen. Das aristokratische Prinzip ist im Fundament gesund. Intellektualismus ist unerwünscht. Das Endziel der Erziehung muss darin bestehen, einen Deutschen hervorzubringen, der sich mit einem Mindestmass an Drill in einen Soldaten verwandeln lässt. Die grössten Umwälzungen in der Geschichte wären unvorstellbar, wenn nicht die Triebkräfte fanatischer und hysterischer Leidenschaften gewirkt hätten. Mit den Bürgertugenden von Frieden und Ordnung wäre nichts erreicht worden. Die Welt bewegt sich nun auf einen solchen Umsturz zu, und der neue deutsche Staat muss dafür sorgen, dass die Rasse für die letzte und grösste Entscheidung auf dieser Erde gerüstet ist.

Die Aussenpolitik darf skrupellos sein. Die Aufgabe der Diplomatie besteht nicht darin, eine Nation heroisch untergehen zu lassen, sondern vielmehr darin, ihr die Bedingungen zum Gedeihen und Fortbestehen zu verschaffen. England und Italien sind die beiden einzig möglichen Verbündeten für Deutschland. Kein Land wird ein Bündnis mit einem feigen, von Demokraten und Marxisten regierten Pazifistenstaat eingehen. Solange sich Deutschland nicht selbst verteidigt, wird es niemand verteidigen. Seine verlorenen Gebiete lassen sich nicht durch feierliches Anrufen des Himmels oder durch fromme Hoffnungen auf den Völkerbund zurückgewinnen, sondern nur durch Waffengewalt. Deutschland darf nicht wieder den Fehler begehen, gegen seine sämtlichen Feinde zugleich zu kämpfen. Es muss den gefährlichsten Feind aussondern und ihn mit aller Kraft angreifen. Die Welt wird nur dann von ihrer antideutschen Einstellung abgehen, wenn Deutschland seine Gleichberechtigung wieder erwirbt und seinen Platz an der Sonne wieder einnimmt.

Über Deutschlands Aussenpolitik darf keine Sentimentalität herrschen. Es wäre töricht, Frankreich aus blossen Gefühlsgründen anzugreifen. Was Deutschland braucht, ist die Expansion seines Gebietes in Europa. Die deutsche Kolonialpolitik vor dem Krieg war ein Fehler und sollte aufgegeben werden. Deutschland muss seine Ausdehnung bei Russland und besonders bei den baltischen Staaten suchen. Kein Bündnis mit Russland ist zulässig. Gemeinsam mit Russland einen Krieg gegen den Westen zu beginnen, wäre verbrecherisch, denn das Ziel der Sowjets ist der Triumph des internationalen Judentums.

Das war der «eiserne Bestand» seiner Politik.

*

Die Siegermächte, die unter ihren eigenen Schwierigkeiten und Parteispaltungen litten, schenkten den unaufhörlichen Kämpfen und dem allmählichen Hervortreten Adolf Hitlers als nationale Gestalt geringe Beachtung. Es verging eine lange Zeit, bis der Nationalsozialismus oder die «Nazipartei», wie er genannt wurde, auf die deutschen Volksmassen, die Wehrmacht, den Staatsmechanismus und die Industriellen, die nicht unbegründeterweise den Kommunismus fürchteten, einen so starken Einfluss gewann, dass er zu einer Macht im deutschen Leben heranwuchs, der die ganze Welt Beachtung schenken musste. Als Hitler Ende 1924 aus der Haft entlassen wurde, sagte er, er werde fünf Jahre brauchen, um seine Bewegung zu reorganisieren.

*

Eine der demokratischen Bestimmungen der Weimarer Verfassung ordnete für alle zwei Jahre Reichstagswahlen an. Man hoffte damit sicherzustellen, dass die deutschen Volksmassen eine vollständige und dauernde Kontrolle über ihr Parlament ausüben könnten. In der Praxis bedeutete das natürlich nur, dass sie in einer ständigen Atmosphäre feberhafter politischer Erregung und unaufhörlicher Wahlkämpfe lebten.

Der Fortschritt Hitlers und seiner Lehren lässt sich auf diese Weise genau registrieren. 1928 hatte er nur zwölf Sitze im Reichstag. 1930 waren es 107, 230 im Jahre 1932. Zu jenem Zeitpunkt war die ganze Struktur Deutschlands von der disziplinierten Tätigkeit der Nationalsozialistischen Partei durchsetzt, und Einschüchterungsversuche aller Art und brutale Ausschreitungen gegen die Juden nahmen überhand.

Es ist in diesem Bericht nicht nötig, die ganze furchtbare Entwicklung in ihrem Auf und Ab, mit allen ihren Leidenschaften und Niederträchtigkeiten Jahr um Jahr zu verfolgen. Die Sonne von Locarno schien eine Weile lang auf diesen Schauplatz. Der Verbrauch der verschwenderischen amerikanischen Anleihen löste ein Gefühl wiederkehrenden Gedeihens aus. Marschall Hindenburg präsidierte den deutschen Staat, und Stresemann war sein Aussenminister. Die stabile anständige Mehrheit des deutschen Volkes hing gemäss ihrer angeborenen Liebe für handfeste und majestätische Autorität an Hindenburg bis zu seinem letzten Atemzug. Aber auch andere mächtige Faktoren wirkten in der aufgewählten Nation, der die Weimarer Republik kein Gefühl der Sicherheit und keine Befriedigung der nationalen Ruhm- oder Rachsucht zu bieten vermochte.

Hinter der Fassade republikanischer Regierungen und demokratischer Institutionen, die von den Siegern aufgezwungen und mit dem Makel der Niederlage behaftet waren, hatte als wirkliche politische Macht in Deutschland und als dauerhafte Struktur der Nation in den Nachkriegsjahren die Generalität der Reichswehr gestanden. Sie war es, die Präsidenten und Kabinette wählte und absetzte. Sie hatte in Marschall Hindenburg ein Symbol ihrer Macht und ein Instrument ihres Willens gefunden. Aber Hindenburg war 1930 dreiundachtzig Jahre alt. Von da an nahm seine Persönlichkeit und sein geistiges Fassungsvermögen ständig ab. Er wurde immer voreingenommener, launenhafter und seniler. Im Kriege war ein riesiges Holzstandbild von ihm gemacht worden, in das die Patrioten zum Zeichen ihrer Bewunderung gegen eine Gebühr einen

Nagel schlagen durften. Diese Tatsache illustriert deutlich, was er nun geworden war – «der hölzerne Riese». Seit geraumer Zeit waren sich die Generäle darüber klar, dass ein befriedigender Nachfolger des greisen Marschalls gefunden werden musste. Die Suche nach dem neuen Mann wurde jedoch durch das gewaltige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung überholt. Nach dem Scheitern des Münchener Putsches von 1923 hatte Hitler ein Programm strengster Legalität im Rahmen der Weimarer Republik verkündet. Dennoch ermutigte und plante er gleichzeitig die Ausdehnung der militärischen und paramilitärischen Formationen der Nazipartei. Aus kleinsten Anfängen nahmen die SA., die Sturmabteilungen oder «Braunhemden», nebst ihrem kleinen disziplinierten Kern, der SS., an Zahl und Kräften zu, bis die Reichswehr ihre Tätigkeit und potentielle Stärke mit ernster Besorgnis betrachtete.

An der Spitze der Sturmabteilungen stand ein deutscher Landsknecht, Ernst Röhm, der Hitlers Kamerad und bisher in allen Kampfjahren sein naher Freund gewesen war. Röhm, Stabsführer der SA., verfügte über Mut und erprobte Fähigkeiten, aber er war von persönlichem Ehrgeiz beherrscht und pervers veranlagt. Auf dem harten und gefährvollen Weg zur Macht hinderten seine Laster Hitler nicht an der Zusammenarbeit mit ihm. Wie Brüning anklagend feststellt, hatten die Sturmabteilungen die meisten der alten deutschnationalen Formationen in sich aufgenommen, wie zum Beispiel die Freikorps, die in den zwanziger Jahren im Baltikum und in Polen gegen die Bolschewiken gekämpft hatten, und ebenso die Organisation der nationalistischen Veteranen, den «Stahlhelm».

In sorgsamster Prüfung der Fluten, welche die Nation bewegten, überzeugte sich die Reichswehr mit beträchtlichem Widerstreben, dass sie als militärische Kaste und anti-nationalsozialistische Organisation die Herrschaft über Deutschland nicht mehr ausüben konnte. Beiden Parteien war das Bestreben gemeinsam, Deutschland aus dem Abgrund zu

ziehen und seine Niederlage zu rächen; während jedoch die Reichswehr die geordnete Struktur des Kaiserreichs repräsentierte und den feudalen, adligen, landbesitzenden und wohlhabenden Klassen der deutschen Gesellschaft Obdach bot, war die SA. in hohem Mass eine revolutionäre Bewegung geworden, die durch die Unzufriedenheit aufgebrachter oder verbitterter Auführer und die Verzweiflung ruinierter Existenzen angefaucht wurde. Zwischen ihr und den von ihr verschrienen Bolschewiki bestand kein grösserer Unterschied als zwischen Nord- und Südpol.

Die Reichswehr sah in einem Streit mit der Nazipartei das Auseinanderreissen der geschlagenen Nation. Die Heerführer fühlten 1931 und 1932 um ihrer selbst und des Landes willen die Notwendigkeit, sich mit denjenigen zusammenzutun, zu denen sie in inneren Angelegenheiten mit aller Starrheit und Strenge des deutschen Wesens im Gegensatz standen. Hitler seinerseits hatte immer die Führerschaft des grossen und glänzenden Deutschland, dem die Bewunderung und Ergebenheit seiner Jugendjahre gegolten hatte, im Auge, obwohl er auch bereit war, jeden Sturmbock zum Einbrechen in die Zitadellen der Macht zu verwenden. Die Voraussetzungen für einen Pakt zwischen ihm und der Reichswehr waren daher auf beiden Seiten gegeben. Die Heerführer hatten allmählich erkannt, dass die Nazipartei eine derartige Stellung im Land einnahm, dass Hitler der einzig mögliche Nachfolger Hindenburgs als Haupt der deutschen Nation geworden war. Hitler wiederum wusste, dass ein Bündnis mit der herrschenden Elite der Reichswehr unerlässlich war, wenn er sein Programm des deutschen Wiederaufstieges durchführen wollte. Es wurde ein Handel abgeschlossen, und die deutschen Armeeführer begannen Hindenburg zu überreden, Hitler als möglichen Reichskanzler anzusehen. Indem Hitler einwilligte, die Brauhemden in ihrer Tätigkeit einzudämmen, sie dem Generalstab zu unterstellen und schliesslich zu liquidieren, falls dies unvermeidlich wäre, gewann er die Bereitschaft der regierenden Kräfte in Deutschland, mitzumachen, erreichte er, anerkannte Regierungsmacht zu werden und die Anwartschaft

auf die Führerstelle im deutschen Staat zu bekommen. Der Gefreite hatte es weit gebracht.

*

Es bestand allerdings eine innere und gesonderte Schwierigkeit. Wenn der Generalstab der Schlüssel zu irgendeiner Kombination der internen deutschen Kräfte war, so griffen mehrere Hände nach diesem Schlüssel. General Kurt von Schleicher übte damals einen geschickten und stellenweise entscheidenden Einfluss aus. Er war der politische Mentor der reservierten und in potentieller Hinsicht herrschenden Militärkreise. Sämtliche Kreise und Cliques betrachteten ihn mit einem gewissen Misstrauen und hielten ihn für einen gewandten und nützlichen politischen Agenten, der auch ausserhalb des Leitfadens für Generalstabsoffiziere grosse Kenntnisse besass, wie sie Soldaten im Allgemeinen nicht zugänglich sind. Schleicher war seit Langem von der Bedeutung der Nazibewegung überzeugt und ebenso von der Notwendigkeit, sie einzudämmen und zu überwachen. Andererseits erkannte er, dass dieses ungeheure Vordringen des Pöbels mit seiner stets anwachsenden Privatarmee der SA. eine Waffe darstellte, die Deutschland und vielleicht auch Schleicher selbst wieder zur Grösse verhelfen konnte, wenn sie von seinen Kameraden im Generalstab richtig gehandhabt wurde. In dieser Absicht begann Schleicher 1931 heimliche Pläne mit Röhm, dem Stabschef der Nazi-Sturmabteilungen, zu schmieden. So spielte sich ein bedeutender doppelter Vorgang ab: Der Generalstab traf seine Vereinbarungen mit Hitler, und in dessen Mitte betrieb Schleicher seine persönliche Verschwörung mit Röhm, Hitlers wichtigstem Stellvertreter und geheimem Rivalen. Schleichers Verbindung mit dem revolutionären Element der Nazi-Partei und vor allem mit Röhm bestand so lange, bis er und Röhm drei Jahre später auf Hitlers Befehl erschossen wurden. Das vereinfachte zweifellos die politische Lage und auch diejenige der Überlebenden.

*

Unterdessen wurde auch Deutschland von der Weltwirtschaftskrise erfasst. Die Banken der Vereinigten Staaten, die mit zunehmenden Verpflichtungen im eigenen Land belastet wurden, verweigerten die Vergrößerung ihrer unbedachten Anleihen an Deutschland. Diese Reaktion führte zu ausgedehnten Stilllegungen von Fabriken und zum plötzlichen Ruin vieler Unternehmungen, auf denen das friedliche Wiederaufleben Deutschlands fusste. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland stieg im Winter 1930 auf 2'300'000 an. Gleichzeitig traten die Reparationen in eine neue Phase ein. In den vorangegangenen drei Jahren hatte der amerikanische Kommissär Young die deutschen Budgets verwaltet und beaufsichtigt und die von den Alliierten geforderten schweren Zahlungen eingezogen, einschliesslich der Zahlungen an England, die ich automatisch an das Schatzamt der Vereinigten Staaten weiterleitete. Ich war davon überzeugt, dass dieses System nicht andauern könnte. Schon im Sommer 1929 hatte Young in Paris einen bedeutenden Plan für Erleichterungen entworfen, vorgeschlagen und verhandelt, der nicht nur der Phase der Reparationszahlungen eine feste Grenze setzte, sondern sowohl die Reichsbank, wie die deutschen Eisenbahnen von alliierter Kontrolle befreite und die Reparationskommission zugunsten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auflöste. Hitler und seine nationalsozialistische Bewegung machten gemeinsame Sache mit den Geschäfts- und industriellen Interessen, die durch den grausamen Handelsmagnaten Hugenberg repräsentiert und bis zu einem gewissen Grad geleitet wurden. Es begann eine vergebliche, aber heftige Kampagne gegen diese weitreichende und wohlmeinende, von den Alliierten angebotene Erleichterung. Die deutsche Regierung gewann mit gewaltigem Kraftaufwand die Zustimmung des Reichstags zum «Young-Plan» mit nur 224 gegen 206 Stimmen. Der Aussenminister Stresemann, der damals schon vom Tode gezeichnet war, erreichte seinen letzten Erfolg mit dem Übereinkommen für die vollständige Räumung des Rheinlands durch die alliierten Truppen, lange vor der im Friedensvertrag bestimmten Zeit.

Aber die grosse Masse des deutschen Volkes nahm die bemerkenswerten Zugeständnisse der Sieger gleichgültig auf. Zu einem früheren Zeitpunkt oder unter glücklicheren Umständen wären sie als grosse Fortschritte auf dem Weg zur Versöhnung und als Rückkehr zu wahren Frieden begrüsst worden. Nun aber lastete die Arbeitslosigkeit als stets gegenwärtige, alles überschattende Angst auf dem deutschen Volk. Der Mittelstand war schon durch den Zusammenbruch der Mark ruiniert und auf gewalttätige Bahnen getrieben worden. Stresemanns innenpolitische Stellung war durch die internationalen wirtschaftlichen Spannungen untergraben, und die heftigen Angriffe von Hitlers Nationalsozialisten und Hugenbergs kapitalistischen Magnaten führten seinen Sturz herbei. Am 28. März 1930 trat Brüning, der Führer der katholischen Zentrumspartei, das Reichskanzleramt an.



Brüning war ein Katholik aus Westfalen und ein Patriot, der das einstige Deutschland in moderner demokratischer Aufmachung wiederherzustellen wünschte. Er verfolgte beständig den Plan der Vorbereitung der Fabriken auf den Krieg, wozu Rathenau vor seiner Ermordung geraten hatte. Er war auch gezwungen, in wachsendem Chaos für finanzielle Stabilität zu kämpfen. Sein Programm für Sparmassnahmen und zur Reduktion der Zahl der Beamten und deren Gehälter erfreute sich keiner Beliebtheit. Die Fluten der Hassgefühle wogten immer stürmischer. Mit der Unterstützung Präsident Hindenburgs löste Brüning den feindlichen Reichstag auf und gewann in den Wahlen von 1930 die Mehrheit. Er machte nun den letzten wahrnehmbaren Versuch, alle Überreste vom alten Deutschland gegen die von neuem zunehmende, gewalttätige und gemeine nationalistische Agitation zusammenzuschliessen. Zu diesem Zweck galt es als erstes, die Wiederwahl Hindenburgs zum Präsidenten zu sichern. Reichskanzler Brüning verfiel auf eine neue, aber naheliegende Lösung. Er sah Deutschlands Frieden, Sicherheit und Ehre nur in

der Wiedereinsetzung eines Kaisers. Konnte er den greisen Marschall Hindenburg dazu bewegen, nach seiner eventuellen Wiederwahl in seiner letzten Amtszeit als Regent für eine restaurierte Monarchie zu wirken, die bei seinem Tod in Kraft treten sollte? Wenn diese Politik ihr Ziel erreicht hätte, wäre die Lücke an der Spitze der deutschen Nation ausgefüllt worden, worauf Hitler nun offensichtlich zusteuerte. Unter allen Umständen war dies der richtige Kurs. Aber wie konnte Brüning Deutschland auf diese Bahn lenken? Das konservative Element, das auf Hitler zutrieb, hätte sich durch die Wiedereinsetzung Kaiser Wilhelms zurückrufen lassen; aber weder die Sozialdemokraten noch die Kräfte der Gewerkschaften hätten die Rückkehr des alten Kaisers oder des Kronprinzen geduldet. Der Wiederaufbau eines Zweiten Reiches lag nicht in Brünings Plan. Er strebte eine konstitutionelle Monarchie nach englischer Art an. Er hoffte, dass einer der Söhne des Kronprinzen ein geeigneter Kandidat sein könnte.

Im November 1931 vertraute er seine Pläne Hindenburg an, von dem alles abhing. Die Reaktion des alten Marschalls war heftig und eigentümlich zugleich. Er war erstaunt und feindselig. Er sagte, er betrachte sich nur als Treuhänder des Kaisers. Jede andere Lösung wäre eine Beleidigung seiner Soldatenehre. Der monarchische Gedanke, dem er ergeben sei, lasse sich nicht mit einem Auswählen unter kaiserlichen Prinzen vereinigen. Die Legitimität dürfe nicht verletzt werden. Einstweilen, da Deutschland die Rückkehr des Kaisers nicht annehmen wolle, gebe es nichts als ihn selbst, Hindenburg. Darauf beharrte er. Er willige in keine Kompromisse ein! *«J'y suis, j'y reste.»* Brüning argumentierte heftig und vielleicht allzu lange mit dem alten Veteranen. Der Reichskanzler verfügte über ein starkes Argument. Wenn Hindenburg diese monarchische, wenn auch unorthodoxe Lösung nicht annehmen wolle, müsse es zu einer revolutionären Nazidiktatur kommen. Es liess sich keine Verständigung erreichen. Aber ob Brüning Hindenburg nun bekehren konnte oder nicht, es war dringend nötig, seine Wiederwahl als Präsident zu errei-

chen, um wenigstens einen unmittelbaren politischen Zusammenbruch des deutschen Staates zu verhindern. Auf der ersten Stufe hatte Brüning's Plan Erfolg. Bei der Präsidentenwahl im März 1932 errang Hindenburg im zweiten Wahlgang die Mehrheit über seine Rivalen, Hitler und den Kommunisten Thälmann. Sowohl Deutschlands wirtschaftliche Lage wie seine Beziehungen zu Europa mussten nun ins Auge gefasst werden. In Genf tagte die Abrüstungskonferenz, und Hitler stürzte sich in eine wütende Kampagne gegen die Erniedrigung Deutschlands durch den Vertrag von Versailles.

Brüning entwarf mit sorgfältiger Überlegung einen weitreichenden Plan zur Vertragsrevision; im April 1932 fuhr er nach Genf und fand eine unerwartet günstige Aufnahme. In Gesprächen zwischen ihm und Mac Donald, Stimson und Norman Davis schien ein Übereinkommen erreicht werden zu können. Die ungewöhnliche Basis bestand im mehrfach zurückhaltend interpretierten Prinzip der «Rüstungsgleichheit» zwischen Deutschland und Frankreich. Es ist in der Tat erstaunlich – spätere Kapitel werden es zeigen –, wie irgendein Mensch im Vollbesitz seiner Sinne sich vorstellen konnte, dass sich auf derartigen Grundlagen Frieden aufbauen liesse. Wenn die Siegermächte diesen lebenswichtigen Punkt zugestanden hätten, wäre Brüning wohl aus seiner Schwierigkeit gezogen worden; und dann hätte der nächste – und zwar vernünftige – Schritt im Streichen der Reparationen zur Gesundung Europas bestehen müssen. Eine solche Regelung hätte Brüning's persönliche Stellung selbstverständlich zu triumphaler Höhe erhoben.

Norman Davis, der amerikanische Sonderbotschafter, bat den französischen Ministerpräsidenten Tardieu telephonisch, sich sofort von Paris nach Genf zu begeben. Aber zum Unglück Brüning's hatte Tardieu andere Nachrichten erhalten. Schleicher war in Berlin tätig gewesen und hatte soeben den französischen Botschafter vor Verhandlungen mit Brüning gewarnt, da sein Sturz unmittelbar bevorstehe. Es ist auch durchaus möglich, dass Tardieu über die militärische Position Frank-

reichs auf der Formel «Rüstungsgleichheit» Besorgnis empfand. Jedenfalls kam Tardieu nicht nach Genf und Brüning kehrte am 1. Mai nach Berlin zurück. In einem derartigen Augenblick mit leeren Händen dort einzutreffen, war verhängnisvoll für ihn. Es waren durchgreifende und sogar verzweifelte Massnahmen erforderlich, um dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch innerhalb Deutschlands zu begegnen. Für diese Massnahmen besass Brünings unpopuläre Regierung nicht die nötige Kraft. Er kämpfte sich durch den Mai hindurch; inzwischen wurde Tardieu im Kaleidoskop der französischen Parlamentspolitik durch Herriot ersetzt.

Der neue französische Ministerpräsident erklärte sich zur Besprechung der in Genf erreichten Formeln bereit. Norman Davis erhielt den Auftrag, dem deutschen Reichskanzler nahezu legen, unverzüglich nach Genf zu fahren. Brüning empfing diese Nachricht am frühen Morgen des 30. Mai. Aber inzwischen hatte Schleichers Einfluss gesiegt. Hindenburg war schon überredet worden, den Reichskanzler zu entlassen. Im Lauf desselben Vormittags, nachdem die amerikanische Einladung mit all den darin enthaltenen Hoffnungen und all ihrer Unvorsichtigkeit Brüning erreicht hatte, erfuhr er, dass sein Schicksal besiegelt war, und mittags trat er zur Vermeidung einer tatsächlichen Entlassung zurück. So endete die letzte Regierung im Nachkriegsdeutschland, die das deutsche Volk vielleicht in den Genuss einer stetigen und zivilisierten Verfassung gesetzt und ihm friedliche Wege der Verständigung mit den Nachbarn geöffnet hätte. Die Angebote der Alliierten gegenüber Brüning hätten ihn zweifellos gerettet, wenn nicht Schleichers Intrigue und Tardieus Aufschub dazwischen getreten wären. Diese Angebote mussten bald darauf mit einem anderen System und einem anderen Mann erörtert werden.

DIE HEUSCHRECKEN-JAHRE ¹
1931-1935

Die Koalition MacDonald-Baldwin – Der indische Zusammenbruch – Ganz Deutschland in Bewegung – Hindenburg und Hitler – Schleicher versagt als Lückenbüsser – Hitler wird Reichskanzler – Der Reichstagsbrand, 27. Februar 1933 – Hitler erreicht eine Mehrheit bei den Wahlen – Der neue Gebieter – Qualitative Abrüstung – 1932 in Deutschland – Das Budget der britischen Luftwaffe von 1933 – Rüstungsgleichheit – «Der MacDonald-Plan» – «Gott sei Dank für die französische Armee» – Hitler tritt aus dem Völkerbund aus – Ein Abenteuer in New York – Friedliches Leben in Chartwell – Einige kluge Freunde – Die Schlachtfelder Marlboroughs – «Putzi» – Die Haltung der Konservativen Partei – Gefahren im Fernen Osten – Japan greift China an – Verantwortlichkeit

DIE britische Regierung, die aus den Neuwahlen von 1931 hervorgegangen war, war dem Anschein nach eine der stärksten und in Wirklichkeit eine der schwächsten Regierungen der britischen Geschichte. Unter grösster Bitterkeit auf beiden Seiten hatte sich der Premierminister Ramsay MacDonald von der Sozialistischen Partei getrennt, deren Gründung sein Lebenswerk gewesen war. Von da an brütete er tatenlos an der Spitze eines Kabinetts, das zwar dem Namen nach national, in Wahrheit aber überwältigend konservativ war. Baldwin zog der äusseren Stellung die tatsächliche Macht vor und regierte gelassen

¹ Vier Jahre später gebrauchte Sir Thomas Inskip, Minister für die Koordination der Verteidigung, der in der Bibel sehr beschlagen war, den ausdrucksvollen Satz über diese unglückliche Zeitspanne, deren Erbe er war: «Die Jahre, welche die Heuschrecken gefressen haben.» – Joel, 2, 25.

im Hintergrund. Das Foreign Office war mit Sir John Simon besetzt, einem der Führer des liberalen Kontingents. Die Hauptarbeit in der Innenverwaltung leistete Neville Chamberlain, der bald darauf Snowden im Schatzkanzleramt nachfolgte. Die Labourpartei stand unter der Führung des extremen Pazifisten George Lansbury; sie wurde wegen ihres Versagens in der Finanzkrise getadelt und hatte bei den Wahlen schwere Wunden davongetragen. Während der fast fünfjährigen Amtszeit dieses Kabinetts, vom Januar 1931 bis November 1935, erfuhr die gesamte Lage auf dem europäischen Kontinent eine entscheidende Veränderung.

*

Als das neue Parlament zum erstenmal zusammentrat, verlangte die Regierung ein Vertrauensvotum für ihre indische Politik. Ich brachte einen Abänderungsantrag ein, der folgende Vorbehalte enthielt:

Vorausgesetzt, dass nichts in besagter Politik das Haus zur Einführung einer Dominionverfassung in Indien verpflichtet, wie sie im Statut von Westminster festgelegt ist... Und dass keine Frage der Selbstregierung in Indien in diesem Zeitpunkt die entscheidende Verantwortung des Parlaments für den Frieden, die Ordnung und die gute Verwaltung des Indischen Reichs beeinträchtigt.

Bei dieser Gelegenheit sprach ich anderthalb Stunden lang vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft. Aber in diesem Problem, wie später in der Frage der Verteidigungsmassnahmen, blieb alles, was man nur vorbringen mochte, ohne die geringste Wirkung. Auch auf diesem Nebenschauplatz im Osten haben wir nun unsere furchtbare Vollendung erreicht – mit der Hinmetzelung von Hunderttausenden armer Menschen, die nichts anderes wollten, als unter friedlichen und gerechten Verhältnissen ihr Brot verdienen. Ich unternahm es, den unwissenden Mitgliedern sämtlicher Parteien Folgendes zu sagen:

Da die britische Autorität für eine Weile zusammengebrochen ist, erwacht der alte Hass zwischen Mohammedanern und Hindus zu neuem, bösartigem Leben. Wir vermögen uns kaum vorzustellen, was dieser Hass bedeutet. In Indien gibt es zahllose Nachbarn, die ihr Leben lang in engster Vertrautheit nebeneinander wohnten und die sich gegenseitig mit den blossen Händen in Stücke reissen können – Männer, Frauen und Kinder –, wenn sie von diesen Leidenschaften gepackt und getrieben werden. Seit hundert Jahren waren die Beziehungen zwischen Mohammedanern und Hindus nicht so vergiftet, wie sie es heute sind, seit England die Herrschaft zu entgleiten droht und es den Eindruck hervorruft, dass es bereit sei, den Schauplatz zu verlassen, wenn es dazu aufgefordert würde.

Wir waren wenig mehr als vierzig, die – gegen alle drei Parteien des Unterhauses – dem Antrag zustimmten. Das muss als trauriger Markstein auf dem bergabführenden Weg festgehalten werden.

*

Inzwischen war ganz Deutschland in Bewegung, und grosse Ereignisse bereiteten sich vor.

In dem Jahr, das auf den Sturz von Brüning's Kabinett im Mai 1932 folgte, war vielerlei vorgegangen. Papen und der «politische» General Schleicher hatten Deutschland bisher mit Klugheit und Intrigue zu lenken gesucht. Die Zeit für diese Methoden war nun vorbei. Papen, der Nachfolger Brüning's als Reichskanzler, hoffte mit Unterstützung der Kreise um Präsident Hindenburg und der extremen Rechten im Reichstag zu herrschen. Am 20. Juli wurde ein entscheidender Schritt unternommen. Die sozialistische Regierung in Preussen wurde gewaltsam aus dem Amt vertrieben. Als der preussische Ministerpräsident sagte, er werde nur der Gewalt weichen, fragte man ihn: «Wieviel Gewalt wünschen Sie?» Daraufhin wurde er von seinem Pult weggetragen. Aber Papen's Rivale war machtgierig. Schleicher sah das erforderliche Werkzeug in den dunklen, verborgenen Kräften, die hinter der aufsteigenden Macht und dem Namen Adolf Hitlers auf die deutsche Politik einzustürmen be-

gannen. Er hoffte aus der Hitler-Bewegung einen fügsamen Diener der Reichswehr zu machen und dadurch selbst über beide die Oberhand zu gewinnen. Aus der Fühlung zwischen Schleicher und Röhm, dem Führer der nationalsozialistischen Sturmabteilungen, die 1931 begonnen hatte, wurden im folgenden Jahr ausgesprochenere Beziehungen zwischen Schleicher und Hitler selbst. Der Weg zur Macht schien diesen beiden Männern nur durch Papen und das Vertrauen, das Hindenburg in ihn setzte, verbaut zu sein.

Im August 1932 begab sich Hitler auf eine private Aufforderung Hindenburgs nach Berlin. Der Augenblick zum Vorrücken schien gekommen. Dreizehn Millionen deutsche Wähler standen hinter dem Führer. Wenn er es verlangte, musste ihm ein entscheidender Anteil an der Regierungsgewalt übertragen werden. Er befand sich in ähnlicher Lage wie Mussolini am Tage vor seinem Marsch auf Rom. Aber Papen kümmerte sich nicht um neueste italienische Geschichte. Er besaß die Unterstützung von Hindenburg und dachte keineswegs an einen Rücktritt. Der alte Marschall empfing Hitler und gewann keinen guten Eindruck. «*Der als Reichskanzler? Ich will ihn zum Postmeister machen, dann kann er die Marken mit meinem Bild ablecken.*» In Regierungskreisen hatte Hitler nicht denselben Einfluss wie seine Konkurrenten.

Im ganzen Land war die ungeheure Wählerschaft unruhig und steuerlos. Im November 1932 fanden in Deutschland zum fünftenmal innerhalb eines Jahres Wahlen statt. Die Nazi verloren an Boden und ihre 230 Sitze verringerten sich auf 196, wodurch die Kommunisten die das Gleichgewicht bestimmende Stellung erlangten. Die Verhandlungsposition des Führers wurde dadurch geschwächt. Vielleicht war General Schleicher letzten Endes doch imstande, ohne ihn auszukommen. Im Kreis von Hindenburgs Ratgebern stieg Schleichers Ansehen. Am 17. November trat Papen zurück und Schleicher wurde sein Nachfolger. Es zeigte sich aber, dass der neue Reichskanzler im Drahtziehen hinter den Kulissen geschickter gewesen war als in der offenen Machtausübung. Er hatte sich mit allzu vielen Leuten entzweit.

Hitler bezog nun gemeinsam mit Papen und den Deutschnationalen Stellung gegen ihn; die Kommunisten halfen mit, seinen Machtantritt zu verunmöglichen, indem sie die Nazi in den Strassen und die Regierung durch ihre Streiks bekämpften. Papen machte seinen persönlichen Einfluss auf Hindenburg geltend. Wäre es nicht vielleicht zu guter Letzt die beste Lösung, Hitler zu besänftigen, indem man ihm die ganze Last und Verantwortung der Amtsausübung auflud? Hindenburg willigte schliesslich widerstrebend ein. Am 30. Januar 1933 übernahm Hitler das Amt als Kanzler des Deutschen Reiches.

Bald bekamen alle, die sich der neuen Ordnung widersetzen oder widersetzen wollten, die Hand des Gebieters zu spüren. Am 2. Februar wurden alle Versammlungen oder Demonstrationen der Kommunistischen Partei verboten, und in ganz Deutschland begann eine Razzia auf die versteckten Waffen der Kommunisten. Der Abend des 27. Februar 1933 war der Höhepunkt. Das Reichstagsgebäude ging in Flammen auf. Braunhemden, Schwarzhemden und ihre Hilfsverbände wurden aufgeboden. Viertausend Verhaftungen wurden in der Nacht vorgenommen, wovon auch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei betroffen wurde. Mit diesen Massnahmen war Göring, der preussische Innenminister, betraut. Sie bildeten den Auftakt zu den kommenden Wahlen und sicherten die Niederlage der Kommunisten, der gefährlichsten Gegner des neuen Regimes. Die Organisation der Wahlkampagne lag in den Händen von Goebbels, dem es weder an Eifer noch Geschick fehlte.

Aber noch immer gab es in Deutschland zahlreiche widerstrebende, halsstarrige oder aktiv hitlerfeindliche Gruppen. Die Kommunisten, für welche viele Wähler in Verwirrung und Verzweiflung stimmten, erreichten 81 Sitze; die Sozialisten 118, und die Deutschnationalen Papens und Hugenbergs 52. Diesen allen gegenüber errang Hitler für seine Partei eine Stimmenzahl von 17'300'000 mit 288 Sitzen. Nur auf diese Weise erlangte er mit List und Tücke eine Mehrheit vom deutschen Volk. Er hatte 288 Sitze, während die anderen Parteien es auf 251 brach-

ten; eine Mehrheit von nur 37. In den normalen Verhältnissen einer zivilisierten parlamentarischen Regierung hätte eine so starke Minderheit grossen Einfluss gehabt und die ihr gebührende Beachtung im Staat gefunden. Im neuen Nazi-Deutschland aber sollten die Minoritäten erfahren, dass sie keine Rechte besaßen.

Am 21. März 1933 eröffnete Hitler in der Potsdamer Garnisonkirche, in unmittelbarer Nähe der Gruft Friedrichs II., den ersten Reichstag des Dritten Reichs. Im Schiff der Kirche sassen die Vertreter der Reichswehr, des Symbols der ununterbrochenen Dauer deutscher Macht, und die hohen Offiziere der SA. und der SS., die neuen Gestalten des sich wieder erhebenden Deutschland. Am 24. März bewilligte eine Mehrheit des Reichstags, die jeden Widerstand überwältigte oder einschüchterte, mit 441 gegen 94 Stimmen dem Reichskanzler Hitler umfassende Notstandsvollmachten auf vier Jahre. Als das Abstimmungsresultat bekanntgegeben wurde, rief Hitler zu den Bänken der Sozialisten hinüber: «Und jetzt brauche ich Sie nicht mehr!»

Die jubelnden Kolonnen der Nationalsozialistischen Partei marschierten in einer durch den Wahlsieg hochgehobenen Stimmung in den Strassen von Berlin mit der heidnischen Huldigung eines Fackelzuges vor dem Führer vorbei. Es war ein langer Kampf gewesen, für Ausländer schwer zu verstehen, vor allem für solche, die das peinvolle Leid einer Niederlage nie selbst verspürt hatten. Adolf Hitler war endlich am Ziel, aber er war nicht allein gekommen. Aus den höllischen Tiefen des Abgrunds hatte er die dunkeln und wilden Furien heraufgerufen, die in der zahlreichsten, dienstfertigsten, unbarmherzigsten, widerspruchsvollsten und unglücklichsten Rasse Europas schlummern. Er hatte das fürchterliche Götzenbild eines alles verschlingenden Molochs heraufbeschworen, dessen Priester und dessen Verkörperung er selber war. Es gehört nicht zu meiner Aufgabe, die unfassbare Brutalität und Niedertracht zu schildern, mit der dieser Apparat von Hass und Tyrannei aufgebaut worden war und jetzt vervollständigt werden sollte. Für die vorliegende Darstellung genügt es, den Leser auf die neue und furchtbare Tatsache hin-

zuweisen, vor die sich die immer noch ahnungslose Welt gestellt sah: *Deutschland unter Hitler, und Deutschland im Begriffe, sich zu rüsten.*

*

Während sich in Deutschland dieser verhängnisvolle Umschwung vollzog, fühlte sich die Regierung MacDonald-Baldwin verpflichtet, die schweren Einschränkungen, die durch die Finanzkrise an unseren schon bescheidenen Rüstungen nötig geworden waren, noch einige Zeit durchzuführen. Eigensinnig verschloss sie Augen und Ohren vor den beunruhigenden Anzeichen in Europa. In leidenschaftlichen Bemühungen, eine Abrüstung der Sieger herbeizuführen, die dem gleichkommen sollte, was im Vertrag von Versailles den Besiegten auferlegt worden war, vertraten MacDonald und seine konservativen und liberalen Kollegen im Völkerbund und an jeder anderen geeigneten Stelle mit stärkstem Nachdruck eine Reihe entsprechender Vorschläge. Die Franzosen dagegen, deren innenpolitische Probleme in ständigem Wechsel kreisten, ohne dass dabei ein tieferer Sinn zu erkennen gewesen wäre, klammerten sich zäh an die französische Armee als den Mittelpunkt und die Stütze des Lebens Frankreichs und all seiner Bündnisse. Diese Haltung trug ihnen in England und in den Vereinigten Staaten ernsten Tadel ein. Die Ansichten der Presse und des Publikums waren in keiner Weise auf die wahren Verhältnisse gegründet; aber die rüstungsfeindliche Strömung war stark.

Als im Mai 1932 alle Parteien im Unterhaus ein Loblied auf die Vorteile der Abrüstung sangen, gab der Aussenminister ein neues Prinzip für die Klassifizierung der Waffen bekannt, die erlaubt oder untersagt werden sollten. Er bezeichnete dies als «qualitative Abrüstung». Die Täuschung aufzudecken war leichter, als die Abgeordneten zu überzeugen. Ich führte aus:

Der Aussenminister teilte uns mit, dass es schwierig sei, die Kategorien offensiver und defensiver Waffen zu unterscheiden. Das trifft zweifellos zu; denn fast jede vorstellbare Waffe lässt sich offensiv und defen-

£ 25.---

(vijf en twintig pond stg.)
beloening uitgeloofs door
de Sub-Commissie van Wijk V
voor den Speciaalen Constatabel
dezes wijk, die den ontvluchte
Krijgsgevangene
Churchill
levens of dood te dezes kantore
aflevert. —

Naam van de Sub-Comm.
Wijk V
Loddeker
Sec.

Translation.

£ 25

(Twenty-five Pounds stg.) REWARD is offered by the Sub-Commission of the fifth division, on behalf of the Special Constable of the said division, to anyone who brings the escaped prisoner of war

CHURCHILL,

dead or alive to this office.

For the Sub-Commission of the fifth division,

(Signed) LODK. de HAAS, Sec.

NOTE.—The Original Reward for the arrest of Winston Churchill on his escape from Pretoria, posted on the Government House at Pretoria, brought to England by the Hon. Henry Massie, and is now the property of W. R. Davies.

Als Churchill im Burenkrieg in Kriegsgefangenschaft geriet, gelang es ihm, aus Pretoria zu entfliehen. Die oben abgedruckte Erklärung verspricht demjenigen, der Churchill lebend oder tot den Behörden wieder abliefern, eine Belohnung von 25 Pfund

siv verwenden, sowohl durch den Angreifer wie durch das unschuldige Opfer seines Überfalls. Um die Schwierigkeiten für die Invasionsstreitkräfte zu erhöhen, sollen schwere Geschütze, Panzerwagen und Giftgase der verwerflichen Kategorie offensiver Waffen zugeteilt werden. Die Invasion Frankreichs durch Deutschland im Jahre 1914 erreichte aber ihren Höhepunkt ohne die Verwendung dieser Waffen. Schwere Geschütze sollen als «Offensivwaffen» gelten. Für eine Festung sind sie zulässig; dort haben sie guten und pazifistischen Charakter; aber man schaffe sie ins Feld – und selbstverständlich würden sie im Notfall ins Feld geschafft – dann werden sie sofort böseartig, militaristisch, und die Zivilisation muss ihren Bann darüber aussprechen. Oder denken Sie an Panzerwagen. Als die Deutschen in Frankreich einmarschiert waren, gruben sie sich ein; innerhalb einiger Jahre töteten sie 1'500'000 französische und britische Soldaten, die den Boden Frankreichs zu befreien suchten. Die Panzerwagen wurden als Mittel gegen das Feuer der Maschinengewehre erfunden, mit dem die Deutschen sich in Frankreich hielten, und beim Vertreiben des Feindes ersparten sie den Verlust vieler Menschenleben. Das Maschinengewehr, das den Deutschen bei der Besetzung von dreizehn französischen Provinzen als Waffe diente, soll nun offenbar das tugendhafte, defensive Maschinengewehr sein, und der Panzerwagen, womit jene Menschenleben auf alliierter Seite geschont wurden, soll dem Tadel und der Schmähung aller gerechten und rechtlichen Menschen verfallen ...

Eine richtigere Klassifikation liesse sich durch die Ächtung derjenigen Waffen durchführen, die eine unterschiedslose Wirkung haben und deren Verwendung nicht nur bei den Truppen der Kampfzonen Tod und Wunden herbeiführt, sondern auch in der Zivilbevölkerung, bei Männern, Frauen und Kindern, die von diesen Gebieten weit entfernt sind. Dies wäre meines Erachtens eine Richtung, in der die in Genf versammelten vereinigten Nationen fortschreiten könnten...

Abschliessend warnte ich zum erstenmal in aller Form vor dem herannahenden Krieg:

Ich würde es sehr bedauern, eine Angleichung der Militärmacht Deutschlands und Frankreichs feststellen zu müssen. Wer davon spricht, als wäre es richtig oder sogar eine Frage gerechter Behandlung, unterschätzt den ganzen Ernst der europäischen Lage. Jedem, der für eine gleiche Rüstungsstärke zwischen Deutschland und Frankreich eintritt, möch-

te ich entgegen: «Wünschen Sie einen Krieg herbei?» Ich persönlich hoffe dringend, dass sich keine solche Angleichung vollziehen möge, solange ich oder meine Kinder leben. Damit drücke ich keineswegs einen Mangel an Achtung oder Bewunderung für die grossen Vorzüge des deutschen Volkes aus; aber ich halte die Auffassung, dass die Deutschen in der gleichen militärischen Lage wie Frankreich sein sollten, mit aller Gewissheit für eine Theorie, die grenzenloses Unheil herbeiführen müsste, wenn sie jemals in die Tat umgesetzt würde.

Das Budget der britischen Luftwaffe vom März 1933 enthüllte bei der Regierung und den Oppositionsparteien (Labour und die Liberalen) einen völligen Mangel an Verständnis für die wahren Vorgänge. Am 14. März 1933 fühlte ich mich verpflichtet, zu erklären:

Mit Bedauern vernehme ich die Mitteilung des Unterstaatssekretärs, dass unsere Luftwaffe erst an fünfter Stelle steht und dass das Zehnjahresprogramm abermals um ein Jahr verschoben wurde. Es tut mir leid, zu hören, das Luftministerium habe, wie er rühmend erklärt, in diesem Jahr keine einzige neue Einheit geschaffen. Die Unklugheit all dieser Gedankengänge wird durch die Entwicklung der Ereignisse in zunehmendem Mass erwiesen, und wir würden gut daran tun, uns mit gesteigertem Nachdruck auf unsere Luftwaffe zu konzentrieren.

*

Unter der sogenannten Nationalregierung zeigte die öffentliche Meinung in England immer deutlicher die Tendenz, sich aller Sorgen um Deutschland zu entledigen. Umsonst hatten die Franzosen mit vollem Recht in einer Denkschrift vom 21. Juli 1931 darauf hingewiesen, dass die in Versailles abgegebene, in allgemeinen Ausdrücken gehaltene Zusage, dass der einseitigen Abrüstung Deutschlands eine allgemeine Rüstungsbeschränkung folgen werde, keine vertragliche Verpflichtung darstelle. Sicherlich handelte es sich nicht um eine Verpflichtung, die ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände durchgesetzt werden konnte. Trotzdem erhielten die Deutschen in der britischen Presse vielfach Un-

terstützung, als ihre Delegation an der Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 kategorisch die Aufhebung aller Einschränkungen ihres Rechts zur Wiederaufrüstung forderte. Die *Times* redete von einer «zeitgemässen Berichtigung einer Ungleichheit», der *New Statesman* *NQH* der «bedingungslosen Anerkennung des Grundsatzes der Gleichheit aller Staaten». Das bedeutete, dass die 70 Millionen Deutschen das Recht haben sollten, sich für einen neuen Krieg zu rüsten und vorzubereiten, ohne dass die Sieger im vergangenen furchtbaren Kampfe das Recht hätten, irgendetwas dagegen einzuwenden. Gleichheit des Status zwischen Siegern und Besiegten – Gleichheit zwischen einem Frankreich mit 39 Millionen und einem Deutschland, das fast doppelt so viel Menschen umfasste!

Die deutsche Regierung wurde durch das Verhalten der Briten kühn gemacht. Sie führte es auf die fundamentale Schwäche und die unvermeidliche Dekadenz zurück, die durch die demokratische und parlamentarische Gesellschaftsform selbst einer nordischen Rasse aufgezwungen werde. Mit dem ganzen Impuls der Hitler-Bewegung hinter sich, setzte sie sich aufs hohe Ross. Im Juli packte ihre Delegation in Genf die Akten zusammen und verliess die Abrüstungskonferenz. Von da an wurde es das wichtigste politische Ziel der siegreichen Alliierten, sie wieder an den Verhandlungstisch zurückzulocken. Im November schlugen die Franzosen unter schwerem und unablässigem Drängen von britischer Seite den nicht ganz zu Recht so genannten «Herriot-Plan» vor. Er beantragte im Wesentlichen die Umbildung aller Wehrkräfte in Europa zu Armeen mit kurzfristiger Dienstverpflichtung und beschränkter Zahl, wobei die Gleichheit des Status zwar zugegeben wurde, was aber nicht unbedingt auch die Gleichheit der Stärke zu bedeuten brauchte. Tatsächlich und grundsätzlich war es aber unmöglich, wenn man einmal die Gleichheit des Status zugab, schliesslich nicht auch die Gleichheit der Stärke anzunehmen. Das ermöglichte es den alliierten Regierungen, den Deutschen «Rechtsgleichheit in einem System» anzubieten, «das allen

Nationen Sicherheit verschaffen» sollte. Unter einigen Vorbehalten ziemlich illusorischer Art liessen sich die Franzosen dazu bewegen, diese sinnlose Formel zu übernehmen. Daraufhin erklärten sich die Deutschen bereit, an die Abrüstungskonferenz zurückzukehren. Das wurde als ein bemerkenswerter Erfolg der Sache des Friedens gepriesen.

Von der Brise der Popularität angetrieben, veröffentlichte nunmehr die britische Regierung am 16. März 1933 den «Mac-Donald-Plan», wie man ihn später nach seinem Urheber und Anreger nannte. Er übernahm als Ausgangspunkt die französische Auffassung von Armeen mit kurzer Dienstpflicht – sie sollte auf acht Monate beschränkt werden – und schrieb sodann genaue Zahlen für jedes einzelne Land vor. Die französische Armee sollte von ihrem Friedensstand von 500'000 Mann auf 200'000 herabgesetzt werden, und die Deutschen sollten ihr Heer verstärken, bis die Parität bei der gleichen Zahl erreicht wäre. Die militärischen Kräfte Deutschlands verfügten damals zwar noch nicht über die grossen Massen von ausgebildeten Reservisten, die nur eine längere Reihe jährlicher Rekrutenaushebungen zu liefern vermag, aber sie umfassten vermutlich etwas mehr als eine Million begeisterter Freiwilliger, die teilweise gut ausgerüstet waren, auch mit einigen der modernsten Waffen, die von den leicht auf Rüstungsarbeiten umzustellenden oder teilweise umgestellten Industriebetrieben geliefert wurden.

Beim Abschluss des Ersten Weltkriegs verfügte Frankreich wie Grossbritannien über eine gewaltige Menge schwerer Artillerie, während die Geschütze der deutschen Armee entsprechend dem Friedensvertrag zerstört wurden. MacDonald suchte diese offensichtliche Ungleichheit gutzumachen, indem er vorschlug, das Kaliber der mobilen Artillerie auf 10,5 Zentimeter zu beschränken. Bereits vorhandene Geschütze grösseren Kalibers bis zu 15 Zentimeter sollten beibehalten, der Ersatz aber auf Rohre von 10,5 Zentimeter beschränkt werden. Die ausgesprochen britischen Interessen, die Frankreich nicht berührten, sollten durch die Beibehaltung der vertraglichen Beschränkungen der deutschen Flottenrüstungen bis 1935 gewahrt werden, in welchem Jahre sodann ei-

ne neue Flottenkonferenz zusammentreten sollte. Rüstungen in der Luft sollte Deutschland während der Dauer des Abkommens nicht betreiben dürfen; die drei alliierten Mächte sollten dagegen ihre eigenen Luftflotten auf je 500 Flugzeuge herabsetzen.

Dieser Angriff auf die französische Armee und der Versuch, eine Gleichheit zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, war mir von Anfang an zuwider; am 23. März 1933 nahm ich eine Gelegenheit wahr, um im Parlament Folgendes zu erklären:

Ich halte es für unklug, Frankreich diesen Plan in diesem Augenblick aufzudrängen. Ich glaube nicht, dass die Franzosen damit einverstanden sein werden. Sie müssen die Vorgänge in Deutschland mit grosser Besorgnis verfolgen, ebenso wie die Einstellung einiger ihrer anderen Nachbarn. Ich wage zu sagen, dass in diesem bangen Monat sich sehr viele Leute das gesagt haben, was ich schon seit mehreren Jahren sage: Gott sei Dank für die französische Armee! Wenn wir die Nachrichten aus Deutschland lesen, wenn wir mit Überraschung und Kummer den stürmischen Ausbruch von Wildheit und kriegerischem Geist beobachten, die erbarmungslose Misshandlung von Minderheiten, die Verweigerung der normalen Schutzmassnahmen einer zivilisierten Gesellschaft, die Verfolgung zahlreicher Einzelpersonen nur aus rassistischen Gründen – wenn wir sehen, dass das alles in einem der begabtesten und gelehrtesten Völker der Welt geschieht, so muss man sich darüber freuen, dass die in Deutschland tobenden Leidenschaften bisher kein anderes Ventil gefunden haben als nach innen. In einem solchen Augenblick von Frankreich zu verlangen, dass es seine Armee auf die Hälfte reduziert, während Deutschland die seinige verdoppelt, und von Frankreich zu verlangen, dass es seine Luftwaffe auf die Hälfte reduziert, während die deutsche den Stand, den sie haben mag, beibehält – das scheint mir ein Vorschlag zu sein, den die französische Regierung zumindest jetzt als reichlich unzeitgemäss empfinden muss. Die Zahlen, die in diesem Plan für die Stärke der Armee und der Luftwaffe vorgesehen sind, sichern Frankreich nur ebensoviele Flugzeuge wie Italien und lassen eine Luftmacht Deutschlands gänzlich ausser Acht.

Im April erklärte ich abermals:

Die Deutschen fordern Gleichheit in der Bewaffnung und Gleichheit in der Organisation von Heer und Flotte. Man hat uns gesagt, es sei unmöglich, ein so grosses Volk in einer untergeordneten Stellung zu halten. Was andere hätten, das müssten auch sie haben. Damit habe ich mich nie einverstanden erklärt. Es ist das eine höchst gefährliche Forderung.

Nichts im Leben ist ewig, aber eines ist sicher: wenn Deutschland die militärische Gleichheit mit seinen Nachbarn erlangt, während seine Beschwerdepunkte noch nicht erledigt sind und während es in der Stimmung beharrt, die wir leider haben beobachten müssen, so werden wir unzweifelhaft wieder in greifbare Nähe vor einen neuen Ausbruch des Krieges in Europa gerückt sein.

... Als einer der Punkte, die uns Sicherheit bieten sollten, wurde uns nach dem Weltkrieg genannt, dass Deutschland eine Demokratie mit parlamentarischen Einrichtungen sein werde. Das alles ist hinweggefegt worden. Wir stehen der grausamsten Diktatur gegenüber. In Deutschland herrscht Militarismus und man appelliert in jeder Form an den Kampfgeist, von der Wiedereinführung des Duellierens an den Universitäten bis zu der Anweisung des Erziehungsministers, dass die häufige Anwendung des Rohrstockes erwünscht sei. Diese martialischen oder kampflustigen Kundgebungen spielen sich in Deutschland ab, und auch die Judenverfolgung, worüber schon so viele Abgeordnete gesprochen haben...

Ich will das Thema Deutschland abschliessen und mich Frankreich zuwenden. Frankreich ist nicht nur die einzige überlebende grosse Demokratie in Europa; es ist auch die stärkste Militärmacht, wie ich mit Befriedigung feststellen kann, und sie steht an der Spitze eines Systems von Staaten und Nationen. Frankreich garantiert und beschützt den ganzen Halbkreis von kleinen Staaten, die sich von Belgien bis Jugoslawien und Rumänien erstrecken. Sie alle blicken auf Frankreich. Wenn England oder eine andere Macht irgendeinen Schritt zur Schwächung der diplomatischen oder militärischen Sicherheit Frankreichs unternimmt, werden alle diese kleinen Staaten von Angst und Zorn erfasst. Sie fürchten, die zentrale schützende Kraft werde vermindert und sie könnten damit der grossen Teutonischen Macht ausgeliefert werden.

Wenn man bedenkt, dass die Tatsachen kaum umstritten waren, so ist das Vorgehen einer verantwortlichen Regierung achtbarer Männer und die Haltung der öffentlichen Meinung, die sie so weichmütig unterstütz-

te, kaum zu verstehen. Es war, wie wenn man mit einem Daunenbett erstickt würde. Ich erinnere mich noch lebhaft an den Ausdruck von Bedauern und Widerwillen, mit dem mich die Abgeordneten auf allen Seiten des Unterhauses anschauten, als ich sagte: «Gott sei Dank für die französische Armee!» Alle Worte waren umsonst.

Immerhin hatten die Franzosen die Kühnheit, darauf zu bestehen, dass vor der Zerstörung ihres schweren Kriegsmaterials eine Frist von vier Jahren abgewartet werden müsse. Die britische Regierung erklärte sich damit einverstanden, vorausgesetzt, dass die Zustimmung Frankreichs zur Zerstörung seiner Artillerie in einem Schriftstück ausgesprochen und sofort unterzeichnet würde. Frankreich fügte sich dieser Forderung. Am 12. Oktober 1933 unterbreitete Sir John Simon, nachdem er zuerst sein Bedauern darüber ausgesprochen hatte, dass Deutschland in den vorangegangenen Wochen seine Stellungnahme gewechselt habe, der Abrüstungskonferenz den Entwurf zu einem neuen Vorschlag. Das Ergebnis war ganz unerwartet. Hitler, der als Reichskanzler und Herr von ganz Deutschland schon bei der Machtübernahme angeordnet hatte, im ganzen Land die Tätigkeit in den Ausbildungslagern und in den industriellen Rüstungsbetrieben kühn zu steigern, fühlte sich in starker Stellung. Er nahm sich nicht einmal die Mühe, die ihm unterbreiteten lächerlichen Vorschläge anzunehmen. Mit verächtlicher Gebärde gab er der deutschen Regierung die Weisung, sich von der Abrüstungskonferenz zurückzuziehen und aus dem Völkerbund auszutreten. Das war das Ende des MacDonald-Plans.

*

Es lässt sich schwerlich eine Parallele zu der Unklugheit der britischen und zu der Schwäche der französischen Regierung finden, die immerhin in jener verhängnisvollen Phase die Meinung ihrer Parlamente widerspiegeln. Aber auch die Vereinigten Staaten können dem Tadel der Geschichte nicht entgehen. Während sie mit ihren eigenen Angele-

genheiten und all den unzähligen Interessen, Unternehmungen und Gesehnissen einer freien Gemeinschaft befasst waren, sahen sie den ungeheuren Wandlungen, die sich in Europa vollzogen, tatenlos zu und hielten sie für etwas, das sie nichts anging. Das ansehnliche Korps der in hohem Masse sachkundigen, umfassend geschulten amerikanischen Offiziere hatte zwar seine eigenen Ansichten hierüber, die aber auf die sorglose Teilnahmslosigkeit der Aussenpolitik Amerikas keine wahrnehmbaren Wirkungen ausübten. Wenn die Vereinigten Staaten ihren Einfluss geltend gemacht hätten, wären vielleicht die französischen und britischen Politiker zu tatkräftigem Verhalten ermutigt worden. Der Völkerbund war trotz den erlittenen Schlägen immer noch ein majestätisches Instrument, das jedem Einschreiten gegen die neue Kriegsdrohung durch Hitler die Grundlage des Völkerrechts verliehen hätte. Die Amerikaner betrachteten die gespannte Lage achselzuckend und mussten dafür wenige Jahre später das Blut und die Reichtümer der Neuen Welt hingeben, um sich aus Todesgefahr zu retten.

Als ich sieben Jahre später in Tours den französischen Zusammenbruch mit eigenen Augen sah, stand mir das alles in Erinnerung; und aus diesem Grund äusserte ich, selbst als die Vorschläge zu einem Separatfrieden erwähnt wurden, nur tröstende und beruhigende Worte, die zu meiner Freude ihre Bestätigung gefunden haben.

*

Im Anfang des Jahres 1931 hatte ich mich für eine ausgedehnte Vortrags tournée in den Vereinigten Staaten verpflichtet. Unmittelbar nach meiner Rede im Unterhaus fuhr ich daher nach New York. Dort erlitt ich einen ernsten Unglücksfall, der mir beinahe das Leben gekostet hätte. Am 13. Dezember wollte ich Bernard Baruch besuchen, stieg auf der falschen Seite aus dem Auto und überquerte die Fifth Avenue, ohne mir die ungewohnte Vorschrift des Rechtsverkehrs zu vergegenwärtigen oder auf das in England nicht übliche rote Licht zu achten. Es folgte ein

krachender Zusammenprall. Zwei Monate lang war ich ein Wrack. In Nassau auf den Bahamas erholte ich mich allmählich soweit, dass ich mich wieder umherschleppen konnte. In diesem Zustand trat ich eine Tournee von vierzig Vorträgen durch ganz Amerika an; tagsüber lag ich in meinem Bahnabteil auf dem Rücken und abends sprach ich vor grossen Zuhörerschaften. Diese Zeit scheint mir die härteste meines Lebens gewesen zu sein. Das ganze Jahr hindurch ging es mir reichlich schlecht. Aber zur rechten Zeit war ich doch wieder bei Kräften.

Inzwischen floss unser Leben zu Hause friedlich stromabwärts. Im Unterhaus nahm Baldwin die Hauptprinzipien von Mac-Donaldis indischer Gesetzesvorlage an, mit deren Durchberatung im Unterhaus der neue Staatssekretär für Indien, Sir Samuel Hoare, betraut wurde. Der Rapport der Simon-Kommission wurde übergangen und das Parlament erhielt keine Gelegenheit zur Debatte. Mit ungefähr siebzig anderen Konservativen bildete ich eine Gruppe, die sich «Liga zur Verteidigung Indiens» nannte und sich in den nächsten vier Jahren der Regierungspolitik in Indien widersetzte, soweit diese über die Empfehlungen der Kommission hinausging. An Parteikonferenzen fochten wir die Gelegenheit mit beträchtlicher Unterstützung aus, manchmal knapp an der Stimmengleichheit, aber immer in der Minderheit. Die Labouropposition stimmte im Parlament in der indischen Frage für die Regierung; so wie die Abrüstungsfrage, wurde sie ein Band zwischen den beiden vordersten Bänken. Ihre Anhänger bildeten eine überwältigende Mehrheit gegen unsere Gruppe und verspotteten uns als die «Die-hards». Hitlers Aufstieg zur Macht, die Herrschaft der Nationalsozialisten über ganz Deutschland und das schnelle Wachstum der deutschen Wehrmacht führten zu weiteren Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und der Regierung und den politischen Parteien im Staat.

Für mich persönlich waren die Jahre von 1931 bis 1935, abgesehen von meinen politischen Sorgen, sehr erfreulich. Ich hatte mein Auskommen, indem ich Artikel diktierte, die nicht nur in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten weit verbreitet wurden, sondern auch, bevor

Hitlers Schatten über sie fiel, in den wichtigsten Blättern von sechzehn europäischen Staaten. Tatsächlich lebte ich von der Hand in den Mund. Nacheinander schrieb ich die einzelnen Bände der Biographie Marlboroughs. Dabei dachte ich unablässig über die europäische Lage nach und über die Wiederaufrüstung Deutschlands. Ich lebte meistens in Chartwell, wo es allerhand gab, um mir die Zeit zu vertreiben. Mit meinen eigenen Händen baute ich einen grossen Teil von zwei Landhäuschen und ausgedehnte Mauern um einen Gemüsegarten, ferner baute ich mehrere Steingärten und Wasseranlagen, darunter ein grosses Schwimmbassin, dessen Wasser sorgfältig filtriert wurde und das man künstlich erwärmen konnte, um dem unbeständigen Sonnenschein unseres Landes nachzuhelfen. So gab es für mich keinen leeren oder langweiligen Augenblick vom Morgen bis Mitternacht, und mit meiner glücklichen Familie lebte ich friedlich im eigenen Heim.

Während dieser Jahre verkehrte ich viel mit Frederick Lindemann, dem jetzigen Lord Cherwell, Professor für Experimentalphysik an der Universität Oxford. Lindemann war mir schon seit langen Jahren bekannt. Ich hatte ihn zuerst nach dem Abschluss des vorigen Krieges kennengelernt, in dem er sich dadurch ausgezeichnet hatte, dass er im Flugzeug eine Reihe von Experimenten durchführte, die vorher nur von tollkühnen Piloten riskiert wurden, um die damals fast mit Sicherheit zum Tode führenden Gefahren einer «Wrille» zu überwinden. Von 1932 an kamen wir uns viel näher; der Professor fuhr oft im Auto von Oxford herüber, um mich in Chartwell zu besuchen. Wir sprachen manchmal bis lange nach Mitternacht über die Gefahren, die uns zu bedrohen schienen. Lindemann – der «Prof», wie er bei seinen Freunden hiess – wurde mein wichtigster Berater über die wissenschaftlichen Aspekte des modernen Krieges, vor allem über die Fliegerabwehr, aber auch über statistische Probleme aller Art. Diese angenehme und fruchtbare Zusammenarbeit setzten wir den ganzen Krieg hindurch fort.

Ein anderer von meinen engeren Freunden war Desmond Morton

(jetzt Major Sir Desmond Morton). Als Feldmarschall Haig im Jahre 1917 seinen persönlichen Stab mit jungen Offizieren besetzte, die direkt aus der vordersten Frontlinie kamen, wurde ihm Desmond als einer der tüchtigsten Artilleristen empfohlen. In Arras hatte er in den schweren Frühlingskämpfen von 1917 die vorderste Feldbatterie befehligt. Äusser seinem Militärkreuz hatte er die ganz ungewöhnliche Auszeichnung, dass er von einem Schuss mitten ins Herz getroffen worden war und mit der Kugel im Herzen fröhlich weiterlebte. Als ich im Juli 1917 Munitionsminister wurde, besuchte ich mehrmals als Gast des Oberbefehlshabers die Front, wobei er mir jedesmal seinen vertrauten Adjutanten Desmond Morton zur Verfügung stellte. Wir besichtigten zusammen viele Teile der Frontlinie. Auf diesen manchmal gefährlichen Exkursionen und im Haus des obersten Befehlshabers begann ich tiefe Achtung und Freundschaft für diesen hervorragend begabten und tapfern Offizier zu empfinden. Er war mein Nachbar, da er nur eine Meile von Chartwell entfernt wohnte. MacDonald erteilte ihm die Bewilligung, mit mir ohne Rückhalt zu reden und mich völlig auf dem Laufenden zu halten. Er wurde zu einem meiner engsten Berater und blieb dies während des ganzen Krieges, bis der Endsieg gewonnen war.

Ich hatte mich auch mit Ralph Wigram befreundet, der damals das aufsteigende Gestirn im Foreign Office und der Mittelpunkt aller Tätigkeit in diesem Amte war. Er hatte in diesem Departement eine Stellung erlangt, die ihm das Recht gab, sich über politische Probleme in autoritativer Weise zu äussern und in der Wahl seiner amtlichen und ausseramtlichen Beziehungen vollkommen selbständig zu verfahren. Er war ein bezaubernder und ein furchtloser Mann; seine auf tiefe Kenntnisse und Studien gegründeten Überzeugungen beherrschten sein ganzes Sein. Er erkannte ebenso klar wie ich, aber auf Grund noch zuverlässigerer Informationen, die furchtbare Gefahr, die sich über uns zusammengog. Das brachte uns einander näher. Wir kamen oft in seinem kleinen Haus an der North Street zusammen, und dann wieder besuchte er uns mit seiner Frau in Chartwell. Wie andere Beamte von hohem Rang sprach

er mit mir ohne jeden Rückhalt. Das alles trug dazu bei, dass ich mir eine feste Meinung über die Hitler-Bewegung zu bilden vermochte. Bei den vielen Beziehungen, die ich damals in Frankreich, in Deutschland und anderen Ländern hatte, war es mir gelegentlich auch möglich, Wigram einige Informationen zu vermitteln, die wir dann gemeinsam überprüften.

Von 1933 an erregte die Politik der Regierung und der Verlauf der Ereignisse Wigrams lebhafteste Beunruhigung. Während seine Vorgesetzten seine Fähigkeiten jeden Tag höher einschätzten und seine Stellung im Foreign Office immer mächtiger wurde, dachte er wiederholt daran, sein Amt aufzugeben. Er pflegte sich im Gespräch mit soviel Kraft und Eleganz auszudrücken, dass alle, die in ernstesten Angelegenheiten mit ihm zu tun hatten, und auch manche andere, seinen Ansichten immer grössere Bedeutung beimassen.

*

Es war für mich und wohl auch für das Land von grossem Wert, dass ich die Möglichkeit hatte, in dieser eng geschlossenen Kreise so viele Jahre lang eindringliche und sachliche Diskussionen zu führen. Meinerseits war ich in der Lage, dazu viele Informationen beizutragen, die ich aus ausländischen Quellen erhalten hatte. Ich unterhielt vertrauliche Beziehungen mit mehreren französischen Ministern und mit den sich ablösenden Chefs der französischen Regierung. Jan Colvin, der Sohn des bekannten Leitartiklers der *Morning Post*, war als Korrespondent der *News Chronicle* in Berlin tätig. Er liess sich sehr tief in die deutsche Politik ein und knüpfte Beziehungen höchst geheimer Natur mit einigen der führenden deutschen Generäle an, aber auch mit unabhängigen, charaktervollen und tüchtigen Deutschen, die in der Hitler-Bewegung den drohenden Untergang ihres Vaterlandes erkannten. Mehrmals besuchten mich hochgestellte Leute aus Deutschland, die mir in ihrer bitteren Not das Herz ausschütteten. Die meisten von ihnen wurden von Hitler während

des Kriegs umgebracht. Andere Beziehungen ermöglichten mir, Informationen über das ganze Gebiet unserer Luftabwehr nachzuprüfen und zu sammeln. Auf diese Weise war ich ebenso gut unterrichtet wie mancher Minister. Alle Tatsachen, die ich aus irgendeiner Quelle erfuhr, vor allem durch meine Beziehungen mit Ausländern, meldete ich von Zeit zu Zeit der Regierung. Meine persönlichen Beziehungen mit den Ministern und auch mit vielen hohen Beamten waren sehr eng und ungezwungen; obwohl ich die Regierung des öfters kritisierte, wahrten wir doch den Geist der Kameradschaft. Später wurde ich offiziell mit einem grossen Teil der geheimsten technischen Forschungsergebnisse vertraut gemacht. Aus meiner langen Erfahrung in hohen Ämtern kannte ich auch die wichtigsten Geheimnisse des Staates. Das alles ermöglichte mir, meine Meinungen zu bilden und zu festigen, ohne mich auf die Veröffentlichungen der Presse verlassen zu müssen, obwohl ein sachkundiges Auge auch in diesen viel Nützliches finden konnte.

*

In Westminster behandelte ich meine beiden Hauptprobleme, Indien und die deutsche Gefahr; von Zeit zu Zeit ging ich in das Unterhaus, um eine Warnung auszusprechen, die zwar aufmerksam angehört wurde, unglücklicherweise aber die ratlos dasitzenden Abgeordneten nicht zur Tat aufzurütteln vermochte. Was das Problem der deutschen Gefahr betraf, fand ich ebenso wie beim indischen Problem im Unterhaus eine Gruppe von Freunden, mit denen ich gemeinsam arbeiten konnte. Sie unterschied sich in ihrer Zusammensetzung weitgehend von der Liga zur Verteidigung Indiens. Sir Austen Chamberlain, Sir Robert Horne, Sir Edward Grigg, Lord Winterton, Mr. Bracken, Sir Henry Croft und einige andere bildeten unseren Kreis. Wir kamen in regelmässigen Zeitabständen zusammen und tauschten in erheblichem Umfang unsere Kenntnisse aus. Die Minister blickten respektvoll auf diese bedeutende, aber nicht unfreundlich gesinnte Körperschaft, in der ihre eigenen Anhänger und

ihre früheren Kollegen oder Vorgesetzten sass. Wir konnten uns jederzeit im Parlament Aufmerksamkeit verschaffen und eine umfassende Debatte veranstalten.

*

Der Leser wird eine persönliche Abschweifung leichterer Art entschuldigen.

Im Sommer 1932 besuchte ich im Zusammenhang mit meinen Studien über das Leben Marlboroughs die alten Schlachtfelder seiner Feldzüge in den Niederlanden und in Deutschland. Unsere Familiengesellschaft, zu welcher der «Prof» gehörte, fuhr gemächlich auf der Linie des berühmten Marsches Marlboroughs von den Niederlanden an die Donau, wobei wir den Rhein bei Koblenz überschritten. Nachdem ich einen Tag auf dem Schlachtfeld von *Blenheim* verbracht hatte, fuhr ich nach München, wo ich fast eine Woche lang blieb.

Im Hotel Regina stellte sich ein Herr einem meiner Mitreisenden vor. Es war «Putzi» Hanfstaengl, er sprach viel über «den Führer», mit dem er offenbar in sehr engen Beziehungen stand. Da er ein lebhafter und gesprächiger Bursche zu sein schien und vortrefflich Englisch sprach, lud ich ihn zum Essen ein. Er erzählte höchst interessant über die Tätigkeit und die Pläne Hitlers. Er redete wie ein Behexter. Wahrscheinlich hatte man ihm die Weisung gegeben, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Offensichtlich gab er sich die grösste Mühe, mir einen guten Eindruck zu machen. Nach dem Essen ging er ans Klavier und spielte und sang eine Reihe von Liedern und Melodien so bemerkenswert schön, dass wir alle die grösste Freude hatten. Er schien alle englischen Weisen zu kennen, die ich gerne hörte. Er war ein trefflicher Gesellschafter, und er war damals, wie man jetzt weiss, ein Günstling des Führers. Er erklärte mir, ich müsste ihn kennenlernen und nichts wäre leichter, als das in die Wege zu leiten. Hitler kam jeden Tag gegen 17 Uhr in das Hotel und er würde sich sicherlich sehr freuen, mich zu sehen.

Ich hatte damals kein nationales Vorurteil gegen Hitler. Von seiner Doktrin wusste ich wenig, ebenso von seiner Vergangenheit und gar nichts über seinen Charakter. Ich habe die grösste Achtung vor Männern, die für ihr Land eintreten, wenn es besiegt ist, auch wenn ich im anderen Lager stehe. Hitler hatte durchaus das Recht, ein patriotischer Deutscher zu sein, wenn er das wollte. Ich hatte mir immer gewünscht, dass England, Deutschland und Frankreich befreundet sein sollten. Im Laufe des Gesprächs mit Hanfstaengl äusserte ich nun aber nebenbei: «Warum ist Ihr Führer so leidenschaftlich gegen die Juden? Ich kann durchaus verstehen, dass man gegen Juden vorgeht, die etwas Übles angestiftet haben oder sich unpatriotisch aufführen; ich kann es auch verstehen, dass man ihnen entgegentritt, wenn sie auf irgendeinem Gebiet des Lebens die Macht an sich zu reissen versuchen, aber was hat es für einen Sinn, einen Mann einfach wegen seiner Geburt zu beföhden? Was kann denn ein Mensch überhaupt dafür, wie er auf die Welt kommt?» Hanfstaengl muss diese Worte Hitler mitgeteilt haben. Am folgenden Tag kam er gegen Mittag mit ernster Miene und berichtete, die Zusammenkunft mit Hitler, die er für mich vorbereitet hatte, könne nicht stattfinden, weil der Führer an diesem Nachmittag nicht ins Hotel komme. Seither habe ich «Putzi» nicht mehr gesehen, obwohl wir noch mehrere Tage im Hotel Regina blieben. So kam es, dass Hitler die einzige Gelegenheit verpasste, mich kennenzulernen. Als er später allmächtig war, sollte ich mehrere Einladungen von ihm erhalten. Inzwischen hatte sich aber gar manches ereignet, und ich leistete der Einladung keine Folge.

*

All das spielte sich ab, während die Vereinigten Staaten mit ihren eigenen brennenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen vollauf beschäftigt waren. Europa und das weit entlegene Japan verfolgten gebannt den Aufstieg der deutschen Kriegsmacht. Die Unruhe zeigte sich immer deutlicher in Skandinavien, in den Ländern der Kleinen En-

tente und auf dem Balkan. Tiefe Besorgnis herrschte in Frankreich, wo man über die Umtriebe Hitlers und die Vorbereitungen Deutschlands in weitem Ausmass unterrichtet war. Es bestand, wie man mir sagte, ein ganzer Katalog von unerhört schweren Verletzungen des Friedensvertrags; als ich aber meine französischen Freunde fragte, warum dieses Problem nicht im Völkerbund aufgerollt werde und weshalb man Deutschland nicht ersuche oder letzten Endes sogar vorlade, sein Vorgehen zu erklären und genaue Angaben über seine Absichten zu machen, da bekam ich zur Antwort, dass die britische Regierung einen derart beunruhigenden Schritt lebhaft bedauern würde. Während MacDonald mit voller Unterstützung Baldwins den Franzosen Abrüstung predigte und sie an England praktizierte, wuchs die deutsche Macht sprunghaft. Die Zeit für eine offene Aktion kam näher.

Der Konservativen Partei muss zugute gehalten werden, dass auf allen Tagungen des Nationalverbandes konservativer Verbände von 1932 an Resolutionen zugunsten einer unverzüglichen Stärkung unserer Rüstungen, um der wachsenden Gefahr von aussen zu begegnen – sie wurden von so würdigen Leuten wie Lord Lloyd und Sir Henry Croft vorgebracht – jedesmal fast einstimmig angenommen wurden. Aber die Beherrschung des Parlaments durch die Einpeitscher der Regierungsparteien im Unterhaus war damals so wirksam, und die in der Regierung koalitierten Parteien sowohl wie die Labouroposition waren derart in Lethargie und Verblendung versunken, dass die Warnungen ihrer Anhänger im Lande ebenso wirkungslos blieben wie die Zeichen der Zeit und die Meldungen des Geheimdienstes. Es war eine jener furchtbaren Perioden, die sich in unserer Geschichte von Zeit zu Zeit wiederholen, da das edle Volk der Briten gleichsam von seiner hohen Warte herabstürzt, wo es jede Spur von Vernunft und Zielbewusstsein verliert und vor der Drohung einer Gefahr von aussen ängstlich am Boden zu kauern scheint, wo es gottgefällige Gemeinplätze stammelt, während der Feind seine Waffen schmiedet.

In dieser düsteren Zeit liessen die verantwortlichen Führer der politischen Parteien auch die niederträchtigsten Dinge passieren. Im Jahre 1933 nahmen die Anhänger der Oxforder Studentenvereinigung auf Anregung eines gewissen Joad ihre auf ewig schmähhliche Resolution an: «Wir weigern uns, für König und Land zu kämpfen.» Es war leicht, sich in England über eine solche Episode lustig zu machen, in Deutschland aber, in Russland, in Italien und Japan schlug die Vorstellung eines dekadenten und degenerierten England tiefe Wurzeln und bestimmte manche Berechnung. Die törichten Jungen, die diese Resolution annahmen, dachten kaum, dass ihnen bestimmt war, schon sehr bald im Krieg entweder zu siegen oder ruhmreich zu fallen und sich dabei als die tüchtigste Generation zu erweisen, die jein unserem Land aufgewachsen war. Es ist weniger leicht, eine Entschuldigung für die älteren Leute zu finden, die nicht mehr die Möglichkeit hatten, im Kampfe ihre Fehler wiedergutzumachen¹.

*

Im November 1933 fand im Unterhaus abermals eine Debatte statt. Ich kam auf mein Hauptthema zurück:

Wir lesen von einer das übliche Ausmass weit übersteigenden Einfuhr von Schrott, Nickel und Kriegsmetallen. Wir erhalten zahllose Nachrichten über den im ganzen Land zunehmenden Militärgeist; wir hören, dass der deutschen Jugend eine blutdürstige Philosophie beigebracht wird, wie man sie seit der Zeit des Barbarentums nicht mehr erlebt hat. Wir sehen alle diese Kräfte in Bewegung, und wir müssen uns daran erinnern, dass

¹ Ich möchte doch noch folgende Geschichte festhalten. Ich erhielt die Einladung von der Oxforder Studentenvereinigung, eine Ansprache zu halten. Ich lehnte ab, erklärte mich aber bereit, während einer Stunde Fragen zu beantworten. Eine der Fragen lautete: «Glauben Sie, dass Deutschland die Schuld am letzten Krieg trug?» Ich antwortete: «Ja, selbstverständlich.» Ein junger deutscher Rhodes-Student [ein Stipendium Cecil Rhodes', das jährlich fünf Deutschen zufiel. Anm. d. Übers.] erhob sich und sagte: «Nach dieser Beleidigung meines Landes bleibe ich nicht mehr hier.» Unter grossem Beifall stolzierte er aus dem Saal. Mut hatte dieser junge Mann immerhin hier bewiesen. Zwei Jahre später stellte sich in Deutschland heraus, dass er einen jüdischen Vorfahren hatte. Damit war seine Laufbahn in Deutschland erledigt.

dies dasselbe mächtige Deutschland ist, das gegen die ganze Welt kämpfte und die ganze Welt beinahe besiegt hätte; es ist dasselbe mächtige Deutschland, das für den Verlust von jedem deutschen Menschenleben zweieinhalb Menschenleben vernichtete^x. Da diese Vorbereitungen, diese Lehren und diese Erklärungen öffentlich erfolgen, ist es kein Wunder, dass alle Nachbarstaaten Deutschlands die grössten Befürchtungen hegen ...

*

Während sich diese furchtbaren Veränderungen der relativen Kriegsstärke bei Siegern und Besiegten vollzogen, hatte sich auch im Fernen Osten zwischen den nicht-aggressiven und friedliebenden Staaten ein vollständiger Mangel an Zusammenarbeit herausgebildet. Die dortigen Vorgänge bilden ein Gegenstück zu dem unseligen Lauf der Dinge in Europa und entsprangen derselben Lähmung im Denken und Handeln bei den Führern der ehemaligen und künftigen Alliierten.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931 hatte Japan nicht weniger schwer heimgesucht als die übrige Welt. Seit 1914 war seine Bevölkerung von fünfzig auf siebzig Millionen angewachsen. Seine metallurgischen Fabriken hatten sich von fünfzig auf hundertachtundvierzig vermehrt. Die Lebenskosten waren ständig gestiegen. Die Reisproduktion blieb auf demselben Stand, und die Einfuhr von Reis war teuer. Es bestand ein dringendes Bedürfnis nach Rohstoffen und ausländischen Märkten. Infolge der heftigen Depression sahen sich England und vierzig andere Länder immer mehr gezwungen, Einschränkungen oder Zölle gegen die japanischen Waren zu verfügen, die unter Arbeitsbedingungen, wie sie für den europäischen oder amerikanischen Lebensstandard unvorstellbar waren, hergestellt wurden. China war mehr denn je der wichtigste Ausfuhrmarkt Japans für Baumwollgewebe und andere Fabrikate und fast seine einzige Quelle für Kohle und Eisen. Hauptziel Japans wurde daher die Festigung seiner Stellung in China.

¹ Dabei sind die russischen Verluste nicht eingerechnet.

Im September 1931 besetzten die Japaner unter dem Vorwand lokaler Ruhestörungen Mukden und die mandschurische Eisenbahnzone. Im Januar 1932 verlangten sie die Auflösung aller chinesischen Vereine mit anti-japanischem Charakter. Die chinesische Regierung weigerte sich, dieser Forderung nachzukommen, und am 28. Januar landeten die Japaner im Norden der Internationalen Konzession in Shanghai. Die Chinesen leisteten mehr als einen Monat mutigen Widerstand, obwohl sie weder Flugzeuge noch Panzerabwehrgeschütze noch irgendwelche anderen modernen Waffen besaßen. Ende Februar mussten sie nach schwersten Verlusten ihre Festungen in der Bucht von Wusung aufgeben und bezogen ungefähr 20 Kilometer weiter landeinwärts Stellung. Zu Anfang 1932 riefen die Japaner den Marionettenstaat Mandschukuo ins Leben. Ein Jahr später wurde ihm die chinesische Provinz Jehol angegliedert, und im März 1933 erreichten japanische Truppen, die tief in Gebiete vordrangen, wo sie keinen Widerstand fanden, die Grosse Chinesische Mauer. Diese Angriffsaktion entsprach dem Wachstum der japanischen Macht und ihrer neuen Flottenstellung.

Vom ersten Schuss an rief die Vergewaltigung Chinas in den Vereinigten Staaten schärfste Empörung hervor. Die Politik der Isolation erwies sich nun als eine zweischneidige Waffe. Hätten die Vereinigten Staaten dem Völkerbund angehört, so wären sie in der Lage gewesen, ihn zu einer Kollektivaktion gegen Japan zu führen, wobei die Staaten selber der erste Mandatsträger gewesen wären. Die britische Regierung zeigte ihrerseits kein Verlangen, mit den Vereinigten Staaten allein vorzugehen; sie wünschte auch nicht, in einen stärkeren Gegensatz zu Japan hineingezogen zu werden, als dies die Verpflichtungen des Völkerbündnisses bedingten. In einigen britischen Kreisen empfand man etwas wie Reue über die Preisgabe des Bündnisses mit Japan und die Schwächung der britischen Stellung in all ihren altüberlieferten Interessen im Osten, die sich daraus ergeben hatte. Die britische Regierung war kaum zu tadeln, wenn sie angesichts ihrer drückenden finanziellen und

anderen Sorgen in Europa keine Lust zeigte, im Fernen Osten neben den Vereinigten Staaten eine hervorragende Rolle zu spielen, ohne die geringste Aussicht auf entsprechende amerikanische Unterstützung in Europa.

China war aber ein Mitglied des Völkerbunds, dem es zwar die geschuldeten Beiträge nicht bezahlt hatte, an den es sich nun aber wandte, um das zu fordern, was nur recht und billig war. Am 30. September 1931 forderte der Völkerbund Japan auf, seine Truppen aus der Mandschurei zurückzuziehen. Im Dezember wurde eine Kommission ernannt, die an Ort und Stelle eine Untersuchung durchführen sollte. Der Völkerbund vertraute den Vorsitz der Kommission Lord Lytton an, dem würdigen Spross einer hochbegabten Familie. Als Gouverneur von Bengalen und als Vizekönig von Indien hatte er während vieler Jahre Erfahrungen im Osten gesammelt. Der einmütige Bericht war ein beachtenswertes Dokument und bildet die Grundlage für jedes eingehende Studium des Konfliktes zwischen China und Japan. Der ganze Hintergrund der mandschurischen Affäre wurde mit grosser Sorgfalt untersucht. Die Schlussfolgerungen, die sich daraus ergaben, waren klar: Mandschukuo war eine künstliche Schöpfung des japanischen Generalstabs, die Wünsche der Bevölkerung hatten bei der Bildung dieses Marionettenstaates keine Rolle gespielt. Lord Lytton und seine Kollegen gaben in ihrem Bericht nicht nur eine Analyse der Lage, sondern machten konkrete Vorschläge für eine internationale Lösung, indem sie die Ausrufung einer autonomen Mandschurei befürworteten. Die Mandschurei sollte weiterhin ein Teil von China bleiben, unter der Ägide des Völkerbundes, und zwischen China und Japan sollte ein umfassender Vertrag zur Regelung der Interessen in der Mandschurei geschlossen werden. Die Tatsache, dass der Völkerbund diesen Vorschlägen nicht folgen konnte, entwertet den Rapport Lord Lyttons in keiner Weise. Der amerikanische Staatssekretär Stimson schrieb über das Dokument: «Es wurde sofort ein überragendes, unparteiisches Zeugnis über das darin behandelte Thema und besitzt diesen Wert noch heute.» Im Februar 1933 erklärte der Völkerbund, der

Staat Mandschukuo könne nicht anerkannt werden. Obwohl keine Sanktionen gegen Japan verhängt und keinerlei andere Aktionen eingeleitet wurden, zog sich Japan am 27. März 1933 vom Völkerbund zurück. Deutschland und Japan hatten im Ersten Weltkrieg in entgegengesetzten Lagern gestanden; jetzt betrachteten sie sich gegenseitig in einem anderen Lichte. Es hatte sich gezeigt, dass die moralische Autorität des Völkerbunds jeder tatsächlichen Stütze ermangelte, zu einer Zeit, da seine Aktivität und Kraft am nötigsten gewesen wären.

Vom geschichtlichen Standpunkt aus müssen wir nicht nur die nationale und vorwiegend konservative Regierung wegen ihrer Haltung in dieser unseligen Zeit als schuldig bezeichnen, sondern auch die Labour-Sozialistische und die Liberale Partei, innerhalb und ausserhalb der Regierung. Die Freude an schön klingenden Phrasen, das Zurückschrecken vor unerfreulichen Tatsachen, der Wunsch nach Popularität und Wahlerfolgen ohne Rücksicht auf lebenswichtige Staatsinteressen; ehrliche Friedensliebe und rührender Glaube, dass Liebe als einzige Grundlage für den Frieden genüge; offensichtlicher Mangel an Denkkraft bei beiden Führern der britischen Koalitionsregierung, ausgesprochene Unkenntnis Europas und eine Abneigung gegen dessen Probleme bei Baldwin; der damals in der Labourpartei vorherrschende starke Pazifismus, die völlige Hinneigung zu wirklichkeitsfernen Gefühlen bei den Liberalen; das Versagen Lloyd Georges in der konsequenten Fortsetzung seines Werkes, das mehr als ein Versagen des einstigen grossen Führers im Krieg war, immer mit der Unterstützung durch überwältigende Mehrheiten im Ober- und Unterhaus: das alles ergab ein Bild der aufgeblasenen Dummheit und Schwäche in England, die zwar frei von Arglist war, aber nicht frei von Schuld, und – obwohl sie nichts Böses beabsichtigte – entscheidend dazu beitrug, über unsere Welt die Schrecken und Verhängnisse hereinbrechen zu lassen, die schon in dem bisher erreichten Grad über jeden Vergleich mit allem von Menschen Erlebten hinausgehen.

DIE SZENE VERDUNKELT SICH

1934

Frühlingswarnungen – Das deutsche Blutbad vom 30. Juni – Das Ende der Abrüstung – Die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss am 23. Juli – Hindenburgs Tod – Hitler als Oberhaupt des Deutschen Reiches, 1. August – Italienisches Dilemma – Die Ermordung König Alexanders und Barthous am 9. Oktober in Marseille – Laval wird Aussenminister, November – Italienisch-abessinischer Zusammenstoss in Wal-Wal, Dezember – Das französisch-italienische Abkommen vom 6. Januar 1933 – Das Plebiszit in der Saar am 13. Januar 1933

HITLERS Amtsantritt als Reichskanzler war in Rom nicht mit Begeisterung aufgenommen worden. Der Nationalsozialismus galt als rohe und verwilderte Form des fascistischen Gedankens. Die Ambitionen Grossdeutschlands gegenüber Österreich und Südosteuropa waren bekannt. Mussolini sah voraus, dass die italienischen Interessen in keinem dieser Gebiete mit den Interessen des neuen Deutschland in Einklang stehen würden. Auf die Bestätigung brauchte er nicht lange zu warten.

*

Die Angliederung Österreichs an Deutschland war eines von Hitlers Lieblingszielen. Auf der ersten Seite in ‚*Mein Kampf*‘ steht der Satz: «Deutschösterreich muss zum grossen deutschen Mutterland zurückkehren.» Seit dem Tag der Machtergreifung im Januar 1933 richtete daher die deutsche Naziregierung ihre Blicke auf Wien. Noch konnte sich Hitler keinen Zusammenstoss mit Mussolini leisten, dessen Interesse an

Österreich deutlich proklamiert worden war. Sogar in der Infiltration und in den Untergrundtätigkeiten war das in militärischer Hinsicht noch schwache Deutschland zur Vorsicht gezwungen. Immerhin setzte der Druck auf Österreich schon in den ersten Monaten ein. Es ergingen unablässige Aufforderungen an die österreichische Regierung, um den Mitgliedern der österreichischen Nationalsozialistischen Partei Zugang ins Kabinett und in die Schlüsselstellungen der Verwaltung zu verschaffen. In einer in Bayern organisierten österreichischen Legion wurden österreichische Nazi ausgebildet. Mit Bombenanschlägen auf Eisenbahnen und Touristenzentren und mit deutschen Flugzeugen, die über Salzburg und Innsbruck Flugblätter abwarfen, störte man das tägliche Leben der Republik. Der österreichische Bundeskanzler Dollfuss war sowohl dem sozialistischen Druck im Inland wie auch den deutschen Plänen gegen die Unabhängigkeit Österreichs ausgesetzt. Aber das war nicht die einzige Bedrohung. Die österreichischen Sozialisten hatten das schlechte Beispiel ihrer deutschen Nachbarn befolgt und eine private Armee gebildet, mit der sie die Entscheidung an den Wahlurnen über den Haufen zu werfen beabsichtigten. Diese beiden Gefahren schwebten 1933 über dem österreichischen Staat. Das fascistische Italien war der einzige Ort, wohin er sich schutzsuchend wenden konnte und von wo aus ihm auch schon Unterstützung zugesichert worden war. Im August 1933 kamen Dollfuss und Mussolini in Riccione zusammen. Es wurde eine enge persönliche und politische Verständigung erreicht. Im Glauben, dass Italien das Feld beherrsche, fühlte sich Dollfuss stark genug, gegen den einen Teil seiner Gegner, die österreichischen Sozialisten, aufzutreten.

Mussolinis nächster aussenpolitischer Ratgeber Suvich begab sich im Januar 1934 nach Wien, um damit Deutschland eine Warnung zukommen zu lassen. Am 21. Januar gab er folgende öffentliche Erklärung ab:

Die Bedeutung Österreichs geht dank seiner Stellung im Herzen Mitteleuropas und des Donaubeckens bekanntlich weit über seine territoriale

und zahlenmässige Grösse hinaus. Wenn Österreich in unser aller Interesse die Mission erfüllen soll, die ihm durch seine jahrhundertalte Tradition und seine geographische Lage zufällt, müssen in erster Linie die normalen Bedingungen der Unabhängigkeit und des ungestörten Friedens gesichert sein. Diesen Standpunkt nimmt Italien gemäss unwandelbaren Grundsätzen seit Langem ein, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Drei Wochen später schritt die Regierung Dollfuss gegen die sozialistische Organisation in Wien ein. Die Heimwehr unter Major Fey, die zur Partei des Bundeskanzlers gehörte, erhielt den Befehl zur Entwaffnung des entsprechenden, ebenfalls illegalen Verbandes, den die österreichischen Sozialisten unterhielten. Letztere leisteten gewaltsamen Widerstand; am 12. Februar kam es in Wien zu Strassenkämpfen. Innerhalb weniger Stunden waren die Sozialisten geschlagen. Dieses Ereignis brachte Dollfuss nicht nur Italien näher; es stärkte auch seine Stellung für die nächste Stufe seiner Aufgabe im Kampf gegen das Vordringen und die Verschwörungen der Nazi. Andererseits aber wechselten viele der besiegten Sozialisten oder Kommunisten voller Bitterkeit ins Lager der Nazi hinüber. In Österreich wirkte sich die katholisch-sozialistische Fehde ebenso wie in Deutschland zum Vorteil der Nazi aus.

*

Bis zum Sommer 1934 hatte die britische Regierung den Gang der Ereignisse noch weitgehend in der Hand, ohne einen Krieg riskieren zu müssen. In der Zusammenarbeit mit Frankreich und durch die Mitwirkung des Völkerbundes hätte sie der Hitler-Bewegung, durch welche Deutschland stark gespalten war, jederzeit in überlegener Weise entgegenwirken können. Es wäre kein Blutvergiessen daraus entstanden. Aber diese Phase ging rasch vorüber. Ein gerüstetes Deutschland unter nationalsozialistischer Herrschaft wuchs heran. Trotzdem, so unglaublich dies auch klingen mag, bemühte sich MacDonald mit der hinter ihm stehenden politischen Macht Baldwins bis weit in dieses entscheidende

Jahr hinein um Frankreichs Abrüstung. Ich halte es für nötig, die wirkungslosen Proteste wiederzugeben, die ich am 7. Februar im Parlament vorbrachte:

Was soll zum Beispiel geschehen, wenn wir die französische Armee reduziert und dem Stand der deutschen angepasst haben, wenn eine solche Veränderung auf die Stimmung in Europa eingewirkt hat und Deutschland dann sagen würde: «Wie könnt ihr eine grosse Nation von 70 Millionen in einer Lage halten, die sie nicht zur Flottengleichheit mit der grössten Seemacht berechtigt?» Wir würden darauf erwidern: «Nein, wir sind nicht einverstanden. Armeen betreffen andere Völker. Flotten aber – diese Frage berührt Englands Interessen, und wir müssen darauf mit ‚Nein‘ antworten.» Aber werden wir dann in einer Lage sein, in der wir «Nein» sagen können?

Kriege pflegen ganz plötzlich auszubrechen. Ich habe eine Zeit erlebt, in der man ebenso wie heute mit grosser Sorge und Unsicherheit in die Zukunft blickte. Plötzlich geschah etwas – ungeheuerlich, rasch, überwältigend, unaufhaltsam. Es sei mir gestattet, das Haus daran zu erinnern, was 1914 geschah. Es lagen nicht die geringsten Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich vor. Im Juli fuhr der deutsche Botschafter eines Nachmittags am Quai d’Orsay vor und sagte zum französischen Ministerpräsidenten: «Wir sind zur Mobilisation gegen Russland gezwungen worden; der Krieg wird erklärt werden. Welche Haltung wird Frankreich einnehmen?» Der französische Ministerpräsident erteilte die Antwort, auf die sich das Kabinett geeinigt hatte: Frankreich werde seinen eigenen Interessen gemäss handeln. Der Botschafter sagte: «Sie haben doch ein Bündnis mit Russland?» «So ist es», erwiderte der französische Ministerpräsident. Das Gebiet des Kampfes, der im Osten schon ernste Bedeutung angenommen hatte, dehnte sich auf diese Weise innerhalb weniger Minuten gewaltig aus und wurde dadurch kompliziert, dass die zwei grossen Nationen des Westens auf gegnerischen Seiten in den Krieg eintraten. Manchmal aber genügt nicht einmal eine Neutralitätserklärung. Wie wir heute wissen, ermächtigte Deutschland bei derselben Gelegenheit den deutschen Botschafter zu folgender Forderung: falls die Franzosen der Verpflichtung gegenüber ihrem russischen Verbündeten nicht nachkämen, falls sie die Neigung verrieten, sich aus dem von Deutschland beschlossenen Konflikt zurückzuziehen, sollte er die Übergabe der Festungen von Toul und Verdun an deutsche Truppen verlangen, als Sicherung,

dass die Franzosen sich nach ihrer Neutralitätserklärung nicht in einem späteren Zeitpunkt anders entschlössen ...

Eine solche Lage kann auch für unsere gegenwärtige Generation eintreten. Wenn wir nicht für eine ausreichend gesicherte Stellung sorgen, können auch wir eines Tages den Besuch eines Botschafters erleben und eine Antwort geben müssen, und wenn diese Antwort nicht befriedigend ist, wird uns in den nächsten Stunden das Krachen explodierender Bomben in London, niederstürzendes Mauerwerk und Feuer und Qualm die Unzulänglichkeit unserer Fliegerabwehr zum Bewusstsein bringen. Wir sind verwundbarer denn je. Ich habe oft gehört, wie die liberale Regierung vor dem Krieg kritisiert wurde... Eine viel grössere Verantwortung liegt auf denjenigen, die jetzt an der Macht sind, falls entgegen unseren Wünschen und Hoffnungen Unheil eintreten sollte.

Keine einzige Lehre der Vergangenheit ist beachtet worden, keine einzige wurde befolgt, und heute ist die Lage unvergleichlich gefährlicher. Damals hatten wir die Flotte, und es gab keine Bedrohung aus der Luft. Damals war die Flotte der «sichere Schild» von England ... Heute können wir das nicht mehr behaupten. Die verfluchte, teuflische Erfindung und Entwicklung des Luftkrieges hat unsere Lage grundlegend verändert. England ist nicht mehr dasselbe Land wie damals, als es eine Insel war, und dazwischen liegen erst zwanzig Jahre.

Ich beantragte sodann drei unverzüglich zu fassende Beschlüsse. Hinsichtlich der Armee sollte, wie in ganz Europa, in England mit der Reorganisation unserer zivilen Fabriken begonnen werden, so dass sie sich in kürzester Frist auf Kriegsbedarf umstellen liessen. Für die Flotte sollten wir wieder Freiheit in der Planung erhalten. Wir sollten uns des Londoner Abkommens entledigen, das uns im Bau der von uns gewünschten Schiffstypen gehindert und die Vereinigten Staaten davon abgehalten hatte, ein Schlachtschiff zu bauen, das sie vermutlich nötig hatten und wogegen nicht der geringste Einwand unsererseits begründet gewesen wäre. Wir sollten uns in diesem Vorgehen durch die Tatsache bestärken lassen, dass ein anderer Vertragsteilnehmer ¹ ebenfalls entschlossen war, seine Freiheit wiederzugewinnen. Drittens das Problem der Luft. Wir

¹ Japan.

sollten eine Luftwaffe von gleicher Stärke wie Frankreich oder Deutschland besitzen, je nachdem, welche der beiden stärker sei. Die Regierung verfügte über gewaltige Mehrheiten in beiden gesetzgebenden Häusern; es konnte ihr nichts verweigert werden. Sie brauchte nur mit Zuversicht und Überzeugung ihre Anträge für die Sicherheit des Landes zu stellen und konnte der Unterstützung ihrer Landsleute gewiss sein.

*

In Europa regte sich zu jenem Zeitpunkt eine einmütige Stimmung gegen die von Deutschland ausgehende Bedrohung. Am 17. Februar 1934 gaben die britische, französische und italienische Regierung eine gemeinsame Erklärung über die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs ab. Am 14. März sprach ich mich im Parlament abermals darüber aus:

Die furchtbare Gefahr in unserer gegenwärtigen Aussenpolitik liegt darin, dass wir fortwährend von Frankreich verlangen, sich zu schwächen. Und was geben wir als unseren Beweggrund an? Wir sagen: «Schwächt euch», und machen dabei immer Versprechungen, dass wir ihnen, wenn sie es wirklich täten und in Schwierigkeiten gerieten, irgendwie zu Hilfe kommen würden, obwohl wir nichts haben, womit wir ihnen Hilfe leisten könnten. Eine gefährlichere Politik vermag ich mir nicht vorzustellen. Es lässt sich manches zugunsten von Isolationspolitik sagen und auch manches zugunsten von Bündnispolitik. Aber nichts spricht dafür, die Nation auf dem Kontinent, mit der wir verbündet sein möchten, zu schwächen und uns dann, um die Franzosen dafür zu entschädigen, immer weitgehender in Händel auf dem Kontinent einzulassen. Auf diese Weise haben wir weder das eine noch das andere, sondern nur das Schlimmste von beidem.

Die Römer hatten einen Grundsatz: «Kürzt die Waffen und schiebt die Grenzen vor.» Unser Grundsatz aber scheint zu sein: «Verringert eure Waffen und erhöht eure Verpflichtungen.» Ja, und verringert die Waffen eurer Freunde.

*

Italien machte einen letzten Versuch, dem soeben genannten Grundsatz der Römer nachzuleben. Am 17. März unterzeichneten Italien, Ungarn und Österreich die sogenannten Römischen Protokolle, die im Falle einer Bedrohung eines der drei beteiligten Länder gemeinsame Besprechungen vorsahen. Aber Hitlers Bedeutung wuchs ständig, und im Mai und Juni nahmen die aufrührerischen Umtriebe in ganz Österreich zu. Dollfuss sandte sofort Berichte über diese Terrorakte an Suvich, wobei er in einer Note über ihre niederdrückende Wirkung auf den österreichischen Handel und Touristenverkehr klagte.

Mit diesem Dossier in Händen begab sich Mussolini am 14. Juni zu seiner ersten Begegnung mit Hitler nach Venedig. Der deutsche Reichskanzler stieg in braunem Regenmantel und Filzhut aus dem Flugzeug, wo ihn eine Reihe glänzender Fascistenuniformen empfangen, an deren Spitze der schimmernde, stattliche Duce stand. Beim Anblick seines Gastes murmelte Mussolini, zu seinem Adjutanten gewandt: «Non mi piace.» («Er gefällt mir nicht.») Bei dieser seltsamen Zusammenkunft fand nur ein allgemeiner Gedankenaustausch statt, wobei man sich gegenseitig Vorträge über die Vorzüge der Diktaturen nach deutschem und italienischem Vorbild hielt. Mussolini war über die Persönlichkeit und Ausdrucksweise seines Gastes offensichtlich bestürzt. Seinen endgültigen Eindruck fasste er in die Worte: «Ein geschwätziger Mönch.» Immerhin erwirkte er einige Zusicherungen, dass der deutsche Druck auf Dollfuss gemildert werden würde. Nach der Begegnung teilte Ciano den Journalisten mit: «Sie werden sehen, es wird nichts mehr vorkommen.»

Die nun folgende Pause in den deutschen Umtrieben beruhte jedoch nicht auf Mussolinis Appell, sondern auf Hitlers innenpolitischen Sorgen.

*

Die Machtergreifung hatte zwischen dem Führer und vielen von jenen, die ihn gefördert hatten, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten ausgelöst. Unter Röhm's Führung repräsentierte die SA in zunehmendem

Mass das revolutionäre Element der Partei. Alte Parteimitglieder, wie zum Beispiel Gregor Strasser, dürsteten nach einer sozialen Revolution und fürchteten, dass Hitler nach dem Erreichen des höchsten Ranges einfach in die bestehende Hierarchie der Reichswehr, der Bankiers und der Industriellen übergehen würde. Er wäre nicht der erste revolutionäre Führer gewesen, der die Leiter, die ihm den Aufstieg zur höchsten Höhe ermöglicht hatte, mit einem Fusstritt beiseite stiess. Nach Ansicht der gesamten SA., der «Braunhemden», musste der Triumph vom Januar 1933 die Erlaubnis mit sich bringen, nicht nur die Juden und Profitmacher, sondern auch die wohlhabenden Gesellschaftsklassen auszuplündern. In gewissen Parteikreisen begannen Gerüchte über einen grossen Verrat des Führers umzugehen. Stabschef Röhm handelte energisch aus dieser Stimmung heraus. Im Januar 1933 war die SA. viertausend Mann stark gewesen. Im Frühling 1934 hatte Röhm nahezu drei Millionen Mann rekrutiert und ausgebildet. In seiner neuen Lage empfand Hitler das Anwachsen dieser Riesenmaschine, die seinem persönlichen Einfluss zu entgleiten begann, als ungemütlich, obwohl sie sich zu tiefster Loyalität bekannte und ihm zum grössten Teil ergeben war. Bisher hatte er über eine Privatarmee verfügt. Jetzt hatte er die nationale Armee. Es lag nicht in seiner Absicht, die eine gegen die andere auszutauschen. Er wollte beide, um, je nach den Ereignissen, jede zur Beherrschung der andern zu benützen. Infolgedessen hatte er sich nun mit Röhm auseinanderzusetzen. «Ich bin entschlossen», erklärte er damals den SA.-Führern, «gegen jeden Versuch zum Umsturz der bestehenden Ordnung mit Schärfe vorzugehen. Ich werde mich einer zweiten revolutionären Welle auf das Energischste widersetzen, denn sie würde unweigerlich Chaos bewirken. Wer immer sich gegen die Autorität des Staates erhebt, wird streng bestraft werden, welche Stellung er auch einnehmen mag.»

Trotz seinen Befürchtungen glaubte Hitler nicht ohne Weiteres an die Untreue seines Kameraden vom Münchner Putsch, der seit sieben Jahren

der Stabschef seiner Braunhemden-Armee war. Als man im Dezember 1933 die Einheit von Partei und Staat verkündete, wurde Röhm Mitglied des deutschen Kabinetts. Eine der Folgen der Vereinigung von Partei und Staat sollte darin bestehen, dass die Braunhemden in die Reichswehr übergangen. Das rasche Fortschreiten der nationalen Aufrüstung rückte das Problem des Status und des Oberbefehls über alle deutschen Streitkräfte in die vorderste Reihe der politischen Angelegenheiten. Im Februar 1934 traf Eden in Berlin ein; im Lauf der Unterredung erklärte sich Hitler vorläufig bereit, gewisse Zusicherungen über den nicht-militärischen Charakter der SA. abzugeben. Zwischen Röhm und dem Generalstabschef von Blomberg hatten sich schon fortgesetzte Reibungen entwickelt. Röhm befürchtete nun die Opferung des Parteieheeres, das er in jahrelanger Arbeit geschaffen hatte; trotz allen Hinweisen auf die Tragweite seines Verhaltens veröffentlichte er am 18. April 1934 eine unmissverständliche Herausforderung folgenden Inhalts:

Unsere Revolution ist keine nationale Revolution, sondern eine *nationalsozialistische* Revolution. Wir möchten das letzte Wort «sozialistisch» sogar unterstreichen. Die einzige Sicherung gegen eine Reaktion wird durch unsere Sturmabteilungen repräsentiert; denn sie sind die absolute Verkörperung des revolutionären Gedankens. Der Kämpfer bei den Braunhemden verpflichtet sich vom ersten Tag an dem revolutionären Weg, und er wird um keine Haaresbreite davon abgehen, bis unser Endziel erreicht ist.

In dieser Erklärung liess er das «Heil Hitler!» weg, das der übliche Abschluss aller öffentlichen Äusserungen der Braunhemden gewesen war.

Im April und Mai beschwerte sich Blomberg unaufhörlich bei Hitler über die Frechheit und die Umtriebe der SA. Der Führer war genötigt, zwischen den Generälen, die ihn hassten, und den Braunhemden-Meuchelmördern, denen er so viel verdankte, zu wählen. Er wählte die Generäle. Anfang Juni machte Hitler in einer fünfstündigen Unterredung mit Röhm den letzten Verständigungsversuch. Aber mit diesem abnor-

malen, von Ehrgeiz verzehrten Fanatiker war jeder Kompromiss ausgeschlossen. Zwischen dem mystischen, hierarchischen Grossdeutschland, das Hitler sich erträumte, und der Proletarierrepublik des Volksheeres, wonach Röhm strebte, öffnete sich eine unüberbrückbare Kluft.

In der Organisation der Braunhemden war eine kleine, hervorragend geschulte Elite gebildet worden, die schwarze Uniformen trug und als SS., später als «Schwarzhemden», bekannt war. Diese Einheiten waren zum persönlichen Schutz des Führers und zu besonderen, vertraulichen Aufgaben bestimmt. Sie unterstanden einem ehemaligen erfolglosen Geflügelzüchter, Heinrich Himmler. Im Vorgefühl des drohenden Zusammenstosses zwischen Hitler und der Armee auf der einen Seite und Röhm und den Braunhemden auf der andern, bemühte sich Himmler, die SS. in Hitlers Lager zu bringen. Aber auch Röhm hatte in der Partei einflussreiche Anhänger, die, wie Gregor Strasser, ihre wilden Pläne einer Sozialrevolution preisgegeben sahen. Selbst in der Reichswehr befanden sich Rebellen. Der ehemalige Reichskanzler von Schleicher hatte seine Niederlage im Januar 1933 nie verwunden, ebensowenig wie er es den Heerführern verziehen hatte, dass sie ihn nicht als Nachfolger Hindenburgs gewählt hatten. In einem Zusammenstoss zwischen Röhm und Hitler sah Schleicher eine günstige Gelegenheit. Er war unvorsichtig genug, dem französischen Botschafter in Berlin Andeutungen darüber zu machen, dass Hitlers Sturz bevorstehe. Er wollte nochmals so handeln wie seinerzeit im Fall Brüning. Aber die Zeiten waren gefährlicher geworden.

In Deutschland wird noch lange darüber gestritten werden, ob Hitler durch die drohende Gefahr von Röhm's Verschwörung zum Zuschlagen gezwungen wurde oder ob er und die Generäle aus Furcht vor dem Kommenden eine durchgreifende Liquidierung beschlossen, solange sie noch die Macht besaßen. Hitler und die siegreiche Clique hatten offensichtlich das Interesse, die Beweise für eine Verschwörung herzustellen. Es

ist unwahrscheinlich, dass Röhm und die Braunhemden wirklich so weit gegangen waren. Sie bedeuteten eher eine bedrohliche Bewegung als ein Komplott, aber diese Grenzlinie konnte jederzeit überschritten werden. Sicher ist, dass sie ihre Kräfte zusammenzogen. Und sicher ist auch, dass man ihnen zuvorkam.

Die Ereignisse nahmen nun einen raschen Verlauf: Am 25. Juni wurde für die Reichswehr ein Ausgehverbot erlassen und den Schwarzhemden Munition ausgeteilt. Auf der Gegenseite erhielten die Braunhemden den Befehl zur Bereitschaft und Röhm berief mit Hitlers Einverständnis auf den 30. Juni eine Zusammenkunft aller höheren Führer in Wiessee in Oberbayern ein. Hitler empfing am 29. Juni die Meldung von ernster Gefahr. Er flog nach Godesberg und traf dort mit Goebbels zusammen, der alarmierende Nachrichten über eine drohende Meuterei in Berlin brachte. Laut Goebbels' Darstellung hatte Röhm's Adjutant Karl Ernst den Befehl zu einem Aufstandsversuch erhalten. Das klingt unwahrscheinlich. Ernst war in Bremen und stand im Begriff, vom dortigen Hafen aus seine Hochzeitsreise anzutreten.

Auf diese zutreffende oder unrichtige Meldung hin fasste Hitler augenblicklich seine Entschlüsse. Er beauftragte Göring, die Leitung in Berlin zu übernehmen. Dann bestieg er sein Flugzeug zum Flug nach München, mit dem Vorsatz, seine wichtigsten Gegner persönlich zu verhaften. An diesem Tag, an dem es um Tod oder Leben ging, offenbarte er seinen ganzen furchtbaren Charakter. In finstere Gedanken versunken, sass er während des ganzen Fluges neben dem Piloten. Das Flugzeug landete am 30. Juni um vier Uhr morgens in München. Äusser Goebbels hatte Hitler ungefähr ein Dutzend Mann seiner persönlichen Leibwache bei sich. In München fuhr er ins Braune Haus, liess die Führer der örtlichen SA. antreten und verhaftete sie. Um sechs Uhr fuhr er mit Goebbels und seiner kleinen Eskorte im Auto nach Wiessee.

Röhm war im Sommer 1934 bei schlechter Gesundheit und hatte sich zu einer Kur nach Wiessee begeben. Als Aufenthaltsort wählte er ein

kleines Chalet, das dem ihn behandelnden Arzt gehörte. Zur Organisation einer unmittelbaren Revolte hätte sich kein unpassenderes Quartier finden lassen. Das Chalet steht am Ende einer engen Sackgasse. Sämtliche Ankünfte und Abreisen waren leicht zu beobachten. Für die angeblich geplante Zusammenkunft der Braunhemdenführer wäre kein Zimmer gross genug gewesen. Es gab nur ein einziges Telephon. Das alles spricht gegen die Theorie einer bevorstehenden Revolte. Falls Röhm und seine Anhänger einen Aufstand vorhatten, waren sie jedenfalls sorglos.

Um sieben Uhr traf der Führer mit seinem Zug von Autos vor Röhm's Chalet ein. Allein und unbewaffnet ging Hitler die Treppe hinauf in Röhm's Schlafzimmer. Was sich zwischen den beiden Männern abspielte, wird man nie erfahren. Röhm war völlig ahnungslos; er und sein Stab wurden ohne Zwischenfall verhaftet. Die kleine Gesellschaft mit ihren Gefangenen fuhr nun auf der Strasse nach München zurück. Nach kurzer Zeit begegneten sie einer Lastwagenkolonne mit bewaffneten Braunhemden, die sich auf den Weg gemacht hatten, um Röhm an der auf zwölf Uhr angeordneten Zusammenkunft in Wiessee zu feiern. Hitler stieg aus dem Auto, verlangte den kommandierenden Offizier und befahl ihm mit sicherer Autorität, seine Leute nach Hause zu führen. Er fand augenblicklichen Gehorsam. Wenn er eine Stunde später eingetroffen wäre oder die andern eine Stunde früher, hätten grosse Ereignisse eine andere Wendung genommen.

Bei der Ankunft in München wurde Röhm mit seinen Leuten in dasselbe Gefängnis gebracht, in dem er mit Hitler zehn Jahre zuvor gesessen hatte. Am Nachmittag begannen die Hinrichtungen. In Röhm's Zelle legte man einen Revolver, aber da er diese Aufforderung ablehnte, wurde er nach wenigen Minuten von der geöffneten Zellentüre aus mit Kugeln durchlöchert. Während des ganzen Nachmittags gingen in München in kurzen Abständen die Hinrichtungen vor sich. Die aus je acht Mann bestehenden Erschiessungspelotons mussten wegen der psychi-

schen Beanspruchung der Soldaten von Zeit zu Zeit abgelöst werden. Aber mehrere Stunden hindurch waren die Gewehrsalven ungefähr alle zehn Minuten zu hören.

Göring, der von Hitler benachrichtigt worden war, befolgte unterdessen in Berlin eine ähnliche Methode. Aber dort ging das Morden über die Hierarchie der SA. hinaus. Schleicher und seine Frau, die sich schützend vor ihn warf, wurden in ihrem Haus erschossen. Gregor Strasser wurde verhaftet und hingerichtet. Auch Papens Privatsekretär und sein engster Kreis wurden erschossen; er selbst jedoch blieb aus unbekanntem Gründen verschont. In den Kasernen von Lichterfelde bei Berlin erreichte das Schicksal Karl Ernst, den man von Bremen hergeschafft hatte; wie in München hörte man den ganzen Tag hindurch die Gewehrsalven. In diesen vierundzwanzig Stunden verschwanden in ganz Deutschland aus privaten, oft längst verjährten Rachegründen viele Männer, die mit Röhm's Verschwörung in keiner Verbindung standen. Otto von Kahr zum Beispiel, der als Oberhaupt der bayrischen Regierung den Putsch von 1923 niedergeschlagen hatte, wurde in den Wäldern bei München tot aufgefunden. Die Gesamtzahl der «liquidierten» Personen wird auf zwischen fünf- und siebentausend geschätzt.

Am Abend dieses blutigen Tages flog Hitler nach Berlin zurück. Es war an der Zeit, dem immer weiter um sich greifenden Gemetzel ein Ende zu machen. Eine Anzahl SS.-Soldaten, die aus Übereifer im Erschiessen der Gefangenen etwas zu weit gegangen waren, wurden noch am gleichen Abend selbst hingerichtet. Gegen ein Uhr morgens am 1. Juli verstummte das Geräusch der Schüsse. Später an diesem Tag zeigte sich der Führer auf dem Balkon der Reichskanzlei, um die Beifallsrufe der Berliner entgegenzunehmen, von denen viele glaubten, dass es gegen ihn selbst gegangen sei. Manche sagten, er habe erschöpft ausgesehen, andere wieder, dass er triumphierend wirkte. Beides ist leicht möglich. Seine Raschheit und Grausamkeit hatten seine Sache und zweifellos sein Leben gerettet. Mit jener «Nacht der langen Messer», wie sie

genannt wurde, war die Einheit des nationalsozialistischen Deutschland hergestellt worden, um seinen Fluch über die ganze Welt zu tragen.

Vierzehn Tage später sprach der Führer im Reichstag, der ergeben oder eingeschüchtert vor ihm sass. In einer zweistündigen Rede gab er eine wohldurchdachte Verteidigung seines Vorgehens. Seine Ausführungen verraten seine Kenntnis deutscher Denkart und seine zweifellos grosse Überzeugungskraft. Der Höhepunkt lautete:

Die Notwendigkeit dieses blitzschnellen Handelns brachte es mit sich, dass mir in dieser entscheidenden Stunde nur ganz wenige Menschen zur Verfügung standen ... Wenn ich noch wenige Tage vorher zur Nachsicht bereit gewesen wäre, dann konnte es in dieser Stunde eine solche Rücksicht nicht mehr geben. Meutereien bricht man nach ewig gleichen, eiserne Gesetzen. Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation, und daher war des deutschen Volkes oberster Gerichtshof in dieser Stunde ich selbst... Ich wollte das junge Reich dem Schicksal des alten nicht ausliefern. Ich habe Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschliessen.

Darauf folgte diese etwas unklare, aber ausdrucksvolle Metapher:

Und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre innerer Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch.

Dieses Massaker, so erklärlich es auch durch die gefährlichen Kräfte, die am Werk gewesen waren, sein mochte, bewies, dass der neue Gebieter Deutschlands vor nichts haltmachen würde, und dass die Verhältnisse in Deutschland in nichts den Verhältnissen eines zivilisierten Staates gleichen. Die Welt stand einer auf Terror aufgebauten, blutbefleckten Diktatur gegenüber. Der Antisemitismus tobte wild und schamlos, und das System der Konzentrationslager war für alle unbeliebten oder politisch andersdenkenden Kreise schon in vollem Betrieb. Ich war über diese Episode zutiefst betroffen, und die ganze Entwicklung der deutschen

Aufrüstung, für die nun überwältigende Beweise vorlagen, schien mir eine grausame, düstere Färbung zu tragen. Sie schillerte unheilvoll.

*

Kehren wir nun einen Augenblick ins Unterhaus zurück. Im Lauf des Monats Juni 1934 wurde das Ständige Komitee der Abrüstungskonferenz in Genf auf unbestimmte Zeit vertagt. Am 13. Juli sagte ich:

Es erfüllt mich mit grosser Befriedigung, dass die Abrüstungskonferenz aus dem Leben in die Geschichte übergeht. Abrüstung mit Frieden zu vermengen, ist ein schwerer Fehler. Wenn man Frieden hat, wird man auch Abrüstung haben. Aber in den letzten Jahren hat eine ständige Verschlechterung in den Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern stattgefunden, ein ständiges Zunehmen von bösem Willen und eine ständige, ja rapide Rüstungssteigerung, die neben allen für diese Epoche kennzeichnenden Reden, schönen Worten, wohlmeinenden Gefühlen und Banketten durch alle diese Jahre ungestört fortschritt.

Europa wird in Sicherheit sein, wenn die Nationen nicht mehr das Gefühl grosser Gefahr haben, das heute viele bedrückt. Dann wird die Last der Rüstungen automatisch wegfallen, so wie es in einer langen Friedenszeit hätte sein sollen, und es dürfte dann ganz leicht sein, eine Bewegung dieser Art durch irgendein allgemeines Abkommen zu besiegeln. Ich hoffe ernstlich, dass wir nun auch das Ende der Phase erreicht haben, in der die Regierung Frankreich drängt – dieses friedliche Frankreich ohne jeden Militarismus –, seine Streitkräfte zu schwächen. Ich bin glücklich darüber, dass die Franzosen den Rat nicht befolgt haben, der ihnen von den verschiedensten Seiten so reichlich gegeben wurde und den der Führer der Opposition (Lansbury) zweifellos unterstützen würde.

Was wir jetzt erleben werden, ist nicht Deutschland schlechthin, sondern wir müssen uns klar darüber sein, dass gegenwärtig zwei oder drei Desperados dieses ganze mächtige Land in der Hand haben; dass sie dieses bewundernswürdig gelehrte, intelligente, fügsame, fähige Volk in ihrer Hand haben, eine Bevölkerung von siebzig Millionen; dass dort die Politik nicht durch ein dynastisches Interesse in Schranken gehalten wird, wie es in einer Monarchie wirkt, die weit vorausblickt und viel zu verlieren hat; und dass es dort keine öffentliche Meinung gibt, sondern nur das,

was diese neuen und furchtbaren Maschinerien zustande bringen – nämlich der Rundfunk und eine kontrollierte Presse. In Deutschland wird anders Politik gemacht als bei uns. Dort legt man nicht sein Amt nieder, um in die Opposition einzutreten. Man verlässt nicht die Regierungsbank, um sich in die hinteren Reihen zu setzen. Dort kann man innerhalb einer Viertelstunde von seinem hohen Amt zurücktreten müssen, um auf die Polizei geführt zu werden, und von da aus kann sehr rasch noch viel Schlimmeres mit einem vorgenommen werden.

Ich glaube, dass Männer in einer solchen Lage leicht in Versuchung kommen können, etwas zu tun, was nicht einmal eine Militärdiktatur tun würde, denn eine Militärdiktatur fusst bei all ihren vielen Fehlern wenigstens auf einem genauen Studium der wirklichen Tatsachen; diese Art von Diktatur birgt grössere Gefahren als eine Militärdiktatur, weil es sich um Männer handelt, die der grossen Gefahr im eigenen Land vielleicht dadurch zu entgehen suchen, dass sie sich in ein Abenteuer im Ausland stürzen, ein Abenteuer von gefährlichstem und katastrophalstem Charakter für die ganze Welt.

*

Die erste Versuchung zu einem derartigen Abenteuer sollte sich bald bemerkbar machen.

Auf den Gebirgspfaden, die von Bayern auf österreichisches Gebiet führen, spielte sich Anfang Juli 1934 ein lebhafter Verkehr ab. Ende Juli fiel ein deutscher Kurier in die Hände der österreichischen Grenzwächter. Er trug Dokumente und einen Codeschlüssel auf sich, woraus hervorging, dass sich ein vollständiger Plan zur Revolte der Vollendung näherte. Der Leiter dieses Staatsstreiches sollte Anton von Rintelen sein, der damals österreichischer Gesandter in Italien war. Dollfuss und seine Minister reagierten nur langsam auf die Vorzeichen einer drohenden Krise und einer unmittelbar bevorstehenden Revolte, die in den frühen Morgenstunden des 25. Juli wahrnehmbar wurden. Die Nazianhänger in Wien mobilisierten im Lauf des Vormittags. Kurz vor ein Uhr mittags drang eine Abteilung bewaffneter Rebellen in die Bundeskanzlei ein; Dollfuss wurde von zwei Revolverkugeln getroffen, blieb liegen und

verblutete langsam. Eine andere Abteilung von Nazi besetzte den Radiosender und verkündete den Rücktritt der Regierung Dollfuss und die Machtübernahme durch Rintelen.

Die andern Mitglieder des Kabinetts Dollfuss reagierten jedoch mit Entschlossenheit und Energie. Der Präsident Dr. Miklas veröffentlichte den ausdrücklichen Befehl zur Wiederherstellung der Ordnung um jeden Preis. Der Justizminister Dr. Schuschnigg übernahm die Leitung der Geschäfte. Die Mehrheit der österreichischen Armee und Polizei scharte sich um ihre Regierung und belagerte das Kanzleigebäude, wo Dollfuss, von einer kleinen Schar Rebellen umgeben, im Sterben lag. Auch in den Bundesländern war der Aufstand ausgebrochen; Teile der österreichischen Legion in Bayern überschritten die Grenze. Inzwischen war Mussolini benachrichtigt worden. Er telegraphierte sofort an Fürst Starhemberg, den Führer der österreichischen Heimwehr, und versprach die italienische Unterstützung der österreichischen Unabhängigkeit. Er flog sogar nach Venedig und empfing dort die Witwe von Dr. Dollfuss mit allen Äusserungen der Teilnahme. Gleichzeitig wurden drei italienische Divisionen auf den Brenner geschickt. Hitler war sich über die Grenzen seiner Kraft klar und wich zurück. Rieth, der deutsche Gesandte in Wien, und andere in den Aufruhr verwickelte deutsche Beamte wurden zurückberufen oder entlassen. Der Versuch war gescheitert. Es waren längere Vorbereitungen nötig. Papen, der soeben unversehrt aus dem Blutbad in Berlin hervorgegangen war, wurde zum deutschen Gesandten in Wien ernannt und erhielt den Auftrag, auf schlaunere Weise vorzugehen.

Papens Ernennung zum deutschen Gesandten in Wien hatte den ausdrücklichen Zweck, den Sturz der Österreichischen Republik zu organisieren. Papen hatte eine doppelte Aufgabe: die Ermutigung der illegalen österreichischen Nazipartei, die von nun an eine monatliche Unterstützung von zweihunderttausend Mark erhielt; ferner sollten die führenden österreichischen Politiker in ihrer Stellung unterminiert oder für die deutschen Zwecke gewonnen werden. In den ersten Tagen seiner Beru-

fung sprach er sich bei seinem amerikanischen Kollegen in Wien mit einer an Indiskretion grenzenden Offenheit darüber aus. «In kühnster und zynischster Weise», berichtet der amerikanische Gesandte, «sagte mir Papen, dass ganz Südosteuropa bis zur türkischen Grenze das natürliche Hinterland von Deutschland sei, und er habe die Mission, dieses ganze Gebiet unter den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Deutschlands zu bringen. Er sagte unverblümt, der erste Schritt müsse darin bestehen, die Herrschaft über Österreich zu gewinnen. Er beabsichtige, seinen Ruf eines guten Katholiken zu verwenden, um Einfluss auf Österreicher wie Kardinal Innitzer zu erlangen. Die deutsche Regierung sei entschlossen, Südosteuropa in die Hand zu bekommen. Nichts könne sie darin auf halten. Die Politik der Vereinigten Staaten sei ebenso wenig ‚realistisch‘ wie die von Frankreich und England.»

Während dieser Tragödien und Vorfälle starb der greise Marschall Hindenburg, der seit einigen Monaten fast völlig senil geworden und infolgedessen mehr denn je ein Werkzeug der Reichswehr gewesen war. Hitler kam an die Spitze des Deutschen Reiches, behielt aber das Amt des Reichskanzlers bei. Er war nun der Herrscher über Deutschland. Sein Pakt mit der Reichswehr war durch das Blutbad besiegelt und bewahrt. Die «Braunhemden» waren zum Gehorsam zurückgeführt worden und erklärten von neuem ihre Treue zum Führer. Alle Feinde und potentiellen Rivalen in ihren Reihen waren ausgetilgt worden. Von da an verlor die SA. ihren Einfluss und wurde eine Art besonderer Polizeitruppe für zeremonielle Anlässe. Die «Schwarzhemden» jedoch, die an Zahl zugenommen und durch Privilegien und Disziplin an Stärke gewonnen hatten, wurden unter Himmler eine Prätorianergarde zu Hitlers persönlichem Schutz, ein Gegengewicht gegen die Heerführer und die militärische Kaste, und auch eine politische Truppe, die der Tätigkeit der sich ebenfalls ausdehnenden Geheimpolizei oder Gestapo beträchtliche Waffengewalt verlieh. Es war nur noch nötig, diese Kräfte mit der

formellen Sanktion einer dirigierten Volksabstimmung zu versehen, damit Hitlers Diktatur absolut und vollkommen wurde.

*

Auf die Ereignisse in Österreich hin fand eine Annäherung zwischen Frankreich und Italien statt, und der Schock über die Ermordung des Bundeskanzlers führte zur Fühlungnahme zwischen den Generalstäben. Die Bedrohung von Österreichs Unabhängigkeit förderte eine Revision der französisch-italienischen Beziehungen, und dies umfasste nicht nur das Gleichgewicht im Mittelmeer und in Nordafrika, sondern auch das gegenseitige Kräfteverhältnis von Frankreich und Italien in Südosteuropa. Mussolini strebte jedoch nicht nur danach, Italiens Position in Europa gegen die potentielle deutsche Gefahr zu festigen, sondern auch die Zukunft des Imperiums in Afrika zu sichern. Gegen Deutschland waren enge Beziehungen zu Frankreich und Grossbritannien nützlich; im Mittelmeer und in Afrika aber mochten wohl Meinungsverschiedenheiten mit diesen beiden Grossmächten unvermeidlich werden. Der Duce erwog, ob der Wunsch nach Sicherheit, den Italien, Frankreich und Grossbritannien gemeinsam hatten, die beiden einstigen Verbündeten Italiens nicht dazu bewegen würde, das imperialistische italienische Programm in Afrika zu billigen. Jedenfalls schien dies ein hoffnungsvoller Kurs für die italienische Politik zu sein.

*

Nach dem Stavisky-Skandal und den Februaraufständen in Frankreich war auf den Ministerpräsidenten Daladier eine Regierung des rechten Zentrums unter Doumergue gefolgt, deren Aussenminister Barthou war. Seit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno war Frankreich bestrebt, ein Abkommen über Sicherheitsmassnahmen im Osten zu erreichen. Das Widerstreben Englands, Verpflichtungen über den Rhein hinaus einzugehen, die Weigerung Deutschlands, bindende Abkommen

mit Polen und der Tschechoslowakei zu schliessen, die Befürchtungen der Kleinen Entente in Bezug auf die russischen Absichten, Russlands Misstrauen gegen den kapitalistischen Westen, das alles wirkte zusammen, um ein derartiges Programm zu durchkreuzen. Immerhin entschloss sich Louis Barthou im September 1934 zu einem aktiven Schritt. Sein ursprünglicher Plan bestand darin, einen Ostpakt vorzuschlagen, der Deutschland, Russland, Polen, die Tschechoslowakei und die Baltischen Staaten umfasste, wobei Frankreich die europäische Grenze Russlands und Russland die deutsche Ostgrenze garantieren sollten. Sowohl Deutschland wie Polen waren gegen einen Ostpakt; aber es gelang Barthou, Russlands Beitritt zum Völkerbund am 18. September 1934 zu erwirken. Das war ein bedeutender Schritt. Litwinow, der Vertreter der Sowjetregierung, war in jeder Hinsicht in auswärtigen Angelegenheiten erfahren. Er passte sich der Atmosphäre des Völkerbundes an und bediente sich dessen moralischer Sprache mit solchem Erfolg, dass er bald eine hervorragende Gestalt wurde.

Auf seiner Suche nach Verbündeten gegen das neue Deutschland, das unbehindert heranwuchs, war es verständlich, dass Frankreich auf Russland blickte und das Kräftegleichgewicht der Vorkriegszeit wiederherzustellen strebte. Aber im Oktober kam es zu einem tragischen Ereignis. In Fortsetzung der französischen Balkanpolitik war König Alexander von Jugoslawien zu einem offiziellen Besuch nach Paris eingeladen worden. Er landete in Marseille, wurde von Barthou empfangen und fuhr mit ihm und General Georges durch die ihn begrüßende Menge, die sich mit Fahnen und Blumen in den Strassen drängte. Doch wieder einmal tauchte aus den dunkeln Schlupfwinkeln der serbischen und kroatischen Unterwelt ein verabscheuungswürdiger Mordplan auf, und genau wie 1914 in Sarajewo stand eine Verbrecherbande, die bereit war, ihr Leben hinzugeben, zur Verfügung. Die Massnahmen der französischen Polizei waren nachlässig und unzureichend. Ein Mann sprang aus der jubelnden Menge auf das Trittbrett des Automobils und schoss mit seiner automati-

schen Pistole auf den König und die andern Insassen. Alle wurden getroffen. Der Reiter der Republikanischen Garde, hinter dem sich der Mörder herangeschlichen hatte, schlug ihn sofort zu Boden und tötete ihn. Es folgte eine Szene wilder Verwirrung. König Alexander starb fast augenblicklich. General Georges und Barthou stiegen blutüberströmt aus dem Auto. Der General war zu schwach, um zu gehen, erhielt jedoch bald ärztliche Hilfe. Der Aussenminister entfernte sich in der Menge. Erst nach zwanzig Minuten beachtete man ihn. Er musste die Treppe in das Bureau des Präfekten hinaufgehen, bevor ihm ärztlicher Beistand zuteil werden konnte; der Arzt band die Ader *unterhalb* der Wunde ab. Er hatte schon viel Blut verloren; er war zweiundsiebzig und starb eine Stunde später. Das bedeutete einen schweren Schlag für Frankreichs Aussenpolitik, die unter seiner Leitung eine feste Form anzunehmen begonnen hatte. Pierre Laval wurde sein Nachfolger.

Lavals späteres schändliches Verhalten darf die Tatsache nicht verdunkeln, dass er grosse persönliche Kraft und Fähigkeit besass. Er hatte eine klare und intensive Auffassungsgabe. Er war der Meinung, dass Frankreich um jeden Preis einen Krieg vermeiden müsse, und hoffte dies durch Vereinbarungen mit den Diktatoren von Italien und Deutschland zu erreichen, gegen deren Systeme er kein Vorurteil hatte. Er misstraute Sowjetrussland. Trotz seinen gelegentlichen Freundschaftsbeteuerungen empfand er Abneigung gegen England und betrachtete es als wertlosen Verbündeten. Damals stand Englands Ruf tatsächlich in Frankreich nicht sehr hoch im Kurs. Lavals erstes Ziel war, eine feste Verständigung mit Italien zu erreichen; den richtigen Augenblick hielt er nun für gekommen. Die französische Regierung war von der Furcht vor Deutschland beherrscht und daher bereit, Italien mit weitgehenden Konzessionen zu gewinnen. Im Januar 1935 begab sich Laval nach Rom und unterzeichnete eine Anzahl Abkommen, die alle hauptsächlichsten Streitpunkte zwischen den beiden Ländern beseitigen sollten. Beide Regierungen waren sich über die Illegalität der deutschen Aufrüstung einig.

Sie beschlossen, einander im Fall künftiger Bedrohungen der Unabhängigkeit Österreichs zu Rate zu ziehen. Auf dem Gebiet der Kolonien beabsichtigte Frankreich, administrative Konzessionen über den Status der Italiener in Tunesien zu machen und trat gewisse Gebietsteile an den Grenzen von Libyen und Somaliland an Italien ab, ferner einen Anteil von zwanzig Prozent an der Bahnlinie Djibuti-Addis Abeba. Diese Unterredungen sollten die vorbereitende Grundlage für eigentliche Verhandlungen zwischen Frankreich, Italien und Grossbritannien über eine gemeinsame Front gegen die wachsende deutsche Gefahr bilden. Alle diese Vorhaben wurden in den folgenden Monaten durch den Angriff Italiens auf Abessinien durchkreuzt.

*

Im Dezember 1934 ereignete sich bei den Brunnen von Wal-Wal an der Grenze von Abessinien und Italienisch-Somaliland ein Zusammenstoss zwischen italienischen und abessinischen Soldaten. Dieser Zwischenfall diente Italien als Vorwand, um seine Ansprüche auf Äthiopien vor der Welt geltend zu machen. Das Problem, Deutschland in Europa in Schranken zu halten, wurde von da an durch das Schicksal Abessiniens verwischt und verzerrt.

*

Ein weiterer Vorgang zu jenem Zeitpunkt muss hier erwähnt werden. Das Saargebiet, ein schmaler Streifen deutschen Bodens mit reichen Kohlengruben und wichtigen Eisenwerken, sollte nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles nach Ablauf von fünfzehn Jahren in einem Plebiszit entscheiden, ob die Bevölkerung zu Deutschland zurückzukehren wünsche. Diese Abstimmung war auf Januar 1935 festgesetzt. Das Ergebnis stand äusser Frage. Es war anzunehmen, dass die Mehrheit für die Wiedereinverleibung ins deutsche Vaterland stimmen würde, und um diese Gewissheit doppelt zu sichern, stand das Saargebiet

unter der Herrschaft des örtlichen Naziparteizentrums, obwohl es nominell von einer Völkerbundskommission regiert wurde. Barthou wusste wohl, dass die Saar schliesslich zu Deutschland zurückkehren musste, erwog aber, auf gewissen Garantien für diejenigen zu bestehen, die eventuell gegen eine sofortige Rückgliederung stimmen würden. Seine Ermordung änderte den Ton der französischen Politik. Am 3. Dezember 1934 schloss Laval mit Deutschland ein direktes Abkommen über die Kohlenbergwerke ab und gab drei Tage später vor dem Völkerbundsrat bekannt, dass sich Frankreich der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland nicht widersetzen werde. Die Volksabstimmung selbst fand am 13. Januar 1935 statt, und zwar unter internationaler Aufsicht, an welcher sich eine britische Brigade beteiligte. Die kleine Enklave, äusser Danzig die einzige territoriale Verkörperung der Souveränität des Völkerbundes, stimmte mit 90,3 Prozent für die Rückkehr zu Deutschland. Dieser moralische Triumph war zwar das Ergebnis einer normalen und unvermeidlichen Entwicklung, aber er hob Hitlers Ansehen und schien seine Autorität mit einer ehrlichen Willenskundgebung des deutschen Volkes zu krönen. Er liess sich aber durch die Unparteilichkeit oder Anständigkeit des Völkerbundes keineswegs besänftigen und noch weniger beeindrucken. Zweifellos wurde er nur in seiner Ansicht bestärkt, dass die Alliierten dekadente Narren seien. Er konzentrierte sich weiter auf sein Hauptziel, die Ausbreitung der deutschen Macht.

KAPITEL VII

DIE PARITÄT IN DER LUFT GEHT VERLOREN

1934-1935

Deutschland überflügelt uns – Die Wahlen in East Fulham 23. Oktober 1933 – Die Debatte vom 3. Februar 1934 – Baldwin sichert die Parität in der Luft zu – Das Tadelsvotum der Labourpartei gegen den Ausbau der Luftwaffe – Liberale Feindseligkeiten – Meine deutliche Warnung am 28. November 1934 – Baldwin tritt mir entgegen – Hitler erklärt, Deutschland habe die Parität in der Luft erreicht März 1933 – Mac-Donalds Beunruhigung – Baldwins Bekenntnis, 22. Mai – Die Haltung der Labourpartei und der Liberalen – Die Ansicht des Luftministeriums – Sir Philip Cunliffe-Lister als Nachfolger von Lord Londonderry

DER deutsche Generalstab war der Meinung, daß es frühestens im Jahre 1943 möglich sein würde, die deutsche Armee auf breiterer Grundlage zu bilden und zu schulen als diejenige Frankreichs und sie entsprechend mit Zeughäusern und Ausrüstung auszustatten. Die deutsche Flotte konnte, von den U-Booten abgesehen, nicht vor zwölf oder fünfzehn Jahren im früheren Umfang neu gebaut werden, und auch das nur auf Kosten einer schweren Beeinträchtigung anderer Pläne. Aber dank der unglücklichen Erfindung des Verbrennungsmotors und der Kunst des Fliegens durch eine dafür unreife Zivilisation tauchte eine neue Waffe auf dem Schauplatz der Wettrüstungen der Länder auf, die imstande war, das relative Stärkeverhältnis der einzelnen Mächte viel rascher umzuwandeln. Eine Nation ersten Ranges, die an den immer umfangreicheren Kenntnissen der Menschheit und am Vormarsch der Wissenschaften teilhatte, konnte unter Umständen, wenn sie sich völlig auf

diese Aufgabe konzentrierte, schon in vier oder fünf Jahren eine machtvolle, vielleicht sogar eine übermächtige Luftwaffe ins Leben rufen. Diese Zeitspanne konnte natürlich verkürzt werden, wenn geistig und praktisch daraufhin vorgearbeitet worden war.

Der Wiederaufbau der deutschen Luftmacht wurde nun, ebenso wie derjenige des deutschen Heeres, seit Langem mit grösster Umsicht im geheimen vorbereitet. Schon 1923 hatte von Seeckt beschlossen, dass die künftige deutsche Luftwaffe ein Teil der deutschen Kriegsmaschine sein müsse. Lange Zeit begnügte er sich damit, innerhalb der «luftwaffenlosen Armee» ein wohldurchdachtes Luftwaffengerippe aufzubauen, das von aussen nicht entdeckt werden konnte oder jedenfalls in den ersten Jahren nicht entdeckt wurde. Von allen Formen der militärischen Rüstungen lässt sich die Luftwaffe am schwersten einschätzen und in genauen Begriffen ausdrücken. Bis zu welchem Mass und in welchem Zeitpunkt die Fabriken und Ausbildungseinrichtungen der Zivilluftfahrt militärischen Wert und militärische Bedeutung besitzen, kann nicht leicht beurteilt und noch weniger genau bestimmt werden. Die Möglichkeiten der Verheimlichung, Camouflage und Vertragsumgehung sind zahlreich und vielfältig. Nur in der Luft hatte Hitler die Möglichkeit eines raschen Vordringens, erst zur Gleichheit und dann zur Überlegenheit in einer entscheidenden Waffe. Was aber gedachten Frankreich und England zu tun?

Im Herbst 1933 war es unverkennbar geworden, dass die britische Bemühung um die Abrüstung weder auf dem Weg einer obligatorischen Vereinbarung noch auf dem des Beispiels ihren Zweck erreichen würde. Der Pazifismus der Labourpartei und der Liberalen wurde allerdings nicht einmal durch den schwerwiegenden Vorgang des Ausscheidens Deutschlands aus dem Völkerbund berührt. Die beiden Parteien drängten nach wie vor im Namen des Friedens auf die Abrüstung Grossbritanniens; jeder, der anderer Meinung war, wurde als «Kriegshetzer» und «Panikmacher» verschrien. Es zeigte sich, dass die Stimmung dieser Parteiemin der Bevölkerung Anklang fand, die selbstverständlich nicht

begriff, was sich vorbereitete. Bei einer Nachwahl in East Fulham liess am 25. Oktober eine Woge pazifistischer Regungen die sozialistische Stimmzahl um nahezu neuntausend anschwellen, während die Konservativen mehr als zehntausend Stimmen einbüssten. Der erfolgreiche Kandidat Wilmot erklärte nach dem Wahlgang, das britische Volk fordere seine Regierung auf, «der ganzen Welt eine Richtlinie zu weisen, indem sie sofort eine Politik allgemeiner Abrüstung in die Wege leitet», und Lansbury, der damalige Führer der Labourpartei, sagte, alle Nationen müssten «bis auf den deutschen Rüstungsstand abrüsten, als Anfang einer totalen Abrüstung». Diese Wahl hinterliess einen tiefen Eindruck auf Baldwin, der drei Jahre später in einer bemerkenswerten Rede auf sie zurückkam. Im November fanden die Reichstagswahlen statt, bei denen nur die von Hitler unterstützten Kandidaten zugelassen waren; die Nazi erhielten fünfundneunzig Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Es wäre unbillig, wenn man bei einer Beurteilung der Politik der britischen Regierung die leidenschaftliche Friedenssehnsucht ausser Acht lassen wollte, welche die schlecht oder falsch unterrichtete Mehrheit der britischen Bevölkerung beseelte und jede Partei und jeden Politiker, die eine andere Richtung einzuschlagen wagten, zum politischen Untergang zu verdammen schien. Das bedeutet allerdings keine Entschuldigung für politische Führer, die ihrer Pflicht nicht genügen. Es ist für Parteien und Politiker viel besser, ausgebootet zu werden, als das Leben der Nation aufs Spiel zu setzen. Ausserdem verzeichnet unsere Geschichte keinen einzigen Fall, in dem eine Regierung vom Parlament und vom Volk die für die Landesverteidigung notwendigen Mittel gefordert hätte und die Zustimmung dafür nicht erhalten hätte. Die Leute, die damals die ängstliche Regierung MacDonald-Baldwin vom rechten Pfade abhielten, täten jedenfalls gut daran, sich still zu verhalten.

Das Budget der Luftwaffe, das im Februar 1934 dem Unterhaus vorgelegt wurde, belief sich auf nur 20 Millionen Pfund; es war vorgesehen, vier neue Geschwader zu bilden und damit unsere Luftmacht der ersten

Linie von 850 auf 890 Flugzeuge zu erhöhen. Die Kosten dafür wurden für das erste Jahr auf 130'000 Pfund berechnet. Dazu bemerkte ich im Unterhaus:

Wir sind zugegebenermassen nur die fünftstärkste Macht in der Luft – vielleicht nicht einmal das. Wir sind nur halb so stark wie Frankreich, unser nächster Nachbar. Deutschland rüstet schnell, und niemand wird ihm dabei in den Arm fallen. Das scheint ganz klar zu sein. Niemand beabsichtigt einen Präventivkrieg zu führen, um Deutschlands Verstössen gegen den Vertrag von Versailles ein Ende zu setzen. Deutschland wird aufrüsten, es ist schon im Begriff, das zu tun, und es hat es schon getan. Einzelheiten sind mir nicht bekannt, aber man weiss, dass dieses hochbegabte Volk mit seiner Wissenschaft und seiner Industrie – mit dem, was die Deutschen «Luftsport» nennen – imstande ist, in kurzer Zeit die mächtigste Luftwaffe für alle Zwecke, offensive und defensive, aufzubauen.

Ich denke mit Entsetzen an den Tag, an dem die gegenwärtigen Herrscher von Deutschland das Mittel in der Hand haben werden, womit sie das Herz des Britischen Weltreiches bedrohen können. Dann wären wir in einer Lage, die jedem Menschen verhasst sein müsste, dem an Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit liegt, und auch in einer Lage, die für unsere dichte, friedliche Bevölkerung in ihrem täglichen Arbeitsleben höchste Gefahr bedeuten würde. Ich sehe diesem Tag mit Entsetzen entgegen; aber vielleicht ist er nicht mehr weit entfernt. Er ist vielleicht nur noch ein Jahr oder auch achtzehn Monate entfernt. Er ist noch nicht gekommen – wenigstens glaube ich das, oder hoffe es mit ganzer Seele; aber weit entfernt ist er nicht. Wir haben noch Zeit für die notwendigen Massnahmen, aber es müssen Massnahmen getroffen werden. Wir brauchen Massnahmen, die uns die Parität erreichen lassen. Keine Nation, die eine Rolle in der Welt spielt und spielen will, wie wir es tun, kann es sich leisten, in einer Lage zu sein, in der sie mit Erpressung bedroht werden kann ...

Keine der Streitigkeiten zwischen Siegern und Besiegten ist beseitigt worden. Der Geist des aggressiven Nationalismus war in Europa und in der Welt niemals stärker. Die Tage von Locarno liegen weit zurück, als wir schöne Hoffnungen auf die Wiedervereinigung der europäischen Familie hegten ...

Ich appellierte an Baldwin, den Mann, der die Macht hatte, vorzugehen. In seinen Händen lag die Macht, auf seinen Schultern die Verantwortung.

In seiner Antwort erklärte Baldwin:

Wenn unsere Bemühungen um eine Verständigung scheitern und wenn es nicht möglich ist, die Parität in den von mir erwähnten Angelegenheiten zu erreichen, dann wird jede Regierung unseres Landes, eine nationale Regierung noch mehr als eine andere, dafür sorgen, dass unser Land in der Luftrüstung und Luftmacht nie wieder hinter den Staaten zurücksteht, von denen aus unsere Küsten bedroht werden können.

Das bedeutete eine feierliche und bestimmte Verpflichtung, die zu einer Zeit übernommen wurde, da sie durch nachdrückliches und grosszügiges Handeln fast sicher noch hätte erfüllt werden können.

*

Deutschland hatte damals zwar die Bestimmungen des Friedensvertrags, die ihm den Aufbau einer Luftwaffe untersagten, noch nicht offen verletzt, aber die deutsche Verkehrsfliegerei und die unabsehbare Entwicklung des Segelfliegens waren so weit gediehen, dass sie die bereits im Entstehen begriffene geheime und illegale Luftwaffe in sehr kurzer Frist verstärken und ausweiten konnten. Die geräuschvollen Anklagen Hitlers gegen den Kommunismus und Bolschewismus hatten nicht verhindert, dass Deutschland heimlich Waffen nach Russland sandte. Andererseits wurden von 1927 an eine grössere Zahl deutscher Piloten in Russland für militärische Zwecke ausgebildet. Es ging nicht immer im gleichen Tempo, aber 1932 berichtete der britische Botschafter in Berlin, die Reichswehr habe eine enge technische Verbindung mit der Roten Armee. So wie der fascistische Diktator in Italien als erster, gleich nach seiner Machtübernahme, ein Handelsabkommen mit Sowjetrußland abschloss, so schienen nun auch den Beziehungen zwischen Nazideutschland und dem ungeheuren Sowjetstaat keine staatspolitisch-ideologischen Kontroversen im Wege zu stehen.

*

Trotzdem brachte die Labourpartei mit Unterstützung der Liberalen ein Tadelsvotum ein, als die britische Regierung am 20. Juli 1934 im Unterhaus einige verspätete und unzureichende Vorschläge für die Verstärkung der RAF. um 41 Geschwader oder etwa 820 Flugzeuge machte, *die erst in fünf Jahren fertiggestellt werden sollten.*

Das Votum erklärte, es sei bedauerlich, dass

die Regierung Seiner Majestät eine Wiederaufrüstungspolitik einleitet, die weder durch neue Verpflichtungen erforderlich noch darauf berechnet ist, die Sicherheit der Nation zu erhöhen, die aber mit Bestimmtheit die Aussichten auf eine internationale Rüstungsbeschränkung beeinträchtigen und das Wiederaufleben des gefährlichen und kostspieligen Wettlaufs bei der Vorbereitung des Kriegs zur Folge haben wird.

Attlee, der im Namen der Opposition sprach, um diese Verweigerung aller Kredite zur Stärkung unserer Luftwaffe zu rechtfertigen, sagte: «Wir lehnen die Notwendigkeit gesteigerter Luftrüstungen ab ... Wir bestreiten die Behauptung, dass eine verstärkte britische Luftwaffe den Frieden der Welt fördern wird, und wir lehnen den Anspruch auf Parität überhaupt ab.» Die Liberale Partei unterstützte das Tadels Votum, obwohl sie ihr eigenes vorgezogen hätte, das folgenden Inhalt hatte:

Das Unterhaus betrachtet mit ernster Sorge die zwischen den verschiedenen Ländern der Welt bestehende Tendenz, das Wettrüsten wieder aufzunehmen, das sich noch immer als Vorläufer des Krieges erwiesen hat; das Haus wird keiner Steigerung unserer eigenen Rüstungen zustimmen, äusser es stünde fest, dass die Abrüstungskonferenz gescheitert ist und ein bestimmter Fall vorliegt; und da diese Bedingungen nicht vorhanden sind, verweigert das Haus die Annahme der beantragten zusätzlichen Ausgaben von zwanzig Millionen Pfund für Luftrüstungen.

Sir Herbert Samuel, der Führer der Liberalen, sagte in seiner Rede: «Wie liegt der Fall in Bezug auf Deutschland? Nichts, was wir beobachtet oder gehört haben, weist darauf hin, dass unsere gegenwärtige Luftwaffe unzureichend wäre, um einer Gefahr aus dieser Richtung zu begegnen.»

Wenn wir uns vor Augen führen, dass in dieser Weise von verantwortlichen Parteiführern gesprochen wurde, wird die Gefährdung unseres Landes deutlich. Das war die entscheidende Zeit, in der wir bei äusserster Anstrengung unserer Kräfte die Macht in der Luft hätten wahren können, auf der unsere Handlungsfreiheit beruhte. Wenn Grossbritannien und Frankreich jedes für sich die quantitative Parität mit Deutschland gewahrt hätten, wären sie zusammen doppelt so stark gewesen, und Hitlers Laufbahn auf dem Wege der Gewalt wäre vielleicht schon im Keime erstickt, ohne dass ein einziges Menschenleben verlorengegangen wäre. Nachher war es zu spät. Am guten Glauben der Parteiführer Labours und der Liberalen darf man nicht zweifeln. Sie waren aber vollständig in ihrem Irrtum und Fehler befangen, und vor der Geschichte tragen sie ihr Teil der Verantwortung dafür. Erstaunlicherweise hat die Sozialistische Partei in späteren Jahren den Versuch unternommen, für sich selber einen höheren Grad von Voraussicht in Anspruch zu nehmen und ihren politischen Gegnern den Vorwurf zu machen, sie hätten nicht ausreichend für die Sicherung des Landes vorgesorgt.

*

Für einmal genoss ich nun den Vorteil, als Verteidiger der Regierung für die Aufrüstung zu sprechen. Die Konservative Partei hörte mir daher mit ungewöhnlich freundlicher Aufmerksamkeit zu. Ich erklärte:

Man hätte annehmen dürfen, dass der Charakter der gegenwärtigen Regierung und die Vergangenheit ihrer bedeutendsten Minister die Opposition veranlassen würden, die Forderungen auf eine Erhöhung der Rüstungen des Landes mit einem gewissen Zutrauen und einem gewissen Mass von Rücksicht aufzunehmen. Ich glaube nicht, dass es je eine so pazifistisch gesinnte Regierung gegeben hat. Da ist der Premierminister, der während des Kriegs in höchst rückhaltloser Weise und mit grossem Mut seine Überzeugungen vertrat und für die Opfer eintrat, die er für das zu leisten bereit war, was er als die Sache des Pazifismus betrachtete. Der

Lord-Präsident des Geheimen Rats ist in der Öffentlichkeit vor allem dadurch bekannt, dass er immer wieder das Gebet wiederholt hat: «Herr, gib Frieden in unserer Zeit!» Man hätte voraussetzen dürfen, dass die Erklärung dieser Minister, sie betrachteten es als ihre Pflicht, eine geringfügige Erhöhung der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Wahrung der Landes Sicherheit zu beantragen, bei der Opposition ins Gewicht fallen würde und ihr als ein Beweis für die Realität der Gefahr gälte, vor der sie uns zu schützen suchen.

Man beachte auch die von der Regierung vorgebrachten Begründungen. Niemand hätte einen Antrag in harmlosere Ausdrücke fassen können. Jedes Wort, das die Regierung gesprochen hat, seit dieser Antrag zum erstenmal eingebracht wurde, war von Milde gekennzeichnet. Man sagt uns, wir könnten selbst erkennen, wie geringfügig der Antrag sei. Man versichert uns, er könne jederzeit widerrufen werden, wenn die Genfer Konferenz Erfolg brächte. Und man versichert uns auch, dass die von uns unternommenen Schritte in Wahrheit nur mit dem grossen Prinzip kollektiver Sicherheit zu tun haben, obwohl sie in der Auffassung einiger kleinerer Geister mit nationaler Selbstverteidigung verknüpft sein mögen.

Aber alle diese Erklärungen und besänftigenden Massnahmen werden von der Opposition schroff zurückgewiesen. Ihre einzige Antwort auf diese versöhnlichen Bemühungen ist ein Tadels votum, worüber heute abend entschieden werden soll. Ich glaube, dass wir nahe am Ende der Phase angelangt sind, in der es sich lohnt, die Vereinigung verschiedener Gesinnungsgruppen über dieses Problem anzustreben. Wir erleben einen Versuch zur Einführung einer Art Meinungstyrannie, und wenn ihre Herrschaft fortgeführt werden könnte, würde ihre Wirkung in schwerem Schaden für die Stabilität und Sicherheit des Landes bestehen. Wir sind eine reiche und leichte Beute. Kein Land ist so verletzbar, und in keinem Land würde sich die Ausplünderung mehr lohnen als in unserem ... *Mit unserer riesigen Metropole hier, dem grössten Angriffsziel in der Welt, einer Art von ungeheurer, fetter, wertvoller Kuh, die zum Anlocken der Raubtiere angebunden ist, sind wir in einer Lage, in der wir noch nie gewesen sind und in der sich gegenwärtig kein anderes Land befindet.*

Wir wollen bedenken: Unsere Schwäche ist nicht nur für uns von Bedeutung, sondern ebenso sehr auch für die Stabilität Europas.

Dann führte ich aus, dass Deutschland bereits im Begriffe stehe, die Parität in der Luft mit Grossbritannien zu erlangen:

Als erstes betone ich, dass Deutschland entgegen dem Friedensvertrag *bereits eine militärische Luftwaffe geschaffen hat, deren Stärke jetzt nahezu zwei Drittel unserer gegenwärtigen Luftwehr beträgt.* Das ist die erste Feststellung, die ich der Regierung unterbreite. Die zweite ist, dass Deutschland diese Luftwaffe rasch ausbaut; nicht nur durch grosse Geldbeträge, die in seinem Budget figurieren, sondern auch durch öffentliche Subskriptionen – oft fast zwangsweise durchgeführte Subskriptionen –, die seit einiger Zeit in ganz Deutschland ständig zunehmen. *Bis Ende 1933 wird die deutsche Luftwaffe zahlenmässig und effektiv fast gleichwertig sein, selbst wenn die jetzigen Anträge der Regierung ausgeführt werden.*

Drittens stelle ich fest: wenn Deutschland die gegenwärtige Expansion fortsetzt, und wenn wir unseren bisherigen Plan beibehalten, wird Deutschland im Laufe des Jahres 1936 unverkennbar und wesentlich stärker in der Luft sein als Grossbritannien. Wenn es aber einmal diesen Vorsprung hat, sind wir vielleicht nie mehr imstande, ihn wieder einzuholen. Wenn diese Feststellungen nicht widerlegt werden können, ist zu der im ganzen Unterhaus bestehenden Besorgnis aller Grund vorhanden; nicht nur wegen der physischen Stärke der deutschen Luftwaffe, sondern auch wegen des Charakters der gegenwärtigen Diktatur in Deutschland. *Sollte die Regierung in den nächsten fahren jemals sich damit abfinden müssen, dass die deutschen Luftstreitkräfte stärker sind als unsere eigenen, dann wird man ihr, und wohl mit Recht, den Vorwurf machen, dass sie ihre allererste Pflicht gegen das Land vernachlässigt habe,*

Ich schloss folgendermassen:

Die Opposition drückt sich über das Verhalten der deutschen nationalsozialistischen Regierung sehr offen aus, so wie das in unserm Land die meisten von uns tun. Niemand hat eine strengere Kritik geübt als die Labourpartei oder der Teil der Liberalen, der mir gegenübersteht. Und ihre grossen, nun in der gemeinsamen Sache vereinten Zeitungen sind in der Schärfe ihrer Bemerkungen sehr weit gegangen. Diese Kritik aber weckt wilden Groll in den mächtigen Männern, die Deutschland in der Hand haben. Wir sollen also unsere Freunde entwaffnen, wir sollen keine Verbündeten haben, wir sollen mächtige Nationen reizen und unsere eigenen Verteidigungsmassnahmen gänzlich vernachlässigen. Das ist eine bedenkliche und gefährliche Politik. Die schwache Stellung, in die uns die Opposition zu bringen sucht, sowohl durch den von ihr verfolgten Kurs wie durch die Stimmabgabe, die sie von uns fordert, bedeutet eine furchtbare

Gefahr, und indem wir heute abend gegen sie stimmen, können wir hoffen, einen besseren Weg zur nationalen Sicherheit zu finden, als den, auf den sie uns führen möchte.

Das Tadels Votum der Labourpartei wurde natürlich mit grosser Mehrheit abgelehnt, und ich zweifle nicht daran, dass die Nation auch die zur nationalen Sicherheit nötigen Massnahmen unterstützt haben würde, wenn man mit den richtigen Vorbereitungen auf diesem Gebiet an sie appelliert hätte.

*

Diese Geschichte kann man nicht erzählen, ohne die Marksteine zu erwähnen, die unseren langen Weg von der Sicherheit bis ins Verhängnis säumten. Im Rückblick bin ich erstaunt, wieviel Zeit uns gewährt war. Im Jahr 1933 oder sogar 1934 wäre es für England möglich gewesen, eine Luftmacht zu schaffen, die Hitlers Ambitionen die nötigen Schranken gesetzt oder vielleicht die militärischen Führer in Deutschland befähigt hätte, sein gewalttätiges Vorgehen aufzuhalten. Über fünf Jahre sollten noch verstreichen, bevor es zur höchsten Kraftprobe kam. Wenn wir damals mit vernünftiger Umsicht und gesunder Energie gehandelt hätten, wäre es vielleicht nie dazu gekommen. Auf der Grundlage einer überlegenen Luftmacht hätten England und Frankreich leicht an den Völkerbund um Hilfe appellieren können, und alle Staaten Europas hätten hinter ihm gestanden. Zum erstenmal hätte der Völkerbund über ein Instrument der Autorität verfügt.

Als die Wintersession am 28. November 1934 eröffnet wurde, brachte ich im Namen einiger Freunde ¹ einen Abänderungsantrag zur Adresse ein. Ich führte aus, dass «die Stärke unserer nationalen Verteidigungsmassnahmen und insbesondere unserer Luftwehr nicht mehr ausreiche, um den Frieden, die Sicherheit und Freiheit der britischen Untertanen zu

¹ Der Abänderungsantrag trug die Namen von Mr. Churchill, Sir Robert Home, Mr. Amery, Captain F. E. Guest, Lord Winterton, Mr. Boothby.

gewährleisten.» Das Unterhaus war bis zum letzten Platz besetzt und hörte aufmerksam zu. Nachdem ich alle Argumente vorgebracht hatte, welche die schwere Gefährdung unseres Landes und der Welt hervorhoben, wandte ich mich bestimmten Tatsachen zu:

Ich betone, erstens, dass Deutschland schon in diesem Augenblick eine militärische Luftwaffe besitzt – das heisst: militärische Geschwader mit dem nötigen Bodenpersonal und den nötigen Reserven an geschulter Mannschaft und Material – eine Luftwaffe, die nur einen Befehl erwartet, um sich in voller offener Kombination zu versammeln; und diese illegale Luftwaffe nähert sich rasch der Gleichheit mit unserer eigenen. Zweitens: falls Deutschland sein Programm auf der jetzt vorliegenden Basis ohne Verzögerung durchführen wird und die dem Parlament im letzten Juli bekanntgegebenen Erhöhungen verwirklicht werden, wird die deutsche Luftwaffe nächstes Jahr um diese Zeit tatsächlich mindestens so stark sein wie die unsrige, vielleicht sogar stärker. Drittens: unter denselben Voraussetzungen – das heisst, wenn beide Seiten ihre bestehenden Programme plangemäss fortführen – wird Ende 1936, also ein Jahr später und zwei Jahre von heute an, die deutsche Luftwaffe um fast fünfzig Prozent stärker sein und 1937 fast doppelt so stark. Das alles geht, wie gesagt, davon aus, dass auf Seiten Deutschlands keine Beschleunigung und auf unserer Seite keine Verlangsamung stattfindet.

Baldwin ergriff sofort nach mir das Wort und erwiderte auf Grund der Angaben seiner Sachverständigen im Luftministerium:

Es stimmt nicht, dass Deutschland bald die Parität mit uns erreicht haben wird. Ich hatte seinerzeit darauf hingewiesen, dass es sich bei den deutschen Zahlen um Totalzahlen und nicht um Zahlen für Flugzeuge erster Linie handelt, während sich die von mir angegebenen Zahlen für unsere Flugzeuge nur auf solche erster Linie bezogen; dabei hatte ich erklärt, dass wir noch eine beträchtlich grössere Reserve im Hintergrund haben, selbst wenn wir den Vergleich mit der deutschen Luftwaffe auf die der RAF. unmittelbar in Europa zur Verfügung stehenden Kräfte beschränken. Deutschland produziert augenblicklich eifrig Flugzeuge, aber seine tatsächliche Luftmacht erreicht nicht einmal die Hälfte unserer heutigen in Europa. Wenn die Deutschen ihr Luftaufrüstungsprogramm ohne Beschleunigung durchführen und wir das unsere, *das im Juli vom Parla-*

ment genehmigt wurde, schätzen wir, dass in einem Jahr die deutsche Luftwaffe weit davon entfernt sein wird, annähernd so stark oder gar noch stärker zu sein als die unsrige, sondern dass wir allein in Europa einen Vorsprung von nahezu fünfzig Prozent haben werden. Ich kann allerdings nur für die nächsten zwei Jahre Schätzungen treffen. Herr Churchill spricht von dem, was 1937 geschehen mag, und ich glaube auf Grund der mir zur Verfügung stehenden Informationen, dass seine Zahlen erheblich übertrieben sind.

*

Diese bestimmte Versicherung des amtierenden Premierministers beruhigte fast alle sorgenvollen Gemüter und brachte viele Kritiker zum Schweigen. Jedermann vernahm nur zu gern, dass meine genauen Angaben von berufener Stelle als unzutreffend bezeichnet wurden. Ich war aber gar nicht davon überzeugt und glaubte, dass Baldwin von seinen Sachverständigen nicht die Wahrheit gesagt worden war, und dass er überhaupt die wirkliche Sachlage nicht kannte.

*

So verging der Winter, und erst im Frühjahr hatte ich wieder Gelegenheit, die Sache zur Sprache zu bringen:

Churchill an Baldwin

17. März 1935

Ich beabsichtige bei der Besprechung des Budgets des Luftministeriums am Dienstag unsere Debatte vom vorigen November wieder aufzunehmen und Ihre Angaben über die Stärke der britischen und der deutschen Luftverteidigung einer erneuten Prüfung zu unterziehen, und zwar die Zahlen für die einzelnen in Frage stehenden Daten, das heisst: für damals, für jetzt und für Ende des Jahres 1935. Ich glaube, dass die Deutschen bereits jetzt so stark sind wie wir, möglicherweise gar schon stärker, und dass, wenn wir unser neues Programm tatsächlich ausführen, Deutschland Ende 1935 oder zu Beginn 1936 bereits fünfzig Prozent stärker sein wird als wir. Das steht im Gegensatz zu Ihrer Erklärung vom November, wir würden zu jenem Zeitpunkt eine fünfzigprozentige Überlegenheit haben. Ich werde mich natürlich auch auf Ihre im März 1934 ab-

gegebene Zusicherung beziehen, dass «unser Land nie wieder hinter den Staaten zurücksteht, von denen aus unsere Küsten bedroht werden können», und ich werde behaupten, dass ich auf Grund der von mir erlangten Informationen der Ansicht bin, Ihre Zusicherung sei nicht eingehalten worden, wie die Geschehnisse sehr bald beweisen werden.

Ich halte es für richtig, Sie schon jetzt, wie ich das auch das letztmal getan habe, von meinem Vorhaben in Kenntnis zu setzen, und wenn der Sprecher der Regierung in der Lage sein sollte, meine Behauptungen beweiskräftig zu widerlegen, würde sich niemand mehr darüber freuen als ich.»

Am 19. März wurde das Budget der Luftwaffe dem Unterhaus vorgelegt. Ich wiederholte meine Erklärungen vom November und stellte abermals die Zusicherungen in Frage, die Baldwin damals gegeben hatte. Der Unterstaatssekretär im Luftministerium gab eine sehr zuversichtliche Antwort.

Gegen Ende März statteten aber der Aussenminister und Eden Hitler in Deutschland einen Besuch ab, wobei sie im Laufe einer bedeutsamen Unterredung, deren Wortlaut protokolliert wurde, von ihm persönlich erfuhren, dass die deutsche Luftwaffe die Parität mit Grossbritannien bereits erreicht habe. Diese Tatsache wurde von der Regierung am 3. April veröffentlicht. Anfang Mai schrieb der Premierminister in seinem eigenen Blatt *The Newsletter* einen Aufsatz, in dem er die Gefahren der deutschen Wiederaufrüstung in ganz ähnlichen Ausdrücken betonte, wie ich sie seit 1932 so oft verwendet hatte. Er brauchte das bezeichnende Wort «Hinterhalt», das der Beklemmung seines Herzens entsprochen haben wird. Es war eine nicht zu leugnende Tatsache: wir waren in einen Hinterhalt geraten. MacDonald eröffnete persönlich die Debatte. Nachdem er auf die von Deutschland verkündete Absicht, in Verletzung des Friedensvertrages von Versailles eine Kriegsmarine über die zugestandene Stärke hinaus sowie U-Boote zu bauen, hingewiesen hatte, kam er auf die Frage der Luftwaffe zu sprechen:

Bei der Debatte im vergangenen November wurden verschiedene Zahlen angegeben, die auf unseren damaligen Schätzungen der Stärke der

deutschen Luftwaffe beruhen, und der Lord-Präsident gab für die Regierung die Versicherung ab, wir würden unter keinen Umständen zulassen, dass in Zukunft unsere Luftmacht kleiner wäre als die deutsche, ganz gleich in welchem Umfang Deutschland seine Luftwaffe verstärken würde. Wäre das nicht so, würden wir uns in einer unmöglichen Lage befinden, was auch der Regierung und dem Luftministerium klar ist. Bei dem Besuch, den der Aussenminister und der Geheimsiegelbewahrer Ende März in Berlin abstatteten, erklärte der deutsche Reichskanzler, wie dem Haus am 3. April mitgeteilt wurde, dass Deutschland die Parität in der Luft mit Grossbritannien bereits erreicht habe. Wie immer man diese Erklärung in Zahlenangaben auslegt, es steht zweifellos fest, dass die deutsche Luftmacht weit über die Schätzungen hinaus, die dem Unterhaus letztes Jahr gegeben wurden, vermehrt wurde. Und das ist eine sehr bedenkliche Angelegenheit, welche die Regierung und das Luftministerium sofort zur Kenntnis nehmen müssen.

Als mir dann das Wort erteilt wurde, erklärte ich:

Sogar jetzt ergreifen wir noch nicht die Massnahmen, die unseren Bedürfnissen entsprechen. Die Regierung hat Rüstungserhöhungen vorgeschlagen. Sie muss den Sturm über sich ergehen lassen, sie wird allen möglichen unfairen Angriffen ausgesetzt werden, ihre Motive werden missdeutet, sie wird verleumdet, die Regierungsmitglieder als Kriegshetzer bezeichnet werden. Alle möglichen Angriffe zahlreicher mächtiger und stimmungswaltiger Kreise in unserem Land dürften gegen sie unternommen werden. Diese Angriffe werden aber in jedem Fall erfolgen: Warum soll also die Regierung nicht für etwas kämpfen, das uns Sicherheit gewährleisten wird? Warum soll sie nicht darauf bestehen, dass unserer Luftwaffe die genügenden Mittel zur Verfügung gestellt werden? Dann nämlich wird die Regierung Seiner Majestät die befriedigende Gewissheit erhalten, trotz allen heftigen Kritiken und Anwürfen das Wichtigste getan zu haben, was eine verantwortungsbewusste Regierung tun muss – ihre Pflicht!

Obwohl mir das Haus äusserst aufmerksam zuhörte, war ich in ver-zweifelter Stimmung. In einer Frage, bei der es um Leben und Tod des ganzen Landes ging, so überzeugt, so durchdrungen und dabei nicht imstande zu sein, das Parlament und die Nation dazu zu bringen, die War-

nung zu beherzigen und tatkräftig die nötigen Massnahmen zu ergreifen: das ist höchst schmerzlich. Ich fuhr fort:

Ich gestehe, dass mich die richtigen Worte im Stiche lassen. Im Jahre 1708 enthüllte der Staatssekretär St. John im Einverständnis mit der Regierung dem Hause die Tatsache, dass die Schlacht bei Almanza im Sommer des vorangegangenen Jahres verloren worden sei, weil von den 29'000 englischen Soldaten, welche als Stärke des Heeres in Spanien vom Unterhause beschlossen worden waren, tatsächlich nur 8'000 Mann dort waren. Es wird berichtet, dass einen Monat später, als diese Enthüllung von der Regierung bestätigt wurde, das Haus eine halbe Stunde lang stillschweigend dasass; kein Abgeordneter hatte Lust, sich zu äussern oder eine Bemerkung zu einer so erschütternden Botschaft zu machen. Und doch: wie unvergleichlich geringfügig war jenes Ereignis gegenüber dem, womit wir uns jetzt auseinandersetzen müssen. Was damals geschah, war lediglich ein Fehlschlag eines politischen Schachzuges. Nichts, was in jenem Kriege Spanien widerfahren konnte, enthielt auch nur die Spur einer tödlichen Gefahr.

Es besteht heute abend im Hause eine weitgehende Übereinstimmung über die einzuschlagende Aussenpolitik. Wir müssen in Gemeinschaft mit Frankreich und Italien handeln und auch mit andern Mächten, grossen und kleinen, die den Frieden unter allen Umständen wahren wollen. Ich würde die Mitarbeit keiner einzigen Nation zurückweisen, die in diesem Ziel mit uns einig geht, solange sie willens ist, im Rahmen und mit den Sanktionen des Völkerbundes mit uns zusammenzuarbeiten. Eine solche Politik schliesst die Türe für eine Revision der Friedensverträge nicht; sie bewirkt vielmehr ein Gefühl der Stabilität und führt zur Sammlung aller vernünftigen Mächte zum Zwecke der Selbstverteidigung, worauf erst auf Forderungen solcher Art (gemeint ist die Friedensvertragsrevision) eingetreten werden kann. In einer solchen erlauchten Gemeinschaft von Staaten, welche für die kollektive Sicherheit eintreten, müssen wir die Verteidigungskräfte jeder Art entwickeln und unsere Massnahmen mit denjenigen dieser befreundeten Staaten vereinigen, so dass wir die Möglichkeit erhalten, in Ruhe zu leben und die verhängnisvollen Fehlschätzungen zu berichtigen, von denen wir uns gegenwärtig hinteres Licht haben führen lassen und denen wir, wenn wir die Warnung nicht rechtzeitig beachten, eines Tages zum Opfer fallen könnten.

Als ich dies vortrug, kamen mir gleichzeitig einige Verse eines unbekanntes Dichters in den Sinn, die von einem Eisenbahnunglück handeln. Ich hatte sie einst in einem Bande von *Punch*-Zeichnungen, über dem ich als acht- oder neunjähriger Schuljunge in Brighton in der Freizeit beständig lag, gelesen und auswendig gelernt:

Wer tut den Dienst auf dem ratternden Zug? Die Achsen krei-
schen, die Kuppelung zerrt, Die Fahrt geht rasend, die Wei-
chen sind nah, Und Schlaf hat verschlossen des Führers Ohr.
Vergebens durchblitzen Signale die Nacht;
Denn der Tod tut Dienst auf dem ratternden Zug.

Ich behielt aber diese Verse wohlweislich für mich.

*

Erst am 22. Mai legte Baldwin sein berühmtes Geständnis ab. Ich kann nicht umhin, es hier zu zitieren:

Was zunächst die Zahl der deutschen Flugzeuge betrifft, die ich im November angab, so ist seither nichts zu meiner Kenntnis gelangt, was mich veranlassen müsste zu denken, dass jene Zahl falsch war. Jedenfalls war ich damals überzeugt, dass sie zutrefte. *Worin ich mich getäuscht habe, war meine Schätzung der zukünftigen Verhältnisse. Darin war ich vollkommen im Unrecht. Wir sind über diesen Gegenstand vollkommen irreführt worden ...*

Ich möchte hier wiederholen, dass meiner Ansicht nach auch jetzt kein Anlass zur Panik besteht. Aber ich erkläre nach reiflicher Überlegung all der Kenntnisse, die ich mir nun von der Lage erworben habe, dass ich keinen Augenblick länger in einer Regierung bleiben möchte, die weniger entschlossene Schritte unternähme, als wir es jetzt tun. Ich halte es nur für billig, zu erwähnen, dass sehr viel Kritik in der Presse und in den mündlichen Verhandlungen am Luftministerium geübt worden ist, als ob dieses für ein möglicherweise verfehltes Programm verantwortlich wäre. Diese Kritik bezieht sich darauf, dass man nicht entschlossener vorgegangen sei, und auf viele andere Punkte. Soweit von einer Verantwortlichkeit die Rede sein kann – wir sind durchaus bereit, eine Kritik auf uns zu nehmen –, *so trifft diese Verantwortlichkeit nicht einen einzelnen Minister – es*

handelt sich um die Verantwortlichkeit der Regierung als Ganges, wir sind alle verantwortlich und alle zu tadeln.

Ich hoffte damals, dass dieses peinliche Eingeständnis einen Umschwung herbeiführen würde, und dass zumindest ein überparteiliches parlamentarisches Komitee beauftragt würde, einen Bericht über die Lage und über die Vorkehrungen für die Landessicherheit auszuarbeiten. Das Unterhaus reagierte aber anders. Die beiden Oppositionsparteien, Labour und die Liberalen, die neun Monate vorher gegen die bescheidenen Rüstungspläne der Regierung ein Tadelsvotum eingebracht hatten, waren unentschieden und richtungslos. Sie fassten die Möglichkeit einer Wahlkampagne unter dem Schlagwort «Gegen die Rüstungen der Tories» ins Auge. Weder die Redner der Labourpartei noch der Liberalen hatten sich auf Baldwins Enthüllungen und Eingeständnisse vorbereitet, und sie unternahmen keinen Versuch, ihre Reden diesem aussergewöhnlichen Ereignis anzupassen. Attlee erklärte:

Als Partei treten wir nicht für einseitige Abrüstung ein. Wir treten für kollektive Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes ein. Wir weisen die Anwendung von Gewalt als einem Instrument der Politik zurück. Wir treten für Rüstungsabbau und gemeinsame Sicherheit ein ... Wir haben erklärt, dass unser Land bereit sein muss, seinen Beitrag zur kollektiven Sicherheit zu leisten. Unsere Politik geht darauf hinaus, Sicherheit nicht durch Aufrüstung, sondern durch Abrüstung zu suchen. Unser Ziel ist der Rüstungsabbau und danach die völlige Abschaffung aller nationalen Rüstungen, sowie die Schaffung einer internationalen Polizeitruppe des Völkerbundes. Was geschehen sollte, wenn dieses weitgesteckte Ziel nicht sofort erreicht würde oder bis es erreicht würde, sagte Attlee allerdings nicht. Er beschwerte sich darüber, dass das Weissbuch der Regierung über Rüstungsmassnahmen Vermehrungen der Marine durch Hinweis auf die Vereinigten Staaten und Vermehrungen unserer Luftwaffe durch Hinweise auf die Luftwaffen Russlands, Japans und der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen suche. «All das ist altmodisches Geschwätz und passt nicht zum Kollektivsystem.» Er erkannte die Tatsache an, dass

die deutsche Aufrüstung dominierend geworden war, aber «die Massnahme, die wir gegen die Aufrüstung eines speziellen Landes ergreifen müssen, darf nicht darin bestehen, unsere Rüstungen oder die Frankreichs zu vermehren, sondern die vereinten Rüstungen aller loyalen Völkerbundsmächte. Es muss einem Angreifer klar gemacht werden, dass ihm, wenn er die Welt herausfordert, die vereinten Kräfte der Welt entgegengesetzt werden und nicht nur eine Anzahl zusammenhangsloser nationaler Streitkräfte.» Die einzige Möglichkeit sei, so führte er weiter aus, die gesamten Luftstreitkräfte im Rahmen des Völkerbundes zu konzentrieren; der Völkerbund müsse geeint und eine Wirklichkeit werden. Und einstweilen würden er und seine Partei gegen die vorgeschlagenen Massnahmen stimmen.

Für die Liberalen forderte Sir Archibald Sinclair die Regierung auf, «eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen und Deutschland dazu zu bringen, nicht nur offizielle politische Beziehungen zu den anderen Nationen zu unterhalten, sondern in allen zivilisatorischen Massnahmen aktiv mitzuwirken und den Lebensstandard unserer beiden Völker zu heben ... Die Regierung sollte eingehende und endgültige Vorschläge zur Abschaffung der Luftwaffen und für die Kontrolle der zivilen Luftfahrt unterbreiten. Wenn diese Vorschläge zurückgewiesen werden sollten, müsste die Verantwortung klar und richtig festgelegt werden».

«Trotzdem», so fuhr er fort, «sollten wir weiterhin die Abrüstung als das Hauptziel der Regierung ansehen. Aber der Zustand, dass ein grosses Land, das nicht Mitglied des Völkerbundes ist, die mächtigste Armee und vielleicht die mächtigste Luftwaffe in Westeuropa besitzt, mit wahrscheinlich grösseren Aufrüstungsmöglichkeiten als jede andere Luftwaffe, darf nicht weiterhin geduldet werden ... Die Liberale Partei würde sich verpflichtet fühlen, Massnahmen zur nationalen Verteidigung zu unterstützen, wenn der klare Beweis ihrer Notwendigkeit erbracht wird... Ich kann mich daher nicht damit einverstanden erklären, dass eine Vermehrung unserer nationalen Rüstung unbedingt im Gegensatz zu unseren Verpflichtungen im Rahmen des kollektiven Friedenssystems stehe.»

Er liess sich sodann ausführlich über die Frage aus, «ob private Gewinne aus Todes Werkzeugen gezogen werden dürften» und zitierte eine kürzlich von Lord Halifax, dem Erziehungsminister, gehaltene Rede, worin dieser erklärte, das britische Volk «betrachte die Produktion von Kriegsmaterial als eine zu hohe und zu schwerwiegende Aufgabe, als dass sie weniger verantwortungsbewussten Händen anvertraut werden dürfte als denen des Staates». Sir Archibald Sinclair äusserte weiterhin die Ansicht, dass nationalisierte Betriebe geschaffen werden müssten, denen die beschleunigte Aufrüstung unserer Luftwaffe übertragen werden sollte. Denn ihre Aufrüstung, so sagte er, sei eine ausgemachte Sache.

Das Bestehen privater Rüstungswerke war schon seit Langem das rote Tuch für die Labourpartei und die Liberalen und ein dankbares Thema für Volksreden. Es war natürlich widersinnig, anzunehmen, dass ausgerechnet zu einer Zeit, da unsere Luftaufrüstung als notwendig anerkannt worden war, diese lediglich von nationalisierten Betrieben durchgeführt werden konnte. Ein grosser Teil der Privatindustrie wurde dringend dazu benötigt, die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sofort umzustellen und zu verstärken. In den Reden der Oppositionsführer wurde auch nicht der geringste Hinweis auf die Notlage gemacht, in der wir uns, wie sie zugegeben hatten, befanden, und auch nicht auf die noch viel schwerwiegenden Tatsachen, die, wie wir heute wissen, hinter dieser Notlage standen.

Die Regierungsmehrheit liess sich ihrerseits durch die Aufrichtigkeit Baldwins beschwichtigen. Sein Eingeständnis, dass er sich trotz all seinen Informationsmöglichkeiten in einer lebenswichtigen Frage, für die er die Verantwortung trug, eben doch gründlich getäuscht hatte, schien durch die Offenheit, mit der er seinen Irrtum zugegeben und den Tadel dafür auf sich genommen hatte, gesühnt zu sein. Es machte sich sogar eine merkwürdige Art von Begeisterung geltend für einen Minister, der nicht davor zurückschreckte zu erklären, dass er Unrecht gehabt habe. Ja, eine grosse Zahl von konservativen Abgeordneten schienen es mir

sogar übelzunehmen, dass ich den Führer ihrer Partei, dem sie vertrauten, in eine unangenehme Lage gebracht hatte, aus der ihn nur seine angeborene Mannhaftigkeit und Anständigkeit wieder herausgezogen hatten, leider allerdings nicht auch sein Land.

*

Ein Verwandter von mir, Lord Londonderry, der von Kindheit an mein Freund gewesen, übrigens ein direkter Nachkomme des berühmten Castlereagh der Napoleonischen Zeit, war ein Mann, dessen ehrliche Sauberkeit und dessen Patriotismus von niemand bezweifelt wurde. Bei der Bildung der Koalitionsregierung hatte er das Luftministerium übernommen. Während dieser Zeit hatten die schwerwiegenden Veränderungen, die soeben beschrieben worden sind, unser politisches Leben überschattet, und das Luftministerium war eines der wichtigsten Ämter des Staates geworden. Während der Jahre der Einschränkung und Abrüstung hatten er und die Herren seines Ministeriums versucht, soviel wie möglich von einem unerbittlichen und despotischen Schatzkanzler zugewiesen zu bekommen. Sie waren daher überglücklich, als im Sommer 1934 vom Kabinett ein Luftaufrüstungsprogramm von einundvierzig zusätzlichen Geschwadern bewilligt wurde. Doch in der britischen Politik folgt sehr rasch Regen auf Sonnenschein. Als der Aussenminister aus Berlin zurückkam, aufs Tiefste bestürzt durch Hitlers Erklärung, dass seine Luftwaffe ebenso stark wie die britische sei, war das ganze Kabinett aufs Schwerste besorgt. Es war jetzt allen klar, dass eine neue Situation entstanden war, und Baldwin musste sich nun für seine Erklärung vom November, mit der er mir widersprochen hatte, rechtfertigen. Das Kabinett hatte keine Ahnung gehabt, dass wir die Überlegenheit in der Luft verloren hatten, und richtete, wie das üblich ist, inquisitorische Blicke auf das in Frage stehende Ministerium und dessen Minister.

Das Luftministerium hatte nicht begriffen, dass es sich einer neuen Lage gegenüber sah: die ihm vom Schatzamt angelegten Fesseln waren



Churchill im französischen Stahlhelm, zusammen mit einer Gruppe französischer Offiziere an der Westfront, 1915

zerbrochen, es brauchte nur Mittel zu verlangen. Stattdessen nahm es Hitlers Behauptung, Deutschland habe die Luftparität erlangt, überhaupt nicht ernst. Londonderry, der Chef des Ministeriums, hielt hartnäckig die Behauptung aufrecht, dass, «*als Simon und Eden nach Berlin gingen, Deutschland über ein einziges Operationsgeschwader verfügte. Die Deutschen hofften, bis zum Ende des Monats aus ihren Ausbildungsformationen fünfzehn bis zwanzig Geschwader aufstellen zu können*¹». Das war ein Streit um Worte. Es ist natürlich sehr schwierig, Luftrüstungen zu klassifizieren, da es dafür keinen gemeinsamen Massstab gibt und die verschiedenen Bezeichnungen wie «Einheiten der ersten Linie» und «Operationseinheiten» nur schwer zu umschreiben sind. Das Luftministerium brachte nun seinen Chef dazu, ausführliche Rechtfertigungen über seine vergangene Tätigkeit abzugeben und befand sich daher keineswegs in Übereinstimmung mit der neuen Einstellung der aufs Tiefste beunruhigten Regierung und Öffentlichkeit. Die Sachverständigen und Beamten des Luftministeriums hatten Baldwin die Zahlen und Schätzungen geliefert, auf Grund derer er mir im November widersprochen hatte. Sie wünschten, dass er für diese Erklärung einstehe und sie verteidige, doch diese Politik entsprach nicht mehr den Erfordernissen der Lage. Bestimmt waren diese Herren des Luftministeriums seinerzeit selbst in die Irre geführt gewesen und hatten daher ihren Chef irregeführt. Eine grosse Luftmacht, mindestens der unseren ebenbürtig, die lange im Dunkeln gehalten worden war, war eben plötzlich in Deutschland ans Tageslicht gekommen.

Wie Londonderry in seinem Buch schreibt, war es für ihn schmerzlich und befremdend, dass er, nachdem er mehrere Jahre hindurch ständig mehr Mittel verlangt hatte, auf einmal Vorwürfe erhielt, weil er nicht genug forderte. Aber abgesehen davon war auch seine politische Stellung nicht stark genug, um ihn an der Spitze eines Ministeriums zu halten, das jetzt den Mittelpunkt, ja fast den Höhepunkt unserer Landesinteressen bildete. Ausserdem war es klar, dass der Luftminister in solchen

¹ Marquess of Londonderry, *Wings of Destiny*. 1943. S. 128.

Zeiten im Unterhaus sitzen musste. Als daher im Laufe des Jahres MacDonald das Amt des Premierministers niederlegte, ergab sich die Gelegenheit, Sir Philip Cunliffe-Lister, damals Kolonialminister, zur Durchführung einer energischen Luftaufrüstung das Luftministerium zu übertragen. Lord Londonderry wurde sehr gegen seinen Willen Geheimsiegelbewahrer und Führer des Oberhauses; nach den allgemeinen Wahlen verzichtete aber Baldwin auch auf seine Dienste in diesen beiden Ämtern. Die grosse Leistung seiner Amtszeit war die Konstruktion und Förderung der berühmten «Hurricane»- und «Spitfire»-Jagdflugzeuge. Die ersten Modelle dieser Maschinen wurden im November 1935, beziehungsweise März 1936 ausprobiert. Londonderry führt diese Tatsache nicht zu seiner Verteidigung an, obwohl er das sehr wohl hätte tun dürfen, da er für so vieles, was er unterlassen hatte, Vorwürfe einstecken musste. Der neue Minister, getragen von frischer Flut und günstigem Wind, befahl sofort die Produktion dieser Flugzeuge in grossem Massstab, und eine gewisse Anzahl von ihnen wurde – nicht zu früh – fertiggestellt. Cunliffe-Lister war eine wesentlich bedeutendere politische Erscheinung als sein Vorgänger und hatte bessere Chancen und eine anregendere Aufgabe. Er brachte neues Leben in unsere Luftpolitik und Verwaltung und machte sich energisch an die Arbeit, um die vom Kabinett von 1932 bis 1934 verlorene Zeit einzuholen. Er beging aber den grossen Fehler, im November 1935 aus dem Unterhaus ins Oberhaus zu wechseln, wodurch er eines der Argumente, weswegen ihm das Luftministerium übertragen worden war, hinfällig machte. Dieser Umstand sollte ihn auch einige Jahre später sein Amt kosten.

*

Eine ungeheure Katastrophe war über uns hereingebrochen: Hitler hatte bereits die Parität in der Luft mit Grossbritannien erlangt. Von nun an brauchte er nur seine Industrie und die Ausbildung des Luftpersonals auf vollen Touren zu halten, um nicht nur die Überlegenheit in der Luft zu bewahren, sondern sie noch ständig zu vergrössern. Von nun an

musste die ungewisse, unabsehbare Drohung eines Luftangriffes auf London bei all unseren Entschliessungen einen zwingenden Faktor darstellen. Zudem vermochten wir den Vorsprung der Deutschen nie mehr einzuholen – oder jedenfalls holte ihn diese Regierung nie ein. Ihr und dem Luftministerium gebührt zwar Dank dafür, dass die Royal Air Force eine hohe Schlagkraft behielt; aber das Versprechen, dass die Parität in der Luft aufrechterhalten würde, war gebrochen worden, und nichts konnte dies wiedergutmachen. Es stimmt allerdings, dass in der nächsten Zeit die Entwicklung der deutschen Luftwaffe nicht im gleichen Tempo vor sich ging wie in der Periode, in der Deutschland nach der Rüstungsgleichheit strebte. Es besteht kein Zweifel, dass damals von den Deutschen ungeheure Anstrengungen gemacht worden waren, um gleichsam mit einem Sprung eine beherrschende Stellung zu erreichen, die dann durch die Nazidiplomatie so wirksam ausgebeutet wurde. Diese beherrschende Stellung verschaffte Hitler die Grundlage für die kommenden Überfälle, die er geplant hatte und nun bald ausführen sollte. In den nächsten vier Jahren wurden allerdings von der britischen Regierung sehr bemerkenswerte Anstrengungen gemacht, und es besteht kein Zweifel darüber, dass die Qualität unserer Luftwaffe hervorragend war; was aber die Quantität anging, waren wir zurückgefallen. Bei Kriegsausbruch besaßen wir knapp halb soviel Flugzeuge wie die Deutschen.

HERAUSFORDERUNG UND ANTWORT

1935

Hitler verfügt die allgemeine Wehrpflicht, 16. März 1935 – Zweijährige Dienstpflicht in Frankreich, 16. März – Sir John Simon und Eden in Berlin, 24. März – Die Konferenz von Stresa – Der französisch-sowjetrusische Pakt, 2. Mai – Baldwin wird Premierminister, 7 Juni – Sir Samuel Hoare als Aussenminister – Eden wird zum Minister für Völkerundsangelegenheiten ernannt – Das englisch-deutsche Flottenabkommen – Seine Gefahren – Weitreichende Wirkungen in Europa – Die Verteidigungsrede des Aussenministers – Die deutsche Armee wächst hedrohlich – Französische und deutsche Mannschaftsbestände.

DIE Jahre der unterirdischen Wühlarbeit und der geheimen oder maskierten Vorbereitungen waren nun vorüber; Hitler fühlte sich stark genug für eine erste offene Herausforderung. Am 9. März wurde die offizielle Aufstellung der deutschen Luftwaffe gemeldet, und am 16. März folgte die Erklärung, dass die deutsche Armee künftig auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhen werde. Bald darauf wurden die Gesetze zu diesen Entschlüssen verkündet; mit der Ausführung hatte man schon vorher begonnen. Die französische Regierung, die über die Vorgänge genau unterrichtet war, hatte an demselben folgenschweren Tag schon zwei Stunden vorher bekanntgegeben, dass sie infolgedessen die Dienstzeit auf zwei Jahre verlängere. Das deutsche Vorgehen war ein offener Verstoss gegen die Friedensverträge, auf denen der Völkerbund fusste. Solange die Vertragsverletzungen der Form nach bloss Umgehungen blieben oder darauf beruhten, dass man die Dinge nicht beim Namen

nannte, war es für die vom Pazifismus besessenen und mit ihrer Innenpolitik vollauf beschäftigten Sieger, die für die Durchführung des Vertrags verantwortlich waren, ein leichtes, die Erklärung zu umgehen, dass der Friedensvertrag gebrochen oder ausser Acht gelassen werde. Jetzt stellte sich das Problem mit brutaler Wucht. Fast an demselben Tag richtete die äthiopische Regierung wegen der drohenden Forderungen Italiens einen Appell an den Völkerbund. Als vor dem Hintergrund dieser Vorgänge am 24. März der damalige Aussenminister, Sir John Simon, mit dem Geheimsiegelbewahrer Eden auf Einladung Hitlers in Berlin einen Besuch abstattete, betrachtete die französische Regierung den dafür gewählten Anlass als unpassend. Sie selbst stand nun auf einmal vor der Aufgabe, nicht, wie es ihr noch ein Jahr zuvor MacDonald so dringend nahegelegt hatte, ihre Armee zu verringern, sondern vielmehr die Dienstpflicht von einem Jahr auf zwei Jahre zu verlängern. Bei der damals herrschenden Stimmung war das keine leichte Aufgabe. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialisten hatten gegen die Massnahme gestimmt. Als Léon Blum erklärte: «Die Arbeiter Frankreichs werden sich erheben, um einem Angriff Hitlers Widerstand zu leisten», antwortete Thorez, der Kommunistenführer, unter dem Beifall der sowjethörigen Partei: «Wir werden nicht zulassen, dass die werktätigen Klassen in einen sogenannten Verteidigungskrieg der Demokratie gegen den Fascismus hineingetrieben werden.»

Die Vereinigten Staaten hatten sich an allem, was in Europa vor sich ging, völlig desinteressiert, abgesehen davon, dass sie jedermann nur Gutes wünschten, und sie waren überzeugt, dass sie sich nie wieder um diese Dinge würden kümmern müssen. Frankreich und Grossbritannien aber und besonders auch Italien fühlten sich trotz ihren sonstigen Meinungsverschiedenheiten verpflichtet, diesem offenen Vertragsbruch Hitlers entgegenzutreten. Unter der Ägide des Völkerbundes wurde in Stresa eine Konferenz der früheren alliierten Hauptmächte veranstaltet, auf der all diese Probleme zur Diskussion gestellt wurden.

Anthony Eden hatte sich fast zehn Jahre lang sozusagen ausschliesslich dem Studium der auswärtigen Politik gewidmet. Von der Schule in Eton weg war er im Alter von achtzehn Jahren in den Weltkrieg gezogen, hatte an einigen der blutigsten Kämpfe teilgenommen und vier Jahre lang mit Auszeichnung im 60. Rifle-Regiment gedient, wobei er zum Grad eines Majors aufgestiegen und mit dem Militärkreuz ausgezeichnet worden war. Bald nach seiner Wahl ins Unterhaus im Jahre 1925 wurde er parlamentarischer Privatsekretär des damaligen Aussenministers Austen Chamberlain während des zweiten Ministeriums Baldwin. Während der Koalition MacDonald-Baldwin im Jahre 1931 war er Unterstaatssekretär und als solcher dem neuen Aussenminister Sir John Simon unterstellt. Die Aufgaben eines Unterstaatssekretärs wechseln häufig, aber seine Verantwortung bleibt immer begrenzt. Er hat seinem Chef bei der Durchführung der im Kabinett beschlossenen Politik behilflich zu sein; er selbst ist nicht Mitglied des Kabinetts und hat dazu keinen Zutritt. Nur in aussergewöhnlichen Fällen, wenn es um Gewissen und Ehre geht, ist er berechtigt, es bei einer Meinungsverschiedenheit in der Aussenpolitik bis zur öffentlichen Kontroverse oder zum Rücktritt vom Amt kommen zu lassen.

Eden hatte während all dieser Jahre einen weiten Überblick über die aussenpolitischen Vorgänge gewonnen, und das Leben und Denken in dem grossen Ministerium, von dem so viel abhängt, war ihm nah vertraut. Sir John Simons Leitung der Aussenpolitik wurde im Jahre 1935 von der Opposition und von einflussreichen Kreisen der Konservativen Partei nicht günstig beurteilt. Eden mit seinen umfassenden Kenntnissen und seinen ungewöhnlichen Talenten gewann daher immer grösseres Ansehen. Als er Ende 1934 Geheimsiegelbewahrer geworden war, hatte er auf Wunsch des Kabinetts eine ungezwungene, aber enge Verbindung mit dem Foreign Office bewahrt und war in folgedessen ersucht worden, seinen früheren Chef, Sir John Simon, auf seiner unzeitgemässen, aber keineswegs ergebnislosen Fahrt nach Berlin zu begleiten. Der Aussen-

minister kehrte nach seinem Zusammentreffen mit Hitler nach London zurück und brachte die bereits erwähnte bedeutsame Nachricht, dass nach Hitlers Erklärung *Deutschland in den Luftrüstungen England bereits eingeholt habe*. Eden wurde nun nach Moskau geschickt, wo er Beziehungen zu Stalin anknüpfte, die nach einigen Jahren mit Vorteil wieder aufgenommen werden sollten. Beim Rückflug geriet sein Flugzeug in einen schweren, anhaltenden Sturm; als die Maschine nach einem sehr gefährlichen Flug endlich landete, war Eden dem Zusammenbruch nahe. Die Ärzte erklärten, er sei nicht imstande, mit Simon an die Konferenz von Stresa zu fahren, und tatsächlich blieb er mehrere Monate lang ans Krankenlager gefesselt. Unter diesen Umständen beschloss der Premierminister, den Aussenminister selbst zu begleiten, obwohl seine eigene Gesundheit, sein Sehvermögen und seine geistigen Kräfte damals offensichtlich schwer erschüttert waren. An dieser entscheidenden Konferenz, zu der Frankreich Flandin und Laval entsandte, Italien Mussolini und Suvich, war Grossbritannien daher nur schwach vertreten.

Man war sich allgemein darüber einig, dass offene Verletzungen feierlicher Verträge, für deren Abschluss Millionen von Menschen ihr Leben hingegeben hatten, nicht geduldet werden könnten. Die britischen Vertreter liessen aber von Anfang an keinen Zweifel darüber, dass sie die Möglichkeit von Sanktionen im Falle von Vertragsverletzungen nicht ins Auge fassen würden. Unter diesen Umständen musste sich naturgemäss die Konferenz auf schöne Redensarten beschränken. Sie nahm einstimmig eine Resolution an, der zufolge «unilaterale», das heisst einseitige Vertragsbrüche nicht hingenommen werden könnten, und der Völkerbund wurde ersucht, sich zur Lage zu äussern. Am zweiten Nachmittag der Konferenz trat Mussolini nachdrücklich für dieses Vorgehen ein und verurteilte rückhaltlos die Aggression einer Macht gegen eine andere. Die Schlussklärung lautete:

Die drei Mächte, deren Politik die kollektive Wahrung der Sicherheit im Rahmen des Völkerbunds bezweckt, sind einmütig in ihrem Willen, mit allen anwendbaren Mitteln jeder einseitigen Verletzung von Verträ-

gen, die den Frieden Europas gefährden kann, entgegenzutreten und in enger und herzlicher Zusammenarbeit zu diesem Zwecke vorzugehen.

Der italienische Diktator hatte in seiner Rede die Worte «den Frieden Europas» betont und nach «Europa» eine deutliche Pause gemacht. Dieser nachdrückliche Hinweis auf Europa fiel den Vertretern des britischen Foreign Office sofort auf. Sie spitzten die Ohren und merkten genau, dass Mussolini zwar bereit war, mit Frankreich und England zusammenzugehen, um Deutschland an der Wiederaufrüstung zu hindern, dass er aber sich selber in Afrika jede Möglichkeit eines Vorgehens gegen Abessinien vorbehielt. Sollte dieser Punkt zur Sprache gebracht werden? Die Beamten des Foreign Office erörterten die Frage an jenem Abend. Jedermann legte so grossen Wert auf Mussolinis Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Deutschland, dass es unangebracht schien, ihm in diesem Augenblick eine Warnung wegen Abessinien zu erteilen, was ihn offensichtlich im höchsten Grade gestört hätte. Deshalb wurde die Frage überhaupt nicht aufgeworfen; man liess sie einfach fallen, und Mussolini hatte die nicht ganz unbegründete Empfindung, dass die Alliierten seine Erklärung hinnahmen und ihm gegen Abessinien freie Hand lassen würden. Die Franzosen schwiegen über den Punkt, und die Konferenzteilnehmer trennten sich.

In den Tagen vom 15. bis 17. April untersuchte der Völkerbundsrat den vorgebrachten Verstoß gegen den Vertrag von Versailles, den Deutschland durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beging. Folgende Mächte waren im Rat vertreten: die Argentinische Republik, Australien, Grossbritannien, Chile, die Tschechoslowakei, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Mexiko, Polen, Portugal, Spanien, die Türkei und Sowjetrussland. Sämtliche Mächte stimmten für das Prinzip, dass Verträge nicht durch «unilaterale» Aktionen gebrochen werden sollten, und überwies das Problem an die Plenarversammlung des Völkerbundes. Die Aussenminister der drei skandinavischen Staaten, Schweden, Norwegen und Dänemark, die über das Flottengleichgewicht

in der Ostsee tief beunruhigt waren, einigten sich zur selben Zeit ebenfalls, die Aktion zu unterstützen. Alles in allem protestierten neunzehn Staaten in aller Form. Aber wie vergeblich war ihre Stimmabgabe ohne die Bereitschaft einer einzigen Macht oder Mächtegruppe, die Anwendung von *Gewalt*, wenn auch nur als letztes Mittel, in Erwägung zu ziehen!

*

Laval war nicht geneigt, mit der Entschlossenheit von Barthou an Russland heranzutreten. Aber in Frankreich drängten nun die Umstände. Vor allem schien es den für das Leben Frankreichs Verantwortlichen nötig, eine nationale Einheit in der Frage der zweijährigen Dienstpflicht zu erreichen, die im März von einer knappen Mehrheit gebilligt worden war. Nur Sowjetrußland vermochte die Zustimmung der grossen Zahl von Franzosen zu erwirken, über deren Ergebnisse es verfügte. Ausserdem bestand in Frankreich der allgemeine Wunsch nach dem einstigen Bündnis oder doch nach etwas Ähnlichem. Am 2. Mai setzte die französische Regierung ihre Unterschrift unter einen Pakt mit Sowjetrußland. Es handelte sich um ein ziemlich unklares Dokument, das auf fünf Jahre gegenseitigen Beistand gegen eine Aggression zusicherte. Um auf dem Gebiete der französischen Innenpolitik greifbare Ergebnisse zu erzielen, stattete nunmehr Laval in Moskau einen dreitägigen Besuch ab, wo er von Stalin empfangen wurde. Es kam zu langen Besprechungen, aus denen hier eine bisher unveröffentlichte Stelle festgehalten werden mag. Stalin und Molotow suchten begreiflicherweise vor allem zu erfahren, wie stark die französische Armee auf der Westfront sein würde, wie viele Divisionen, wie lang die Dienstpflicht? Nachdem man dieses Gebiet ausgekundschaftet hatte, bemerkte Laval: «Können Sie nicht etwas tun, um die Religion und die Katholiken in Rußland zu fördern? Das wäre für mich dem Papst gegenüber so nützlich!» «Oho!» meinte Stalin. «Der Papst. Wie viele Divisionen hat er?» Laval's Antwort wurde mir

nicht übermittelt, aber er hätte ohne Bedenken eine Anzahl von Legionen erwähnen können, die man bei einer militärischen Parade nicht immer zu sehen bekommt. Laval hatte niemals ernstlich beabsichtigt, Frankreich auf eine der bestimmten Verpflichtungen festzulegen, welche die Sowjets zu fordern pflegen. Trotzdem gelang es ihm, am 15. Mai eine öffentliche Erklärung Stalins zu erlangen, worin dieser die von der französischen Regierung eingeleitete Politik der Landesverteidigung billigte, welche die Streitkräfte auf einem dem Sicherheitsbedürfnis entsprechenden Stande zu halten trachtete. Auf diese Weisungen hin machten die französischen Kommunisten unverzüglich kehrt und unterstützten nunmehr geräuschvoll das Wehrprogramm und die zweijährige Dienstpflicht. Als ein Faktor im europäischen Sicherheitssystem hatte der französisch-sowjetrussische Pakt, der keine Verpflichtungen enthielt, die im Fall einer deutschen Aggression einen der Vertragspartner gebunden hätten, nur beschränkte Vorteile. Ein wirkliches Bündnisverhältnis mit Russland kam dadurch nicht zustande. Überdies unterbrach der französische Außenminister seine Rückreise in Krakau, um an der Beisetzung Marschall Pilsudskis teilzunehmen. Dort traf er Göring und führte herzliche Gespräche mit ihm. Seine misstrauischen und unfreundlichen Äusserungen über die Sowjets wurden durch die Deutschen getreulich nach Moskau weitergeleitet.

MacDonalds Gesundheit und Leistungsfähigkeit waren auf einen Tiefpunkt gesunken, der es ihm unmöglich machte, weiter sein Amt als Premier zu versehen. Bei der Konservativen Partei war er nie beliebt gewesen. Wegen seiner Haltung in der Politik und im Krieg und wegen seines sozialistischen Glaubens betrachtete sie ihn mit tiefverwurzelter Ablehnung, die in späteren Jahren durch Mitleid gemildert wurde. Die Labour-Sozialistische Partei, deren Begründer MacDonald in so weitgehendem Masse war und die er dann durch seine als Verrat empfundene Haltung im Jahre 1931 kaltgestellt hatte, empfand gegen niemand grösseren und begründeteren Hass als gegen ihn. In der starken Regierungsmehrheit hatte er nur sieben Parteianhänger. Die Abrüstungspolitik, der

seine äussersten persönlichen Bemühungen gewidmet gewesen waren, hatte sich inzwischen als verhängnisvoller Fehlschlag erwiesen. Bald mussten allgemeine Wahlen stattfinden, und es war offensichtlich, dass er dabei keinen nützlichen Beitrag zu leisten vermochte. Unter diesen Umständen war es keine Überraschung, als am 7. Juni mitgeteilt wurde, dass er und Baldwin ihre Ämter und Stellungen ausgetauscht hatten und dass Baldwin zum drittenmal Premierminister geworden war. Auch das Foreign Office wurde neu besetzt. Sir Samuel Hoares Tätigkeit im India Office hatte mit der Annahme der indischen Verfassungsvorlage seine Krönung gefunden; er war nun frei, sich einem im Augenblick wichtigeren Gebiet zu widmen. Einflussreiche Konservative, die in enger Verbindung mit der Regierung standen, hatten Sir John Simon seit einiger Zeit heftig angegriffen. Er übersiedelte nun nach dem Innenministerium, das er sehr gut kannte, und Sir Samuel Hoare wurde Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

Zur gleichen Zeit führte Baldwin eine Neuerung ein. Er ernannte Eden, dessen Prestige immer mehr wuchs und dessen Gesundheit inzwischen wiederhergestellt war, zum Minister für Völkerbundsangelegenheiten. Eden sollte im Foreign Office als Gleichberechtigter neben dem Aussenminister arbeiten und über die einlaufenden Berichte und das Personal des Ministeriums unbeschränkt verfügen. Unzweifelhaft beabsichtigte Baldwin, die starke Strömung der öffentlichen Meinung, die mit der Völkerbundsvereinigung zusammenhing, zu beschwichtigen, indem er einen Beweis dafür ablegte, wie hoch er die Bedeutung des Völkerbunds und der Vertretung der britischen Interessen in Genf einschätzte. Als ich etwa nach einem Monat Gelegenheit fand, mich zu dem zu äussern, was ich als den «neuen Plan, zwei gleichgestellte Aussenminister zu haben», bezeichnete, wies ich auf seine Nachteile hin, indem ich erklärte:

Zu meiner grossen Zufriedenheit sagte der Premierminister gestern, dass dies nur ein provisorisches Experiment sei. Ich kann mir nicht denken, dass es lange dauern oder jemals wiederholt werden könnte. Wir

brauchen die umfassende Tätigkeit eines einzigen, für die auswärtigen Angelegenheiten verantwortlichen Mannes, der das ganze Gebiet unter sich hat und dafür sorgt, dass jeder Faktor und jeder Vorgang zum allgemeinen Ziel beiträgt, auf das sich das Parlament geeinigt hat. Der Aussenminister, wer und wie er auch sei, muss in seinem Departement allen übergeordnet sein. Jedermann in diesem grossen Amte sollte seinen Blick auf ihn richten, und nur auf ihn allein. Ich erinnere mich, dass wir während des Krieges einmal eine Debatte über die Einheit des Kommandos hatten, bei der Lloyd George meinte: «Es handelt sich nicht darum, dass ein General besser sein kann als ein anderer General, sondern darum, dass ein General besser ist als zwei.» Es wäre gar nichts dagegen einzuwenden, dass ein einflussreiches Komitee des Kabinetts in diesen schwierigen Zeiten jeden Tag mit dem Aussenminister eine Besprechung abhielte oder dass der Premierminister ihn oder seine Beamten zu jeder Zeit empfinde; wenn aber die Aufgabe so schwierig und kompliziert und derart in beständigem Fluss ist wie jetzt, so scheint mir, dass die Verwirrung bei einer Zweiteilung des Treueverhältnisses und damit auch der Verantwortlichkeit nur noch ärger werden kann.

Die Richtigkeit von all dem wurde sicherlich durch die Ereignisse vollauf bestätigt.

*

In jenen Tagen unternahm die britische Regierung einen höchst überraschenden Schritt. Zum Teil wenigstens ging die Anregung von der Admiralität aus. Es ist immer gefährlich, wenn Soldaten, Seeleute oder Flieger Politik spielen. Sie begeben sich damit auf ein Gebiet, auf dem ganz andere Werte gelten als diejenigen, die ihnen bisher geläufig waren. Natürlich folgten sie der Neigung oder sogar der Anweisung des Marineministers und des Kabinetts, das die volle Verantwortung trug. Aber es wehte ein günstiger Wind von der Admiralität her. Seit einiger Zeit hatten zwischen der britischen und deutschen Admiralität Unterredungen über das Verhältnis der beiden Seestreitkräfte stattgefunden. Nach dem Vertrag von Versailles durften die Deutschen höchstens vier Schlachtschiffe von 10'000 Tonnen Wasserverdrängung und sechs 6'000-Ton-

nen-Kreuzer bauen. Die britische Admiralität hatte (im Juni 1935) festgestellt, dass die beiden zuletzt gebauten Taschenschlachtschiffe, «Scharnhorst» und «Gneisenau», erheblich über die vertraglich bestimmten Grenzen hinausgingen und einen ganz eigenartigen Typus darstellten. Tatsächlich stellte es sich heraus, dass es sich um 26'000 Tonnen verdrängende leichte Schlachtkreuzer handelte oder um Handelszerstörer der obersten Klasse.

Angesichts dieser unverföhrenen und betrügerischen Verletzung des Friedens Vertrags, die mindestens zwei Jahre früher (1933) sorgfältig geplant und begonnen worden war, hielt es die Admiralität für angebracht, ein britisch-deutsches Flottenabkommen abzuschliessen. Die britische Regierung tat dies, ohne ihren französischen Verbündeten zu Rate zu ziehen oder den Völkerbund zu benachrichtigen. In derselben Zeit, da sie selbst an den Völkerbund appellierte und dessen Mitglieder zum Protest gegen Hitlers Vertragsverletzungen auf bot, machte sie sich auf dem Weg über eine direkte Verständigung daran, die Flottenbestimmungen dieses Vertrags aufzuheben.

Die Hauptbestimmung der Verständigung war, dass die deutsche Flotte nicht über ein Drittel der britischen hinaus vergrössert werden sollte. Dieser Punkt übte eine grosse Anziehungskraft auf die Admiralität aus, die sich an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erinnerte, als wir uns mit einem Verhältnis von sechzehn zu zehn begnügt hatten. Um dieser Aussicht willen war man bereit, die deutschen Zusicherungen als vollwertig zu betrachten und ging dann dazu über, den Deutschen das ihnen im Friedensvertrag ausdrücklich entzogene Recht zum Bau von U-Booten einzuräumen. Deutschland konnte danach sechzig Prozent der britischen Unterseebootstärke bauen, und wenn es die Umstände für ausserordentlich hielt, konnte es auf volle hundert Prozent hinaufgehen. Die Deutschen gaben natürlich Zusicherungen ab, dass ihre U-Boote nie gegen Handelsschiffe gebraucht werden würden. Wozu waren sie aber dann nötig? Denn es lag klar zutage, dass die U-Boote die Entscheidung

zur See mit den Kriegsschiffen nicht zu beeinflussen vermochten, wenn die übrigen Punkte des Abkommens eingehalten wurden.

Die Beschränkung der deutschen Flotte auf ein Drittel der britischen gestattete Deutschland ein Bauprogramm, das seine Werften auf mindestens zehn Jahre hinaus vollauf beschäftigen musste. Es bestand somit in der Wirkung keine Begrenzung oder Beschränkung der deutschen Flottenausrüstung. Die Deutschen hatten das Recht, ihre neue Flotte so schnell zu bauen, wie das materiell nur möglich war. Die Schiffsquote, die der britische Plan Deutschland zubilligte, war tatsächlich so reichlich, dass Deutschland ihre volle Ausnützung nicht für angebracht hielt; das geschah zum Teil zweifellos wegen der Vordringlichkeit, Panzerplatten entweder für Kriegsschiffe oder dann für Panzerwagen herzustellen. Sie durften fünf Grosskampfschiffe, zwei Flugzeugträger, 21 Kreuzer und 64 Zerstörer bauen. Was sie aber beim Kriegsausbruch ganz oder nahezu fertiggestellt hatten, das umfasste alles in allem zwei Grosskampfschiffe, keinen Flugzeugträger, elf Kreuzer und 25 Zerstörer, somit weit weniger als die Hälfte von dem, was wir ihnen so freundlich bewilligt hatten. Wenn sie ihre verfügbaren Materialien auf Kosten von Schlachtschiffen für Kreuzer und Zerstörer verwendet hätten, wäre ihre Lage in einem Krieg mit England 1939 oder 1940 günstiger gewesen. Wie wir heute wissen, erklärte Hitler Admiral Raeder, ein Krieg mit England sei nicht vor 1944/45 zu erwarten. Der Ausbau der deutschen Flotte wurde dementsprechend auf langfristiger Basis geplant. Nur bei den U-Booten erreichte die Bautätigkeit der Deutschen die ihnen auf dem Papier eingeräumten Zahlen. Kaum hatten sie die erste Grenze von sechzig Prozent erreicht, so beriefen sie sich auf die Bestimmung, die ihnen erlaubte, bis auf hundert Prozent zu gehen. Bei Kriegsausbruch waren 57 Prozent tatsächlich fertiggestellt.

Bei der Planung neuer Schlachtschiffe hatten die Deutschen den weiteren Vorteil, dass sie nicht an die Bestimmungen des Flottenabkommens von Washington oder an die der Londoner Konferenz gebunden waren. Sie legten sofort die Grosskampfschiffe «Bismarck» und «Tir-

pitz» auf Kiel. Während England, Frankreich und die Vereinigten Staaten ausnahmslos auf die obere Grenze von 35'000 Tonnen festgelegt waren, wurden diese beiden gewaltigen Schiffe für eine Wasserverdrängung von mehr als 45'000 Tonnen geplant, was sie nach ihrer Fertigstellung unzweifelhaft zu den stärksten Kriegsschiffen der ganzen Welt machen musste.

Es war in diesem Zeitpunkt für Hitler auch diplomatisch ein grosser Vorteil, die Alliierten unter sich zu entzweien und einen von ihnen bereit zu finden, Verstösse gegen den Vertrag von Versailles hinzunehmen und die Wiedererwerbung der vollen Aufrüstungsfreiheit durch ein Abkommen zu sanktionieren. Die Meldung über den Abschluss des Abkommens bedeutete einen Schlag für den Völkerbund. Die Franzosen beschwerten sich mit vollem Recht, dass ihre Lebensinteressen durch die von England erteilte Bewilligung zum Bau von Unterseebooten beeinträchtigt würden. Mussolini erblickte in dieser Episode einen Beweis dafür, dass England seinen Verbündeten gegenüber nicht in Bündnistreue handelte und dass es, wenn nur seine eigenen Flotteninteressen gewahrt blieben, bei der Verständigung mit Deutschland anscheinend sehr weit gehen würde, ohne Rücksicht auf den daraus entstehenden Nachteil für die befreundeten Mächte, die durch das Wachstum der deutschen Landrüstungen bedroht waren. Die anscheinend zynische und selbstsüchtige Politik Englands ermutigte ihn, seine eigenen Eroberungspläne gegen Abessinien ins Werk zu setzen. Die skandinavischen Staaten, die erst vierzehn Tage vorher den Protest gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Hitler mutig unterstützt hatten, mussten nun sehen, dass sich England hinter den Kulissen mit einer deutschen Flotte abgefunden hatte, die zwar nur ein Drittel der Stärke der britischen haben sollte, die aber auch dann noch die Ostsee beherrschen würde.

Die britischen Minister legten grosses Gewicht auf das deutsche Angebot, mit uns bei der Abschaffung der Unterseeboote zusammenzuwirken. Da sie aber an die Bedingung geknüpft war, dass alle anderen See-

mächte gleichzeitig ihr Einverständnis damit erklärten, und da man genau wusste, dass auf das Einverständnis anderer Länder nicht die geringste Aussicht bestand, konnten die Deutschen ein derartiges Angebot ohne Weiteres machen. Das galt auch für die deutsche Zusicherung, die Verwendung der Unterseeboote derart einzuschränken, dass der Unterseebootkrieg gegen die Handelsschiffahrt nicht mehr unmenschliche Züge aufweisen würde. Wer konnte im Ernst annehmen, dass die Deutschen im Besitz einer grossen Flotte von U-Booten auf die uneingeschränkte Verwendung dieser Waffe verzichten würden, wenn sie mit ansehen müssten, wie ihre Frauen und Kinder durch eine britische Blockade zum Hunger verurteilt waren? Ich bezeichnete diese Auffassung als den «Höhepunkt der Leichtgläubigkeit».

Das Abkommen war keineswegs ein Schritt auf die Abrüstung zu; wenn es während mehrerer Jahre durchgeführt worden wäre, hätte es unweigerlich auf der ganzen Welt den Bau neuer Kriegsschiffe bewirkt. Mit Ausnahme ihrer letzten Schiffe hätte die französische Flotte neu aufgebaut werden müssen. Darauf wieder hätte Italien reagiert. Für uns selbst stand es äusser Frage, dass wir die britische Flotte in sehr weitem Mass neu bauen mussten, um unsere Überlegenheit im Verhältnis 3:1 in modernen Schiffen zu wahren. Vielleicht fasste unsere Admiralität die Idee, dass die deutsche Flotte ein Drittel der britischen erreichen durfte, so auf, dass die britische Flotte dann dreimal so gross wäre wie die deutsche. Das mochte den Weg zu einem vernünftigen und längst fälligen Aufbau unserer Flotte ebnen. Wo aber blieben die Staatsmänner?

Das Abkommen wurde dem Parlament durch den Marineminister, Sir Bolton Eyres-Monsell, am 21. Juni 1935 unterbreitet. Am 11. Juli, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, sprach ich mich dagegen aus und wiederholte dies am 22. Juli:

Meines Erachtens wird sich dieses isolierte Vorgehen Grossbritanniens für die Sache des Friedens nicht als günstig erweisen. Die unmittelbare Wirkung ist, dass die deutsche Flotte sich mit jedem Tag einer Ton-

nage nähert, die ihr die absolute Herrschaft über die Ostsee sichert, und in kürzester Zeit wird eines der Hindernisse für einen europäischen Krieg verschwinden. Was die Lage im Mittelmeer betrifft, gehen wir meiner Ansicht nach sehr grossen Schwierigkeiten entgegen. Zweifellos wird ein intensiver Schiffsbau beginnen, wenn die Franzosen ihre Flotte modernisieren müssen, um die deutsche Konstruktion zu erreichen, und sich ihnen auch die Italiener anschliessen; und wir werden im Hinblick darauf zu bauen gezwungen sein, wenn nicht unsere Position im Mittelmeer beeinträchtigt werden soll. Das Schlimmste aber ist die Wirkung auf unsere Stellung am anderen Ende der Welt, in China und im Fernen Osten. Welchen Glücksfall bedeutet das für Japan! Man stelle sich die Folgen vor. Der Marineminister sagte: «Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen.» Wenn dieses Programm durchgeführt ist, wird die britische Flotte weitgehend in der Nordsee gebunden sein. Das bedeutet, dass die ganze Position im Fernen Osten sich schwerwiegend verändert, zum Verhängnis der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens und zum Verhängnis Chinas ...

Ich bedaure, dass wir diesem Problem der wiederauferstehenden deutschen Seemacht nicht mit den andern europäischen Staaten auf unserer Seite begegnen und auch nicht in Zusammenarbeit mit vielen anderen Nationen, deren Schicksal gefährdet wird und deren Befürchtungen ebenso wie unsere eigenen durch die gewaltige Entwicklung der deutschen Aufrüstung geweckt werden. Wie weit diese Entwicklung geht, kann niemand genau ermessen. Wir haben gesehen, dass mächtige Schiffe – viel mächtigere, als wir vermuteten – sogar ohne Wissen der Admiralität konstruiert werden können. Wir haben gesehen, was in der Luftmacht geleistet worden ist. Wenn sich die Zahlen der deutschen Ausgaben während des laufenden Finanzjahres ermitteln liessen, würden das Parlament und das britische Volk verblüfft und entsetzt sein über die enormen Ausgaben für Kriegs Vorbereitungen, die in jenem Land gemacht werden und das ganze mächtige Volk und das Deutsche Reich in ein unmittelbar vor der Mobilisation stehendes Arsenal verwandeln.

*

Gerechterweise müssen auch die Gegenargumente hier wiedergegeben werden, die Sir Samuel Hoare in seiner ersten Rede als Aussenminister am 11. Juli 1935 auf einige Kritiken aus dem In- und Ausland vorbrachte:

Das englisch-deutsche Flottenabkommen ist keineswegs ein selbststüchtiges Abkommen. In keinem Fall hätten wir ein Abkommen treffen können, das wir nicht als förderlich für eine allgemeine Verständigung hielten. Die Frage der Abrüstung zur See wurde immer getrennt von der Frage der Abrüstung der Land- und Luftstreitkräfte behandelt. Die Flottenfrage wurde immer gesondert behandelt, und meines Wissens war es immer die Absicht der Seemächte, diese Frage gesondert zu behandeln.

Aber abgesehen von der juristischen Lage schienen uns im Interesse des Friedens – dem hauptsächlichlichen Ziel der britischen Regierung – entscheidende Gründe für den Abschluss dieses Abkommens zu sprechen. Unsere Flottenfachmänner rieten uns, das Abkommen als eine Verständigung, die dem britischen Weltreich Sicherheit bietet, anzunehmen. Wir sahen darin eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, einen der Gründe zu beseitigen, wodurch die Verbitterung vor dem Weltkrieg vor allem entstand – das Wettrüsten Deutschlands zur See. Überdies ergab sich aus den Besprechungen die höchst bedeutende Erklärung der deutschen Regierung, dass sie ihrerseits von nun an einen der Gründe, wodurch der Krieg so furchtbar wurde, beseitigen würde, nämlich den uneingeschränkten Unterseebootkrieg gegen Handelsschiffe. Drittens gelangten wir entschieden zu der Auffassung, dass dies eine Gelegenheit war, ein Abkommen zu treffen, das den andern Seemächten, Frankreich inbegriffen, auf dem Flottengebiet ausgesprochen zum Vorteil zu gereichen schien ... Bei einem Stand der französischen Flotte, wie er heute ungefähr ist, verglichen mit unserer eigenen Flotte, gibt das Abkommen Frankreich eine dauernde Überlegenheit von 43 Prozent über die deutsche Flotte, gegen eine Unterlegenheit von ungefähr 30 Prozent vor dem Krieg ... Ich habe daher die Kühnheit, anzunehmen, dass die überwältigende Mehrheit derer, die für Frieden und Rüstungsbeschränkung sind, sagen wird – sobald die Welt die Ergebnisse leidenschaftsloser betrachtet –, dass die britische Regierung nicht nur einen weisen Kurs einschlug, sondern den einzigen Kurs, der ihr unter diesen Umständen offenstand.

In Wahrheit aber hatte man Deutschland damit ermächtigt, auf fünf oder sechs Jahre hinaus seiner äussersten Kapazität entsprechend zu bauen.

*

Auf militärischem Gebiet bedeutete die am 16. März 1935 in Deutschland verfügte Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht die grundlegende Absage an Versailles. Die einzelnen Massnahmen aber, mit denen nunmehr die deutsche Armee ausgebaut und neu organisiert wurde, bieten nicht nur technisches Interesse. Im nationalsozialistischen Staate musste die gesamte Funktion der Armee genau umschrieben werden. Das Gesetz vom 21. Mai 1935 bezweckte die Ausweitung der technischen Elite, die aus insgeheim ausgebildeten Spezialisten bestand, zu dem, was das ganze Volk in Waffen sein sollte. Der Name «Reichswehr» wurde in «Wehrmacht» umgeändert. Das Heer wurde der obersten Leitung des «Führers» unterstellt. Jeder einzelne Soldat wurde auf die Person Adolf Hitlers vereidigt, nicht mehr wie früher auf die Verfassung. Der Wehrdienst war eine grundlegende Bürgerpflicht; das Heer trug die Verantwortung für die Ausbildung und umfassende Vereinheitlichung der Bevölkerung des Deutschen Reichs. Die zweite Bestimmung des Gesetzes lautete: «Die Wehrmacht ist der bewaffnete Arm und die Schule zur soldatischen Erziehung des deutschen Volkes.»

Das war die in aller Form vollzogene und legale Verwirklichung von Hitlers Worten in *„Mein Kampf“*:

Der kommende nationalsozialistische Staat soll nicht in die Fehler der Vergangenheit verfallen und dem Heer eine Aufgabe unterschieben, die es nicht hat und gar nicht haben darf. Das deutsche Heer ist nicht dazu da, eine Schule für die Erhaltung von Stammeseigentümlichkeiten zu sein, sondern vielmehr eine Schule des gegenseitigen Verstehens und Anpassens aller Deutschen. Was sonst immer im Leben der Nation trennend sein mag, soll durch das Heer zu einender Wirkung gebracht werden. Es soll weiter den einzelnen jungen Mann aus dem engen Horizont seines Ländchens herausheben und ihn hineinstellen in die deutsche Nation. Nicht die Grenzen seiner Heimat, sondern die seines Vaterlandes muss er sehen lernen; denn diese hat er einst auch zu beschützen.

Auf diesen ideologischen Grundlagen legte das Gesetz auch eine neue territoriale Organisation fest. Das Heer wurde nun in drei Gruppenkommandos organisiert, mit Hauptquartieren in Berlin, Kassel und Dresden,

und in zehn (später zwölf) Wehrkreise aufgeteilt. Jeder Wehrkreis umfasste ein Armeekorps von drei Divisionen. Ausserdem waren neuartige Formationen geplant, die Panzerdivisionen, von denen bald drei bestanden.

Auch für den Militärdienst wurden detaillierte Massnahmen getroffen. Die erste Aufgabe des neuen Regimes war die Erfassung der deutschen Jugend. Die Jungmannschaft Deutschlands begann ihre Ausbildung in der Hitlerjugend und trat im Alter von achtzehn Jahren auf zwei Jahre in die SA. ein. Ein Gesetz vom 26. Juni 1935 führte die Arbeitsdienstpflicht für alle männlichen Deutschen ein, die das 20. Altersjahr erreichten. Sechs Monate musste der junge Deutsche seinem Vaterland beim Strassenbau, bei der Anlage von Kasernen oder bei Meliorationsarbeiten dienen, wodurch er physisch und moralisch für die oberste Pflicht eines deutschen Bürgers, für den Dienst in der Wehrmacht, vorbereitet wurde. Im Arbeitsdienst lag die Betonung auf der Aufhebung der Klassenunterschiede und der Stärkung der sozialen Einheit des deutschen Volkes; in der Armee lag sie auf der Disziplin und der territorialen Einheit der Nation.

Die riesenhafte Aufgabe der Ausbildung der neuen Organisation und der Erweiterung der Kader begann nun im Sinn des technischen Planes von Seeckts. Am 15. Oktober 1935 wurde die deutsche Generalstabsschule von Hitler, den die Chefs der Wehrmachtteile umgaben, feierlich eröffnet. Das bedeutete eine weitere Verletzung des Vertrags von Versailles. Hier handelte es sich um die Spitze der Pyramide, deren Basis bereits durch die Massenformationen der Arbeitsdienst-Bataillone gebildet war. Am 7. November 1935 wurde die erste Jahresklasse, die im Jahre 1914 Geborenen, zum Dienst einberufen. 596'000 junge Leute sollten im Waffenhandwerk ausgebildet werden. Damit wurde, wenigstens auf dem Papier, mit einem einzigen Federstrich die deutsche Armee auf fast 700'000 Mann erhöht.

Mit der Aufgabe der Ausbildung stellten sich die Probleme der Rüstungsfinanzierung und der Produktionssteigerung der deutschen Industrie, die den Bedarf des neuen Volksheeres decken musste. Dr. Schacht

war zum eigentlichen Wirtschaftsdiktator von Deutschland ernannt worden. Die beiden Hauptschwierigkeiten waren zunächst der Ausbau des Offizierskorps und sodann die Organisation der Spezialwaffen, der Artillerie, der Pioniere und der Nachrichtentruppen. Im Oktober 1935 waren bereits zehn Armeekorps gebildet worden. Zwei weitere folgten nach einem Jahr, ein dreizehntes im Oktober 1937. Auch die Polizeiformationen wurden in die Streitkräfte eingereiht.

Es war bekannt, dass nach der ersten Einberufung des Jahrgangs 1914 in Deutschland sowohl wie in Frankreich die folgenden Jahre erheblich geringere Rekrutenkontingente liefern würden, wegen des Geburtenrückgangs in der Periode des Ersten Weltkriegs. Im August 1936 wurde daher die Dauer der aktiven Dienstpflicht in Deutschland auf zwei Jahre erhöht. Die Klasse 1915 umfasste 464'000 Mann; da der Jahrgang 1914 noch ein Jahr im Dienste behalten wurde, belief sich die Zahl der Deutschen, die 1936 militärisch ausgebildet wurden, auf 1'511'000 Mann, ohne die militärähnlichen Formationen der Nationalsozialistischen Partei und den Arbeitsdienst zu rechnen. Die Effektivstärke der französischen Armee ohne Reserven belief sich im gleichen Jahr auf 623'000 Mann, von denen nur 407'000 in Frankreich selber standen. Die folgenden Zahlen, die von sachkundigen Stellen mit ziemlicher Genauigkeit vorausberechnet werden konnten, sprechen für sich selber:

Zahlenmässige Stärke der französischen und deutschen Jahresklassen der von 1914 bis 1920 geborenen und von 1934 bis 1940 einberufenen Männer

Jahrgang	Deutsche	Franzosen
1914	596 000	279 000
1915	464 000	184 000
1916	351 000	165 000
1917	314 000	171 000
1918	326 000	197 000
1919	485 000	218 000
1920	636 000	360 000
	<hr/>	<hr/>
	3 172 000	1 574 000

Bis diese Zahlen im Laufe der Jahre zu Tatsachen wurden, bedeuteten sie nur warnende Schatten. Alles, was man in Deutschland bis 1935 geleistet hatte, blieb weit hinter der Stärke und Macht der französischen Armee mit ihren gewaltigen Reserven zurück, abgesehen von ihren zahlreichen und mächtigen Verbündeten. Selbst damals noch hätte vielleicht ein fester Entschluss, gestützt auf die Autorität des Völkerbunds, die man dafür unschwer hätte gewinnen können, den ganzen Lauf der Dinge aufgehalten. Man hätte entweder Deutschland vor die Schranken in Genf laden und auffordern können, eine umfassende Erklärung abzugeben und interalliierten Untersuchungskommissionen die Möglichkeit zu bieten, den Stand seiner Rüstungen und der vertragswidrig gebildeten Formationen nachzuprüfen, oder man hätte, wenn diese Forderung auf Widerstand gestossen wäre, die Brückenköpfe am Rhein neuerdings besetzen können, bis die Nachachtung der Verträge sichergestellt gewesen wäre, ohne dass irgendeine Möglichkeit zu wirksamem Widerstand vorgelegen hätte, wahrscheinlich sogar ohne Blutvergiessen. Auf diese Weise hätte man den Zweiten Weltkrieg wenigstens auf unabsehbare Zeit hinausschieben können. Viele dieser Tatsachen und der Lauf der allgemeinen Entwicklung waren den französischen und britischen Generalstäben genau bekannt, und in geringerem Mass waren sich auch die Regierungen darüber klar. Die französische Regierung befand sich durch die faszinierenden Spiele der Parteipolitik in ständiger Bewegung, und die britische Regierung gelangte umgekehrt durch die allgemeine Billigung der Befriedungspolitik zu denselben Fehlgriffen; beide waren unfähig zu einem wirksamen oder eindeutigen Vorgehen, wie sehr es sich auch durch Vertragsbestimmungen und reine Vernunft hätte rechtfertigen lassen. Die französische Regierung hatte nicht in alle Beschränkungen ihrer Streitkräfte eingewilligt, die ihr Verbündeter ihr hatte aufdrängen wollen; aber ebenso wie der britischen Regierung fehlte es ihr an entschlossener Widerstandskraft gegen die Entwicklung, die von Seeckt damals die «Wiederauferstehung der deutschen Militärmacht» nannte.

**PROBLEME DER SEE- UND LUFTKRIEGFÜHRUNG
1935-1939**

Technische Erläuterungen – England ist deutschen Erpressungen ausgesetzt – Wir setzen uns mit Baldwin und dem Premierminister in Verbindung – Erde gegen Luft – Baldwins Einladung – Das Komitee für Luftwehrforschungen – Einige allgemeine Feststellungen – Fortschritte unserer Arbeit – Die Entwicklung der «Radar»-Anlagen – Professor Watson-Watt und die Radio-Echos – Der Tizard-Bericht – Die Küstenstationen – Luftmarschall Dowdings telephonisches Überwachungssystem – Der «Graf Zeppelin» fliegt über unsere Ostküste; Frühjahr 1939 – IFF – Ein Besuch in Martlesham 1939 – Meine Beziehungen zur Admiralität – Die Marineluftwaffe – Bau neuer Schlachtschiffe – Geschützkaliber – Gewicht der Breitseiten-Zahl der Geschütztürme – Mein Brief an Sir Samuel Hoare vom 1. August 1936 – Der Standpunkt der Admiralität – Vierlingtürme – Unglückliche Folgen – Ein Besuch in Port Portland: das «Asdic»-Suchgerät

IN diesem Kapitel erörtere ich technische Probleme, die für die Kriegsbereitschaft unseres Landes von höchster Bedeutung waren und die wir in der Zeit von 1935 bis zum Kriegsausbruch zu lösen hatten.

Nach dem Verlust der Parität in der Luft waren wir Erpressungen durch Hitler ausgesetzt. Hätten wir rechtzeitig die nötigen Schritte unternommen, um eine Luftwaffe zu schaffen, die doppelt so stark oder wenigstens um die Hälfte stärker war als die, welche Deutschland in Verletzung des Vertrages von Versailles aufstellen konnte, wäre unsere Zukunft gesichert gewesen. Aber selbst die Parität, die niemand als ag-

gressiv hätte bezeichnen können, würde uns in diesen kritischen Jahren eine Defensivmacht verliehen haben, die unser Ansehen gestärkt hätte; auch wäre eine weitere Stärkung unserer Luftwaffe möglich gewesen. Aber wir hatten ja die Parität in der Luft eingebüsst, und alle Versuche, sie wieder zu erlangen, blieben erfolglos. Wir waren in eine Epoche getreten, da die Waffe, die bereits im Ersten Weltkrieg eine bedeutende Rolle gespielt hatte, ein ausschlaggebender militärischer Faktor geworden war und für die Menschen ein Schreckgespenst darstellte. Unsere Staatsmänner mussten sich für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem deutschen Diktator auf die entsetzlichsten Verwüstungen und die schwersten Verluste an Menschenleben in London gefasst machen. Obwohl solche Erwägungen nicht nur von Grossbritannien angestellt wurden, beeinflussten sie unsere Politik – und somit die der gesamten Welt.

Im Sommer 1934 schrieb Professor Lindemann an die *Times* und wies auf die Möglichkeit hin, dass entscheidende technische Resultate durch die Luftabwehrforschung erzielt werden könnten. Im August versuchten wir, die Aufmerksamkeit nicht nur der Beamten des Luftministeriums, sondern auch die ihrer in der Regierung sitzenden Herren und Meister auf diese Angelegenheit zu lenken. Dann fuhren wir im September von Cannes nach Aix-les-Bains, wo wir eine angeregte Besprechung mit Baldwin hatten, der an der Sache stark interessiert zu sein schien; wir verlangten eine gründliche Untersuchung durch zuständige Fachleute. Nach unserer Rückkehr ergaben sich in London Schwierigkeiten mit den verschiedenen Ämtern, und die Angelegenheit blieb in der Schwebe. Zu Beginn des Jahres 1935 wurde schliesslich ein Technisches Komitee des Luftministeriums gebildet, das die hängigen Probleme untersuchen sollte. Wir dachten jedoch daran, dass Baldwin 1933 auf den Rat des Luftministeriums hin in einer Rede erklärt hatte, wir seien ohne Verteidigungsmöglichkeiten gegen Luftangriffe – «Die Bomber werden immer durchkommen» –, eine Erklärung, die damals tiefen Eindruck machte. Wir hatten daher kein Vertrauen zu einem Komitee des Luftmi-

nisteriums und waren der Ansicht, dass die Angelegenheit dem Reichsverteidigungskomitee übertragen werden sollte, da dann die führenden Regierungsmitglieder und die hervorragendsten Politiker des Landes in der Lage wären, die Tätigkeit des Technischen Komitees zu überwachen und dafür zu sorgen, dass die nötigen Mittel nicht verweigert würden. In dieser Phase schloss sich uns Sir Austen Chamberlain an, und wir wandten uns in der Angelegenheit immer wieder an die Minister.

Im Februar wurden wir von MacDonald persönlich empfangen, und wir unterbreiteten ihm den Fall. Zwischen uns bestand keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheit; auch zeigte der Premierminister großes Verständnis, als ich auf die pazifistische Bedeutung der Angelegenheit hinwies. Ich führte aus, dass das Entsetzen und die Angst, die auf der Welt lasteten, am besten vermindert werden könnten, wenn die Gefahr überraschender Angriffe auf die Zivilbevölkerung beseitigt würde. MacDonald schien damals von einem schweren Augenleiden befallen zu sein; er blickte leer durchs Fenster auf den Garten und versicherte uns, dass er alles in seiner Macht Stehende tun werde, um den Widerstand der verschiedenen Ämter zu überwinden. Das Luftministerium wehrte sich jedoch dagegen, dass sich eine aussenstehende oder gar höherstehende Organisation in seine Aufgaben einmischte – und eine Weile geschah nichts.

Ich brachte daher die Angelegenheit am 7. Juni 1935 im Unterhaus zur Sprache:

Das Problem ist weitgehend wissenschaftlich, und zwar handelt es sich darum, Methoden zu finden und zu erproben, durch die von der Erde aus die Herrschaft über die Luft errungen werden kann, durch die man von der Erde aus Flugzeuge, die hoch in der Luft fliegen, wirksam zu bekämpfen, ja, den Luftraum zu beherrschen vermag... Ich habe bei solchen Fragen die Erfahrung gemacht, dass die Wissenschaftler und Techniker stets eine Lösung von Aufgaben finden, die ihnen von militärischen und politischen Stellen klar gestellt werden. Es wurde uns seinerzeit erklärt, es sei unmöglich, sich der U-Bootgefahr zu erwehren; aber es wurden Metho-

den gefunden, mit denen wir die U-Boote unter Wasser vernichten konnten – das Problem, feindliche Flugzeuge aus der Luft herunterzuholen, muss nicht unbedingt schwerer zu lösen sein. Viele Dinge wurden im Krieg zustande gebracht, von denen uns gesagt worden war, sie seien technisch unmöglich; doch Geduld, Ausdauer und, vor allem, der Zwang der Kriegsnot verliehen dem menschlichen Geist grosse Energien, und die Wissenschaft erfüllte die an sie gestellten Forderungen ...

Erst im zwanzigsten Jahrhundert hat der verabscheuungswürdige Gedanke, durch Terrorisierung der schutzlosen Zivilbevölkerung, durch Massakrierung von Frauen und Kindern Nationen zur Kapitulation zu bringen, in Menschengehirnen Eingang gefunden. Und das ist nicht nur die Sorge einer einzelnen Nation. Alle Länder würden sich sicherer fühlen, wenn die Möglichkeit gefunden würde, angreifende Bomber von der Erde aus unschädlich zu machen; dann würden auch die quälende Angst und das Misstrauen, die die Völker immer näher an eine Katastrophe heranbringen, geringer werden ... Wir in Grossbritannien müssen nicht nur Angriffe auf unsere Zivilbevölkerung – und in dieser Hinsicht sind wir gefährdeter als irgendein anderes Land – befürchten, sondern auch solche auf unsere Werften, Hafenanlagen und sonstigen Marineeinrichtungen, ohne die unsere Marine, nach wie vor unser wichtigster Verteidigungsfaktor, gelähmt oder gar vernichtet werden könnte. Daher liegt es nicht nur im Interesse der gesamten Welt, sondern in unserem ureigenen, die alte Sicherheit unserer Insel wiederherzustellen, damit eines der schlimmsten Übel, das Misstrauen und Krieg herbeiführt, beseitigt werde. Unsere Regierung und die bedeutendsten Köpfe unseres Landes müssten diesem Problem grösste Aufmerksamkeit zuwenden; alle Möglichkeiten, die britische Wissenschaft und Technik bieten können, müssten ausgenützt, alle finanziellen Mittel unseres reichen Landes verwendet werden.

Am nächsten Tag wurden dann die im vorigen Kapitel erwähnten Veränderungen im Kabinett vorgenommen – Baldwin wurde Premierminister. Im Juni 1935 folgte Sir Philip Cunliffe-Lister, der bald darauf Lord Swinton wurde, Lord Londonderry als Luftminister. Einen Monat später sass ich eines Nachmittags im Rauchzimmer des Unterhauses, als Baldwin hereinkam. Er setzte sich neben mich und sagte: «Ich muss Ihnen einen Vorschlag machen. Philip wünscht dringend, dass Sie dem neuen

Reichsverteidigungskomitee für Luftwehrforschungen beitreten, und ich hoffe, dass Sie einwilligen.» Ich erklärte, ich stünde den Massnahmen des Luftministeriums kritisch gegenüber und müsse mir meine Aktionsfreiheit vorbehalten. Darauf erklärte er: «Das ist ganz selbstverständlich. Natürlich haben Sie völlig freie Hand, mit Ausnahme der militärischen Geheimnisse, die Sie nur in dem Komitee erfahren.»

Ich stellte die Bedingung, dass Professor Lindemann (jetzt Lord Cherwell) zum mindesten dem technischen Unterkomitee angehören müsse, weil ich auf seine Hilfe angewiesen sei. Einige Tage danach schrieb mir der Premierminister:

8. Juli 1935

Ich freue mich, dass Sie mit Hankey gesprochen haben, und ich fasse Ihr Schreiben als Zustimmung auf, dem Komitee beizutreten.

Darüber bin ich sehr froh, denn Ihre Mitwirkung wird bei vielen wichtigen Forschungsarbeiten eine grosse Hilfe darstellen.

Selbstverständlich sind Sie frei wie die Luft (der richtige Ausdruck in diesem Fall I), auch weiterhin die allgemeine Politik, das Budget und alle sonstigen das Luftministerium betreffenden Fragen zur Debatte zu stellen.

Meine Aufforderung war nicht als «Maulkorb» gedacht, sondern als eine Freundschaftsgeste gegenüber einem alten Kollegen.

Während der nächsten vier Jahre wohnte ich den Sitzungen des Komitees bei und gewann dabei einen umfassenden Einblick in dieses lebenswichtige Gebiet unserer Luftverteidigung; in enger und unablässiger Diskussion mit Lindemann verschaffte ich mir von Jahr zu Jahr eine immer bestimmtere Vorstellung davon. In einer Denkschrift an das Komitee hielt ich sofort die Eindrücke und Kenntnisse fest, die ich mir ohne offizielle Informationen in meinen Gesprächen und Studien mit Lindemann und aus meinen eigenen militärischen Auffassungen heraus bereits angeeignet hatte. Dieses Schriftstück ist von Interesse, da es die Lage im Juli 1935 beleuchtet. Bis zu der Zeit hatte noch kein Mensch daran gedacht, Radiowellen zur Lenkung von Flugzeugen zu verwenden. Die Schwierigkeit der Ausbildung einer grossen Zahl tüchtiger Piloten lag auf der Hand, und es wurde als ein wesentlicher Vorteil emp-

funden, dass grosse Bombengeschwader von einigen wenigen Führerbombern geleitet werden könnten. In dieser Hinsicht wurden im Laufe der vier Jahre, bevor die Existenz unserer Nation auf dem Spiel stand, grosse Fortschritte erzielt; die Verwendung von Radiowellen zur Führung von Bombern bewirkte auch weitgehende taktische Änderungen. Einige der damaligen Feststellungen sind heute überholt; aber solange ich die Möglichkeit dazu hatte, habe ich manches ausprobiert – nicht alles mit Erfolg. Die Denkschrift lautete:

23. Juli 1935

Die nachstehenden Ausführungen unterbreite ich nur zögernd und, da unsere Sitzung bald stattfindet, in grosser Eile; ich hoffe, dass sie einen Beitrag zu unseren gemeinsamen Bemühungen bringen können.

Allgemeine Taktik und militärische Technik hängen voneinander ab. Daher müssten von der Luftwaffe an die Wissenschaftler die nötigen technischen Anforderungen gestellt werden; besonders müssten die Wünsche für Flugzeugkonstruktionen und die sonstigen Bedürfnisse für den Luftkrieg mitgeteilt werden.

Bei dem augenblicklichen Stand der Dinge müssen wir annehmen, dass im Falle eines Krieges die Alliierten – Grossbritannien, Frankreich und Belgien – von Deutschland angegriffen werden.

Nach Ausbruch dieses Krieges würden die grossen Kontinentalmächte als Hauptaufgabe die Mobilisation ihrer Armeen vornehmen, was mindestens vierzehn Tage in Anspruch nehmen dürfte; allerdings würden während dieser Zeit bereits Scharmützel zwischen Panzerkräften stattfinden. Der französische und der deutsche Generalstab werden bei der Aufstellung der Mobilisations- und Aufmarschpläne ihr Hauptaugenmerk darauf richten, dass ihr gesamter Aufmarsch bei dem ersten Zusammenstoss schon weitgehend gediehen ist. Es ist zu hoffen, dass das deutsche Heer und die Marine in den nächsten zwei, drei Jahren noch nicht kriegsbereit sind. Die Flotte ist einstweilen noch recht schwach; sie könnte noch nicht einmal die Herrschaft über die Ostsee erringen; auch scheint es, dass ihre Ausrüstung mit schwerer Artillerie noch unzureichend ist. Eine starke Flotte mit der entsprechenden schweren Artillerie aufzubauen und die Besatzungen auszubilden, erfordert Jahre, nicht nur Monate.

Ein grosser Teil der deutschen Rüstungsindustrie ist im Ruhrgebiet konzentriert, das leicht von gegnerischen Bombern erreicht werden kann. Deutschland muss auch darauf gefasst sein, dass ihm die Zufuhr vieler für die Kriegführung unerlässlicher Rohstoffe (Kupfer, Wolfram, Kobalt, Vanadium, Erdöl, Kautschuk, Wolle usw.) abgeschnitten wird, *ja sogar die Versorgung mit Eisenerzen könnte unterbunden werden, falls es nicht die Ostsee beherrscht*. Das Land ist also zurzeit noch kaum in der Lage, einen längeren Krieg zu führen. Es werden allerdings grosse Anstrengungen unternommen, um diese Nachteile auszugleichen: gewisse Industriewerke werden nach dem Landesinnern verlegt, die synthetische Erdöl- und Gummiproduktion wird forciert, grosse Vorratslager werden angelegt. Es ist aber kaum anzunehmen, dass Deutschland vor 1937 oder 1938 in der Lage sein wird, mit einiger Aussicht auf Erfolg einen Krieg zu Lande, zur See und in der Luft anzufangen, der jahrelang dauern könnte und in welchem es kaum Verbündete hätte.

In einem solchen Kriege dürfte die erste Aufgabe der anglo-französischen Luftwaffe die Zerstörung des Verkehrsnetzes des Gegners sein, seiner Eisenbahnen, Autostrassen, Rheinbrücken, Viadukte und so weiter, sowie möglichst intensive Angriffe auf seine Mobilmachungsplätze und Munitionslager. Das nächste Ziel bieten dann die am leichtesten zugänglichen Fabrikanlagen der feindlichen Kriegsindustrie in allen ihren Formen. Wenn wir unsere Angriffe vom ersten Augenblick an auf diese lebenswichtigen Dinge konzentrieren, ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, *dass der Feind gezwungen wäre, eine ähnliche Taktik einzuschlagen*. Mit andern Worten: die Franzosen könnten ihre Mobilmachung ungestört durchführen und würden über die Initiative in der grossen Schlacht zu Lande verfügen. Jedes deutsche Flugzeug, das zur Terrorisierung der britischen und französischen Zivilbevölkerung eingesetzt wird, wird nur widerwillig andern Zwecken entfremdet werden.

Trotzdem müssen wir damit rechnen, dass selbst in einem Krieg zu Lande, zur See und in der Luft Versuche unternommen werden, London oder andere leicht zu erreichende Grossstädte niederzubrennen, um den Widerstandswillen von Regierung und Volk auf eine fürchterliche Probe zu stellen. Sodann stellt der Hafen von London mit seinen Dockanlagen, von denen das Leben der Flotte abhängt, auch ein militärisches Ziel von allergrösster Bedeutung dar.

Man muss auch stets mit der unangenehmen Möglichkeit rechnen, dass die massgebenden Kreise in Deutschland glauben, es wäre möglich, mit gewaltsamen Massenangriffen aus der Luft in wenigen Monaten oder so-

gar Wochen ein Volk auf die Knie zu zwingen. Die Theorie der psychologischen Schock-Taktik hat eine grosse Anziehungskraft für deutsche Gehirne. Ob die Deutschen dabei recht haben oder nicht, steht hier nicht zur Diskussion. Wenn die deutsche Regierung überzeugt ist, dass sie ein Land zwingen kann, um Frieden nachzusuchen, indem sie seine grossen Städte zerstört und seine Zivilbevölkerung aus der Luft niedermetzelt, bevor die alliierten Armeen die Mobilmachung durchgeführt haben, so könnte sie dies leicht veranlassen, nur mit der Luftwaffe Feindseligkeiten einzuleiten. Man braucht kaum hinzuzufügen, dass England, wenn es einmal von Frankreich getrennt wäre, für diese Angriffsform ein besonders geeignetes Opfer darstellen würde. Denn seine stärkste Gegenangriffswaffe – abgesehen von Repressalien in der Luft – wäre die Blockade zur See, die sich erst nach erheblicher Zeit fühlbar macht.

Wenn es gelingt, das Luftbombardement unserer Städte einzudämmen oder zu verhindern, wird die Aussicht (die ohnehin trügerisch sein dürfte), dass unsere Moral durch terroristische Angriffe untergraben werden kann, zunichte, und die Entscheidung wird dann auf lange Sicht von den Heeren und Flotten errungen. Je mehr unsere Abwehrmassnahmen dem Gegner Eindruck machen, desto stärker werden sie als Abschreckungsmittel gegen einen reinen Luftkrieg wirken.

*

Zum Problem der Luftabwehr steuerte ich zwei Ideen bei, die ich im Anhang erläutere. Dabei ist zu beachten, dass wir von 1935 an noch vier Jahre warten mussten, bevor die *Radar*-Anlagen in Betrieb genommen werden konnten.

*

Das Komitee arbeitete im geheimen, und meine Mitarbeit wurde niemals bekanntgegeben. Nach wie vor kritisierte ich auf andern Gebieten die Regierung und richtete immer schärfere Angriffe gegen sie. In England ist es für erfahrene Politiker oft möglich, solche entgegengesetzte Funktionen gleichzeitig auszuüben, ebenso wie scharfe politische Gegensätze persönliche Freundschaften nicht ausschliessen. Wissenschaft-

ter sind jedoch eine viel eifersüchtigere Zunft. Im Jahr 1937 entstanden im Technischen Unterkomitee zwischen Professor Lindemann und seinen Kollegen beträchtliche Differenzen. Die Herren beschwerten sich darüber, dass Lindemann in dauernder Verbindung mit mir stehe, und dass ich seine Ansicht im Hauptkomitee vertrete; ihrer Meinung nach sollte aber nur Sir Henry Tizard ihre kollektive Ansicht bei dieser Körperschaft vertreten. Lindemann wurde daher der Rücktritt nahegelegt. Er war zwar völlig im Recht, als er mir die Informationen gab, auf Grund derer ich dann debattieren konnte; auf dieser Basis hatten wir überhaupt nur unsere Tätigkeit im Komitee begonnen. Dennoch blieb ich im Interesse der Öffentlichkeit nach seinem Rücktritt im vollsten Einverständnis mit ihm auch weiterhin Mitglied des Komitees. 1938 gelang es mir dann, wie ich später ausführen werde, seine Wiedereinsetzung durchzudrücken.

*

Die Möglichkeit der Verwendung von Radiowellen, die von Flugzeugen und andern metallischen Gegenständen zurückgeworfen werden, scheint in den dreissiger Jahren in England, Amerika, Deutschland und Frankreich sehr viele Leute beschäftigt zu haben. Wir wählten dafür den Ausdruck RDF (Radio Direction Finding, das heisst Radio-Richtungsfeststellung), später nannten wir es *Radar*. Es kam in erster Linie darauf an, ein sich näherndes feindliches Flugzeug nicht mit den Sinnesorganen des Menschen, durch das Auge oder das Ohr, sondern durch das Echo von Radiowellen festzustellen, welche vom Flugzeug aus zu dem die Wellen ausstrahlenden Sender zurückgeworfen werden. In einer Höhe von etwa 110 km befindet sich eine reflektierende Schicht (Ionosphäre), welche verhindert, dass gewöhnliche Radiowellen sich im endlosen Raum verlieren, und die deshalb Radiosendungen auf grosse Entfernungen überhaupt möglich macht. Auch wurde die Technik, ganz kurze Wellen zu senden und ihr Echo zu beobachten, in den letzten Jahren von

unseren Wissenschaftlern wesentlich gefördert, und zwar besonders von Professor Appleton.

Im Februar 1935 hatte zum erstenmal ein von der Regierung mit Forschungsarbeiten betrauter Gelehrter, Professor Watson-Watt, dem Technischen Unterkomitee auseinandergesetzt, dass die Entdeckung von Flugzeugen mit Hilfe des Radio-Echos möglich sein dürfte, und er hatte vorgeschlagen, Experimente in dieser Richtung durchzuführen. Seine Darlegungen machten dem Komitee einen starken Eindruck. Man nahm damals an, dass man fünf Jahre brauchen würde, bis man so weit wäre, ein Flugzeug auf eine Entfernung von 80 Kilometern festzustellen.

Am 25. Juli 1935 erstattete Sir Henry Tizard an der vierten Sitzung des Luftwehrforschungskomitees, der ersten, an der ich teilnahm, einen Bericht über die Radiopeilung. Die einleitenden Experimente wurden durchgeführt, um eine Grundlage für das weitere Vorgehen zu gewinnen. Die Ministerien der einzelnen Waffengattungen wurden aufgefordert, Pläne dafür auszuarbeiten. Es wurde nun eine eigene Organisation dafür geschaffen und ein Netz von Stationen im Gebiet von Dover-Orfordness errichtet. Auch die Möglichkeit der Radiolokalisierung von Schiffen sollte geprüft werden.

Bis zum März 1936 wurden längs der Südküste Stationen errichtet und ausgestattet; man hoffte, im Herbst die ersten praktischen Experimente durchführen zu können. Im Laufe des Sommers traten erhebliche Verzögerungen bei den baulichen Anlagen ein. Es stellte sich nun auch das Problem feindlicher Störsendungen. Im Juli 1937 unterbreitete das Luftministerium Pläne für die Anlage einer Kette von zwanzig Stationen von der Insel Wight bis an die Tees. Die Kosten dieser Anlagen, die Ende 1939 vollendet sein sollten, wurden auf mehr als eine Million Pfund geschätzt. Das Forschungskomitee für Luftverteidigung billigte diese Pläne. Es wurden nun Experimente unternommen, um feindliche Flugzeuge nach ihrem Einflug in unser Land festzustellen. Bis Ende des Jah-

res gelang es, solche Flugzeuge bei einer Flughöhe von 3'000 Metern auf eine Entfernung von 55 Kilometern zu entdecken. Auch hinsichtlich der Lokalisierung von Schiffen wurden Fortschritte erzielt. Es hatte sich herausgestellt, dass man Schiffe aus der Luft auf eine Entfernung von 14,5 Kilometern feststellen konnte. Zwei Schiffe der *Home Fleet* waren bereits mit Apparaten zur Feststellung von Flugzeugen ausgerüstet. Es wurden auch Experimente zur Entfernungsmessung auf Flugzeugen, für die Feuerleitung der Fliegerabwehrgeschütze und für die Lenkung von Scheinwerfern durchgeführt. Man arbeitete tüchtig. Bis zum Dezember 1938 hatten vierzehn der in Aussicht genommenen neuen Stationen ihre Arbeit mit provisorischen Apparaten aufgenommen. Die Feststellung von Schiffen aus der Luft war jetzt schon auf eine Entfernung von etwa 50 Kilometern möglich.

Bis 1939 hatte das Luftministerium unter Verwendung verhältnismässig langwelliger Radioapparate (zehn Meter) die sogenannte Küstenkette angelegt, die es uns ermöglichte, Flugzeuge, die sich von der See her näherten, schon auf eine Entfernung von etwa 90 Kilometern zu entdecken. Ein kompliziertes Netz telephonischer Verbindungen war durch Luftmarschall Dowding, den Befehlshaber des Jägerkommandos, angelegt worden, wobei alle einzelnen Stationen mit einem zentralen Kommandoposten in Uxbridge verbunden wurden. Dort konnte man alle Bewegungen der beobachteten Flugzeuge auf grossen Karten verfolgen und auf diese Weise die Übersicht über das Vorgehen unserer eigenen Luftstreitkräfte vollauf wahren. Man hatte auch Apparate konstruiert, die es unseren *Radar*-Stationen der Küstenkette ermöglichten, britische Flugzeuge, die mit diesen als IFF (Identification Friend or Foe, das heisst Unterscheidung zwischen Freund und Feind) bezeichneten Vorrichtungen ausgestattet waren, von feindlichen Flugzeugen zu unterscheiden. Es stellte sich heraus, dass diese mit Langwellen arbeitenden Stationen die im Tiefflug über der See an die Küste heranfliegenden Flugzeuge nicht festzustellen vermochten; um dieser Gefahr zu begegnen, wurde eine weitere Reihe von Stationen CHL (Chain Stations, Home Service,

Low Cover, das heisst Kettenstationen, Territorialdienst, Untere Luftschicht) angelegt, die viel kürzere Wellen (anderthalb Meter) verwendeten, aber nur auf kurze Reichweiten wirksam waren.

Wenn einmal ein feindliches Flugzeug ins Landesinnere eingedrungen war, stand zu seiner weiteren Beobachtung einstweilen nur der Flugmeldedienst zur Verfügung, der sich ausschliesslich auf Beobachtungen durch Auge und Ohr verliess, die sich aber in Verbindung mit den telephonisch übermittelten Feststellungen der *Radar-Stationen* als sehr wertvoll erwiesen. In der ersten Zeit der Schlacht um England beruhte unsere Abwehr hauptsächlich auf diesen Massnahmen.

Es genügte nicht, ein sich näherndes feindliches Flugzeug über dem Meer festzustellen, obwohl man dadurch immerhin mindestens 15 bis 20 Minuten vor seinem Eintreffen eine Warnung erhielt. Wir mussten auch darauf bedacht sein, unsere eigenen Flugzeuge so zu leiten, dass sie den Angreifern entgegenfliegen und sie womöglich über Land aufhalten konnten. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche GCI-Stationen (Ground Control of Identification, das heisst Bodenkontrolle zur Feststellung der Flugzeuge) errichtet. Alle diese Vorkehrungen waren aber beim Ausbruch des Krieges noch in embryonalem Zustand.

*

Auch die Deutschen blieben nicht untätig. Im Frühjahr 1939 flog der «Graf Zeppelin» der Ostküste Englands entlang. Der Generaldirektor für Nachrichtendienst in der deutschen Luftwaffe, General Martini, hatte das Luftschiff mit speziellen Horchapparaten ausgestattet, um eventuelle britische *Radar*-Sendungen festzustellen. Der Versuch schlug fehl. Wenn aber die Horchapparate des «Grafen Zeppelin» einwandfrei gearbeitet hätten, so hätte die Besatzung sicherlich nach Deutschland zurückmelden können, dass die Engländer über *Radar* verfügten, denn unsere *Radar*-Stationen arbeiteten damals und stellten auch die Bewegungen

des deutschen Luftschiffes fest, dessen Absichten sie durchschauten. Die Deutschen wären nicht überrascht gewesen, wenn sie die Wellen unseres *Radar* empfangen hätten, denn sie hatten ein technisch vorzügliches *Radar*-System ausgebaut, das in mehreren Hinsichten dem unsrigen überlegen war. Was sie aber überrascht haben würde, das war die umfassende Art und Weise, mit der wir unsere Entdeckungen praktisch verwendet und eng mit unserem allgemeinen Fliegerabwehrsystem verbunden hatten. In dieser Beziehung standen wir in der ganzen Welt an erster Stelle. Die britische Leistung beruhte eher auf der wirksamen operativen Verwendung der Erfindung als auf der Originalität der Apparatur.

Die letzte Sitzung des Luftwehrforschungskomitees fand am 11. Juli 1939 statt. Damals bestanden zwischen Portsmouth und Scapa Flow zwanzig *Radar*-Stationen, die feindliche Flugzeuge in der Höhe von mehr als 3'000 Metern auf Reichweiten, die zwischen 80 und 180 Kilometern lagen, festzustellen vermochten. Ferner wurden befriedigende Störanlagen und vereinfachte IFF-Geräte hergestellt, sowie Versuchsflüge mit Versuchsgeräten zur Feststellung feindlicher Flugzeuge unternommen. Die Versuchsgeräte zur Feststellung von Schiffen von der Luft aus hatten sich für den Gebrauch in Flugzeugen als zu unhandlich erwiesen; sie wurden der Admiralität zur eventuellen Verwendung auf Schiffen übergeben.

*

Ich füge eine abschliessende Bemerkung hinzu. Auf Wunsch des Ministers nahm mich im Juni 1939 Sir Henry Tizard in einem recht ältlichen Flugzeug zu einer Besichtigungstour der Anlagen an der Ostküste mit; wir flogen den ganzen Tag umher. Anschliessend sandte ich einen Bericht meiner Eindrücke an den Luftminister; ich gebe ihn nachfolgend wieder, da er zeigt, wie weit wir auf dem Gebiet des *Radar* am Vorabend des Einsatzes waren.

Churchill an Sir Kingsley Wood

... Ich fand meinen Besuch in Martlesham und Bawdsey unter Tizard's Führung höchst interessant und auch ermutigend. Daher möchte ich einige Punkte, die mir im Gedächtnis geblieben sind, zu Papier bringen:

Diese für uns lebenswichtigen *Radar*-Stationen benötigen sofortigen Schutz. Wir dachten zuerst daran, mit geringen Kosten für jede Station ein bis zwei Attrappenstationen zu errichten; doch glaube ich nach reiflicher Überlegung, dass in dem Fall künstlicher Nebel angewandt werden sollte ...

Ein schwacher Punkt dieses wunderbaren Gerätes ist natürlich, dass sich die angreifenden Flugzeuge nach Überfliegung der Küste der Erfassung durch das *Radar* entziehen und wir zu ihrer weiteren Verfolgung von dem Netz des Flugmeldedienstes abhängig werden. Das würde einem Sprung aus der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts in die Ältere Steinzeit gleichen. Obwohl die Berichte über die Arbeit dieser Fliegerbeobachtungsposten günstig lauten, ist es dringend erforderlich, die *Radar*-Geräte derart zu vervollkommen, dass sie zur weiteren Verfolgung der Flugzeuge über Land verwendet werden können. Es wird noch einige Zeit dauern, ehe die jetzigen *Radar*-Stationen auch im Hinterland Flugzeuge zu lokalisieren vermögen – und das dann nur in einem Luftraum, der voller Störungen ist.

Namentlich die Fortschritte in der Anwendung des *Radar*-Gerätes zu Entfernungsmessungen sind bestimmt für die Flotte von grösster Bedeutung; sie wurde durch die Verwendung dieser Geräte in Stand gesetzt, ohne Rücksicht auf die Sichtverhältnisse den Gegner in einen Kampf zu verwickeln. Wie anders wäre das Schicksal der deutschen Schlachtkreuzer gewesen, als diese 1914 Scarborough und Hartlepool angriffen, wenn es uns gelungen wäre, den Nebel zu durchdringen und sie zu lokalisieren. Ich verstehe nicht, warum die Admiralität noch nicht mit allem Eifer diese Möglichkeit geprüft hat. Tizard wies auch darauf hin, wie ungemein wichtig es für Torpedoboote und Unterseeboote wäre, wenn sie ungeachtet der Sichtverhältnisse bei Tag oder Nacht ihre Torpedos genau schießen könnten. Ich bin der Meinung, dass es sich um eine der grössten Errungenschaften seit langer Zeit handelt, die nur zu unserem Vorteil aus schlagen kann.

Auch die Methode zur Unterscheidung zwischen Freund und Feind ist für die Marine von unschätzbarem Wert, und diese Methode sollte die alten Erkennungssignale, deren Verwendung so grosse Gefahren mit sich

bringt, vollkommen ersetzen. Ich nehme an, dass die Admiralität darüber genau im Bilde ist.

Zum Schluss gestatten Sie mir, Ihnen meine Glückwünsche zu den erreichten Fortschritten auszusprechen. Wir stehen im Begriff, grosse Sicherheit für unsere Insel zu erlangen. Doch wir müssen in dieser Hinsicht noch weitere Erfolge verzeichnen können, und die Zeit drängt.

In einem späteren Bande dieses Werkes werde ich erklären, auf welche Weise der deutsche Angriff auf England im Herbst und Winter 1940 durch diese und andere nur einem sehr engen Kreis bekannten Verfahren pariert werden konnte. Es besteht gar kein Zweifel darüber, dass vor allem dem Luftministerium und dem Luftwehrforschungskomitee, sowohl unter der Leitung Lord Swintons wie auch seines Nachfolgers, das Verdienst gebührt, dass unserer Jagdflugwaffe dieses wertvolle Hilfsmittel zur Verfügung stand. Als im Jahre 1940 die oberste Verantwortung auf mich fiel und unsere Existenz als Nation vom Sieg in der Luft abhing, genoss ich den Vorzug, wenn auch als Laie, einen Einblick in die Probleme des Luftkrieges gewonnen zu haben als Ergebnis von vier langen Studienjahren und von Erwägungen, die ich gestützt auf umfassende amtliche und technische Informationen anstellen konnte. Obwohl ich niemals den Versuch unternommen habe, in technischen Fragen ein Sachverständiger zu werden, war doch dieses Feld geistiger Tätigkeit für mich klar und deutlich erhellt. Ich kannte die einzelnen Figuren und wusste, wie sie sich auf dem Schachbrett bewegen, und ich war imstande, allen Erörterungen über das Spiel mit Verständnis zu folgen.

*

Auch mit der Admiralität unterhielt ich ständig in all diesen Jahren enge Beziehungen. Im Sommer 1936 wurde Sir Samuel Hoare Marineminister, und er bevollmächtigte alle seine Beamten, sämtliche Angelegenheiten der Admiralität offen mit mir zu besprechen; da ich ein star-

kes Interesse für die Flotte hatte, nützte ich diesen günstigen Umstand weitgehend aus. Ich kannte den Ersten Seelord, Admiral Chatfield, von 1914 her, als Beatty das Schlachtkreuzergeschwader kommandierte, und ich unterhielt mit ihm seit 1936 einen lebhaften Briefwechsel. Auch mit Admiral Henderson, dem Chef der Marinebauinspektion und Drittem Seelord, der alle Konstruktions- und Planungsfragen bearbeitete, verband mich eine langjährige Bekanntschaft. Er war schon im Jahre 1912 einer unserer besten Artilleriesachleute, und da ich als Marineminister des öfteren dem Probeschiessen von Schlachtschiffen vor ihrer Abnahme beiwohnte, hatte ich Gelegenheit, mich von seinen grossen Fähigkeiten zu überzeugen. Diese beiden auf der Höhe ihrer Karriere stehenden Offiziere brachten mir das grösste Vertrauen entgegen, und obwohl wir häufig verschiedener Ansicht waren und ich vieles, was getan oder unterlassen wurde, scharf kritisierte, wurden unsere Beziehungen nie durch Beschwerden oder persönliche Vorwürfe gestört.

Die Frage, ob die Marineluftwaffe der Admiralität oder dem Luftministerium unterstellt werden sollte, war zwischen diesen beiden Dienststellen schärfstens umstritten. Ich stellte mich auf den Standpunkt der Marine und trat dafür auch im Parlament ein, was mir einen herzlichen Dankesbrief des Ersten Seelords einbrachte, in welchem er auch auf den gesamten Fragenkomplex der Flottenpolitik einging. Sir Thomas Inskip suchte mich in Chartwell auf, um meine Meinung in dieser delikaten Frage zu hören. Ich entwarf für ihn eine Denkschrift; da sie schliesslich fast wörtlich von der Regierung Seiner Majestät übernommen wurde, gebe ich den Wortlaut im Anhang wieder.

*

Als endlich beschlossen wurde, mit dem Bau von Schlachtschiffen wieder zu beginnen, bereitete mir die Frage ihres Entwurfes viel Kopferbrechen. Fast alle zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Grosskampfer-

schiffe unserer Flotte waren während meiner Amtszeit als Marineminister von 1911 bis 1915 gebaut oder entworfen worden. Nur die «Nelson» und «Rodney» stammten aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. In meinem Buch *Die Weltkrise* habe ich den ganzen Verlauf des Aufbaues der Flotte und des Entwurfes der schnellen Schlachtschiffe der «Queen-Elizabeth»-Klasse während meiner Zeit als Marineminister, da mir noch das Genie und die Anregungen Lord Fishers zur Verfügung standen, geschildert. Ausserdem vermochte ich stets damit Ideen zu verbinden, die mir aus zahlreichen anderen Marinefachquellen zuflossen, und so hatte ich in Flottenfragen meine bestimmten eigenen Ansichten.

Als das Kabinett ein Schlachtschiffbauprogramm gebilligt hatte, trat ich sofort dafür ein, dass unsere neuen Schiffe statt mit 3 6-cm-Geschützen mit 40-cm-Geschützen bestückt werden müssten; diese stärkere Bestückung wäre im Rahmen der 35'000-Tonnen-Verdrängung – der durch den Flottenvertrag festgelegten Begrenzung, an die nur wir uns peinlich hielten – durch die Aufstellung in drei Drillingstürmen möglich. Ich sprach darüber verschiedentlich mit Sir Samuel Hoare und führte in der Angelegenheit einen Briefwechsel mit ihm; da die Gegenargumente, die ich zu hören bekam, mich nicht überzeugten, stellte ich im Unterhaus Fragen über das Gewicht einer Breitseite eines mit 36-cm-Geschützen und eines mit 40-cm-Geschützen bewaffneten Schiffes. Zu meiner privaten Information wurden mir dann nachstehende Angaben gemacht:

Breitseite aus neun 36-cm-Geschützen = 6,38 Tonnen.

Breitseite aus neun 40-cm-Geschützen = 9,55 Tonnen.

Die Zahlen für das 40-cm-Geschütz beziehen sich nicht auf die bereits vorhandene Bestückung der «Nelson», sondern auf einen hypothetischen 40-cm-Typ, den die Amerikaner für ihre neuen Grosskampfschiffe vorgesehen haben.

Die Gewichtsüberlegenheit einer 40-cm-Breitseite beeindruckte mich tief, und so schrieb ich an Hoare:

Es ist sehr freundlich von Ihnen, meiner Meinung Bedeutung beizumessen. Zum Argument, dass durch die Verstärkung der Bestückung eine Verzögerung im Bau entstehen würde, kann ich mich nicht äussern. Wieder einmal sind wir die einzigen, die sich durch die Verträge benachteiligen lassen. Ich bin aber sicher, dass auch ein 35'000-Tonnen-Schiff mit drei 40-cm-Drillingstürmen bestückt werden kann und somit der Bau eines weitaus stärkeren Schiffes als eines mit irgendeiner Kombination von 36-cm-Geschützen möglich wäre. Es wäre nicht nur effektiv ein besseres Schiff, sondern es würde auch von allen, einschliesslich der Besatzung, höher eingeschätzt und als sichereres Pfand unserer Seeherrschaft angesehen werden. Bedenken Sie, dass die Deutschen mit ihren Geschützen grösseren Kalibers weitaus bessere Resultate erzielen; sie schiessen mit schwereren Geschossen weiter und genauer als wir. Unsere Antwort darauf muss das Grosskaliber sein. Es bedeutet nicht nur eine ungeheure Erhöhung des Gewichtes einer Breitseite, sondern die Explosivladung eines 40-cm-Geschosses ist auch bei Weitem grösser als die eines 36-cm-Geschosses. Und wenn es gelingt, die Panzerung zu durchschlagen, so richtet die Explosion einer solchen Granate im Schiffsinnern einen wesentlich grösseren Schaden an.

Dazu kommt die Frage der Anzahl der Geschütztürme. Welche Verschwendung, vier Türme einzubauen, von denen jeder meiner Schätzung nach 2'000 Tonnen wiegt, wenn drei Türme eine schwerere Salve abgeben können. Drei Türme ermöglichen auch eine stärkere Panzerung gegen Geschützfeuer und Torpedos, und das Deck bietet mehr Platz für die Aufstellung von Fliegerabwehrgeschützen. Wenn Sie von Ihren Konstrukteuren Angaben für ein Schiff mit 40-cm-Geschütztürmen verlangen, werden Sie bestimmt feststellen, dass bei einem solchen die schiffbaulichen und bewaffnungsmässigen Verhältnisse weit günstiger liegen als bei einem Schiff mit 36-cm-Bestückung. Es besteht natürlich die Möglichkeit, dass Gesichtspunkte wie Feuerleitung oder Salvenstreuung, die mir weniger vertraut sind, Gegenargumente darstellen; und doch glaube ich, dass die beste artilleristische Wirkung mit abwechselnden Vierer- und Fünfersalven erzielt werden könnte.

Ich würde an Ihrer Stelle auf keinen Fall einer Bewaffnung mit 36-cm-Geschützen zustimmen. Die Admiralität würde recht töricht dastehen, wenn man sich auf zwei mit 36-cm-Geschützen bestückte Schlachtschiffe festlegte, während einige Monate später sowohl Japan als auch die Vereinigten Staaten zu 40-cm-Geschützen übergangen. Ich hielte es für bes-

ser, mit der Entscheidung noch zu warten und dann durch Beschleunigung des Baues die verlorene Zeit aufzuholen. Es wäre wirklich bedauerlich, britische Schlachtschiffe zu bauen, von denen jedes sieben Millionen Pfund Sterling kostet und die dann nicht die stärksten der Erde sind. «Die britische Flotte fährt immer Erster Klasse!» pflegte Lord Fisher zu sagen.

Das sind jedoch nur Prophezeiungen! Hätte ich nicht in früheren Jahren all das selber durchgedacht, würde ich nicht den Versuch wagen, Ihnen meine Meinung aufzudrängen. Ihrem Vorschlag gemäss werde ich mich mit Chatfield in Verbindung setzen.

Der Marineminister nahm mir diese Vorhaltungen keineswegs übel, und ein ausgedehnter Briefwechsel folgte. Auch hatte ich mit ihm und dem Ersten Seelord verschiedene Unterredungen in dieser Frage. Bevor Sir Samuel Hoare Ende Mai 1937 aus der Admiralität ausschied, sandte er mir zwei vom Admiralstab ausgearbeitete Memoranden, deren eines sich mit Schlachtschiffen, das andere mit Kreuzern befasste. Der Standpunkt der Admiralität in dieser Frage des Schlachtschiffentwurfes war, dass Grossbritannien seit dem Flottenvertrag von Washington aus Sparsamkeitsgründen ständig auf eine Verminderung der Tonnage und des Geschützkalibers gedrängt habe. Als schliesslich die neuen britischen Schlachtschiffe im Jahre 1936 bewilligt wurden, war es nicht möglich gewesen, die Vertragsgrenzen des 36-cm-Kalibers oder der 35'000-Tonnen-Verdrängung zu überschreiten. Der Entwurf der Schlachtschiffe der «King-George-V»-Klasse musste in Angriff genommen werden, ehe bekannt wurde, ob die anderen Seemächte diese vertraglichen Begrenzungen in der nächsten Zeit als bindend anerkennen würden. Die Geschütztürme für die Schiffe dieser Klasse wurden dann tatsächlich im Mai 1936 in Auftrag gegeben. Hätte die Admiralität die Entscheidung über diesen Entwurf bis zum April 1937 hinausgeschoben, wären 1941 erst zwei statt fünf Schiffe verfügbar gewesen. Im Falle dass andere Länder die Washingtoner Begrenzungen überschritten, konnten die Pläne für das Schlachtschiffbauprogramm von 1938 ebenfalls über diese Begrenzungen hinausgehen. Diese Schiffe würden 1942 fertiggestellt werden.

Sollten wir jedoch schliesslich dazu gezwungen werden, zu gut aus-gezwungenen Schiffen mit 40-cm-Bestückung überzugehen, so würde sich, wollte man nicht die schiffbauliche Festigkeit sowie andere Merkmale der «King-George-V»-Klasse opfern, eine wesentliche Erhöhung der Verdrängung als notwendig erweisen. Aber diese grossen Schiffe wären nicht mehr imstande, den Panamakanal zu durchlaufen; auch wären wir gezwungen, unsere Docks zu vergrössern, und die Kosten jedes Schiffes würden sich erhöhen. Die Admiralität teilte meine Ansicht, dass ein Schiff mit drei 40-cm-Drillingstürmen einem solchen mit zehn 36-cm-Geschützen in vier Türmen vorzuziehen sei. Alle diese Schlachtschiffentwürfe sahen Schiffe mit drei «mehrgeschützigen» Türmen vor.

Nach eingehendem Studium dieses umfangreichen Schriftstückes musste ich zugeben, dass wir die lange Verzögerung, die eine Umstellung der ersten fünf in Bau befindlichen Schlachtschiffe auf das grössere Kaliber verursachen würde, nicht in Kauf nehmen konnten. Die Entscheidung war unwiderruflich. Ich drängte jedoch darauf, dass als Vorsichtsmassregel die Entwürfe für die schwereren Geschütze und Türme fertiggestellt würden, und dass bereits jetzt, selbst unter erheblichem Kostenaufwand, die Werkzeuge und Anlagen zu schaffen seien, die für eine Umstellung der Geschützfabriken und so weiter auf das grössere Kaliber erforderlich würden.

Als ich den Schlachtschiffentwurf mit der Admiralität erörterte, war mir die Tatsache nicht bekannt gewesen, dass 36-cm-Vierlingstürme entworfen und bereits im Bau waren, wodurch eine Bestückung mit zwölf Geschützen erreicht wurde. Wäre ich darüber unterrichtet gewesen, so hätte ich allerdings meine Ansicht revidiert. Der Ausdruck «mehrgeschützig» führte zu diesem Missverständnis meinerseits. Drei Vierlingstürme hätten viele der Nachteile, die ich in der Bestückung mit vier Türmen sah, vermieden, und zwölf 36-cm-Geschütze stellten eine wesentliche Verbesserung des Gewichtes einer Salve dar, wenn sie auch nicht mit neun 40-cm-Geschützen zu vergleichen waren.

Und dennoch waren die Folgen dieser Politik der Admiralität unglücklich. Im Entwurf des grundlegend neuen 3 6-cm-Vierlingsturmes traten schwerwiegende Verzögerungen ein. Kaum war die Arbeit an diesen begonnen worden, entschied die Admiralitätskommission, dass der vordere erhöhte Turm gegen einen Zwillingturm auszutauschen sei. Dieser Beschluss bedingte neue Entwürfe für die zwei- bis dreitausend Einzelteile, aus denen dieser ungeheure Mechanismus zusammengesetzt ist, und die Folge war eine neue Verzögerung in der Fertigstellung der «King George V» und der «Prince of Wales» um mindestens ein Jahr. Ausserdem waren damit unsere neuen Schiffe wieder auf zehn Geschütze reduziert, und alle meine früheren Argumente über die Unterlegenheit ihrer Breitseite erhielten wieder ihre damalige Berechtigung. Inzwischen gelang es den Amerikanern, drei 40-cm-Drillingstürme auf einem 35'000-Tonnen-Schiff einzubauen. Die Franzosen und Deutschen wählten das 38-cm-Geschütz, wobei die Franzosen mit acht Geschützen in zwei Vierlingstürmen bestückten, die Deutschen mit acht Geschützen in vier Zwillingtürmen. Die Deutschen hatten allerdings, gleich den Japanern, nicht die Absicht, sich durch die vertraglichen Begrenzungen binden zu lassen, und die Verdrängung der «Bismarck» überschritt 45'000 Tonnen mit all den daraus entstehenden Vorteilen. Nachdem wir nach all diesen Jahren endlich den Bau von fünf Schlachtschiffen, von denen das Wohl und Wehe unserer Flotte und die Erhaltung der Seeherrschaft abhängen sollten, beschlossen hatten, waren wir die einzigen, die vom 40-cm-Geschütz auf 36 cm zurückgingen, während alle anderen Seemächte ihre Kaliber vergrösserten. So bauten wir eine Serie von unterbewaffneten Schiffen, von denen jedes fünf Jahre Bauzeit benötigte und die man sehr wohl mit grösserer Bestückung hätte versehen können.

*

Am 15. Juni 1938 nahm mich der Marineminister mit nach Portland, um mir das *Asdic*-Suchgerät vorzuführen. Es handelte sich um eine Apparatur zur Feststellung getauchter U-Boote: man sendet unter Wasser eine Schallwelle aus, die von jeder Stahlmasse, auf die sie trifft, zurückgeworfen wird. Aus diesem Echo kann der Standort des U-Bootes mit einiger Genauigkeit festgestellt werden. Bereits gegen Ende des Ersten Weltkrieges hatten wir dicht vor der Konstruktion dieses Gerätes gestanden.

Wir übernachteten an Bord des Flaggschiffes und führten eine lange Unterredung mit Sir Charles Forbes, dem Oberkommandierenden. Den ganzen Morgen verbrachten wir in der U-Boot-Abwehrschule, wo mir im Lauf von vier Stunden ein umfassender Bericht erstattet wurde. Dann stachen wir mit einem Zerstörer in See, und während des Nachmittages und Abends wurde eine sehr interessante Übung durchgeführt. Eine Anzahl U-Boote war in dem Küstengewässer verteilt; ich stand auf der Brücke des mit dem *yWz?*-Suchgerät ausgerüsteten Zerstörers; dieser arbeitete mit einem zweiten zusammen, der etwa eine halbe Seemeile von uns entfernt war und mit dem wir dauernd in Verbindung standen. So konnte ich dieses ganze Verfahren verfolgen, das der «Heilige Schrein» der Admiralität war, der von einer ganzen Generation gläubig angebetet wurde. Oft hatte ich die Tätigkeit der Admiralität kritisiert. Zweifellos habe ich bei dieser Gelegenheit, genau so wie sie selber, die Bedeutung dieser Errungenschaft überschätzt und einen Augenblick lang die ungeheure Weite des Meeres vergessen. Dennoch, wären nicht diese zwanzigjährigen Studien unter grossen jährlichen Ausgaben und mit Tausenden von erstklassigen Offizieren und Mannschaften, von deren Ausbildung und Arbeit man niemals etwas in der Öffentlichkeit erfuhr, durchgeführt worden, so hätte die Bekämpfung der U-Boote, die sich auch trotz dieser Erfindung als überaus schwierig erwies, leicht mit unserer Niederlage enden können.

An Chatfield schrieb ich:

Ich habe die ganze Zeit über das, was Sie mir vorführten, nachgedacht, und ich bin sicher, dass die ganze Nation der Admiralität und denen, die sie leiten, zu ungeheurem Dank verpflichtet ist für diese jahrelange, ununterbrochene Anstrengung, die uns, dessen bin ich sicher, von einer der grössten Gefahren befreien wird.

Besonders erstaunte mich die Klarheit und die Stärke der Reaktionen des *Asdic*-Suchgerätes. Ich hatte mir vorgestellt, diese Reaktionen wären fast nicht wahrzunehmen, oder allenfalls nur sehr verschwommen und unbestimmt. Niemals hatte ich geglaubt, dass ich je eines dieser Ungetüme hören würde, wie es sich gewissermassen selbst meldet, um zerstört zu werden. Es ist ein wundervolles System und eine unerhörte Leistung.

Das *Asdic* besiegte das U-Boot nicht – aber ohne das *Asdic* wäre das U-Boot niemals besiegt worden.

SANKTIONEN GEGEN ITALIEN

1935

Ein Reiter schwerer Schlag – Erinnerungen an Adua – Behutsames Vorgehen – Ein Gespräch im Foreign Office – Die Friedensabstimmung – Britische Flottenstärke im Mittelmeer – Sir Samuel Hoares Rede in Genf und britische Flottenbewegungen – Meine Rede im City-Carlton-Club – Mussolini fällt in Abessinien ein – Starke Reaktion in England – Lansbury tritt als Vorsitzender der Labourfraktion im Parlament zurück – Schein-Sanktionen – Baldwin ist zum Frieden entschlossen – Die Konferenz der Konservativen Partei – Baldwins Wahlkampagne – Grosse Mehrheit für ihn – Das Hoare-Laval-Abkommen – Aufruhr im Parlament – Ich bleibe im Ausland – Die Rückwirkungen der Eroberung Abessiniens in Europa

DER Weltfriede empfing nun seinen zweiten schweren Schlag. Auf den Verlust der Luftparität durch Grossbritannien folgte der Übertritt Italiens auf die deutsche Seite. Diese beiden Ereignisse befähigten Hitler, auf seiner lang geplanten, todbringenden Bahn vorzurücken. Wir haben gesehen, wie Mussolini für den Schutz der österreichischen Unabhängigkeit und damit alles dessen, was sie für Mittel- und Südosteuropa bedeutete, eintrat. Nun sollte er ins gegnerische Lager übergehen. Das nationalsozialistische Deutschland sollte nicht mehr allein stehen. Einer der wichtigsten Alliierten des Ersten Weltkrieges sollte sich bald zu ihm gesellen. Der Ernst dieser Abwärtsentwicklung im Gleichgewicht der Sicherheit bedrückte meine Gedanken.

Mussolinis Absichten gegen Abessinien entsprachen nicht den ethischen Begriffen des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie gehörten jenem

dunklen Zeitalter an, da die Weissen sich berechtigt fühlten, die gelbe, braune, schwarze oder rote Rasse zu überfallen und sie mit ihren überlegenen Kräften und Waffen zu unterjochen. Wenn in unserer aufgeklärten Zeit Verbrechen und Grausamkeiten begangen wurden, vor denen die Wilden früherer Zeiten zurückgeschreckt oder wozu sie wenigstens unfähig gewesen wären, war ein solches Verhalten zugleich überlebt und strafbar. Überdies gehörte Abessinien dem Völkerbund an. Seltsamerweise war es Italien gewesen, das 1923 zur Aufnahme Abessiniens gedrängt, und England, das sich dagegengestellt hatte. Nach britischer Auffassung entsprachen der Charakter der äthiopischen Regierung und die in diesem Land der Tyrannei, Sklaverei und Stammeskriege herrschenden Verhältnisse nicht den Voraussetzungen zur Mitgliedschaft. Aber die Italiener setzten ihren Willen durch, und Abessinien wurde Mitglied des Völkerbundes, mit allen Rechten und Sicherheiten, die er bieten konnte. Abessinien bedeutete in der Tat einen Prüfstein für das Instrument der Weltregierung, auf welches alle Menschen guten Willens ihre Hoffnungen bauten.

Der italienische Diktator wurde nicht nur vom Wunsch nach territorialem Gewinn getrieben. Seine Herrschaft, seine Sicherheit hingen vom Prestige ab. Die schmachvolle Niederlage, die Italien vor vierzig Jahren bei Adua erlitten hatte, und der Spott der Welt, als eine italienische Armee nicht nur geschlagen oder gefangengenommen, sondern schändlich verstümmelt worden war, nagte in den Herzen aller Italiener. Sie hatten erlebt, wie England nach Jahren sowohl Khartum wie Majuba rächte. Seine Männlichkeit mit der Rache für Adua zu beweisen, spielte für Italien eine fast ebenso grosse Rolle wie der Wiedergewinn Elsass-Lothringens für Frankreich. Es schien keinen Weg zu geben, auf dem Mussolini leichter oder mit geringerem Risiko und Aufwand seine eigene Macht befestigen und, wie er glaubte, die Autorität Italiens in Europa stärken konnte, als den Schandflecken vergangener Jahre auszumerzen und Abessinien dem neuerrichteten Imperium hinzuzufügen. Alle diese

Gedanken waren unrichtig und verwerflich, aber da es immer nützlich ist, zu versuchen, den Gesichtspunkt eines anderen Landes zu verstehen, mögen sie erwähnt werden.

Im furchtbaren Kampf gegen die Aufrüstung Nazi-Deutschlands, die ich mit unaufhaltsamen Schritten herannahen fühlte, widerstrebte es mir sehr, zu sehen, wie Italien sich uns entfremdete und sogar ins gegnerische Lager hinübergetrieben wurde. Wenn der Angriff eines Völkerbundsmitgliedes auf ein anderes Mitglied in diesem kritischen Augenblick zugelassen wurde, musste dies letzten Endes verhängnisvoll für den Völkerbund werden, was dessen Aufgabe betraf, die Kräfte zusammenzuschmieden, die allein der wiedererstehenden Macht Deutschlands und der entsetzlichen Bedrohung durch Hitler zu begegnen vermochten. Aus dem ungeschmälernten Ansehen des Völkerbundes liess sich vielleicht grösserer Gewinn ziehen, als Italien jemals geben oder vorenthalten konnte. Wenn daher der Völkerbund bereit war, Mussolinis Politik mit der vereinten Kraft aller Mitglieder entgegenzutreten, war es unsere Pflicht und Schuldigkeit, unseren Teil zu übernehmen und unsern Beitrag getreulich zu leisten. In Anbetracht aller Umstände schien England jedoch nicht verpflichtet, die Führung selbst zu ergreifen. Es musste seine eigene, durch den Verlust der Luftparität verursachte Schwäche in Rechnung stellen und mehr noch die militärische Lage Frankreichs angesichts der deutschen Aufrüstung. Eines war klar und gewiss: Halbe Massnahmen waren nutzlos für den Völkerbund und nachteilig für England, wenn es dessen Führung übernahm. Falls wir es für das Recht und für das Wohlergehen Europas als richtig und nötig erachteten, einen Kampf auf Leben und Tod gegen das Italien Mussolinis auszufechten, mussten wir auch Mussolini selbst vernichten. Der Sturz des weniger gefährlichen Diktators konnte alle die Kräfte vereinigen und zum Handeln bringen – und sie hatten noch immer die Übermacht –, die es uns ermöglichen würden, den grösseren Diktator in Schranken zu halten und so einen zweiten Krieg mit Deutschland zu verhüten. Diese allgemeinen Betrachtungen sind ein Vorspiel zum Inhalt dieses Kapitels.

Schon seit der Konferenz von Stresa waren Mussolinis Vorbereitungen zur Eroberung Abessiniens deutlich geworden. Es war klar, dass die britische öffentliche Meinung einem solchen Akt italienischer Aggression feindlich gegenüberstehen würde. Diejenigen unter uns, die in Hitlers Deutschland eine Gefahr erkannten – nicht nur eine Gefährdung des Friedens, sondern eine Lebensgefahr –, sahen mit grösster Sorge dieses Hinüberwechseln einer erststrangigen Macht, als welche man Italien damals einschätzte, von unserer Seite auf die andere. Bei einem Essen, an dem Sir Robert Vansittart und Duff Cooper, der damals erst Unterstaatssekretär war, teilnahmen, wurde diese ungünstige Veränderung im europäischen Gleichgewicht deutlich vorausgesehen. Man erwog den Plan, ob sich einige von uns zu Mussolini begeben sollten, um ihm die unvermeidlichen Wirkungen klarzumachen, die sein Vorgehen in Grossbritannien hervorrufen musste. Es wurde nichts daraus, und es hätte auch keinerlei Nutzen gebracht. Genau wie Hitler betrachtete Mussolini Britannia als ein verängstigtes, kraftloses altes Weib, das schlimmstenfalls nur grosse Worte machen würde und zweifellos ausserstande war, Krieg zu führen. Lord Lloyd, der in freundschaftlichen Beziehungen zu Mussolini stand, stellte fest, wie sehr ihm die Joad-Resolution der Oxforder Studenten im Jahre 1933 Eindruck gemacht hatte, in der sie sich weigerten, «für König und Land zu kämpfen».

*

Im Parlament gab ich am 11. Juli meinen Besorgnissen Ausdruck:

Wir haben offenbar zugelassen, dass der Eindruck hervorgerufen wurde, wir selbst träten als eine Art Leithammel vor, um die europäische öffentliche Meinung gegen Italiens abessinische Pläne anzuführen. Man sprach sogar davon, dass wir einzeln und unabhängig vorgehen würden. Es beruhigt mich, vom Aussenminister zu erfahren, dass diese Auffassungen unbegründet sind. Wir müssen unsere Pflicht erfüllen, aber gemeinsam mit andern Nationen und nur gemäss den Verpflichtungen, die

von den andern ebenfalls anerkannt werden. Wir sind nicht stark genug, um den Gesetzgeber und Wortführer für die Welt zu spielen. Wir werden unseren Teil leisten, aber man kann nicht von uns verlangen, dass wir in diesen Angelegenheiten mehr als unseren Teil tun ...

So wie wir heute stehen, ist es offensichtlich, dass sich eine Wolke über die Freundschaft zwischen Grossbritannien und Italien gesenkt hat, eine Wolke, die sich meines Erachtens vielleicht nicht so leicht verziehen wird, obwohl es zweifellos jedermanns Wunsch ist, dass sie sich verzöge. Es ist eine alte Freundschaft, und wir dürfen nicht vergessen, was eine wenig bekannte Tatsache ist, dass Italien zu der Zeit, als es im letzten Jahrhundert dem Dreibund beitrug, insbesondere darauf bestand, dass es die Allianzverpflichtungen unter keinen Umständen in bewaffneten Konflikt mit Grossbritannien bringen dürften.

*

Im August lud der Aussenminister mich und die Führer der Oppositionsparteien ein, ihn allein im Foreign Office zu besuchen, und die Regierung gab die Tatsache dieser Besprechungen öffentlich bekannt. Sir Samuel Hoare berichtete mir von der wachsenden Beunruhigung über die italienische Aggression gegen Abessinien und fragte mich, inwieweit ich bereit wäre, dagegen vorzugehen. Da ich über die interne und persönliche Lage unter der Doppelherrschaft im Foreign Office mehr zu erfahren wünschte, bevor ich antwortete, erkundigte ich mich nach Edens Einstellung. «Ich will ihn rufen lassen», sagte Hoare, und nach wenigen Minuten erschien Anthony lächelnd und bei bester Laune. Wir führten ein zwangloses Gespräch. Ich sagte, meines Erachtens sei der Aussenminister *berechtigt, mit dem Völkerbund so weit gegen Italien vorangehend wie er Frankreich mitzugehen veranlassen könne*; ich fügte jedoch hinzu, dass man keinerlei Druck auf Frankreich ausüben dürfe, seines Militärabkommens mit Italien und seiner deutschen Sorgen wegen, und ich nähme unter diesen Umständen nicht an, dass Frankreich sehr weit gehen werde. Ich sprach dann über die italienischen Divisionen auf dem Brenner, über die unbewachte französische Südfront und andere militärische Gesichtspunkte.

Im Allgemeinen riet ich den Ministern dringend von dem Versuch ab, eine führende Rolle zu übernehmen oder sich zu sehr in den Vordergrund zu stellen. In dieser Hinsicht bedrückten mich natürlich meine Befürchtungen wegen Deutschland und der Zustand, in den unsere Landesverteidigung geraten war.

*

In den ersten Monaten des Jahres 1935 wurde eine Friedensabstimmung für die kollektive Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Völkerbundsatzungen organisiert. Dieser Plan empfing den Segen der Völkerbunds Vereinigung, wurde jedoch von einer weitgehend durch die Liberalen und die Labourpartei unterstützten Organisation aus der Taufe gehoben. Folgende Fragen wurden gestellt:

DIE FRIEDENSABSTIMMUNG

1. Soll Grossbritannien Mitglied des Völkerbunds bleiben?
2. Sind Sie für eine allgemeine Rüstungseinschränkung auf Grund internationaler Vereinbarung?
3. Befürworten Sie die allgemeine Abschaffung der nationalen Luftwaffen von Armee und Flotte auf Grund internationaler Vereinbarung?
4. Sollte die Herstellung und der Verkauf von Rüstungsmaterial mit privatem Gewinn auf Grund internationaler Vereinbarung verboten werden?
5. Sind Sie der Ansicht, dass wenn eine Nation ein anderes Land überfällt, die übrigen Nationen sich zusammentun sollten, um sie zum Einhalten zu zwingen, durch
 - a) wirtschaftliche und nicht-militärische Massnahmen,
 - b) wenn nötig militärische Massnahmen?

Am 27. Juni wurde bekanntgegeben, dass über elf Millionen dafür gestimmt hatten. Die Friedensabstimmung schien zuerst von den Ministern falsch verstanden zu werden. Ihr Name gab ihr einen irreführenden Anstrich. Sie brachte die gegensätzlichen Vorschläge von Rüstungsbeschränkung und wirksamem Widerstand gegen Aggression auf eine Li-

nie. Vielerorts wurde sie als Teil der Pazifistenkampagne ausgelegt. Punkt 5 bejahte aber im Gegenteil eine positive und mutige Politik, die zu jenem Zeitpunkt die überwältigende Unterstützung der Nation gefunden hätte. Lord Cecil und andere Führer der Völkerbundsvereinigung waren, wie dieser Punkt bekundete und wie die Ereignisse bald bewiesen, gewillt und tatsächlich entschlossen, für eine gerechte Sache in den Krieg zu ziehen, vorausgesetzt, dass jede notwendige Massnahme im Rahmen des Völkerbundes ergriffen wurde. Ihre Bewertung der Tatsachen machte in den nächsten Monaten beträchtliche Wandlungen durch. Tatsächlich arbeitete ich nach einem Jahr in voller Übereinstimmung mit ihnen gemäss der politischen Linie, die ich mit den Worten «Waffen und Völkerbundspakt» bezeichnete.

*

Im Lauf des Sommers erfolgten unaufhörliche italienische Truppentransporte durch den Suezkanal, und an der abessinischen Ostgrenze konzentrierten sich beträchtliche Streitkräfte samt ihrem Nachschub. Plötzlich trat ein ausserordentliches, nach meinen Gesprächen im Foreign Office für mich ganz unerwartetes Ereignis ein. Am 24. August gab das Kabinett seinen Beschluss bekannt, dass England seine in den Verträgen und in der Völkerbundssatzung festgelegten Verpflichtungen einhalten werde. Dies hatte eine unmittelbare Krise im Mittelmeer zur Folge, und da ich erst kürzlich konsultiert worden war, hielt ich es für richtig, den Aussenminister zu ersuchen, mich über die Lage der Flotte zu beruhigen:

Churchill an Sir Samuel Hoare.

25. August 1935

Ich bin überzeugt, dass Sie sich vor dem schwerwiegenden Fehler hüten werden, die Diplomatie der Bereitschaft zur See vorausseilen zu lassen. Wir achteten im Jahr 1914 auf diesen Punkt.

Wo sind die Flotten? Sind sie in Ordnung? Sind sie ausreichend?

Sind sie zu rascher und vollständiger Konzentration imstande? Sind sie in Sicherheit? Hat man sie ausdrücklich angewiesen, Vorsichtsmassnahmen zu treffen? Behalten Sie im Auge, dass Sie einen schweren Druck auf einen Diktator ausüben, der verzweifelte Wege einschlagen kann. Er kann Ihr Verhalten leicht mit seinem Massstab messen. Er kann Ihnen in den nächsten vierzehn Tagen jeden Augenblick Absichten unterschieben, die weit über das hinausgehen, was das Kabinett bezweckt. Während Sie in wohlwogenden, hübsch abgemessenen Formeln sprechen, könnte er mit Gewalt vorgehen. Es wäre besser, ihm jede Versuchung aus dem Weg zu räumen.

Ich ersehe aus den Zeitungen, dass die Mittelmeerflotte Malta verlässt, um nach der Levante zu fahren. Sicherlich ist es gut [für die Flotte] Malta zu verlassen, das meines Wissens über keinerlei Fliegerabwehr verfügt. Die bei Alexandrien und in andern Häfen liegende Mittelmeerflotte ist auf dem Papier – und nur danach dürfen wir urteilen – viel schwächer als die italienische Flotte. Ich verbrachte heute einige Zeit mit dem Studium des Kreuzer- und Zerstörerbauprogramms der beiden Länder seit dem Krieg. Mir scheint, dass Sie nicht die halbe Stärke Italiens in modernen Kreuzern und Zerstörern besitzen, und noch weniger in modernen Unterseebooten. Daher glaube ich, dass man *jetzt* sehr eingehende Fragen über die Stellung dieser britischen Flotte in der Levante an die Admiralität richten sollte. Sie ist stark genug, dass ihr Verlust ein schwerer Schlag für uns wäre. Ist sie stark genug, um sich zu verteidigen? Sie ist über 3'000 Meilen von der Verstärkung durch die Atlantikflotte und die *Home Fleet* entfernt. Vieles könnte geschehen, bevor diese mit ihr Verbindung herstellen könnten. Ich bezweifle nicht, ja ich wage nicht zu bezweifeln, dass die Admiralität die Dispositionen gründlich erwogen hat. Ich hoffe, Sie werden sich davon überzeugen, dass ihre Antworten auf diese Fragen zufriedenstellend sind.

Vor einiger Zeit wurde von einem Plan gesprochen, im Fall eines Krieges gegen Italien das Mittelmeer zu räumen und nur die Strasse von Gibraltar und das Rote Meer zu halten. Die Bewegung der Mittelmeerflotte nach der Levante sieht wie ein Teil dieser Taktik aus. Sollte dies zutreffen, so hoffe ich, dass alles durchdacht ist. Wenn wir das Mittelmeer aufgeben, während wir mit Italien im Krieg oder quasi im Krieg stehen, gibt es nichts mehr, was Mussolini hindern könnte, mit starken Kräften in Ägypten zu landen und den Kanal zu nehmen. Nichts äusser Frankreich. Ist die Admiralität in einem solchen Fall Frankreichs sicher?

Lloyd George, der bei mir ist, rät mir, Ihnen in Anbetracht der Gefährlichkeit der Lage diesen Brief zu schicken. Ich bitte Sie nicht um eine eingehende Antwort; aber wir hätten gerne Ihre Versicherung, dass Sie von den Dispositionen der Admiralität befriedigt sind.

Der Aussenminister antwortete am 27. August:

Sie können gewiss sein, dass sämtliche von Ihnen erwähnten Punkte eingehend diskutiert worden sind und weiter diskutiert werden. Ich bin mir der von Ihnen genannten Risiken vollkommen bewusst und werde mein Bestes tun, damit sie nicht übersehen werden. Bitte zögern Sie nicht, mir alle Hinweise oder Warnungen, die Sie für nötig halten, zukommen zu lassen. Sie kennen die Gefahren einer Situation wie der gegenwärtigen so gut wie irgendjemand, und Sie kennen ebenfalls so gut wie irgendjemand, wenigstens ausserhalb der Regierung, den gegenwärtigen Stand unserer Reichsverteidigung.

*

Eden, der als Minister für Völkerbundsangelegenheiten dem Aussenminister fast gleichgestellt war, hielt sich schon seit einigen Wochen in Genf auf, wo er die Völkerbunds Versammlung zu einer Politik der «Sanktionen» gegen Italien vereinigt hatte, falls es in Abessinien einmarschieren würde. Die Beschaffenheit des eigentümlichen Amtes, das er innehatte, veranlasste ihn, sich in einer Weise auf Abessinien zu konzentrieren, die alle anderen Überlegungen verdrängte. «Sanktionen» bedeuteten, dass Italien von jeder finanziellen Hilfe und wirtschaftlichen Versorgung abgeschnitten und jeder derartige Beistand an Abessinien geleistet werden sollte. Für ein Land wie Italien, dessen Versorgung mit so vielen kriegsnotwendigen Rohstoffen von einer unbehinderten Einfuhr aus Übersee abhing, war dies in der Tat eine gewaltige Abschreckung. Edens Eifer und Gewandtheit und die von ihm verkündeten Grundsätze beherrschten die Versammlung. Am 11. September sprach der Aussenminister, Sir Samuel Hoare, selbst zu den Delegierten:

Ich möchte damit beginnen, dass ich die Unterstützung des Völkerbundes durch die von mir vertretene Regierung und das Interesse des britischen Volkes an der kollektiven Sicherheit bestätige ... Die in den Satzungen festgelegten Ideen und vor allem das Bestreben, Gesetz und Recht in internationalen Angelegenheiten einzuführen, sind zu einem Bestandteil unseres nationalen Gewissens geworden. Den Grundsätzen des Völkerbundes, nicht irgendeiner besonderen Kundgebung, erklärt die britische Nation ihre Gefolgschaft. Jede andere Auffassung ist zugleich eine Unterschätzung unseres guten Willens und eine Verkennung unserer Aufrichtigkeit. Den genauen und ausdrücklichen Verpflichtungen gemäss steht der Völkerbund und mit ihm mein Land für die kollektive Aufrechterhaltung sämtlicher Satzungen ein, insbesondere für festen und kollektiven Widerstand gegen jeden Akt unprovozierter Aggression.

Trotz meinen Befürchtungen wegen Deutschland und so wenig mir auch die Art zusagte, wie unsere Angelegenheiten geführt wurden, erinnere ich mich, dass mich diese Rede bewegte, als ich sie in der Sonne der Riviera las. Sie rüttelte jedermann auf und fand in ganz Amerika ein starkes Echo. Sie vereinigte alle Kräfte in England, die für eine unerschrockene Verbindung von Rechtlichkeit und Stärke einstanden. Hier war wenigstens eine klare Politik. Hätte der Redner nur erfasst, welche gewaltige Kräfte er in diesem Augenblick in der Hand hielt – er hätte tatsächlich eine Zeitlang die Welt anführen können.

Diese Erklärungen erhielten dadurch ihre Gültigkeit, dass sie die britische Seemacht hinter sich hatten, wie dies bei vielen Auseinandersetzungen der Fall war, die sich in der Vergangenheit als entscheidend für den Fortschritt und die Freiheit der Menschen erwiesen hatten. Zum ersten- und letztenmal schien dem Völkerbund eine wirksame Waffe zur Verfügung zu stehen. Die Flotte war die internationale Polizeimacht, auf deren Autorität gestützt jede Art von diplomatischem und wirtschaftlichem Druck und Einfluss ausgeübt werden konnte. Als am nächsten Tag, am 12. September, die Schlachtkreuzer «Hood» und «Renown» in Begleitung des Zweiten Kreuzergeschwaders und einer Zerstörerflottille in Gibraltar eintrafen, nahm

man überall an, England werde seine Worte mit Taten bekräftigen. Sowohl die Politik wie die Aktion fanden im Land sofort eine überwältigende Unterstützung. Es galt natürlicherweise für gewiss, dass weder die Erklärung noch die Bewegung der Kriegsschiffe erfolgt wären, ohne dass die Admiralität vorher sorgfältig berechnet hätte, welche Flotte oder Flotten im Mittelmeer zur Durchführung unseres Unternehmens erforderlich waren.

Ende September hatte ich eine Rede im City-Carlton-Club zu halten, einer sehr konservativen Gesellschaft von beträchtlichem Einfluss. Ich versuchte darin Mussolini eine Warnung zukommen zu lassen, und ich nehme an, dass er sie gelesen hat:

Eine Armee von fast einer Viertelmillion Mann, die Blüte des italienischen Mannschaftsbestandes, auf eine zweitausend Meilen von der Heimat entfernte öde Küste zu werfen, gegen den Einspruch der ganzen Welt und ohne Beherrschung des Meeres, und dann in dieser Stellung ein Unternehmen zu beginnen, das leicht eine Reihe von Feldzügen gegen ein Volk und in einem Land bedeuten kann, dessen Bezwingung während viertausend Jahren kein Eroberer für der Mühe wert erachtete – das heisst dem Schicksal Geiseln ausliefern, wie sich in der ganzen Weltgeschichte nichts Ähnliches findet \

Sir Austen Chamberlain drückte mir schriftlich seine Zustimmung zu dieser Rede aus und ich antwortete:

1. Oktober 1935

Ich freue mich zu hören, dass Sie meine Einstellung zur Abessinienfrage billigen, aber ich bin tief beunruhigt. Es wäre eine furchtbare Tat, Italien zu vernichten, und sie würde uns teuer zu stehen kommen. Wie seltsam, dass wir nach all den jahrelangen Bitten an Frankreich, sich mit Italien zu verständigen, nun Frankreich zwingen, zwischen Italien und uns zu wählen! Ich glaube nicht, dass wir die Führung in so heftiger Art hätten übernehmen sollen. Wenn uns diese Sache so wichtig war, hätten wir Mussolini schon vor zwei Monaten warnen müssen. Der vernünftige Weg wäre gewesen, zu Anfang des Sommers allmählich die Mittelmeerflotte zu verstärken und Mussolini auf diese Weise deutlich zu machen,

¹ Siehe auch mein Gespräch mit Graf Grandi im Anhang.

welche Tragweite diese Angelegenheit hatte. Was kann er jetzt tun? Ich erwarte ein sehr ernstes Ansteigen der Temperatur, sobald der Kampf [in Abessinien] beginnt.

*

Im Oktober befahl Mussolini, den die verspäteten britischen Flottenbewegungen keineswegs beeindruckten, den italienischen Armeen, in Abessinien einzumarschieren. Mit fünfzig Stimmen souveräner Staaten gegen eine beschloss die Völkerbunds Versammlung am 10. Oktober, kollektive Massnahmen gegen Italien zu ergreifen, und es wurde ein Komitee ernannt, um weitere Bemühungen für eine friedliche Lösung zu unternehmen. So in die Enge getrieben, gab Mussolini eine deutliche Erklärung ab, die sich durch grosse Schlauheit auszeichnete. Anstatt zu sagen: «Italien wird die Sanktionen mit Krieg beantworten», sagte er: «Italien wird sie mit Disziplin, Genügsamkeit und Opferwilligkeit beantworten». Gleichzeitig gab er jedoch zu verstehen, *er werde keine Sanktionen dulden, die ihn an der Eroberung Abessiniens hinderten*. Wenn dieses Unternehmen gefährdet werde, würde er gegen jeden, der ihm in den Weg trete, Krieg führen. «Fünfzig Nationen!» sagte er, «fünfzig Nationen unter der Führung einer einzigen!» Das war die Lage während der Wochen, die der Auflösung des englischen Parlaments und den laut Verfassung fälligen Neuwahlen vorangingen.

*

Das Blutvergiessen in Abessinien, der Hass gegen den Fascismus, die Aufforderung zu Sanktionen durch den Völkerbund bewirkten in der englischen Labourpartei eine Erschütterung. Die Gewerkschafter, unter denen sich Ernest Bevin auszeichnete, waren von Natur aus keineswegs pazifistisch. Ein übermächtiger Wunsch, den italienischen Diktator zu bekämpfen, Sanktionen von entscheidendem Charakter zu erzwingen und nötigenfalls die britische Flotte einzusetzen, erwachte in den stämmigen Lohnemp-

fängern. In erregten Versammlungen fielen rauhe und harte Worte. Bei einer solchen Gelegenheit beschwerte sich Bevin, er «habe es satt, dass George Lansbury in jeder Versammlung sein Gewissen vor dem Publikum ausbreite». Viele Mitglieder der Labourfraktion teilten die Stimmung der Gewerkschaften. In noch stärkerem Mass fühlten sich alle Führer der Völkerbundsvereinigung der Sache des Völkerbundes verpflichtet. Der Punkt 5 ihrer «Friedensabstimmung» stand eindeutig auf der Tagesordnung. Es handelte sich um Grundsätze, um deretwillen überzeugte Menschenfreunde bereit waren zu sterben, und infolgedessen auch zu töten. Am 8. Oktober trat Lansbury als Führer der Labourfraktion zurück, und Major Attlee, der sich im Krieg ausgezeichnet hatte, wurde sein Nachfolger.

*

Dieses nationale Erwachen stand jedoch nicht im Einklang mit Baldwins Auffassungen und Absichten. Erst einige Monate nach der Wahl begann ich die den «Sanktionen» zugrunde liegenden Prinzipien zu verstehen. Der Premierminister hatte erklärt, dass die Sanktionen Krieg bedeuteten; zweitens war er entschlossen, es nicht zum Krieg kommen zu lassen, und drittens entschied er sich für Sanktionen. Es war offensichtlich unmöglich, diese drei Bedingungen zu vereinen. Unter Englands Führung und unter dem von Laval ausgeübten Druck umging das mit der Ausarbeitung der Sanktionen betraute Völkerbundscommittee alles, was einen Krieg auslösen konnte. Eine grosse Anzahl Waren, darunter auch Kriegsmaterial, wurden von der Ausfuhr nach Italien ausgeschlossen, und ein imposanter Plan wurde aufgestellt. Öl hingegen, das für den abessinischen Feldzug unerlässlich war, wurde weiter frei eingeführt, denn es war klar, dass eine Sperrung dieser Einfuhr Krieg bedeutete. In diesem Punkt nahmen die Vereinigten Staaten, die dem Völkerbund nicht angehörten und der wichtigste Öllieferant der Welt waren, eine unklare, wenn auch wohlwollende Haltung ein. Überdies hätte es dann auch für

Deutschland gesperrt werden müssen. Der Export von Aluminium nach Italien war streng verboten; aber Aluminium war fast das einzige Metall, das Italien über den eigenen Bedarf hinaus produzierte. Gegen die Einfuhr von Schrott und Eisenerz legte man im Namen der öffentlichen Gerechtigkeit ein entschlossenes Veto ein. Da jedoch die metallurgische Industrie Italiens nur wenig davon verarbeitet und da Stahlbarren und Roheisen nicht betroffen wurden, erlitt Italien keine Behinderung. Infolgedessen waren die mit so grossen Worten angekündigten Massnahmen nicht wirkliche Sanktionen zur Lähmung des Angreifers, sondern lediglich halbe Sanktionen, die er zulassen konnte, da sie nur dazu beitrugen, den italienischen Kriegesgeist anzufeuern. Der Völkerbund schritt also zur Rettung Abessinians mit dem Vorsatz, dass nichts getan werden dürfe, was die italienischen Invasionsarmeen hinderte. Diese Tatsachen waren dem britischen Publikum zur Zeit der Wahlen nicht bekannt. Es unterstützte allen Ernstes die Politik der Sanktionen und hielt sie für einen sicheren Weg, dem italienischen Überfall auf Abessinien ein Ende zu setzen.

Noch weniger erwog die britische Regierung den Einsatz der Flotte. Es gingen alle möglichen Geschichten über italienische «Selbstmörderstaffeln» von Sturzbombern um, die sich auf die Decks unserer Schiffe stürzen und sie zertrümmern könnten. Die bei Alexandrien liegende britische Flotte war nun verstärkt worden. Sie hätte mühelos die italienischen Transporte vom Suezkanal zurücktreiben können, worauf sie der italienischen Flotte ein Gefecht hätte liefern müssen. Es wurde gesagt, dass sie ausserstande wäre, es mit einem solchen Gegner aufzunehmen. Ich hatte die Frage in den ersten Anfängen aufgeworfen und beruhigende Versicherungen zur Antwort erhalten. Unsere Schlachtschiffe waren allerdings alt, und es stellte sich nun heraus, dass sie keine Fliegerunterstützung und sehr wenig Fliegerabwehrmunition besaßen. Es sickerte jedoch durch, dass der kommandierende Admiral die ihm zugeschriebene Äusserung, er sei für ein Seegefecht nicht stark genug, entrüstet

zurückgewiesen habe. Man sollte meinen, dass die Regierung Seiner Majestät vor ihrem ersten Entschluss, sich dem italienischen Übergriff zu widersetzen, die Mittel und Wege sorgfältig prüfen und sich dann entsprechend hätte entscheiden müssen.

Auf Grund unserer jetzigen Einblicke steht es äusser Zweifel, dass ein kühner Entschluss die italienischen Verbindungswege nach Abessinien abgeschnitten hätte und dass wir aus jedem möglicherweise daraus folgenden Seegefecht erfolgreich hervorgegangen wären. Ich war nie für ein isoliertes Vorgehen Grossbritanniens, aber da wir einmal so weit gegangen waren, bedeutete der Rückzug einen schweren Schaden. Überdies hätte es Mussolini nie gewagt, sich mit einer entschlossenen britischen Regierung in einen Kampf einzulassen. Fast die ganze Welt war gegen ihn, und er hätte sein Regime in einem Zweikampf mit England aufs Spiel setzen müssen, wobei eine Flottenaktion im Mittelmeer eine baldige und entscheidende Probe gewesen wäre. Wie hätte Italien diesen Krieg durchführen können? Abgesehen von einem beschränkten Vorsprung an modernen leichten Kreuzern erreichte seine Seemacht nur ein Viertel der britischen Flotte. Seine grosse, auf allgemeiner Dienstpflicht beruhende Armee, die als millionenstark gepriesen wurde, konnte nicht zur Wirkung kommen. Seine Luftwaffe war quantitativ und qualitativ sogar weit unter dem bescheidenen Stand der unsrigen. Italien wäre augenblicklich durch die Blockade abgeschnitten worden. Seine Armeen in Abessinien hätten unter dem Mangel an Nachschub und Munition gelitten. Deutschland konnte noch keine wirksame Hilfe bieten. Wenn jemals eine Gelegenheit war, in einer grossen Sache mit einem Minimum an Risiko einen entscheidenden Schlag zu führen, dann war es jetzt und hier. Die Tatsache, dass die Nerven der britischen Regierung der Lage nicht gewachsen waren, lässt sich nur mit ihrer ehrlichen Friedensliebe entschuldigen. Tatsächlich aber trug sie dazu bei, einen noch viel furchtbareren Krieg auszulösen. Mussolinis Bluff hatte Erfolg, und ein wichtiger Zuschauer zog weitreichende Schlüsse daraus. Hitler hatte seit Lan-

gem einen Krieg zur Vergrößerung Deutschlands beschlossen. Er bildete sich nun sein Urteil über Grossbritanniens Degeneration, das sich erst ändern sollte, als es für den Frieden und für ihn selbst zu spät war. Auch in Japan sahen nachdenkliche Beobachter zu.

*

Die beiden entgegengesetzten Vorgänge, die Bildung einer einmütigen nationalen Stellungnahme zum brennenden Problem der Gegenwart und das bei allgemeinen Wahlen unvermeidliche Aufeinanderprallen der Parteiinteressen, schritten gemeinsam fort. Das gereichte Baldwin und seinen Anhängern sehr zum Vorteil. «Der Völkerbund wird wie bisher der Eckpfeiler der britischen Aussenpolitik bleiben», lautete das Wahlmanifest der Regierung. «Die Verhütung des Krieges und die Festigung des Weltfriedens muss immer das erste Anliegen des britischen Volkes sein, und der Völkerbund ist das Instrument, von dem wir die Sicherung des Friedens erwarten. Wir werden daher weiter alles in unserer Macht Liegende tun, um die Völkerbundssatzungen zu verteidigen und die Wirksamkeit des Völkerbundes aufrechtzuerhalten und zu steigern. In dem gegenwärtigen unglücklichen Streit zwischen Italien und Abessinien *wird es in der bisher von uns verfolgten Politik kein Schwanken geben.*»

Andererseits war die Labourpartei stark gespalten. Die Mehrheit dachte pazifistisch, aber Bevins aktive Kampagne fand viele Anhänger in der breiten Masse. Die offiziellen Führer suchten daher allgemeine Zustimmung zu gewinnen, indem sie gleichzeitig in entgegengesetzte Richtungen wiesen. Einerseits schrien sie nach einem entschiedenen Vorgehen gegen den italienischen Diktator, andererseits verunglimpften sie die Politik der Wiederaufrüstung. So sagte Attlee am 22. Oktober im Unterhaus: «Wir wollen wirksame und wirksam angewandte Sanktionen. Wir befürworten wirtschaftliche Sanktionen. Wir unterstützen das System des Völkerbundes.» Aber in einem späteren Teil derselben Rede: «Wir sind nicht davon überzeugt, dass der Weg zur Sicherheit im Anhäufen

von Rüstungen liegt. Wir glauben nicht, dass es in unsrer Zeit so etwas wie Landesverteidigung gibt. Unsere Ansicht ist, dass wir nach Abrüstung streben müssen und nicht nach dem Anhäufen von Rüstungen.» Während der Wahlen hat gewöhnlich keine Seite viel aufzuweisen, worauf sie stolz sein könnte. Der Premierminister selbst war sich zweifellos klar über die wachsende Unterstützung, welche die Aussenpolitik der Regierung fand. Er war jedoch entschlossen, sich unter keinen Umständen in den Krieg ziehen zu lassen. Als aussenstehendem Beobachter schien mir, dass Baldwin daran lag, so grosse Unterstützung wie möglich zu gewinnen und sie dafür zu verwenden, in bescheidenem Rahmen mit der britischen Aufrüstung zu beginnen.

*

Die Parteikonferenz der Konservativen fand in Bournemouth an genau demselben Tag statt, an dem Mussolini mit seinem Angriff auf Abessinien begann und seine Bomben auf Adua fielen. In Anbetracht dieser Tatsache, und nicht weniger in Anbetracht der nun unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen schlossen wir unsere Reihen als Parteimitglieder.

Ich schlug eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

1. Beseitigung der schweren Mängel im Verteidigungssystem des Reiches, darunter insbesondere als erstes eine Reorganisation unserer Industrie, die ihr nötigenfalls eine rasche Umstellung auf wehrwirtschaftliche Zwecke ermöglicht.
2. Erneute Anstrengung, die Parität mit der stärksten ausländischen Luftwaffe in Reichweite unserer Küsten wiederherzustellen.
3. Neubau der britischen Flotte und Stärkung der Königlichen Marine, um unsere Versorgung und unsern Lebensunterhalt zu sichern und den Zusammenhang des Britischen Reiches zu bewahren.

Bis zu diesem Zeitpunkt war mir in jenen Jahren an keinem Ministerposten gelegen; ich hatte genug davon erlebt und stand wegen der indi-

schen Politik in Opposition zu der Regierung. Aber mit der Annahme der indischen Gesetzesvorlage, die erst in einigen Jahren in Kraft treten sollte, war diese Schranke weggefallen. Die zunehmende Bedrohung durch Deutschland weckte den Wunsch in mir, unseren Militärapparat in die Hand zu bekommen. Ich fühlte nun mit grösster Deutlichkeit das Kommende voraus. Das zersplitterte Frankreich und das ängstliche, friedliebende England würden sich bald der Herausforderung der europäischen Diktatoren gegenübersehen. Ich begrüßte den Stimmungsumschwung in der Labourpartei. Hier bot sich eine Chance für eine wahre nationale Regierung. Es war anzunehmen, dass der Ministerposten in der Admiralität frei sein würde, und es lag mir sehr viel daran, mich dort einzusetzen, falls die konservative Mehrheit bestätigt werden sollte. Selbstverständlich war mir bewusst, dass mehrere von Baldwins einflussreichsten Kollegen meinen Wunsch nicht teilten. Ich vertrat eine ganz bestimmte Politik, und es war bekannt, dass ich mich ausserhalb oder innerhalb der Regierung dafür einsetzen würde. Es hätte ihnen natürlich gepasst, ohne mich auszukommen. Das hing bis zu einem gewissen Grad von der Mehrheit ab, die sie erlangen würden.

*

Bei den allgemeinen Wahlen sprach der Premierminister in starken Ausdrücken über die Notwendigkeit der Aufrüstung, und seine wichtigste Rede galt dem unbefriedigenden Zustand der Flotte. Nachdem er so alle nur erreichbaren Wähler gewonnen hatte, die für ein Programm der Sanktionen und der Aufrüstung zu gewinnen waren, legte er jedoch grössten Wert darauf, die berufsmässig friedliebenden Elemente im Land zu beruhigen und in ihren Gemütern jegliche Befürchtung zu zerstreuen, die seine Äusserungen über die Verstärkung der Flotte ausgelöst haben mochten. Am 1. Oktober, zwei Wochen vor der Wahl, hielt er in der Guildhall eine Ansprache vor der Friedensgesellschaft, in deren Verlauf

er sagte: «Ich gebe Ihnen mein Wort, dass keine grossen Rüstungen unternommen werden.» In Anbetracht der Kenntnis, welche die Regierung von den intensiven deutschen Vorbereitungen besass, war das ein sonderbares Versprechen. Auf diese Weise wurden sowohl die Stimmen derjenigen Wähler gewonnen, die zu sehen wünschten, dass sich die Nation gegen die herannahenden Gefahren wappne, wie auch derjenigen, die des Glaubens waren, der Frieden lasse sich dadurch erhalten, dass man seine Vorzüge preise.

*

Ich führte meine Wahlkampagne im Kreis Epping auf Grund der Forderung nach Aufrüstung und auf Grund einer strengen und ehrlichen Sanktionenpolitik. Im Allgemeinen unterstützte ich die Regierung, und obwohl ich viele meiner konservativen Freunde mit meiner fast unaufhörlichen Kritik der Regierungsmassnahmen verstimmt hatte, wurde ich mit grosser Mehrheit gewählt. Bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses hielt ich es für richtig, meinen persönlichen Standpunkt zu verteidigen: «Ich schliesse aus Ihrer Stimmabgabe auf meine Wahlreden hin, dass Sie von mir erwarten, dass ich mein unabhängiges Urteil gemäss den höchsten Traditionen des Parlaments dafür verwende, die Ergebnisse meiner Einblicke und Erfahrungen offen und furchtlos auszusprechen.» Das Resultat der allgemeinen Wahlen war ein Triumph für Baldwin. Die Wähler verschafften ihm eine absolute Mehrheit von 247 Stimmen, so dass er nach fünfjähriger Amtszeit eine persönliche Machtstellung erlangte, wie sie seit dem Ende des Weltkrieges kein Premierminister mehr innegehabt hatte. Alle, die gegen ihn gewesen waren, sei es wegen Indien oder wegen der Vernachlässigung unserer Verteidigungsmassnahmen, wurden durch diesen erneuten Vertrauensbeweis geschlagen, den er durch seine geschickte und glückliche Taktik in innenpolitischen Fragen und durch die allgemeine Hochschätzung seiner Persönlichkeit erreicht hatte. So kam es, dass die Nation sämtliche Irrtümer und



*1916: Churchill, damals Erster Lord der Admiralität,
begleitet den Kriegspremier Lloyd George ins Parlament*

Unzulänglichkeiten des verhängnisvollsten Ministeriums in unserer ganzen Geschichte bejubelte. Es war indessen eine Rechnung zu begleichen, und das neue Unterhaus brauchte fast zehn Jahre, bis sie beglichen war.

*

Es hatte sich überall herumgesprochen, dass ich als Marineminister in die Regierung eintreten sollte. Nachdem jedoch die Zahlen seines Sieges bekanntgegeben worden waren, liess Baldwin sofort durch das Zentralbureau erklären, dass keine Absicht bestehe, mich in die Regierung aufzunehmen. Auf diese Weise trug er einen Teil seiner Schuld gegenüber einer Abordnung von Pazifisten ab, die er in den letzten Wahltagen empfangen hatte. In der Presse wurde reichlich über meine Ausschliessung gespottet. Heute aber erkenne ich, welches Glück ich hatte. Über mir rauschten unsichtbare Schwingen.

Und ich hatte einen angenehmen Trost. Ich suchte mit meinem Malkasten ein freundlicheres Klima auf, ohne die Eröffnung des Parlaments abzuwarten.

*

Baldwins Triumph hatte ein peinliches Nachspiel, um dessentwillen wir die chronologische Reihenfolge opfern dürfen. Sein Aussenminister, Sir Samuel Hoare, reiste in seinen wohlverdienten Wintersportferien über Paris in die Schweiz und sprach mit Laval, der noch immer Frankreichs Aussenminister war. Das Ergebnis dieses Gesprächs war das Hoare-Laval-Abkommen vom 9. Dezember. Es lohnt sich, den Hintergrund dieses berühmten Ereignisses etwas näher zu betrachten.

Die Vorstellung, dass England den Völkerbund gegen Mussolinis fascistischen Einmarsch in Abessinien anführe, hatte unserer Nation einen grossen Aufschwung gegeben. Als die Wahlen jedoch vorüber waren und die Minister sich im Besitz einer Majorität sahen, die ihnen auf fünf Jahre die Staatsführung sicherte, mussten mancherlei beschwerliche Konsequenzen in Betracht gezogen werden. Baldwins «Es darf kei-

nen Krieg geben» und «Es darf keine grosse Aufrüstung geben» lagen ihnen zugrunde. Dieser beachtenswerte Parteimann, der die Wahlkampagne als Vorkämpfer gegen den Geist der Aggression in der ganzen Welt geführt und gewonnen hatte, war fest davon überzeugt, dass wir um jeden Preis den Frieden erhalten müssten.

Ausserdem ging vom Foreign Office nun ein gewaltiger Druck aus. Sir Robert Vansittart liess die durch Hitler drohende Gefahr keinen Moment aus den Augen. Er und ich waren in diesem Punkt einer Ansicht. Nun kam dazu, dass die britische Politik Mussolini zum Frontwechsel gezwungen hatte. Deutschland war nicht mehr isoliert. Die vier Westmächte standen zwei gegen zwei anstatt drei gegen eine. Diese deutliche Verschlechterung unserer Lage verschärfte die Besorgnis in Frankreich. Die französische Regierung hatte schon das französisch-italienische Abkommen vom Januar abgeschlossen. Darauf war die Militärkonvention mit Italien gefolgt. Man berechnete, dass durch diese Konvention achtzehn französische Divisionen von der italienischen Grenze abgezogen und an die Grenze gegen Deutschland gestellt werden konnten. Zweifellos hatte Laval in seinen Verhandlungen mit Mussolini mehr als nur eine Andeutung gemacht, dass Frankreich sich in keiner Weise um das Schicksal Abessiniens kümmern würde. Die Franzosen hatten den britischen Ministern Verschiedenes vorzuhalten. Erstens hatten wir mehrere Jahre hindurch versucht, eine Abrüstung ihrer Armee herbeizuführen, von der die Existenz Frankreichs abhing. Zweitens hatte Grossbritannien als führende Macht des Völkerbundes gegen Mussolini eine grosse Rolle gespielt. Die Briten hatten damit sogar eine Wahl gewonnen; und Wahlen sind für Demokratien von grösster Bedeutung. Drittens hatten wir ein Flottenabkommen geschlossen, das als sehr günstig für uns galt und uns auf den Meeren, abgesehen vom Unterseebootkrieg, weitgehend unserer Sorgen enthob.

Wie aber stand es mit der französischen Front? Wie sollte man sie gegen die stetig anwachsende Militärmacht Deutschlands bemannen? Zwei Divisionen waren alles, was die Engländer für die ersten sechs Mo-

nate aufbieten konnten, und auch dies nur mit vielen Vorbehalten; sie durften daher wirklich nicht *zu* grosse Worte machen. Nun begann aber ausgerechnet die britische Regierung in einer noblen Aufwallung von martialischen, moralischen und weltumfassenden Gefühlen unter dem Schlagwort «Fünfzig Nationen unter der Führung einer einzigen» eine Fehde auf Tod und Leben mit Italien. Frankreich hatte Sorgen genug, und nur sehr törichte Leute, deren es in jedem Land eine ausserordentlich grosse Zahl gibt, konnten das alles ausser Acht lassen. Hätte England seine Seemacht eingesetzt, den Suezkanal geschlossen und die italienische Flotte in einer allgemeinen Auseinandersetzung geschlagen, so wäre es berechtigt gewesen, in Europa den Ton anzugeben. Es hatte aber im Gegenteil auf das Entschiedenste erklärt, dass es Abessinien wegen keinen Krieg führen werde, was immer auch geschehe. Der gute Baldwin hatte sich einen triumphalen Erfolg bei der Wählerschaft gesichert, eine zuverlässige Tory-Majorität auf weitere fünf Jahre hinaus. Man hatte sich jeden Anschein berechtigter Empörung gegeben, aber nur keinen Krieg, keinen Krieg! Die Franzosen hatten daher die deutliche Empfindung, dass sie durch die in England plötzlich auftretende heftige Stimmung gegen Mussolini nicht in eine dauernde Entfremdung gegenüber Italien gezogen werden sollten. Was sie in diesem Gefühl vor allem bestärkte, war die Tatsache, dass England vor der italienischen Herausforderung im Mittelmeer zurückgewichen war und dass zwei Divisionen alles waren, was wir anfänglich zu Hilfe schicken konnten, falls Deutschland über Frankreich herfiel. Lavals damaliger Standpunkt ist zweifellos verständlich.

Im Dezember tauchte eine Reihe neuer Argumente auf. Es ging das Gerücht, dass Mussolini unter dem harten Druck der Sanktionen und unter der schweren Bedrohung der Devise «Fünfzig Nationen unter der Führung einer einzigen» einen Kompromiss hinsichtlich Abessinien begrüßen würde. So wirksam die Verwendung von Giftgas gegen die Eingeborenen Äthiopiens sein mochte, Italiens Ruf konnte dies sicher-

lich in der Welt nicht erhöhen. Die Abessinier standen vor der Niederlage. Sie waren nicht gewillt, hiess es, grosse Zugeständnisse und weite Gebietsabtretungen zu machen. Konnte nicht ein Friede geschlossen werden, der Italien gab, was es aggressiv gefordert hatte, und Abessinien vier Fünftel seines gesamten Reiches liess? Vansittart, der zur Zeit der Durchreise des britischen Aussenministers zufällig in Paris war und dadurch in die Angelegenheit verwickelt wurde, darf nicht falsch beurteilt werden, weil er beständig an die deutsche Gefahr dachte und den Wunsch hatte, dass England und Frankreich angesichts dieser grossen Bedrohung eng zusammenstehen und Italien als Freund, nicht als Feind im Rücken haben sollten.

Aber die britische Nation wird von Zeit zu Zeit von Kreuzzugsstimmungen erfasst. Mehr als irgendeine Nation der Welt ist sie in seltenen Augenblicken zum Kampf für eine Sache oder eine Idee bereit, gerade weil sie in tiefster Seele überzeugt ist, dass ihr der Konflikt keinerlei materiellen Vorteil bringen kann. Baldwin und seine Minister hatten England in Genf mit ihrem Widerstand gegen Mussolini einen starken Auftrieb gegeben. Sie waren darin so weit gegangen, dass ihre einzige Ehrenrettung gegenüber der Weltgeschichte nur darin bestehen konnte, dass sie bis zum Ende gingen. Wenn sie nicht bereit waren, ihre Worte und Gesten mit Taten zu bekräftigen, wäre es wohl besser gewesen, sich wie die Vereinigten Staaten von allem fernzuhalten, die Dinge reifen zu lassen und abzuwarten. Manches sprach für diesen Plan. Aber es war nicht der Plan, den sie gewählt hatten. Sie hatten einen Appell an Millionen Menschen gerichtet, und die unbewaffneten, bisher unbeteiligten Millionen hatten mit einem lauten Ruf geantwortet, der alle anderen Rufe übertönte: «Ja, wir wollen gegen das Böse vorgehen, und zwar jetzt. Gebt uns Waffen.»

Im neuen Unterhaus ging es lebhaft zu. In Anbetracht alles dessen, was für die nächsten zehn Jahre vor ihm lag, war dies auch nötig. Die Nachricht, dass Sir Samuel Hoare und Laval einen Kompromiss wegen Abessinien beschlossen hatten, war daher für das Unterhaus ein furcht-

barer Schlag, während die Wahlen noch in ihm nachklangen. Diese Krise kostete Baldwin in politischer Hinsicht beinahe das Leben. Sie erschütterte das Parlament und die Nation bis auf den Grund. Baldwin stürzte fast über Nacht von seiner Höhe als bejubelter nationaler Führer in einen Abgrund von Spott und Verachtung. Seine Stellung im Unterhaus war während dieser Tage bedauernswert. Er hatte nie verstanden, weshalb sich die Leute um diese lästigen auswärtigen Angelegenheiten kümmern sollten. Sie hatten eine konservative Majorität und keinen Krieg. Was wollten sie mehr? Aber als erfahrener Pilot fühlte und mass er die volle Stärke des Sturmes.

Das Kabinett hatte am 9. Dezember dem Hoare-Laval-Plan zur Aufteilung Abessiniens zwischen Italien und dem Negus zugestimmt. Am 13. Dezember wurde der vollständige Text der Hoare-Laval-Vorschläge dem Völkerbund vorgelegt. Am 18. verwarf das Kabinett diese Vorschläge und bewirkte damit den Rücktritt Sir Samuel Hoares. In der Debatte vom 19. Dezember sagte Baldwin:

Ich sah ein, dass diese Vorschläge zu weit gingen. Die Äusserung der Gefühle in dieser Hinsicht überraschte mich keineswegs. Aber ich erwartete nicht jenes tiefere Gefühl, das sich in manchen Landesteilen kundtat und ein Zeichen dafür war, dass an die Grundlagen von Ehre und Gewissen gerührt worden war. In dem Augenblick weiss ich, dass etwas geschehen ist, das die tiefsten Gefühle unserer Landsleute getroffen hat: dass an eine Saite gerührt wurde, die eine Antwort aus den Herzentiefen weckte. Ich prüfte nochmals alles, was ich getan hatte, und ich fühlte, dass ... diese Vorschläge nicht einmal als Verhandlungsbasis die Unterstützung des Landes finden könnten. Es steht nun äusser Frage, dass die Vorschläge vollkommen abgetan sind. Die Regierung wird sicherlich keinen Versuch zu ihrer Wiederbelebung unternehmen. Wenn ein Sturm losbräche, während ich mich im Recht wüsste, würde ich ihn über mich hereinbrechen lassen und entweder davonkommen oder darin untergehen. Wenn ich aber, nachdem ich mich selbst geprüft hätte, in dem Sturm ein Zeichen dafür fühlte, dass ich etwas Unkluges oder Unrechtes getan hätte, dann würde ich mich ihm beugen.

Das Haus nahm diese Entschuldigung an. Die Krise ging vorüber. Bei seiner Rückkehr von Genf wurde Eden vom Premierminister nach Downing Street Nr. 10 gebeten zur Besprechung der Lage, die durch Sir Samuel Hoares Rücktritt entstanden war. Eden schlug sofort vor, dass Sir Austen Chamberlain aufgefordert werden sollte, das Foreign Office zu übernehmen, und fügte hinzu, dass er auf Wunsch bereit sei, in irgendeiner Eigenschaft unter Chamberlain zu arbeiten. Baldwin erwiderte, er habe dies auch schon erwogen, habe aber Sir Austen selbst mitgeteilt, dass er ihm das Foreign Office anzubieten nicht in der Lage sei. Möglicherweise war Sir Austens Gesundheit der Grund dazu. Am 22. Dezember wurde Eden Außenminister.

*

Meine Frau und ich verbrachten diese aufregende Woche in Barcelona. Mehrere meiner besten Freunde rieten mir von der Heimkehr ab. Sie sagten, ich würde nur mir selbst Schaden zufügen, wenn ich in diesen heftigen Streit hineingezogen würde. Unser bequemes Hotel in Barcelona war der Treffpunkt der spanischen Linken. In dem ausgezeichneten Restaurant, wo wir mittags und abends assen, sahen wir ständig mehrere Gruppen schwarz gekleideter junger Männer mit lebhaftem Gesichtsausdruck. Sie sprachen mit funkelnden Augen und gedämpften Stimmen über die politischen Vorgänge in Spanien, die bald dazu führten, dass eine Million Spanier ihr Leben lassen mussten. Im Rückblick scheint mir, dass ich hätte heimfahren sollen. Vielleicht hätte ich in die gegen die Regierung gerichteten Kreise ein Element der Entschlossenheit und des Zusammenschlusses hineinbringen können, das dem Baldwin-Regime ein Ende bereitet hätte. Vielleicht hätte man in jenem Augenblick ein Kabinett unter Sir Austen Chamberlain bilden können. Andererseits bestürmten mich meine Freunde: «Halten Sie sich fern. Ihre Rückkehr wird nur als persönliche Herausforderung gegen die Regierung aufgefasst werden.» Dieser sicherlich nicht schmeichelhafte Rat machte mir

zwar kein Vergnügen; ich gab aber dem Eindruck nach, dass ich nichts Nützliches würde erreichen können, blieb weiter in Barcelona und bekleckte Leinwände in der Sonne. Kurz darauf gesellte sich Frederick Lindemann zu mir. Wir kreuzten auf einem hübschen Dampfer der spanischen Ostküste entlang und landeten in Tanger, wo ich Lord Rothermere und einen angenehmen Kreis vorfand. Er sagte mir, dass Lloyd George in Marrakesch sei. Bei strahlendem Wetter fuhren wir alle im Auto hin. Ich blieb noch geraume Zeit malend im schönen Marokko und kehrte erst nach England zurück, als König Georg V. am 20. Januar plötzlich starb.

*

Der Zusammenbruch des abessinischen Widerstandes und die Annexion des ganzen Landes durch Italien rief in der öffentlichen Meinung Deutschlands ungünstige Wirkungen hervor. Selbst diejenigen Elemente, die Mussolinis Politik oder Handlungsweise nicht billigten, bewunderten die rasche, fähige und rücksichtslose Art, wie der Feldzug offenbar geführt worden war. Nach allgemeiner Auffassung war Grossbritannien schwer geschwächt aus dem Konflikt hervorgegangen. Es hatte sich den unauslöschlichen Hass Italiens zugezogen; es hatte die Stresafront ein für allemal zerbrochen, und sein Prestigeverlust in der Welt stand für die Deutschen in angenehmem Gegensatz zu der wachsenden Kraft und dem Ruf des neuen Deutschland. «Der verächtliche Beiklang, womit Grossbritannien vielerorts erwähnt wird, beeindruckt mich», schrieb einer unserer Vertreter in Bayern. «Es steht zu befürchten, dass bei Verhandlungen über eine Regelung in Westeuropa und über eine allgemeine Regelung europäischer und aussereuropäischer Fragen Deutschlands Haltung eine Versteifung aufweisen wird.»

Ein Artikel in der «Münchener Zeitung» vom 16. Mai 1936 enthält einige aufschlussreiche Stellen:

Im Vergleich zu unserer deutschen Lebenshaltung lieben die Engländer ein bequemes Leben. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie zu aus-

dauerndem Einsatz nicht imstande sind; aber sie vermeiden ihn, solange es ihnen möglich ist, ohne ihre persönliche und nationale Sicherheit zu gefährden. Sie verfügen auch über Mittel und Reichtümer, die es ihnen im Gegensatz zu uns während ungefähr eines Jahrhunderts ermöglicht haben, ihr Kapital mehr oder weniger automatisch zu vermehren ... Nach dem Kriege, in welchem die Engländer nach anfänglichem Zögern zweifellos eine erstaunliche Energie bewiesen hatten, dachten die britischen Herren der Welt, sie hätten wenigstens etwas Ruhe verdient. Sie rüsteten auf der ganzen Linie ab – im Zivilleben sogar noch mehr als zu Lande und zur See. Sie fanden sich damit ab, dass das Zweimächte-[Flotten-] Abkommen abgeändert wurde und nahmen die Parität mit Amerika hin ... Wie steht es mit ihrer Armee? Wie steht es mit ihrer Luftwaffe? ... Für die Land- und Luftverteidigung braucht England vor allem Männer, nicht nur Geld, aber auch das Leben seiner Bürger zur Reichsverteidigung. Von den elftausend Mann, die für das neue Luftprogramm nötig sind, fehlen in Wirklichkeit noch siebentausend. Auch bei der kleinen stehenden Armee fehlen Truppen, ungefähr eine ganze Division, und die Territorialarmee (eine Art Sonntagsschule für Amateursoldaten) steht so tief unter der vorgesehenen Zahl, dass sie keinesfalls als wirksame Streitmacht betrachtet werden kann. Baldwin selbst sagte unlängst, er beabsichtige nicht, das Rekrutierungssystem durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu ändern.

Für eine Politik, die den Erfolg darin sucht, dass sie Entscheidungen aufschiebt, besteht heutzutage kaum mehr eine Hoffnung, dem Wirbelwind standzuhalten, der Europa und sogar die ganze Welt erschüttert. Nur wenige Männer stellen sich aus nationalen und nicht aus Parteigründen gegen die Rückgratlosigkeit und die zweideutige Haltung der Regierung und betrachten sie als verantwortlich für die Gefahren, in die das Weltreich ahnungslos gerät. Die breiten Massen scheinen mit der Regierung darin einigzugehen, dass sich die Lage durch Zeitgewinn verbessern werde und dass das Gleichgewicht durch kleine Aushilfen und sorgfältig ausgedachte Manöver noch einmal hergestellt werden könne ...

Heute ist Abessinien unwiderruflich, vollständig und endgültig italienisch. Angesichts dieser Tatsache kann weder Genf noch London daran zweifeln, dass nur die Anwendung aussergewöhnlicher Kraft die Italiener aus Abessinien zu vertreiben vermag. Aber weder die Macht noch der Mut zu einer solchen Kraftentfaltung ist vorhanden.

Das alles war nur allzu wahr. Die Regierung Seiner Majestät hatte sich im Eintreten für ein grosses Weltproblem unvorsichtig vorgewagt. Sie hatte fünfzig Nationen mit vielen tapferen Redensarten angespornt. Aber vor den harten Tatsachen war Baldwin zurückgewichen. Lange Zeit hatte die Regierungspolitik eher bezweckt, mächtige Meinungsfaktoren im Inland zufriedenzustellen, als die Realitäten der europäischen Lage zu beachten. Durch die Entfremdung Italiens hatte sie das europäische Gleichgewicht gestört und für Abessinien nichts gewonnen. Sie hatte dem Völkerbund ein vollständiges Fiasko gebracht, das für dessen Wirksamkeit als Institution schwersten Schaden, wenn nicht sogar den Todesstoss bedeutete.

HITLER SCHLÄGT ZU
1936

Eine neue Stimmung in England – Hitler erhält freie Hand – Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes – Das Rheinland und die Verträge von Versailles und Locarno – Hitler besetzt das Rheinland am 7. März – Frankreich zaudert – Flandins Besuch in London – Britischer Pazifismus – Flandin und Baldwin – Ralph Wigrams Kummer – Hitlers Rechtfertigung und Triumph – Ein Minister zur Koordination der Landesverteidigung – Die Wahl fällt auf Sir Thomas Inskip – Eine unerkannte gütige Fügung – Meine Hoffnungen auf den Völkerbund – Eden besteht auf Generalstabsbesprechungen mit Frankreich – Deutsche Befestigung des Rheinlands – Meine Warnungen vor dem Unterhaus – Bullitts Nachkriegsenthüllungen – Hitlers Versprechen an Österreich, 11. Juli 1936

ALS ich Ende Januar 1936 nach England zurückkehrte, fiel mir eine neue Stimmung auf. Die Eroberung Äthiopiens durch Mussolini und die brutalen Methoden, womit sie durchgeführt worden war, der Schock über die Verhandlungen zwischen Hoare und Laval, die Niederlage des Völkerbundes, der offensichtliche Zusammenbruch der «kollektiven Sicherheit» hatten nicht nur in der Labourpartei und bei den Liberalen die Stimmung verändert, sondern auch in jenem grossen Block der wohlmeinenden, aber bisher wirkungslosen öffentlichen Meinung, der durch die erst vor sieben Monaten in der Friedensabstimmung abgegebenen elf Millionen Stimmen repräsentiert wurde. Alle diese Kräfte waren nun bereit, einem Krieg gegen fascistische oder nationalsozialistische Tyrannei ins Auge zu sehen. Die Anwendung von Gewalt war kei-

neswegs vom rechtlichen Denken ausgeschlossen; sie wurde allmählich ein entscheidender Punkt in den Gemütern einer grossen Zahl friedliebender Leute und sogar vieler, die bisher stolz darauf gewesen waren, als Pazifisten bezeichnet zu werden. Aber gemäss den Prinzipien, denen diese Leute ergeben waren, konnte Gewalt nur auf Initiative und mit der Autorität des Völkerbundes angewandt werden. Beide Oppositionsparteien widersetzten sich zwar weiterhin allen Aufrüstungsmassnahmen, aber es bestand weitgehende Einmütigkeit der Gesinnung, und wenn die britische Regierung die Gelegenheit wahrgenommen hätte, wäre es möglich gewesen, ein geeintes Volk im Bewusstsein eines Notstands zu der notwendigen Vorbereitung zu führen.

Die Regierung blieb ihrer Politik treu, die in Mässigung, in halben Massnahmen und im Beschwichtigen bestand. Ich sah mit Verwundung, dass sie von der wachsenden Einigkeit, die nun in der Nation festzustellen war, keinen Gebrauch zu machen suchte. Sie selbst hätte sich dadurch gewaltig gestärkt und hätte die Macht zur Stärkung des Landes gewonnen. Baldwin aber hegte keine derartigen Absichten. Er alterte zusehends. Er ruhte auf der grossen Mehrheit aus, die er bei den Wahlen erhalten hatte, und die Konservative Partei lag friedlich in seiner Hand.



Da das Deutschland Hitlers nun ohne aktive Einmischung durch die Alliierten und einstigen verbündeten Mächte aufrüsten konnte, war ein zweiter Weltkrieg fast gewiss. Je länger eine entscheidende Kraftprobe aufgeschoben wurde, umso mehr verschlechterten sich unsere Aussichten: zuerst darauf, Hitler ohne ernstlichen Kampf Einhalt zu gebieten, und dann auf die zweite Möglichkeit, aus einem furchtbaren Ringen siegreich hervorzugehen. Im Sommer 1935 hatte Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, was einen Bruch des Friedensvertrags bedeutete. Grossbritannien hatte dies hingenommen, und durch

ein Sonderabkommen gestattete es Deutschland auch den Wiederaufbau seiner Flotte und die Parität in Unterseebooten. Das nationalsozialistische Deutschland hatte heimlich und unrechtmässig eine militärische Luftwaffe geschaffen, die im Frühling 1935 offenen Anspruch erhob, die Stärke der britischen erreicht zu haben. Nach langen, versteckten Vorbereitungen stand Deutschland nun im zweiten Jahr aktiver Kriegsproduktion. Grossbritannien, ganz Europa und was damals als das weitentfernte Amerika galt, sahen sich der organisierten Macht und dem Kriegswillen von siebzig Millionen des fähigsten Volkes in Europa gegenüber, das seinen nationalen Ruhm wieder zu erlangen trachtete und – falls es schwankte – von einem unbarmherzigen militärischen und sozialen Parteiregime vorwärtsgetrieben wurde.

Hitler hatte nun freie Hand zum Zuschlagen. Die Schritte, die er unternahm, stiessen bei den beiden liberalen Demokratien in Europa auf keinen wirksamen Widerstand, und mit Ausnahme ihres weitblickenden Präsidenten wurde man in den Vereinigten Staaten nur langsam darauf aufmerksam. Die Schlacht um den Frieden, die 1935 noch hätte gewonnen werden können, war nun fast verloren. Mussolini hatte in Abessinien triumphiert und dem Völkerbund und vor allem Grossbritannien erfolgreich Trotz geboten. Er war nun gänzlich von uns abgerückt und hatte sich mit Hitler verbrüdet. Die Achse Berlin-Rom war gegründet. Es erwies sich jetzt, dass geringe Aussicht bestand, den Krieg zu verhüten oder ihn durch ein kriegsähnliches Kräftemessen aufzuschieben. Für Frankreich und England stand kaum ein anderer Weg offen, als den Augenblick der Herausforderung abzuwarten und dann ihr möglichstes zu tun.

Es war vielleicht immer noch Zeit, die Politik der kollektiven Sicherheit durchzusetzen auf Grund der zugesagten Bereitschaft aller betroffenen Mitglieder, den Beschlüssen des Völkerbundes mit dem Schwert Nachachtung zu verschaffen. Die Demokratien und die von ihnen abhängigen Staaten waren tatsächlich und potentiell noch immer viel stärker als die Diktaturen, aber ihre Lage gegenüber ihren Gegnern war

nicht einmal mehr halb so günstig wie zwölf Monate zuvor. Schlawheit und Ängstlichkeit sind, mögen die Motive noch so anständig sein, bewaffneter und entschlossener Bösartigkeit nicht gewachsen. Ehrliche Friedensliebe ist keine Entschuldigung, um Hunderte von Millionen einfacher Leute in einen totalen Krieg zu stürzen. Die Beifallsrufe schwächer, wohlmeinender Versammlungen verklingen bald und ihre Stimme zählt bald nicht mehr. Das Verhängnis schreitet fort.

*

Im Lauf des Jahres 1935 hatte Deutschland die Bemühungen der Westmächte, ein Locarno des Ostens zu vermitteln, zurückgewiesen und sabotiert. Damals bezeichnete sich das neue Reich als Bollwerk gegen den Bolschewismus und behauptete, für Deutschland könne kein Zusammengehen mit den Sowjets in Frage kommen. Hitler erklärte dem polnischen Gesandten in Berlin am 18. Dezember, er sei «entschieden gegen jede Zusammenarbeit des Westens mit Russland».

In dieser Stimmung trachtete er danach, die französischen Versuche zu einer direkten Verständigung mit Moskau zu hindern und zu unterminieren. Der französisch-sowjetrussische Pakt war im Mai unterzeichnet, aber von keiner Seite ratifiziert worden. Die deutsche Diplomatie setzte es sich zum Ziel, diese Ratifizierung zu vereiteln. An Laval ging von Berlin aus die Warnung, dass keine Aussicht auf eine französisch-deutsche Annäherung mehr bestehen würde, falls dieser Schritt erfolge. Sein Widerstreben gegen weitere Fortschritte wurde daraufhin offensichtlich; aber es hatte keinen Einfluss auf das Geschehen.

Im Januar 1936 begab sich der französische Aussenminister Flandin zur Beisetzung König Georgs V. nach London. Am Abend dieses Tages ass er mit Baldwin und Eden in der Downing Street. Das Gespräch kam auf die künftige Haltung Frankreichs und Englands im Fall einer Verletzung des Vertrags von Locarno durch Deutschland. Ein derartiger Schritt

Hitlers wurde für wahrscheinlich gehalten, da die französische Regierung nun die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes beabsichtigte. Flandin anerkennend, die offizielle Ansicht des französischen Kabinetts und des Generalstabs festzustellen. In seinem Bericht teilte er Eden im Februar in Genf mit, dass im Fall einer Vertragsverletzung durch Deutschland die französischen Streitkräfte zur Verfügung des Völkerbundes gestellt würden, und ersuchte den britischen Minister um den eventuellen Beistand Grossbritanniens, gemäss den Bestimmungen von Locarno.

Am 28. Februar ratifizierte die französische Kammer den französisch-sowjetrussischen Pakt; am folgenden Tag erhielt der französische Botschafter in Berlin den Auftrag, an die deutsche Regierung mit der Frage heranzutreten, auf welcher Basis allgemeine Unterhandlungen für eine französisch-deutsche Verständigung eingeleitet werden könnten. Als Antwort ersuchte Hitler um einige Tage Bedenkzeit. Am 7. März liess der deutsche Aussenminister von Neurath den britischen, französischen, belgischen und italienischen Botschafter um zehn Uhr morgens in die Wilhelmstrasse kommen und eröffnete ihnen einen Vorschlag für einen Pakt von fünfundzwanzig Jahren Dauer, eine Entmilitarisierung zu beiden Seiten der Rheingrenze, ein Abkommen zur Begrenzung der Luftwaffen und ausserdem Nichtangriffspakte, die zwischen den Nachbarn im Osten und Westen abgeschlossen werden sollten.

*

Die «entmilitarisierte Zone» im Rheinland war durch die Artikel 42, 43 und 44 im Vertrag von Versailles festgesetzt worden. Diese Artikel bestimmten, dass Deutschland keine Befestigungen am linken Rheinufer oder innerhalb von fünfzig Kilometern am rechten Ufer besitzen oder errichten dürfe. Ferner durfte Deutschland in dieser Zone weder Truppen halten oder zu irgendeiner Zeit militärische Manöver durchführen, noch irgendwelche Vorkehrungen zu militärischer Mobilisation treffen.

Dazu kam der von beiden Seiten freiwillig abgeschlossene Vertrag von Locarno. In diesem Vertrag garantierten die unterzeichnenden Mächte einzeln und kollektiv die Grenzen von Deutschland und Belgien und von Deutschland und Frankreich. Artikel 2 des Vertrags von Locarno legte fest, dass Deutschland, Frankreich und Belgien diese Grenzen nie zum Einmarsch oder Angriff überschreiten würden. Sollte jedoch gegen Artikel 42 oder 43 des Vertrags von Versailles verstossen werden, so würde eine solche Verletzung einen «unprovozierten Angriff» bedeuten, der wegen des Ansammelns von Streitkräften in der entmilitarisierten Zone die angegriffenen Signatarmächte zu sofortigem Einschreiten verpflichten würde. Eine solche Verletzung sollte sofort vor den Völkerbund gebracht werden, und nachdem der Völkerbund die Tatsache der Verletzung festgestellt hätte, müsste er die unterzeichneten Mächte unterrichten, dass sie verpflichtet seien, dem Land, gegen welches der Angriff erfolgte, militärische Hilfe zu leisten.

*

Um zwölf Uhr mittags an diesem 7. März 1936, zwei Stunden nach seinem Vorschlag zu einem Pakt von fünfundzwanzig Jahren Dauer, eröffnete Hitler dem Reichstag, dass er die Besetzung des Rheinlandes beabsichtige. Noch während seiner Rede drangen deutsche Kolonnen von ungefähr 35'000 Mann über die Grenze in alle wichtigsten deutschen Städte ein. Überall empfing man sie mit Jubel, der nur durch die Angst vor einem alliierten Eingreifen gedämpft wurde. Zur Irreführung der öffentlichen Meinung in England und Amerika erklärte Hitler gleichzeitig, die Besetzung erfolge rein symbolisch. Der deutsche Botschafter in London überreichte Eden ähnliche Vorschläge wie diejenigen, die von Neurath am Morgen in Berlin den Botschaftern der anderen Signatarstaaten des Vertrags von Locarno gemacht hatte. Damit wurde zu beiden Seiten des Atlantik jedermann, der getäuscht werden wollte, mit Trost versehen. Eden gab dem Botschafter eine scharfe Antwort. Heute wissen

wir natürlich, dass Hitler diese entgegenkommenden Vorschläge nur als Teil seiner Pläne und als Deckung für den von ihm begangenen Gewaltakt benützte, dessen Gelingen für sein Prestige und damit für den nächsten Schritt in seinem Programm lebenswichtig war.

Die Besetzung war nicht nur der Bruch einer im Krieg mit Waffengewalt erzwungenen Verpflichtung und des im Frieden freiwillig unterzeichneten Vertrags von Locarno, sondern eine Ausnützung der entgegenkommenden Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, die mehrere Jahre vor dem festgesetzten Zeitpunkt stattgefunden hatte. Die Nachricht erschütterte die ganze Welt. Die französische Regierung unter Sarraut, deren Aussenminister Flandin war, erhob sich in wildem Zorn und appellierte an alle Verbündeten und an den Völkerbund. Damals konnte Frankreich auf die Vertragstreue der «Kleinen Entente» rechnen, nämlich der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens. Auch die baltischen Staaten und Polen waren mit dem französischen System verbunden. Vor allem hatte Frankreich das Recht, auf Grossbritannien zu blicken, da wir die französische Grenze gegen eine deutsche Aggression garantiert und einen Druck auf Frankreich ausgeübt hatten, um es zur beschleunigten Räumung des Rheinlands zu veranlassen. Wenn es je eine Verletzung nicht nur des Vertrags von Versailles, sondern auch des Vertrags von Locarno geben konnte, so lag sie jetzt vor, und damit eine für alle beteiligten Mächte bindende Verpflichtung.

*

Für Frankreich war es ein furchtbarer Schlag. Sarrauts und Flandins erster Impuls war, sofort mit einer allgemeinen Mobilisation zu antworten. Wären sie ihrer Aufgabe gewachsen gewesen, so hätten sie es getan; das hätte alle anderen gezwungen, sich neben Frankreich zu stellen. Frankreich stand vor einer lebenswichtigen Entscheidung. Aber es schien unfähig, ohne Englands Beistand vorzugehen. Das ist eine Deu-

tung, keineswegs aber eine Entschuldigung. Die Entscheidung war für Frankreich lebenswichtig, und jede französische Regierung, die dieses Namens würdig war, hätte einen Entschluss fassen und ihn von der Erfüllung der Vertrags Verpflichtungen abhängig machen müssen. Mehr als einmal in diesen ereignisreichen Jahren waren die französischen Minister in ihren ständig wechselnden Regierungen damit zufrieden, im britischen Pazifismus eine Entschuldigung für ihren eigenen Pazifismus zu finden. Wie immer es auch war, sie erhielten von England keine Ermutigung zum Widerstand gegen den deutschen Angriff. Im Gegenteil, wenn sie vorzugehen zögerten, zögerten die britischen Verbündeten ihrerseits nicht im Abraten. Den ganzen Sonntag hindurch fanden aufgelegte Telefongespräche zwischen London und Paris statt. Die britische Regierung ermahnte die Franzosen zu warten, damit beide Länder gemeinsam und nach eingehender Überlegung handeln könnten. Ein Samtteppich für den Rückzug!

Die inoffiziellen Antworten aus London waren ernüchternd. Lloyd George beeilte sich zu sagen: «In meinen Augen war der Vertragsbruch nicht Hitlers grösstes Verbrechen; denn es lag eine Provokation vor.» Er fügte hinzu, er hoffe, wir würden «den Kopf nicht verlieren». Die Provokation bestand vermutlich darin, dass die Alliierten nicht noch weitgehender abgerüstet hatten. Lord Snowden konzentrierte sich auf den vorgeschlagenen Nichtangriffspakt und sagte, man habe Hitlers frühere Friedensangebote übergangen; aber die Völker würden nicht zulassen, dass *dieses* Friedensangebot unbeachtet bliebe. Diese Äusserungen mögen die damalige irreführende öffentliche Meinung in England ausgedrückt haben, aber als ehrenvoll für ihre Urheber wird man sie nicht betrachten können. Das britische Kabinett, das den Weg des geringsten Widerstandes suchte, hielt es für die einfachste Lösung, der französischen Regierung einen abermaligen Appell an den Völkerbund nahezu legen.

*

Auch in Frankreich waren die Ansichten stark gespalten. Im grossen Ganzen wollten die Politiker die Armee mobilisieren und ein Ultimatum an Hitler richten, während die Generäle ähnlich wie ihre deutschen Gegenspieler für Ruhe, Geduld und Aufschub plädierten. Heute sind wir über die Meinungsverschiedenheit unterrichtet, die damals zwischen Hitler und dem deutschen Oberkommando bestanden. Wenn die französische Regierung die französische Armee, die nahezu hundert Divisionen umfasste, und die Luftwaffe (die damals irrtümlicherweise noch immer als die stärkste in Europa galt), mobilisiert hätte, wäre Hitler zweifellos von seinem eigenen Generalstab zum Rückzug gezwungen worden; dadurch wären seine Ansprüche auf ein Hindernis gestossen, das sich leicht als verhängnisvoll für sein Regime hätte auswirken können. Man muss sich darüber klar sein, dass Frankreich allein damals durchaus stark genug war, die Deutschen aus dem Rheinland zu vertreiben, sogar ohne die Hilfe, die ihm sein einmal begonnenes Vorgehen und die Anrufung des Vertrags von Locarno sicherlich von Grossbritannien gebracht haben würde. Es verharrte aber in gänzlicher Tatenlosigkeit und Lähmung und versäumte damit unwiederbringlich die letzte Gelegenheit, Hitlers Plänen ohne ernstliche kriegerische Auseinandersetzungen Einhalt zu gebieten. England drängte Frankreich stattdessen, seine Last auf den Völkerbund zu wälzen, der schon durch das Fiasko der Sanktionen und durch das englisch-deutsche Flottenabkommen vom vorhergehenden Jahr geschwächt und entmutigt war.

Am Montag, den 9. März, fuhr Eden in Begleitung von Lord Halifax und Ralph Wigram nach Paris. Ursprünglich hatte der Plan bestanden, den Völkerbundsrat nach Paris einzuberufen, aber bald darauf erhielt Wigram auf Edens Weisung den Auftrag, Flandin zu einem Besuch nach London einzuladen, damit die Tagung des Völkerbundsrates in England stattfinden könne und er dadurch wirksamere Unterstützung von Grossbritannien erhielt. Für den loyalen Beamten war dies eine unwillkommene Mission. Unmittelbar nach seiner Rückkehr am 11. März suchte

er mich in London auf und erzählte mir die Vorgänge. Flandin selbst traf an demselben Tag spät abends ein und besuchte mich am Donnerstagmorgen gegen halb neun Uhr in meiner Wohnung in Morpeth Mansions. Er erklärte mir, er beabsichtige von der britischen Regierung die gleichzeitige Mobilmachung der Land-, See- und Luftstreitkräfte der beiden Länder zu fordern, und er habe bereits Hilfsversprechen von allen Ländern der «Kleinen Entente» und von anderen Staaten erhalten. Er las mir eine eindrucksvolle Liste der Antworten vor. Ohne Zweifel besaßen die einstigen Verbündeten vom Ersten Weltkrieg noch immer die Überlegenheit. Sie brauchten nur zu handeln, um zu siegen. Obwohl wir nichts von den Vorgängen zwischen Hitler und seinen Generälen wussten, war es klar, dass die überragende Stärke sich auf unserer Seite befand. Als Privatmann vermochte ich wenig zu tun, aber ich wünschte unserem Gast Erfolg bei seinen Bemühungen, eine Entscheidung herbeizuführen, und versprach ihm alle in meiner Macht stehende Hilfe. Auf den Abend lud ich meine wichtigsten Mitarbeiter zum Essen ein, damit wir Flandins Ermahnungen anhören könnten.

Chamberlain war damals als Schatzkanzler der einflussreichste Mann im Kabinett. Sein Biograph Keith Feiling veröffentlicht folgenden Auszug aus seinem Tagebuch: «12. März. Mit Flandin gesprochen, betont, dass uns öffentliche Meinung bei Sanktionen irgendwelcher Art nicht unterstützen würde. Er ist der Ansicht, dass Deutschland ohne einen Krieg nachgeben wird, wenn eine feste Front gewahrt wird. Wir können dies nicht als eine zuverlässige Einschätzung der Reaktion eines wahn sinnigen Diktators hinnehmen.» Als Flandin wenigstens auf einen Wirtschaftsboykott drängte, antwortete Chamberlain mit der Anregung, eine internationale Streitmacht während der Verhandlungen bereitzustellen, ferner war er bereit, einen gegenseitigen Hilfeleistungspakt abzuschließen, und erklärte, dass er auch die Preisgabe einer Kolonie ins Auge fassen würde, wenn wir dadurch einen dauernden Frieden zu sichern vermöchten¹.

¹ Keith Felling, *Life of Neville Chamberlain*, S. 279.

Inzwischen sprach der grösste Teil der britischen Presse, *Times* und *Daily Herald* an der Spitze, ihre Überzeugung aus, dass Hitlers Angebot eines Nichtangriffspaktes ernst gemeint sei. In einer Rede in Cambridge verkündete Austen Chamberlain die gegenteilige Auffassung. Wigram war der Ansicht, es gehöre zu seinen Pflichten, Flandin mit allen erdenklichen Leuten aus Wirtschaftskreisen, der Presse und der Regierung zusammenzuführen. Im Hause Wigrams erklärte Flandin diesen Gästen: «Die ganze Welt, vor allem die kleinen Völker, richten heute ihr Augenmerk auf England. Wenn England jetzt handelt, kann es die Führung in Europa übernehmen. Dann haben Sie eine Politik, die ganze Welt wird Ihnen folgen, und damit werden Sie den Krieg verhindern. Es ist Ihre letzte Chance. Wenn Sie Deutschland nicht *jetzt* Einhalt gebieten, ist alles verloren. Frankreich ist nicht mehr in der Lage, der Tschechoslowakei eine Garantie zu bieten; denn das wird geographisch unmöglich. Wenn Sie sich nicht an den Vertrag von Locarno halten, wird Ihnen nichts anderes übrigbleiben, als die Wiederaufrüstung Deutschlands abzuwarten, gegen die Frankreich nichts tun kann. Wenn Sie Deutschland nicht heute noch mit Gewalt zum Stillstand zwingen, ist der Krieg unvermeidlich, selbst wenn Sie eine vorübergehende Freundschaft mit Deutschland schliessen. Persönlich glaube ich nicht, dass zwischen Frankreich und Deutschland eine Freundschaft möglich wäre: zwischen den beiden Ländern wird immer eine Spannung bestehen. Trotzdem werde ich, wenn Sie Locarno preisgeben, meine Politik ändern; denn etwas anderes wird dann nicht mehr möglich sein.»

Das waren mutige Worte, aber entschlossenes Handeln hätte eine deutlichere Sprache gesprochen.

Lord Lothian äusserte sich dazu: «Im Grunde gehen die Deutschen nur in ihren eigenen Hintergarten.» Das war für die englische Auffassung bezeichnend.

*

Als ich den ungünstigen Verlauf der Dinge vernahm und ein Gespräch mit Wigram geführt hatte, gab ich Flandin den Rat, vor seiner Abreise Baldwin um eine Unterredung zu ersuchen. Sie fand in der Downing Street statt. Der Premierminister empfing Flandin mit der grössten Höflichkeit. Baldwin erklärte, er verstehe zwar von auswärtigen Angelegenheiten nur wenig, aber er könne die Empfindungen der britischen Bevölkerung zutreffend deuten. Sie wolle den Frieden. Flandin berichtet, er habe darauf erwidert, die einzige Möglichkeit, den Frieden zu wahren, liege eben darin, dass man der Aggression Hitlers Einhalt gebiete, solange das noch möglich sei. Frankreich wünsche nicht, England in einen Krieg zu verwickeln; es fordere keine greifbare Hilfe, und es werde von sich aus das Erforderliche tun, was auf eine blossе Polizeioperation hinauslaufe, da nach französischen Informationen die deutschen Truppen im Rheinland den Befehl hätten, sich zurückzuziehen, wenn sie auf gewaltsamen Widerstand stossen sollten. Flandin versichert, gesagt zu haben, alles, was Frankreich von seinen Verbündeten verlange, sei, dass man ihm freie Hand lasse. Das ist sicher nicht wahr. Wie hätte England Frankreich an einem Vorgehen hindern können, wozu es gemäss dem Vertrag von Locarno berechtigt war? Der britische Premier wiederholte, sein Land könne das Risiko eines Krieges nicht auf sich nehmen. Er fragte sodann, was die französische Regierung zu tun entschlossen sei. Auf diese Frage erfolgte keine eindeutige Antwort. Nach Flandins Darstellung sagte Baldwin weiter: «Sie mögen recht haben, aber wenn *auch nur eine Möglichkeit auf hundert* besteht, dass sich aus Frankreichs Polizeioperation ein Krieg ergibt, so habe ich nicht das Recht, England dieser Gefahr auszuliefern.» Nach einer Pause fügte er hinzu: «England ist nicht in der Lage, einen Krieg zu beginnen¹.» Eine Bestätigung dieser Darstellung existiert nicht. Flandin kehrte mit der Überzeugung nach Frankreich zurück, dass zunächst sein eigenes in sich zerrissenes Land nur angesichts einer machtvollen Willensäusserung Englands sich eini-

¹ Pierre-Etienne Flandin, *Politique française, 1919-40*, S. 207 f.

gen würde, dass aber von einer solchen einstweilen nichts zu bemerken war und dass mit keinem starken Auftrieb aus England gerechnet werden konnte. Viel zu leicht überliess er sich dem traurigen Schluss, die einzige Hoffnung für Frankreich liege in einer Verständigung mit einem immer deutlicher aggressiven Deutschland.

In Anbetracht meiner Eindrücke über Flandins Haltung in diesen Tagen der Spannung hielt ich es in späteren Jahren trotz seinen bald darauffolgenden Abirrungen für meine Pflicht, ihm zu Hilfe zu kommen, soweit mir dies möglich war. Im Winter 1943/44 wandte ich allen mir zu Gebote stehenden Einfluss zu seinem Schutz auf, als die Regierung de Gaulle ihn in Algier verhaftete. Auf mein Ersuchen leistete mir Präsident Roosevelt dabei tatkräftige Hilfe. Als Flandin nach dem Krieg vor Gericht gestellt wurde, erschien mein Sohn Randolph, der während des Feldzuges in Afrika viel mit Flandin verkehrt hatte, als Zeuge, und ich will gerne annehmen, dass seine Aussagen und auch ein Brief, den ich Flandin geschrieben hatte, um seine Verteidigung zu erleichtern, einiges zu seiner Freisprechung durch die französischen Richter beitrugen. Schwachheit ist nicht Verrat, obwohl sie ebenso verhängnisvoll sein kann. Nichts vermag aber die französische Regierung von ihrer schweren Verantwortung zu entlasten. Clemenceau oder Poincaré hätten Baldwin keine Wahl gelassen.

*

Dass sich England und Frankreich mit den Verletzungen der Verträge von Versailles und Locarno abfanden, die mit Hitlers Besetzung des Rheinlands zusammenhingen, war für Wigram ein tödlicher Schlag. «Als die französische Delegation abgereist war», schrieb mir seine Gattin, «kam Ralph zurück und setzte sich in eine Ecke des Zimmers, wo er sonst nie sass, und sagte zu mir: ‚Der Krieg ist jetzt *unvermeidlich*, und es wird der furchtbarste Krieg sein, den es je gegeben hat. Ich werde ihn wohl nicht mehr erleben, aber du. Warte nur, bis die Bomben auf dieses kleine Haus fallen¹‘. Seine Worte erschreckten mich. Er fuhr fort: ‚Mei-

¹ Es wurde tatsächlich zertrümmert.

ne ganze Arbeit in all diesen Jahren ist umsonst gewesen. Ich habe versagt. Es ist mir nicht gelungen, den Leuten klarzumachen, was auf dem Spiel steht. Ich bin wohl nicht stark genug. Ich bin nicht imstande gewesen, sie zur Einsicht zu bringen. Winston hat immer, immer gewusst, um was es geht; er ist stark und wird bis zuletzt durchhalten/»

Mein Freund schien sich von diesem Schock nicht mehr zu erholen. Er nahm sich alles zu sehr zu Herzen. Schliesslich kann man immer weiter tun, was man für seine Pflicht hält, und immer grössere Gefahren auf sich nehmen, bis man umkommt. Wigrams tiefes Verständnis war zuviel für sein sensitives Wesen. Sein vorzeitiger Tod im Dezember 1936 bedeutete für das Foreign Office einen unersetzlichen Verlust und trug zum traurigen Sinken unseres Sterns bei.

*

Als Hitler nach der erfolgreichen Wiederbesetzung des Rheinlands seine Generäle empfang, konnte er ihnen vorhalten, wie unberechtigt ihre Befürchtungen gewesen waren und wie überlegen sein Urteil und seine «Intuition» dem Urteil gewöhnlicher Militärfpersonen sei. Die Generäle fügten sich. Als gute Deutsche sahen sie mit Freude, wie ihr Land in Europa so rasch an Boden gewann und seine früheren Gegner so zerspalten und zahm waren. Zweifellos nahm Hitlers Prestige und Autorität in den höchsten Machtkreisen Deutschlands durch diese Episode genügend zu, um ihm zu erlauben, zu grösseren Versuchen überzugehen. Vor der Welt sagte er: «Alle territorialen Ansprüche Deutschlands sind nun befriedigt.»

Frankreich verfiel in einen Zustand der Zerrüttung, der Furcht vor dem Krieg und der Erleichterung darüber, dass er vermieden werden konnte. Die einfältigen Engländer wurden von ihrer einfältigen Presse angewiesen, sich mit der Erwägung zu trösten: «Schliesslich und endlich kehren die Deutschen nur in ihr eigenes Land zurück. Was würden wir empfinden, wenn wir zehn oder fünfzehn Jahre lang etwa aus Yorkshire

vertrieben worden wären?» Niemand hielt sich bei der Feststellung auf, dass die Eisenbahndepotpunkte, von denen aus die deutsche Armee die Invasion nach Frankreich vortragen konnte, um 150 Kilometer vorge-schoben worden waren. Niemand kümmerte sich darum, dass man allen Mächten der «Kleinen Entente» und ganz Europa den Beweis geliefert hatte, dass Frankreich nicht zum Kampf entschlossen war und dass Eng-land es zurückgehalten hätte, selbst wenn es den Entschluss hätte fassen wollen. Diese Vorfälle stärkten Hitlers Machtstellung im Reich und brachten auf schändliche und für den deutschen Patriotismus entehrende Weise die Generäle zum Schweigen, die Hitler bisher hatten aufhalten wollen.

*

Während dieser ereignisreichen Wochen wurde, wie sich jetzt zeigt, in hochgestellten Kreisen mein persönliches Schicksal erörtert. Der Premierminister hatte sich unter ständigem Druck endlich entschlossen, ein neues Ministerium zu schaffen – nicht ein Verteidigungsministerium, wohl aber eines für die Koordination der Landesverteidigung. Neville Chamberlains Biograph berichtet einiges hierüber. Austen Chamberlain, der bei der Regierung grossen Einfluss besass, dachte und sagte, mein Ausschluss sei ein «schwerer Fehler». Sir Samuel Hoare war von einem Erholungsaufenthalt zurückgekehrt und in Anbetracht der Fügsamkeit, mit der er seine Entlassung nach der Hoare-Laval-Krise hingenommen hatte, besass er zweifellos allen Anspruch darauf, wieder verwendet zu werden. Der Premierminister hielt es für die beste Lösung, dass Neville Chamberlain das neue Amt übernehme und Austen ins Schatzkanzler-amt zurückkehre. Neville war sicher, dass er in nächster Zukunft Baldwins Nachfolger werden würde, und lehnte das Angebot ab. «Die Partei», sagt Feiling, «war mit Hoares sofortiger Rückkehr nicht einverstan-den. Wenn das neue Ministerium Churchill zufiel, wäre dies gegen den Rat derjenigen gewesen, die für die Interpretation der Parteiwünsche verantwortlich waren; und musste es nicht, sobald Baldwin zurücktrat, einen Streit um die Nachfolgerschaft auslösen? Überdies hätte es die

Kreise der Liberalen und des Zentrums beunruhigt, die seinen Ausschluss als Gewähr gegen den Militarismus betrachtet hatten».¹ Einen vollen Monat lang, wird uns berichtet, «wurden diese Spitzfindigkeiten und diese wichtigen Fragen sorgfältig erwogen».

Diese Vorgänge waren mir selbstverständlich bekannt. In der Debatte vom 9. März hütete ich mich, meine Haltung strenger, wenn auch freundlicher Kritik an der Politik der Regierung im geringsten zu mildern, und man hielt meine Rede für einen Erfolg. Nach meiner Ansicht war der ganze Aufbau dieses Ministeriums, vor allem auch seine Kompetenzen, unzulänglich. Trotzdem hätte ich das Amt gern übernommen, im Vertrauen darauf, dass sich Kenntnisse und Erfahrung durchsetzen würden. Nach der Darstellung Feilings gab offenbar das Eindringen der Deutschen ins Rheinland am 7. März den Ausschlag gegen meine Ernennung. Es war allerdings nur zu klar, dass Hitler damit nicht einverstanden gewesen wäre. Am 9. März berief Baldwin einen tüchtigen Juristen, Sir Thomas Inskip, der den Vorzug hatte, selber nur wenig bekannt zu sein und von militärischen Dingen gar nichts zu wissen. Die Wahl des Premiers wurde von der Presse und der Öffentlichkeit mit Erstaunen aufgenommen. Für mich war dieser unmissverständliche und anscheinend endgültige Ausschluss von jeder Mitarbeit an unseren Wehrvorbereitungen ein schwerer Schlag.

Ich war gezwungen, mir eine starke Zurückhaltung aufzuerlegen, um in den grossen Diskussionen und Debatten, die sich immer häufiger folgten und bei denen ich manchmal eine bedeutende Rolle übernahm, nicht aus der Fassung zu kommen. Ich musste meine Gefühle verbergen und unbefangen, unbeteiligt und gelassen erscheinen. Bei diesen Bemühungen war für mich der unablässige Gedanke an die Sicherheit unseres Landes eine gute und einfache Richtschnur.

¹ Das entsprach auch damals keineswegs der Wahrheit. Die Unterzeichner der Friedensabstimmung waren einig mit mir in der Befürwortung der bewaffneten kollektiven Sicherheit.

Um mich zu beruhigen und zu konzentrieren, entwarf ich den Plan einer Geschichte der Ereignisse seit dem Vertrag von Versailles bis zu dem Tage, den wir erreicht hatten. Ich begann sogar die Niederschrift des Einleitungskapitels; einen Teil von dem, was ich damals schrieb, konnte ich im vorliegenden Buch ohne die geringste Änderung verwenden. Ich konnte aber diesen Plan nicht sehr weit verfolgen, weil einerseits die Ereignisse sich überstürzten und weil ich andererseits durch die laufende literarische Tätigkeit in Anspruch genommen war, mit der ich mein angenehmes Leben in Chartwell verdiente. Gegen Ende 1936 vertiefte ich mich überdies in meine *Geschichte der Englisch sprechenden Völker* die ich tatsächlich noch vor dem Ausbruch des Kriegs zum Abschluss brachte und die eines Tages der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Die Arbeit an einem umfangreichen und gehaltvollen Buch bewirkt, dass man gleichsam einen Freund und Gefährten neben sich hat, an den man sich jederzeit wenden kann, wenn man Trost oder Aufheiterung braucht, und dessen Gesellschaft umso anziehender wird, je mehr sich dem Geist immer neue Interessengebiete öffnen.

Baldwin hatte sicherlich gute Gründe, um das letzte Aufflakkern seiner Macht gegen einen Mann zu wenden, der seine Fehler so oft und so schonungslos angeprangert hatte. Als gewiegter Parteiführer, der in Mehrheitsbegriffen dachte und ein geruhames Leben zwischen den Wahlen erstrebte, trug er überdies kein Verlangen nach meiner störenden Mitarbeit. Zweifellos glaubte er, mir einen politisch tödlichen Schlag versetzt zu haben, und ich hegte damals das Gefühl, dass er vielleicht nicht unrecht hatte. Wie schwer ist es doch, die Folgen kluger oder törichter Handlungen, die der Tugend und der Bosheit vor auszusehen! Ohne diese unberechenbare und ständige Ungewissheit würde die Dramatik des menschlichen Lebens zerstört. Baldwin ahnte ebenso wenig wie ich, was für einen grossen Dienst er mir leistete, indem er mich daran hinderte, mich in all die Kompromisse und Pflichtversäumnisse zu verstricken, die mit der Regierungspolitik der nächsten drei Jahre zu-

sammenhingen. Auch hätte ich, wenn ich im Kabinett geblieben wäre, beim Ausbruch des Krieges eine unmittelbare Verantwortung für den Zustand unserer Landesverteidigung zu tragen gehabt, der sich als furchtbar unzulänglich erweisen musste.

Es war nicht das erste- und auch nicht das letztemal, dass eine gütige Schicksalsfügung über mir waltete, die anfänglich nicht zu durchschauen war.

*

Ich hoffte noch immer, Frankreichs Appell an den Völkerbund werde bewirken, dass die Beschlüsse des Völkerbundes unter internationalem Druck auf Deutschland durchgesetzt würden. Am 13. März 1936 schrieb ich:

Frankreich hat seinen Fall vor Gericht gebracht und fordert dort Gerechtigkeit. Sollte der Gerichtshof entscheiden, dass Frankreich im Recht ist, aber dennoch keine Genugtuung bieten können, so würden sich die Völkerbundssatzungen als Trug und die kollektive Sicherheit als Irreführung erwiesen haben. Wenn der beleidigten Partei keine Möglichkeit einer gerechten Wiedergutmachung geboten werden kann, müsste die ganze Doktrin von internationaler Rechtsprechung und Zusammenarbeit, auf welcher die Hoffnungen der Zukunft fussen, schmachlich dahinfliegen. An ihre Stelle träte sofort ein System der Bündnisse und Staatengruppen, die als einzige Garantie nur ihren eigenen rechten Arm besässen. Wäre aber der Völkerbund imstande, seinem Beschluss gegen eines der mächtigsten Länder der Welt, das sich als Angreifer erweist, Geltung zu erzwingen, dann stünde die Autorität des Völkerbundes auf einem so erhabenen Piédestal, dass sie von da an die anerkannte höchste Autorität sein müsste, die über alle Völkerstreitigkeiten zu entscheiden und sie in Schranken zu halten vermöchte. So könnten wir bei dieser Gelegenheit mit einem einzigen Schritt die Verwirklichung unserer teuersten Träume erlangen.

Aber die Gefahr! Niemand darf sie übersehen. Wie lässt sie sich auf ein Mindestmass beschränken? Es gibt eine einfache Methode: die Konzentrierung überwältigender Macht, sowohl moralischer wie materieller, zum Schutz des internationalen Rechtes. Wenn die Kräfte der beiden Seiten fast gleich sind, kann in wenigen Wochen Krieg ausbrechen, und niemand vermag dann zu berechnen, welchen Verlauf er nehmen, wer in

seinen Strudel gerissen wird oder wie die Beteiligten, wenn überhaupt, daraus hervorgehen mögen. Wenn aber die dem Völkerbund *zu* Gebote stehenden Kräfte vier- bis fünfmal so stark sind wie die, über welche der Angreifer bisher verfügt, sind die Aussichten für eine friedliche und freundschaftliche Lösung äusserst günstig. Daher sollte jedes Land, ob gross oder klein, gemäss den Völkerbundssatzungen seinen Beitrag leisten.

Mit welchen Kräften kann der Völkerbund in dieser entscheidenden Stunde rechnen? Hat er Beamte und Polizisten, mit deren Hilfe er seinen Urteils Sprüchen Geltung verschaffen kann, oder ist er allein, machtlos, eine hohle Spottfigur inmitten unentschlossener oder zynischer Anhänger, die sich in schön tönenden Phrasen ergehen? Für das Schicksal der Welt ist es wahrlich seltsam, dass dem Völkerbund noch bei keiner Gelegenheit derart überragende Kräfte zu Gebote standen. Die Weltpolizeitruppe ist zur Hand. In Genf stehen bewaffnete grosse Nationen bereit, die sowohl durch ihre Interessen wie durch ihre Verpflichtungen gebunden sind, das Völkerrecht zu unterstützen und im äussersten Fall mit Gewalt durchzusetzen. Vielleicht kehrt eine solche Gelegenheit nie wieder. Ein schicksalsschwerer Augenblick ist eingetreten, in dem es zwischen dem neuen und dem vergangenen Zeitalter zu wählen gilt.

Alle diese Worte passten den Kräften aus der Liberalen und der Labourpartei, mit denen ich damals nebst einigen meiner Freunde aus der Konservativen Partei zusammenarbeitete. Konservative, die über die nationale Sicherheit beunruhigt waren, vereinigten sich in dieser Sache mit Gewerkschaftern, mit Liberalen und mit der gewaltigen Menge friedliebender Männer und Frauen, die im vorangegangenen Jahr die Friedensabstimmung unterstützt hatten. Wenn die britische Regierung mit Festigkeit und Entschlossenheit auf dem Weg über den Völkerbund vorgegangen wäre, hätte sie zweifellos ein geeintes England im entscheidenden Streben nach der Verhütung des Krieges anführen können.

*

Über die Rheinlandbesetzung debattierte das Parlament erst am 26. März. Die Zwischenzeit wurde teilweise durch eine Tagung des Völker-

bundsrats in London ausgefüllt. Als Resultat wurde Deutschland aufgefordert, seine Klage gegen den französisch-russischen Pakt, die Hitler erhoben hatte, vor den Haager Gerichtshof zu bringen und während der Dauer weiterer Verhandlungen die Zahl seiner Truppen im Rheinland nicht zu erhöhen. Falls Deutschland dem letztgenannten Ersuchen nicht nachkäme, beabsichtigten die britische und die italienische Regierung die Schritte zu unternehmen, zu denen sie gemäss dem Vertrag von Locarno verpflichtet waren. Dem Versprechen Italiens konnte man keinen grossen Wert beimessen. Mussolini stand schon in engem Kontakt mit Hitler. Deutschland fühlte sich stark genug, alle Bedingungen bezüglich der Truppenbeschränkung im Rheinland abzulehnen. Eden drängte infolgedessen darauf, dass zwischen Grossbritannien, Frankreich und Belgien Generalstabsbesprechungen abgehalten werden müssten, damit eine gemeinsame Aktion, die vielleicht auf der Grundlage des Vertrags von Locarno in Zukunft nötig werden würde, geplant und vorbereitet werden könnte. Der junge Aussenminister hielt eine mutige Rede und riss das Parlament mit. Austen Chamberlain und ich unterstützten ihn mit eingehenden Ausführungen. Die Stimmung des Kabinetts blieb lau, und es war keine leichte Aufgabe für Eden, auch nur die Durchführung der Generalstabsbesprechungen zu erreichen. Meist spielen solche Besprechungen keine Rolle in der Diplomatie; sie pflegen geheim oder sogar inoffiziell vor sich zu gehen. Jetzt aber bildeten sie das einzige praktische Ergebnis der drei Wochen langen Verhandlungen und Widerreden und waren die einzige Antwort der Alliierten auf Hitlers Vertragsbruch und den endgültigen Gewinn des Rheinlands.

Im Verlauf meiner Rede sagte ich:

Auf unsere Aussenpolitik der letzten fünf Jahre können wir nicht mit grosser Befriedigung zurückblicken. Zweifellos waren es verhängnisvolle Jahre. Es sei fern von mir, der Regierung meines eigenen Landes die Verantwortung für das Unheil zuzuschieben, das in dieser Zeitspanne über die Welt gekommen ist... Aber sicher haben wir den niederdrückend-

sten und beunruhigendsten Wandel in den Aussichten der Menschheit erlebt, der sich jemals in so kurzer Zeit vollzog. Vor fünf Jahren noch wädhnten sich alle in Sicherheit; vor fünf Jahren noch warteten alle vertrauensvoll auf den Frieden, auf eine Zeit, in der die Menschheit die Reichtümer geniessen könnte, welche die Wissenschaft allen Klassen zu vermitteln vermag, wenn Friede und Gerechtigkeit herrschen. Vor fünf Jahren noch wäre eine Kriegsrede nicht nur als unsinnig und verbrecherisch betrachtet worden, sondern fast als ein Zeichen von Wahnsinn ...

Der Überfall auf das Rheinland ist schwerwiegend, weil er eine Bedrohung für Holland, Belgien und Frankreich bedeutet. Mit Besorgnis habe ich die Ausführungen des Aussenministers vernommen, dass die Deutschen es ablehnen, während der Dauer der Verhandlungen auch nur auf den Bau von Befestigungen zu verzichten. Sobald eine Befestigungslinie besteht – und ich nehme an, dass dies bald der Fall sein wird –, verändert sich die Lage in Europa. *Diese Linie wird Deutschlands Haupttor durch starke Riegel sichern, so dass es freie Hand hat, durch die andern Türen nach Osten und Süden vorzudringen.*

Die weitreichenden Folgen der Befestigung des Rheinlands wurden in England und in den Vereinigten Staaten erst nach und nach in ihrer vollen Bedeutung erkannt. Als die Regierung am 6. April in der Debatte über die Aussenpolitik ein Vertrauensvotum forderte, kehrte ich wieder zu diesem Problem zurück, indem ich erklärte:

Hitler hat die Verträge zerrissen und das Rheinland besetzt. Seine Truppen stehen im Rheinland und werden dort bleiben. Das bedeutet, dass das Naziregime in Deutschland und in allen Nachbarländern neues Ansehen gewonnen hat. Aber nicht nur dies: Deutschland befestigt jetzt die Rheinzone oder wird sie nächstens befestigen. Ohne Zweifel braucht es Zeit dazu. Man sagt uns, vorerst würden nur Feldbefestigungen gebaut; aber wer unterrichtet ist, bis zu welcher Vollendung die Deutschen Feldbefestigungen errichten können – wie die Hindenburg-Linie, mit Massen von Beton und den darin befindlichen unterirdischen Kammern –, der wird sich darüber klar sein, dass sich Feldbefestigungen nur wenig von permanenten Befestigungen unterscheiden und sich vom ersten Spatenstich bis zur endgültigen, vollkommenen Form stetig weiterentwickeln.

Ich hege keinen Zweifel, dass die ganze deutsche Grenze gegenüber Frankreich so stark und so schnell wie möglich befestigt werden soll. In drei, vier oder sechs Monaten werden wir vor einem Wall von ungeheurer Stärke stehen. Worin werden die diplomatischen und strategischen Folgen bestehen? *Die Errichtung einer Kette von Befestigungen gegenüber der französischen Grenze wird den Deutschen die Verringerung ihrer Truppenbestände auf dieser Linie ermöglichen und der Hauptmacht eine Umgehungsoperation durch Belgien und Holland gestatten ...* Im Osten dürften sich die Folgen der Rheinlandbefestigung noch rascher zeigen. Das bedeutet für uns eine weniger direkte Gefahr, dafür ist es aber eine Gefahr, die umso rascher näher kommen wird. Im Augenblick, da diese Befestigungen fertiggestellt sind, und im gleichen Verhältnis mit ihrer Vollendung verändert sich der ganze Aspekt Mitteleuropas. *Die baltischen Staaten, Polen und die Tschechoslowakei, zu denen überdies Jugoslawien, Rumänien, Österreich und einige andere Länder hinzukommen, sind in entscheidender Weise in Mitleidenschaft gezogen, sobald dieses gewaltige Bauvorhaben durchgeführt ist.*

Jedes einzelne Wort dieser Warnung sollte sich in rascher Folge bewahrheiten.

*

Nach der Rheinlandbesetzung und der Entwicklung der Befestigungslinie gegen Frankreich sollte der nächste Schritt offensichtlich der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich sein. In der Kette der Ereignisse, die mit der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß im Juli 1934 begonnen hatten, trat bald ein weiteres Glied in Erscheinung. Mit aufschlussreicher Offenheit, wie wir heute erkennen, unterrichtete der deutsche Aussenminister von Neurath am 18. Mai 1936 den amerikanischen Botschafter in Moskau, Bullitt, davon, dass die deutsche Regierung die Politik verfolge, in auswärtigen Angelegenheiten keine Schritte zu unternehmen, bis das Rheinland verdaut sei. Er erklärte, *bevor die deutschen Verteidigungsanlagen an der französischen Grenze gebaut wären*, werde Deutschland alles tun, um ein Losschlagen der Nationalsozialisten in Österreich eher zu verhindern als zu ermutigen, und hinsichtlich der Tschechoslowakei werde sie eine ruhige Linie beibehalten. *«Sobald*

unsere Befestigungen errichtet sind», sagte er, «und die Staaten in Mitteleuropa einsehen, dass Frankreich keinen Zugang zu deutschem Gebiet hat, werden alle diese Länder ihre Aussenpolitik mit ganz anderen Augen betrachten, und es wird sich eine neue Konstellation entwickeln.» Von Neurath teilte Bullitt ferner mit, dass sich die österreichische Jugend immer deutlicher den Nazis zuwende; die Herrschaft der Nationalsozialistischen Partei in Österreich sei unvermeidlich, eine reine Frage der Zeit. *Der wichtigste Faktor jedoch sei die Fertigstellung der deutschen Befestigungen an der französischen Grenze, da sonst ein Streit Deutschlands mit Italien*

einem Angriff Frankreichs auf Deutschland führen könnte.

Am 21. Mai 1936 erklärte Hitler vor dem Reichstag: «Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschliessen.» Am 11. Juli 1936 unterzeichnete er einen Pakt mit der österreichischen Regierung, worin er sich verpflichtete, die inneren Angelegenheiten Österreichs in keiner Weise zu beeinflussen und insbesondere der österreichischen nationalsozialistischen Bewegung keine aktive Unterstützung zu gewähren. Fünf Tage nach diesem Abkommen ergingen Geheiminstruktionen an die Nationalsozialistische Partei in Österreich, dass sie ihre Tätigkeit erweitern und intensivieren solle. Unterdessen machte sich der deutsche Generalstab auf Hitlers Befehl daran, militärische Pläne zur Besetzung Österreichs auszuarbeiten, die im gegebenen Augenblick erfolgen sollte.

**DIE SPANNUNGSGELADENE PAUSE / SPANIEN
1936-1937**

Englands Aussenpolitik – Die neue Vormacht – Der Völkerbund – Zweijähriges Zwischenspiel – Meine Denkschrift über die Rüstungsproduktion – 6. Juni 1936 (Anhang) – Der Bürgerkrieg in Spanien – Nichtintervention – Der Antikominternpakt – Baldwins «freimütige» Rede – Waffen und Völkerbundspakt – Die Versammlung in der Albert Hall – Die Abdankung von König Eduard VIII. – Baldwins Klugheit – Die Krönung von König George VI. – Ein Brief des Königs – Baldwin tritt zurück – Chamberlain wird Premierminister – Wechsel im Ministerium – Baldwin und Chamberlain – Ein Gespräch mit Ribbentrop

AN dieser Stelle scheint es mir angebracht, die Grundsätze *l* der britischen Politik in Europa niederzulegen, die ich seit vielen Jahren verfolgt habe und noch immer verfolge. Ich kann sie nicht besser ausdrücken als mit den Worten, die ich Ende März 1936 in einer privaten Rede an das Konservative Parlamentskomitee für Auswärtige Angelegenheiten richtete:

«Seit vierhundert Jahren hat die Aussenpolitik Englands darin bestanden, sich der stärksten, aggressivsten, beherrschenden Grossmacht auf dem Kontinent entgegenzustellen und insbesondere zu verhindern, dass die Niederlande unter die Herrschaft dieser Grossmacht gerieten. Im geschichtlichen Rückblick müssen diese vier Jahrhunderte beharrlichen Strebens im Wechsel so mancher Namen, Tatsachen und Verhältnisse als eine der beachtenswertesten Erscheinungen gelten, welche die Geschichte irgendeiner Rasse, eines Staates oder eines Volkes aufweist. Überdies wählte England bei allen Gelegenheiten den schwierigeren

Weg. Gegenüber Philipp II. von Spanien, gegenüber Ludwig XIV. unter William III. und Marlborough, gegenüber Napoleon und Wilhelm II. von Deutschland wäre es leicht gewesen und muss auch eine grosse Verlockung bedeutet haben, sich der stärkeren Seite anzuschliessen und die Früchte ihrer Eroberungen zu teilen. Wir schlugen aber immer den härteren Weg ein, schlossen uns den weniger starken Mächten an, schufen zwischen ihnen eine Verbindung und besiegten damit den militärischen Tyrannen auf dem Kontinent, wer immer er war und welche Nation er auch anführen mochte. Auf diese Weise bewahrten wir die Freiheit Europas, schützten das Gedeihen seiner lebensvollen und verschiedenartigen Gemeinschaften und gingen mit wachsendem Ruhm und einem sich ausdehnenden Weltreich aus vier furchtbaren Kämpfen hervor, wobei auch die Unabhängigkeit der Niederlande gesichert blieb. Darin liegt die grossartige, unbewusste Tradition der britischen Aussenpolitik. Unser ganzes Denken wurzelt heute noch in dieser Tradition. Es ist mir nichts bekannt, was die Gerechtigkeit und Weisheit, die Tapferkeit und Umsicht, die das Handeln unserer Vorfahren bestimmte, verändert oder geschwächt hätte. Es ist mir nichts bekannt, was der menschlichen Natur widerfahren wäre und die Gültigkeit ihrer Schlüsse auch nur im geringsten gewandelt hätte. Es ist mir keine militärische, politische, wirtschaftliche oder wissenschaftliche Tatsache bekannt, die mich denken liesse, dass wir weniger fähig wären. Es ist mir nichts bekannt, das mich zur Meinung führen könnte, wir sollten oder könnten nicht auf derselben Bahn weitergehen. Ich stelle diese höchst allgemeine Behauptung vor Ihnen auf, weil ich glaube, dass durch ihre Anerkennung alles andere viel einfacher wird.

«Wir müssen bedenken, dass die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Herrschaft über Europa anstrebt. Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie, oder das französische Kaiserreich, oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen,

sondern lediglich darum, wer der grösste oder der potentiell dominierende Tyrann ist. Wir sollten uns daher nicht vor der Beschuldigung fürchten, dass wir eine profranzösische oder antideutsche Einstellung hätten. Wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, könnten wir ebenso gut deutschfreundlich und antifranzösisch sein. Wir folgen einem Gesetz der Politik, nicht einer blossen Zweckmässigkeit, die durch zufällige Umstände, Neigungen und Abneigungen oder andere Gefühle bestimmt wird.

«Es erhebt sich daher die Frage, welche Macht in Europa heute die stärkste ist und welche in einem gefährlichen und unterdrückenden Sinne zu herrschen sucht. Heute, dieses Jahr noch und vermutlich bis in das Jahr 1937 hinein, ist die französische Armee die stärkste in Europa. Niemand aber fürchtet sich vor Frankreich. Jedermann weiss, dass Frankreich unbehelligt bleiben will und dass es bei Frankreich nur um die Selbsterhaltung geht. Jedermann weiss, dass die Franzosen friedfertig sind und dass eine Angst auf ihnen lastet. Sie sind gleichzeitig tapfer, entschlossen, friedliebend und von Furcht bedrückt. Sie sind eine liberale Nation mit freien parlamentarischen Einrichtungen.

«Deutschland dagegen fürchtet niemanden. Es rüstet in einer Weise auf, wie man es in der deutschen Geschichte noch nie erlebt hat. Es wird von einer Handvoll übermütiger Desperados gelenkt. Das Geld wird knapp; unter der Despotenherrschaft regt sich Unzufriedenheit. Bald werden sie wählen müssen, ob sie einen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch und innere Unruhen vorziehen oder einen Krieg, der kein anderes Ziel haben könnte – und der, wenn er gelingt, kein anderes Ergebnis bringen kann – als ein germanisiertes Europa unter nationalsozialistischer Aufsicht. Deshalb scheint mir, dass alle die alten Gegebenheiten wieder vorliegen und dass unsere nationale Rettung davon abhängt, ob wir noch einmal alle Mächte in Europa vereinigen können, um die deutsche Oberherrschaft in Schranken zu halten, zu verhindern und wenn nötig zu vernichten. Glauben Sie mir: wenn eine jener andern Mächte – Spanien, Ludwig XIV., Napoleon, Kaiser Wilhelm II.

– mit unserer Hilfe die absolute Herrschaft über Europa errungen hätte, wären wir am Tag nach ihrem Sieg ausgeraubt worden, wäre Bedeutungslosigkeit und Not unser Schicksal geworden. Wir sollten dem Leben und der Fortdauer des Britischen Reiches und der Grösse dieser Insel einen hohen Rang in unsern Pflichten einräumen und uns nicht durch Illusionen über eine ideale Welt irreführen lassen, was doch nur bedeuten würde, dass andere und schlimmere Mächte an unserer Stelle regierten und die zukünftige Entwicklung in der Hand hielten.

«In diesem Augenblick wird der Völkerbund, diese grosse Idee und äusserst lebenswichtige Organisation, zu einem entscheidenden Faktor. In praktischer Hinsicht hat England den Völkerbund geschaffen, und er steht in vollkommenem Einklang mit allen unseren Methoden und Taten der Vergangenheit. Auch mit unseren grossen Auffassungen von Recht und Unrecht und von einem auf Widerstand gegen den Angreifer beruhenden Frieden, die von jeher unsere Richtlinien waren, steht er in Einklang. Wir wollen, dass zwischen den Nationen Gesetz und Freiheit herrscht, und für kein geringeres Ziel als dieses kämpften, arbeiteten und siegten in früheren Zeiten die Begründer unseres Rufes, unserer Grösse und Zivilisation. Die Herrschaft des Völkerrechts und das Beilegen von Streitigkeiten durch geduldige Unterhandlungen, aber immer im Rahmen dessen, was Recht und gerecht ist, dieser Traum ist dem britischen Volk teuer. Man darf den Einfluss nicht unterschätzen, den diese Ideale auf die moderne britische Demokratie ausüben. Man weiss nicht, wie diese Saaten vom Wind der Jahrhunderte in die Herzen des arbeitenden Volkes gelegt wurden. Sie sind in seinen Herzen, ebenso stark wie die Freiheitsliebe. Wir dürfen sie nicht geringschätzen, denn sie machen den Geist unseres Landes aus. Daher sind wir der Ansicht, dass die Entwicklung und Stärkung des Völkerbundes der beste Weg zur Wahrung unserer nationalen Sicherheit ist und auch zur Verteidigung grosser, universeller Prinzipien, mit denen unsere eigenen Interessen schon oft in natürlichem Einklang gestanden haben.

«Ich stelle die folgenden drei Punkte fest: Erstens müssen wir demjenigen, der die Oberherrschaft anstrebt oder der den potentiellen Angreifer darstellt, Widerstand leisten. Zweitens spielt Deutschland unter dem gegenwärtigen Naziregime und mit seinen gewaltigen, so rasch fortschreitenden Rüstungen eindeutig diese Rolle. Drittens scharf der Völkerbund viele Länder um sich und vereint unser eigenes Volk in wirksamer Weise gegen den aufstrebenden Angreifer. Ich möchte Ihnen diese Hauptpunkte zur Überlegung unterbreiten. Alles Weitere ergibt sich daraus.

«Allgemeine Grundsätze zu entdecken und zu verkünden ist immer leichter als sie anzuwenden. Erstens sollten wir eine wirksame Zusammenarbeit mit Frankreich im Auge behalten. Das bedeutet nicht, dass wir eine unnötig feindliche Gesinnung gegen Deutschland entwickeln müssten. Es ist ein Teil unserer Pflicht und unseres Interesses, die Spannung zwischen diesen beiden Ländern niedrig zu halten. Was Frankreich betrifft, werden wir damit keine Schwierigkeiten haben. Frankreich ist genau wie wir eine parlamentarische Demokratie mit tiefer Abneigung gegen den Krieg, und die Vorbereitung seiner Verteidigungsmassnahmen ist wie bei uns mit beträchtlichen Hindernissen verbunden. Deshalb sage ich, dass wir unsere defensive Zusammenarbeit mit Frankreich als grundlegende Notwendigkeit betrachten sollten. Alles Übrige muss sich dementsprechend unterordnen, da die Zeiten nun so entscheidend und gefährlich geworden sind. Diejenigen, die feste Doktrinen und tiefverwurzelte Überzeugungen besitzen, sind in einer viel günstigeren Lage gegenüber den Wandlungen und Überraschungen der Tagesereignisse als diejenigen, die nur kurze Strecken vorausblicken und ihren natürlichen Impulsen, wie sie von Tag zu Tag durch die Nachrichten geweckt werden, nachgeben. In erster Linie muss man sich für eine bestimmte Richtung entschliessen. Ich selbst bin für den bewaffneten, gegen den potentiellen Angreifer gerichteten Bund aller Völker – oder wenigstens so vieler Völker wie möglich –, dessen Kern England und Frankreich bilden. Wir wollen nichts, was in unserer Macht steht, unterlassen, um

den grossen internationalen Rahmen zu schaffen. Sollte sich erweisen, dass dies über unsere Kraft geht, oder sollte es daran scheitern, dass andere schwach sind oder unrichtig handeln, dann wollen wir wenigstens dafür sorgen, dass England und Frankreich, die beiden überlebenden freien grossen Nationen in Europa, gemeinsam jedem Sturm trotzen können, mit guter und begründeter Hoffnung, einmal wieder den sicheren Hafen zu erreichen.»

Wenn wir zu England und Frankreich die Vereinigten Staaten hinzufügen, wenn wir den Namen des potentiellen Angreifers ändern, wenn wir an Stelle des Völkerbundes die Organisation der Vereinten Nationen einsetzen, an Stelle des Ärmelkanals den Atlantischen Ozean und an Stelle von Europa die Welt, dann ist es nicht ausgeschlossen, dass meine Ausführungen auch heute ihre Gültigkeit haben könnten.

*

Von Hitlers Rheinlandbesetzung im März 1936 bis zu seinem Überfall auf Österreich im März 1938 vergingen zwei volle Jahre. Das war eine längere Pause, als ich erwartet hatte. Alles spielte sich in der vorhergesehenen und vorhergesagten Reihenfolge ab, nur die Zwischenräume zwischen den einzelnen Schlägen waren länger. Deutschland vergebete in diesen Jahren keine Zeit. Die Befestigung des Rheinlands schritt rasch fort, und der gewaltige Westwall mit seinen permanenten und halbpermanenten Fortifikationen wuchs ständig. Die deutsche Armee, die jetzt auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht methodisch organisiert war und durch eifrige Freiwillige verstärkt wurde, gewann von Monat zu Monat an Schlagkraft, sowohl zahlenmässig wie hinsichtlich der Ausbildung und Qualität ihrer Formationen. Die deutsche Luftwaffe bewahrte und steigerte ständig die Überlegenheit, die sie gegenüber Grossbritannien errungen hatte. Die deutschen Rüstungsbetriebe arbeiteten mit Hochdruck. Tag und Nacht kreisten in Deutschland die Räder und fuhren die Hämmer nieder; seine gesamte Industrie wurde

eine Waffenschmiede und schweisste die ganze Bevölkerung in eine einzige disziplinierte Kriegsmaschine zusammen. Im Inland führte Hitler im Herbst 1936 einen Vierjahresplan ein, der die deutsche Wirtschaft zu weitgehender Selbstversorgung im Krieg reorganisieren sollte. Im Ausland erreichte er die «starke Allianz», die er in ‚*Mein Kampf*‘ als nötig für Deutschlands Aussenpolitik erklärt hatte. Er einigte sich mit Mussolini, und die Achse Rom-Berlin wurde gebildet.

Bis zum Sommer 1936 hatten Hitlers aggressive Politik und seine Vertragsbrüche sich nicht auf Deutschlands Stärke gestützt, sondern auf die Uneinigkeit und Furchtsamkeit von Frankreich und England und auf den Isolationismus der Vereinigten Staaten. Jeder seiner ersten Schritte war ein Wagnis gewesen; er selbst wusste wohl, dass er es sich nicht leisten konnte, auf ernstlichen Widerstand zu stossen. Die Besetzung des Rheinlands und dessen Befestigung war das grösste Wagnis von allen gewesen. Es war glänzend gelungen. Seine Gegner waren zu unentschlossen, um seinen Bluff aufzudecken. Als er 1938 den nächsten Schritt tat, war sein Bluff schon kein Bluff mehr. Hinter der Aggression stand eine wirkliche Kraft, vielleicht eine überlegene Kraft. Als die französische und britische Regierung erfassten, welche furchtbare Wandlung sich vollzogen hatte, war es zu spät.

*

Ich fuhr fort, unseren militärischen Vorbereitungen grösste Aufmerksamkeit zu widmen. Meine Beziehungen zu Sir Thomas Inskip, dem Minister zur Koordination der Landesverteidigung, waren freundlicher Natur, und ich tat mein möglichstes, ihm auf privatem Weg zu helfen. Auf seine Bitte hin verfasste ich eine vom 6. Juni 1936 datierte Denkschrift über das dringend nötige Rüstungsministerium^x. Ernstliche Schritte zur Schaffung dieses Ministeriums wurden jedoch erst im Frühling 1939,

¹ Siehe Anhang C.

fast drei Jahre später, unternommen, und es erfolgte auch keinerlei Versuch, unsere Produktion von Kriegsmaterial den gefährvollen Zeiten entsprechend zu steigern.

*

Der wachsende Verfall des parlamentarischen Regimes in Spanien und die Stärke der Bewegungen für eine kommunistische oder auch anarchistische Revolution lösten Ende Juli 1936 eine Militärrevolte aus, die von langer Hand vorbereitet war. Es ist ein Teil der kommunistischen Lehre und ihres Exerzierreglements, wie es Lenin selbst festlegte, dass die Kommunisten alle Bewegungen nach links unterstützen und schwachen konstitutionellen, radikalen oder sozialistischen Regierungen ins Amt verhelfen sollen. Diese Regierungen sollen sie unterminieren, ihren hilflosen Händen die unumschränkte Macht entreissen und den marxistischen Staat gründen. Tatsächlich spielte sich in Spanien eine genaue Wiederholung der Kerenski-Zeit in Russland ab. Aber Spaniens Kraft war durch keinen Krieg mit dem Ausland zermürbt worden. Die Armee bewahrte noch immer einen gewissen Zusammenhalt. Parallel zu der kommunistischen Verschwörung arbeitete sie im geheimen ein tiefreichendes militärisches Gegenkomplott aus. Keine der beiden Parteien konnte berechtigten Anspruch auf Legalität erheben, und die Spanier aller Klassen hatten auf das Leben Spaniens Rücksicht zu nehmen.

Viele der üblichen Sicherheiten, die eine zivilisierte Gemeinschaft bietet, waren infolge der kommunistischen Durchsetzung der verfallenden parlamentarischen Regierung schon vernichtet worden. Auf beiden Seiten wurde gemordet, und die kommunistische Pest hatte derart um sich gegriffen, dass politische Gegner von der Strasse weg oder aus ihren Betten geholt und getötet werden konnten. In und um Madrid waren schon zahlreiche Gewalttaten dieser Art vorgekommen. Den Höhepunkt bildete die Ermordung des konservativen Führers Calvo Sotelo, der eine

ähnliche Rolle spielte wie Sir Edward Carson in der britischen Politik vor dem Ersten Weltkrieg. Dieses Verbrechen wurde für die Generäle der Armee zum Anlass, aktiv vorzugehen. Einen Monat zuvor hatte General Franco ein Schreiben an den spanischen Kriegsminister gerichtet, in dem er darlegte, dass die Armee einschreiten müsste, wenn die spanische Regierung die normale Sicherheit des täglichen Lebens nicht aufrechterhalten könne. In früheren Zeiten hatte Spanien zahlreiche *pronunciamientos* militärischer Chefs erlebt. Als General Franco die Revolte in Gang setzte, nachdem General Sanjurjo bei einem Flugzeugunglück umgekommen war, unterstützte ihn die gesamte Armee. Mit der bemerkenswerten Ausnahme der Dominikaner stellte sich die Kirche auf seine Seite und ebenso fast alle Elemente der Rechten und des Zentrums, und er erlangte sofort die Herrschaft über mehrere wichtige Provinzen. Die spanischen Matrosen töteten ihre Offiziere und schlugen sich auf die Seite, die bald die kommunistische wurde. Im Zusammenbruch des zivilisierten Regierungssystems gewann die Kommunistische Partei die Oberhand und ging ihren Vorschriften entsprechend vor. Es begann ein grausamer Bürgerkrieg. Die Kommunisten, die sich die Macht angeeignet hatten, vollzogen kaltblütig Massengemetzel unter ihren politischen Gegnern und den Wohlhabenden. Die Untaten wurden ihnen von Francos Seite mit Zinsen heimgezahlt. Alle Spanier gingen mit bewundernswerter Haltung in den Tod; auf beiden Seiten wurde eine grosse Zahl erschossen. Die Kadetten verteidigten ihre Schule im Alcazar bei Toledo ausserordentlich hartnäckig, bis sie von den Truppen Francos befreit wurden, die sich von Süden her durchschlugen und die Spuren ihrer Rache in jedem kommunistischen Dorf zurückliessen. Diese Episode verdient von der Geschichtsschreibung festgehalten zu werden.

Ich blieb in diesem Kampf neutral. Selbstverständlich war ich nicht für die Kommunisten. Wie wäre das möglich gewesen, da sie mich, wenn ich Spanier gewesen wäre, mit meiner Familie und meinen Freunden umgebracht hätten? Ich war jedoch überzeugt, dass die britische Regierung

in Anbetracht alles Übrigen, was auf ihr lastete, recht daran tat, an den Vorgängen in Spanien nicht teilzunehmen. Frankreich schlug einen Nichteinmischungspakt vor, wonach beide Seiten ohne jede Hilfe von aussen ihre Sache ausfechten sollten. Die britische, deutsche, italienische und russische Regierung billigten diesen Plan. Die spanische Regierung, die jetzt in der Hand der extremsten Revolutionäre war, besass infolgedessen nicht einmal das Recht zum Kauf der Waffen, die sie dank dem in ihrem Besitz befindlichen Golde hatte bestellen können. Es wäre vernünftiger gewesen, den normalen Weg einzuschlagen und beiden Seiten die Rechte Kriegführender zuzuerkennen, wie es im amerikanischen Bürgerkrieg von 1860-65 geschehen war. Die Politik der Nichtintervention wurde jedoch mit dem Einverständnis aller Grossmächte angenommen. Grossbritannien hielt sich streng an dieses Abkommen; Italien und Deutschland aber, und auf der Gegenseite Russland, brachen ihre Verpflichtung fortwährend und warfen ihr Gewicht in die Waagschale. Deutschland vor allem gebrauchte seine Luftwaffe, um Schandtaten wie die Bombardierung der wehrlosen Kleinstadt Guernica zu verüben.

Die Regierung Léon Blum, die im Mai auf das Ministerium Flandin gefolgt war, stand unter dem Druck der kommunistischen Kabinettsmitglieder, welche die Unterstützung der spanischen Regierung mit Kriegsmaterial verlangten. Der Luftfahrtminister Pierre Cot lieferte heimlich Flugzeuge und Ausrüstung an die republikanischen Armeen, ohne allzu grosse Rücksicht auf die Stärke der französischen Luftwaffe zu nehmen, die sich in einem Zustand des Verfalls befand. Ich war über diese Entwicklungen beunruhigt und schrieb am 31. Juli 1936 an den französischen Botschafter Corbin:

Eine der grössten Schwierigkeiten, denen ich im Versuch zur Aufrechterhaltung der bisherigen Lage begegne, ist der Hinweis Deutschlands, dass die antikommunistischen Länder zusammenstehen sollten. Wenn Frankreich Flugzeuge und so weiter an die gegenwärtige Regierung in Madrid liefert und die Deutschen und Italiener von der anderen Seite her-

vorgehen, bin ich überzeugt, dass die entscheidenden Kräfte hier mit Deutschland und Italien sympathisieren und von Frankreich abrücken würden. Ich hoffe, dass Sie mir diese Äusserung, die selbstverständlich ausschliesslich auf eigene Verantwortung erfolgt, nicht übelnehmen. Ich höre die Leute nicht gerne davon sprechen, dass England, Deutschland und Italien gemeinsam Stellung gegen den europäischen Kommunismus beziehen. Das ist zu einfach, um gut zu sein.

Ich glaube mit aller Gewissheit, dass strenge Neutralität, verbunden mit stärkstem Protest gegen jeden Bruch derselben, gegenwärtig den einzig korrekten und sicheren Weg darstellt. Eines Tages, wenn der Kampf unentschieden bleibt, wird vielleicht der Völkerbund eingreifen und den grauenhaften Vorgängen ein Ende setzen. Aber das ist sehr zweifelhaft.

*

An dieser Stelle muss ein weiteres Ereignis festgehalten werden. Am 25. November 1936 wurden die Botschafter aller in Berlin vertretenen Mächte auf das Auswärtige Amt gebeten, wo ihnen von Neurath die Einzelheiten des Antikominternpakts eröffnete, der mit der japanischen Regierung abgeschlossen worden war. Der Pakt bezweckte ein gemeinsames Vorgehen gegen die internationale Tätigkeit der Komintern, innerhalb oder ausserhalb der Grenzen der vertragschliessenden Staaten.

*

Während des ganzen Jahres 1936 nahm die Besorgnis im Land und im Parlament weiter zu und konzentrierte sich vor allem auf unsere Luftwaffe. In der Debatte zur Regierungsadresse am 12. November erhob ich gegen Baldwin den ernststen Vorwurf, er habe sein Versprechen nicht gehalten, dass «jede Regierung unseres Landes, eine nationale Regierung noch mehr als eine andere dafür sorgen wird, dass unser Land in der Luftrüstung und Luftmacht nie wieder hinter den Staaten zurücksteht, von denen aus unsere Küsten bedroht werden können». Ich sagte:

«Die Regierung ist ausserstande, sich zu entscheiden, oder sie kann den Premierminister nicht veranlassen, eine Entscheidung zu treffen. So bewegt sie sich in einem seltsamen Paradoxon fort, nur zur Unentschlossenheit entschlossen, stahlhart im Dahintreiben, fest in der Formlosigkeit, allmächtig in der Ohnmacht. So fahren wir fort, weitere Monate und Jahre – kostbare, vielleicht entscheidende Jahre für die Grösse Englands – von den Heuschrecken fressen zu lassen.»

Baldwin antwortete mir mit einer bemerkenswerten Rede, in deren Verlauf er sagte:

Ich möchte mit äusserster Offenheit zum Parlament sprechen ... Die Meinungsverschiedenheit zwischen Herrn Churchill und mir besteht seit 1933. Die Jahre 1931 bis 1932 waren eine Zeit finanzieller Krisen, obwohl dies von der Opposition nicht zugegeben wird. Aber das ist nicht der einzige Grund. Ich möchte das Haus daran erinnern, dass ich nicht nur einmal, sondern bei vielen Gelegenheiten in Reden und an verschiedenen Orten, wenn ich das demokratische Prinzip nach besten Kräften verteidigte, auch darauf hingewiesen habe, dass *eine Demokratie immer zwei Jahre hinter dem Diktator zurückbleibt*. Ich halte das für wahr. In diesem Fall ist es sicher wahr gewesen. Ich lege vor dem ganzen Haus meine eigenen Ansichten mit schonungsloser Offenheit dar. Sie werden sich erinnern, dass damals die Abrüstungskonferenz in Genf tagte. Sie werden sich erinnern, dass damals vermutlich eine stärkere pazifistische Stimmung unser Land erfasst hatte als jemals seit dem Krieg. Sie werden sich an die *Wahlen in Fulham im Herbst 1933 erinnern, als der Nationalen Regierung ein Sitz durch ungefähr siebentausend Stimmen verlorenging, aus keinem andern Motiv als dem pazifistischen...* Meine Lage als Führer einer grossen Partei war keineswegs angenehm. Ich fragte mich, welche Aussicht bestehe – wenn die in Fulham zum Ausdruck gelangte Stimmung im ganzen Land die gleiche wäre –, welche Aussicht in den nächsten ein oder zwei Jahren auf eine derart veränderte Stimmung bestehe, dass das Land ein Mandat für Wiederaufrüstung geben würde? Angenommen ich wäre vor die Nation getreten und hätte gesagt, Deutschland rüste auf und auch wir müssten wieder rüsten: meint irgendjemand, dass diese friedliebende Demokratie sich damals auf diesen Ruf hin gesammelt hätte? *Ich kann mir nichts vorstellen, was von meinem Standpunkt aus die Wahlniederlage gewisser gemacht hätte.*

Das war in der Tat eine schonungslose Offenheit. Sie trieb die nackte Wahrheit über seine Motive bis zur Unziemlichkeit. In der ganzen Geschichte unseres Parlaments gab es keine Parallele dafür, dass ein Premierminister eingestand, er habe seine Pflicht, über die nationale Sicherheit zu wachen, vernachlässigt, weil er eine Wahlniederlage befürchtete. Baldwin war selbstverständlich von keinem ehrlosen Wunsch nach weiterer Amtstätigkeit getrieben. Vielmehr wünschte er im Jahre 1936 ernstlich zurückzutreten. Der Grund seiner Politik war die Sorge, dass noch weniger, als was seine Regierung beabsichtigte, getan werden würde, wenn die Sozialisten zur Macht gelangten. Alle ihre Erklärungen und Stimmabgaben gegen Wehrmassnahmen sind historische Tatsachen. Aber das genügte nicht zur Entschuldigung und liess dem Geist des britischen Volkes keineswegs Gerechtigkeit widerfahren. Der Erfolg, den im vorangegangenen Jahr das naive Geständnis über die Fehlberechnung der Parität in der Luft gebracht hatte, wiederholte sich diesmal nicht. Das Unterhaus war entsetzt. Tatsächlich entstand ein dermassen peinlicher Eindruck, dass er für Baldwin, mit dessen Gesundheit es ausserdem damals nicht gut bestellt war, leicht hätte verhängnisvoll werden können, wenn nicht ein unerwartetes Ereignis dazwischengetreten wäre.

*

Zu jener Zeit schlossen sich in England viele Männer und Frauen aller Parteien zusammen, die die Gefahren der Zukunft erkannten und wirksame Massnahmen für unerlässlich hielten, damit unsere Sicherheit und die Sache der Freiheit, die sowohl durch die totalitären Bestrebungen wie durch die Sorglosigkeit unserer Regierung bedroht waren, geschützt werden könnten. Unser Plan bezweckte rascheste und grosszügigste Aufrüstung in England, verbunden mit voller Anerkennung und Benützung der Autorität des Völkerbundes. Ich nannte diese Politik «Waffen und Völkerbundspakt». Baldwins Verhalten im Unterhaus betrachteten wir alle mit Verachtung. Den Höhepunkt dieses Feldzuges sollte eine

Zusammenkunft in der Albert Hall bilden. Dort versammelten sich am 3. Dezember eine grosse Anzahl führender Persönlichkeiten aus allen Parteien – ausgesprochene Tories vom rechten Flügel, die tiefinnerlich überzeugt waren, dass das Land in Gefahr schwebe, die Leiter der völkerbundfreundlichen Organisationen, die Vertreter mehrerer grosser Gewerkschaften, darunter mein alter Gegner aus der Zeit des Generalstreiks, Sir Walter Citrine, welcher den Vorsitz führte, und die Liberale Partei mit ihrem Führer Sir Archibald Sinclair. Wir hatten das Gefühl, dass wir nahe daran waren, unseren Ansichten nicht nur Achtung zu verschaffen, sondern sie zur Vorherrschaft zu erheben. In diesem Augenblicke liess der leidenschaftliche Wunsch des Königs, die von ihm geliebte Frau zu heiraten, alles andere in den Hintergrund treten. Die Abankungskrise setzte ein.

Bevor ich auf das Dankesvotum antwortete, ertönte der Ruf «God save the King!», worauf langer Beifall folgte. Ich sprach daher aus der Stimmung des Augenblicks heraus über meine persönliche Stellung:

Es liegt noch ein anderes Problem vor, das heute abend unsere Gemüter bedrückt. In wenigen Minuten singen wir «God save the King». Ich werde die Hymne aus tieferem Herzen singen als je zuvor in meinem Leben. Es ist meine sehnlichste Hoffnung, dass keine unwiderrufliche Entscheidung in Eile getroffen werden möge, sondern dass man die Zeit und die öffentliche Meinung wirken lasse und dass eine teure und einzigartige Persönlichkeit nicht endgültig von dem Volk getrennt werden möge, dem sie so grosse Liebe entgegenbringt. Ich hoffe, dass dem Parlament in diesen höchst konstitutionellen Fragen die Möglichkeit zur Ausübung seiner Funktion gewährt wird. Ich vertraue darauf, dass unser König durch die Meinungen gelenkt wird, die jetzt zum erstenmal in der britischen Nation und im Britischen Reich Ausdruck finden, und dass das britische Volk es seinerseits nicht an grosszügiger Hochachtung für den Inhaber des Thrones fehlen lassen wird.

Es ist für diesen Rechenschaftsbericht nicht von Bedeutung, die kurze, aber äusserst heftige Kontroverse zu beschreiben, die sich daraufhin abspielte. Ich hatte König Eduard VIII. seit seiner Kindheit gekannt

und hatte als Innenminister im Jahre 1910 vor einer grossartigen Versammlung im Schlosse Carnarvon die Proklamation verlesen, die ihn zum Prinzen von Wales erhob. Ich fühlte mich verpflichtet, meine persönliche Treue ihm gegenüber an allererste Stelle zu setzen. Obgleich ich im Laufe des Sommers über die Vorgänge eingehend unterrichtet worden war, mischte ich mich zu keiner Zeit ein und stand auch nicht mit dem König in Verbindung. Jetzt aber ersuchte er in seiner Bedrängnis den Premierminister um die Erlaubnis, mich zu Rate zu ziehen. Baldwin gab seine formelle Zustimmung, und als mir dies mitgeteilt wurde, besuchte ich den König im Fort Belvedere. Ich blieb bis zu seiner Abdankung in Kontakt mit ihm und tat alles, was ich vermochte, um König und Öffentlichkeit zur Geduld und Besinnung zu mahnen. Ich habe das nie bereut – anders hätte ich nicht handeln können.

Der Premierminister erwies sich als gewiegtter Kenner der Gefühle des britischen Volkes. Zweifellos erfasste und vertrat er den Willen des Landes. Die gewandte und kluge Art, mit der er die Abdankungsfrage behandelte, erhob ihn von einer Woche zur andern aus der Tiefe des Abgrunds auf den höchsten Gipfel der Popularität. Es gab einige Augenblicke, in denen ich ganz allein gegen ein von Zorn erfülltes Unterhaus zu stehen schien. Ich lasse mich im politischen Gefecht durch feindselige Gefühlsäusserungen nicht übermässig beeindrucken, aber es war mir bei mehr als einem Anlass physisch fast unmöglich, mir Gehör zu verschaffen. Die Kräfte, die ich in der Bewegung «Waffen und Völkerbundspakt» zusammengebracht hatte und als deren Triebfeder ich mich betrachtete, rückten von mir ab oder gingen auseinander, und ich selbst war in der öffentlichen Meinung derart geschlagen, dass man fast allgemein annahm, meine politische Laufbahn sei nun endgültig abgeschlossen.

Wie seltsam, dass dieses nämliche Unterhaus, das mich mit solcher Feindseligkeit betrachtet hatte, das Werkzeug werden sollte, das sich meiner Führung überliess und mich die langen schweren Kriegsjahre hindurch unterstützte, bis der Sieg über alle unsere Feinde errungen war!

Welch ein Beweis dafür, dass es der einzig richtige und sichere Weg ist, von Tag zu Tag im Einklang mit den Forderungen des eigenen Gewissens zu handeln!

Von der Abdankung des einen Königs gingen wir zur Krönung des nächsten über; bis Ende Mai 1937 erfüllten das Zeremoniell und Gepränge eines feierlichen nationalen Huldigungsaktes und die dem König gewidmeten Treuekundgebungen in England und im ganzen Reich alle Gemüter. Auswärtige Angelegenheiten und der Zustand unserer Verteidigungsmassnahmen verloren in der öffentlichen Stimmung jeden Anspruch auf Beachtung. Unsere Insel hätte tausend Meilen von Europa entfernt sein können. Immerhin darf ich hier ein Handschreiben wiedergeben, das ich am 18. Mai 1937, am Tag nach der Krönung, von Seiner Majestät dem neuen König erhielt:

The Royal Lodge – The Great Park-
Windsor – Berks. 18. Mai 1937

Mein lieber Mr. Churchill,

Mit diesem Schreiben möchte ich Ihnen für Ihren so freundlichen Brief danken. Ich weiss, wie sehr Sie meinem lieben Bruder ergeben waren und es noch sind, und ich bin unaussprechlich gerührt durch Ihre Teilnahme und Ihr Verständnis bei den sehr schwierigen Problemen, die sich erhoben haben, seit er uns im Dezember verliess.

Ich bin mir der grossen Verantwortung und der Sorgen, die ich als König auf mich genommen habe, vollauf bewusst, und es bedeutet für mich eine sehr wertvolle Ermutigung, Ihre guten Wünsche entgegenzunehmen, die von einem unserer grossen Staatsmänner kommen, der seinem Lande so treu gedient hat. Ich kann nur hoffen und vertrauen, dass die gute und hoffnungsvolle Stimmung, die jetzt in unserem Land und Reiche herrscht, den anderen Ländern in der Welt als gutes Beispiel dienen werde.

Mit meinen aufrichtigen Grüssen Ihr
GEORGE R. I.»

Diese Geste der Grossherzigkeit in einem Augenblick, da mein Einfluss auf den Nullpunkt gesunken war, wird auf immer eine kostbare Erfahrung in meinem Leben bleiben.

*

Nach der Krönung König Georgs VI. trat Baldwin am 28. Mai 1937 zurück. Seine langen Staatsdienste wurden mit der Verleihung eines Grafentitels und dem Hosenbandorden gebührend belohnt. Er legte die grosse Macht nieder, die er sich erworben und sorgfältig bewahrt, aber so wenig wie möglich verwendet hatte. Er verschwand im Glanze der öffentlichen Dankbarkeit und Verehrung. Ein Zweifel über die Persönlichkeit seines Nachfolgers konnte nicht bestehen. Neville Chamberlain hatte als Schatzkanzler nicht nur in den letzten fünf Jahren die Hauptarbeit der Regierung geleistet, er war auch der tüchtigste und kraftvollste Minister, ein Mann mit ungewöhnlichen Fähigkeiten und einem historischen Namen. Ein Jahr vorher hatte ich in Birmingham von ihm mit Shakespeares Worten als von einem «Lastpferd unserer grossen Dinge» gesprochen, und er hatte dies als ein Kompliment aufgenommen. Ich erwartete keineswegs, dass er mit mir zu arbeiten gedenken würde; es wäre von ihm auch unklug gewesen, wanner das in jenem Zeitpunkt getan hätte. Über die Behandlung der wichtigsten Tagesprobleme hatten wir grundverschiedene Ansichten. Aber ich begrüßte es, dass eine so lebendige, fähige und mit der Staatsverwaltung so eng vertraute Gestalt zur Macht aufstieg. Als er noch Schatzkanzler war, hatte er einen Steuervorschlag unterstützt, der einen geringfügigen Beitrag zum nationalen Wehrprogramm ergeben sollte. Der Antrag wurde von der Konservativen Partei übel aufgenommen und von der Opposition natürlich kritisiert. In den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt als Premierminister konnte ich über dieses Thema eine Rede halten, die ihm ohne jede Einbusse an Würde den Rückzug aus einer unhaltbar gewordenen Lage erleichterte. Unsere persönlichen Beziehungen blieben kühl, oberflächlich und höflich, sowohl in der Öffentlichkeit wie im Privatleben.

Chamberlain führte wenige Änderungen in der Regierung ein. Zwischen ihm und Duff Cooper bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Verwaltung des Kriegsministeriums; zu Duff Coopers Überraschung bot er ihm eine Rangerhöhung an, indem er ihm das bedeutende Amt des

Marineministers übertrug. Der Premier wusste offenbar nicht, mit welchen Augen sein neuer Erster Lord der Admiralität, dessen Karriere im Foreign Office begonnen hatte, den europäischen Schauplatz betrachtete. Ich wiederum war überrascht, dass Sir Samuel Hoare, der soeben eine beträchtliche Erweiterung des Flottenprogramms erreicht hatte, bereit war, aus der Admiralität in das Innenministerium überzusiedeln. Hoare scheint der Ansicht gewesen zu sein, dass die Gefängnisreform auf grosszügiger humanitärer Grundlage das wichtigste Problem der nächsten Zukunft darstelle, und da seine Familie mit der berühmten Elizabeth Fry verwandt war, hatte er eine starke persönliche Beziehung zu diesem Gebiet.

*

Es ist hier vielleicht der Platz für eine vergleichende Würdigung dieser beiden Premierminister, Baldwin und Chamberlain, die ich so lange gekannt habe. Unter einem von ihnen hatte ich jahrelang Dienst getan, unter dem andern sollte ich es in naher Zukunft tun. Stanley Baldwin war die klügere, umfassendere Persönlichkeit, aber er besass nicht die ins Einzelne gehende Befähigung des echten Oberbeamten. Auswärtige und militärische Angelegenheiten blieben ihm in erheblichem Masse fremd. Er wusste von Europa nur wenig, und was er wusste, gefiel ihm nicht. Er besass eine tiefgründige Kenntnis der britischen Parteipolitik und stellte in gewissem Sinn einige der starken und manche der schwachen Seiten unseres Volkes dar. In fünf allgemeinen Wahlen hatte er als Führer der Konservativen Partei gekämpft und drei davon gewonnen. Er hatte eine grossartige Fähigkeit, die Dinge abzuwarten und der gegnerischen Kritik gleichmütig standzuhalten. Er besass auch ein ungewöhnliches Talent, die Ereignisse zu seinen Gunsten wirken zu lassen, und er verstand es vorzüglich, den rechten Augenblick auszunützen. In seiner Gestalt schienen mir die Eindrücke wieder lebendig zu werden, die uns die Geschichte von Sir Robert Walpole überliefert, selbstverständlich

ohne die Korruption des achtzehnten Jahrhunderts; er beherrschte auch die britische Politik fast ebensolang.

Neville Chamberlain andererseits war wachsam, sachlich, starrköpfig und besass ein sehr grosses Selbstvertrauen. Im Gegensatz zu Baldwin glaubte er, das ganze Gebiet Europas und sogar die Welt überblicken zu können. An Stelle einer unbestimmten, aber tiefwurzelnden Intuition trat jetzt eine engumschriebene, scharfkantige Leistungsfreudigkeit innerhalb der Schranken der Politik, die er befürwortete. Als Schatzkanzler sowohl wie als Premierminister wahrte Chamberlain die engste und starrste Kontrolle über alle Wehrausgaben. Er war und blieb ein rücksichtsloser Gegner aller Notstandsmassnahmen. Er hatte sich ein ganz bestimmtes Urteil über alle politischen Gestalten des Tages gebildet, im Inland und im Ausland, und er traute sich die Fähigkeit zu, mit ihnen fertig zu werden. Seine alles bestimmende Hoffnung war es, einst als der grosse Friedensstifter in die Geschichte einzugehen; um dieses Ziel zu erreichen, war er bereit, den Kampf mit allen widrigen Tatsachen aufzunehmen und ein grosses Risiko für sich selber und sein Land ins Auge zu fassen. Unglücklicherweise steuerte er in Strömungen hinein, deren Gewalt er nicht zu ermessen vermochte, und in Stürme, vor denen er nicht zurückschreckte, die er aber auch nicht bewältigen konnte. In den letzten Jahren vor Kriegsausbruch hätte ich es wahrscheinlich leichter gehabt, mit Baldwin zusammenzuarbeiten, so wie ich ihn kannte, als mit Chamberlain; weder der eine noch der andere dachte aber daran, mit mir zusammenzuarbeiten, es sei denn im äussersten Notfall.

*

Eines Tages im Jahre 1937 hatte ich eine Begegnung mit Ribbentrop, dem deutschen Botschafter in London. In einem meiner Artikel, die ich alle vierzehn Tage veröffentlichte, hatte ich festgestellt, dass eine seiner Reden unrichtig aufgefasst worden war. Ich hatte ihn vorher mehrmals in Gesellschaft getroffen. Nun richtete er die Anfrage an mich, ob ich

ihn zu einem Gespräch besuchen würde. Er empfing mich in dem grossen Raum im ersten Stock der Botschaft. Unsere Unterredung dauerte mehr als zwei Stunden. Ribbentrop war äusserst höflich; unser Gespräch streifte den ganzen Schauplatz Europas, sowohl was Rüstungen als auch was die Politik betraf. Der Kern seiner Äusserungen war, dass Deutschland die Freundschaft Englands erstrebe. (Auf dem Kontinent nennt man unser Land immer noch häufig «England».) Er meinte, er hätte deutscher Reichsaussenminister werden können, aber er habe Hitler gebeten, ihn nach London gehen zu lassen, um hier für eine deutsch-englische Entente oder sogar ein Bündnis einzustehen. Deutschland würde gleichsam die Wache für die Sicherheit des Britischen Reichs übernehmen, in all seiner Grösse und Ausdehnung. Es würde vielleicht die Rückgabe der deutschen Kolonien fordern, aber das sei offensichtlich nicht der entscheidende Punkt. Es sei aber unerlässlich, dass England Deutschland in Osteuropa freie Hand einräume. Deutschland müsse für seine wachsende Bevölkerung Lebensraum haben. Deshalb müssten Danzig und Polen Deutschland einverleibt werden. Weissrussland und die Ukraine seien für die künftige Existenz Grossdeutschlands mit seinen sieben Millionen Einwohnern unentbehrlich. Mit weniger könne man sich nicht abfinden. Von der britischen Völkergemeinschaft und dem Empire verlange man nur, dass sie sich nicht einmischten. An einer Wand hing eine grosse Landkarte, und der Botschafter führte mich mehrere Male davor, um mir seine Pläne zu erläutern.

Ich erklärte sofort, dass nach meiner Überzeugung die britische Regierung nicht einwilligen werde, Deutschland im Osten Europas freie Hand einzuräumen. Allerdings stünden wir auf gespanntem Fuss mit Russland, und gegen den Kommunismus seien wir ebenso eingenommen wie Hitler, aber dessen könne er versichert sein, dass selbst wenn Frankreichs Sicherheit gewährleistet würde, Grossbritannien sich niemals am Schicksal des Kontinents so weit desinteressieren würde, dass

Deutschland die Herrschaft in Mittel- und Osteuropa an sich reißen könnte. Wir standen gerade vor der Landkarte, als ich dies sagte. Ribbentrop wandte sich schroff von mir ab. Dann sagte er: «In diesem Fall ist der Krieg unvermeidlich. Es gibt keinen Ausweg. Der Führer ist entschlossen. Nichts wird ihn aufhalten und nichts wird uns aufhalten.» Darauf setzten wir uns wieder. Ich war nur ein Abgeordneter im Unterhaus, freilich einer, der einige Auszeichnung erlangt hatte. Ich hielt es für angebracht, dem deutschen Botschafter – ich erinnere mich tatsächlich noch ganz genau meiner Worte – Folgendes zu sagen:

«Wenn Sie von Krieg sprechen – es würde sich zweifellos um einen allgemeinen Krieg handeln –, so dürfen Sie England nicht unterschätzen. Es ist ein seltsames Land, und nur wenige Ausländer können seinen Charakter verstehen. Urteilen Sie nicht nach der Haltung der gegenwärtigen Regierung. Wenn einmal ein grosses Problem sich dem ganzen Volke stellt, dann könnte gerade diese Regierung oder das britische Volk ganz unerwartete Aktionen unternehmen.» Und ich wiederholte noch einmal: «Unterschätzen Sie England nicht. Es weiss sich zu wehren. Wenn Sie uns alle in einen neuen Weltkrieg stürzen, wird England die ganze Welt gegen Deutschland einigen, so wie das letztmal.» Der Botschafter stand erregt auf und sagte: «Ach, England mag sehr geschickt sein, aber diesmal wird es die Welt nicht gegen Deutschland einigen.» Wir wandten das Gespräch auf leichtere Dinge, und es ereignete sich nichts Bemerkenswertes mehr. Immerhin blieb mir die Begegnung bis heute in Erinnerung, und da ich seinerzeit dem Foreign Office darüber Bericht erstattete, halte ich es für richtig, ihn hier festzuhalten.

Als Ribbentrop vor dem Gericht der Sieger um sein Leben kämpfte, gab er eine verzerrte Darstellung dieses Gespräches und forderte, dass man mich als Zeugen vorlade. Meine obigen Ausführungen enthalten das, was ich ausgesagt haben würde, wenn das Gericht mich als Zeugen verhört hätte.

**DEUTSCHLAND IST GERÜSTET
1936-1938**

«Das strategische Hauptziel» – Deutsche Rüstungsausgaben – Private Untersuchungen – Die Abordnung der Konservativen beim Premierminister 28. Juli 1936 – Meine Darstellung der Lage – Allgemeine Schlussfolgerungen – Meine Befürchtungen – Unsere zweite Zusammenkunft, 23. November 1936 – Lord Swinton verlässt das Luftministerium, 12. Mai 1938 – Debatte im Parlament – Lindemann tritt dem Komitee für Luftwehrforschungen bei – Mein Briefwechsel mit Daladier – Die französische Schätzung der deutschen Luftstärke, 1938 – Meine Schätzung der deutschen Wehrmachtjuni 1938 – Daladier pflichtet bei – Der Niedergang der französischen Luftwaffe – Die sorglosen Inselbewohner

IM Krieg wie in der Aussenpolitik und auch auf anderen Gebieten werden Vorteile gewonnen, wenn man aus vielen verlockenden oder unangenehmen Möglichkeiten die wichtigste herausgreift. Das amerikanische militärische Denken hatte das Wort vom «strategischen Hauptziel» (Overall Strategie Objective) geprägt. Als unsere Offiziere zum erstenmal davon hörten, lachten sie; später aber erkannten sie die darin enthaltene Weisheit und eigneten sie sich an. Zweifellos sollte alles auf dieses Hauptziel ausgerichtet und andere wichtige Angelegenheiten ihm untergeordnet werden. Wenn man diesem einfachen Grundsatz nicht treu bleibt, hat das Verwirrung, nutzloses Handeln und später fast immer eine Verschlechterung der Lage zur Folge.

Mir selbst bedeutete es keine Schwierigkeit, diesen Grundsatz zu befolgen, lange bevor ich ihn öffentlich ausgesprochen hörte. Mein Den-

ken war von dem furchtbaren Eindruck beherrscht, dass Deutschland, welches ich von 1914 bis 1918 erlebt und in Aktion gesehen hatte, plötzlich wieder seine ganze martialische Wucht entfaltete, während die Alliierten, die so knapp davongekommen waren, müssig und ratlos zusahen. Daher übte ich weiterhin mit allen Mitteln und bei jeder Gelegenheit den mir zu Gebote stehenden Einfluss aus, im Unterhaus und auch bei einzelnen Ministern, um unsere militärischen Vorbereitungen zu beschleunigen und für das, was in Kurzem wieder die gemeinsame Sache werden würde, Alliierte und Bundesgenossen zu gewinnen.

Einer meiner Freunde, der eine hohe Vertrauensstellung in der Regierung einnahm, besuchte mich eines Tages in Chartwell, um im Schwimmbassin mit mir zu baden. Die Sonne strahlte, und das Wasser war ziemlich warm. Wir sprachen ausschliesslich über den kommenden Krieg, der für mich eine Gewissheit war, während er ihn noch nicht für unvermeidlich hielt. Als wir uns verabschiedeten, wandte er sich plötzlich noch einmal um und sagte: «Die Deutschen geben jährlich eine Milliarde Pfund für Rüstungen aus.» Ich war der Ansicht, dass das Parlament und die britische Öffentlichkeit diese Tatsache erfahren müssten. Ich machte mich daher an die Prüfung der deutschen Finanzen. In Deutschland wurden alljährlich Budgets aufgestellt und auch noch veröffentlicht; aber es war äusserst schwierig, aus dem Übermass an Zahlen einen Einblick in die Vorgänge zu gewinnen. Im April 1936 stellte ich privat auf zwei verschiedenen Wegen Nachforschungen an. Einmal stützte ich mich auf zwei deutsche Flüchtlinge, die grosse Fähigkeiten besaßen und in ihren Zielen unbeirrbar waren. Die Aufmachung des deutschen Budgets, der Wert der Mark und andere Fragen waren ihnen in allen Einzelheiten vertraut. Gleichzeitig fragte ich meinen Freund Sir Henry Strakosch, ob er nicht herausfinden könne, was eigentlich vorgehe. Strakosch war der Leiter der Firma «Union Corporation», die über grosse Hilfsquellen und ein vorzüglich geschultes, zuverlässiges Personal verfügte. Die besten Köpfe dieser Finanzgesellschaft befassten sich

mehrere Wochen lang mit diesem Problem. Als bald berichtete man mir in genauen Details, dass die deutschen Kriegsausgaben sich zweifellos jährlich auf rund eine Milliarde Pfund beliefen. Gleichzeitig kamen die deutschen Flüchtlinge auf Grund ganz anderer Berechnungen unabhängig zu demselben Ergebnis. Eine Milliarde Pfund im Jahr, beim Geldwert von 1936!

Gestützt auf die Ergebnisse zweier Untersuchungen, die unabhängig voneinander angestellt worden waren, konnte ich eine öffentliche Erklärung abgeben. Am Vortag einer Debatte sprach ich daher Neville Chamberlain, der noch immer Schatzkanzler war, in der Wandelhalle des Unterhauses an und sagte: «Morgen werde ich Sie fragen, ob es zutrefte, dass die Deutschen jährlich eine Milliarde Pfund für kriegsmässige Vorbereitungen ausgeben, und werde Sie um Bestätigung oder Widerlegung ersuchen.» Chamberlain sagte: «Ich kann es nicht in Abrede stellen, und wenn Sie die Angelegenheit zur Sprache bringen, werde ich es bestätigen.» Ich muss meine Worte zitieren:

Auf Grund der Angaben aus offiziellen deutschen Quellen belief sich der Kapitalaufwand von Ende März 1933 bis Ende Juni 1935 auf folgende Summen: 1933 fast fünf Milliarden Mark, 1934 fast acht Milliarden und 1935 fast elf Milliarden – eine Gesamtsumme von vierundzwanzig Milliarden oder ungefähr zwei Milliarden Pfund. Beachten Sie diese Zahlen: fünf, acht und elf in diesen drei Jahren. Sie zeigen genau die Zunahme, die eine sich entwickelnde Kriegsindustrie bewirken muss.

Im Besonderen fragte ich den Schatzkanzler:

Ist Ihnen bewusst, dass die deutschen Ausgaben für direkt oder indirekt mit militärischen Vorbereitungen zusammenhängende Zwecke, inbegriffen strategische Strassen, im Kalenderjahr 1935 möglicherweise den Gegenwert von achthundert Millionen Pfund erreichten; und dass diese Aufwendungen im laufenden Kalenderjahr die gleiche Höhe zu erreichen scheinen?

Chamberlain erwiderte:

Die Regierung besitzt keine amtlichen Angaben, aber nach den ihr vorliegenden Informationen habe ich keinen Grund zur Annahme, dass die in der Frage meines sehr ehrenwerten Freundes genannte Zahl für eines

der beiden Jahre als übertrieben bezeichnet werden müsste, obwohl sie, wie er selbst zugeben wird, bis zu einem gewissen Grad auf Mutmassungen beruht.

Ich ersetzte die Summe von einer Milliarde Pfund durch diejenige von achthundert Millionen Pfund, der Sicherheit halber und um meine geheimen Informatoren zu decken.

*

Ich schlug verschiedene Wege ein, um das gegenseitige Verhältnis der englischen und deutschen Rüstungen zur Diskussion zu stellen. Mein Ersuchen um eine Debatte in einer Geheimsitzung wurde abgelehnt. «Es würde unnötige Beunruhigung verursachen», hiess es. Ich fand wenig Unterstützung. Alle Geheimsitzungen sind bei der Presse unbeliebt. Am 20. Juli 1936 fragte ich dann den Premierminister, ob er eine Abordnung von Geheimen Staatsräten und einigen andern Persönlichkeiten empfangen würde, die ihm die ihnen bekannten Tatsachen unterbreiten würden. Lord Salisbury beantragte, dass auch eine ähnliche Deputation aus dem Oberhaus vorsprechen sollte. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Obwohl ich einen persönlichen Appell an Attlee und Sir Archibald Sinclair richtete, lehnten es die Labour- und die Liberale Partei ab, dabei vertreten zu sein. Baldwin, Lord Halifax und Sir Thomas Inskip empfingen uns daraufhin am 28. Juli im Zimmer des Premierministers im Parlamentsgebäude. Folgende Konservative und parteilose Persönlichkeiten begleiteten mich. Sir Austen Chamberlain stellte uns vor.

DIE DEPUTATION

Unterhaus

Sir Austen Chamberlain
Mr. Churchill
Sir Robert Horne
Mr. Amery
Sir John Gilmour
Captain Guest
Admiral Sir Roger Keyes
Earl Winterton
Sir Henry Croft
Sir Edward Grigg
Viscount Wolmer
Lieut.-Col. Moore-Brabazon
Sir Hugh O'Neill

Oberhaus

The Marquess of Salisbury
Viscount Fitz Allan
Viscount Trenchard
Lord Lloyd
Lord Milne

Es war ein grosses Ereignis. Ich kann mich nicht erinnern, im britischen öffentlichen Leben je etwas Ähnliches erlebt zu haben. Die Gruppe hervorragender Männer, die an keinen persönlichen Vorteil dachten, sondern ihr Leben den öffentlichen Angelegenheiten widmeten, repräsentierte eine gewichtige konservative Meinungsrichtung, die man nicht leicht unbeachtet lassen konnte. Wenn sich die Führer der Oppositionsparteien beteiligt hätten, wäre vielleicht eine so gespannte politische Situation entstanden, dass Massnahmen zur Abhilfe erzwungen worden wären. Die Verhandlungen beanspruchten an zwei aufeinanderfolgenden Tagen je drei bis vier Stunden. Ich habe Baldwin immer für einen guten Zuhörer gehalten. Zweifellos hörte er aufmerksam und mit grösstem Interesse zu. Verschiedene Mitglieder des Komitees für die Reichsverteidigung waren zugegen. Am ersten Tag leitete ich unsere Darlegung mit einer fünfviertelstündigen Erklärung ein, wovon einige im Anhang D wiedergegebene Auszüge ein deutliches Licht auf die Szene werfen.

Ich schloss wie folgt:

Erstens erleben wir die grösste Gefahr und Notlage unserer Geschichte. Zweitens können wir äusser in Zusammenarbeit mit der Französischen Republik keine Lösung unserer Probleme erhoffen. Die Vereinigung der britischen Flotte und der französischen Armee, zusammen mit den dicht hinter den französischen und belgischen Grenzen operierenden Luftwaffen und zusammen mit allem, wofür England und Frankreich einstehen, vermag vielleicht, den Angreifer abzuschrecken und uns Rettung zu verheissen. Jedenfalls ist dies die grösste Hoffnung. Befassen wir uns mit Einzelheiten: wir müssen zur Steigerung unserer eigenen Stärke jedes Hindernis beseitigen. Wir können uns nicht gegen sämtliche Gefahren vorsehen. Wir müssen uns auf das Lebenswichtige konzentrieren und Rückschläge auf anderen Gebieten hinnehmen. Ich unterbreite noch konkretere Vorschläge. Wir müssen in erster Linie die Entwicklung unserer Luftmacht fördern. Um jeden Preis müssen wir die Blüte unserer Jugend als Piloten heranziehen. Gleichgültig, welche Vorteile geboten werden müssen; wir müssen aus jeder Quelle schöpfen, jedes Mittel anwenden. Wir müssen unsere Flugzeugproduktion beschleunigen und vereinfachen und sie auf ein Höchstmass steigern, und wir dürfen nicht zögern, mit den Vereinigten Staaten und andern Staaten Verträge für die Lieferung von möglichst grossen Mengen an Flugzeugmaterial und jeder Art von Ersatzteilen abzuschliessen. Wir befinden uns in einer Gefahr, wie wir sie noch nie zuvor gekannt haben – nein, nicht einmal auf dem Höhepunkt des U-Bootkrieges [1917].

Dieser eine Gedanke beherrscht mich: *Die Monate gleiten rasch dahin. Wenn wir die Verstärkung unserer Verteidigung zu lange verzögern, kann uns überlegene Gewalt daran hindern, unsere Massnahmen durchzuführen.*

*

Wir waren sehr enttäuscht, dass der Schatzkanzler nicht anwesend sein konnte. Baldwins Gesundheit liess offensichtlich nach, und es war bekannt, dass er bald Erholung von seinen Amtsbürden suchen würde. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, wer sein Nachfolger sein würde. Unglücklicherweise befand sich Neville Chamberlain in wohlverdienten Ferien, so dass ihm die Gelegenheit entging, sich mit den Tatsachen vertraut zu machen, die durch Mitglieder der Konservativen

Partei, worunter sich sein Bruder und so viele seiner geschätztesten Freunde befanden, vorgebracht wurden.

Mehrere Minister schenkten unseren dringenden Vorstellungen ernste Beachtung, aber erst nach den Parlamentsferien, am 23. November 1936, wurden wir alle von Baldwin eingeladen, eine gründlicher erwogene Erklärung über die Gesamtlage entgegenzunehmen. Sir Thomas Inskip erstattete einen freimütigen und durchdachten Bericht, in dem er uns den Ernst der Lage, in die wir geraten waren, nicht verheimlichte. Im Wesentlichen war der Inhalt, dass unsere Schätzungen, und im besonderen meine Erklärung, unsere Aussichten in ein zu düsteres Licht rückten, dass grosse Anstrengungen unternommen würden (dies traf tatsächlich zu), um den verlorenen Boden wiederzugewinnen; dass jedoch die gegenwärtige Lage die Regierung nicht zur Einführung von Notverordnungen berechtige, dass diese Verordnungen notwendigerweise das ganze industrielle Leben des Landes aus dem Geleise bringen, weithin Alarmstimmung hervorrufen und alle bestehenden Mängel bekannt machen würden, und dass innerhalb der Grenzen der existierenden Verordnungen alles nur mögliche getan werde. Daraufhin gab Sir Austen Chamberlain unserem allgemeinen Empfinden Ausdruck, dass unsere Befürchtungen nicht zerstreut seien und dass wir uns keineswegs befriedigt erklären könnten. Damit verabschiedeten wir uns.

Ich kann nicht behaupten, dass die Lage sich damals, Ende 1936, noch hätte wenden lassen. Immerhin hätte mit einer intensiven verzweifelten Anstrengung viel mehr getan werden können und getan werden sollen. Und selbstverständlich hätte schon diese Anstrengung als solche eine nicht zu ermessende Wirkung auf Deutschland gehabt, vielleicht auch auf Hitler selbst. Aber die entscheidende Tatsache blieb bestehen, dass die Deutschen uns in der Luft und auch auf dem ganzen Gebiet der Rüstungsproduktion überlegen waren, selbst wenn man mitberücksichtigte, dass unser militärischer Bedarf geringer war und dass wir berechtigterweise auch auf Frankreich und die französische Armee und Luftwaffe

zählen durften. Es stand nicht mehr in unserer Macht, Hitler aufzuhalten oder die Parität in der Luft wieder zu erlangen. Nichts konnte jetzt die deutsche Armee und die deutsche Luftwaffe daran hindern, die stärkste in Europa zu werden. Durch aussergewöhnliche Anstrengungen konnten wir unsere Lage verbessern. Gänzlich wenden konnten wir sie nicht.

Diese düsteren Schlussfolgerungen, die von der Regierung nicht ernstlich bestritten wurden, beeinflussten zweifellos ihre Aussenpolitik; darüber müssen wir uns volle Rechenschaft ablegen, wenn wir uns ein Urteil über die Entscheidungen zu bilden suchen, die Chamberlain als Premierminister vor und während der Münchner Krise traf. Ich war damals nur Abgeordneter und trug keine offizielle Verantwortung. Ich tat mein Äusserstes, um die Regierung zu durchgreifenden und ausserordentlichen Vorbereitungen zu drängen, selbst um den Preis einer Alarmierung der ganzen Welt. In diesem Bestreben malte ich das Bild zweifellos schwärzer als es war. Der Nachdruck, mit dem ich auf den Zeitrückstand hinwies, an dem wir seit zwei Jahren krankten, scheint vielleicht im Widerspruch zu stehen zu meiner Haltung im Oktober 1938, als ich darauf drängte, den Kampf mit Hitler aufzunehmen. Ich bleibe jedoch bei meiner Überzeugung, dass es richtig war, die Regierung mit allen Mitteln anzuspornen, und dass es, wie ich gleich darlegen werde, unter allen Umständen besser gewesen wäre, Hitler im Jahre 1938 zu bekämpfen als im September 1939, als wir schliesslich dazu gezwungen waren. Weiteres darüber soll später gesagt werden.

*

Bald darauf übernahm Neville Chamberlain Baldwins Amt, und wir müssen uns nun mit dem Jahr 1938 befassen. Lord Swinton war ein äusserst unternehmender und tüchtiger Luftminister; er besass lange Zeit hindurch grossen Einfluss im Kabinett und verstand es, sich die nötigen Hilfsmittel und Gelder zu beschaffen. Die Sorge um unsere Luftvertei-

digung nahm weiter zu und erreichte im Mai ihren Höhepunkt. Die vielen grossen und wertvollen Erweiterungen und Verbesserungen, die Lord Swinton erreicht hatte, konnten nicht sofort in Erscheinung treten, und jedenfalls fehlte der Politik der Regierung sowohl Grosszügigkeit wie Intensität. Ich drängte weiter auf eine Untersuchung über den Stand unseres Luftwehrprogramms und fand darin immer grössere Unterstützung. Swinton hatte den Fehler begangen, sich in den Adelsstand erheben zu lassen. Infolgedessen konnte er sich und sein Ministerium nicht im Unterhaus verteidigen. Der Wortführer, der aus der vordersten Regierungsbank gewählt wurde, vermochte der wachsenden Beunruhigung und Unzufriedenheit in keiner Weise entgegenzuwirken. Nach einer einzigen unglückseligen Debatte stand es äusser Zweifel, dass der Luftminister im Unterhaus anwesend sein sollte.

Eines Morgens (am 12. Mai) waren wir im Komitee für Luftwehrforschungen alle eifrig mit technischen Problemen beschäftigt – Wissenschaftler, Politiker und Beamte –, als der Luftminister eine Botschaft erhielt, in der er aufgefordert wurde, sich in die Downing Street zu begeben. Er bat uns, die Diskussionen fortzusetzen, und verliess uns sofort. Er kam nie mehr zurück. Chamberlain hatte ihn entlassen.

In der erregten Debatte, die am 25. Mai folgte, suchte ich zu unterscheiden zwischen den Bemühungen und Fähigkeiten des gestürzten Ministers und den allgemeinen Vorwürfen gegen die Regierung:

Das Vertrauen in die Verlautbarungen der Regierung hat durch das Vorgefallene Schaden erlitten. Das Unterhaus ist über den Zustand der Luftwaffe ständig getäuscht worden. Der Premierminister selbst wurde getäuscht. Anscheinend hat er sich bis zum letzten Augenblick getäuscht. Man beachte die Erklärung, die er im März abgab, als er über unsere Rüstung sprach:

«Der Anblick dieser gewaltigen, fast furchterregenden Macht, die England auf baut, hat auf die öffentliche Meinung in der Welt eine ernüchternde Wirkung, eine beruhigende Wirkung.»

Ich habe das Unterhaus schon oft darauf aufmerksam gemacht, dass die Luftrüstungsprogramme in Rückstand gerieten. Aber ich habe Lord Swinton niemals angegriffen. Ich hielt ihn nie für den Schuldigen – ganz gewiss nicht für den allein Schuldigen. Es ist bei den Kritikern einer Regierung üblich, an einem zum Rücktritt gezwungenen Minister bisher unbeachtete Tugenden zu entdecken. Aber ich darf vielleicht zitieren, was ich vor drei Monaten sagte: «Es wäre unfair, die Schuld für unsere mangelnde Rüstung auf irgendeinen Minister oder auf Lord Swinton zu schieben. Er hat zweifellos eine ausserordentlich durchdachte und ernste Anstrengung unternommen, um den Ausbau unserer Luftwehr zu beschleunigen, und die von ihm erreichten Resultate wären glänzend, wenn sie nicht durch den Zeitrückstand verdunkelt und durch die Leistungen anderer Staaten in den Schatten gestellt würden.»

Die schwere Verantwortung für die Nichterfüllung der uns gegebenen Versprechen lastet auf den Männern, die während der letzten fünf Jahre unser Land regiert und geführt haben, das heisst seit dem Tag, an dem die deutsche Aufrüstung in ihrem vollen Ausmass sichtbar und bekannt wurde. Ich beabsichtigte ganz gewiss nicht, mich an einer Hetze gegen Lord Swinton zu beteiligen. Ich hörte heute mit grosser Freude die Anerkennung, die der Premierminister ihm aussprach. Zweifellos gebührt ihm unsere Teilnahme. Er besass das Vertrauen und die Freundschaft des Premierministers; er genoss die Unterstützung durch eine gewaltige Mehrheit im Parlament; trotzdem wurde er seines Postens in einem Augenblick enthoben, den ich für den schlimmsten in der Geschichte des Ausbaus der Luftwehr halte. Vielleicht setzt in einigen Monaten ein beträchtlicher Zustrom von Flugzeugen ein, und doch musste sich Lord Swinton in diesem für ihn besonders dunklen Augenblick für seine Leistungen verantworten. Kürzlich las ich einen Brief des grossen Herzogs von Marlborough, in dem er sagt: «Einen General mitten in einem Feldzug entlassen – das ist der Todesstoss.»

Ich wandte mich anderen Aspekten unserer Verteidigungsmassnahmen zu:

Wir sind nun im dritten Jahr der offen zugegebenen Aufrüstung. Warum bestehen so viele Mängel, wenn doch angeblich alles gut geht? Warum zum Beispiel exerzieren die Garderegimenter mit Fahnen anstatt mit Maschinengewehren? Warum befindet sich unsere kleine Territorialarmee in einem rudimentären Zustand? Entspricht das alles dem Plan? Wenn man in Betracht zieht, wie klein unsere Streitkräfte sind, warum

sollte es dann unmöglich sein, die Territorialarmee gleichzeitig mit der regulären Armee auszurüsten? Das wäre eine geringfügige Aufgabe für die britische Industrie gewesen, die auf jedem Gebiet äusser dem des Kriegsmaterials beweglicher und produktionsfähiger ist als die deutsche Industrie.

Vor Kurzem wurde der Kriegsminister über die Fliegerabwehrartillerie befragt. Die alten 7,5-Zentimeter-Geschütze vom letzten Krieg, sagte er, seien modernisiert worden, und die Lieferungen der neueren Geschütze – und es gibt mehr als einen neuen Geschütztyp – schritten rascher als plangemäss fort. Aber worin besteht der Plan? Wenn Ihr Plan die Lieferung von einem halben Dutzend, von zehn, einem Dutzend, zwanzig Geschützen, oder wieviele es im Monat sein mögen, vorsieht, kann sie ohne Zweifel leicht plangemäss und ebenso leicht sogar rascher als plangemäss fortschreiten. Aber in welchem Verhältnis steht ein solcher Plan zu unserm Bedarf? Vor einem Jahr erinnerte ich das Haus an den Fortschritt Deutschlands in der Fliegerabwehrartillerie, der öffentlich bekanntgegeben wurde – allein an mobiler Artillerie dreissig Regimenter mit je zwölf Batterien, die zusammen zwischen zwölf- und dreizehnhundert Geschütze umfassen, und dazu noch drei- bis viertausend Geschütze in ortsfester Stellung. Das sind alles moderne Geschütze, nicht aus dem Jahr 1915, sondern seit 1933 hergestellt.

Vermittelt das dem Unterhaus nicht einen Begriff von dem gewaltigen Ausmass dieser Vorgänge? Wir brauchen keine gigantische Armee wie die kontinentalen Länder; aber bei der Fliegerabwehr bestehen für uns dieselben Bedürfnisse. Wir sind genau so verwundbar, vielleicht noch verwundbarer. Die Regierung plant, unsere Fliegerabwehrartillerie nur um einige hundert Geschütze zu verstärken, während die Deutschen heute Tausende besitzen.

Gegenwärtig ist unsere Rüstungsproduktion entsprechend den Waffengattungen in drei getrennten Abteilungen organisiert. In Wahrheit reduziert sich die Waffenlieferung an alle drei Waffengattungen auf ein gemeinsames Problem der Beschaffung und Verteilung von geschulten Arbeitskräften, Rohstoffen, Fabriken, Maschinen und technischen Geräten. Dieses Problem kann nur durch eine einzige, zentrale, dominierende Aufsicht umfassend und ökonomisch behandelt werden. Gegenwärtig besteht Mangel und Doppelspurigkeit und sicherlich Verschwendung. Warum benötigt die erfahrene Flugzeugindustrie Englands neunzigtausend Männer und produziert nur die Hälfte bis zu einem Drittel dessen, was in Deutschland ungefähr hundertzehntausend Männer produzieren? Ist das nicht eine ungewöhnliche Tatsache? Es ist unglücklich, dass wir in dieser



Churchills Heim in London, Hyde Park Gate

Zeit nicht imstande waren, eine grössere Flugzeugproduktion zu erzielen. Mit einem einfachen Bureautisch, einem leeren Feld, Geld und Arbeitskräften sollten wir innerhalb von achtzehn Monaten eine grosse Menge Flugzeuge erhalten; wir stehen jedoch im vierunddreissigsten Monat, seit Lord Baldwin die Verdreifachung der Luftwaffe als nötig erklärte.

*

Der neue Luftminister Sir Kingsley Wood forderte mich auf, meine Tätigkeit im Komitee für Luftwehrforschungen fortzusetzen. Der Himmel hatte sich nun stark verdüstert, und ich hielt Lindemanns Erläuterungen der technischen Fragen, seinen Rat und Beistand für unbedingt notwendig. Ich schrieb daher dem Minister, dass ich ohne Lindemanns Mithilfe meine Tätigkeit einstellen müsste. Nach einigem Kampf hinter den Kulissen wurde Lindemann ins Hauptkomitee aufgenommen, und wir setzten unsere gemeinsame Arbeit fort.

*

In Kriegs- oder Friedenszeiten, in privater Stellung oder an der Spitze der Regierung, stand ich bis zum Waffenstillstand im Juni 1940 immer in vertraulichen Beziehungen zu den häufig wechselnden Ministerpräsidenten der Französischen Republik und zu vielen ihrer führenden Minister. Es lag mir viel daran, die Wahrheit über die deutsche Aufrüstung herauszufinden und meine eigenen Berechnungen an den ihrigen nachzuprüfen. Ich schrieb daher an Daladier, den ich persönlich kannte:

Churchill an Daladier

5. Mai 1938

Ihre Vorgänger Blum und Flandin hatten beide die Freundlichkeit, mir in den letzten Jahren zu bestimmten Zeitpunkten die französischen Schätzungen der deutschen Luftstreitkräfte mitzuteilen. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mich Ihre jetzige Ansicht darüber wissen lassen wollten. Ich habe mehrere Informationsquellen, die sich bisher als zuverlässig erwiesen, aber ich lege grossen Wert darauf, eine Gegenkontrolle aus unabhängiger Quelle zu besitzen.

Ich freue mich sehr, dass Ihr Besuch hier so erfolgreich war, und ich hoffe nun, dass alle die Stabsvereinbarungen getroffen werden, deren Notwendigkeit ich unsern Ministern nahegelegt habe.

Daladier schickte mir zur Antwort ein siebzehnseitiges, vom 11. Mai 1938 datiertes Dokument, mit dem «sich der französische Stab der Luftwaffe eingehend befasst» hatte. Ich zeigte dieses wichtige Schreiben meinen Freunden in den betreffenden britischen Ministerien, die es sorgfältig prüften und erwiderten, dass es «in allen wesentlichen Punkten mit den unabhängigen Ansichten übereinstimmt, die sich der britische Stab der Luftwaffe auf Grund seiner eigenen Informationen gebildet hat». Die französische Schätzung des Umfanges der deutschen Luftwaffe war etwas höher als die britische. Anfang Juni war ich in der Lage, gestützt auf die Ansicht sehr massgebender Persönlichkeiten, Folgendes an Daladier zu schreiben:

Churchill an Daladier

6. Juni 1938

Ich bin Ihnen ausserordentlich dankbar für die unschätzbaren Informationen, die ich durch den französischen Militärattaché erhalten habe. Ich versichere Ihnen, dass ich nur mit grösster Diskretion und im Dienst unserer gemeinsamen Interessen davon Gebrauch machen werde.

Die allgemeine Schätzung der gegenwärtigen deutschen Luftwaffe entspricht dem privaten Urteil, das ich mir habe bilden können. Ich neige jedoch zu der Annahme, dass die deutsche Flugzeugindustrie in einem etwas höheren als dem vermuteten Mass produziert und dass die genannte Zahl nur den eigentlichen Flugzeuglieferungen militärischer Typen an die deutsche Luftwaffe entspricht, worin die Lieferungen zu Exportzwecken und an General Franco nicht inbegriffen sind. Vermutlich wird die deutsche Luftwaffe bis 1. April 1939 aus dreihundert Geschwadern bestehen und bis 1. April 1940 aus vierhundert Geschwadern.

Ich legte auch grössten Wert darauf, meine eigenen Schätzungen der deutschen Armee mit derjenigen zu vergleichen, die ich auf Angaben aus englischer Quelle hatte auf bauen können. Ich fügte daher Folgendes hinzu:

Ich möchte eine kurze Notiz über die Informationen beilegen, die ich aus verschiedenen Quellen über die gegenwärtige und voraussichtliche Stärke der deutschen Armee zu sammeln imstande war. Es wäre mir angenehm zu wissen, ob sie ungefähr mit Ihren eigenen Schätzungen übereinstimmen. Es würde vollständig genügen, wenn Sie die Zahlen streichen würden, die Sie für unrichtig halten.

NOTIZ

Das deutsche Landheer besteht zurzeit (1. Juni) aus 36 Infanterie- und 4 Panzerdivisionen, alle in voller Kriegsstärke. Die nichtgepanzerten Divisionen werden schnell so ausgestaltet, dass sie ihre Schlagkraft verdreifachen können-, sie mögen sie gegenwärtig bereits verdoppelt haben. Die Artillerie ist nur bei 70 Divisionen genügend, darüber hinaus aber ausgesprochen unvollständig. Das Offizierskorps verteilt sich nur dünn über die gesamte Truppenstärke. Nichts desto weniger müssen wir bis zum Oktober 1938 mit einem Mindestbestand von 96 Infanterie- und 4 Panzerdivisionen rechnen, also mit 60 voll ausgerüsteten und bewaffneten Divisionsverbänden. Hinter diesem steht eine ausgebildete Menschenreserve, die ungefähr weiteren 96 Divisionen entspricht', für die letzteren ist ein Kaderaufbau vorhanden, und sie hätten Ausrüstung, Handfeuerwaffen sowie eine geringe artilleristische Unterstützung zur Verfügung, wenn man sich für einen Teil des aktiven Heeres mit einer niedrigeren Norm begnügen würde. Dabei ist das Wehrpotential Österreichs nicht berücksichtigt, das nach äusserster Schätzung 12 Divisionen aufbringen könnte', diese besässen zwar keine Waffen, liessen sich aber aus der Gesamtproduktion der deutschen Rüstungsindustrie versorgen. Daneben besteht eine Anzahl loser Verbände (Grenzschutz, Landwehr und so weiter), die so gut wie unbewaffnet sind.

Am 18. Juni 1938 antwortete Daladier:

Es ist mir eine besondere Genugtuung, zu erfahren, dass die meinem Brief vom 16. Mai beigefügten Informationen den Ihrigen entsprechen.

In den Angaben über die deutsche Armee, die in der Ihrem Schreiben vom 6. Juni beiliegenden Notiz enthalten sind, stimme ich vollkommen mit Ihnen überein. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass von den 36 gewöhnlichen Divisionen, über welche Deutschland tatsächlich verfügt, vier durchwegs motorisiert und zwei im Begriff sind, bald motorisiert zu werden.

Gemäss unseren Nachkriegsinformationen aus deutschen Quellen waren diese Angaben über die deutsche Armee im Sommer 1938 tatsäch-

lich bemerkenswert genau, wenn man in Betracht zieht, dass sie von einer Privatperson stammten. Dies beweist, dass ich in meinen langen Kampagnen für die englische Aufrüstung keineswegs falsch unterrichtet war.

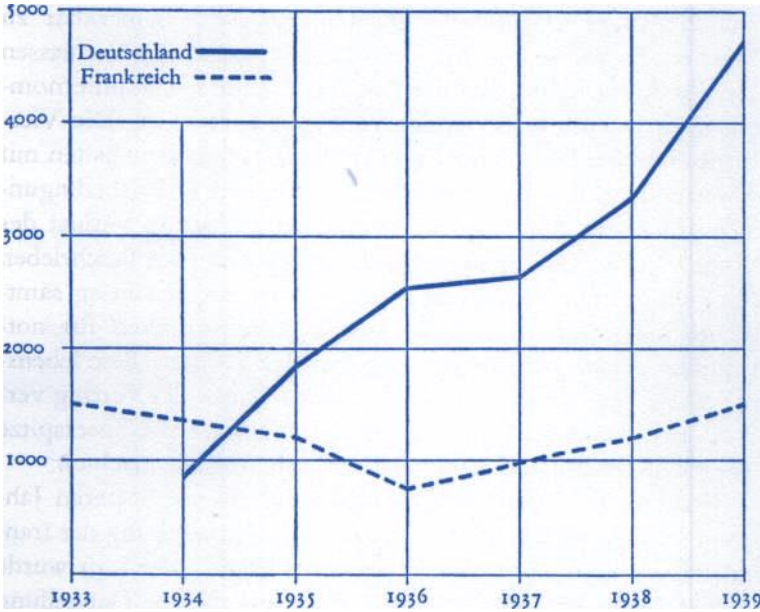
*

In diesem Bericht ist die französische Luftmacht mehrfach erwähnt worden. Eine Zeitlang war sie doppelt so stark wie die unsrige, und für Deutschland war überhaupt keine Luftwaffe erlaubt. Bis 1933 hatte Frankreich einen hohen Rang unter den europäischen Luftflotten eingenommen. Aber in demselben Jahr, in dem Hitler zur Macht gelangte, begann sich ein verhängnisvoller Mangel an Interesse und Unterstützung bemerkbar zu machen. Es wurde mit dem Geld gespart; gegen das Nachlassen der Produktionsfähigkeit der Fabriken wurde nichts unternommen; es wurden keine modernen Typen entwickelt. Die Vierzigstundenwoche erlaubte Frankreich nicht, Schritt zu halten mit Deutschland, wo man mit Überstunden unter Kriegsbedingungen aufrüstete. Das alles fiel ungefähr mit unserem Verlust der Parität in der Luft zusammen, der hier ausführlich beschrieben worden ist. Die westlichen Alliierten, die zur Schaffung sämtlicher Luftstreitkräfte, die sie aus Sicherheitsgründen für notwendig hielten, berechtigt waren, vernachlässigten diese lebenswichtige Waffe, während die Deutschen, denen der Vertrag verbot, sich damit zu befassen, aus der Luftwaffe die Speerspitze ihrer Diplomatie und ihres schliesslichen Angriffs machten.

Frankreichs Volksfrontregierung von 1936 und späteren Jahren traf viele wirksame Massnahmen zur Vorbereitung der französischen Armee und Marine auf den Krieg. In der Luft wurde nichts Entsprechendes geleistet. Eine graphische Darstellung zeigt in erschreckender Weise das Nachlassen der französischen Luftmacht und die Überflügelung durch die Linie der stets zunehmenden deutschen Leistung im Jahre 1935. Erst im Januar 1938, als Guy La Chambre Luftminister wurde, erfolgten

kräftige Massnahmen zur Wiederbelebung der französischen Luftwaffe. Aber damals blieben nur noch achtzehn Monate. Nichts, was die Franzosen tun konnten, vermochte die deutsche Armee zu verhindern, Jahr um Jahr zu wachsen und sich zu vervollkommen, und so die französische Armee zu überflügeln. Aber es ist erstaunlich, dass sie ihre Luftmacht derart verfallen liessen. Ich bin nicht befugt, den Ministern befreundeter und alliierter Länder Verantwortung und Schuld zuzumessen. Aber wenn in Frankreich nach «Schuldigen» gesucht wird, sollte man meinen, dass dies ein Gebiet ist, das eingehend untersucht werden könnte.

**VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DER FLUGZEUGPRODUKTION
DER ERSTEN LINIE**



Anmerkung: Die deutschen Zahlen sind erbeuteten deutschen Dokumenten entnommen. Die französischen Zahlen sind französischen Quellen entnommen.

*

Die Entschlossenheit der britischen Nation und des neu gewählten Parlaments wuchs, als sie langsam und ruckweise zur Erkenntnis der deutschen und bald der deutsch-italienischen Bedrohung gelangten. Sie waren jetzt bereit und willig, alle möglichen Schritte zu unternehmen, die, wären sie zwei oder drei Jahre früher erfolgt, ihre Leiden verhütet hätten. Aber während ihr Geist sich stärkte, nahm auch die Macht ihrer Gegner und die Schwierigkeit der Aufgabe zu. Viele sagen, dass man Hitler nur noch durch einen Krieg hätte aufhalten können, nachdem wir die Besetzung des Rheinlands hingenommen hatten. Das mag tatsächlich das Urteil zukünftiger Generationen sein. Immerhin hätte sich viel tun lassen, um unsere Vorbereitungen zu verbessern und damit die Gefahr zu verringern. Doch wer wollte sagen, was nicht hätte geschehen können?

EDEN IM FOREIGN OFFICE; SEIN RÜCKTRITT

Aussenminister und Premierminister – Eden und Chamberlain – Sir Robert Vansittart – Meine Fühlungnahme mit dem Aussenminister wegen Spanien – Die Konferenz von Nyon – Unser Briefwechsel – Ein britischer Erfolg – Meinungsverschiedenheit zwischen dem Premierminister und dem Aussenminister – Lord Halifax besucht Deutschland und Hitler – Ich lehne eine Einladung ab – Eden fühlt sich isoliert – Präsident Roosevelts Angebot – Die Antwort des Premierministers – Der Präsident wird zurückgewiesen und entmutigt – Die schwere Verantwortung Chamberlains – Endgültiger Bruch zwischen Eden und Chamberlain wegen der Unterredungen in Rom – Eine schlaflose Nacht in Chartwell

DER Minister für Auswärtiges nimmt in der britischen Regierung eine Sonderstellung ein. Er wird in seinem hohen und verantwortlichen Amt mit ausgesprochener Hochachtung behandelt; er leitet aber üblicherweise seine Angelegenheiten unter der unablässigen Aufsicht wenn nicht des ganzen Kabinetts so doch seiner wichtigsten Mitglieder. Er ist verpflichtet, sie auf dem Laufenden zu halten. Nach Brauch und Herkommen setzt er unter seinen Kollegen alle seine wichtigeren Telegramme, die Berichte von unseren auswärtigen Botschaften, die Protokolle über seine Unterredungen mit fremden Botschaftern und anderen Persönlichkeiten in Umlauf. Wenigstens pflegte dies während der ganzen Zeit so zu sein, in der ich selbst Kabinettsmitglied war. Selbstverständlich wahrt vor allem der Premierminister, der persönlich oder durch sein Kabinett die Verantwortung für die Festlegung der Hauptlinie der Aussenpolitik und die Macht zu dieser Festlegung hat, das Recht zur

fortlaufenden Überwachung. Für ihn darf es keine Geheimnisse geben. Kein Aussenminister kann seine Arbeit verrichten, wenn er nicht unablässig von seinem Chef unterstützt wird. Damit alles glatt verläuft, muss zwischen den beiden nicht nur eine Verständigung über die Grundlagen der Politik bestehen, sondern auch eine Übereinstimmung in der Betrachtungsweise und in gewissem Umfang sogar im Temperament. Das alles gewinnt besondere Bedeutung, wenn der Premierminister selber den auswärtigen Angelegenheiten seine direkte Aufmerksamkeit zuwendet.

Eden war der Aussenminister Baldwins, der, abgesehen von seinem bekannten Wunsch nach Frieden und ungestörtem Leben, an der auswärtigen Politik nicht aktiv teilnahm. Chamberlain dagegen suchte in zahlreichen Ministerien einen beherrschenden Einfluss auszuüben. Er hatte in auswärtigen Fragen sehr ausgesprochene Ansichten und übte von Anfang an sein unbezweifeltes Recht aus, darüber mit fremden Botschaftern zu diskutieren. Seine Übernahme des Premieramtes bedingte daher einen leisen, aber spürbaren Wechsel in der Stellung des Aussenministers.

Dazu kam eine tiefgehende, wenn auch vorerst latente Verschiedenheit des Charakters und der Auffassung.

Der Premierminister hegte den Wunsch, sich mit den beiden europäischen Diktatoren auf guten Fuss zu stellen und meinte, die beste Methode dafür sei ein weitgehendes Entgegenkommen und die Verhütung von allem, was sie verstimmen könnte. Eden dagegen hatte seinen Ruf in Genf gewonnen, als er die europäischen Staaten gegen einen der Diktatoren mobilisierte und, wenn man ihm nur freie Hand gelassen hätte, die Sanktionen vielleicht bis an den Rand des Kriegs und sogar noch darüber hinaus gesteigert haben würde. Er war ein begeisterter Anhänger der Entente mit Frankreich. Noch vor Kurzem hatte er darauf gedrängt, dass die beiden Generalstäbe gemeinsame Besprechungen durchführen sollten. Er gab sich auch Mühe, engere Beziehungen mit Russland zu schaffen. Er fühlte die von Hitler drohende Gefahr und

fürchtete sie. Er war alarmiert von der Schwäche unserer Rüstungen und ihrer Rückwirkung auf unsere Aussenpolitik. Fast könnte man sagen, dass zwischen seinem und meinem Standpunkt kein grosser Unterschied bestand, natürlich äusser dem einen, dass er im Amt war. Ich rechnete daher von Anfang an damit, dass zwischen diesen beiden führenden Männern des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten auftreten würden, sobald sich die Weltlage weiter verschärfte.

Überdies hatte der Premierminister in Lord Halifax einen Mitarbeiter, der seine Auffassungen über die auswärtigen Angelegenheiten mit Sympathie und Überzeugung zu teilen schien. Meine langjährige und enge Beziehung zu Edward Halifax hatte 1922 begonnen, als er während der Regierung Lloyd George mein Unterstaatssekretär im Ministerium für die Dominien und Kolonien wurde. Politische Differenzen – selbst so ernste und andauernde wie diejenige, die wegen seiner Politik als Vizekönig von Indien zwischen uns auftauchten – hatten unsere persönliche Freundschaft nie beeinträchtigt. Ich glaubte ihn gut zu kennen, und ich wusste wohl, dass zwischen uns eine Kluft bestand. Auch war ich mir klar darüber, dass er und Anthony Eden durch die gleiche oder eine ähnliche Kluft getrennt waren. Im Grund wäre es richtiger gewesen, wenn Chamberlain bei der Bildung seines Kabinetts Lord Halifax zum Aussenminister ernannt hätte. Eden hätte bedeutend besser ins Kriegsministerium oder in die Admiralität gepasst, und der Premierminister hätte dann im Foreign Office einen verwandten Geist und einen Mann aus seiner eigenen Gefolgschaft gehabt. Im Lauf des Jahres, in dem Eden und Chamberlain zusammenarbeiteten, verschärfte sich diese unerfreuliche Lage beständig.

*

Bis zu dieser Zeit war Sir Robert Vansittart viele sorgenschwere Jahre hindurch der Chef des Foreign Office gewesen. Seine zufällige Verknüpfung mit dem Hoare-Laval-Pakt hatte seine Stellung sowohl beim

neuen Aussenminister Eden als auch in weiten politischen Kreisen einträchtigt. Der Premierminister, der sich immer mehr auf seinen obersten Wirtschaftsberater Sir Horace Wilson verliess und ihn sehr oft in Angelegenheiten, die mit seinem Arbeitsgebiet und seiner Zuständigkeit nicht das mindeste zu tun hatten, zu Rate zog, betrachtete Vansittart als einen Gegner Deutschlands. Darin hatte er allerdings recht, denn niemand war sich des Wachstums der deutschen Gefahr besser bewusst, niemand eher gewillt als er, alle anderen Erwägungen zurücktreten zu lassen, wenn es galt, dieser Gefahr entgegenzuwirken. Der Aussenminister glaubte, dass er mit Sir Alexander Cadogan, ebenfalls einem Beamten des Foreign Office von ausgezeichnetem Charakter und ganz ungewöhnlichen Fähigkeiten, leichter Zusammenarbeiten könnte. Vansittart wurde am 1. Januar 1938 auf die Sonderstellung eines «Obersten Diplomatischen Beraters der Regierung Seiner Majestät» berufen. Der Öffentlichkeit gegenüber wurde dies als eine Rangerhöhung hingestellt. Tatsächlich glitt aber damit die volle Verantwortung für die Leitung des Foreign Office aus seiner Hand. Er behielt seinen traditionellen Arbeitsraum, aber die Telegramme des Foreign Office wurden zuerst vom Aussenminister gelesen und mit den Bemerkungen des Departements versehen, bevor sie zu seiner Kenntnis gelangten. Die Ernennung zum Botschafter in Paris lehnte Vansittart ab und blieb geraume Zeit in seiner abgesonderten Stellung.

*

Im Laufe des Spätjahres 1937 kam es zwischen dem Premierminister und seinem Aussenminister zu immer stärkeren Meinungsverschiedenheiten, sowohl über die Methoden wie über die Ziele ihrer Politik. Die Ereignisse, die Eden im Februar zum Rücktritt veranlassten, spielten sich in logischer Folge ab.

Die ersten Differenzen entstanden über unsere Beziehungen zu Deutschland und Italien. Chamberlain war entschlossen, sich weiter um die Gunst der beiden Diktatoren zu bemühen. Im Juni 1937 lud er den

italienischen Botschafter Graf Grandi in sein Haus in der Downing Street ein. Die Unterredung fand mit Kenntnis Edens, nicht aber in seiner Anwesenheit statt. Chamberlain sprach von seinem Wunsch nach einer Besserung der britisch-italienischen Beziehungen. Grandi legte ihm nahe, dass es vielleicht gut wäre, wenn der Premierminister als einleitende Geste ein persönliches Schreiben an Mussolini richten würde. Chamberlain setzte sich an den Tisch und fasste noch während der Unterredung ein solches Schreiben ab. Es wurde abgeschickt, ohne dass der Aussenminister, der sich im nur wenige Schritte entfernten Foreign Office befand, davon erfuhr. Der Brief führte zu keinen greifbaren Ergebnissen, und wegen der unablässig wachsenden italienischen Intervention in Spanien verschlechterten sich unsere Beziehungen mit Italien immer mehr.

Chamberlain war zutiefst davon überzeugt, dass ihm die persönliche Mission zufalle, eine freundschaftliche Verständigung mit den Diktatoren von Deutschland und Italien zu erreichen, und er glaubte dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Als Auftakt zu einer allgemeinen Regelung der Streitfrage beabsichtigte er, Mussolini mit der Anerkennung der italienischen Eroberung von Abessinien entgegenzukommen. Hitler gegenüber war er zu Konzessionen auf dem Kolonialgebiet bereit. Zugleich war nicht geneigt, die Verbesserung der britischen Rüstung oder die nötige enge Zusammenarbeit mit Frankreich, sowohl auf militärischem wie auf politischem Gebiet, ernstlich an die Hand zu nehmen. Eden dagegen war überzeugt, dass jede Vereinbarung mit Italien im Rahmen eines umfassenden Mittelmeerabkommens erfolgen müsse, das auch Spanien miteinbeziehen und im engen Einvernehmen mit Frankreich herbeigeführt werden sollte. Bei den Verhandlungen über ein derartiges Abkommen musste selbstverständlich unsere Anerkennung der italienischen Position in Abessinien eine wertvolle Trumpfkarte bedeuten. Diese Karte schon am Anfang auszuspielen und den Eindruck zu erwecken, dass uns an Verhandlungen viel gelegen sei, betrachtete der Aussenminister als unklug.

Im Herbst 1937 nahmen diese Differenzen ernstere Ausmasse an. Chamberlain fühlte sich durch das Foreign Office in seinen Bestrebungen gehindert, Unterhandlungen mit Deutschland und Italien einzuleiten. Eden seinerseits war der Ansicht, dass sein Chef mit übermässiger Eile an die Diktatoren herantrete, besonders da unsere Rüstungen noch schwach waren. Es bestand eine grundlegende Verschiedenheit der Auffassungen, sowohl in praktischer wie in psychologischer Hinsicht.

*

Obwohl ich in Opposition stand zur Regierung, empfand ich lebhaftes Sympathie für ihren Aussenminister. Ich hielt ihn für den entschlossensten und mutigsten Mann des ganzen Kabinetts; als Privatsekretär und später als Unterstaatssekretär im Foreign Office war er zwar gezwungen gewesen, manches zu billigen, was ich angriff und heute noch missbillige; aber ich war überzeugt, dass er das Herz auf dem rechten Fleck habe und die richtige Einstellung besitze. Seinerseits legte er Wert darauf, mich ins Foreign Office einzuladen, wenn dort irgendeine Feierlichkeit stattfand, und wir führten einen lebhaften Briefwechsel. Darin lag selbstverständlich nichts Ungehöriges; Eden hielt sich an die festgegründete Überlieferung, wonach der Aussenminister sich mit den prominenten Politikern des Tages über alle weitreichenden internationalen Probleme zu verständigen pflegt.

Am 7. August 1937 schrieb ich ihm:

Die spanische Geschichte beschäftigt mich unaufhörlich. Es scheint mir von grösster Wichtigkeit, dass wir Blum veranlassen, mit uns gemeinsam streng neutral zu bleiben, selbst wenn Deutschland und Italien die Aufständischen weiter unterstützen und Russland die Regierung mit Geldmitteln versieht. Wenn die französische Regierung gegen die Aufständischen Stellung bezieht, wird das für die Deutschen und Deutschfreundlichen einen unerhörten Glücksfall bedeuten. Lesen Sie am Montag meinen Artikel im *Evening Standard*, falls Sie einen Augenblick Zeit haben.

In diesem Artikel hatte ich geschrieben:

Die schlimmsten Streitigkeiten entstehen erst dann, wenn beide Seiten gleichermassen im Recht und im Unrecht sind. Im vorliegenden Fall fordern auf der einen Seite die Leidenschaften eines in Armut lebenden und rückständigen Proletariats den Sturz von Kirche, Staat und Eigentum und die Errichtung eines kommunistischen Regimes. Auf der andern Seite rücken die patriotischen, religiösen und bürgerlichen Kräfte vor, unter der Führung der Armee und in vielen Provinzen mit Unterstützung des Landes, um die Ordnung durch die Errichtung einer Militärdiktatur wiederherzustellen. Die Grausamkeiten und erbarmungslosen Hinrichtungen, zu denen beide Seiten durch die Verzweiflung getrieben werden, der grauenhafte, entfesselte Hass, der Zusammenstoss der Weltanschauungen und Interessen machen es nur zu wahrscheinlich, dass auf den Sieg die gnadenlose Ausrottung der aktiven Elemente unter den Besiegten und eine lange Zeit eiserner Herrschaft folgen wird.

Im Herbst 1937 waren Eden und ich, wenn auch auf etwas verschiedenen Wegen, ungefähr zur gleichen Stellungnahme gegen die aktive Intervention der Achse im spanischen Bürgerkrieg gelangt. Im Unterhaus trat ich jedesmal für ihn ein, wenn er, obwohl auf sehr eng begrenzter Grundlage, eine entschlossene Aktion einleitete. Ich wusste wohl, was für Schwierigkeiten er mit einigen seiner älteren Mitarbeiter im Kabinett und mit seinem Chef hatte, und es war mir klar, dass er kühner vorgegangen wäre, wenn er über eine grössere Handlungsfreiheit verfügt hätte. Gegen Ende August sahen wir uns öfters in Cannes, und eines Tags lud ich ihn und Lloyd George zu einem Mittagessen in einem Restaurant zwischen Cannes und Nizza ein. Unsere Unterhaltung betraf das ganze Gebiet – den Kampf in Spanien, die anhaltende Unzuverlässigkeit Mussolinis und seine Intervention in Spanien und selbstverständlich zum Schluss auch den düsteren Hintergrund der unablässig steigenden Macht Deutschlands. Ich hatte den Eindruck, dass wir alle drei in unsern Ansichten weitgehend übereinstimmten. Der Aussenminister war natürlich sehr zurückhaltend, was seine Beziehungen zu seinem Chef betraf,

und diese delikate Frage wurde überhaupt nicht berührt. Nichts hätte korrekter sein können als sein Verhalten. Ich war jedoch überzeugt, dass er sich in seinem hohen Amte nicht glücklich fühlte.

*

Im Mittelmeer brach bald darauf eine Krise aus, die Eden entschlossen und geschickt behandelte; sie wurde daher auch in einer Weise gelöst, die unser Ansehen wieder etwas hob. Eine Anzahl von Handelsschiffen waren von angeblich spanischen Unterseebooten versenkt worden. Tatsächlich bestand nicht der geringste Zweifel darüber, dass es sich nicht um spanische, sondern um italienische Boote handelte. Das war eine unverhohlene Seeräuberei und forderte jeden, der die Verhältnisse durchschaute, zur Aktion heraus. Am 10. September trat in Nyon eine Konferenz der Mittelmeermächte zusammen. Aussenminister Eden begab sich dorthin in Begleitung von Vansittart und Lord Chatfield, dem Ersten Seelord.

Churchill an Eden

9. September 1937

In Ihrem letzten Briefe äusserten Sie den Wunsch, vor Ihrer Abreise nach Genf mit Lloyd George und mir zusammenzutreffen. Wir haben uns heute gesehen, und ich gestatte mir, Ihnen unsere Ansichten mitzuteilen.

Im jetzigen Augenblick muss man Italien anhalten, seiner internationalen Pflicht nachzukommen. Der Seeräuberei durch Unterseeboote im Mittelmeer und dem Versenken von Schiffen mehrerer Länder, ohne jede Rücksicht auf das Schicksal ihrer Mannschaften, muss ein Ende gemacht werden. Zu diesem Zweck müssten sich alle Mittelmeermächte darauf einigen, ihre eigenen Unterseeboote von bestimmten Handelsrouten fernzuhalten. Auf diesen Routen müsste die britische und die französische Flotte alle Unterseeboote aufspüren, und jedes von einem Detektorapparat festgestellte Unterseeboot müsste sofort verfolgt und als Pirat versenkt werden. Italien sollte in den höflichsten Formen eingeladen werden, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Wenn es das ablehnt, müsste man ihm einfach erklären: Wir gehen in dieser Weise vor.

Die freundschaftliche Mithilfe Italiens ist jedoch äusserst wichtig. Frankreich müsste erklären, dass es die Pyrenäengrenze für den Import aller Arten von Kriegsmaterial öffnen werde, falls sich diese Mithilfe nicht erreichen lasse. Auf diese Weise würde Italien einerseits vor der Tatsache stehen, dass die Seewege im Mittelmeer auf jeden Fall von seeräuberischen Unterseebooten gesäubert werden, während es andererseits durch die Verweigerung seiner Mithilfe nichts gewinnt, weil die französische Grenze geöffnet würde. Diesem Punkt messen wir grösstes Gewicht bei. Die Aufforderung an Italien, sich den andern Mittelmeermächten anzuschliessen, zusammen mit der Tatsache, dass es durch sein Beisestehen viel aufs Spiel setzen und nichts gewinnen würde, müsste fast mit Gewissheit ihre Wirkung tun, allerdings nur, wenn Mussolini weiss, dass es Frankreich und England ernst meinen.

Wir glauben nicht, dass Deutschland in diesem Jahr einen grossen Krieg führen kann, und wenn man hofft, mit Italien künftig gut zu stehen, sollten die Angelegenheiten nun in Ordnung gebracht werden. Die Gefahr für uns liegt darin, dass Mussolini meint, er könne alles mit Bluff und Einschüchterung erreichen und wir würden letzten Endes doch nur mit Gezeter zurückweichen. Es liegt im Interesse des europäischen Friedens, dass man jetzt eine feste Front bildet, und wenn Sie es für möglich halten, in diesem Sinne vorzugehen, so möchten wir Ihnen unsere Unterstützung für eine derartige Politik sowohl im Unterhaus wie auch draussen im Lande zusichern, wie sich die Dinge auch gestalten mögen.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass dieser Augenblick für Sie ebenso wichtig ist wie der, als Sie nach der Verletzung der Rheinlandabkommen auf Generalstabsbesprechungen mit Frankreich drangen. Der kühne Pfad ist der Pfad der Sicherheit.

Machen Sie bitte in vertraulicher Weise oder öffentlich von diesem Schreiben jeden Gebrauch, den Sie als den britischen Interessen und den Interessen des Friedens förderlich erachten.

PS. Ich habe dieses Schreiben Lloyd George vorgelesen, der sein volles Einverständnis damit erklärt.

Die Konferenz in Nyon war kurz und erfolgreich. Man kam überein, britische und französische Seepatrouillen zur Abwehr der Unterseebootgefahr einzurichten, deren Befehle nicht den mindesten Zweifel über das Schicksal eventuell betroffener Unterseeboote offen liessen. Damit fand man sich in Italien ab, und die Übergriffe hörten mit einem Schlag auf.

Eden an Churchill

14. September 1937

Sie werden nun die Richtung erkannt haben, die wir in Nyon einschlugen und die, wenigstens teilweise, der Anregung in Ihrem Brief entspricht. Hoffentlich sind auch Sie der Meinung, dass die Ergebnisse der Konferenz zufriedenstellend sind. Von hier aus gesehen sind sie es. Die wirklich bedeutende politische Tatsache ist, dass wir den nachdrücklichen Beweis erbrachten, dass eine wirksame Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich möglich ist und dass die beiden westlichen Demokratien noch immer eine entscheidende Rolle in europäischen Fragen spielen können. Das Programm, auf das wir uns schliesslich einigten, wurde von den Franzosen und uns gemeinsam ausgearbeitet. Ich muss sagen, dass ihre Mitarbeit nicht aufrichtiger hätte sein können, und wir waren überrascht über den Umfang der Mitwirkung, die sie bei der Flottenaktion anzubieten bereit waren. Es ist fair zu sagen, dass wir auf der Basis von fünfzig zu fünfzig arbeiten werden, wenn wir ihre Hilfe in der Luft mit einrechnen.

Ich gebe zu, dass unsere Tätigkeit hier sich nur mit einer Seite des spanischen Problems beschäftigte. Aber es hat unser Ansehen bei den Mächten sehr gestärkt, in einem Augenblick, in dem wir eine solche Stärkung dringend nötig hatten. Die Haltung der kleinen Mittelmeermächte war nicht weniger befriedigend. Sie taten unter der fast überschwänglich freundlichen Führung der Türkei ihr Bestes. Chatfield hatte bei jedermann grossen Erfolg, und ich glaube, dass die Konferenz von Nyon durch ihre Kürze und ihren Erfolg dazu beigetragen hat, uns wieder eine Stellung zu verschaffen. Ich hoffe, dass auch Sie diesen Eindruck haben.

Wenigstens hat es den Franzosen und uns Mut gemacht, mit unserer gewaltigen Aufgabe gemeinsam fertig zu werden.

Churchill an Eden

20. September 1937

Es war sehr freundlich von Ihnen, mir zu schreiben, obschon Sie so stark in Anspruch genommen waren. Ich beglückwünsche Sie aufrichtig zu Ihrer sehr beachtenswerten Leistung. Nur selten bietet sich die Gelegenheit, dass strenge und wirksame Massnahmen gegen einen Missetäter angewandt werden können, ohne die Gefahr eines Krieges mit sich zu bringen. Ich hege keinen Zweifel darüber, dass das Unterhaus mit dem Resultat höchst zufrieden sein wird.

Mit grosser Freude höre ich, dass Neville Sie unterstützt hat, anstatt Sie an den Rockschössen zurückzuhalten, wie es die Zeitungen darstellten. Hoffentlich wird man an den von Ihnen erreichten Vorteilen festhalten. Mussolini versteht nur die Sprache der überlegenen Gewalt, so, wie er sie jetzt im Mittelmeer vor sich hat. Die ganze Lage dort unten ändert sich von dem Augenblick an, in dem uns die französischen Stützpunkte zur Verfügung stehen. Gegen eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich ist Italien machtlos. Ich hoffe also, dass man es Mussolinis Sorge sein lässt, wie er sich aus der diplomatischen Patsche zieht, in die er sich gebracht hat. Dass man sich für einen greifbaren Zweck gegen ihn zusammenschliesst, wie jetzt im Mittelmeer, ist gerade das, was er vor allem hätte vermeiden müssen. Er hat es selbst verschuldet. Ich hoffe, dass die jetzt begonnene englisch-französische Zusammenarbeit zur See auch in Zukunft fortgeführt wird und dass die beiden Flotten und Luftwaffen sich weiter zum gegenseitigen Vorteil ergänzen werden. Das wird zur Verhütung von Schwierigkeiten auf den Balearen nötig sein. Mit Italiens fortgesetzter Befestigung des Mittelmeers gegen uns wird man sich in Zukunft befassen müssen; denn sie bedeutet eine grosse Gefahr für das Britische Reich. Je dauerhafter das gegenwärtige Übereinkommen wird, umso ungefährlicher wird die Entwicklung sein.

Bernard Baruch telegraphiert, dass er die Ergebnisse seiner Unterredung mit dem Präsidenten [nach unseren Gesprächen in London] schriftlich niederlegt. Ich zweifle kaum daran, dass die Rede des Präsidenten gegen die Diktaturen weitgehend von unseren Gesprächen beeinflusst war, und ich hoffe, dass auch für die Zoll- und Währungsfragen der Boden bereitet wird.

Eden an Churchill

25. September 1937

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 20. September und für Ihre anerkennenden Worte über Nyon, die ich sehr zu schätzen weiss. Ihre Kennzeichnung der Lage in Nyon: «Nur selten bietet sich die Gelegenheit, dass strenge und wirksame Massnahmen gegen einen Missetäter angewandt werden können, ohne die Gefahr eines Krieges mit sich zu bringen», trifft meines Erachtens genau zu. Mussolini war unvorsichtig genug, die Grenzen zu überschreiten, und er musste die Strafe dafür hinnehmen. Der Anblick von achtzig im Mittelmeer patrouillierenden englisch-französischen Zerstörern, unterstützt von beträchtlichen Luftstreitkräften, macht auf die öffentliche Meinung in Europa zweifellos tiefen Eindruck. Nach Berich-

ten, die ich erhalten habe, hat auch Deutschland nicht versäumt, davon Notiz zu nehmen. Es war für Delbos und mich eine grosse Erleichterung, dass wir die Stellungnahme unserer beiden Länder auf diese Weise bekräftigen konnten, im Herbst eines Jahres, in dem wir uns notgedrungen so sehr in der Defensive befunden hatten. Es stehen uns noch viele Schwierigkeiten bevor, und wir sind in militärischer Hinsicht noch keineswegs so stark, wie ich es wünschen möchte; aber Nyon hat uns ermöglicht, unsere Stellung zu verbessern und Zeit zu gewinnen.

Ich teile auch aufrichtig Ihre Meinung über die Wichtigkeit der britisch-französischen Zusammenarbeit, die wir nun im Mittelmeer erreicht haben. Die ganze Haltung Frankreichs unterschied sich natürlich grundlegend von der, die unter Laval vorherrschte. Der französische Marinestab hätte nicht hilfsbereiter sein können; er bemühte sich ernstlich, einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der vereinigten Streitkräfte zu leisten. Unsere Admiralität war sicher beeindruckt. Überdies sind die gegenseitigen Vorteile, auf die Sie wegen der Benützung der beiderseitigen Stützpunkte hinweisen, sehr wertvoll. Auch wird die Beteiligung Italiens, in welcher Form sie auch erfolgen mag, diese Lage nicht beeinträchtigen können.

Obwohl die Konferenz von Nyon nur eine Episode war, beweist sie, wie stark ein gemeinsames Vorgehen von England und Frankreich auf die Stimmung und die Politik der Diktatoren gewirkt haben würde, wenn es mit Überzeugung und mit der Bereitschaft zur Gewaltanwendung erfolgt wäre. Dass eine derartige Politik in diesem Stadium den Krieg verhütet hätte, lässt sich nicht mit Gewissheit behaupten. Aber sie hätte ihn leicht verzögern können. Es ist erwiesen, dass die «Befriedungspolitik» in allen ihren Formen die Angriffslust der Diktatoren nur ermutigte und ihre Macht im eigenen Land steigerte, während jedes Zeichen einer positiven Gegenoffensive durch die Demokratien des Westens eine unmittelbare Entspannung bewirkte. Dieses Gesetz galt während des ganzen Jahres 1937. Dann allerdings veränderten sich der Schauplatz und die Verhältnisse.

*

Anfang Oktober 1937 wurde ich zu einem Diner eingeladen, das im Foreign Office zu Ehren des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinovitch gegeben wurde. Als wir uns nach dem Essen stehend unterhielten und ich gerade mit Eden sprach, trat Lord Halifax zu uns und sagte, Göring habe ihn zu einem Jagdaufenthalt nach Deutschland eingeladen und man habe ihm versprochen, dass er Hitler werde sehen können. Der Premierminister, mit dem er darüber gesprochen habe, sei durchaus einverstanden, und er habe die Einladung infolgedessen angenommen. Ich hatte den Eindruck, dass Eden überrascht war und den Plan nicht billigte; aber alles nahm einen glatten Verlauf. Halifax begab sich daher in seiner Eigenschaft als *Master of Foxhounds* nach Deutschland. Die nationalsozialistische Presse begrüßte ihn als *Lord Halalifax* denn «*Halali!*» ist bekanntlich auf dem Kontinent ein Jagdruf. Nach einigen sportlichen Vergnügungen wurde er tatsächlich nach Berchtesgaden gebeten und führte eine inoffizielle und nicht allzu feierliche Unterredung mit Hitler. Das Ergebnis war nicht sehr günstig. Man konnte sich kaum zwei Charaktere vorstellen, die weniger geeignet waren, sich zu verstehen. Auf der einen Seite der Aristokrat aus Yorkshire mit seinem hochkirchlichen Glauben und seiner glühenden Friedensliebe, der nach dem englischen Brauch vergangener Zeiten zu lächelndem gutem Willen erzogen worden war und im Krieg seine Pflicht als guter Offizier getan hatte, und ihm gegenüber das dämonische Wesen, das aus dem Abgrund der Armut aufgestiegen, durch den Misserfolg erbittert, von Hass und Rachsucht verzehrt war, und nur von dem einen Wunsch getrieben wurde, die Deutschen zu den Herren Europas oder vielleicht der Welt zu machen. Es kam nichts dabei heraus als Geschwätz und Verwirrung.

*

Es mag hier erwähnt werden, dass Ribbentrop mich zweimal aufforderte, Hitler zu besuchen. Vor langer Zeit, als Unterstaatssekretär für die Kolonien und als Maj or im Oxforder Freiwilligenregiment, war ich bei

den deutschen Manövern in den Jahren 1907 und 1909 Gast des Kaisers gewesen. Aber jetzt lagen die Dinge anders. Ein Kampf auf Tod und Leben war im Gange, und ich hatte darin Stellung bezogen. Mit der Autorität Englands hinter mir wäre ich gerne mit Hitler zusammengekommen. Als Privatmann aber hätte ich mich selbst und mein Land in eine unvorteilhafte Lage gebracht. Wenn ich als Gast dem Diktator zugestimmt hätte, wäre das einer Irreführung gleichgekommen. Hätte ich ihm aber widersprochen, so wäre ich beschuldigt worden, dass ich die englisch-deutschen Beziehungen trübe. Ich lehnte daher beide Einladungen ab oder wich ihnen vielmehr aus. Alle Engländer, die in jenen Jahren den deutschen Führer besuchten, kamen in schwierige Lagen oder wurden kompromittiert. Keiner täuschte sich gründlicher als Lloyd George, dessen hingerissene Berichte über seine Unterredungen heute recht sonderbar anmuten. Es steht äusser Zweifel, dass Hitler die Menschen faszinieren konnte, und seine Besucher liessen sich oft durch das Gefühl von Kraft und Autorität allzusehr beeindrucken. Wenn man nicht zusammenpasst, hält man sich besser fern.

*

Im Laufe des Monats November steigerte sich die Besorgnis Edens wegen der Verzögerung unserer Rüstungen immer mehr. Am 11. November hatte er eine Besprechung mit dem Premierminister und versuchte ihm seine Bedenken mitzuteilen. Neville Chamberlain weigerte sich nach einiger Zeit, ihn weiter anzuhören. Er gab ihm den Rat, «heimzugehen und ein Aspirin zu nehmen». Nach seiner Rückkehr von Berlin teilte Halifax mit, dass Hitler ihm gesagt habe, die Kolonialfrage sei das einzige strittige Problem von Belang zwischen England und Deutschland. Halifax hatte den Eindruck, dass es den Deutschen nicht eile. Es bestand wenig Aussicht auf eine baldige Verständigung.

Im Februar 1938 fühlte sich der Aussenminister im Kabinett fast isoliert. Der Premier fand starke Unterstützung in seiner Einstellung gegen

ihn und seine Ansichten. Eine ganze Reihe einflussreicher Minister hielten die Politik des Foreign Office für gefährlich und sogar provokatorisch. Andererseits waren mehrere der jüngeren Minister durchaus bereit, dem Standpunkt des Aussenministers Verständnis entgegenzubringen. Einige von ihnen haben es später bedauert, dass er sie damals nicht ins Vertrauen zog. Aber Eden dachte nicht im entferntesten daran, etwas wie eine Fronde gegen seinen Chef zu bilden. Von den Generalstabschefs erhielt er keine Hilfe. Sie rieten vielmehr zur Vorsicht und betonten die Gefährlichkeit der Lage. Einer zu grossen Annäherung an Frankreich standen sie widerstrebend gegenüber, da sie daraus erwachsende Verpflichtungen befürchteten, deren Erfüllung über unsere Kräfte gehen würde. Die militärische Stärke Russlands nach der Säuberungsaktion schätzten sie gering ein. Ihrer Ansicht nach war es nötig, dass wir unsere Aussenpolitik führten, als ob wir drei Feinde hätten – Deutschland, Italien und Japan –, die uns alle gemeinsam angreifen könnten, wobei wir nur auf geringen Beistand zählen dürften. Im Kriegsfall konnten wir um Flugstützpunkte in Frankreich nachsuchen, aber wir waren nicht in der Lage, am Anfang eine Armee zu schicken. Selbst diese bescheidenen Vorschläge stiessen im Kabinett auf starken Widerstand.

*

Zum eigentlichen Bruch kam es wegen eines andern Problems. Am Abend des n. Januar 1938 besuchte der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles den britischen Botschafter in Washington. Er überbrachte eine geheime und vertrauliche Botschaft von Präsident Roosevelt an Chamberlain. Der Präsident war angesichts der Verschlimmerung der internationalen Lage tief besorgt und beabsichtigte, die Initiative zur Einladung von Vertretern einer Anzahl von Regierungen nach Washington zu ergreifen, um die Ursachen der bestehenden Schwierigkeiten zu erörtern. Bevor er sich zu diesem Schritt entschloss, wünschte er aber die Ansicht der britischen Regierung über ein derartiges Vorge-

hen zu erfahren. Er bat um eine Antwort auf diese Botschaft bis spätestens am 17. Januar und erklärte, nur wenn seine Anregung die «aufrichtige Billigung und rückhaltlose Unterstützung der britischen Regierung» finde, werde er an die Regierungen von Frankreich, Deutschland und Italien herantreten. Es handelte sich um einen höchst bedeutsamen und in seinen Folgen unübersehbaren Schritt.

Der britische Botschafter Sir Ronald Lindsay übermittelte diese streng geheime Botschaft nach London und fügte die Bemerkung bei, dass nach seiner Ansicht der Plan des Präsidenten einen aufrichtigen Versuch zur Herbeiführung einer internationalen Entspannung bedeute und dass der Fortschritt, der in den letzten zwei Jahren in der anglo-amerikanischen Zusammenarbeit erzielt worden sei, zunichte gemacht würde, wenn die britische Regierung dem Plan ihre Unterstützung verweigere. Er legte der britischen Regierung dringend nahe, diesen Plan anzunehmen. Das Foreign Office erhielt das Telegramm aus Washington am 12. Januar; eine Abschrift wurde am gleichen Abend an den Premierminister geschickt, der auf dem Lande war. Am nächsten Morgen kam er nach London, und nun wurde nach seinen Weisungen eine Antwort auf die Botschaft des Präsidenten abgesandt. Eden war damals auf einem kurzen Urlaub im Süden Frankreichs. In seiner Antwort sagte Chamberlain, dass er das Vertrauen Präsident Roosevelts, der ihn in dieser Weise über seinen geplanten Schritt zu Rate zog, zu schätzen wisse, dass er aber darlegen möchte, auf welchem Punkte seine eigenen Bemühungen um eine Verständigung mit Deutschland und Italien stünden, vor allem mit der zuletzt erwähnten Macht. Chamberlain schrieb: «Die Regierung Seiner Majestät wäre bereit, womöglich mit der Autorität des Völkerbunds, die italienische Besetzung Abessiniens de jure anzuerkennen, wenn sie zum Schluss käme, dass die italienische Regierung ihrerseits bereit wäre, einen Beweis ihres Wunsches zur Wiederherstellung des Vertrauens und freundschaftlicher Beziehungen abzulegen.» Die Antwortbotschaft erklärte weiter, der Premierminister erwähne diese

Tatsachen, damit der Präsident erwägen könne, ob nicht etwa sein Vorschlag die britischen Bemühungen durchkreuzen würde. Wäre es daher nicht weise, die Verwirklichung des amerikanischen Plans hinauszuschieben?

Diese Antwort wurde vom Präsidenten mit einiger Enttäuschung aufgenommen. Er gab zu verstehen, dass er Chamberlain am 17. Januar brieflich antworten werde. Am Abend des 15. Januar kehrte Eden nach England zurück. Er war von den ihm treu ergebenen Beamten des Foreign Office dringend zur Rückkehr aufgefordert worden. Der wachsame Alexander Cadogan erwartete ihn am Landungssteg in Dover. Eden, der eine lange und harte Arbeit zur Verbesserung der anglo-amerikanischen Beziehungen geleistet hatte, war tief beunruhigt. Er telegraphierte sofort an Sir Ronald Lindsay, um den Versuch zu machen, die Wirkungen der frostigen Antwort Chamberlains abzuschwächen. Der Brief des Präsidenten kam in London am 18. Januar morgens an. Angesichts der Tatsache, dass die britische Regierung direkte Verhandlungen ins Auge gefasst habe, erklärte sich Roosevelt bereit, seinen Vorschlag später vorzubringen. Er fügte aber bei, der Hinweis auf die Möglichkeit einer Anerkennung der italienischen Stellung in Abessinien durch die britische Regierung erfülle ihn mit schweren Bedenken. Er habe den Eindruck, dass dies einen höchst schädlichen Einfluss auf die japanische Politik im Fernen Osten und auf die amerikanische öffentliche Meinung haben würde. Als Cordell Hull dem britischen Botschafter in Washington das Schreiben überreichte, drückte er sich noch bestimmter aus. Er sagte, eine solche Anerkennung «würde ein Gefühl der Verachtung hervorrufen und alle Befürchtungen wiederaufleben lassen und steigern, dass andere die Kastanien aus dem Feuer holen sollten; sie würde als ein in Europa abgeschlossener korrupter Handel aufgefasst werden, der auf Kosten der Interessen im Fernen Osten ginge, die Amerika unmittelbar berührten».

Der Brief des Präsidenten wurde in mehreren Sitzungen des Kabinettskomitees für auswärtige Politik besprochen. Es gelang Eden, eine

erhebliche Änderung in der Haltung der Regierung herbeizuführen. Die meisten Minister nahmen an, dass er nunmehr zufriedengestellt sei. Der Aussenminister gab ihnen nicht zu verstehen, dass dies keineswegs der Fall war. Als Ergebnis dieser Beratungen wurden am 21. Januar abends zwei Botschaften nach Washington geschickt. Der Kern dieser Antworten war, dass der Premierminister die Initiative des Präsidenten lebhaft begrüsse, dass er aber nur ungern die Verantwortung für einen Misserfolg teilen würde, wenn die amerikanische Anregung ungünstig aufgenommen werden sollte. Chamberlain wünschte darauf hinzuweisen, dass wir das vom Präsidenten in Aussicht genommene Verfahren, das offensichtlich die beiden Diktatoren und Japan verärgern müsse, nicht vorbehaltlos billigten. Auch habe die britische Regierung nicht den Eindruck, dass der Präsident ihre Stellung in Bezug auf eine De-jure-Anerkennung in vollem Ausmass erfasst habe. Die zweite Botschaft erklärte unsere Haltung in dieser Angelegenheit. Wir beabsichtigten eine solche Anerkennung nur als Teil einer umfassenden Verständigung mit Italien zu gewähren.

Der britische Botschafter berichtete über eine Unterredung, die er mit Sumner Welles geführt hatte, als er am 22. Januar diese Briefe dem Präsidenten überbrachte. Danach sagte Welles, der Präsident betrachte die Anerkennung als unangenehme Pille, die wir beide würden schlucken müssen, und er habe den Wunsch, dass wir beide sie gemeinsam schluckten.

Präsident Roosevelts Vorschlag, den Einfluss Amerikas dafür zu verwenden, dass die führenden europäischen Mächte zusammenträten und die Möglichkeiten einer umfassenden Regelung besprächen, wobei natürlich die gewaltige Macht der Vereinigten Staaten auf irgendeine Weise ins europäische Spannungsfeld miteinbezogen worden wäre, dieser Vorschlag wurde von Chamberlain abgelehnt. Seine Haltung liess die Verschiedenheit der Auffassungen zwischen dem britischen Premier und dem Aussenminister entscheidende Form annehmen. Ihre Uneinigkeit war zwar noch kurze Zeit nur den Kabinettsmitgliedern bekannt,

aber der Riss ging bis auf den Grund. Der Kommentar, den Chamberlains Biograph, Professor Feiling, dazu gibt, ist von Interesse: «Während Chamberlain befürchtete, die Diktatoren würden den Vorschlag entweder nicht beachten *oder diesen gemeinsamen Aufmarsch der Demokratien als Vorwand für einen Bruch benützen*, zeigte es sich, dass der Aussenminister lieber dieses Unglück in Kauf nehmen wollte, als das Wohlwollen Amerikas verlieren. Zum erstenmal tauchte der Gedanke an einen Rücktritt auf. Es wurde jedoch ein Kompromiss erreicht ...» Armes England! Während es sein freies, sorgloses Leben von Tag zu Tag weiterlebte, inmitten von weitschweifigem, harmlosem Geschwätz im Parlament, schritt es ahnungslos auf dem bergabführenden Weg fort, der das Land all dem näherbrachte, was es vermeiden wollte. England wurde unablässig durch die Leitartikel der einflussreichsten Zeitungen beruhigt, abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen, und benahm sich, als sei die ganze Welt so verträglich, unberechnend und wohlmeinend wie England selbst.

*

Es war klar, dass eine Rücktrittserklärung des Aussenministers in der Öffentlichkeit nicht mit der Zurückweisung begründet werden durfte, die Chamberlain der Anregung des Präsidenten zuteil werden liess. Roosevelt setzte sich in seiner Innenpolitik grossen Gefahren aus, wenn er die Vereinigten Staaten mit Bedacht in das sich zuspitzende Geschehen in Europa verwickelte. Sämtliche Kräfte des Isolationismus wären entfesselt worden, wenn irgendetwas von diesen Plänen durchgesickert wäre. Andererseits war nichts besser geeignet, einen Krieg hinauszuschieben oder gar zu verhindern als der Eintritt der Vereinigten Staaten in den europäischen Zauberkreis von Hass und Furcht. Für England war dies eine Frage, die vielleicht über Leben und Tod entschied. Niemand vermag nachträglich zu ermessen, welche Rückwirkung das alles auf die Vorgänge in Österreich und später in München gehabt hat. Wir müssen die Ablehnung – denn um eine solche handelte es sich – als die Preisgabe

der letzten Chance betrachten, die Welt auf andere Weise als durch einen Krieg von der Tyrannei zu erretten. Dass Chamberlain mit seinem beschränkten Überblick über den europäischen Schauplatz und seiner Unerfahrenheit genügend Selbstherrlichkeit besass, die Hand auszuschlagen, die ihm über den Atlantik hinweg geboten wurde, darauf blickt man noch heute atembenommen vor Erstaunen zurück. Es ist erschreckend, welchen Mangel an Sinn für Proportionen und sogar für Selbsterhaltung dieser Zwischenfall in einem aufrechten, fähigen, wohlmeinenden Mann aufdeckt, der das Schicksal unseres Landes und aller, die davon abhängen, zu bestimmen hatte. Man kann sich heute den Geisteszustand nicht einmal vorstellen, der solches Handeln bewirken konnte.

*

Im Folgenden wird noch zu erzählen sein, wie die russischen Angebote zur Zusammenarbeit vor den Münchner Unterredungen behandelt wurden. Wenn das britische Volk nur hätte wissen und erfahren können, dass wir uns, nachdem wir unsere Verteidigungsmassnahmen vernachlässigt und die Verteidigung Frankreichs zu schwächen gesucht hatten, nun von den beiden mächtigen Nationen entfernten, deren äusserste Anstrengungen später erforderlich waren, um unser Leben und auch ihr eigenes zu retten, dann hätten die Ereignisse vielleicht einen anderen Lauf genommen. Heute, nach zehn Jahren, möge die Lehre der Vergangenheit als Richtlinie dienen.

*

Am 25. Januar fuhr Eden, wohl mit schwindendem Vertrauen in die Zukunft, nach Paris, um sich mit den Franzosen zu besprechen. Alles drehte sich jetzt um den Ausgang der britischen Annäherungsbestrebungen an Italien, auf die wir in unseren Antworten an den Präsidenten so grosses Gewicht gelegt hatten.

Die französischen Minister betonten Eden gegenüber die Notwendigkeit, in eine umfassende Vereinbarung mit Italien auch Spanien einzubeziehen; in dieser Hinsicht brauchte man ihn kaum mehr zu überzeugen. Am 10. Februar empfingen der Premierminister und Eden den italienischen Botschafter, der ihnen mitteilte, die Italiener seien grundsätzlich zur Aufnahme von Besprechungen bereit.

Am 15. Februar kam die Meldung von der Unterwerfung des österreichischen Kanzlers Schuschnigg unter die deutsche Forderung, den obersten nationalsozialistischen Agenten, Seyss-Inquart, als Innenminister und Polizeichef ins österreichische Kabinett aufzunehmen. Aber auch dieser schwerwiegende Vorgang konnte die persönliche Krise zwischen Chamberlain und Eden nicht mehr abwenden. Am 18. Mai empfingen sie abermals Grandi. Das war die letzte Amtshandlung, die sie gemeinsam vornahmen. Der Botschafter lehnte es ab, die italienische Stellungnahme gegenüber Österreich zu erörtern oder den britischen Plan für den Rückzug der Freiwilligen, oder vielmehr der sogenannten Freiwilligen, das heisst der fünf Divisionen regulärer italienischer Truppen aus Spanien in Erwägung zu ziehen. Dagegen schlug Grandi vor, umfassende Besprechungen in Rom einzuleiten. Der Premierminister wünschte gerade das, der Aussenminister aber war ausgesprochen gegen ein solches Vorgehen.

Es kam zu längeren Besprechungen und zu mehreren Kabinettsitzungen. Die einzige zuverlässige Darstellung, die bisher darüber erschienen ist, findet sich in der Biographie Chamberlains. Feiling erklärt, der Premierminister habe dem Kabinett zu verstehen gegeben, dass die Alternative zum Rücktritt Edens seine eigene Demission sein könnte. Er zitiert dann aus einem Tagebuch oder Privatbrief folgende Äusserung des Premierministers: «Ich hielt es für nötig, mit aller Klarheit zu sagen, dass ich keine Entscheidung in entgegengesetzter Richtung annehmen könne.» «Die Stellungnahme des Kabinetts», schreibt Feiling, «war einstimmig, wenn auch mit einigen Vorbehalten». Wir wissen nicht, wann und wie diese Äusserungen in den langen Diskussionen getan wurden.

Schliesslich bot Eden seinen Rücktritt an, mit der Begründung, er könne es nicht billigen, im jetzigen Zeitpunkt und unter den jetzigen Umständen Verhandlungen mit Italien einzuleiten. Seine Kollegen waren überrascht. Feiling berichtet, dass sie sogar «sehr erschüttert waren». Es war ihnen nicht bewusst gewesen, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Aussenminister und dem Premier einen solchen Grad erreicht hatten. Wenn sie Edens Rücktritt zur Folge hatten, erhob sich offensichtlich eine neue Frage, die grössere und allgemeinere Probleme berührte. Sie hatten sich aber schon alle zugunsten der zur Diskussion stehenden Sache festgelegt. Der Rest des schweren Tages verging mit Bemühungen, den Aussenminister zu einer anderen Haltung zu bewegen. Chamberlain war von der im Kabinett herrschenden Bestürzung stark beeindruckt. «Als ich sah, wie niedergeschlagen meine Kollegen waren, schlug ich eine Vertagung auf den folgenden Tag vor¹.» Eden hielt es für nutzlos, weiterhin nach einer beschönigenden Formel zu suchen, und am 20. Februar um Mitternacht wurde sein Rücktritt rechtskräftig. «Geht ihm sehr zum Lob, nach meiner Ansicht», schrieb der Premier in sein Tagebuch. An Stelle Edens wurde sofort Lord Halifax zum Aussenminister ernannt.

Selbstverständlich war es bekannt geworden, dass im Kabinett ernste Differenzen bestanden, obwohl die Ursache im Dunkeln blieb. Einiges davon war auch zu mir gedrungen, aber ich hatte sorgfältig jede Fühlungnahme mit Eden vermieden. Ich hoffte, dass er unter keinen Umständen zurücktreten würde, ohne vorher seinen Standpunkt so zu vertreten, dass seine vielen Anhänger im Parlament die Möglichkeit hätten, offen über die Probleme zu sprechen. Aber die Regierung war in jenem Zeitpunkt derart mächtig und unangreifbar, dass der Kampf in der Abgeschlossenheit des Kabinetssaales und vor allem zwischen den beiden Männern ausgefochten wurde.

*

¹ Feiling, *Life of Neville Chamberlain*, S. 338.

Als ich am 20. Februar in meinem alten Zimmer in Chartwell sass (wo ich auch jetzt häufig bin), erreichte mich in später Nacht die telephonische Nachricht von Edens Rücktritt. Ich muss bekennen, dass mir das Herz schwer wurde, und eine Weile lang schlugen die dunklen Wellen der Verzweiflung über mir zusammen. In meinem langen Leben habe ich mancherlei Auf und Ab erlebt. Während des ganzen Krieges, der bald darauf ausbrechen sollte, litt ich auch in den schwersten Zeiten nie an Schlaflosigkeit. In den kritischen Tagen von 1940, in denen so grosse Verantwortung auf mir lag, und auch in vielen sorgenschweren, ungunstigen Augenblicken der folgenden fünf Jahre, konnte ich mich immer in mein Bett fallen lassen und einschlafen, nachdem das Tagewerk getan war – um natürlich in Notfällen wieder geweckt zu werden. Ich pflegte tief zu schlafen und erfrischt aufzuwachen und kannte keine anderen Gefühle als eine Art Vorfriede, mich mit allem zu befassen, was die Morgenpost bringen mochte. In dieser Nacht vom 20. Februar 1938 aber, dies einzige Mal nur, liess mich der Schlaf im Stich. Von Mitternacht bis zum Morgen grauen verzehrte ich mich in Schmerz und Sorge. Ich glaubte eine starke junge Gestalt zu sehen, die sich gegen tiefe, trübe, trägflüssige Fluten von Richtungslosigkeit und Ohnmacht, gegen falsche Massstäbe und schwächliche Impulse zur Wehr setzte. An seiner Stelle hätte ich mich in vieler Hinsicht anders verhalten; in diesem Augenblick aber schien er mir die lebendige Hoffnung des britischen Volkes zu verkörpern, der grossartigen alten britischen Rasse, die so vieles für die Menschheit getan hatte und noch immer manches geben konnte. Nun war er gegangen. Ich sah den Morgen langsam durch die Fenster dringen, und vor meinem geistigen Auge stand die Gestalt des Todes.

DIE VERGEWALTIGUNG ÖSTERREICHS
Februar 1938

Der «Fall Otto» – Hitler übernimmt den Oberbefehl – Der österreichische Kanzler wird nach Berchtesgaden zitiert – Die an ihm verübten Erpressungen – Schuschniggs Zusammenbruch – Hitlers Rede vor dem Reichstag am 20. Februar – Debatte über Edens Rücktritt – Hitler und Mussolini spannen zusammen – Die österreichische Volksbefragung – Der Einmarsch in Österreich – Hitlers Schuld bei Mussolini – Der triumphale Einzug in Wien und sein Hintergrund – Ein Abschiedsfrühstück für Ribbentrop – Die Debatte am 12. März – Folgen des Falles von Wien – Gefahr für die Tschechoslowakei – Chamberlain und das sowjetrussische Angebot – Ein Seitenhieb – Verhandlungen mit de Valera – Preisgabe der irischen Häfen – Eine ernste Schädigung Englands – Irische Neutralität – Mein vergeblicher Einspruch

IN der Neuzeit haben Staaten, die im Krieg unterlagen, meistens ihre Struktur, ihre Identität und ihr Archivgeheimnis bewahrt. Diesmal, da der Krieg bis zum letzten Ende geführt wurde, sind wir in den vollen Besitz der inneren Geschichte der Feinde gelangt. Infolgedessen können wir unsere eigenen Informationen und Leistungen ziemlich genau nachprüfen. Wir haben gesehen, wie Hitler im Juni 1936 den deutschen Generalstab mit der Ausarbeitung militärischer Pläne beauftragte, um Österreich zu besetzen, wenn die Stunde schlug. Diese Operation trug die Bezeichnung «Fall Otto». Ein Jahr später, am 24. Juni 1937, kristallisierte er diese Pläne durch eine besondere Anweisung. Am 5. November entwickelte er seine Zukunftsabsichten vor den Befehlshabern seiner Streitkräfte. Deutschland brauchte mehr «Lebensraum». Dieser liess

sich am besten in Osteuropa finden – in Polen, Weissrussland und der Ukraine. Dieses Ziel erforderte einen grossen Krieg und nebenbei die Ausrottung der in jenen Gebieten lebenden Bevölkerung. Deutschland musste mit seinen zwei «verhassten Feinden», England und Frankreich, rechnen, «denen ein deutscher Koloss im Zentrum Europas unerträglich sein würde». Um seinen Vorsprung in der Kriegsproduktion und das durch die Nationalsozialistische Partei entfachte patriotische Feuer auszunützen, musste Deutschland daher bei der ersten günstigen Gelegenheit den Krieg beginnen und sich mit seinen beiden unverkennbaren Gegnern auseinandersetzen, bevor sie zum Kampf gerüstet waren.

Neurath, Fritsch und sogar Blomberg, die alle durch die Ansichten des deutschen Auswärtigen Amtes, des Generalstabs und des Offizierkorps beeinflusst wurden, waren über diese Politik beunruhigt. Sie hielten die damit verbundenen Wagnisse für zu gross. Sie anerkannten, dass sie durch die Kühnheit des Führers den Alliierten auf jedem Gebiet der Aufrüstung entschieden voraus waren. Die Wehrmacht vervollkommnete sich von Monat zu Monat; der innere Verfall Frankreichs und die fehlende Willenskraft in England waren günstige Faktoren, die sich leicht voll auswirken mochten. Was bedeutete ein Jahr oder zwei, wenn alles so gut fortschritt? Sie brauchten Zeit zur Vervollständigung der Kriegsmaschine; gelegentliche versöhnliche Reden des Führers würden diese wertlosen und degenerierten Demokratien veranlassen, harmlos weiterzuplappern. Aber Hitler war dessen nicht sicher. Sein Dämon sagte ihm, dass es keinen Sieg ohne Risiko gebe. Gefahren mussten in Kauf genommen werden. Der Sprung musste getan werden. Seine Erfolge hatten ihn berauscht: erstens die Aufrüstung, zweitens die allgemeine Wehrpflicht, drittens die Besetzung des Rheinlands, viertens die Annäherung an Mussolinis Italien. Abwarten, bis alles bereit wäre, hiess vermutlich soviel wie abwarten, bis alles versäumt war. Für Historiker und andere Leute, die nicht von einem Tag zum andern leben und handeln müssen,

ist es leicht zu sagen, dass alle Schätze der Welt in seine Hand gefallen wären, wenn er seine Macht noch weitere zwei oder drei Jahre hätte reifen lassen, bevor er losschlug. Immerhin ist das nicht unbedingt erwiesen. Es gibt im menschlichen Leben und im Leben der Staaten nichts Feststehendes. Hitler war entschlossen, sich zu beeilen und den Krieg zu führen, solange er auf seinem Höhepunkt war.

Am 4. Februar 1938 entliess er Fritsch und übernahm selbst das Oberkommando der Wehrmacht. Blomberg, dessen Stellung im Offizierskorps durch eine unpassende Heirat beeinträchtigt war, fiel ebenfalls aus. Soweit es für einen einzelnen Mann möglich ist – wie begabt und mächtig er auch sein mag und wie furchtbare Strafen er auch verhängen kann – seinen Willen über so ausgedehnte Gebiete durchzusetzen, übernahm der Führer nicht nur die direkte Leitung der Staatspolitik, sondern auch der Militärmaschine. Er besass damals ähnliche Macht wie Napoleon nach Austerlitz und Jena, zwar ohne den Ruhm, durch seine persönlichen Befehle aus dem Sattel grosse Schlachten gewonnen zu haben, aber mit Triumphen auf politischem und diplomatischem Gebiet, von denen seine ganze Umgebung und Gefolgschaft wussten, dass sie ausschliesslich ihm und seinem Urteil und Wagemut zu verdanken waren.

*

Abgesehen von seinem Entschluss, alle germanischen Rassen im Reich zu vereinigen, den er in *„Mein Kampf“* so deutlich darlegt, hatte Hitler zwei Gründe, auf die Einverleibung der Österreichischen Republik hinzuzielen. Es öffneten sich dadurch für Deutschland sowohl das Tor zur Tschechoslowakei wie die breiteren Tore Südosteuropas. Seit der Ermordung des Kanzlers Dollfuß durch die österreichische Sektion der Nationalsozialistischen Partei im Juli 1934 war in dem Verfahren, die unabhängige österreichische Regierung durch Geld, Intrigue und Gewalt zu stürzen, nie eine Pause eingetreten. Die nationalsozialistische Bewegung in Österreich wuchs mit jedem Erfolg, den Hitler andernorts

erntete, ob es nun in Deutschland selbst war oder gegen die Alliierten. Ein schrittweises Vordringen war nötig gewesen. Papen hatte den offiziellen Auftrag, die herzlichsten Beziehungen zur österreichischen Regierung zu pflegen und von ihr die offizielle Anerkennung der österreichischen Nazi-Partei als legale Körperschaft zu erreichen. Damals hatte Mussolinis Einstellung Zurückhaltung geboten. Nach der Ermordung von Dollfuss war der italienische Diktator nach Venedig geflohen, um die Witwe, die dorthin geflüchtet war, zu empfangen und zu trösten, und an der österreichischen Südgrenze hatten sich beträchtliche italienische Truppenmassen konzentriert. Nun aber, zu Beginn des Jahres 1938, waren in der europäischen Gruppierung und Wertordnung entscheidende Veränderungen vor sich gegangen. Die Siegfriedlinie stellte Frankreich vor einen wachsenden Wall aus Stahl und Beton, dessen Durchstossung ungeheure Opfer an französischen Menschenleben zu erfordern schien. Das westliche Einfallstor nach Deutschland war geschlossen. Sanktionen, die so unwirksam waren, dass sie ihn nur in Zorn brachten, ohne seine Kraft zu schwächen, hatten Mussolini in das deutsche Lager getrieben. Er mag wohl mit Genuss über Macchiavellis berühmten Ausspruch nachgedacht haben: «Kleine Kränkungen können die Menschen rächen, aber schwerere nicht.» Vor allem schienen die westlichen Demokratien wiederholt Beweise dafür geliefert zu haben, dass sie der Gewalt weichen würden, solange sie selbst nicht unmittelbar überfallen wurden. Papen leistete im innerpolitischen Leben Österreichs geschickte Arbeit. Viele österreichische Persönlichkeiten hatten seinem Druck und seinen Intriguen nachgegeben. Der für Wien so wichtige Fremdenverkehr war durch die herrschende Unsicherheit gelähmt. Im Hintergrund erschütterten terroristische Umtriebe und Bombenanschläge das schwache Leben der österreichischen Republik.

Man hielt die Stunde für gekommen, in der die Beherrschung des österreichischen Staates erlangt werden konnte, indem man den Führern der vor Kurzem legalisierten österreichischen Nazi-Partei Eintritt in das

Wiener Kabinett verschaffte. Am 12. Februar 1938, acht Tage nach der Übernahme des Oberkommandos, hatte Hitler den österreichischen Kanzler Schuschnigg nach Berchtesgaden zitiert. Schuschnigg leistete der Einladung Folge und wurde von seinem Aussenminister Guido Schmidt begleitet. Wir besitzen jetzt Schuschniggs Bericht, der folgenden Dialog enthält⁸. Hitler hatte die Verteidigung der österreichischen Grenze erwähnt. Diese könnte zu ihrer Überwindung eine militärische Operation notwendig machen und damit die grossen Probleme von Krieg und Frieden entstehen lassen.

Hitler: Ich brauche nur einen Befehl zu geben, und über Nacht ist der ganze lächerliche Spuk an der Grenze zerstoßen. Sie werden doch nicht glauben, dass Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können? Wer weiss – vielleicht bin ich über Nacht auf einmal in Wien; wie der Frühlingssturm. Dann sollen Sie etwas erleben. Ich möchte es den Österreichern gerne ersparen; das wird viel Opfer kosten. *Nach den Truppen kommt dann die SA. und die Legion!* Und niemand wird die Rache hindern können, auch ich nicht. Wollen Sie aus Österreich ein zweites Spanien machen? Das alles möchte ich, wenn es angeht, vermeiden.

Schuschnigg: Ich werde mich erkundigen und alle eventuellen Grenzarbeiten an der deutschen Grenze einstellen lassen. Ich weiss natürlich, dass Sie in Österreich einmarschieren können; aber, Herr Reichskanzler, ob wir es wollen oder nicht – das wird ein Blutvergiessen geben; wir sind nicht allein auf der Welt. Das bedeutet wahrscheinlich den Krieg.

Hitler: Das sagt sich sehr leicht; jetzt, wo wir beide in Klubsesseln sitzen. Aber dahinter steht eine Unsumme von Leid und Blut. Das wollen Sie auf Ihre Verantwortung nehmen, Herr Schuschnigg? Glauben Sie nur nicht, dass mich irgendjemand in der Welt in meinen Entschlüssen hindern wird! Italien? – Mit Mussolini bin ich im reinen; ich bin mit Italien aufs Engste befreundet. England? – England wird keinen Finger für Österreich rühren ... Und Frankreich? – Ja, vor zwei Jahren noch, als wir mit einer Handvoll Bataillone ins Rheinland einmarschierten – damals habe ich viel riskiert. Wenn Frankreich damals marschiert wäre, hätten wir uns zurückziehen müssen ... Aber jetzt ist es für Frankreich zu spät! ¹ Schuschnigg, *Ein Requiem in Rot-Weiss-Rot*, S. 37 ff.

Diese Unterredung fand um elf Uhr morgens statt. Nach einer formellen Mahlzeit wurden die Österreicher in einen kleinen Raum gebeten und dort von Ribbentrop und Papen mit einem schriftlichen Ultimatum empfangen. Die Bedingungen standen nicht zur Diskussion. Sie verlangten die Ernennung des österreichischen Nazi Seyss-Inquart zum Sicherheitsminister im österreichischen Kabinett, eine allgemeine Amnestie für alle in Haft befindlichen österreichischen Nazi und die offizielle Aufnahme der österreichischen Nazi-Partei in die von der Regierung aus der Taufe gehobene Vaterländische Front.

Später empfing Hitler den österreichischen Bundeskanzler. «Ich wiederhole Ihnen, es ist der allerletzte Versuch. Innerhalb von drei Tagen erwarte ich die Durchführung dieses Abkommens.» In Jodls Tagebuch lautet die Eintragung: «Von Schuschnigg wird zusammen mit Guido Schmidt wieder unter schwersten politischen und militärischen Druck gesetzt. Um elf Uhr abends unterzeichnet Schuschnigg das ‚Protokoll‘¹.» Als Papen mit Schuschnigg im Schlitten zurückfuhr, der sie auf den verschneiten Strassen nach Salzburg brachte, bemerkte er: «Ja, so kann der Führer sein; nun haben Sie es selber erlebt. Aber wenn Sie das nächste Mal kommen, werden Sie sich sehr viel leichter sprechen. Der Führer kann ausgesprochen charmant sein².»

Am 20. Februar sprach Hitler vor dem Reichstag:

Ich bin glücklich. Ihnen mitteilen zu können, dass in den letzten Tagen eine Verständigung mit einem Lande erzielt wurde, das uns aus vielerlei Gründen besonders nahesteht. Es ist nicht nur das gleiche Volk, sondern vor allem sind es eine lange Geschichte und eine gemeinsame Kultur, die das Reich und Österreich verbinden.

Die Schwierigkeiten, die sich im Vollzug des Abkommens vom 11. Juli 1936 ergeben hatten, zwangen dazu, einen Versuch zu unternehmen, Missverständnisse und Hindernisse für eine endgültige Aussöhnung beiseite zu räumen. Denn es war klar, dass eine an sich unerträglich gewordene Lage eines Tages die Voraussetzungen für eine sehr schwere Katastrophe hätte bilden können. (Es liegt dann meist nicht in der Macht der

¹ Nuremberg Documents, Pt. I, S. 249.

² Schuschnigg, S. 5f.

Menschen, einem Schicksal Einhalt zu gebieten, das durch Nachlässigkeit oder Unklugheit ins Rollen gekommen ist.) Ich bin glücklich, feststellen zu können, dass diese Erkenntnisse auch den Auffassungen des österreichischen Bundeskanzlers, den ich um einen Besuch bat, entsprechen. Der Gedanke und die Absicht waren dabei, eine Entspannung in unseren Beziehungen dadurch herbeizuführen, dass dem nach seiner Auffassung und Weltanschauung nationalsozialistisch denkenden Teil des deutsch-österreichischen Volkes im Rahmen der sonst gültigen Gesetze die gleichen Rechte gegeben werden, die auch den andern Staatsbürgern zustehn. In Verbindung damit sollte eine grosse Befriedigungsaktion eintreten durch eine Generalamnestie und eine bessere Verständigung der beiden Staaten, durch ein nunmehr engeres freundschaftlicheres Verhältnis auf den verschiedensten Gebieten. Dies alles ist eine Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli 1936. Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volke dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das grosse Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebenso sehr im Interesse der beiden deutschen Länder wie im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt, jenes gesamten deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind, ganz gleich, wo die Wiege unserer Heimat stand.

Es lässt sich zum Nutzen Englands und Amerikas schwerlich ein vollkommeneres Beispiel für Humbug und Heuchelei finden. Nur wegen seines einzigartigen Wertes in dieser Hinsicht gebe ich es hier wieder. Erstaunlich ist, dass es von intelligenten Männern und Frauen in freien Ländern mit irgendeinem anderen Gefühl als dem der Empörung aufgenommen werden konnte.

*

Wir müssen nun einen Augenblick zu dem ernstesten britischen Ereignis zurückkehren, das im vorhergehenden Kapitel beschrieben wurde. Am folgenden Tag, dem 21. Februar, entspann sich im Unterhaus eine bedeutsame Debatte über den Rücktritt des Aussenministers und seines Unterstaatssekretärs Lord Cranborne, eines Mannes, auf den das Wort

«Stille Wasser gründen tief» zutrifft und der sich ihm aus Loyalität und Überzeugung anschloss. Eden konnte selbstverständlich keine offene Erklärung über den Vorschlag des Präsidenten Roosevelt und seine Zurückweisung abgeben. Die Differenzen über Italien standen an zweiter Stelle. Eden sagte:

Ich habe von den unmittelbaren Differenzen gesprochen, die mich von meinen Kollegen getrennt haben, und ich wäre nicht aufrichtig, wenn ich vorgeben wollte, dass dies ein Einzelfall ist. Das ist es nicht. *Über eine ausserordentlich wichtige aussenpolitische Entscheidung, die keineswegs Italien betraf, entstand in den letzten Wochen eine grundlegende Meinungsverschiedenheit.*

Er schloss:

Ich glaube nicht, dass wir in den europäischen Friedensbestrebungen Fortschritte erzielen können, wenn wir im Ausland den Eindruck entstehen lassen, dass wir fortgesetztem Druck nachgeben ... Ich selbst fühle die Gewissheit, dass die Fortschritte vor allem von der Gesinnung der Nation abhängen und dass diese Gesinnung sich in einem entschlossenen Geist ausdrücken muss. Ich glaube sicher, dass dieser Geist vorhanden ist. Ihm keinen Ausdruck zu geben, ist meines Erachtens weder diesem Land gegenüber richtig noch gegenüber der Welt.

Attlee machte einen Vorstoss. Edens Rücktritt werde in Italien als «ein neuer grosser Sieg des Duce» proklamiert. «Überall in der Welt hören wir die Version: ‚Man sieht, wie gross die Macht unseres Führers ist; der britische Aussenminister ist zurückgetreten.‘»

Ich ergriff erst am zweiten Tag das Wort, indem ich den beiden zurücktretenden Ministern meine Anerkennung aussprach. Ich unterstützte auch die Anklage Attlees:

Die letzte Woche war eine gute Woche für die Diktatoren – eine der besten, die sie je erlebten. Der deutsche Diktator hat seine schwere Hand auf ein kleines, aber historisches Land gelegt, und der italienische Diktator hat seine Vendetta gegen Eden zu einem siegreichen Abschluss geführt. Der Konflikt zwischen ihnen hat lange gedauert. Es kann keinerlei

Zweifel darüber bestehen, was Mussolini gewonnen hat. Die ganze Majestät, Macht und Vorherrschaft des Britischen Reiches vermochte den Angelegenheiten, die dem ehemaligen Aussenminister auf allgemeinen Wunsch des Parlaments und des Landes anvertraut wurden, keinen Erfolg zu sichern ... Das also ist das Ende dieses Teiles der Geschichte, nämlich der Rücktritt eines Engländers, den das britische Volk und das britische Parlament mit einer bestimmten Aufgabe betrauten, und der vollständige Triumph des italienischen Diktators in einem Augenblick, in dem er aus innenpolitischen Gründen dringend Erfolg brauchte. Auf der ganzen Welt, in jedem Land, unter jedem Himmel und jedem Regierungssystem, wo immer sie sich befinden mögen, sind die Freunde Englands bestürzt, während die Feinde Englands frohlocken ...

Der Rücktritt des ehemaligen Aussenministers wird wohl ein Markstein in der Geschichte bleiben. Es wurde richtig gesagt: grosse Streitigkeiten entstehen bei kleinen Gelegenheiten, aber selten aus kleinen Ursachen. Der ehemalige Aussenminister war ein Anhänger der alten Politik, die wir alle seit so langer Zeit vergessen haben. Der Premier und seine Kollegen haben eine andere und neue Politik eingeschlagen. Die alte Politik war bestrebt, die Herrschaft des Rechts in Europa zu errichten und durch den Völkerbund wirksame Abschreckungsmittel gegen den Angreifer zu schaffen. Besteht die neue Politik darin, sich mit den totalitären Staaten zu verständigen in der Hoffnung, dass durch grosse und folgenschwere Zugeständnisse – und dies nicht nur in Bezug auf die Gesinnung und den Stolz, sondern auch auf materiellem Gebiet – der Friede erhalten werden kann?

Lord Halifax sagte kürzlich, dass Europa sich in Verwirrung befinde. Der Teil Europas, der sich in Verwirrung befindet, ist der parlamentarisch regierte Teil. Es ist mir keine Verwirrung auf Seiten der grossen Diktatoren bekannt. Sie wissen, was sie wollen, und niemand könnte leugnen, dass sie bis dahin mit jedem Schritt das Erreichen, was sie wollen. Die ernste, kaum wiedergutzumachende Verletzung der Weltsicherheit fand in den Jahren 1932 bis 1935 statt... Die nächste Gelegenheit, bei der uns die Sibyllinischen Bücher vorgelegt wurden, war die Wiederbesetzung des Rheinlands, zu Beginn des Jahres 1936. Heute wissen wir, dass eine feste Stellungnahme durch Frankreich und England unter dem Schutz des Völkerbundes die sofortige Räumung des Rheinlands ohne einen Tropfen Blutvergiessen bewirkt hätte; und die Folgen hätten *es den klügeren Elementen in der deutschen Armee vielleicht ermöglicht, ihre richtige Stel-*

lung wiederzugewinnen, und hätten dem Führer Deutschlands nicht dieses ungeheure Übergewicht gegeben, das ihm das Vorrücken erlaubte. Wir erleben nun einen Augenblick, in dem ein dritter Zug getan wird, aber in dem sich diese Gelegenheit nicht in derselben günstigen Weise bietet. Österreich ist in Ketten gelegt worden, und wir wissen nicht, ob die Tschechoslowakei nicht einen ähnlichen Angriff erleben wird.

*

Das Drama auf dem Kontinent nahm seinen Lauf. Mussolini übermittelte Schuschnigg nun eine mündliche Botschaft, in der er ihn wissen liess, dass er die österreichische Haltung in Berchtesgaden als ebenso richtig wie geschickt betrachte. Er versicherte Schuschnigg sowohl der unveränderlichen Haltung Italiens in der österreichischen Frage wie seiner persönlichen Freundschaft. Am 24. Februar sprach der österreichische Kanzler selbst vor dem österreichischen Parlament, wobei er das Abkommen mit Deutschland begrüsst, aber mit einiger Schärfe hervorhob, dass Österreich niemals über die spezifischen Bedingungen des Abkommens hinausgehen würde. Am 3. März sandte er Mussolini durch den österreichischen Militärattaché in Rom eine vertrauliche Nachricht, in der er dem Duce mitteilte, dass er die politische Stellung in Österreich durch eine Volksabstimmung zu stärken beabsichtige. Vierundzwanzig Stunden später erhielt er vom österreichischen Militärattaché in Rom ein Schreiben, das dessen Unterredung mit Mussolini beschrieb. Der Duce hatte sich in diesem Gespräch optimistisch ausgedrückt. Die Lage werde sich bessern. Eine unmittelbar bevorstehende Entspannung zwischen Rom und London werde eine Verminderung des gegenwärtigen Druckes sichern ... Über das Plebiszit äusserte sich Mussolini warnend: «È un errore» (Es ist ein Fehler). «Wenn das Ergebnis befriedigend ausfällt, wird man es nicht für echt halten. Wenn es ungünstig ist, wird die Lage der Regierung untragbar; und wenn es unentschieden bleibt, ist es wertlos.» Schuschniggs Entschluss jedoch war unumstösslich. Am 9. März

gab er offiziell bekannt, dass am folgenden Sonntag, dem 13. März, in ganz Österreich eine Volksabstimmung stattfinden werde.

Vorerst ereignete sich nichts. Seyss-Inquart schien den Vorschlag ohne Weiteres hinzunehmen. Am Morgen des 11. März jedoch erhielt Schuschnigg um halb sechs Uhr vom Hauptquartier der Wiener Polizei einen Telephonanruf. Es wurde ihm mitgeteilt: «Die deutsche Grenze bei Salzburg ist seit mehreren Stunden geschlossen. Die deutschen Zollbeamten sind zurückgezogen worden. Die Bahnverbindungen sind gesperrt.» Die nächste Nachricht, die den österreichischen Kanzler erreichte, kam von seinem Generalkonsul in München und lautete, dass die dortigen deutschen Armeekorps mobilisiert worden seien: vermutliche Bestimmung – Österreich!

Später am Vormittag kam Seyss-Inquart, um mitzuteilen, dass Göring ihn soeben telephonisch angerufen habe, das Plebiszit müsse innerhalb einer Stunde abgesagt werden. Falls bis zu dieser Frist keine Antwort eintreffe, werde Göring annehmen, dass Seyss-Inquart verhindert worden sei zu telephonieren, und werde entsprechend handeln. Nachdem verantwortliche Beamte den Kanzler dahin unterrichtet hatten, dass die Polizei und die Armee nicht als absolut zuverlässig gelten könnten, teilte Schuschnigg Seyss-Inquart mit, dass die Volksabstimmung verschoben werde. Eine Viertelstunde später kehrte dieser mit einer auf einen Notizblock gekritzelten Antwort Görings zurück:

Die Lage ist nur zu retten, wenn der Bundeskanzler sofort zurücktritt und binnen zwei Stunden Dr. Seyss-Inquart zum Bundeskanzler ernannt ist. Bei fruchtlosem Fristablauf erfolgt der deutsche Einmarsch in Österreich^x.

Schuschnigg sprach bei Präsident Miklas vor, um seinen Rücktritt anzubieten. Während er im Zimmer des Präsidenten war, erhielt er eine dechiffrierte Botschaft der italienischen Regierung, dass sie keinen Rat erteilen könne. Der alte Präsident war hartnäckig: «Also lässt man mich in der entscheidenden Stunde ganz allein.» Er weigerte sich standhaft,

¹ Schuschnigg, S. 72.

einen Nazi-Kanzler zu ernennen. Er war entschlossen, die Deutschen zu einer schmachvollen Gewalttat zu zwingen. Aber darauf wollten sie es ja gerade ankommen lassen.

Ein lebendiger Bericht über die deutsche Reaktion findet sich abermals in Jodls Tagebuch vom 10. März:

Überraschend und ohne Rücksprache mit seinen Ministern hat v. Schuschnigg für Sonntag den 13. März eine Volksabstimmung angeordnet, die der herrschenden Partei mangels planmässiger Vorbereitung eine starke Mehrheit bringen dürfte. Der Führer ist entschlossen, das nicht zu dulden. In der vergangenen Nacht vom 9. auf den 10. März hat er Göring kommen lassen. General Reichenau wird aus dem Olympischen Komitee in Kairo zurückberufen, General von Schubert wird nach Berlin befohlen, ebenso Minister Glaise-Horstenau, der sich beim Gauleiter Bürckel in der Pfalz befindet. General Keitel gibt die Tatsachen um 1.45 bekannt. Um 10 Uhr fährt er in die Reichskanzlei. Ich folge um 10.15, um ihm den alten Entwurf «Vorbereitung Fall Otto» zu übergeben. Um 13 Uhr informiert Keitel den Chef des Wehrmacht Stabes und Admiral Canaris; Ribbentrop ist in London aufgehalten. Neurath übernimmt das Auswärtige Amt. Führer wünscht dem österreichischen Kabinett Ultimatum zu übermitteln. An Mussolini wird ein persönlicher Brief abgesandt, in dem die Gründe dargelegt sind, die den Führer zum Handeln zwingen¹.

Am folgenden Tag, dem 11. März, erliess Hitler Befehle für die militärische Besetzung Österreichs an die deutsche Wehrmacht. Die so eingehend studierte, so sorgfältig geplante Operation «Otto» begann. Während des ganzen stürmischen Tages begegnete Präsident Miklas Seyss-Inquart und den österreichischen Naziführern in Wien mit Festigkeit. Das Telefongespräch zwischen Hitler und Prinz Philipp von Hessen, seinem Sonderbeauftragten beim Duce, wurde in Nürnberg im Beweisverfahren zitiert und ist von Interesse:

Prinz Hessen: Ich komme soeben zurück aus dem Palazzo Venezia. Der Duce hat die Sache sehr freundlich aufgenommen. Er lässt Sie herzlich grüssen. Man hätte ihm die Sache (Abstimmung!) von Österreich aus

¹ Nuremberg Documents, Pt. I, S. 251.

mitgeteilt. Am Montag hätte Schuschnigg es mitgeteilt. Da hätte er gesagt, das [das heisst eine italienische Intervention] wäre eine vollkommene Unmöglichkeit, ein Bluff; man könne so etwas nicht machen. Darauf hätte er ihm [Schuschnigg] geantwortet, das wäre leider schon so festgesetzt, und man könne davon nicht abgehen. Dann hätte Mussolini gesagt, damit wäre Österreich eine abgetane Angelegenheit für ihn.

Hitler: Dann sagen Sie bitte Mussolini, ich werde ihm das nie vergessen.

Prinz Hessen: Jawohl.

Hitler: Nie, nie, nie! Es mag sein, was wolle. Ich bin jetzt auch bereit, mit ihm eine ganz andere Abmachung zu schliessen.

Prinz Hessen: Jawohl, das habe ich ihm auch gesagt.

Hitler: Wenn die österreichische Sache jetzt aus dem Weg geräumt ist, bin ich bereit, mit ihm durch dick und dünn zu gehen, das ist mir alles gleichgültig.

Prinz Hessen: Jawohl, mein Führer.

Hitler: Passen Sie auf, ich mache jetzt auch jedes Abkommen. Ich fühle mich jetzt nicht mehr in der furchtbaren Lage, die wir eben noch militärisch hatten für den Fall, dass ich in den Konflikt gekommen wäre. Sie können ihm das nur mal sagen: ich lasse ihm wirklich herzlich danken. Ich werde ihm das nie vergessen! Ich werde ihm das nie vergessen!

Prinz Hessen: Jawohl, mein Führer.

Hitler: Ich werde ihm das nie vergessen; es kann sein, was will. Wenn er jemals in irgendeiner Not oder irgendeiner Gefahr sein sollte, dann kann er überzeugt sein, dass ich auf Biegen und Brechen vor ihm stehe, da kann sein, was will, wenn sich auch die ganze Welt gegen ihn erheben würde.

Prinz Hessen: Jawohl, mein Führer¹.

Als er Mussolini im Jahre 1943 vor der provisorischen italienischen Regierung rettete, hielt Hitler zweifellos Wort.

*

Ein triumphaler Einzug in Wien war von jeher der Traum des österreichischen Gefreiten gewesen. Auf den Samstagabend des 12. März

¹ Schuschnigg, S. 102 f, und Nuremberg Documents, Pt. I, S. 258 f.

hatte die Nationalsozialistische Partei in Wien einen Fackelzug zum Empfang des siegreichen Helden geplant. Aber es erschien niemand. Drei verstörte Bayern aus den Nachschubtruppen, die mit der Bahn gekommen waren, um für die Invasionsarmee Quartier zu machen, mussten daher auf den Schultern durch die Strassen getragen werden. Der Grund dieser Verzögerung sickerte langsam durch. Die deutsche Kriegsmaschine war schwankend über die Grenze gerumpelt und in der Nähe von Linz zum Stillstand gekommen. Trotz tadellosen Wetter und Strassenverhältnissen versagte die Mehrzahl der Panzer. In der motorisierten schweren Artillerie ereigneten sich Pannen. Die Strasse von Linz nach Wien war durch steckengebliebene schwere Fahrzeuge blockiert. General von Reichenau, Hitlers besonderer Günstling, der Kommandant der Armeegruppe IV, galt als verantwortlich für ein Versagen, das den unfertigen Zustand der deutschen Armee in diesem Stadium ihres Wiederaufbaus enthüllte.

Hitler selbst, der im Auto durch Linz fuhr, sah die Verkehrsstockung und war rasend vor Wut. Die leichten Panzer wurden aus dem Gewirr befreit und rollten einzeln in den frühen Morgenstunden des Sonntags in Wien ein. Die schweren Panzer und die motorisierte Artillerie wurden auf die Bahn verladen und kamen nur auf diese Weise rechtzeitig für die Zeremonie an. Die Bilder von Hitlers Fahrt durch Wien inmitten jubelnder oder verängstigter Menschenmengen sind bekannt. Aber dieser Augenblick mystischer Glorie hatte einen unruhigen Hintergrund. In Wahrheit schäumte der Führer vor Wut über die offensichtlichen Mängel seines Militärapparates. Er fuhr seine Generäle an, und sie blieben ihm die Antwort nicht schuldig. Sie erinnerten ihn an seine Weigerung, auf Fritsch und dessen Warnungen zu hören, dass Deutschland nicht in der Lage sei, das Wagnis eines grösseren Konfliktes auf sich zu nehmen. Der Schein wurde immerhin gewahrt. Die offiziellen Feierlichkeiten und Paraden fanden statt. Nachdem am Sonntag zahlreiche deutsche Truppenkörper und österreichische Nazi von Wien Besitz ergriffen hatten,

verkündete Hitler die Auflösung der Österreichischen Republik und die Angliederung ihres Gebietes an das Deutsche Reich.

*

Ribbentrop war damals im Begriff, London zu verlassen und das Amt des Reichsaussenministers zu übernehmen. Chamberlain gab zu seinen Ehren ein Abschiedsfrühstück in der Downing Street Nr. 10. Meine Gattin und ich nahmen die Einladung des Premierministers an. Es waren vielleicht sechzehn Personen anwesend. Meine Frau sass neben Sir Alexander Cadogan am einen Ende der Tafel. Ungefähr in der Mitte der Mahlzeit brachte ein Bote des Foreign Office ihm einen Briefumschlag. Er öffnete ihn und vertiefte sich in den Inhalt. Dann stand er auf, ging zum Platz des Premiers und überreichte ihm die Meldung. Obwohl Cadogans Verhalten keineswegs auf etwas Ungewöhnliches schliessen liess, fiel mir sofort die offensichtliche Betroffenheit des Premierministers auf. Gleich darauf kam Cadogan mit dem Blatt zurück und setzte sich wieder. Später erfuhr ich den Inhalt. Er lautete, dass Hitler in Österreich einmarschiert sei und dass die mechanisierten deutschen Kräfte rasch gegen Wien vorrückten. Das Essen ging ohne die geringste Störung weiter, aber bald erhob sich Mrs. Chamberlain, der ihr Gatte irgendein Zeichen gegeben hatte, und sagte: «Wir wollen den Kaffee *alle* im Salon nehmen.» Wir begaben uns dorthin, und für mich und vielleicht auch für einige der andern war es klar, dass Mr. und Mrs. Chamberlain die Gesellschaft zu beendigen wünschten. Es verbreitete sich eine Art allgemeiner Unruhe; jedermann stand herum und war bereit, sich von den Ehrengästen zu verabschieden.

Ribbentrop und seine Gattin schienen sich jedoch dieser Atmosphäre keineswegs bewusst zu sein. Sie liessen im Gegenteil eine weitere halbe Stunde verstreichen, indem sie ihre Gastgeber in wortreiche Konversation verstrickten. Einen Augenblick kam ich mit Frau Ribbentrop ins

Gespräch und sagte in einem Anflug von Abschiedsstimmung: «Ich hoffe, dass England und Deutschland ihre Freundschaft bewahren werden.» «Geben Sie acht, dass Sie sie nicht verderben», antwortete sie huldvoll. Ich bin überzeugt, dass beide genau wussten, was inzwischen voring, und es für ein geschicktes Manöver hielten, den Premierminister von seiner Arbeit und vom Telephon fernzuhalten. Schliesslich sagte Chamberlain zum Botschafter: «Ich muss nun leider gehen und mich mit dringenden Geschäften befassen», und verliess den Raum ohne weitere Umstände. Die Ribbentrops zögerten weiter, so dass die meisten von uns sich entschuldigten und nach Hause gingen. Zu guter Letzt müssen auch sie sich wohl verabschiedet haben. An diesem Tage sah ich Ribbentrop zum letzten Mal, bevor er gehängt wurde.

*

Der Überfall auf Österreich und die Unterjochung der schönen Stadt Wien mit all ihrem Ruhm, ihrer Kultur und ihrem Beitrag zur europäischen Geschichte traf mich schwer. Am Tag nach diesen Geschehnissen, am 14. März, sagte ich im Unterhaus:

Die Tragweite des Ereignisses vom 12. März lässt sich nicht übertreiben. Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen, oder wirksame Massnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden, und falls sie nicht abgewendet werden kann, ihr zu begegnen ... Wenn wir weiterhin auf die Ereignisse warten – wieviele unserer Hilfsmittel werden wir uns damit verscherzen, die jetzt noch für unsere Sicherheit und für die Erhaltung des Friedens zur Verfügung stehen? Wieviele Freunde werden sich uns entfremden, wieviele mögliche Verbündete werden wir einen nach dem andern im grauenhaften Abgrund verschwinden sehen? Wie oft noch wird der Bluff Erfolg haben, bis hinter dem Bluff unablässig zunehmende Kräfte sich zur Wirklichkeit zusammengeballt haben? ... *Wo werden wir heule in zwei Jahren stehen, zum Beispiel, wenn die deutsche Armee zweifellos viel grösser als die französische Ar-*

mee sein wird, und wenn alle kleinen Nationen aus Genf geflohen sein werden, um der immer anwachsenden Macht des Nazisystems zu huldigen und die bestmöglichen Bedingungen für sich zu erlangen?

Und weiter:

Wien ist das Zentrum der Verbindungen aller Länder, die das alte Österreichisch-Ungarische Kaiserreich bildeten, und aller Länder im Südosten Europas. Eine lange Strecke der Donau befindet sich nun in deutschen Händen. Die Beherrschung Wiens ermöglicht dem nazistischen Deutschland die militärische und wirtschaftliche Kontrolle sämtlicher Verbindungen in Südosteuropa, der Strassennetze, der Flüsse, der Bahnlinien. Worin besteht die Auswirkung auf das Gefüge Europas? Worin besteht die Auswirkung auf das, was man als Gleichgewicht der Mächte bezeichnet, und auf das, was man die Kleine Entente nennt? Ich muss ein Wort über diese Mächtegruppe sagen, die man die Kleine Entente nennt. Einzeln genommen mag man die drei Länder der Kleinen Entente als Mächte zweiten Ranges bezeichnen, aber es sind ausserordentlich starke und lebenskräftige Staaten, und vereinigt stellen sie eine grosse Macht dar. Bisher waren sie durch engste militärische Abmachungen verbunden und sind es heute noch. Gemeinsam haben sie die Bedeutung einer Grossmacht und der militärischen Maschinerie einer Grossmacht. Rumänien besitzt das Öl, Jugoslawien die Erze und Rohstoffe. Beide verfügen über grosse Armeen, beide werden in bedeutendem Ausmass von der Tschechoslowakei mit Kriegsmaterial beliefert. Für englische Ohren klingt der Name der Tschechoslowakei fremdländisch. Zweifellos ist sie nur ein kleiner demokratischer Staat, zweifellos besitzt sie nur eine doppelt oder dreimal so grosse Armee wie die unsrige, zweifellos ist ihre Rüstungsproduktion nur dreimal so gross wie diejenige Italiens, aber es ist doch ein mannhaftes Volk und hat seine Rechte, seine Verträge, eine Befestigungslinie und einen stark ausgeprägten Lebenswillen, einen Willen, in Freiheit zu leben.

Die Tschechoslowakei ist in diesem Augenblick isoliert, sowohl in wirtschaftlicher wie in militärischer Hinsicht. Ihr Handelsweg über Hamburg, der auf dem Friedensvertrag beruht, kann natürlich jederzeit gesperrt werden. Jetzt stehen ihre Bahn- und Flussverbindungen nach Süden und darüber hinaus auch nach Südosten in Gefahr, jeden Augenblick durchschnitten zu werden. Ihr Handel kann Zollabgaben von vernichtendem Charakter, von tödlichem Charakter unterworfen werden. Es handelt

sich um ein Land, das einst das grösste Industriegebiet im alten Österreichisch-Ungarischen Kaiserreich war. Jetzt ist es abgeschnitten, oder kann plötzlich abgeschnitten werden, wenn auf die Diskussionen hin, die jetzt stattfinden müssen, nicht Massnahmen zum Schutz der Verbindungslinien der Tschechoslowakei getroffen werden. Sie kann sich plötzlich von der Quelle ihrer Rohmaterialien in Jugoslawien und von den natürlichen Märkten, die sie dort gewonnen hat, abgeschnitten sehen. Das Wirtschaftsleben dieses Kleinstaates kann als Folge der Gewalttat, die in der Nacht des letzten Freitags begangen wurde, in grösstem Ausmass gedrosselt werden. Es ist ein Keil in das Herz der sogenannten Kleinen Entente gestossen worden, dieser Gruppe von Ländern, die dasselbe Recht haben, in Europa unbehelligt zu leben, wie wir alle das Recht haben, in unserer Heimat unbehelligt zu leben.

*

Nun waren es die Russen, die Alarm schlugen und für den 18. März eine Konferenz über die Lage anregten. Sie wollten, wenn auch nur in grossen Zügen, Wege und Mittel besprechen, wie der französisch-sowjetrussische Pakt im Rahmen einer Völkerbundsaktion für den Fall einer ernststen Friedensbedrohung durch Deutschland zur Wirkung gebracht werden könnte. Dieser Vorschlag fand in Paris und London keine sehr warme Aufnahme. Die französische Regierung war durch andere Sorgen abgelenkt. In den Flugzeugwerken waren ernstliche Streiks ausgebrochen. Francos Armeen drangen tief in das Gebiet des kommunistischen Spanien vor. Chamberlain war ebenso skeptisch wie niedergeschlagen. Er stand in tiefem Gegensatz zu meiner Auffassung der nahenden Gefahren und der Mittel zu ihrer Bekämpfung. Ich hatte darauf gedrängt, ein Bündnis Englands mit Frankreich und Russland ins Auge zu fassen, als einzige Hoffnung, den nationalsozialistischen Ansturm aufzuhalten.

Chamberlains Biograph Feiling berichtet, dass der Premier seiner Stimmung in einem Brief an seine Schwester am 20. März Ausdruck gab:

An den Plan der «grossen Allianz», wie Winston es nennt, dachte ich schon lange, bevor er ihn erwähnte ... Ich sprach mit Halifax darüber, und wir unterbreiteten das Problem den Stabschefs und den Experten des Foreign Office. Es ist eine sehr anziehende Idee; in der Tat spricht alles dafür, bis man ihre Durchführbarkeit genauer untersucht. Von dem Augenblick an verliert sie ihre Anziehungskraft. Man braucht nur einen Blick auf die Landkarte zu werfen, um zu sehen, dass nichts, was Frankreich oder wir tun könnten, die Tschechoslowakei davor retten würde, von den Deutschen überrannt zu werden, wenn diese das wollten ... Ich bin daher ganz davon abgekommen, der Tschechoslowakei eine Garantie zu bieten oder den Franzosen im Zusammenhang mit ihren Verpflichtungen gegenüber diesem Land¹.

Das war jedenfalls ein Entschluss. Er beruhte aber auf unrichtigen Erwägungen. In modernen Kriegen grosser Nationen oder Bündnissysteme werden einzelne Gebiete nicht durch örtliche Massnahmen allein verteidigt. Das ganze breitangelegte Gleichgewicht der Kriegsfront ist miteinbezogen. Dies gilt in noch höherem Grade für die Politik, bevor ein Krieg begonnen hat und solange er noch vermieden werden kann. Es kostete die «Stabschefs und Experten des Foreign Office» sicherlich kein langes Nachdenken, um dem Premierminister mitzuteilen, dass man die britische Flotte und die französische Armee nicht auf der böhmischen Gebirgsfront entfalten könne, zum Schutz der tschechoslowakischen Republik vor Hitlers Invasionsheer. Das ging klar genug aus der Landkarte hervor. Die Gewissheit aber, dass die Überschreitung der böhmischen Berge einen allgemeinen europäischen Krieg entfesseln würde, hätte vielleicht damals noch Hitlers nächsten Überfall abwenden oder doch verzögern können. Wie irrtümlich erweisen sich Chamberlains persönliche und ernsthafte Erwägungen, wenn wir unsere Gedanken vorausschweifen lassen zu der Garantie, die er *innerhalb eines Jahres* an Polen geben sollte, nachdem der gesamte strategische Wert der Tschechoslowakei verloren war und Hitlers Macht und Ansehen sich fast verdoppelt hatten!

¹ Feiling, S. 347 f.

Am 24. März 1938 erläuterte der Premier im Unterhaus seine Ansicht über den russischen Schachzug:

Die Regierung Seiner Majestät ist der Meinung, dass die indirekte, aber gleichwohl unvermeidliche Folge einer Handlungsweise, wie die Sowjetregierung sie vorschlägt, darin bestehen würde, jene Tendenz zur Bildung ausschliesslicher Staatengruppen zu verschärfen, die in den Augen der Regierung Seiner Majestät den Aussichten des europäischen Friedens abträglich ist.

Trotzdem konnte der Premierminister nicht umhin, der brutalen Tatsache ins Auge zu sehen, dass «eine tiefgreifende Störung des internationalen Vertrauens» bestand und dass sich die Regierung früher oder später zu einer genauen Umschreibung der Verpflichtungen Grossbritanniens in Europa entschliessen musste. Worin bestanden unsere Verpflichtungen in Mitteleuropa? «Wenn ein Krieg ausbräche, wäre es unwahrscheinlich, dass er auf diejenigen Länder, die vertragliche Verpflichtungen übernommen haben, beschränkt bliebe. Es wäre ganz unmöglich zu sagen, wo er enden würde und welche Regierungen hineingezogen würden.» Es muss ferner darauf hingewiesen werden, dass das Argument vom Nachteil «ausschliesslicher Staatengruppen» seine Gültigkeit verliert, wenn die Alternative darin besteht, dass ein Staat nach dem andern von der Angreifermacht vernichtet wird. Ausserdem übergeht es sämtliche Fragen von Recht und Unrecht in den internationalen Beziehungen. Letzten Endes gab es damals einen Völkerbund und seine Satzungen.

Die Richtlinie des Premiers war nun festgelegt: gleichzeitiger diplomatischer Druck in Berlin und Prag, Befriedungspolitik gegenüber Italien, eine streng einschränkende Umschreibung unserer Verpflichtungen gegenüber Frankreich. Um die ersten beiden Unternehmen durchzuführen, war es wichtig, im letzten vorsichtig und wohlüberlegt vorzugehen.

*

Der Leser sei nun eingeladen, sich westwärts zur smaragdgrünen Insel zu begeben. «It's a long way to Tipperary»; aber ein Besuch dort ist

manchmal von unwiderstehlichem Reiz. In der Pause zwischen Hitlers Griff nach Österreich und dem Offenbarwerden seiner Absichten gegen die Tschechoslowakei müssen wir uns einem völlig andersgearteten Unheil zuwenden, das über uns kam.

Seit Anfang 1938 hatten Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und der südirischen de Valeras stattgefunden, und am 25. April wurde ein Abkommen unterzeichnet, wonach unter anderem Grossbritannien auf sämtliche Rechte verzichtete, für die Zwecke der Kriegsflotte die beiden südirischen Häfen Queenstown und Berehaven und die Flottenbasis in Lough Swilly zu besetzen. Die beiden Häfen bildeten einen lebenswichtigen Punkt für die Sicherstellung unserer Nahrungsmittelimporte. Als ich mich 1922 als Kolonial- und Dominienminister mit den Einzelheiten des irischen Abkommens befasste, das von der damaligen Regierung abgeschlossen worden war, liess ich Admiral Beatty in das Kolonialamt kommen, damit er Michael Collins die Bedeutung dieser Häfen für das ganze System der Versorgung Grossbritanniens erkläre. Collins war sofort überzeugt. «Selbstverständlich müssen Sie die Häfen haben», sagte er, «sie sind lebensnotwendig für Sie.» So wurde die Angelegenheit geregelt und in den folgenden sechzehn Jahren spielte sich alles reibungslos ab. Der Grund, weshalb wir Queenstown und Berehaven für unsere Sicherheit brauchten, ist leicht verständlich. Es waren die Basen für die Brennstoffversorgung unserer Zerstörerflottillen, die westwärts in den Atlantischen Ozean vorstiessen, um Jagd auf U-Boote zu machen und die einfahrenden Geleitzüge zu schützen, wenn sie sich den engen Gewässern näherten. Lough Swilly diente demselben Zweck, nämlich dem Schutz der Anfahrt zum Clyde und Mersey. Die Preisgabe dieser Häfen bedeutete, dass unsere Flottillen im Norden von Lamlash und im Süden von Pembroke Dock oder von Falmouth ausfahren mussten, so dass sich ihr Aktionsradius und die Reichweite des Schutzes, den sie bieten konnten, auf der Hin- und Rückfahrt um mehr als 640 Kilometer verringerten.

Es war mir unfasslich, dass die Stabschefs eingewilligt haben sollten, diese wesentliche Sicherung aufzugeben, und bis zum letzten Augenblick dachte ich, wir hätten uns wenigstens das Recht vorbehalten, diese irischen Häfen im Kriegsfall zu besetzen. De Valera erklärte jedoch im irischen Dail (Unterhaus), dass keinerlei Bedingungen an die Abtretung geknüpft seien. Später wurde mir versichert, dass de Valera selbst über die Bereitwilligkeit erstaunt war, mit der die britische Regierung seinen Forderungen nachkam. Er hatte sie in seine Vorschläge als ein Tauschobjekt eingeschlossen, auf das verzichtet werden konnte, wenn andere Punkte eine befriedigende Lösung fanden.

In seinem Buch widmete Lord Chatfield ein Kapitel der Erklärung des Kurses, den er und die anderen Stabschefs einschlugen. Wer sich mit der Frage befassen will, sollte dieses Kapitel unbedingt lesen. Ich persönlich bin weiterhin überzeugt, dass die unentgeltliche Preisgabe unseres Rechtes, im Krieg die irischen Häfen zu benützen, eine beträchtliche Gefährdung des Lebens Grossbritanniens und seiner Sicherheit war. Ein schwächerer Schritt lässt sich kaum vorstellen – und dies in einem solchen Zeitpunkt. Wir sind zwar zu guter Letzt auch ohne die Häfen davongekommen. Auch ist es wahr, dass wir sie eher mit Gewalt zurückgenommen hätten als zu verhungern, falls wir nicht imstande gewesen wären, ohne sie fertig zu werden. Aber das ist keine Entschuldigung. Manches Schiff und manches Menschenleben sollte bald darauf infolge dieses leichtsinnigen Beispiels von Befriedungspolitik verlorengelangen.

Mit Ausnahme einiger Ulsterleute unterstützte die gesamte konservative Partei den Premierminister, und natürlich war ein derartiger Schritt Wasser auf die Mühle der Labour- und der liberalen Opposition. Ich war daher fast völlig allein, als ich am 5. Mai aufstand, um zu protestieren. Man hörte mir mit einem geduldigen Ausdruck von Skepsis zu. Es herrschte sogar eine Art mitleidiges Staunen, dass ein Mann meiner Stellung eine so hoffnungslose Sache zu vertreten suchte. Ich habe

¹ Lord Chatfield, 1/ *Might Happen Again*, Kapitel XVIII.

keinen Fall erlebt, in dem das Unterhaus vollständiger irreführt gewesen wäre. Bis zur Kriegserklärung blieben nur noch fünfzehn Monate. Die Mitglieder sollten ganz andere Gefühle darüber empfinden, als dann unsere Existenz während der Schlacht im Atlantik in der Schwebelage hing. Da mein Votum in der Sammlung meiner Reden *Ins Gefecht* vollständig veröffentlicht wurde, zitiere ich hier nur eine einzige Stelle daraus. Die Frage der Neutralität von Südirland in Kriegszeiten wurde nicht behandelt.

«Welche Garantie haben Sie dafür», fragte ich, «dass Südirland oder die irische Republik, wie sie heissen will, nicht ihre Neutralität erklärt, wenn wir mit irgendeiner mächtigen Nation im Kriege stehen? Sicherlich würde der erste Schritt, den ein solcher Feind tun würde, darin bestehen, Südirland vollständige Unverletzlichkeit in jeder Beziehung anzubieten, falls es neutral bleibe ... Man darf diese Möglichkeit der Neutralität nicht ausschliessen; denn sie kann in unseren unmittelbaren Erfahrungsbereich treten. Die Häfen können uns in der Stunde der Not verweigert werden, und wir können auf bedenklichste Weise daran gehindert werden, das britische Volk vor Entbehrungen, ja vor Hungersnot zu schützen. Wer wollte seinen Kopf in eine solche Schlinge stecken? Gibt es irgendein anderes Land in der Welt, das einen solchen Schritt auch nur erwogen hätte? Es würde für eine Regierung in Dublin ein leichtes sein, uns die Häfen zu verweigern, nachdem wir uns einmal zurückgezogen haben. Die Geschütze sind dort, die Minen werden dort sein. Aber was in diesem Zusammenhang noch wichtiger ist: das Recht wird dort sein. Sie haben die Rechte besessen; Sie haben sie aufgegeben; Sie hoffen stattdessen guten Willen zu ernten, der stark genug wäre, um Englands willigen Prüfungen standzuhalten. Nehmen Sie nun an, Sie ernten diesen guten Willen nicht. Es wird nutzlos sein, zu sagen: ‚Dann nehmen wir die Häfen zurück/ Sie werden kein Recht haben, das zu tun. Die irische Neutralität zu verletzen, falls sie im Augenblick eines Weltkriegs erklärt wird, kann uns in den Augen der Welt ins Unrecht setzen und kann der Sache Schaden zufügen, wegen welcher wir in einen Krieg verwickelt werden können... Sie verscherzen greifbare und wichtige Mittel zur Sicherheit und Lebenserhaltung für blosse Schatten und für die Bequemlichkeit.»

Der Kommentar der *Times* war aufschlussreich:

Das Verteidigungsabkommen ... entlastet die Regierung des Vereinigten Königreichs von den Bestimmungen des angloirischen Vertrages von 1921, auf Grund deren sie die lästige und heikle Aufgabe übernommen hatte, die befestigten Häfen von Cork, Berehaven und Lough Swilly im Kriegsfall zu schützen.

Weitere Entlastungen hätten durch die Übergabe von Gibraltar an Spanien und von Malta an Italien erreicht werden können. Keine dieser beiden Seefestungen hatte eine unmittelbarere Bedeutung für die Existenz unseres Volkes.

Damit schliesse ich diese klägliche und erstaunliche Episode.

DIE TSSCHECHOSLOWAKEI

Eine überholte historische Kontroverse – Hitlers nächstes Ziel – «Keine bösen Absichten gegen die Tschechoslowakei» – Blums Versprechen – Mein Besuch in Paris, März 1938 – Daladier wird Blums Nachfolger – Der britisch-italienische Pakt – Eine Unterredung mit dem Führer der Sudetendeutschen – Besorgnisse und Bedenken der deutschen Generäle – Die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Tschechoslowakei – Stalin und Benesch – Verschwörung und Säuberung in Rußland – Daladiers Erklärung vom 12. Juni – Hitlers Versprechen an Keitel – Hauptmann Wiedemanns Mission in London – Meine Wahlrede in Theydon Bois vom 27. August – Mein Brief an Lord Halifax vom 31. August – Der Besuch des Sowjetbotschafters in Chartwell – Mein Bericht an das Foreign Office – Der Leitartikel der «Times» vom 7. September – Bonnets Frage und die britische Antwort – Hitlers Rede in Nürnberg

EINIGE Jahre hindurch schien die Frage, ob Grossbritannien und Frankreich sich in der Episode von München richtig oder töricht verhalten haben, das Thema langer historischer Kontroversen werden zu sollen. Dies ist nun aber heute durch die Enthüllungen aus deutschen Quellen und vor allem durch die Nürnberger Gerichtsverhandlungen höchst unwahrscheinlich geworden. Die beiden hauptsächlichen Streitpunkte waren: erstens, ob ein entschiedenes Vorgehen von Grossbritannien und Frankreich Hitler zum Rückzug gezwungen oder zu seinem Sturz durch eine militärische Verschwörung geführt haben würde; zweitens, ob das Jahr zwischen München und dem Kriegsausbruch die West-

mächte im Vergleich zu Deutschland in eine bessere oder schlechtere Lage brachte, als sie im September 1938 gewesen war.

Über die Krise, die in München durch die Opferung der Tschechoslowakei ihr Ende fand, wurden schon viele Bände geschrieben und werden noch geschrieben werden; es sollen hier lediglich einige der wichtigsten Tatsachen wiedergegeben und die Ereignisse in ihren Hauptzügen dargestellt werden. Der Verlauf ergibt sich unerbittlich aus Hitlers Entschluss, alle Deutschen in einem grossen Reich zu vereinigen und es nach Osten auszudehnen, sowie aus seiner Überzeugung, dass die führenden Männer in Frankreich und England infolge ihrer Friedensliebe und ihrer mangelhaften Aufrüstung nicht kämpfen würden. Gegen die Tschechoslowakei wurde die übliche Methode angewandt. Die nicht unbegründeten Beschwerden der Sudetendeutschen wurden übertrieben und ausgeschlachtet. Hitlers Reichstagsrede vom 20. Februar 1938 leitete das öffentliche Verfahren gegen die Tschechoslowakei ein. «Über zehn Millionen Deutsche», sagte er, «leben in zwei an unserer Grenze liegenden Staaten.» Es sei Deutschlands Pflicht, diese Volksgenossen zu schützen und ihnen «allgemeine Freiheit in persönlicher, politischer und ideologischer Hinsicht» zu sichern.

Diese öffentliche Ankündigung der Absicht der deutschen Regierung, sich mit der Lage der Deutschen in Österreich und in der Tschechoslowakei zu befassen, stand in engem Zusammenhang mit dem geheimen Plan einer deutschen politischen Offensive in Europa. Erklärtermassen strebte die deutsche Naziregierung ein doppeltes Ziel an: Die Einverleibung aller jenseits der Grenzen lebenden deutschen Minoritäten in das Deutsche Reich, und damit die Expansion seines Lebensraumes im Osten. Die weniger öffentlich verkündete Absicht der deutschen Politik trug militärischen Charakter: Die Liquidierung der Tschechoslowakei sowohl in ihrer Eignung als russische Fliegerbasis wie als militärische Gewichtszugabe für das britisch-französische Kriegspotential. Schon im Juni 1937 beschäftigte sich der deutsche Generalstab in Hitlers Auftrag

eingehend mit dem Ausarbeiten von Plänen für die Invasion und die Zerstörung des tschechoslowakischen Staates.

Ein solcher Entwurf lautet:

Das Ziel dieses Überraschungsangriffs durch die deutsche Wehrmacht muss darin bestehen, von allem Anfang an und für die Dauer des Krieges die Bedrohung, die im Rücken der Operationen im Westen von der Tschechoslowakei her bestand, zu beseitigen und die russische Luftwaffe des wichtigsten Teiles ihrer Operationsbasis in der Tschechoslowakei zu berauben^x.

Die Tatsache, dass die Demokratien des Westens die Unterwerfung Österreichs durch Deutschland hinnahmen, ermutigte Hitler, seine Absichten gegen die Tschechoslowakei schärfer zu verfolgen. Die militärische Herrschaft über das österreichische Gebiet war tatsächlich als unentbehrliche Vorbereitung für den Ansturm auf die böhmische Festung gedacht. Während die Invasion in Österreich in vollem Gang war, sagte Hitler im Auto zu General Halder: «Das wird den Tschechen sehr unangenehm sein.» Halder erfasste sofort, was diese Bemerkung bedeutete. Sie eröffnete ihm einen Blick in die Zukunft. Sie verriet ihm Hitlers Absichten und zugleich auch, so wie Halder es betrachtete, Hitlers militärische Unwissenheit. «Es war für eine deutsche Armee praktisch unmöglich», erklärte er später, «die Tschechoslowakei von Süden anzugreifen. Die einzige Bahnlinie über Linz war vollkommen exponiert, so dass ein Überraschungsangriff nicht in Frage kam.» In der Hauptsache war jedoch Hitlers politisch-strategische Auffassung richtig. Der Westwall wurde immer stärker, und obwohl er noch bei Weitem nicht vollständig ausgebaut war, rief er für die französische Armee furchtbare Erinnerungen an die Somme und Passchendaele wach. Hitler war überzeugt, dass weder Frankreich noch England kämpfen würden.

Am Tag des Einmarsches der deutschen Armeen in Österreich berichtete der französische Botschafter in Berlin, Göring habe dem tschechischen Gesandten in Berlin ausdrücklich versichert, dass Deutschland

¹ Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 4.

«keine bösen Absichten gegen die Tschechoslowakei» hege. Am 14. März erklärte der französische Ministerpräsident Blum dem tschechischen Gesandten in Paris feierlich, dass Frankreich die Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei vorbehaltlos erfüllen werde. Diese politischen Zusicherungen vermochten jedoch die bittere Wirklichkeit nicht zu verschleiern. Die gesamte strategische Lage auf dem Kontinent hatte sich verändert.

Ende März reiste ich nach Paris und führte sondierende Unterredungen mit den leitenden Männern Frankreichs. Die Regierung begrüßte meine Absicht, meine französischen Beziehungen zu festigen. Ich wohnte in unserer Botschaft und sah in unablässiger Folge viele der wichtigsten Persönlichkeiten Frankreichs, den Ministerpräsidenten Léon Blum, Flandin, General Gamelin, Paul Reynaud, Pierre Cot, Herriot, Louis Marin und andere. Zu Blum sagte ich einmal: «Die deutsche Feldhaubitze soll dem französischen 7,5-cm-Feldgeschütz an Reichweite und selbstverständlich auch an Geschosswirkung überlegen sein, selbst wenn es ausgebohrt ist.» Er entgegnete: «Soll ich durch *Sie* über den Stand der französischen Artillerie unterrichtet werden?» Ich erwiderte: «Nein, aber fragen Sie Ihre Ecole Polytechnique, die auf Grund der ihr kürzlich zur Verfügung gestellten Angaben von den Leistungen der modernisierten *Soixante-Quinze* keineswegs überzeugt ist.» Er wurde sofort zugänglich und freundlich. Reynaud sagte mir: «Wir verstehen durchaus, dass England niemals die allgemeine Wehrpflicht einführen will. Warum verlegen Sie sich dann aber nicht auf eine mechanisierte Armee? Wenn Sie über sechs Panzerdivisionen verfügten, hätten Sie eine schlagkräftige Kontinentalarmee», oder ähnliche Worte dieses Inhalts. Ein Oberst de Gaulle hatte, wie es hiess, ein heftig kritisierendes Buch über die Offensivkraft moderner Panzerwagen geschrieben. Hier war eine der Wurzeln dieses Gedankens.

Der Botschafter und ich waren bei einem ausgedehnten Frühstück mit Flandin allein. Er war ein ganz anderer als der Mann, den ich 1936 ge-

kannt hatte; damals verantwortungsbewusst und erregt, jetzt ohne Amt, kühl, schwerfällig und fest davon überzeugt, dass für Frankreich die einzige Hoffnung in einer Verständigung mit Deutschland liege. Wir diskutierten zwei Stunden lang. Gamelin, der mich ebenfalls besuchte, setzte mit Recht Vertrauen in die damalige Leistungsfähigkeit der französischen Armee, zeigte sich aber beunruhigt, als ich ihn über die Artillerie befragte, über die er genaue Kenntnisse besass. Innerhalb der Grenzen des französischen politischen Systems suchte er immer sein Bestes zu tun. Aber die Aufmerksamkeit der französischen Regierung wurde durch die unaufhörliche Verwirrung in der Innenpolitik und durch den nahe bevorstehenden Sturz der Regierung Blum von den Gefahren des europäischen Schauplatzes abgelenkt. Umso wichtiger war es, unsere gemeinsamen und beiderseitigen Verpflichtungen im Fall einer allgemeinen Krise ohne den geringsten Schatten eines Missverständnisses festzulegen. Am 10. April wurde die französische Regierung umgebildet, mit Daladier als Ministerpräsident und Georges Bonnet als Außenminister. Diese beiden Männer sollten in den kommenden kritischen Monaten die Verantwortung für die Politik Frankreichs tragen.

In der Hoffnung, Deutschland von einer weiteren Aggression abzuhalten, suchte die britische Regierung im Einklang mit Chamberlains Entschluss eine Regelung mit Italien. Dies sollte die Stellung Frankreichs stärken und sowohl Frankreich wie Grossbritannien befähigen, sich auf die Vorgänge in Mitteleuropa zu konzentrieren. Mussolini, der bis zu einem gewissen Grad durch Edens Sturz besänftigt war und eine starke Verhandlungsposition einzunehmen glaubte, wies das britische Reuebekenntnis nicht zurück. Am 16. April 1938 wurde ein britisch-italienisches Abkommen unterzeichnet, das Italien im Wesentlichen in Abessinien und Spanien freie Hand gab, als Gegenleistung für den ungewissen Wert des italienischen Wohlwollens in Mitteleuropa. Das Foreign Office betrachtete diese Transaktion mit Skepsis. Chamberlains

Biograph berichtet uns, dass er in einem persönlichen und privaten Brief schrieb: «Sie hätten den Entwurf des Schriftstücks sehen sollen, den das Foreign Office mir vorlegte; er hätte selbst einen Eisbären erfrieren lassen¹.»

Ich teilte die Besorgnisse des Foreign Office bei diesem Schachzug:

Churchill an Eden

18. April 1938

Der italienische Pakt ist natürlich ein vollständiger Triumph für Mussolini, der unsere herzliche Anerkennung für seine gegen uns gerichtete Befestigung des Mittelmeerraumes, für seine Eroberung Abessinians und ausserdem für seine Gewaltanwendung in Spanien gewinnt. Die Tatsache, dass wir Cypem nicht ohne «vorherige Konsultation» befestigen dürfen, ist ausserordentlich nachteilig. Das Übrige dient meines Erachtens lediglich als Ausschmückung.

Trotzdem halte ich es für nötig, im schroffen Widerstand gegen das Abkommen beträchtliche Vorsicht walten zu lassen. Es ist nun eine feste Tatsache. Es wird als Schritt zum Frieden bezeichnet. Es verringert zweifellos die Wahrscheinlichkeit, dass Funken vom Mittelmeer her eine europäische Feuersbrunst entfachen. Frankreich wird zu seinem eigenen Schutz Farbe bekennen müssen, um nicht von Grossbritannien getrennt zu werden. Endlich besteht die Möglichkeit, dass Mussolini durch seine Interessen bewogen wird, der deutschen Einmischung im Donaubecken entgegenzuwirken.

Bevor ich Stellung beziehe, wüsste ich gerne, welches Ihre Ansichten und Pläne sind. Ich halte den britisch-italienischen Pakt nur für den ersten Schritt, und der zweite wird der Versuch sein, irgendetwas noch Grossartigeres mit Deutschland zusammenzuzimmern, das die britische Öffentlichkeit einlullt, während es das Anwachsen der deutschen Wehrmacht und die Entwicklung der deutschen Pläne im Osten Europas fördert.

Chamberlain erklärte letzte Woche dem Exekutivkomitee der Nationalunion [konservative Verbände] im Vertrauen, dass er «die Hoffnung auf ähnliche Vereinbarungen mit Deutschland noch nicht aufgegeben» habe. Diese Mitteilung fand eine ziemlich kühle Aufnahme.

Das Fortschreiten unserer Rüstung in der Luft wird inzwischen immer enttäuschender...

¹ Feiling, *Life of Neville Chamberlain*, S. 350.

... Was den italienischen Pakt betrifft, stimme ich mit Ihrer schriftlichen Äusserung überein. Mussolini bietet uns lediglich die Wiederholung von früher gegebenen und durch ihn gebrochenen Versprechen, ausgenommen das Zurückziehen der Truppen aus Libyen, die vermutlich ursprünglich zur Unruhestiftung dorthin geschickt worden waren. Es hat sich nun deutlich gezeigt, so wie ich es erwartete, dass Mussolini seine Intervention in Spanien fortsetzte, nachdem die Unterredungen in Rom schon begonnen hatten. Es braucht ein gehöriges Mass an Optimismus, um zu glauben, dass Mussolini nun aufhören werde, diese Intervention zu verstärken, falls sie zur Sicherung von Francos Sieg nötig ist.

Als diplomatisches Instrument stellt der Pakt einen Apparat dar, der sich wahrscheinlich sehr schwer in Bewegung setzen lassen wird. Er soll erst in Kraft treten, nachdem die Italiener Spanien verlassen haben. Indessen ist es fast sicher, dass bis dahin viele Monate verstreichen werden, und da das Wichtige nicht die tatsächliche Anwesenheit der italienischen Infanterie ist, sondern die Erklärungen ihrer Sachverständigen und der Deutschen, wird es schwierig sein, mit Sicherheit festzustellen, dass der Abzug stattgefunden hat. Aber vielleicht macht das manchen Leuten nicht viel aus.

Dann die Position Italiens in Abessinien, die sich, soweit ich höre, statt fester zu werden, ständig verschlechtert. Ich fürchte, dass der Augenblick, den wir für die Anerkennung dieser Position wählen, unserem Ansehen bei den vielen Millionen farbiger Untertanen des Britischen Reiches nicht zuträglich sein wird.

Nichtsdestoweniger stimme ich ebenfalls der Auffassung zu, dass unsere Haltung dem Abkommen gegenüber vorsichtig sein muss. Schliesslich ist es noch kein richtiges Abkommen, und es wäre sicherlich unrecht von mir, etwas zu sagen, das als erschwerend für seinen Abschluss betrachtet werden könnte. Dass ich gerade das nicht tun würde, habe ich in meiner Rücktrittsrede und in Leamington ausdrücklich versprochen.

Das bedenklichste Merkmal der internationalen Lage, wie ich sie sehe, besteht darin, dass eine zeitweilige Entspannung als Vorwand dienen könnte, in der nationalen Anstrengung nachzulassen, die schon jetzt im Verhältnis zum Ernst der Zeit unzureichend ist...

*

Hitler betrachtete die Szene wachsam. Auch für ihn war die endgültige Stellungnahme Italiens in einer europäischen Krise von Bedeutung. Ende April erwog er in einer Besprechung mit seinen Stabschefs, wie sich die Entwicklung beschleunigen liesse. Mussolini wollte freie Hand in Abessinien. Trotz der Fügsamkeit der britischen Regierung brauchte er vielleicht schliesslich die deutsche Unterstützung bei diesem Wagnis. Falls dies zutraf, musste er sich mit einer deutschen Aktion gegen die Tschechoslowakei abfinden. Dieses Problem musste man zur Reife bringen, dann würde Italien in der Regelung der tschechischen Frage auf die Seite Deutschlands gedrängt. Die Erklärungen der britischen und französischen Staatsmänner wurden selbstverständlich in Berlin eingehend geprüft. Mit Befriedigung verzeichnete man die Absicht dieser Westmächte, die Tschechen im Interesse des europäischen Friedens zur Vernunft zu überreden. Die von Henlein geführte Nazi-Partei im Sudetenland stellte nun ihre Forderungen nach Autonomie für das deutschsprachige Grenzgebiet der Tschechoslowakei. Ihr Programm war in Henleins Rede in Karlsbad am 24. April verkündet worden. Der britische und der französische Gesandte in Prag statteten kurz darauf dem tschechischen Aussenminister einen Besuch ab, um «die Hoffnung auszusprechen, dass die tschechische Regierung bis zur äussersten Grenze gehen wird, um die Frage zu regeln».

Im Mai erhielten die Deutschen in der Tschechoslowakei den Befehl zur Steigerung ihrer Agitation. Am 12. Mai kam Henlein nach London, um die britische Regierung über die seinen Anhängern zugefügten Ungerechtigkeiten zu unterrichten. Er sprach den Wunsch aus, mich zu sehen. Ich lud ihn daher auf den folgenden Tag zu einer Besprechung in Morpeth Mansions ein, an welcher Sir Archibald Sinclair teilnahm und Professor Lindemann als Übersetzer waltete.

Henleins Vorschlag zur Lösung des Problems liess sich folgendermassen zusammenfassen:

In Prag sollte es ein zentrales Parlament geben, dem Aussenpolitik, Landesverteidigung, Finanzen und Verkehrswesen zu unterstehen hätten,

und in dem alle Parteien das Recht der freien Meinungsäußerung haben müssten; die Regierung würde auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen handeln. Die Grenzbefestigungen könnten mit tschechischen Truppen besetzt werden, die natürlich ungehindert Zutritt hätten. Die sudetendeutschen Gebiete, und möglicherweise auch die übrigen von Minderheiten bewohnten Gebiete, sollten regionale Selbständigkeit genießen, das heißt ihre eigenen Stadt- und Bezirksräte sowie einen Landtag besitzen, der innerhalb genau umschriebener Grenzen über die gemeinsamen regionalen Interessen diskutieren würde. Er (Henlein) sei bereit, konkrete Fragen – zum Beispiel die des Verlaufs der Volksgrenzen – einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten, das vielleicht sogar vom Völkerbund bestellt werden könne. Alle Parteien sollten sich frei organisieren und an den Wahlen teilnehmen dürfen; in den autonomen Gebieten wären unparteiische Gerichte einzusetzen. Die Post-, Eisenbahn- und Polizeibeamten in den deutschsprechenden Gegenden hätten natürlich deutschsprachig zu sein, und ein angemessener Teil der gesamten Steuererträge müsste den betreffenden Bezirken zur Deckung ihrer Verwaltungskosten wieder zufließen.

Masaryk, der tschechische Gesandte in London, der nachträglich über unser Gespräch unterrichtet wurde, erklärte sich mit einer Regelung nach diesen Richtlinien einverstanden. Eine friedliche, mit der Unabhängigkeit der tschechischen Republik vereinbare Lösung für Streitigkeiten zu finden, die zugegebenerweise auf Sprachen- und Minoritätsfragen beruhten, war keineswegs unmöglich, wenn man auf den ehrlichen und guten Willen der Deutschen rechnen konnte. Aber über diese Voraussetzung gab ich mich keiner Täuschung hin.

Am 17. Mai begannen Verhandlungen über die Sudetenfrage zwischen Henlein, der auf seiner Rückreise Hitler besucht hatte, und der tschechischen Regierung. In der Tschechoslowakei waren Gemeindewahlen fällig, und die deutsche Regierung begann ihren Nervenkrieg gegen die Tschechen. Es kreisten schon hartnäckige Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen an der tschechischen Grenze. Am 20. Mai erhielt Sir Nevile Henderson den Auftrag, in Berlin Erkundigungen über diese Sache einzuziehen. Die deutschen Dementis überzeugten die

Tschechen nicht, so dass sie in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai eine Teilmobilisation ihrer Armee anordneten.

*

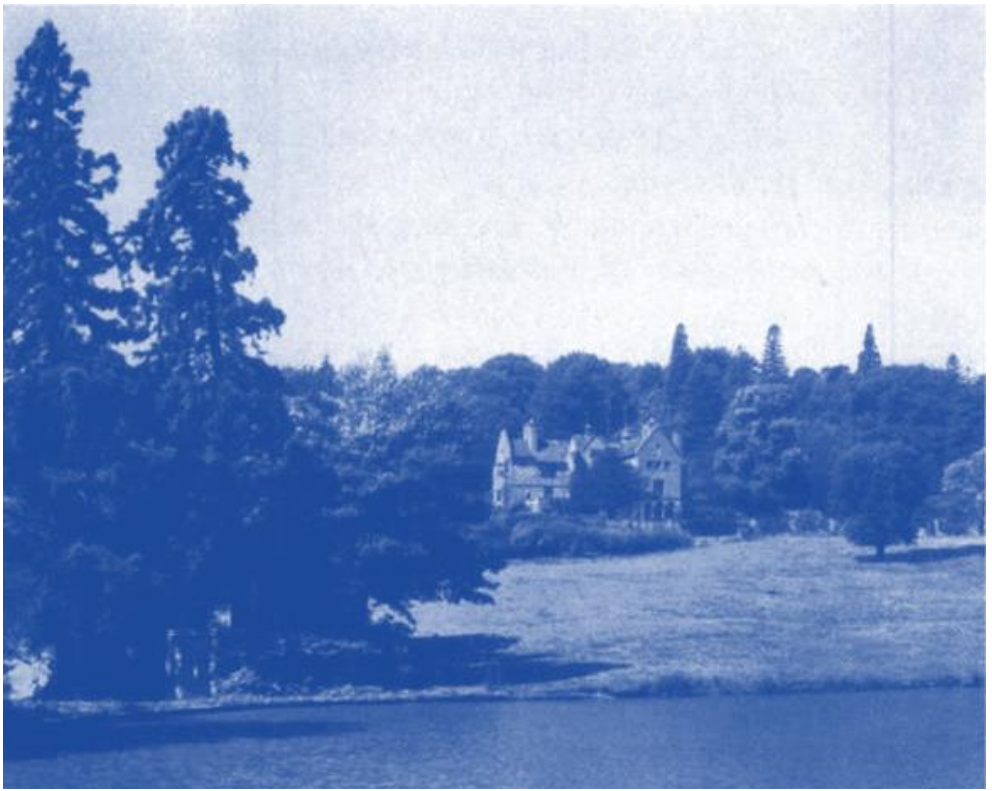
In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich mit den deutschen Absichten zu befassen. Hitler war seit geraumer Zeit überzeugt, dass weder Frankreich noch Grossbritannien für die Tschechoslowakei kämpfen würden. Am 28. Mai berief er eine Zusammenkunft seiner wichtigsten Ratgeber ein und erteilte ihnen Instruktionen für die Vorbereitungen eines Angriffs auf die Tschechoslowakei. Er gab dies später in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 öffentlich bekannt:

Infolge der untragbaren Provokation ... beschloss ich, die sudetendeutsche Frage ein für allemal, und diesmal durchgreifend, zu regeln. Am 28. Mai ordnete ich an, dass erstens Vorbereitungen für eine militärische Aktion gegen diesen Staat für den 2. Oktober getroffen werden sollten, und zweitens den gewaltigen und beschleunigten Ausbau unserer Verteidigungsfront im Westen.

Nicht alle seine militärischen Berater teilten allerdings sein unbedingtes Vertrauen. In Anbetracht der immer noch gewaltigen Übermacht der alliierten Streitkräfte, mit Ausnahme der Luftwaffen, waren die deutschen Generäle nicht zu überzeugen, dass Frankreich und England die Herausforderung des Führers stillschweigend hinnehmen würden. Die tschechische Armee niederzuwerfen und die böhmische Festungslinie zu durchstossen oder zu umgehen, erforderte aber praktisch fünfunddreissig Divisionen. Die deutschen Stabschefs erklärten Hitler, dass die tschechische Armee als schlagkräftig gelten müsse und mit modernsten Waffen und Ausrüstungen versehen sei. Die Befestigungen des Westwalls oder der Siegfriedlinie waren noch bei Weitem nicht fertiggestellt, wenn sie auch schon als Feldbefestigungen bestanden. Im Augenblick eines Angriffs auf die Tschechen waren nur fünf aktive und acht Reservedivisionen verfügbar, um die gesamte deutsche Westgrenze gegen die französi-

sche Armee zu verteidigen, die hundert Divisionen mobilisieren konnte. Die Generäle waren entsetzt darüber, dass derartige Gefahren heraufbeschworen werden sollten, wenn doch nach wenigen Jahren des Wartens das deutsche Heer wieder überlegen sein würde. Obwohl Hitlers politisches Urteil sich durch die Friedensliebe und Schwäche der Alliierten in der Frage der Wehrpflicht, des Rheinlands und Österreichs als richtig erwiesen hatte, konnte das deutsche Oberkommando nicht glauben, dass Hitlers Bluff ein viertes Mal Erfolg haben würde. Es schien so sehr jenseits aller Verstandesgrenzen zu liegen, dass grosse, siegreiche Staaten, die offensichtliche militärische Überlegenheit besaßen, abermals vom Weg der Pflicht und Ehre abweichen würden, der für sie auch der Weg der Vernunft und Vorsicht war. Von all dem abgesehen, galt es auch mit Russland zu rechnen, welches durch das Slawentum mit der Tschechoslowakei verbunden war und dessen Haltung gegenüber Deutschland in diesem Augenblick bedrohlich wurde.

Die Beziehungen Sowjetrusslands zur Tschechoslowakei als Staat und mit Präsident Benesch persönlich beruhten auf enger und dauerhafter Freundschaft. Sie wurzelten in einer gewissen Rassen Verwandtschaft und auch in Vorgängen, die sich vor verhältnismässig kurzer Zeit abgespielt hatten und eine kurze Abschweifung verlangen. Als Präsident Benesch mich im Januar 1944 in Marrakesch besuchte, erzählte er mir Folgendes: Im Jahre 1935 hatte ihm Hitler ein Angebot gemacht, die Integrität der Tschechoslowakei unter allen Umständen zu respektieren, gegen die Garantie, dass sie im Fall eines französisch-deutschen Krieges neutral bleibe. Als Benesch auf seinen Vertrag hinwies, der ihn verpflichtete, in einem solchen Fall an Frankreichs Seite vorzugehen, erwiderte der deutsche Botschafter, dass es nicht nötig sei, den Vertrag zu kündigen. Es würde genügen, ihn zu brechen, indem die Tschechoslowakei, wenn es einmal soweit komme, einfach nicht mobilisieren oder marschieren würde. Die kleine Republik konnte sich keine Entrüstung über ein derartiges Ansinnen leisten. Ihre Furcht vor Deutschland war



Churchills Haus in Chartwell

damals schon sehr gross, und dies umso mehr, als die Frage der Sudenteutschen jederzeit von Deutschland aufgeworfen werden konnte, was eine ausserordentliche Schwierigkeit und zunehmende Gefährdung bedeutete. Die tschechische Regierung liess daher die Angelegenheit ohne Kommentar oder Stellungnahme fallen, und sie tauchte über ein Jahr lang nicht mehr auf. Im Herbst 1936 wurde Präsident Benesch eine Botschaft von hoher militärischer Stelle in Deutschland übermittelt, des Inhalts, dass er gut tun würde, sich zu beeilen, falls er vom Angebot des Führers Gebrauch machen wolle, denn in Russland würden binnen Kurzem Ereignisse stattfinden, wodurch alle Hilfe, die er Deutschland bieten könnte, jede Bedeutung verlieren würde.

Während Benesch diesen beunruhigenden Wink erwog, erfuhr er, dass über die sowjetrussische Gesandtschaft in Prag Nachrichten zwischen hochgestellten Persönlichkeiten in Russland und der deutschen Regierung ausgetauscht wurden. Dies war ein Teil der sogenannten Verschwörung der Militärs und der Kommunisten der alten Garde, die Stalin stürzen und ein neues, auf deutschfreundlicher Politik beruhendes Regime einführen wollten. Präsident Benesch übermittelte unverzüglich, was er feststellen konnte, an Stalin ^x. Darauf folgte die unbarmherzige, aber vielleicht nicht unnötige militärische und politische Säuberungsaktion in Sowjetrussland und die Reihe von Prozessen im Januar 1937, bei denen Wyschinski als Staatsanwalt eine dominierende Rolle spielte.

Obwohl es höchst unwahrscheinlich ist, dass die Kommunisten der alten Garde mit den militärischen Führern gemeinsame Sache machten, oder auch vice versa, waren sie zweifellos von Eifersucht gegen Stalin erfüllt, der sie verdrängt hatte. Es mag daher zweckmässig gewesen sein, sie alle auf einmal loszuwerden, entsprechend dem in einem totalitären Staat üblichen Brauch.

¹ Es liegen allerdings Beweise vor, dass Benesch's Information vorerst der tschechischen Polizei durch die GPU. übermittelt wurde, die den Wunsch hatte, dass Stalin aus befreundeter ausländischer Quelle benachrichtigt werde. Dies verringert jedoch den Dienst nicht, den Benesch Stalin damit leistete, und ist daher irrelevant.

Sinowjew, Bucharin und andere einstige Führer der Revolution, Marschall Tuchatschewski, der die Sowjetunion an der Krönungsfeier König Georgs VI. hätte vertreten sollen, und viele andere hohe Offiziere der Armee wurden erschossen. Im Ganzen wurden nicht weniger als fünftausend Offiziere und Beamte in höherem Rang als dem eines Hauptmanns «liquidiert». Die russische Armee wurde von den deutschfreundlichen Elementen gesäubert und büsste dabei beträchtlich an Leistungsfähigkeit ein. Die Stimmung der Sowjetregierung wandte sich ausgesprochen gegen Deutschland. Stalin hatte das Gefühl einer persönlichen Schuld gegenüber Präsident Benesch, und in der Sowjetregierung regte sich ein starker Wunsch, Benesch und seinem bedrohten Land gegen die Nazigefahr zu helfen. Natürlich erfasste Hitler die Lage durchaus; aber ich könnte nicht sagen, dass die britische und französische Regierung ebenso einsichtig waren. Chamberlain und die britischen und französischen Generalstäbe bewerteten die Säuberung von 1937 hauptsächlich als eine Selbstvernichtung der russischen Armee und erhielten dadurch den Eindruck einer Sowjetunion, die von wilden Hass- und Rachegefühlen zerrissen wurde. Das war vielleicht eine übertriebene Auffassung; denn ein auf Terror beruhendes Regierungssystem kann leicht durch eine grausame und erfolgreiche Machtkundgebung an Kraft gewinnen. Wesentlich an diesem Bericht ist die enge Verbindung, die zwischen Russland und der Tschechoslowakei, und zwischen Stalin und Benesch, zustande kam.

Aber weder die inneren Spannungen in Deutschland noch die Bande zwischen Benesch und Stalin wurden der Aussenwelt bekannt oder von den britischen und französischen Ministern gewürdigt. Die Siegfriedlinie, wenn auch unvollendet, wirkte als furchtbare Abschreckung. Obwohl das deutsche Heer erst seit Kurzem bestand, konnte seine genaue Stärke und Schlagkraft nicht mit Sicherheit eingeschätzt werden und wurde bestimmt übertrieben. Auch drohte die unermessliche Gefahr von Fliegerangriffen auf wehrlose Städte. Vor allem erfüllte der Hass gegen den Krieg die Herzen der demokratischen Staatsmänner.

Trotzdem erneuerte Daladier am 12. Juni das von seinem Vorgänger am 14. März gegebene Versprechen und erklärte: «Frankreichs Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei sind heilig und können nicht umgangen werden.» Diese beachtenswerte Äusserung macht allem Gerede ein Ende, dass der dreizehn Jahre früher geschlossene Vertrag von Locarno in Erwartung eines «Locarno des Ostens» stillschweigend alles, was sich auf den Osten bezog, im unklaren gelassen habe. Es kann für die Geschichtsschreibung kein Zweifel bestehen, dass der 1924 abgeschlossene Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei sowohl juristisch wie tatsächlich volle Gültigkeit besass, und dass dies von den verschiedenen Chefs der französischen Ministerien in allen Wechselfällen des Jahres 1938 bestätigt wurde.

Hitler war aber überzeugt, dass in dieser Sache nur sein eigenes Urteil richtig sei, und am 18. Juni erliess er endgültige Richtlinien für den Angriff auf die Tschechoslowakei, durch die er die Bedenken seiner Generäle zu zerstreuen gedachte.

Hitler an Keitel

Ich werde mich nur dann zum Vorgehen gegen die Tschechoslowakei entschliessen, wenn ich, wie im Fall der entmilitarisierten Zone und beim Anschluss Österreichs, fest überzeugt bin, dass Frankreich nicht marschieren und England infolgedessen nicht intervenieren wird¹.

In der Absicht, Verwirrung zu stiften, schickte Hitler anfangs Juli seinen persönlichen Adjutanten Hauptmann Wiedemann nach London. Dieser Abgesandte wurde am 18. Juli von Lord Halifax empfangen, anscheinend ohne Wissen der deutschen Botschaft. Der Führer, hiess es, sei über unser mangelndes Entgegenkommen auf seine früheren Angebote hin gekränkt. Vielleicht würde die britische Regierung Göring in London zum Zwecke eingehender Besprechungen empfangen. Die Deutschen wären unter gewissen Umständen bereit, das Vorgehen ge-

¹ Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 10.

gen die Tschechoslowakei um ein Jahr zu verschieben. Wenige Tage später brachte Chamberlain diese Möglichkeit mit dem deutschen Botschafter zur Sprache. Um den Boden in Prag vorzubereiten, hatte der britische Premier bereits vorgeschlagen, einen Beobachter zur Förderung eines freundschaftlichen Kompromisses in die Tschechoslowakei zu entsenden. Der Besuch des Königspaares in Paris gab Halifax am 20. Juli Gelegenheit, diesen Vorschlag mit der französischen Regierung zu erörtern, und nach einem kurzen Meinungs austausch kamen beide Regierungen überein, diesen Vermittlungsversuch zu unternehmen.

Am 26. Juli 1938 unterrichtete Chamberlain das Parlament von der Entsendung Lord Runcimans nach Prag, die den Zweck haben sollte, dort eine Lösung auf Grund von Vereinbarungen zwischen der tschechischen Regierung und Henlein zu suchen. Am folgenden Tag veröffentlichten die Tschechen den Entwurf eines Statuts für die nationalen Minderheiten, um eine Verhandlungsbasis zu schaffen. An demselben Tag erklärte Lord Halifax im Parlament: *«Ich glaube nicht, dass die verantwortlichen Staatsmänner in irgendeinem Lande Europas heute einen Krieg wollen.»* Am 3. August traf Lord Runciman in Prag ein; es fanden eine Reihe endloser und schwieriger Diskussionen mit den verschiedenen interessierten Parteien statt. Innerhalb von vierzehn Tagen scheiterten diese Unterhandlungen, und von da an nahmen die Ereignisse rasch ihren Lauf.

Am 27. August berichtete Ribbentrop, der nun Aussenminister war, über einen Besuch, den ihm der italienische Botschafter in Berlin abgestattet hatte, welcher «eine weitere schriftliche Instruktion von Mussolini erhalten hatte, die darum ersuchte, dass Deutschland rechtzeitig das vermutliche Datum der Aktion gegen die Tschechoslowakei mitteile». Mussolini erbat eine solche Benachrichtigung, um «in der Lage zu sein, im richtigen Zeitpunkt die nötigen Massnahmen an der französischen Grenze zu treffen».

*

Die Beunruhigung nahm im August ständig zu. Ich erklärte am 27. vor meinen Wählern:

Es fällt uns schwer, in diesem alten Wald von Theydon Bois, dessen blosser Name uns in die normannischen Zeiten zurückversetzt – hier im Herzen des friedlichen, gesetzestreuen England – uns die wilden Leidenschaften zu vergegenwärtigen, die in Europa überhandnehmen. In diesem sorgenschweren Monat haben Sie zweifellos die Zeitungsberichte verfolgt, die eine Woche lang günstig lauten, in der nächsten schlecht; eine Woche besser, eine Woche schlechter. Aber ich muss Ihnen sagen, dass der ganze Zustand Europas und der Welt sich unentwegt einem Höhepunkt nähert, der nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

Der Krieg ist gewiss nicht unvermeidlich. Aber die Gefährdung des Friedens wird nicht beseitigt sein, bevor die ungeheuren deutschen Armeen, die zu den Fahnen gerufen wurden, wieder aufgelöst sind. Dass ein Land, das selbst von niemandem bedroht wird, das niemanden zu fürchten hat, über fünfzehnhunderttausend Soldaten in Kriegsbereitschaft versetzt, ist ein sehr ernster Schritt... Es scheint mir, und ich muss es Ihnen offen sagen, dass man diese grossen Truppenteile nicht ohne die Absicht mobilisiert hat, innerhalb einer sehr begrenzten Zeitspanne zu einem Schluss zu gelangen ...

Wir sind durchaus mit dem Kurs einverstanden, den unsere Regierung mit der Entsendung Lord Runcimans nach Prag eingeschlagen hat. Wir hoffen – ja, wir beten darum –, dass seine Versöhnungsmission erfolgreich sein möge, und zweifellos hat es den Anschein, als tue die Regierung der Tschechoslowakei ihr Äusserstes, um ihre Angelegenheiten zu ordnen und jeder Forderung entgegenzukommen, die nicht auf ihren Untergang als Staat hinzielt ... Aber weitergehende und rücksichtslosere Absichten können eine Regelung vereiteln, und dann wird ganz Europa und die zivilisierte Welt den Forderungen des nationalsozialistischen Deutschland gegenüberstehen oder vielleicht einem plötzlichen, gewalttätigen Vorgehen von Seiten der deutschen Nazi-Partei, das die Invasion eines Kleinstaates und dessen Unterjochung mit sich brächte. Ein solches Ereignis würde nicht lediglich einen Angriff auf die Tschechoslowakei bedeuten; es würde ein Frevel gegen die Zivilisation und die Freiheit der ganzen Welt sein ...

Was immer geschehen mag, das Ausland soll wissen – und die Regierung tut recht daran, es wissen zu lassen –, dass Grossbritannien und das Britische Reich nicht für unfähig gehalten werden dürfen, ihre Rolle zu

spielen und ihre Pflicht zu erfüllen, so wie sie dies bei anderen grossen Gelegenheiten getan haben, die von der Geschichte noch nicht vergessen worden sind.

In jenen Tagen stand ich in Verbindung mit mehreren Ministern. Meine Beziehungen zu Lord Halifax waren natürlich durch die ernstesten politischen Meinungsverschiedenheiten gekennzeichnet, die zwischen mir und der Regierung Seiner Majestät sowohl hinsichtlich der Landesverteidigung wie der Aussenpolitik bestanden. Im Wesentlichen hatten Eden und ich in unseren Ansichten übereingestimmt. Von mir und seinem Nachfolger konnte ich nicht dasselbe sagen. Trotzdem begegneten wir uns, wann immer sich eine Gelegenheit bot, als alte Freunde und ehemalige Kollegen, und von Zeit zu Zeit schrieb ich ihm. Dann und wann forderte er mich auch auf, ihn zu besuchen.

Churchill an Lord Halifax

31. August 1938

Wenn Benesch das Seinige tut und Runciman es für ein gerechtes Anerbieten hält und es trotzdem abgewiesen wird, scheint es mir zweierlei zu geben, was diese Woche hätte getan werden können, um die Abschreckungsmassnahmen gegen ein gewaltsames Vorgehen Hitlers zu verstärken, und was Sie beides nicht auf die gefürchtete Garantie festlegen würde.

Erstens, wäre es nicht möglich, dass Grossbritannien, Frankreich und Russland eine gemeinsame Note abfassen, in welcher sie Folgendes festhielten: a) ihren Wunsch nach Frieden und freundschaftlichen Beziehungen; b) ihre tiefe Beunruhigung über die militärischen Vorbereitungen Deutschlands; c) ihr gemeinsames Interesse an einer friedlichen Lösung der tschechoslowakischen Kontroverse, und d) dass eine Invasion der Tschechoslowakei durch Deutschland schwerwiegende Folgen für alle drei Mächte zeitigen würde? Der Entwurf dieser Note sollte Roosevelt durch die Botschafter der drei Mächte vorgelegt werden, und wir müssten jede Anstrengung unternehmen, um ihn zu veranlassen, dass er sein möglichstes in ihrem Sinne tut. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, dass er selbst sich dann an Hitler wenden würde, indem er den Ernst der Lage betonte und erklärte, seiner Ansicht nach werde ein Weltkrieg die unvermeidliche Folge einer Invasion der Tschechoslowakei sein, und dass er dringend zu einer freundschaftlichen Regelung rate.

Mir scheint, dass dieses Vorgehen den friedliebenden Elementen in offiziellen deutschen Kreisen die beste Gelegenheit zum Widerstand bieten würde, und dass Hitler für sich selbst einen Ausweg finden könnte, indem er sich mit Roosevelt bespräche. Allerdings lässt sich keine dieser Entwicklungen voraussagen; man empfindet sie nur als Hoffnung. *Der wichtige Punkt ist die gemeinsame Note.*

Der zweite Schritt, der die Lage retten könnte, würde in Flottenbewegungen und in der vollen In-Dienst-Stellung der Reserveflottillen und Kreuzergeschwader bestehen. Ich schlage weder die Einberufung der königlichen Flottenreserve noch die Mobilmachung vor; aber es sind, glaube ich, fünf oder sechs Flottillen vorhanden, die man auf Flottenstärke bringen könnte, und ferner ungefähr zweihundert Fischdampfer, die sich bei der Unterseebootabwehr einsetzen liessen. Diese und andere Vorkehrungen würden in den Kriegshäfen grosse Bewegung verursachen, was als Abschreckungsmittel nur von Nutzen wäre, und gleichzeitig würden sie eine rechtzeitige Vorsichtsmassnahme darstellen, falls es zum Schlimmsten käme.

Ich wage zu hoffen, dass Sie diese Vorschläge eines Mannes, der solche Tage schon einmal erlebt hat, nicht übelnehmen werden. Es ist klar, dass Eile lebenswichtig ist.

*

Am Nachmittag des 2. September erhielt ich eine Nachricht vom sowjetrussischen Botschafter, dass er gerne nach Chartwell kommen würde, um mich sofort in einer dringenden Angelegenheit zu sprechen. Ich stand schon einige Zeit in freundschaftlichen Beziehungen zu Maisky, der auch häufig mit meinem Sohn Randolph zusammenkam. Ich empfing daher den Botschafter, und nach einigen wenigen Präliminarien gab er mir in genauen und wohlwogenen Einzelheiten die nachfolgend wiedergegebene Darstellung. Bevor er noch weit damit gekommen war, erfasste ich, dass er mir, einer Privatperson, eine Erklärung unterbreitete, weil die Sowjetregierung diesen Weg einem direkten Angebot an das Foreign Office vorzog, das unter Umständen auf Ablehnung stossen konnte. Man rechnet offensichtlich damit, dass ich das mir Mitgeteilte an die Regierung weiterleiten würde. Der Botschafter sprach dies nicht aus, aber es ging aus der Tatsache hervor, dass ich nicht

um Geheimhaltung ersucht wurde. Da ich die Angelegenheit sofort als äusserst wichtig empfand, war ich darauf bedacht, bei Halifax und Chamberlain kein Vorurteil zu wecken, indem ich weder in irgendeiner Weise dazu Stellung nahm noch mich einer Ausdrucksweise bediente, die eine Kontroverse zwischen uns hätte hervorrufen können.

Churchill an Lord Halifax

September 1938

Aus unbedingt zuverlässiger Quelle habe ich auf privatem Weg folgende Information erhalten und erachte es als meine Pflicht, sie Ihnen zu übermitteln, obwohl ich nicht darum ersucht wurde.

Gestern, am 2. September, sprach der französische Geschäftsträger in Moskau (da der Botschafter in Urlaub ist) bei Litwinow vor und fragte ihn im Namen der französischen Regierung, welche Hilfe Russland der Tschechoslowakei bei einem deutschen Angriff leisten würde, unter besonderer Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die durch die Neutralität Polens oder Rumäniens entstehen könnten. Litwinow stellte die Gegenfrage, was die Franzosen selbst unternehmen würden, und wies darauf hin, dass für die Franzosen eine direkte Verpflichtung bestehe, während die russische Verpflichtung vom Verhalten Frankreichs abhängе. Der französische Geschäftsträger beantwortete diese Frage nicht. Trotzdem erklärte ihm Litwinow zunächst, dass die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entschlossen sei, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Er gab die Schwierigkeiten zu, die durch die Haltung Polens und Rumäniens entstünden, äusserte aber die Ansicht, dass sie sich im Fall Rumäniens überwinden lassen würden.

Die Politik der rumänischen Regierung sei in den letzten Monaten ausgesprochen russlandfreundlich gewesen, und die Beziehungen hätten sich wesentlich verbessert. Litwinow hielt es für den besten Weg, die Bedenken Rumäniens durch die Vermittlung des Völkerbunds zu überwinden. Wenn zum Beispiel der Völkerbund entschiede, dass die Tschechoslowakei das Opfer eines Angriffs und Deutschland der Angreifer sei, würde dies vermutlich die Haltung Rumäniens dahin bestimmen, russischen Truppen und Luftstreitkräften den Durchgang durch sein Hohheitsgebiet zu gestatten.

Der französische Geschäftsträger erwähnte den Punkt, dass der Beschluss des Völkerbundsrats vielleicht nicht einstimmig sein werde, und erhielt die Antwort, dass Litwinow einen Mehrheitsentscheid als genügend betrachten würde, und dass Rumänien sich vermutlich der Mehrheit

im Völkerbundsrat fügen würde. Litwinow riet daher, dass der Völkerbundsrat gemäss Artikel 11 angerufen werden sollte, mit der Begründung, dass eine Kriegsgefahr bestehe und dass die Völkerbundsmächte sich beraten müssten. Er war der Ansicht, dass es vorteilhaft wäre, dies möglichst rasch zu tun, da die Zeit sehr kurz bemessen sein könnte. Als nächstes erklärte er dem französischen Geschäftsträger, dass unverzüglich Generalstabsbesprechungen zwischen Russland, Frankreich und der Tschechoslowakei über die Mittel und Massnahmen zur Hilfeleistung stattfinden sollten. Die Sowjetunion sei bereit, sich sofort an solchen Generalstabsbesprechungen zu beteiligen.

Viertens kam er auf sein Interview vom 17. März zurück, wovon Sie zweifellos im Foreign Office eine Abschrift besitzen, in dem er für die Beratung zwischen den friedliebenden Mächten über die beste Methode der Friedenssicherung eintrat, vielleicht im Hinblick auf eine gemeinsame Erklärung der drei beteiligten Grossmächte Frankreich, Russland und Grossbritannien. Er glaubte, die Vereinigten Staaten würden einer derartigen Erklärung ihre moralische Unterstützung gewähren. Alle diese Äusserungen wurden im Namen der russischen Regierung getan, als Ausdruck dessen, was sie für den besten Weg hält, um den Krieg zu verhindern.

Ich wies daraufhin, dass die heutigen Nachrichten auf eine friedlichere Einstellung Hitlers hinzuweisen schienen, und dass ich es für unwahrscheinlich hielt, dass die britische Regierung irgendwelche weiteren Schritte in Betracht ziehen würde, bevor nicht die Verhandlungen zwischen Henlein und Benesch von neuem scheiterten, und dies in einer Weise, dass die Schuld keinesfalls der Regierung der Tschechoslowakei zugeschrieben werden könnte. Wir hätten keinen Wunsch, Hitler zu reizen, falls seine Einstellung sich wirklich einer friedlichen Lösung zuwende.

Dies alles mag Sie natürlich schon auf anderen Wegen erreicht haben, aber ich hielt die Erklärungen Litwinows für so bedeutend, dass ich Ihre Benachrichtigung nicht dem Zufall überlassen durfte.

Sobald ich diesen Bericht diktiert hatte, schickte ich ihn Lord Halifax, der mir am 5. September zurückhaltend antwortete, er halte ein Vorgehen wie das auf Grund von Artikel 11 vorgeschlagene gegenwärtig nicht für angebracht, aber er werde die Angelegenheit im Auge behalten. «Für den Augenblick glaube ich, so wie Sie es andeuteten, dass die Beurteilung der Lage von dem Bericht abhängt, mit dem Henlein von Berchtesgaden zurückkam.»

Er fügte hinzu, dass die Lage weiterhin höchst bedenklich bleibe.

*

In ihrem Leitartikel vom 7. September stellte die *Times* fest:

Wenn die Sudetendeutschen jetzt mehr verlangen, als die tschechische Regierung in ihren jüngsten Vorschlägen zu geben bereit ist, so kann nur angenommen werden, dass die Deutschen sich ein weiteres Ziel gesteckt haben als das der blossen Beseitigung von Unzuträglichkeiten für diejenigen, die sich innerhalb der Tschechoslowakischen Republik nicht wohl fühlen. In diesem Fall könnte es für die tschechoslowakische Regierung vielleicht lohnend sein, zu überprüfen, ob sie den Plan, der in manchen Kreisen Beifall gefunden hat, ganz und gar beiseiteschieben sollte – den Plan nämlich, aus der Tschechoslowakei einen homogeneren Staat zu machen, indem man den Randstreifen fremder Bevölkerungsgruppen abtritt, die mit der angrenzenden Nation sprachlich verbunden sind.

Das bedeutete selbstverständlich die Aufgabe der gesamten böhmischen Festungslinie. Obwohl die britische Regierung sofort erklärte, dass dieser Artikel der *Times* nicht ihre Ansichten wiedergebe, war die öffentliche Meinung im Ausland und besonders in Frankreich keineswegs beruhigt. Im Laufe desselben Tages – am 7. September –, sprach der französische Botschafter im Namen seiner Regierung bei Lord Halifax vor und ersuchte um eine Klarstellung der britischen Position im Fall eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei.

Bonnet, der damalige französische Aussenminister, erklärt, dass er am 10. September 1938 folgende Frage an unseren Botschafter in Paris, Sir Eric Phipps, richtete: «Morgen schon kann Hitler die Tschechoslowakei angreifen. Wenn er das tut, mobilisiert Frankreich augenblicklich. Es wird sich mit der Frage an Sie wenden: ‚Wir marschieren: marschieren Sie mit uns?‘ Was wird Grossbritanniens Antwort sein?»

Die vom Kabinett gebilligte Antwort, die Lord Halifax durch Sir Eric Phipps am 12. übermitteln liess, lautete folgendermassen:

Ich anerkenne natürlich, wie wichtig es für die französische Regierung wäre, auf eine solche Frage eine eindeutige Antwort zu erhalten. Aber, wie Sie Herrn Bonnet schon auseinandergesetzt haben, lässt sich die Frage als solche, obschon in der Form eindeutig, nicht von den Umständen trennen, unter denen sie gestellt werden könnte, und die im gegenwärtigen Stadium vollkommen hypothetisch sind.

Überdies ist es für die Regierung Seiner Majestät nicht möglich, in dieser Angelegenheit nur ihre eigene Stellung zu berücksichtigen, insofern sie durch einen Beschluss, den sie fasst, oder einen Schritt, den sie unternimmt, die Dominien effektiv verpflichten würde. Die Regierungen der Dominien wären ganz bestimmt nicht geneigt, ihre Stellungnahme im Voraus irgendwie festlegen zu lassen, ehe die konkreten Umstände eingetreten sind, die sie selber zu beurteilen wünschten.

Soweit ich demnach in der Lage bin, auf Herrn Bonnets Frage im gegenwärtigen Stadium eine Antwort zu erteilen, so müsste es die sein, dass die Regierung Seiner Majestät zwar niemals eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs zulassen würde, jedoch genaue Angaben über Art und Zeitpunkt ihrer künftigen, unter gegenwärtig nicht vorhersehbaren Umständen zu treffenden Massnahmen nicht machen kann¹.

Auf die Erklärung, dass «die Regierung Seiner Majestät niemals eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs zulassen würde», fragten die Franzosen, welche Hilfe sie erwarten könnten, falls es dazu käme. Nach Bonnet lautete die Antwort Londons auf zwei Divisionen, nicht motorisiert, und hundertfünfzig Flugzeuge für die ersten sechs Kriegsmonate. Falls Bonnet nach einer Ausrede suchte, um die Tschechen ihrem Schicksal zu überlassen, muss zugegeben werden, dass seinen Bemühungen einiger Erfolg zuteil wurde.

Am 12. September führte auch Hitler am Parteitag in Nürnberg einen heftigen Angriff gegen die Tschechen, die als Antwort am nächsten Tag in einigen Distrikten der Republik den Kriegszustand erklärten. Am 14. September wurden die Verhandlungen mit Henlein endgültig abgebrochen, und am 15. floh der Sudetenführer nach Deutschland.

Der Höhepunkt der Krise war nun erreicht.

¹ Georges Bonnet, *De Washington au Quai d'Orsay*, S. 360f.

DIE TRAGÖDIE VON MÜNCHEN

Chamberlains Machtstellung – Er geht nach Berchtesgaden – Begegnung mit Hitler – Ende der Mission Runciman – Britisch-französischer Druck auf die Tschechoslowakei – Beneschs Unterwerfung – General Faucher vernichtet auf die französische Staatsangehörigkeit – Meine Stellungnahme vom 21. September – Litwinows bedeutende Erklärung an der Völkerbundstagung – Unkenntnis der Macht Sowjetrusslands – Die Aasgeier kreisen um den verurteilten Staat – Chamberlain und Hitler in Godesberg-Hitlers Ultimatum – Ablehnung durch das britische und französische Kabinett – Sir Horace Wilsons Berliner Mission – Mein Besuch in der DowningStreet am 26. September – Lord Halifax' Communiqué – Mobilisation der britischen Flotte – Hinter der deutschen Front – Entlassung General Becks – Hitlers Kampf mit seinem Generalstab – General Halders Verschwörung – Angebliche Gründe ihres Scheiterns, 14. September – Memorandum des deutschen Generalstabs an Hitler, 26. September – Admiral Raeders Vorstellungen – Hitler schwankt – Chamberlains Radiorede am 27. September – Sein drittes Anerbieten zu einem Besuch bei Hitler – Sein Appell an Mussolini – Drama im Unterhaus am 28. September – Konferenz in München – Ein Fettes Papier – Chamberlains triumphierende Rückkehr – «Ehrenvoller Friede!» – Generalfeldmarschall Keitels Aussage in Nürnberg – Hitlers Beurteilung der Lage wird abermals gerechtfertigt – Einige allgemeine Grundsätze über Gesinnung und Handeln – Ein verhängnisvoller Kurs für Frankreich und England

CHAMBERLAIN hatte jetzt die britische Aussenpolitik völlig in der Hand, und Sir Horace Wilson war sein nächster Vertrauter und Vertreter. Lord Halifax folgte trotz den zunehmenden Zweifeln, die aus

der Atmosphäre seines Departements erwachsen, der Linie seines Vorgesetzten. Das Kabinett war tief beunruhigt aber fügsam. Die Regierungsmehrheit im Unterhaus wurde von den Einpeitschern geschickt gehandhabt. Ein einziger Mann leitete unsere Angelegenheiten. Er scheute weder vor der Verantwortung zurück, die er auf sich nahm, noch vor der dadurch entstehenden persönlichen Belastung.

In der Nacht vom 13. auf den 14. September setzte sich Daladier mit Chamberlain in Verbindung. Die französische Regierung war der Ansicht, dass eine gemeinsame persönliche Fühlungnahme der französischen und britischen Staatsmänner mit Hitler von Nutzen sein könnte. Chamberlain hatte sich allerdings nur mit sich selbst beraten. Auf eigene Initiative schlug er Hitler in einem Telegramm seinen Besuch vor. Am folgenden Tag unterrichtete er das Kabinett über seinen Schritt und empfing nachmittags Hitlers Antwort, die ihn nach Berchtesgaden einlud. Der britische Premier flog daher am Morgen des 15. September auf den Münchner Flugplatz. Der Zeitpunkt war nicht in jeder Hinsicht günstig gewählt. Als die Nachricht in Prag eintraf, vermochten die tschechoslowakischen Führer sie kaum für wahr zu halten. Sie waren höchst erstaunt darüber, dass der britische Premier in dem Augenblick einen persönlichen Besuch bei Hitler abstattete, in dem sie zum erstenmal die Situation im Sudetenland beherrschten. Sie empfanden dies als eine Schwächung ihrer Stellung gegenüber Deutschland. Hitlers provozierende Rede vom 12. September und der darauffolgende, von Deutschland veranlasste Aufstand der Anhänger Henleins hatte an Ort und Stelle keine Unterstützung gefunden. Henlein war nach Deutschland geflohen, und die ihrer Führerschaft beraubte sudetendeutsche Partei war offensichtlich einem gewaltsamen Vorgehen abgeneigt. Die tschechische Regierung hatte im sogenannten «Vierten Plan» den sudetendeutschen Führern offiziell regionale Autonomie in der Verwaltung angeboten, welche nicht nur über die im April in Karlsbad gestellten Forderungen Henleins hinausging, sondern auch völlig den Ansichten Chamberlains entsprach, die er in sei-

ner Rede vom 24. März ausgesprochen hatte, und ebenso den Äusserungen Sir John Simons in seiner Rede vom 27. August. Aber selbst Lord Runciman war sich darüber klar, dass ein zufriedenstellendes Abkommen zwischen den Sudetenführern und der tschechischen Regierung das letzte war, worauf die Deutschen hinzielten. Chamberlains Reise gab ihnen Gelegenheit, ihre Forderungen zu verschärfen, und auf die Instruktion von Berlin hin verlangten die Extremisten der Sudetenpartei nun offen die Angliederung an das Deutsche Reich.

*

Das Flugzeug des Premierministers traf am Nachmittag des 15. September auf dem Münchner Flugplatz ein; mit der Bahn fuhr er nach Berchtesgaden weiter. Inzwischen verbreiteten sämtliche deutschen Rundfunksender eine Proklamation Henleins, worin er den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich forderte. Diese Nachrichten waren das erste, womit Chamberlain bei seiner Landung empfangen wurde. Zweifellos bestand der Plan, ihn vor seiner Zusammenkunft mit Hitler darüber zu unterrichten. Weder die deutsche Regierung noch Henlein hatten bisher jemals die Frage der Annexion aufgeworfen; erst vor wenigen Tagen hatte das Foreign Office bekanntgegeben, dass eine Annexionspolitik von der britischen Regierung nicht gebilligt würde.

Keith Feiling hat die noch vorhandenen Berichte über die Gespräche zwischen Chamberlain und Hitler bereits veröffentlicht. Der springende Punkt, den wir seiner Darstellung entnehmen können, ist Folgender:

Trotz der Härte und Grausamkeit, die ich in seinem Gesicht zu sehen glaubte, empfing ich den Eindruck, *dass er ein Mann war, auf dessen einmal gegebenes Wort man sich verlassen konnte*¹.

¹ Feiling, S. 367.

Wie wir wissen, hatte Hitler tatsächlich seit Monaten die Invasion der Tschechoslowakei beschlossen und vorbereitet; man wartete nur auf das letzte Zeichen. Als der Premierminister am Samstag, den 17. September, in London eintraf, berief er das Kabinett ein. Lord Runciman war inzwischen zurückgekehrt, und man sah seinem Bericht mit Spannung entgegen. Er war während der ganzen Zeit bei schlechter Gesundheit gewesen, und die grossen Anstrengungen, denen er sich bei seiner Mission hatte aussetzen müssen, hatten seine Fähigkeiten auf ein höchst bescheidenes Mass reduziert. Er empfahl nun «eine Politik der sofortigen und durchgreifenden Handlungsweise», nämlich: «die Übergabe vorwiegend deutscher Gebiete an Deutschland». Diese Äusserungen hatten wenigstens den Vorzug der Einfachheit.

Sowohl der Premier wie Lord Runciman waren überzeugt, dass nur die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland Hitler davon abbringen würde, die Invasion der Tschechoslowakei anzuordnen. Chamberlain hatte es bei seiner Zusammenkunft mit Hitler starken Eindruck gemacht, dass dieser sich «in kampflustiger Stimmung» befand. Sein Kabinett war auch der Ansicht, dass die Franzosen keinen Kampfgeist besässen. Es konnte daher nicht in Frage kommen, Hitlers Forderungen an den tschechischen Staat Widerstand zu leisten. Einige Minister fanden Trost in Phrasen wie «Selbstbestimmungsrecht» und «Anspruch einer nationalen Minderheit auf gerechte Behandlung»; es machte sich sogar eine Stimmung bemerkbar, «den kleinen Mann gegen den tschechischen Bedrucker zu unterstützen».

Es war nun nötig, bei diesem Zurückweichen mit der französischen Regierung Schritt zu halten. Am 18. September fuhren Daladier und Bonnet nach London. Chamberlain hatte sich schon grundsätzlich bereit erklärt, Hitlers Forderungen anzuerkennen, so wie sie ihm in Berchtesgaden dargelegt worden waren. Es blieb nur noch die Formulierung der Vorschläge zu bestimmen, die der tschechischen Regierung durch den britischen und den französischen Gesandten in Prag unterbreitet werden sollten. Die französischen Minister brachten eine Anzahl Vor-

schlags entwürfe mit, die zweifellos geschickter ausgedacht waren. Sie sprachen gegen ein Plebiszit, weil, wie sie dazu bemerkten, daraufhin Forderungen nach weiteren Volksabstimmungen in den slowakischen und ruthenischen Gebieten gestellt werden könnten. Sie begünstigten eine direkte Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland. Immerhin fügten sie hinzu, dass die britische Regierung gemeinsam mit Frankreich *und mit Russland*, das man noch nicht zu Rate gezogen hatte, die neuen Grenzen der verstümmelten Tschechoslowakei garantieren sollte.

Viele unter uns, sogar ausserhalb der Kabinettskreise, hatten das Gefühl, dass Bonnet die Quintessenz des Defaitismus verkörperte und dass seine sämtlichen klugen Wortmanöver den «Frieden um jeden Preis» anstrebten. In seinem nach dem Krieg verfassten Buch bemüht er sich selbstverständlich, die ganze Last auf Chamberlain und Halifax abzuwälzen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, was er selbst im Sinne hatte. Er wollte auf jede Weise vermeiden, dass die feierlichen, eingehenden und erst vor Kurzem erneuerten Verpflichtungen Frankreichs, zur Verteidigung der Tschechoslowakei in den Krieg zu ziehen, erfüllt werden müssten. Das britische und das französische Kabinett glichen damals zwei überreifen Melonen, die man gegeneinander drückt; aber was die Stunde verlangte, war auf blitzender Stahl. In einer Hinsicht stimmten alle überein: es sollte keine Beratung mit den Tschechen stattfinden. Man wollte sie kurzweg vor den Entscheid ihrer Beschützer stellen. Die verlassenen Kindlein im Walde erfuhren keine schlimmere Behandlung.

Als sie den Tschechen ihren Entschluss oder ihr Ultimatum übermittelten, erklärten England und Frankreich: «Sowohl die französische wie die britische Regierung sind sich bewusst, wie gross das von der Tschechoslowakei verlangte Opfer ist. Beide Regierungen halten es für ihre Pflicht, gemeinsam und offen die für die Sicherheit wesentlichen Bedingungen darzulegen ... Der Premierminister muss sich nicht später als Mittwoch, oder wenn möglich früher, wieder mit Hitler in Verbindung setzen. Wir sehen uns daher genötigt, um möglichst baldige Antwort zu

bitten.» Der tschechischen Regierung wurden daher am Nachmittag des 19. September Vorschläge unterbreitet, welche die sofortige Abtretung aller Gebiete vorsahen, die zu mehr als fünfzig Prozent von Deutschen bevölkert waren.

Für Grossbritannien bestand letzten Endes weder eine vertragliche Verpflichtung, die Tschechoslowakei zu verteidigen, noch war es in irgendeiner indirekten Weise verpflichtet. Frankreich jedoch hatte sich definitiv durch einen Vertrag gebunden, Deutschland den Krieg zu erklären, falls es die Tschechoslowakei angriff. Seit zwanzig Jahren war Präsident Benesch der treue Verbündete und beinahe der Vasall Frankreichs gewesen, indem er beständig die Politik und die Interessen Frankreichs beim Völkerbund und überall sonst unterstützte. Wenn es jemals einen Fall feierlicher Verpflichtung gab, dann war es jetzt und hier. Noch standen die Erklärungen Blums und Daladiers lebhaft und deutlich in jedermanns Erinnerung. Es war ein unheilvolles Omen, als eine französische Regierung das von Frankreich gegebene Wort nicht hielt. Ich war immer der Ansicht, dass Beneschs Nachgeben ein Fehlgriff war. Er hätte seine Befestigungslinie verteidigen müssen. Hätte der Kampf einmal begonnen, so wäre Frankreich, meiner damaligen Meinung nach, in einer Welle nationaler Leidenschaft zu Hilfe geeilt, und England hätte sich fast augenblicklich Frankreich angeschlossen. Auf dem Höhepunkt dieser Krise (am 20. September) fuhr ich auf zwei Tage nach Paris, um meine Bekannten in der französischen Regierung, Reynaud und Mandel, zu besuchen. Beide Minister waren äusserst niedergeschlagen und standen im Begriff, ihren Rücktritt aus dem Kabinett Daladier zu erklären. Ich war dagegen, da ihre Demission den Lauf der Ereignisse nicht ändern konnte und die französische Regierung durch den Verlust ihrer zwei fähigsten und entschlossensten Männer nur geschwächt worden wäre. Ich versuchte sogar in diesem Sinn auf sie einzuwirken. Nach diesem schmerzlichen Besuch kehrte ich nach London zurück.

In der Nacht vom 20. auf den 21. September sprachen um zwei Uhr morgens der britische und der französische Gesandte in Prag bei Präsident Benesch vor, um ihn im Wesentlichen davon zu unterrichten, dass keine Hoffnung auf einen Schiedsentscheid auf Grund des deutsch-tschechischen Vertrags von 1925 bestehe, und ihm die Annahme der britisch-französischen Vorschläge dringend nahezu legen, «bevor eine Lage geschaffen würde, für welche Frankreich und England keine Verantwortung übernehmen könnten». Die französische Regierung empfand diese Mitteilung wenigstens als beschämend genug, um ihren Gesandten zu beauftragen, sie nur mündlich abzugeben. Unter diesem Druck fügte sich die tschechische Regierung am 21. September den britisch-französischen Vorschlägen. In Prag befand sich damals ein General der französischen Armee namens Faucher. Er war seit 1919 Mitglied der französischen Militärmission in Prag und seit 1926 ihr Leiter. Er ersuchte nun die französische Regierung um seine Entlassung und stellte sich der tschechoslowakischen Armee zur Verfügung. Ausserdem nahm er die tschechische Staatsangehörigkeit an.

Zur Verteidigung Frankreichs wurde Folgendes geltend gemacht, worüber nicht ohne Weiteres hinweggegangen werden kann. Wenn die Tschechoslowakei ihre Einwilligung verweigert hätte und dadurch Krieg entstanden wäre, würde Frankreich seine Verpflichtungen erfüllt haben; wenn aber die Tschechen die Unterwerfung wählten, ganz gleich unter welchem Druck, war die französische Ehre gerettet. Wir müssen der Geschichte das Urteil überlassen.

*

An demselben Tag, am 21. September, veröffentlichte ich in der Londoner Presse folgende Feststellung zur Krise:

Die Zerstückelung der Tschechoslowakei unter dem von England und Frankreich ausgeübten Druck bedeutet die vollständige Kapitulation der Demokratien des Westens vor den nazistischen Gewaltdrohungen. Ein derartiger Zusammenbruch wird weder England noch Frankreich Frieden

oder Sicherheit bringen. Diese beiden Nationen werden dadurch vielmehr in eine immer schwächere und gefährlichere Lage geraten. Allein schon durch die Neutralisierung der Tschechoslowakei werden 25 deutsche Divisionen zur Bedrohung der Westfront frei; ausserdem öffnet sie den triumphierenden Nazi den Weg zum Schwarzen Meer. Nicht nur die Tschechoslowakei steht in Gefahr, sondern auch die Freiheit und die Demokratie aller Völker. Die Ansicht, dass Sicherheit gewonnen werden könne, indem man den Wölfen einen Kleinstaat in den Rachen wirft, ist ein verhängnisvoller Irrtum. Das Kriegspotential Deutschlands wird binnen Kurzem rascher anwachsen, als es für Frankreich und Grossbritannien möglich sein wird, die zu ihrer Verteidigung nötigen Massnahmen zu vollziehen.

*

An der Völkerbundstagung vom 21. September gab Litwinow eine offizielle warnende Erklärung ab:

... gegenwärtig erfährt die Tschechoslowakei die Einmischung in ihre internen Angelegenheiten durch einen Nachbarstaat und wird öffentlich und heftig mit Angriff bedroht. Eines der ältesten, kultiviertesten, arbeitssamsten Völker Europas, das nach Jahrhunderten der Unterdrückung seine Unabhängigkeit erwarb, kann sich heute oder morgen entschliessen müssen, zur Verteidigung dieser Unabhängigkeit zu den Waffen zu greifen ...

Ein Ereignis wie das Verschwinden Österreichs spielte sich ab, ohne vor dem Völkerbund Beachtung zu finden. Die Sowjetregierung erkannte unmittelbar nach dem Anschluss die Bedeutung dieses Geschehens für das Schicksal von ganz Europa, und vor allem für die Tschechoslowakei, und unterbreitete den andern europäischen Grossmächten einen offiziellen Vorschlag für eine sofortige kollektive Beratung über die möglichen Folgen dieses Geschehens, damit vorbeugende Kollektivmassnahmen getroffen würden. Dieser Vorschlag, der uns, wenn er ausgeführt worden wäre, vor der Sorge hätte bewahren können, welche die ganze Welt nun hinsichtlich des Schicksals der Tschechoslowakei empfindet, fand zu unserm Bedauern nicht die verdiente Beachtung ... Als sich die französische Regierung wenige Tage vor meiner Abreise nach Genf zum erstenmal erkundigte, welche Haltung wir im Falle eines Angriffs auf die Tschechoslowakei einnehmen würden, gab ich im Namen der Sowjetregierung folgende absolut klare und eindeutige Antwort:

«Wir beabsichtigen, unsere vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und der Tschechoslowakei gemeinsam mit Frankreich auf den uns offenstehenden Wegen Hilfe zu leisten. Unser Kriegsministerium ist zur sofortigen Teilnahme an einer Besprechung zwischen Vertretern der französischen und tschechoslowakischen Kriegsministerien bereit, um die für den Augenblick geeigneten Massnahmen zu erörtern...» Vor zwei Tagen erst richtete die tschechoslowakische Regierung eine Anfrage an die Sowjetregierung, ob die Sowjetunion gemäss dem russisch-tschechischen Pakt bereit sei, der Tschechoslowakei sofort und wirksame Hilfe zu leisten, falls Frankreich in Erfüllung seiner Verpflichtungen dieselbe Hilfe leiste, worauf meine Regierung mit einer klaren Zusage antwortete.

Es ist in der Tat erstaunlich, dass diese öffentliche und unbedingte Erklärung einer der grössten an der Frage beteiligten Mächte keine Rolle in Chamberlains Verhandlungen oder in Frankreichs Behandlung der Krise spielte. Es wurde angedeutet, dass es für Russland geographisch unmöglich gewesen wäre, Truppen in die Tschechoslowakei zu schicken, und dass die russische Hilfe sich im Kriegsfall auf bescheidene Unterstützung durch Flieger hätte beschränken müssen. Selbstverständlich war die Zustimmung Rumäniens und in geringerem Mass auch Ungarns zum Durchmarsch russischer Truppen durch ihr Gebiet erforderlich. Wie Maisky mir erklärte, hätte diese Zustimmung wenigstens von Rumänien durch den Druck und die Garantie einer unter der Ägide des Völkerbundes handelnden Grossallianz ohne Weiteres erreicht werden können. Es führten zwei Bahnlinien durch die Karpathen von Russland in die Tschechoslowakei, die nördliche von Czernowitz durch die Bukowina, die südliche über Debrecen durch Ungarn. Diese beiden Bahnlinien allein, die Bukarest und Budapest in beträchtlicher Entfernung umgehen, hätten leicht dreissig russische Divisionen versorgen können. Als Gegenschlag zur Erhaltung des Friedens hätten diese Möglichkeiten ein beträchtliches Abschreckungsmittel für Hitler bedeutet und hätten fast mit Gewissheit zu einer viel weitergehenden Entwicklung im Kriegsfall geführt. Es wurde auch die Doppelzüngigkeit und «Unzuver-

lässigkeit» Sowjetrusslands betont. Tatsächlich wurde aber das Angebot Sowjetrusslands übergangen. Man warf die Macht der Sowjets nicht in die Waagschale gegen Hitler und behandelte die Russen mit einer Gleichgültigkeit – um nicht zu sagen Verachtung – die in Stalins Gesinnung ihre Spuren zurückliess. Die Ereignisse nahmen ihren Lauf, als ob Sowjetrussland nicht existierte. Dafür mussten wir später teuer bezahlen.

*

Mussolini sagte in einer Rede in Treviso am 21. September – nicht ohne einen wahren Kern «Wenn sich die Tschechoslowakei heute in einer sogenannten ‚heiklen Lage‘ befindet, so deshalb, weil sie nicht einfach die Tschechoslowakei war – man kann schon von ‚war‘ sprechen, und ich werde Ihnen gleich erklären, weshalb –, sondern eine ‚Tschecho-Germano - Polono - Magyaro - Rutheno - Rumano - Slowakei‘, und ich möchte betonen, dass es jetzt, da dieses Problem aufgeworfen wurde, wichtig ist, es auf umfassende Weise zu lösen¹.»

Unter dem Eindruck der Erniedrigung durch die britisch-französischen Vorschläge trat die tschechische Regierung zurück, und es wurde unter General Sirowy, dem Befehlshaber der tschechoslowakischen Legionen in Sibirien während des Weltkriegs, ein überparteiliches Ministerium gebildet. Am 22. September richtete Präsident Benesch am Radio einen würdevollen Aufruf zur Ruhe an das tschechische Volk. Während Benesch seine Ansprache vorbereitete, war Chamberlain zu seiner zweiten Zusammenkunft mit Hitler geflogen, welche diesmal in Bad Godesberg im Rheinland stattfand. Der britische Premier hatte als Basis für die entscheidende Besprechung mit dem Führer die ausgearbeiteten britisch-französischen Vorschläge bei sich, die von der tschechischen Regierung angenommen worden waren. Die beiden Männer trafen sich in dem Hotel in Godesberg, das Hitler vor vier Jahren in Eile verlassen hatte, um sich zur Röhmsäuberung zu begeben. Vom ersten Augen-

¹ Zitiert in Ripka, *Munich and After*, S. 117.

blick an bemerkte Chamberlain, dass er, wie er sich ausdrückte, einer «gänzlich unerwarteten Lage» gegenüberstand. Er beschrieb die Szene bei seiner Rückkehr im Unterhaus:

In Berchtesgaden hatte man mir erklärt, dass Hitler, falls das Prinzip der Selbstbestimmung angenommen werde, mit mir die Art und Weise der Ausführung besprechen würde. Später sagte er mir, er habe nie einen Augenblick damit gerechnet, dass es mir möglich sein würde, mit der Nachricht wiederzukommen, dass dieses Prinzip angenommen sei. Ich möchte nicht, dass das Haus denkt, er habe mich absichtlich getäuscht – das denke ich keinen Augenblick – aber was mich betrifft, so erwartete ich, dass ich bei meinem Eintreffen in Godesberg die mitgebrachten Vorschläge nur in Ruhe mit ihm zu besprechen brauchte; und es war ein schwerer Schlag für mich, als ich zu Beginn des Gesprächs erfuhr, dass diese Vorschläge unannehmbar seien und durch andere Vorschläge, die ich keineswegs in Betracht gezogen hatte, ersetzt werden müssten.

Ich sah, dass ich etwas Zeit brauchte um zu überlegen, was ich tun sollte. Ich zog mich daher zurück, voll böser Ahnungen über den Erfolg meiner Mission. Immerhin erreichte ich von Hitler vorher eine Erweiterung seiner früheren Zusicherung, dass er seine Truppen nicht in Bewegung setzen würde, solange das Ergebnis der Verhandlungen noch in der Schwebe sei. Meinerseits appellierte ich an die tschechische Regierung, um alle Schritte zu verhindern, durch welche Zwischenfälle hervorgerufen werden konnten.

Die Diskussionen wurden bis zum nächsten Tag abgebrochen. Den ganzen Morgen des 23. September hindurch ging Chamberlain auf dem Balkon seines Hotels auf und ab. Nach dem Frühstück sandte er Hitler eine schriftliche Botschaft; darin teilte er ihm mit, dass er bereit sei, der tschechischen Regierung die neuen deutschen Vorschläge zu übermitteln, wies jedoch auf ernste Schwierigkeiten hin. Hitlers Erwiderung am Nachmittag verriet kaum ein Zeichen von Nachgiebigkeit, und Chamberlain verlangte daher, dass ihm am Abend bei der abschliessenden Zusammenkunft ein formelles Memorandum nebst Landkarten ausgehändigt werde. Die Tschechen mobilisierten nun, und sowohl die britische wie die französische Regierung teilten ihren Vertretern in Prag offiziell

mit, dass sie nicht mehr die Verantwortung übernehmen könnten, davon abzuraten. Um halb elf Uhr an diesem Abend trafen Chamberlain und Hitler sich abermals. Chamberlains eigene Worte beschreiben diese Zusammenkunft am besten:

Das Memorandum und die Landkarten wurden mir bei meiner letzten Unterredung mit dem Reichskanzler überreicht, die an jenem Abend um halb elf begann und bis in die frühen Morgenstunden dauerte, wobei der Sekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, ferner Sir Neville Henderson und Sir Horace Wilson zugegen waren. Zum erstenmal fand ich in diesem Memorandum eine Frist genannt. Ich äusserte mich daher bei dieser Gelegenheit sehr offen. Ich verwies mit allem mir zur Verfügung stehenden Nachdruck auf die Gefahren, die durch das Beharren auf derartigen Bedingungen herauf beschworen würden, auch auf die furchtbaren Folgen eines Krieges, falls ein solcher daraus entstünde. Ich erklärte, dass die Ausdrucksweise und die Art dieser Dokumente, die eher den Charakter eines Ultimatus als eines Memorandums trügen, in der öffentlichen Meinung neutraler Länder tiefste Bestürzung hervorrufen würde, und ich machte dem Reichskanzler bitter zum Vorwurf, dass er meinen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in keiner Weise entgegenkomme.

Ich muss hinzufügen, dass Hitler mir mit grösstem Ernst wiederholte, was er schon in Berchtesgaden gesagt hatte, nämlich, dass dies seine letzte territoriale Forderung in Europa sei, und dass er nicht den Wunsch habe, dem Reich andere Völkerrassen als deutsche einzuverleiben. In zweiter Linie sagte er, abermals sehr ernsthaft, er wünsche mit England befreundet zu sein, und wenn nur diese Sudetenfrage friedlich aus dem Weg geräumt werden könnte, *würde er mit grösster Freude das Gespräch wieder aufnehmen*. Er sagte zwar: «Es gibt allerdings noch einen unangenehmen Punkt, die Kolonien; aber das ist kein Kriegsgrund.»

Am Nachmittag des 24. September kehrte Chamberlain nach London zurück, und in den folgenden drei Tagen wurden Kabinettsitzungen abgehalten. Sowohl in London wie in Paris machte sich eine beträchtliche Versteifung der Haltung bemerkbar. Man beschloss, die Godesberger Bedingungen abzulehnen, und es wurde der deutschen Regierung eine

diesbezügliche Information übermittelt. Das französische Kabinett stimmte zu; eine französische Teilmobilisation wurde augenblicklich und mit grösserer Präzision als erwartet durchgeführt. Am Abend des 25. September trafen die französischen Minister abermals in London ein und anerkannten widerstrebend ihre Verpflichtungen gegenüber den Tschechen. Im Lauf des folgenden Nachmittags begab sich Sir Horace Wilson in Berlin mit einem persönlichen Brief zu Hitler, drei Stunden, bevor dieser im Sportpalast eine Rede hielt. Die einzige Antwort, die Sir Horace erreichen konnte, lautete, dass Hitler nicht bereit sei, von der im Godesberger Ultimatum festgesetzten Frist abzugehen, nämlich Samstag, den 1. Oktober, an welchem Tag er in die betreffenden Gebiete einmarschieren werde, falls er nicht bis Mittwoch, den 28. September, nachmittags zwei Uhr, die tschechische Einwilligung erhalte.

Am Abend sprach Hitler in Berlin. Er erwähnte England und Frankreich mit entgegenkommenden Phrasen, während er gleichzeitig Bennesch und die Tschechen in grober und brutaler Weise angriff. Er äusserte kategorisch, die Tschechen müssten das Sudetenland bis zum 26. räumen, aber sobald dies einmal erledigt sei, werde es ihm gleichgültig sein, was mit der Tschechoslowakei weiter geschehe. *«Das ist der letzte territoriale Anspruch, den ich in Europa zu stellen habe.»*

*

Wie bei andern ähnlichen Gelegenheiten nahm ich während der Verschärfung der Krise häufigere und engere Fühlung mit der Regierung Seiner Majestät. Am 10. September hatte ich den Premierminister in der Downing Street aufgesucht und ein langes Gespräch mit ihm geführt. Auch am 26. September wieder lud er mich entweder ein oder gewährte mir bereitwillig eine Unterredung. An diesem kritischen Tag wurde ich um halb vier Uhr nachmittags von ihm und Lord Halifax im Sitzungszimmer des Kabinetts empfangen. Ich empfahl ihnen dringend die in meinem Schreiben an Lord Halifax vom 31. August dargelegte Politik,

nämlich eine Erklärung, welche die volle Übereinstimmung der Auffassungen und der Ziele zwischen England, Frankreich *und Russland* gegenüber der Aggression Hitlers bewiese. Wir besprachen ausführlich und in allen Einzelheiten ein Communiqué und schienen völlig übereinzustimmen. Lord Halifax und ich waren derselben Ansicht, und auch den Premierminister glaubte ich einverstanden. Ein hoher Beamter des Foreign Office war dabei anwesend und arbeitete den Entwurf aus. Als wir uns trennten, war ich zufrieden und erleichtert.

Am Abend dieses Tages legte der damalige Chef des Pressedepartements im Foreign Office, Leeper, später Sir Reginald Leeper, um 20 Uhr dem Aussenminister ein Communiqué vor, dessen entscheidende Stelle folgendermassen lautete:

Wenn trotz den durch den britischen Premierminister unternommenen Bemühungen ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei stattfindet, muss die unmittelbare Folge sein, dass Frankreich zur Hilfeleistung verpflichtet ist, und Grossbritannien *und Russland* werden mit aller Gewissheit Frankreich beistehen.

Dieses Communiqué wurde von Lord Halifax gebilligt und sofort herausgegeben.

Als ich kurz zuvor in meine Wohnung in Morpeth Mansions zurückkehrte, fand ich dort ungefähr fünfzehn Herren versammelt. Es waren alles Konservative: Lord Cecil, Lord Lloyd, Sir Edward Grigg, Sir Robert Horne, Mr. Boothby, Mr. Bracken und Mr. Law. Die Stimmung war erregt. Alles drehte sich um den einen Punkt: «Wir müssen. Russland dazugewinnen.» Ich war beeindruckt und höchst erstaunt über die Intensität dieser Auffassung in Tory kreisen, die mir zeigte, wie vollständig sie sich von allen Gedanken an Klasse, Partei oder ideologische Interessen gelöst hatten, und auf welchem Höhepunkt ihre Stimmung angelangt war. Ich unterrichtete sie über die Vorgänge in der Downing Street und skizzierte den Charakter des Communiqués. Sämtliche Herren waren sehr beruhigt.

Die französische Rechtspresse behandelte dieses Communiqué mit Argwohn und Geringschätzung. Der *Matin* nannte es «eine geschickte

Lüge». Bonnet, der sich jetzt heftig bemüht zu beweisen, wie tatkräftig er damals gesinnt gewesen sei, teilte mehreren Deputierten mit, dass er keine Bestätigung des Communiqués besitze und erweckte damit bei ihnen den Eindruck, dass dies nicht die von ihm erwartete feierliche Verpflichtung Englands sei. Diesen Eindruck konnte er zweifellos leicht hervorrufen.

An demselben Abend ass ich mit Duff Cooper in der Admiralität. Er sagte mir, dass er den Premierminister um die sofortige Mobilisierung der Flotte ersuche. Ich erinnerte mich an meine eigenen Erfahrungen vor einem Vierteljahrhundert, als ähnliche Umstände eingetreten waren.

*

Es schien, als habe die Stunde des Zusammenstosses geschlagen und als hätten die gegnerischen Kräfte ihre Stellungen bezogen. Die Tschechen hatten anderthalb Millionen Mann in Waffen hinter der stärksten Befestigungslinie Europas stehen, mit einem gewaltigen und vorzüglich organisierten technischen Apparat ausgerüstet. Die französische Armee war teilweise mobilisiert und die französischen Minister waren bereit, wenn auch widerstrebend, ihren Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei ehrenvoll nachzukommen. Am 27. September erhielt die Flotte kurz vor Mitternacht von der Admiralität den telegraphischen Befehl zur Bereitschaft für den folgenden Tag. Diese Information wurde der britischen Presse fast gleichzeitig übermittelt (um 23.38 abends). Um elf Uhr zwanzig am Morgen des 28. September gab die Admiralität der britischen Flotte den endgültigen Mobilisationsbefehl.

*

Wir können nun einen Blick auf die Hintergründe der unverschämten Haltung werfen, die Hitler der britischen und französischen Regierung gegenüber einnahm. General Beck, der Generalstabschef, war über Hitlers Pläne tief beunruhigt. Er missbilligte sie ausnahmslos und war bereit, sich zu widersetzen.

Nach der Invasion in Österreich im März hatte er Hitler ein Memorandum übersandt, in dem er in Einzelheiten auseinandersetzte, dass die Fortführung eines Eroberungsprogramms weltumfassende Katastrophen und den Ruin des nun wieder auflebenden Reiches nach sich ziehen müsse. Hitler gab keine Erwiderung darauf. Es folgte eine Pause. Beck weigerte sich, der Geschichte gegenüber die Verantwortung für den Krieg zu tragen, in den sich der Führer zu stürzen beabsichtigte. Im Juli fand eine persönliche Begegnung statt. Als das unmittelbare Bevorstehen eines Angriffs auf die Tschechoslowakei deutlich wurde, verlangte Beck eine Gewähr gegen weitere militärische Abenteuer. Das war ein Zusammenprall. Hitler erwiderte, dass die Wehrmacht ein Instrument des Staates sei, dass er selbst an der Spitze des Staates stehe und dass die Armee und die übrigen Streitkräfte seinen Befehlen unbedingten Gehorsam schuldeten. Daraufhin ergab sich Beck. Seine Bitte, ihn seines Postens zu entheben, blieb unbeantwortet. Der Entschluss des Generals war jedoch unwiderruflich. Von da an hielt er sich dem Kriegsministerium fern. Hitler sah sich daher zu seiner Entlassung gezwungen und bestimmte Halder zu seinem Nachfolger. Für Beck blieb nur noch ein tragisches, aber ehrenvolles Schicksal.

Das alles wurde geheimgehalten; aber es begann nun ein heftiger, unaufhörlicher Kampf zwischen dem Führer und seinen fachmännischen Ratgebern. Beck besass das allgemeine Vertrauen und die Achtung des Generalstabs, der nicht nur in beruflicher Hinsicht einig war, sondern auch im Ressentiment gegen Verfügungen der Zivilisten und der Partei. Die Septemberkrise schien sämtliche Umstände herbeizuführen, welche die deutschen Generäle fürchteten. Dreissig bis vierzig tschechische Divisionen standen an der deutschen Ostgrenze, und das Gewicht der französischen Armee begann sich im Verhältnis von fast acht zu eins auf den Westwall zu legen. Ein feindliches Russland konnte von tschechischen Flugplätzen aus operieren und Sowjetarmeen konnten ihren Vormarsch durch Polen oder Rumänien antreten. Zu guter Letzt hiess es im Endsta-

dium, dass die britische Flotte mobilisiere. Während dieser ganzen Entwicklung stiegen die Gefühle auf Fieberhitze.

Wir besitzen erstens General Halders Bericht über eine bestimmte Verschwörung, Hitler und seine wichtigsten Spiessgesellen zu verhaften. Der Beweis hierfür beruht nicht nur auf Halders eingehenden Mitteilungen. Zweifellos wurden Pläne geschmiedet, aber wie weit sie damals von wirklicher Entschlossenheit getragen waren, lässt sich nicht genau beurteilen. Die Generäle planten wiederholt Revolten und sahen ebensooft aus diesen oder jenen Gründen wieder davon ab. Später, in alliierter Gefangenschaft, lag es im Interesse der Betroffenen, ihre Friedensbemühungen hervorzuheben. Immerhin kann nicht bezweifelt werden, dass damals ein Komplott bestand und dass ernsthafte Schritte zu seiner Durchführung unternommen wurden.

«Anfang September», sagt Halder, «hatten wir die nötigen Schritte unternommen, um Deutschland von diesem Wahnsinnigen zu befreien. Die Aussicht auf einen Krieg erfüllte damals die grosse Mehrheit des deutschen Volkes mit Entsetzen. Wir beabsichtigten nicht, die Naziführer zu beseitigen – sondern lediglich, sie zu verhaften, eine Militärregierung zu bilden und eine Proklamation an das Volk zu erlassen, dass uns nur die Überzeugung, dass das Volk ins sichere Verderben geführt werde, zu diesem Schritt bewogen habe.»

Folgende Männer waren an dieser Verschwörung beteiligt: die Generäle Halder, Beck, Stülpnagel, Witzleben (Kommandant der Berliner Garnison), Thomas (Chef des Wehrwirtschaftsamtes), Brockdorff (Kommandant der Potsdamer Garnison) und Graf Helldorf, der die Berliner Polizei befehligte. Der Oberbefehlshaber, General von Brauchitsch, war unterrichtet und einverstanden.

Es war leicht, eine Panzerdivision im Rahmen der Truppenbewegungen gegen die Tschechoslowakei und der üblichen militärischen Routine so nahe bei Berlin zu halten, dass sie die Hauptstadt in einem Nachtmarsch erreichen konnte. Der Beweis liegt vor, dass die dritte Panzerdi-

vision unter dem Kommando des Generalobersten Hoepfner zur Zeit der Münchner Krise südlich von Berlin stand. Generaloberst Hoepfner hatte den geheimen Auftrag, auf ein Zeichen hin die Hauptstadt, die Reichskanzlei und die wichtigen Nazi-Ministerien und -Ämter zu besetzen. Zu diesem Zweck wurde die Division dem Kommando des Generals Witzleben unterstellt. Nach Halders Darstellung traf daraufhin Helldorf, der Berliner Polizeichef, sorgfältige Massnahmen zur Verhaftung Hitlers, Görings, Goebbels' und Himmlers. «Es gab keine Möglichkeit eines Fehlschlags. Alles, was es zu einem erfolgreichen Coup brauchte, war Hitlers Anwesenheit in Berlin.» Hitler traf von Berchtesgaden kommend am Morgen des 4. September dort ein. Halder erfuhr mittags davon und begab sich sofort zu Witzleben, um das letzte zu vereinbaren. Der Schlag wurde für denselben Tag auf 20 Uhr festgesetzt. Um 16 Uhr nachmittags lief, laut Halders Bericht, eine Botschaft in Witzlebens Amt ein, dass Chamberlain im Begriff sei, zu einer Begegnung mit dem Führer nach Berchtesgaden zu fliegen. Es fand sofort eine Zusammenkunft statt, bei welcher Halder zu Witzleben sagte, «wenn Hitler mit seinem Bluff Erfolg gehabt habe, so sei er, als Generalstabschef, nicht berechtigt, den Bluff aufzudecken». Infolgedessen wurde beschlossen, das Vorgehen zu verschieben und die weiteren Ereignisse abzuwarten.

Das ist der Verlauf der internen Krise in Berlin, den die Historiker nachprüfen sollten, und wie ihn General Halder, der damalige Generalstabschef, darstellte. Seither ist er durch andere Generäle – Müller und Hillebrand – bestätigt und von verschiedenen Autoritäten, die ihn untersuchten, als echt befunden worden. Sollte er sich als historische Wahrheit erweisen, so würde dies ein weiteres Beispiel dafür sein, wie die kleinsten Zufälle das Schicksal der Menschheit bestimmen.

Auch andere, weniger gewaltsame, aber ernsthafte Bestrebungen des Generalstabs, Hitler zurückzuhalten, können nicht angezweifelt werden. Am 26. September sprach eine Deputation, bestehend aus General von Hanneken, Ritter von Leeb und General Bodenschatz, in der Reichskanzlei vor und verlangte, von Hitler empfangen zu werden. Sie wurde

abgewiesen. Am Mittag des folgenden Tages hielten die wichtigsten Generale eine Besprechung im Kriegsministerium ab. Sie einigten sich auf eine Denkschrift, die sie in der Reichskanzlei abgaben. Dieses Dokument wurde im November 1938 in Frankreich veröffentlicht¹. Es bestand aus achtzehn Seiten, die sich aus fünf Kapiteln und drei Anhängen zusammensetzten. Kapitel I betont die Meinungsverschiedenheiten zwischen der politischen und militärischen Leitung des Dritten Reiches und erklärt, dass die tiefstehende Moral des deutschen Volkes es ausserstande setze, einen europäischen Krieg zu führen. Es wird darin erklärt, dass im Falle eines Kriegsausbruches die militärischen Stellen ausserordentliche Vollmachten erhalten müssten. Kapitel II befasst sich mit dem schlechten Zustand der Reichswehr und erwähnt, dass die militärischen Autoritäten sich gezwungen sahen, «über viele ernste Fälle von Disziplinlosigkeit hinwegzusehen». Kapitel III zählt die verschiedenen Mängel in der deutschen Rüstung auf, mit besonderem Hinweis auf die Fehler der so überstürzt erbauten Siegfriedlinie, sowie auf die nicht vorhandenen Festungen in den Gebieten von Aachen und Saarbrücken. Es wird die Befürchtung ausgesprochen, die bei Givet konzentrierten französischen Truppen könnten in Belgien einmarschieren. Endlich wird der Mangel an Offizieren hervorgehoben. Nicht weniger als 48'000 Offiziere und 100'000 Unteroffiziere wären nötig, um die Armee auf Kriegsstärke zu bringen, und im Fall einer Generalmobilisation würden in nicht weniger als achtzehn Divisionen erfahrene Generalstabsoffiziere fehlen.

Das Dokument legt die Gründe dar, weshalb in jedem Krieg, der nicht strikte lokalisiert wird, mit einer Niederlage gerechnet werden müsse, und erwähnt die Tatsache, dass weniger als ein Fünftel aller Reichswehroffiziere an die Möglichkeit eines deutschen Sieges glaube. Eine militärische Schätzung der Tschechoslowakei stellt im Anhang fest, dass die

¹ Veröffentlicht durch Professor Bernhard Lavergne in *L'Année politique française et étrangère* im November 1938, zitiert von Ripka, S. 212 ff.

tschechoslowakische Armee, selbst wenn sie ohne Verbündete kämpfte, sich drei Monate behaupten könne, und dass Deutschland genötigt sein würde, an den polnischen und französischen Grenzen ebenso wie an der baltischen Küste und an der Nordsee Deckungstruppen zu halten und ferner eine Streitkraft von wenigstens einer Viertelmillion Mann in Österreich, als Sicherung gegen Volksaufstände und eine mögliche tschechoslowakische Offensive. Endlich hielt es der Generalstab für höchst unwahrscheinlich, dass die Feindseligkeiten drei Monate lang lokalisiert bleiben würden.

Die Warnungen von militärischer Seite wurden zu guter Letzt durch Admiral Raeder, den Höchstkommmandierenden zur See, unterstützt. Am 27. September wurde Raeder um 22 Uhr vom Führer empfangen. Er richtete einen dringenden Appell an ihn, der wenige Stunden später durch die Meldung von der Mobilisation der britischen Flotte Nachdruck erhielt. Hitler schwankte nun. Um zwei Uhr morgens dementierte der deutsche Rundfunk offiziell die Meldung, dass Deutschland am 29. zu mobilisieren gedenke, und an demselben Morgen um 11.45 Uhr gab die offizielle deutsche Nachrichtenagentur eine Mitteilung an die britische Presse, worin abermals die Berichte über die beabsichtigte deutsche Mobilisation bestritten wurden. Die Anspannung muss für diesen einen Mann und seine erstaunliche Willenskraft in jenem Augenblick ungeheuer gewesen sein. Er hatte sich offensichtlich an den Rand eines allgemeinen Krieges gebracht. Konnte er in Anbetracht einer ungünstigen öffentlichen Meinung und der feierlichen Warnungen durch die Führer seiner Armee, der Flotte und der Luftwaffe den Sprung wagen? Konnte er sich anderseits einen Rückzug leisten, nachdem er seit so langer Zeit von seinem Prestige gelebt hatte?

*

Während der Führer sich mit seinen Generälen herumschlug, bereitete Chamberlain selbst eine Radiorede an das englische Volk vor. Am Abend des 27. September sprach er wie folgt:

Wie furchtbar, phantastisch, unvorstellbar ist es, dass wir hier Gräben ausheben und Gasmasken anpassen sollten, weil in einem weitentfernten Land Völker im Streit liegen, von denen wir nicht das geringste wissen!... Ich würde nicht zögern, Deutschland sogar einen dritten Besuch abzustatten, wenn ich mir irgendwelchen Nutzen davon verspräche ... Ich selbst bin bis in die tiefste Seele friedliebend. Bewaffnete Konflikte zwischen Nationen sind mir ein Alpdruck; aber wenn ich überzeugt wäre, dass irgendein Land beabsichtigt, die Welt durch die Furcht vor seiner Stärke zu beherrschen, würde ich die Notwendigkeit des Widerstandes einsehen. Unter einer solchen Herrschaft wäre das Leben für die Menschen, die an Freiheit glauben, nicht mehr lebenswert: aber der Krieg ist ein furchtbares Geschehen, und bevor wir uns darauf einlassen, müssen wir uns völlig klar darüber sein, dass wirklich die grossen Werte auf dem Spiel stehen.

Nach dieser abwägenden Rede erhielt er Hitlers Antwort auf den Brief, den er durch Sir Horace Wilson hatte überbringen lassen. Dieser Brief eröffnete eine schwache Aussicht auf Hoffnung. Hitler bot an, sich an einer Garantie der neuen Grenzen der Tschechoslowakei zu beteiligen und war bereit, weitere Zusicherungen über die Art der Durchführung des neuen Plebiszits abzugeben. Es war keine Zeit zu verlieren. Das im Godesberger Memorandum enthaltene Ultimatum lief am folgenden Tag, am Mittwoch, den 28. September, um zwei Uhr nachmittags ab. Chamberlain fasste daher eine persönliche Botschaft an Hitler ab: «Nachdem ich Ihren Brief zur Kenntnis genommen habe, fühle ich die Gewissheit, dass Sie alles Wesentliche ohne Krieg und ohne Verzögerung erreichen können. Ich bin bereit, sofort selbst nach Berlin zu kommen, um das Vorgehen bei der Abtretung mit Ihnen und Vertretern der tschechischen Regierung zu besprechen, gemeinsam mit Vertretern Frankreichs und Italiens, falls Ihnen das erwünscht wäre. Ich bin überzeugt, dass wir die Verständigung innerhalb einer Woche erreichen könnten¹.» Gleichzeitig unterrichtete er Mussolini telegraphisch über seinen letzten Appell an Hitler: «Ich nehme an, dass Eure Exzellenz dem deutschen Reichskanzler mitteilen wird, dass Sie bereit sind, sich vertre-

¹ Feiling, S. 372.

ten zu lassen, und ihm nahelegen, meinen Vorschlag anzunehmen, der unsere Länder vor dem Krieg bewahren wird.»

Es ist einer der beachtenswerten Züge dieser Krise, dass keine enge und vertrauliche Beratung zwischen London und Paris stattgefunden zu haben scheint. Es bestand eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten, aber kein oder nur ein sehr geringer persönlicher Kontakt. Während Chamberlain diese zwei Briefe abfasste, wobei er weder die französische Regierung noch seine eigenen Kabinettsmitglieder konsultierte, trafen die französischen Minister ihrerseits ihre Massnahmen in paralleler Richtung. Wir haben bereits gesehen, wie entschieden die französische Presse den Widerstand gegen Deutschland verurteilte, und wie das entschlossene britische Communiqué, das Russland miteinbezog, unter dem Einfluss des französischen Aussenministeriums von den französischen Zeitungen als blosse Machenschaft bezeichnet wurde. Der französische Botschafter in Berlin wurde in der Nacht des 27. September beauftragt, noch weitere Vorschläge zur Ausdehnung des Gebietes im Sudetenland zu machen, das den Deutschen zur sofortigen Besetzung ausgeliefert werden sollte. Während François-Poncet bei Hitler war, traf eine Botschaft von Mussolini ein, in welcher er empfahl, dass Chamberlains Vorschlag einer Konferenz angenommen werde, und Italiens Teilnahme zusagte. Am 28. September sandte Hitler nachmittags um 15 Uhr Botschaften an Chamberlain und Daladier, die eine Zusammenkunft in München, gemeinsam mit Mussolini, für den folgenden Tag vorschlugen. Zu dieser Stunde gab Chamberlain vor dem Unterhaus einen allgemeinen Überblick über die letzten Vorgänge. Gegen Ende seiner Rede reichte ihm Lord Halifax von der Galerie der Peers aus die Botschaft hinunter, die ihn nach München einlud. Chamberlain sprach in diesem Augenblick über den Brief, den er Mussolini geschickt hatte, und über die Ergebnisse seines Schrittes:

In Beantwortung meiner Botschaft an Mussolini wurde mir mitgeteilt, der Duce habe Hitler wissen lassen ... dass, wiewohl Italien sein Versprechen, zu Deutschland zu stehen, vollkommen erfüllen werde, Mussolini

in Anbetracht der grossen Bedeutung des Ersuchens, das die Regierung Seiner Majestät an ihn gerichtet habe, die Hoffnung hege, Hitler werde einen Weg finden, die Aktion, die laut Äusserung des Reichskanzlers gegenüber Sir Horace Wilson, heute nachmittag um zwei Uhr stattfinden sollte, um wenigstens vierundzwanzig Stunden zu verschieben, so dass Mussolini Zeit gewinnen könnte, die Lage nochmals zu überprüfen und eine friedliche Regelung herbeizuführen. In Erwiderung darauf willigte Hitler ein, die Mobilisation um vierundzwanzig Stunden zu verschieben ... Doch dies ist nicht alles. Ich habe dem Haus noch eine weitere Mitteilung zu machen. Hitler hat mich soeben eingeladen, ihn morgen vormittag in München zu treffen. Er hat auch Mussolini und Daladier eingeladen. Mussolini hat zugesagt, und ich bezweifle nicht, dass auch Daladier zusagen wird ... Ich nehme an, dass das Haus bereit ist, mich nun zu entlassen, damit ich sehen kann, was sich mit diesem letzten Versuch erreichen lässt.

So kam es, dass Chamberlain zum drittenmal nach Deutschland flog.

*

Über diese denkwürdige Zusammenkunft wurden viele Berichte geschrieben; hier können nur einige Einzelheiten hervorgehoben werden. Russland erhielt keine Einladung. Auch den Tschechen selbst wurde die Anwesenheit bei diesen Zusammenkünften nicht gestattet. Der tschechischen Regierung war am Abend des 28. September in nackten Worten mitgeteilt worden, dass am folgenden Tag eine Besprechung der Vertreter der vier europäischen Grossmächte stattfinden werde. Das Einverständnis zwischen den «Grossen Vier» wurde sehr rasch erreicht. Die Gespräche begannen mittags und dauerten bis zwei Uhr morgens. Ein Memorandum wurde aufgesetzt und am 30. September um zwei Uhr morgens unterzeichnet. Es stellte im Wesentlichen die Annahme des Godesberger Ultimatums dar. Die Räumung des Sudetenlandes sollte in fünf Etappen erfolgen; sie sollte am 1. Oktober beginnen und innerhalb von zehn Tagen abgeschlossen sein. Eine internationale Kommission sollte die endgültigen Grenzen festsetzen. Das Dokument wurde den

tschechischen Delegierten vorgelegt, denen erlaubt worden war, nach München zu kommen, um die Beschlüsse entgegenzunehmen.

Während die drei Staatsmänner warteten, bis die Experten die endgültige Fassung des Dokuments ausgearbeitet hatten, fragte der Premierminister Hitler, ob er zu einem Privatgespräch bereit sei. Hitler «stürzte sich auf diese Anregung» Die beiden Regierungschefs kamen am Morgen des 30. September in Hitlers Wohnung zusammen und waren, abgesehen vom Dolmetscher, allein. Chamberlain legte den von ihm vorbereiteten Entwurf einer Erklärung vor, der wie folgt lautete:

Wir, der deutsche Führer und Reichskanzler und der britische Premierminister, haben heute eine weitere Zusammenkunft abgehalten und stimmen darin überein, dass die Frage der britisch-deutschen Beziehungen von grösster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir betrachten das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das britisch-deutsche Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen.

Wir haben uns entschieden, dass die Methode der Besprechung die Methode sein soll, die für sämtliche anderen unsere beiden Länder betreffenden Fragen angewandt wird, und wir sind entschlossen, unsere Bemühungen, mögliche Quellen von Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, fortzusetzen und damit zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen.

Hitler las diesen Entwurf und unterzeichnete ihn ohne Zögern.

Chamberlain kehrte nach England zurück. Bei seiner Landung in Heston schwenkte er die gemeinsame Erklärung, deren Unterzeichnung er von Hitler erreicht hatte, in der Hand und las sie den Würdenträgern und andern, die ihn empfangen, vor. Als sein Auto durch die am Flugplatz versammelte jubelnde Menge fuhr, sagte er zu Halifax, der neben ihm sass: «Das alles wird in drei Monaten vorüber sein»; aber von den Fenstern in Downing Street aus schwenkte er sein Blatt abermals und sagte

¹ Feiling, *Life of Neville Chamberlain*, S. 376.

wörtlich: «Dies ist das zweitemal in unserer Geschichte, dass aus Deutschland ein ehrenvoller Friede in die Downing Street gebracht wird. Ich glaube, er bedeutet Frieden für unsere Zeit¹.»

*

Wir besitzen nun auch Generalfeldmarschall Keitels Antwort auf die ausdrückliche Frage, die der tschechische Vertreter in den Nürnberger Gerichtsverhandlungen an ihn richtete:

Oberst Eger, der Vertreter der Tschechoslowakei, fragte Generalfeldmarschall Keitel:

«Würde das Reich die Tschechoslowakei im Jahre 1938 angegriffen haben, wenn die Westmächte Prag unterstützt hätten?»

Marschall Keitel erwiderte:

«Sicher nicht. Wir waren militärisch nicht stark genug. Das Ziel in München [das heisst des Münchner Abkommens] bestand darin, Russland aus Europa hinauszuerwerfen, Zeit zu gewinnen, und die deutschen Rüstungen zu vervollständigen².»

*

Hitlers Beurteilung der Lage hatte abermals eine entscheidende Bestätigung gefunden. Der deutsche Generalstab war in grösster Verlegenheit. Der Führer hatte zu guter Letzt wieder recht behalten. Er allein mit seiner Dämonie und seiner Intuition hatte sämtliche militärischen und politischen Umstände richtig eingeschätzt. Abermals, wie im Rheinland, hatte die Führerschaft Hitlers über die Obstruktion der deutschen Militärs triumphiert. Alle diese Generäle waren patriotische Männer. Es lag ihnen daran, dass ihr Vaterland seine Stellung in der Welt wiedergewänne. Sie widmeten sich unablässig der Stärkung der deutschen Wehrmacht. Infolgedessen waren sie zutiefst betroffen, dass sie sich so wenig auf der Höhe der Ereignisse gezeigt hatten, und bei vielen wurde die Abneigung und das Misstrauen gegen Hitler durch die Bewunderung für

¹ Feiling, S. 381.

² Zitiert in Paul Reynaud, *La France a sauvé l'Europe*, Bd. I, S. 561, Note.

seine Herrschergaben und sein märchenhaftes Glück verdrängt. Zweifellos: hier war ein Leitstern, hier war ein Führer, dem Gehorsam gebührte. Auf diese Weise wurde Hitler schliesslich der unangefochtene Herrscher in Deutschland, und die Bahn zum grossen Ziel stand offen. Die Verschwörer verhielten sich still und wurden von ihren Militärkameraden nicht verraten.

*

Es mag hier angebracht sein, einige Grundsätze der Moral und der Handlungsweise niederzulegen, die für die Zukunft als Richtschnur dienen mögen. Kein derartiger Fall lässt sich ausserhalb seiner besonderen Umstände beurteilen. Die Tatsachen können zur Zeit der Vorgänge unbekannt sein und ihre Bewertung muss sich weitgehend auf Vermutungen beschränken, die durch die allgemeinen Gefühle und Ziele desjenigen gefärbt werden, der sich darüber auszusprechen sucht. Die Männer, deren Temperament und Charakter dazu neigt, in schwierigen und undurchsichtigen Problemen scharfe und klare Lösungen anzustreben, und die zum Kampfbereit sind, wann immer eine fremde Macht sie herausfordert, haben nicht immer recht gehabt. Andererseits haben diejenigen, deren Neigung es ist, den Nacken zu beugen und geduldig und gewissenhaft nach friedlichen Kompromissen zu suchen, nicht immer unrecht. Im Gegenteil, in den meisten Fällen mögen sie recht haben, nicht nur in moralischer Hinsicht, sondern auch vom praktischen Standpunkt aus. Wie viele Kriege wurden durch Geduld und ausdauernden guten Willen abgewendet! Sowohl Religion wie moralische Gesinnung billigen Milde und Demut, nicht nur zwischen einzelnen Menschen, sondern auch zwischen den Nationen. Wieviele Kriege wurden durch Hitzköpfe entfacht! Wieviele Missverständnisse, aus denen Kriege entstanden, hätten durch Zeitgewinn beseitigt werden können! Wie oft haben Länder grausame Kriege geführt und wurden nach wenigen Friedensjahren nicht nur Freunde, sondern sogar Verbündete.

Die Bergpredigt ist der höchste Ausdruck der christlichen Weltanschauung. Jedermann achtet die Quäker. Dennoch übernehmen Staatsmänner die Verantwortung der Staatslenkung nicht auf Grund solcher Begriffe. Ihre erste Aufgabe ist, mit anderen Nationen so *zu* verhandeln, dass Streitigkeiten und Kriege, sei es für nationalistische oder ideologische Zwecke, umgangen und Angriffe in jeder Form verhütet werden. Aber die Sicherheit des Staates, das Leben und die Freiheit ihrer eigenen Landsleute, denen sie ihre Stellung verdanken, erfordern als letzte Zuflucht, oder wenn eine endgültige und feste Überzeugung erreicht ist, dass die Anwendung von Gewalt nicht ausgeschlossen wird. Wenn die Umstände es rechtfertigen, mag Gewalt angewendet werden. Und wenn es dazu kommt, sollte sie unter möglichst günstigen Bedingungen angewandt werden. Es ist kein Verdienst, einen Krieg um ein Jahr hinauszuzögern, wenn er bei seinem späteren Ausbruch viel schlimmer und schwieriger zu gewinnen ist. Das ist das qualvolle Dilemma, in das die Menschheit durch ihre ganze Geschichte hindurch so oft verstrickt worden ist. Ein endgültiges Urteil darüber kann nur die Geschichtsschreibung fällen, unter Berücksichtigung der Kenntnis, welche die Parteien in der betreffenden Zeit von der wirklichen Lage hatten, sowie auch der nachträglich enthüllten Tatsachen.

Immerhin gibt es eine Richtlinie für eine Nation: sie sollte ihr Wort halten und entsprechend ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Verbündeten handeln. Diese Richtlinie heisst Ehre. Es ist verwirrend, darüber nachzudenken, dass das, was die Menschen Ehre nennen, nicht immer der christlichen Weltanschauung entspricht. Oft wird die Ehre durch das Element des Stolzes beeinflusst, das in so hohem Masse zur Entstehung des Begriffs der Ehre beiträgt. Übertriebene Ehrbegriffe, die zu völlig nutzlosen und unsinnigen Taten führen, dürften nicht verteidigt werden, wie schön sie äusserlich auch aussehen mögen. In diesem Fall jedoch trat der Augenblick ein, da die Ehre den Weg der Pflicht wies, und da auch eine richtige Einschätzung der Tatsachen zu jener Zeit ihre Mahnungen unterstützt hätte.

Dass die französische Regierung die Tschechoslowakei, ihren treuen Verbündeten, ihrem Schicksal überliess, war ein trauriger Fehler, der furchtbare Folgen nach sich zog. Nicht nur weise und anständige Politik, sondern Ritterlichkeit, Ehre und Mitgefühl gegenüber einem kleinen, bedrohten Volk hätten ein anderes Verhalten verlangt. Grossbritannien, das sicherlich gekämpft hätte, wenn es durch vertragliche Verpflichtungen gebunden gewesen wäre, war trotz alledem nun kompromittiert, und es muss mit Bedauern festgestellt werden, dass die britische Regierung den verhängnisvollen Kurs der französischen Regierung nicht nur zu-liess, sondern sie darin bestärkte.

DER WINTER NACH MÜNCHEN

Polen und Ungarn: die Aasgeier – Spannungen im englischen Lehen – Duff Coopers Rücktrittsrede – Die Debatte über München – Hitlers Rede vom 9. Oktober – Das Dilemma im britischen Kabinett: Aufrüstung oder Friede – Die Frage einer Neuwahl – Briefwechsel mit Duff Cooper – Die Verstümmelung der Tschechoslowakei – Die Macht und Verantwortung des Premierministers – Seine Annäherungsversuche an Italien und sein Besuch in Paris im November 1938 – Bonnets Absichten gegenüber Deutschland – Folgen von München – Die tatsächliche und vorauszusehende Machtverschiebung zuungunsten der britisch-französischen Koalition – Verbesserung der Lage Grossbritanniens in der Luft – Britische und deutsche Luftmacht von 1938 bis 1940 – Deutschlands Bevölkerungszuwachs von zehn Millionen im Jahr 1938

AM 30. September unterwarf sich die Tschechoslowakei den Münchener Beschlüssen. «Sie wollte», erklärte sie, «vor der Welt ihren Protest gegen einen Entscheid zu Protokoll geben, an dem sie keinen Anteil hatte.» Präsident Benesch trat zurück, weil «er jetzt die Entwicklungen beeinträchtigen könnte, denen unser neuer Staat sich anpassen muss». Er verliess die Tschechoslowakei und fand Obdach in England. Die Zerstückelung des tschechoslowakischen Staates schritt dem Abkommen entsprechend fort. Doch nicht nur die Deutschen kreisten als Aasgeier um den Leichnam. Unmittelbar nach dem Münchener Abkommen vom 30. September richtete die polnische Regierung ein vierundzwanzigstündiges Ultimatum an die Tschechen, worin sie die sofortige Abtretung des Gebietes von Teschen verlangte. Die Tschechen konnten sich dieser harten Forderung nicht widersetzen.

Die heroischen Eigenschaften der polnischen Rasse dürfen uns nicht über die Tradition von verhängnisvollen Irrtümern hinwegtäuschen, die ihr während Jahrhunderten so unermessliche Leiden gebracht hat. Im Jahre 1919 wurde Polen durch den Sieg der westlichen Alliierten nach generationenlanger Aufteilung und Knechtschaft zu einer unabhängigen Republik und stellte eine der wichtigsten Mächte in Europa dar. Im Jahre 1938 aber trennte es sich wegen einer so geringfügigen Frage wie Teschen von all den Freunden in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, durch die es wieder ein zusammenhängendes Nationalleben erlangt hatte und die es bald bitter nötig haben sollte. Wir erlebten es, wie die Polen nicht schnell genug, während die Deutschen schon gierige Blicke auf ihr Land richteten, ihre Beute bei der Ausplünderung und Zerstörung der Tschechoslowakei an sich reißen konnten. Während der Krise war den britischen und französischen Botschaftern die Türe verschlossen, und es wurde ihnen sogar der Zutritt zum Aussenminister des polnischen Staates verweigert. Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, dass ein Volk, das jede heroische Tugend besass, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging. Unser aller Herzen sind beim polnischen Volk in seinem neuen Unglück, und wir sind überzeugt, dass wir nie vergeblich auf sein immerwährendes Streben bauen werden, die Tyrannei zu bekämpfen und mit unbesiegbarer Kraft alle die Leiden zu erdulden, die es sich beständig selbst verursacht.

Auch die Ungarn hatten versucht, sich in die Münchner Unterhandlungen einzuschalten. Ende August 1938 war Horthy nach Deutschland gefahren, aber Hitler hatte sich sehr zurückhaltend gezeigt. Er führte zwar am Nachmittag des 23. August ein langes Gespräch mit dem ungarischen Regenten; aber er verriet ihm nicht das Datum seines geplanten Angriffs auf die Tschechoslowakei. «Er selbst wusste den Zeitpunkt nicht. Wer an der Mahlzeit teilnehmen wollte, musste sich auch am Ko-

chen beteiligen.» Die Stunde der Mahlzeit wurde jedoch nicht bekanntgegeben. Aber jedenfalls traten jetzt die Ungarn mit ihren Ansprüchen auf.

*

Heute, da wir alle durch Jahre gewaltsamer moralischer und physischer Spannung und Anstrengung hindurchgegangen sind, ist es nicht leicht, späteren Generationen ein Bild der Leidenschaften zu vermitteln, die in England um das Abkommen von München tobten. Unter den Konservativen waren eng befreundete Familien und Bekannte in einer Weise auseinandergerissen, wie ich es nie vorher oder nachher erlebt habe. Männer und Frauen, die seit Langem durch Bindungen der Partei, durch gesellschaftlichen Verkehr und Familienbeziehungen miteinander verbunden waren, starrten sich jetzt auf einmal voller Zorn und Verachtung an. Das Problem war nicht durch die jubelnden Volksmengen zu lösen, die Chamberlain bei der Rückkehr vom Flugplatz willkommen hiessen und die Downing Street und ihre Nebenstrassen füllten, aber auch nicht durch die rücksichtslosen Bemühungen der Einpeitscher und Anhänger der Regierungspartei. Das Kabinett war bis in seine Grundfesten erschüttert. Ein einziger Minister überragte alle andern. Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, legte sein hohes Amt nieder, dem er durch die Mobilmachung der Flotte noch einen neuen Glanz verliehen hatte. Während Chamberlain seinen überwältigenden Triumph in der öffentlichen Meinung feierte, bahnte sich Duff Cooper den Weg durch die jubelnde Menschenmenge, um seinem Chef zu erklären, dass ihre politischen Wege sich scheiden mussten.

Bei der Eröffnung der drei Tage dauernden Debatte über München hielt Duff Cooper im Unterhaus seine Abschiedsrede. Sie wurde zu einem eindrucksvollen Zwischenspiel in unserem parlamentarischen Leben. Vierzig Minuten lang sprach er mühelos und ohne schriftliche Aufzeichnungen, und diese ganze Zeit hindurch hielt er die ihm feindlich gesinnte Mehrheit der eigenen Partei in seinem Bann. Für die Labour-

Anhänger und die Liberalen, die in heftiger Opposition zur damaligen Regierung standen, war es ein leichtes, ihm Beifall zu spenden. Das bewirkte innerhalb der Tory-Partei einen tiefgehenden Streit. Einige der Wahrheiten, die er aussprach, müssen hier festgehalten werden:

Ich beschwor meine Kollegen, in diesem Problem nicht immer nur die Tschechoslowakei zu sehen, die Krise nicht immer vom Standpunkt der schwierigen strategischen Lage dieses kleinen Landes zu betrachten, sondern sich vielmehr zu sagen: «Es kann ein Augenblick kommen, in dem wegen der Invasion der Tschechoslowakei ein europäischer Krieg ausbrechen wird, und wenn dieser Augenblick kommt, müssen wir an diesem Krieg teilnehmen; wir können uns nicht fernhalten, und es kann kein Zweifel bestehen, auf welcher Seite wir kämpfen werden.» Das soll die Welt wissen; dann haben diejenigen, die den Frieden zu stören beabsichtigen, einen Grund innezuhalten.

Am Mittwochmorgen kam der letzte Appell des Premierministers. Zum erstenmal in den vierwöchigen Verhandlungen war Hitler bereit, einige Zoll, vielleicht sogar eine Elle, jedenfalls bis zu einem gewissen Mass den Vorstellungen Grossbritanniens nachzugeben. Ich möchte aber das Haus daran erinnern, dass die Botschaft des Premierministers nicht die erste Nachricht war, die Hitler an jenem Morgen erhielt. Bei Tagesanbruch hatte er die Mobilisation der britischen Flotte erfahren. Es ist unmöglich, in einen Menschen hineinzusehen, und wir werden vermutlich nie mit Gewissheit sagen können, welche dieser beiden Nachrichten ihn stärker beeinflusste, als er einwilligte, sich nach München zu begeben; aber wir wissen, dass er nie zuvor nachgegeben hatte und dass er es in diesem Augenblick tat. Ich hatte seit vielen Tagen zur Mobilisation der Flotte gedrängt. Ich war der Ansicht, dass dies die Sprache sei, die Hitler leichter verstehen würde als die abgewogene Sprache der Diplomatie oder die bedingten Formeln unserer Beamten. Ich hatte darauf gedrängt, dass bis Ende August, und bevor der Premierminister nach Berchtesgaden fuhr, etwas in dieser Richtung getan werden möge. Ich hatte vorgeschlagen, dass es die Mission Sir Horace Wilsons unterstützen sollte. Ich erinnere mich, wie der Premierminister sagte, dies sei gerade das einzige, was diese Mission schädigen würde, und wie ich erwiderte, es sei das einzige, was ihr Erfolg bringen werde.

Darin liegt die grosse Meinungsverschiedenheit zwischen dem Premierminister und mir in all diesen Tagen. Der Premierminister versprach

sich etwas davon, Hitler in der Sprache sanfter Vernunft anzusprechen. Ich war überzeugt, dass er für die Sprache der gepanzerten Faust zugänglicher wäre.

Der Premierminister setzt Vertrauen in Hitlers guten Willen und in sein Wort, obwohl Hitler, als er den Vertrag von Versailles brach, den Vertrag von Locarno halten wollte, und als er dann den Vertrag von Locarno brach, von weiteren Übergriffen absehen und keine weiteren territorialen Ansprüche in Europa stellen wollte. Als er mit Gewalt in Österreich einbrang, autorisierte er seine Anhänger, eine gültige Zusicherung abzugeben, dass er die Tschechoslowakei nicht behelligen werde. Das war erst vor sechs Monaten. Aber immer noch glaubt der Premierminister, dass er sich auf Hitlers guten Willen verlassen könne.

*

Die lange Debatte war der herrschenden Erregung und der Probleme, die auf dem Spiele standen, nicht unwürdig. Ich erinnere mich recht wohl, dass bei meinen Worten: «Wir haben eine vollständige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten», ein Sturm ausbrach, der mich nötigte, eine Weile innezuhalten, bevor ich weitersprechen konnte. Chamberlains beharrliche und unermüdliche Bemühungen zur Wahrung des Friedens und die persönlichen Strapazen, denen er sich dabei ausgesetzt hatte, wurden in weiten Kreisen aufrichtig anerkannt. In der vorliegenden Darstellung kann man aber unmöglich vermeiden, auf die lange Reihe von Fehltritten und Fehlleistungen über Menschen und Tatsachen hinzuweisen, auf die er sich stützte; die Beweggründe jedoch, von denen er sich leiten liess, haben niemals eine Anfechtung erfahren, und tatsächlich erforderte der Weg, den er beschritt, den höchsten Grad von moralischem Mut. Zwei Jahre später sprach ich in meiner Rede nach seinem Tod meine Anerkennung dafür aus. So bitter die Meinungsverschiedenheiten auch waren, die zwischen führenden Konservativen ausbrachen, so beeinträchtigten sie doch in keiner Weise die gegenseitige Hochachtung, und in den meisten Fällen führten sie, äusser auf kurze Zeit, auch nicht zum Abbruch persönlicher Beziehungen. Darüber waren

wir uns alle einig, dass die Oppositionsparteien, Labour und die Liberalen, die jetzt mit so grosser Heftigkeit auf eine Aktion drängten, sich niemals eine Gelegenheit der Popularitätshascherei hatten entgehen lassen, indem sie sogar die halben Massnahmen zur Landesverteidigung, die von der Regierung ergriffen worden waren, befehdet und verurteilt hatten.

Es gab auch eine schwerwiegende und praktische Beweisführung, auf die sich die Regierung – wenn auch nicht zu ihren Gunsten – stützen konnte. Niemand konnte in Abrede stellen, dass wir auf den Krieg entsetzlich schlecht vorbereitet waren. Wer hatte dringender darauf hingewiesen als meine Freunde und ich? Grossbritannien hatte sich von der deutschen Luftwaffe weit überflügeln lassen. Unsere sämtlichen verwundbaren Punkte waren ungeschützt. Kaum hundert Fliegerabwehrgeschütze konnten zur Verteidigung der grössten Stadt und des grössten Bevölkerungszentrums der Welt aufgestellt werden, und sie wurden weitgehend von ungeschulten Mannschaften bedient. Wenn Hitler ehrliche Absichten hatte und ein dauerhafter Friede tatsächlich erreicht worden war, hatte Chamberlain recht. Wenn er aber unglücklicherweise irregeführt worden war, mussten wir wenigstens eine Atempause gewinnen, um die schlimmsten unserer Unterlassungen gutzumachen. Diese Gedankengänge und die allgemeine Erleichterung und Freude darüber, dass die Schrecken des Krieges sich vorübergehend hatten abwenden lassen, bewirkten die loyale Zustimmung der grossen Menge der Regierungsanhänger. Das Unterhaus billigte die Politik der Regierung Seiner Majestät, «durch die der Krieg in der vor Kurzem entstandenen Krise vermieden wurde», mit 366 gegen 144 Stimmen. Die dreissig oder vierzig andersdenkenden Konservativen vermochten nichts zu tun, als ihre Missbilligung durch Stimmenthaltung auszudrücken. Das taten wir in einem formellen und gemeinsamen Akt.

Im Verlauf meiner Rede sagte ich:

Wir dürfen wirklich keine Zeit mehr vergeuden, nach all diesen langen Diskussionen über den Unterschied zwischen den in Berchtesgaden, in Godesberg und in München erreichten Positionen. Man kann es auf einfachste Art zusammenfassen, wenn mir das Haus eine Variierung der Metapher gestattet. Es wurde von jemand ein Pfund mit vorgehaltenem Revolver gefordert. Als er es hergab, wurden zwei Pfund mit vorgehaltenem Revolver gefordert. Endlich fand sich der Diktator bereit, 1 Pfund, 17 Schilling und 6 Pence anzunehmen und den Rest in Form von Versprechungen künftigen Wohlwollens.

Niemand ist ein entschiedenerer, kompromissloserer Kämpfer für den Frieden gewesen als der Premierminister. Das weiss jedermann. Niemals gab es eine so intensive und kühne Entschlossenheit zur Erhaltung und Sicherung des Friedens. Trotzdem ist mir nicht ganz klar, weshalb für Grossbritannien und Frankreich eine so grosse Gefahr bestand, in diesem kritischen Augenblick in einen Krieg gegen Deutschland verwickelt zu werden, wenn sie doch tatsächlich die ganze Zeit bereit waren, die Tschechoslowakei zu opfern. Die Bedingungen, die der Premierminister heimbrachte, hätten meines Erachtens während des Sommers leicht auf den gewöhnlichen diplomatischen Wegen vereinbart werden können. Und ich will das eine sagen: ich glaube, wenn man die Tschechen sich selbst überlassen und ihnen gesagt hätte, dass sie von den Westmächten keine Hilfe erhalten würden, wären sie imstande gewesen, bessere Bedingungen zu erreichen, als was sie nun nach dieser schrecklichen Unruhe bekommen haben. Schlechter hätten die Bedingungen kaum sein können.

Alles ist vorbei. Schweigend, trauernd, verlassen und gebrochen versinkt die Tschechoslowakei im Dunkel. Sie hat in jeder Hinsicht für ihre Verbindung mit Frankreich büssen müssen, von dessen Führung und Politik sie so lange beeinflusst war.

Ich finde das Gefühl unerträglich, dass unser Land in die Gewalt, in den Machtkreis und unter den Einfluss des nationalsozialistischen Deutschland fallen könnte, dass unsere Existenz von seinem Wohlwollen oder Belieben abhängen sollte. Um dies zu verhindern, habe ich mein Möglichstes versucht, indem ich zur Erhaltung jedes Bollwerks der Verteidigung drängte – erstens zur rechtzeitigen Schaffung einer Luftwaffe, die jeder andern im Bereich unserer Küsten überlegen sein sollte; zweitens zur Sammlung der kollektiven Kraft vieler Nationen; drittens zum Abschluss von Bündnissen und militärischen Vereinbarungen, alle im Rahmen der Völkerbundssatzungen, damit die Kräfte vereinigt würden,

die der Weiterentwicklung dieser Macht wenigstens Schranken setzen könnten. Eine Position nach der andern wurde unter schönklingenden und plausiblen Entschuldigungen untergraben und preisgegeben.

Unserem loyalen, tapferen Volk, das bereit war, um jeden Preis seine Pflicht zu tun, das unter der Spannung der letzten Woche nie mit der Wimper zuckte, missgönne ich durchaus nicht den natürlichen, spontanen Ausbruch der Freude und Erleichterung über die Nachricht, dass es für den Augenblick nicht weiter auf diese harte Probe gestellt werden würde; aber die Wahrheit muss es doch erfahren. Es sollte wissen, dass schwere Vernachlässigungen und Mängel in unserer Verteidigung bestehen; es sollte wissen, dass wir ohne Krieg eine Niederlage erlitten haben, deren Folgen uns eine lange Strecke Wegs begleiten werden; es sollte wissen, dass wir an einem furchtbaren Markstein unserer Geschichte vorübergekommen sind, dass das ganze europäische Gleichgewicht gestört wurde und dass jetzt das unheilvolle Urteil über die Demokratien des Westens gefällt worden ist: «Man hat dich in einer Waage gewogen und zu leicht gefunden.» Glauben Sie nicht, dass es damit sein Bewenden habe. Es ist erst der Beginn der Abrechnung. Es ist nur der erste Schluck, der erste Vorgeschmack des bitteren Kelches, der uns Jahr für Jahr vorgesetzt werden wird, es sei denn, dass wir unsere moralische Gesundheit und kriegerische Kraft in höchstem Mass wiedergewinnen, dass wir uns wieder erheben und wie in alten Zeiten für die Freiheit eintreten.

*

Hitlers Dankbarkeit für das Wohlwollen Englands und für die ehrlichen Freudenkundgebungen, dass in München der Friede erhalten worden war, fand nur kühlen Ausdruck. Am 9. Oktober, weniger als vierzehn Tage nachdem er die Erklärung gegenseitiger Freundschaft unterzeichnet hatte, die ihm von Chamberlain aufgedrängt worden war, sagte er in einer Rede in Saarbrücken:

Deutschland steht Staatsmännern gegenüber, die ebenfalls den Frieden wollen. Allein sie regieren in Ländern, bei denen es ihrer Struktur nach möglich ist, dass diese Staatsmänner jederzeit von andern abgelöst werden können, die den Frieden nicht mehr so sehr im Auge haben. In England brauchte nach einem Chamberlain nur ein Duff Coper, Eden oder

Churchill zu kommen, so steht fest, dass das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen aus dieser Tatsache kein Geheimnis: sie geben es offen zu. Weiter lauert nach wie vor die Drohung jenes jüdisch-internationalen Weltfeindes, der im Bolschewismus seinen Ausdruck gefunden hat. Deutschland kennt weiter die Macht einer internationalen Presse, die nur von Lüge und Verleumdung lebt. Das verpflichtet uns, wachsam zu sein und den Schutz des Reiches im Auge zu behalten. Jederzeit zum Frieden bereit, aber auch in jeder Stunde bereit, uns selbst zu verteidigen.

Ich habe mich deshalb entschlossen, wie ich es in meiner Nürnberger Rede ankündigte, den Ausbau unserer Befestigungen im Westen mit erhöhter Energie fortzusetzen, und ich werde nunmehr die beiden grossen Gebiete, die bisher vor unserer Befestigung lagen, nämlich das grosse Aachener Gebiet und das Saarbrückener Gebiet, in diese Befestigungen einbeziehen.

Er fügte hinzu:

Es würde gut sein, wenn man in Grossbritannien allmählich gewisse Allüren der Versailler Epoche ablegen würde. Wir vertragen die *gouvernantenmässige Bevormundung* Deutschlands nicht. Erkundigungen britischer Staatsmänner oder Parlamentarier über das Schicksal von Deutschen oder Reichsangehörigen innerhalb der Grenzen des Reiches sind nicht am Platze. Deutschland kümmert sich auch nicht um ähnliche Dinge in England. Das Ausland hätte oft Grund genug, sich um seine eigenen nationalen Angelegenheiten zu kümmern oder zum Beispiel um Angelegenheiten in Palästina.

Nachdem das Gefühl der Erleichterung über das Abkommen von München sich abgenützt hatte, standen Chamberlain und seine Regierung vor einem schweren Dilemma. Der Premierminister hatte gesagt: «Ich glaube daran, dass es Frieden für unsere Zeit geben wird.» Die Mehrheit seiner Kollegen aber hegte den Wunsch, «unsere Zeit» zu einer möglichst raschen Wiederaufrüstung auszunutzen. Es kam darüber zu einer Meinungsverschiedenheit im Kabinett. Die Alarmstimmung, die durch die Münchner Krise heraufbeschworen wurde, die krasse Blossstellung der Mängel unseres Wehrwesens, vor allem bei der Fliegerabwehrartillerie, erheischte dringend eine gewaltsame Aufrüstung.



Churchill in Lille

Hitler aber war durch eine solche Stimmung peinlich berührt. «Ist das nun das Vertrauen und die Freundschaft», so hätte er wohl erklären können, «die unser Münchner Abkommen herbeigeführt hat? Wenn wir Freunde sind und ihr uns traut, wozu braucht ihr dann aufzurüsten? Überlasst mir die Waffen und zeigt eurerseits das Vertrauen.» Aber diese Auffassung vermochte nicht zu überzeugen, obwohl die dem Parlament gemachten Angaben sie durchaus gerechtfertigt hätten. Es erhob sich eine starke Stimmung für gesteigerte Aufrüstung. Diese Tatsache wurde natürlich von der deutschen Regierung und der von ihr beeinflussten Presse kritisiert. Über die Meinung des britischen Volkes konnte allerdings kein Zweifel mehr bestehen. Man freute sich darüber, dass der Premierminister den Krieg abgewendet hatte, man klatschte den pazifistischen Losungen Beifall, aber man hatte ein brennendes Bedürfnis nach Waffen. Alle Wehrministerien erhoben nun ihre Forderungen und wiesen auf die beunruhigenden Mängel hin, die während der Krise zutage getreten waren. Das Kabinett einigte sich auf einen freundlichen Kompromiss auf der Grundlage, dass alle möglichen Vorbereitungen getroffen werden sollten, ohne jedoch die Wirtschaft des Landes zu stören oder durch wirklich grosszügige Massnahmen die Deutschen und die Italiener zu reizen.

*

Es gereicht Chamberlain zur Ehre, dass er der Versuchung und dem Drängen seiner politischen Freunde, die unmittelbar nach München gern eine Neuwahl veranstaltet hätten, nicht nachgab. Das hätte nur zu noch ärgerer Verwirrung führen können. Für die Konservativen, die das Münchner Abkommen kritisiert und sich der Stimme enthalten hatten, war der Winter eine Zeit der Sorge und des Kummers. Jeder Einzelne von uns wurde in seinem Wahlkreis von der konservativen Parteiorganisation angegriffen, wobei viele von denen, die nach einem Jahr unsere begeisterten Helfer wurden, gegen uns auftraten. In meinem eigenen

Wahlkreis von Epping Forest kam es so weit, dass ich den Leuten ausdrücklich zu verstehen geben musste, ich würde unverzüglich mein Mandat niederlegen und eine Neuwahl ausfechten, wenn man in der örtlichen Parteiorganisation eine Resolution gegen mich beantragen sollte. Mein treuer und unermüdlicher Helfer und Wahlleiter, Sir James Hawkey, erkämpfte sich jedoch mit einem grossen Kreis entschlossener Männer und Frauen Schritt für Schritt festen Boden und stand mir zur Seite, und an der entscheidenden Zusammenkunft der Parteiorganisationen erlangte ich in dieser dunklen Stunde ein Vertrauensvotum von drei zu zwei. Aber es war ein düsterer Winter.

Im November fand eine neue Debatte über die Landesverteidigung statt, wobei ich eine lange Rede hielt.

Duff Cooper an Churchill

19. November 1938

Ich höre zu meinem grossen Bedauern, dass Sie die Anspielung, welche ich am letzten Donnerstag im Unterhaus auf Sie machte, als kränkend empfunden haben. Ich verstehe nicht, warum das so sein sollte. Ich sagte lediglich, der Premierminister habe mit einem Hinweis auf das Jahr 1914 nichts anderes gemeint, als dass jede Untersuchung, die im Anschluss an eine Mobilmachung erfolge, stets Lücken und Unterlassungssünden aufdecken würde, und dass er deshalb den von Ihnen gegen ihn gerichteten Vorwurf schwerlich verdiene. Natürlich hätte ich dabei jede Bezugnahme auf Sie vermeiden können; aber ich halte es in der parlamentarischen Debatte immer für gut, mit den eigenen Argumenten an vorhergegangene Reden anzuknüpfen. Auch hatte ich am Donnerstag keinen ganz leichten Stand. Ihre grosse Philippika, die mir ungeheure Freude bereitet und noch mehr meine Bewunderung erregt hat, war eine Abrechnung mit der Regierungspolitik seit drei Jahren, also während einer Zeit, in der ich ständig – mit Ausnahme der letzten sechs Wochen – selbst Mitglied der Regierung war. Sie konnten daher kaum annehmen, dass ich mich gänzlich mit Ihnen einverstanden erklären und entsprechend stimmen würde. Es tut mir jedoch darum nicht weniger leid, Sie verletzt zu haben, seien nun die Gründe für Ihr Gefühl stichhaltig oder nicht; und ich hoffe, dass Sie mir verzeihen werden, denn Ihre Freundschaft, Ihre Verbundenheit und Ihr Rat sind mir ausserordentlich kostbar.

Vielen Dank für Ihren Brief, über den ich sehr froh war. In der Lage, in der sich unsere kleine Gruppe von Freunden jetzt befindet, ist es ein schwerer Fehler, sich gegenseitig die Stellung zu schwächen. Die einzige richtige Regel ist: Helft einander, wo ihr nur könnt; aber fügt euch keinen Schaden zu. – Bei Ihrer Mühelosigkeit im Ausdruck sollte es Ihnen leicht fallen, Ihre Position klarzustellen, ohne auf Meinungsverschiedenheiten mit mir hinzuweisen. Ich werde diesen Grundsatz immer befolgen. In dem, was Sie sagten, war nichts, was ich hätte ablehnen können, aber die Tatsache, dass Sie von Ihrem Thema abgingen, um auf meine Äußerungen zu antworten, veranlasste doch mehrere meiner Freunde, sich zu fragen, ob nicht irgendeine Absicht dahinterliege; zum Beispiel das Bestreben, mich so stark wie möglich von den andern Konservativen zu isolieren, die nicht mit der Regierung übereinstimmen. Ich selbst hegte keine solche Vermutung, und Ihr liebenswürdiger Brief hat mich vollkommen beruhigt. Wir sind so wenige, die Feinde sind so zahlreich und die Angelegenheit ist so bedeutend, dass wir es uns nicht leisten können, einander in irgendeiner Weise zu schwächen.

Was ich von Ihrer Rede hörte, hielt ich für ganz vorzüglich, vor allem die Aufzählung der unseligen Ereignisse, die wir in den letzten drei Jahren zuließen. Ich verstehe nicht, wie Sie sich ohne jede Notiz an alle erinnern konnten.

Natürlich bedaure ich die Debatte. Chamberlain ist nun mit allem gut herausgekommen. München ist erledigt, der Mangel an Vorbereitungen ist vergessen, und es soll keine wirkliche, ernste, neue Anstrengung zur Rüstung des Landes gemacht werden. Sogar die Atempause, die wir uns um einen furchtbaren Preis erkauften, soll vertan werden. Es war meine Verzweiflung über diese öffentlichen Angelegenheiten, die mich störrisch machte, als Sie ein gemeinsames Abendessen vorschlugen, denn damals wusste ich noch nicht, was Sie im Anfang Ihrer Rede gesagt hatten.

Aber zählen Sie jedenfalls immer auf Ihren aufrichtigen Freund.

*

Am 1. November wurde ein gänzlich unbedeutender Mann, Dr. Hacha, zum Präsidenten der Überreste der Tschechoslowakei gewählt. Eine neue Regierung trat ihr Amt in Prag an. «Die Verhältnisse in Europa und in der Welt im Allgemeinen», sagte der Aussenminister dieses

unglücklichen Ministeriums, «sind nicht derart, dass wir in nächster Zukunft auf eine ruhige Zeit hoffen könnten.» Hitler war derselben Meinung. Anfang November schritten die Deutschen zu einer eigentlichen Teilung der Beute. Polen wurde an seiner Besetzung von Teschen nicht gehindert. Die Slowaken, die Deutschland als einen Bauern im Spiel benützt hatte, erhielten eine auf schwankendem Boden stehende Autonomie. Ungarn bekam einen Happen auf Kosten der Slowakei. Als diese Folgen von München im Unterhaus zur Sprache kamen, erklärte Chamberlain, das französische und britische Angebot einer internationalen Garantie an die Tschechoslowakei, das nach dem Münchner Abkommen gemacht worden war, berühre nicht die bestehenden Grenzen dieses Staates, sondern es betreffe lediglich die hypothetische Frage des unprovokierten Angriffs. «Was wir jetzt erleben», sagte er mit grosser Unbekümmertheit, «ist die Berichtigung von Grenzen, die im Vertrag von Versailles festgelegt wurden. Ich weiss nicht, ob die Leute, die für diese Grenzen verantwortlich waren, dachten, sie würden dauernd so bleiben, wie sie festgelegt wurden. Ich bezweifle sehr, dass sie dieser Ansicht waren. Vermutlich erwarteten sie, dass die Grenzen von Zeit zu Zeit geändert werden müssten. Man kann sich diese Leute unmöglich als solche Übermenschen vorstellen, dass sie imstande gewesen wären zu erkennen, welches für alle Zeiten die richtigen Grenzen sein würden. Die Frage ist nicht, ob diese Grenzen von Zeit zu Zeit berichtigt werden sollen, sondern ob sie durch Verhandlungen und Unterredungen berichtigt werden sollen oder durch Krieg. Die Berichtigung findet statt, und im Fall der ungarischen Grenze haben die Tschechoslowakei und Ungarn einen Schiedsspruch von Deutschland und Italien zur endgültigen Bestimmung der Grenze zwischen ihnen angenommen. Ich glaube damit genug über die Tschechoslowakei gesagt zu haben ...» Es sollte allerdings später ein neuer Anlass entstehen, über sie zu reden.

*

Am 17. November 1938 schrieb ich:

Jedermann muss zugeben, dass der Premierminister eine Politik von entschlossenstem Charakter und grösster Tragweite verfolgt. Er hat seine eigenen ausgeprägten Ansichten darüber, was zu tun ist und was geschehen wird. Er hat seinen eigenen Wertmassstab; er hat seinen eigenen Blickwinkel. Er glaubt eine gute Regelung für Europa und für das Britische Reich herbeiführen zu können, wenn er eine Verständigung mit Plitier und Mussolini erreicht. Niemand stellt seine Motive in Frage. Niemand bezweifelt seine Überzeugung oder seinen Mut. Von alledem abgesehen hat er die Macht, das zu tun, was er für das beste hält. Wer anderer Ansicht ist, sowohl über die Grundsätze unserer Aussenpolitik wie über die Tatsachen und Wahrscheinlichkeiten, mit denen unser Land zu rechnen hat, muss zugeben, dass es nicht in unserer Macht liegt, ihn daran zu hindern, dass er mit den ihm zu Gebote stehenden Hilfsmitteln und Methoden den Weg einschlägt, an den er aufrichtig glaubt. Er ist bereit, die Verantwortung zu übernehmen; und wir werden in verhältnismässig kurzer Zeit erfahren, was seiner Meinung nach mit uns geschehen soll.

Der Premierminister ist davon überzeugt, dass Hitler auf dem europäischen Kontinent keine weitere territoriale Ausdehnung mehr sucht, dass die Überwältigung und Einverleibung der Tschechoslowakischen Republik den Appetit des deutschen Nazi-Regimes gesättigt hat. Es kann sein, dass er die Konservative Partei dafür gewinnen möchte, die in britischem Besitz befindlichen Mandatsgebiete, oder etwas, das man für gleichwertig hält, Deutschland zurückzugeben. Er glaubt, dass dieser Akt der Restauration dauerhafte, gute und gesicherte Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland herbeiführen wird. Er glaubt auch, dass sich diese guten Beziehungen erreichen lassen, ohne unsere grundlegende, von der Selbsterhaltung diktierte Bindung an die Französische Republik im geringsten zu schwächen; eine Bindung, die – darüber sind wir uns alle einig – gewahrt bleiben muss. Chamberlain ist davon überzeugt, dass dies zu einer umfassenden Verständigung führen werde, zur Besänftigung der unzufriedenen Mächte und zu dauerhaftem Frieden.

Das alles aber liegt in den Gefilden der Hoffnung und der Spekulation. Eine ganze Reihe entgegengesetzter Möglichkeiten muss im Auge behalten werden. Vielleicht verlangt er von uns, dass wir uns Dingen fügen, die für uns unannehmbar sind; vielleicht wird er gezwungen sein, von uns zu ver-

langen, dass wir uns Dingen fügen, die für uns unannehmbar sind. Vielleicht auch wird die andere Seite in dieser schwierigen Verhandlung nicht in demselben Geist des guten Willens und guten Glaubens handeln, der den Premierminister bewegt. Was wir zu geben haben, was wir zu geben genötigt werden, mag uns teuer zu stehen kommen; aber vielleicht wird es noch immer nicht genügen. Es kann Demütigung und schweren Schaden für das Britische Reich bedeuten und wird vielleicht doch nicht Bestand haben oder auch nur dem Lauf der Ereignisse länger als einige Monate – wenn überhaupt – eine andere Richtung geben können. *Übers Jahr zu dieser Zeit werden wir wissen, ob die Ansichten des Premierministers über Hitler und die deutsche Nazi-Partei richtig oder falsch sind. Übers Jahr zu dieser Zeit werden wir wissen, ob die Befriedungspolitik befriedet hat oder nur einen noch gierigeren Appetit anregte.* Inzwischen können wir nichts anderes tun als Widerstands- und Verteidigungskräfte sammeln, damit wir im schlimmsten Fall, wenn der Premierminister unglücklicherweise unrecht hätte oder getäuscht worden sein sollte, wenigstens Leib und Seele Zusammenhalten können.

*

Was immer man über den «Frieden für unsere Zeit» denken mochte, Chamberlain war sich mehr denn je der Notwendigkeit bewusst, Italien von Deutschland zu trennen. Er hoffte eine Freundschaft mit Hitler geschaffen zu haben; um sein Werk zu vervollständigen, musste er Mussolinis Italien als Gegengewicht zu der teuer erkaufte Aussöhnung mit Deutschland gewinnen. Bei dieser erneuten Annäherung an Italien musste Frankreich mitgehen. Es sollte ringsum Liebe walten. Wir werden uns im nächsten Kapitel mit den Ergebnissen dieser Vorschläge befassen.

Gegen Ende November begaben sich der Premierminister und Lord Halifax nach Paris. Die französischen Minister billigten ohne Begeisterung Chamberlains Plan, sich nach Rom zu begeben; aber er und Lord Halifax erfuhren zu ihrer Befriedigung, dass die Franzosen nun beabsichtigten, dem Beispiel der britischen Erklärung über die künftigen britisch-deutschen Beziehungen, die Chamberlain und Hitler in München unterzeichnet hatten, ihrerseits zu folgen. Am 27. November 1938 unter-

richtete Bonnet den französischen Botschafter in Washington über diese Absicht der französischen Regierung: «Im Lauf der gestern in Paris geführten Unterredungen sprachen Neville Chamberlain und Lord Halifax ihre Befriedigung über eine Erklärung aus, die ihres Erachtens, ganz wie die englisch-deutsche Erklärung, einen unmittelbaren Beitrag zum Werk der internationalen Befriedung darstellen würde¹.» Für diese Unterredungen fuhr Ribbentrop mit Dr. Schacht nach Paris. Die Deutschen hofften nicht nur auf eine allgemeine Erklärung guter Absichten, sondern auf eine konkrete Wirtschaftsvereinbarung. Erstere wurde erreicht und am 6. Dezember in Paris unterzeichnet, aber selbst Bonnet war nicht bereit, letztere anzunehmen, obwohl es eine beträchtliche Versuchung bedeutete, die Rolle des Begründers einer französisch-deutschen Verständigung zu spielen.

Ribbentrops Mission in Paris hatte auch noch einen tieferen Grund. So wie Chamberlain Rom von Berlin zu trennen hoffte, so dachte Hitler, dass er Paris und London einander entfremden könnte. Bonnets Wiedergabe seines Gesprächs mit Ribbentrop über dieses Thema ist nicht ohne Interesse:

Was Grossbritannien betrifft, verwies ich den deutschen Aussenminister auf die Rolle, die eine Verbesserung der britisch-deutschen Beziehungen in der Entwicklung der europäischen Befriedungspolitik spielen müsse – einer Befriedungspolitik, die als wesentlicher Kern jeder deutsch-französischen Zusammenarbeit zu betrachten sei. Der deutsche Aussenminister bemühte sich, die Verantwortung für die gegenwärtige Lage der Dinge auf die britische Regierung abzuwälzen. Sowohl die Regierung als auch ganz besonders die britische Presse, die unmittelbar nach München ein gewisses Verständnis zu zeigen begonnen habe, seien gegen die Berliner Regierung zu einer höchst enttäuschenden Haltung gelangt ... Die wiederholten Äusserungen der Herren Duff Cooper, Churchill, Eden und Morrison im Parlament sowie gewisse Zeitungsartikel seien in Deutschland sehr übel vermerkt worden, und es sei nicht möglich gewesen, die Reaktion der Presse zu beschränken. Ich unterstrich erneut den grundsätzlichen und unerschütterlichen Charakter der britisch-französi-

¹ Livre jaune français, S. 35ff.

schen Solidarität und hielt fest, dass eine wirkliche Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland auf die Dauer nicht ohne eine entsprechende Entspannung zwischen Grossbritannien und Deutschland erreicht werden könne.

*

Die Frage, ob während des Jahres nach München Hitler oder die Alliierten einen grösseren Zuwachs an Stärke erreichten, ist häufig erörtert worden. In England wussten viele, wie wehrlos wir waren, und empfanden nun ein Gefühl der Erleichterung, als unsere Luftmacht mit jedem Monat stärker wurde und die neuen Flugzeuge vom Typ «Hurricane» und «Spitfire» der Vollendung entgegengingen. Die Zahl der Fliegergeschwader nahm zu, ebenso die der leichten Fliegerabwehrgeschütze. Auch das Tempo der industriellen Kriegsproduktion beschleunigte sich fortwährend. So unschätzbar diese Erfolge auch sein mochten, waren sie doch unbedeutend gegenüber dem gewaltigen Fortschritt der deutschen Rüstungen. Die Erzeugung von Kriegsmaterial auf einem das ganze Land umfassenden Plan ist eine Aufgabe, die vier Jahre in Anspruch nimmt. Das erste Jahr bringt keinen Ertrag, das zweite sehr wenig, das dritte schon eine ganze Menge und das vierte eine Hochflut. Hitlers Deutschland stand damals bereits im dritten oder vierten Jahr einer aufs Äusserste gesteigerten Anstrengung, und die Rüstungsindustrie arbeitete unter einem fast ebenso starken Druck wie in Kriegszeiten. Grossbritannien dagegen war nur auf einer mehr oder weniger normalen Grundlage ans Werk gegangen, mit weniger Schwungkraft und in weitaus kleinerem Umfang. Im Jahr 1938/39 erreichten die britischen Wehrausgaben im Ganzen 304 Millionen Pfund ², die deutschen mindestens 1'500 Millionen. Es ist anzunehmen, dass Deutschland in diesem letzten Jahr vor Kriegsausbruch mindestens doppelt so viel Kriegsmaterial herstellte wie

¹ Livre jaune français, S. 43-44.

² 1937/38: 234 Millionen Pfund 1939/40: 367 Millionen Pfund.
1938/39: 304 Millionen Pfund

England und Frankreich zusammen, vielleicht sogar dreimal soviel, und dass damals auch seine grossen Anlagen für den Bau von Panzerwagen ihre volle Leistungsfähigkeit erreichten. Die Deutschen verschafften sich somit Waffen in viel schnellerem Tempo als wir.

Die Unterjochung der Tschechoslowakei verringerte die Macht der Alliierten um die 21 regulären und die 15 oder 16 bereits mobilisierten Divisionen zweiter Linie der tschechischen Armee, aber auch um ihre Bergbefestigungen, die in den Tagen von München den Einsatz von 30 deutschen Divisionen, der Hauptmacht der mobilen und voll ausgebildeten deutschen Armee, erforderlich gemacht hätten. Nach den Aussagen der Generäle Halder und Jodl waren im Augenblick der Münchner Verständigung nur 13 deutsche Divisionen, von denen nur fünf aus Truppen erster Linie bestanden, im Westen geblieben. Alles in allem bedeutete der Fall der Tschechoslowakei für uns sicherlich eine Einbusse, die auf etwa 35 Divisionen zu bewerten war. Es kam dazu, dass die Skodawerke, die zweitwichtigste Waffenschmiede in Mitteleuropa, deren Produktion von August 1938 bis September 1939 allein fast ebenso gross war wie die der ganzen britischen Rüstungsindustrie, nunmehr für die Gegenpartei arbeiten mussten. Während ganz Deutschland unter starkem, fast kriegsmässigem Druck arbeitete, hatten die französischen Gewerkschaften schon 1936 die langersehnte Vierzigstundenwoche durchgesetzt.

Noch verhängnisvoller war die Veränderung des relativen Stärkeverhältnisses der französischen und der deutschen Armee. Von 1938 an nahm die deutsche Armee jeden Monat nicht nur an Mannschaft und Zahl von Divisionen und Reserven zu, sondern auch an Leistungsfähigkeit und Reife. Die Fortschritte in der Ausbildung und die Steigerung der allgemeinen Leistungsfähigkeit hielten mit der Verbesserung der Ausrüstung Schritt. Der französischen Armee stand keine derartige Entfaltung und Verbesserung offen. Sie wurde auf jedem Gebiet überholt. Im Jahr 1935 hätte Frankreich auch ohne die Hilfe seiner früheren Verbündeten fast ohne ernstesten Kampf in Deutschland einmarschieren und

es wieder besetzen können. Auch 1936 stand seine weit überlegene Stärke noch äusser Zweifel. Aus deutschen Enthüllungen wissen wir heute, dass diese Lage im Jahr 1938 immer noch bestand, und die Kenntnis seiner Schwäche veranlasste das deutsche Oberkommando, sein Äusserstes zu tun, um Hitler von jedem einzelnen seiner erfolgreichen Schläge abzubringen, die seinen Ruhm steigerten. Im Jahr nach München, mit dem wir uns jetzt befassen, näherte sich die deutsche Armee ihrer vollen Schlagkraft, obwohl sie an ausgebildeten Reserven noch immer schwächer war als die französische Armee. Da das deutsche Heer auf einer Bevölkerung beruhte, die doppelt so gross wie diejenige Frankreichs war, bedeutete es nur eine Frage der Zeit, wann es in jeder Hinsicht überlegen sein würde. Auch stimmungsmässig waren die Deutschen im Vorteil. Das Bewusstsein, einen Alliierten im Stiche gelassen zu haben, besonders wenn das aus Furcht vor dem Krieg geschehen ist, muss den Kampfgeist einer Armee untergraben. Das Gefühl, dass man dem Druck des Gegners nachgeben muss, wirkt niederschmetternd auf Offiziere und Mannschaften. Während auf deutscher Seite Vertrauen, Erfolg und das Hochgefühl wachsender Macht die kriegerischen Instinkte des Volkes anfeuerten, musste das Eingeständnis der Schwäche bei den französischen Soldaten jeder Rangstufe entmutigend wirken.

*

Nur auf einem lebenswichtigen Gebiet holten wir allmählich die Deutschen ein und verschafften uns eine bessere Position. Im Jahre 1938 hatte man eben damit angefangen, die älteren britischen Doppeldecker, wie die «Gladiator», durch die modernen Typen «Hurricane» und später «Spitfire» zu ersetzen. Im September 1938 verfügten wir erst über fünf Geschwader, die aus «Hurricanes» bestanden. Überdies hatte man die Reserven und die Ersatzteillager der älteren Modelle nicht mehr aufgefüllt, da sie demnächst wertlos werden mussten. Die Deutschen waren uns bei der Einführung moderner Jagdflugzeuge weit voraus. Sie verfüg-

ten bereits über eine grössere Zahl von «Me 109», gegen die unsere älteren Flugzeuge im Kampf übel abgeschnitten hätten. Im Laufe des Jahres 1939 verbesserte sich unsere Lage dadurch, dass mehr Geschwader aufgestellt wurden. Im Juli besaßen wir 26 Geschwader moderner, mit acht Maschinengewehren bewaffneter Jagdflugzeuge, wobei es allerdings noch nicht möglich gewesen war, ausreichende Reserven und Ersatzteile bereitzustellen. Im Juli 1940, beim Ausbruch der Schlacht um England, verfügten wir durchschnittlich über 47 moderne Jagdgeschwader.

Auf deutscher Seite erhöhten sich die Zahlen wie folgt:

1938	Bomber	1466
	Jagdflugzeuge	920
1939	Bomber	1553
	Jagdflugzeuge	1090
1940	Bomber	1558
	Jagdflugzeuge	1290

Tatsächlich hatte Deutschland schon vor Kriegsausbruch seine Luftrüstungen mengen- und qualitätsmässig fast abgeschlossen. Wir setzten fast zwei Jahre später ein. Von 1939 bis 1940 steigerten die Deutschen ihre Luftwaffe nur noch um 20 Prozent, während wir in der gleichen Zeit 80 Prozent mehr moderne Jagdflugzeuge bauen konnten. Im Jahr 1938 bestand bei uns ein trauriger Mangel an Qualität, und obwohl wir bis 1939 den Rückstand schon etwas ausgeglichen hatten, waren wir noch immer in einer verhältnismässig ungünstigeren Lage als im Jahr 1940, in dem wir auf die Probe gestellt wurden.

Es hätte im Jahr 1938 zu Fliegerangriffen auf London kommen können, für die wir jämmerlich schlecht vorbereitet gewesen wären. An eine entscheidende Luftschlacht um England war aber nicht zu denken, bevor die Deutschen Frankreich und die Niederlande besetzt und sich damit die erforderlichen Basen in nächster Nähe unserer Küste gesichert hatten. Ohne diese Basen hätten sie mit den damaligen Jagdflugzeugen ihren Bombern nicht den erforderlichen Schutz gewähren können. Die

deutschen Heere wären aber im Jahre 1938 oder 1939 nicht imstande gewesen, die Franzosen zu schlagen.

Die grossen Massen von Panzerwagen, mit denen sie die französische Front zertrümmerten, entstanden erst 1940; angesichts der französischen Überlegenheit im Westen und eines unbesiegten Polen im Osten hätten die Deutschen sicherlich nicht ihre gesamte Luftmacht gegen England konzentrieren können, wie sie es später tun konnten, als Frankreich zur Übergabe gezwungen worden war. Die Stellungnahme Russlands und ein eventueller Widerstand der Tschechoslowakei sind dabei nicht berücksichtigt. Ich habe es für angebracht gehalten, die Verhältniszahlen der Luftmacht für die erwähnte Zeitspanne wiederzugeben; sie können aber in keiner Weise die früher niedergelegten Schlussfolgerungen ändern.

Aus all diesen Gründen verschlechterte die einjährige Atempause, die man angeblich in München «gewonnen» hatte, die Stellung Englands und Frankreichs gegenüber Deutschland in ganz erheblichem Mass.

*

Schliesslich muss man sich die atemraubende Tatsache vor Augen halten, dass Hitler in dem einen Jahre 1938 6'750'000 Österreicher und 3'500'000 Sudetendeutsche dem Deutschen Reich einverleibt und unter seine absolute Herrschaft gezwungen hatte, im Ganzen mehr als zehn Millionen Untertanen, Werktätige und Soldaten. Die gefürchtete Waage des Schicksals hatte sich in der Tat auf seine Seite gesenkt.

KAPITEL XIX

PRAG, ALBANIEN UND DIE GARANTIE AN POLEN

Januar bis April 1939

Chamberlains Besuch in Rom – Deutsche Truppenkonzentrationen gegen die Tschechoslowakei – Optimismus bei den Ministern – Hitler marschiert in die Tschechoslowakei ein – Chamberlains Rede in Birmingham – Völliger Umschwung in der Politik – Mein Brief an den Premierminister vom 31. März – Vorschlag der Sowjetregierung zu einer Sechsmächtekonferenz – Die britische Garantie an Polen – Ein Gespräch mit Oberst Beck – Die italienische Landung in Albanien am 7. April 1939 – Fehlerhafte Dispositionen der britischen Mittelmeerflotte – Meine Rede im Unterhaus am 13. April – Mein Brief an Lord Halifax – Besprechung zwischen Göring, Mussolini und Ciano über Kriegsmassnahmen – Strategische Vorteile der Annexion der Tschechoslowakei für Deutschland – Die britische Regierung führt die Wehrpflicht ein – Schwächliche Haltung der Labour- und der liberalen Opposition – Agitation für eine nationale Regierung in England – Sir Stafford Cripps' Appell – Stanleys Rücktrittsangebot

CHAMBERLAIN war weiterhin der Ansicht, dass er nur persönlichen Kontakt mit den Diktatoren herzustellen brauche, um eine wesentliche Besserung der Weltlage zu erzielen. Er ahnte nicht, dass sie ihre Beschlüsse schon gefasst hatten. In hoffnungsvoller Stimmung schlug er vor, sich im Januar mit Lord Halifax nach Italien zu begeben. Nach einigem Aufschub erfolgte eine Einladung, und am 11. Januar fand die Zusammenkunft statt. Es ist beschämend, die Kommentare in Cianos Tagebuch zu lesen, die hinter den italienischen Kulissen über unser Land und seine Vertreter gemacht wurden. «Im Ganzen», schreibt Ciano,

«war der Besuch auf Moll gestimmt ... Ein wirklicher Kontakt kam nicht zustande. Wie weit sind wir von diesen Leuten entfernt! Es ist eine andere Welt. Nach dem Essen sprachen wir mit dem Duce darüber. ‚Diese Männer‘, sagte Mussolini, ‚sind nicht mehr aus demselben Stoff gemacht wie Francis Drake und die anderen prächtigen Abenteurer, die das Weltreich geschaffen haben. Sie sind letzten Endes die müden Söhne aus einer langen Reihe reicher Generationen‘ ...» «Die Engländer», schreibt Ciano, «wollen nicht kämpfen ... Sie versuchen so langsam wie möglich zurückzuweichen, aber kämpfen wollen sie nicht ... Unsere Unterredungen mit den Engländern sind zu Ende. Es wurde nichts erreicht. Ich habe mit Ribbentrop telephoniert und ihm gesagt, dass es ein Fiasko war, gänzlich ohne Bedeutung ...» «Chamberlains Augen füllten sich mit Tränen, als der Zug abfuhr und seine Landsleute zu singen begannen ‚For he’s a jolly good fellow‘. ‚Was bedeutet dieses Liedchen?‘ fragte Mussolini ...» Und vierzehn Tage später: «Lord Perth hat uns zur Begutachtung den Entwurf der Rede unterbreitet, die Chamberlain im Unterhaus halten wird, damit wir nötigenfalls Änderungen vorschlagen können. Der Duce billigte sie und äusserte sich dazu: ‚Dies ist meines Wissens das erstmal, dass der Chef der britischen Regierung einer fremden Regierung den Entwurf einer seiner Reden unterbreitet hat. Das ist ein schlechtes Zeichen für England.‘¹ Immerhin waren es zuletzt Ciano und Mussolini, die ihrem Verderben entgegengingen.

Unterdessen war Ribbentrop am 18. Januar in Warschau, um die diplomatische Offensive gegen Polen zu eröffnen. Auf die Einverleibung der Tschechoslowakei sollte die Umzingelung von Polen folgen. Als erster Schritt sollte durch die Errichtung der deutschen Souveränität über Danzig und durch die Ausdehnung der deutschen Herrschaft in der Ostsee bis zum lebenswichtigen litauischen Hafen Memel Polen vom Meer abgeschnitten werden. Polen setzte diesem Druck starken Widerstand entgegen, und Hitler wartete auf die für den Krieg günstige Jahreszeit.

¹ Ciano, *Tagebücher*, S. 23 ff, 29.

In der zweiten Märzwoche verbreiteten sich Gerüchte über Truppenbewegungen in Deutschland und Österreich, vor allem im Gebiet von Wien und Salzburg. Vierzig deutsche Divisionen, hiess es, seien mobilisiert. Im Vertrauen auf deutsche Unterstützung planten die Slowaken die Loslösung ihres Gebietes von der tschechoslowakischen Republik. Oberst Beck war erleichtert, den teutonischen Wind in anderer Richtung blasen zu sehen, und gab in Warschau eine öffentliche Erklärung ab, dass seine Regierung mit den Bestrebungen der Slowaken sympathisiere. Pater Tiso, der Führer der Slowaken, wurde von Hitler in Berlin mit allen einem Ministerpräsidenten zukommenden Ehren empfangen. Als Chamberlain am 12. im Parlament über die Garantie der tschechoslowakischen Grenze befragt wurde, erinnerte er das Unterhaus daran, dass dieser Vorschlag sich gegen einen unprovokierten Angriff gerichtet habe. Ein solcher Angriff habe bisher nicht stattgefunden. Er brauchte nicht mehr lange darauf zu warten.

*

In diesen Märztagen hatte eine Welle von unsinnigem Optimismus den britischen Schauplatz überflutet. Trotz den wachsenden Spannungen, die sich in der Tschechoslowakei unter intensivem deutschem Druck von aussen und innen entwickelten, verloren die Minister und Zeitungen, die mit dem Münchner Abkommen übereinstimmten, nicht das Vertrauen in die Politik, auf welche sie das Land festgelegt hatten. Sogar die Abtrennung der Slowakei als Resultat beständiger Nazi-Intrigen und die augenscheinlichen Truppenbewegungen in Deutschland hinderten den Innenminister nicht, am 10. März vor seinen Wählern von seinen Hoffnungen auf einen Fünfjahres-Friedensplan zu sprechen, der allmählich ein goldenes Zeitalter herbeiführen werde. Der Plan für einen Wirtschaftsvertrag mit Deutschland wurde immer noch zuversichtlich diskutiert. Die berühmte Zeitschrift *Punch* brachte eine Karikatur von John Bull, der mit einem Seufzer der Erleichterung aus einem Alptraum

erwacht, während alle die bösen Gerüchte, Phantasiegebilde und unheilvollen Ahnungen der Nacht zum Fenster hinausfliegen. An demselben Tag, an dem diese Zeichnung erschien, übermittelte Hitler sein Ultimatum an die schwankende tschechische Regierung, die durch die Münchner Beschlüsse ihrer Festungslinie beraubt war. Deutsche Truppen marschierten in Prag ein und errichteten, ohne auf Widerstand zu stoßen, ihre vollständige Herrschaft über den Staat. Ich erinnere mich, dass ich mit Eden im Rauchzimmer des Unterhauses sass, als die Abendblätter mit diesen Nachrichten erschienen. Selbst diejenigen, die, wie wir, sich keinen Illusionen hingeeben und ihre Meinung mit allem Nachdruck ausgesprochen hatten, wurden von der plötzlichen Gewaltigkeit dieses Angriffs überrascht. Es war kaum zu glauben, dass die britische Regierung mit allen ihren Geheiminformationen so wenig im Bilde sein konnte. Am 14. März ging die Auflösung und Unterjochung der Tschechoslowakischen Republik vor sich. Die Slowaken erklärten in aller Form ihre Unabhängigkeit. Von Polen heimlich unterstützte ungarische Truppen drangen in die östliche Provinz der Tschechoslowakei, Karpathenland, ein und beanspruchten sie für sich. Hitler traf in Prag ein und proklamierte das deutsche Protektorat über die Tschechoslowakei, die damit dem Reich einverleibt wurde.

Am 15. März sah sich Chamberlain genötigt, dem Unterhaus folgende Mitteilung zu machen: «Die Besetzung Böhmens durch deutsche Streitkräfte begann heute Morgen um sechs Uhr. Die tschechische Regierung hat die Bevölkerung angewiesen, keinen Widerstand zu leisten!» Dann gab er die Erklärung ab, dass die der Tschechoslowakei gegebene Garantie seines Erachtens keine Gültigkeit mehr besitze. Fünf Monate zuvor, nach München, hatte der Dominienminister, Sir Thomas Inskip, über diese Garantie geäußert: «Die Regierung Seiner Majestät fühlt sich der Tschechoslowakei gegenüber moralisch verpflichtet, die Garantie einzuhalten – [als wäre sie formell in Kraft] ... Im Fall eines unprovokierten Angriffs gegen die Tschechoslowakei wäre die Regierung Seiner Majestät daher sicherlich gebunden, alle in ihrer Macht lie-



genden Schritte zu tun, um dafür zu sorgen, dass die Integrität der Tschechoslowakei erhalten bliebe.» «Dies», sagte der Premierminister, «war die Lage bis zum gestrigen Tag. Aber die Lage hat sich verändert, seit der slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärte. Mit einer solchen Erklärung machte sich der Staat, dessen Grenzen zu garantieren wir uns anerboten hatten, durch innere Spaltung selbst ein Ende, und die Regierung Seiner Majestät kann sich demgemäss nicht als durch diese Verpflichtung gebunden betrachten.»

Das schien entscheidend zu sein. «Es ist selbstverständlich», schloss er, «dass ich das Vorgefallene bitter bedaure, aber wir dürfen uns dadurch nicht von unserm Kurs abbringen lassen. Wir wollen uns daran erinnern, dass die Sehnsucht aller Völker der Welt weiterhin auf die Friedenshoffnungen konzentriert bleibt.»

Zwei Tage später hatte Chamberlain eine Rede in Birmingham zu halten. Ich erwartete mit Bestimmtheit, dass er sich mit soviel Eleganz wie nur möglich mit dem Geschehenen abfinden würde. Das hätte im Einklang mit seiner Erklärung im Unterhaus gestanden. Ich stellte mir sogar vor, er würde für die Regierung das Verdienst in Anspruch nehmen, dass er durch seine Voraussicht in München Grossbritannien vom Schicksal der Tschechoslowakei und sogar Mitteleuropas entscheidend gelöst habe. «Welch glückliche Fügung», hätte er sagen können, «dass wir uns im letzten September entschlossen, uns nicht in den kontinentalen Streit hineinziehen zu lassen! Wir sind nun frei, diese Streitigkeiten zwischen Ländern, die keine Bedeutung für uns haben, ohne Einbusse an Gut oder Blut in Ordnung kommen zu lassen.» Das wäre letzten Endes ein logischer Entschluss gewesen, der sich aus der in München gebilligten Zerstückelung der Tschechoslowakei ergeben hätte und von der Mehrheit des britischen Volkes angenommen worden wäre, soweit es die Vorgänge verstand. Das war auch die Ansicht von einigen der über-

zeugtesten Befürworter des Münchner Abkommens. Ich sah daher der Erklärung in Birmingham von vornherein mit Verachtung entgegen.

Die Reaktion des Premierministers überraschte mich. Er hatte sich eingebildet, dass er eine besondere Kenntnis von Hitlers Charakter habe und die Fähigkeit besitze, mit Scharfblick die Grenzen des deutschen Vorgehens ermessen zu können. Er glaubte und hoffte, dass in München eine wirkliche Begegnung der Geister stattgefunden habe, und dass er, Hitler und Mussolini die Welt gemeinsam vor den unendlichen Schrecken des Krieges gerettet hätten. Plötzlich wurde sein Vertrauen und alles, was er mit seinem Vorgehen und seinen Auffassungen aufgebaut hatte, mit einem Schlag vernichtet. Bei aller Verantwortung, die er für die schwerwiegenden Fehlurteile trug, indem er sich hatte täuschen lassen und seine Irrtümer den ihm untergeordneten Kollegen und der unsehligen öffentlichen Meinung Englands aufgezwungen hatte, drehte er doch von einem Tag auf den andern seiner Vergangenheit den Rücken. Wenn Chamberlain Hitler nicht richtig erkannte, so unterschätzte Hitler vollständig den Charakter des britischen Premiers. Er betrachtete sein zivilistisches Gebaren und seine leidenschaftliche Friedenssehnsucht irrtümlicherweise als erschöpfende Deutung seiner Persönlichkeit und hielt den Regenschirm für sein Symbol. Er erfasste nicht, dass Neville Chamberlain einen äusserst harten Kern besass und sich nicht gerne betrügen liess.

Die Rede in Birmingham schlug eine neue Saite an. «Sein Ton», sagt sein Biograph, «war ganz verwandelt ... Tiefere Einblicke und eindringliche Vorstellungen hatten ihn über die Meinung des Unterhauses, des Volkes und der Dominien unterrichtet, so dass er auf die längst vorbereitete Rede über interne Fragen und Sozialfürsorge verzichtete und den Stier bei den Hörnern packte.» Er warf Hitler einen flagranten persönlichen Wortbruch über das Münchner Abkommen vor. Er zitierte sämtliche Zusicherungen, die Hitler gegeben hatte. «Das ist der letzte territoriale Anspruch, den ich in Europa zu stellen habe.» «Ich werde mich nicht mehr für den tschechischen Staat interessieren und ich kann dafür

garantieren. Wir wollen keine Tschechen mehr haben.» «Ich bin überzeugt», sagte der Premier, «dass nach München die grosse Mehrheit des britischen Volkes meinen ehrlichen Wunsch teilte, diese Politik weiter zu verfolgen; aber heute teile ich ihre Enttäuschung, ihre Empörung darüber, dass diese Hoffnungen so leichtsinnig zerschlagen wurden. Wie lassen sich die Ereignisse dieser Woche mit den Zusicherungen vereinbaren, die ich Ihnen vorgelesen habe?»

«Wessen Herz würde sich nicht voller Teilnahme dem stolzen, tapferen Volk zuwenden, das so plötzlich diese Invasion erlebte, dessen Freiheiten geschmälert werden, dessen nationale Unabhängigkeit vernichtet ist... Man sagt uns nun, dass diese Gebietsaneignung durch Unruhen in der Tschechoslowakei nötig wurde... Wenn Aufruhr bestand, war er nicht von aussen geschürt worden? ... Ist dies der letzte Angriff auf einen Kleinstaat oder sollen ihm noch weitere folgen? Ist dies nicht tatsächlich ein Schritt in der Richtung eines Versuches, die Welt mit Gewalt zu beherrschen?»

Man kann sich nicht leicht einen grösseren Widerspruch zu der Stimmung und der politischen Haltung vorstellen, die zwei Tage zuvor die Erklärung des Premiers im Unterhaus gekennzeichnet hatten. Er musste eine Zeit intensivster Spannung durchlebt haben. Am 15. hatte er gesagt: «Wir dürfen uns nicht von unserm Kurs abbringen lassen.» Dies aber war ein «Rechtsumkehr».

Chamberlains Gesinnungsumschwung beschränkte sich nicht auf Worte. Der nächste «Kleinstaat» auf Hitlers Liste war Polen. Wenn man die Tragweite des Entschlusses bedenkt und in Betracht zieht, wie viele Leute zu Rate gezogen werden mussten, so bedeutete das eine sehr geschäftige Zeit. Innerhalb von vierzehn Tagen (am 31. März) sagte der Premierminister im Parlament:

Ich habe jetzt das Haus davon in Kenntnis zu setzen, dass ... im Falle einer Handlung, durch die Polens Unabhängigkeit deutlich gefährdet würde, und der mit Waffengewalt entgegenzutreten die polnische Regie-

rung demnach für lebensnotwendig hielt, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühlen würde, der polnischen Regierung unverzüglich alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren. Sie hat der polnischen Regierung eine Zusicherung in diesem Sinne erteilt.

Ich möchte hinzufügen, dass die französische Regierung mich zu der Erklärung ermächtigt hat, sie nehme in dieser Angelegenheit die gleiche Stellung ein wie die britische ... Und später: «Die Dominien sind in vollem Umfang auf dem Laufenden gehalten worden.»

Es war nicht der Augenblick, um Vorwürfe über das Vergangene zu erheben. Die Garantieerklärung an Polen wurde von den Führern aller Parteien und Gruppen im Unterhaus gutgeheißen. «Gott stehe uns bei, wir können nicht anders», sagte ich dazu. An dem Punkte, den wir erreicht hatten, war es ein notwendiger Schritt. Aber niemand, der die Lage erfasste, konnte daran zweifeln, dass er aller menschlichen Voraussicht nach einen grossen Krieg bedeutete, in den auch wir verwickelt werden mussten.

*

Die traurige Erzählung von verfehlten Urteilen, die sich wohlmeinende und fähige Leute bildeten, erreicht nun ihren Höhepunkt. Dass wir alle in diese Lage kamen, wirft auf die Verantwortlichen, wie ehrenhaft ihre Motive auch sein mochten, vor dem Urteil der Geschichte einen schweren Schatten. Ein kurzer Rückblick zeigt, was wir nach und nach hingenommen oder verschleudert hatten. Ein durch feierlichen Vertrag entwaffnetes Deutschland; ein durch den Bruch des feierlichen Vertrags wieder aufgerüstetes Deutschland; die Preisgabe der Überlegenheit und sogar der Parität in der Luft; das Rheinland gewaltsam besetzt und die Siegfriedlinie erbaut oder im Bau; die Bildung der Achse Berlin-Rom; Österreich vom Deutschen Reich verschlungen und verdaut; die Tschechoslowakei im Stich gelassen und durch den Münchner Pakt ruiniert; ihre Festungslinie in deutschen Händen; ihr mächtiges Rüstungswerk

Skoda von nun an Lieferant für das deutsche Heer; Präsident Roosevelts Versuch, die Lage in Europa durch Intervention der Vereinigten Staaten zu stabilisieren oder zu regeln, mit einer Hand beiseitegeschoben, auf der andern Seite die unzweifelhafte Bereitschaft Sowjetrusslands zum Anschluss an die Westmächte und zum Einsatz aller Mittel für die Rettung der Tschechoslowakei ignoriert; das Gewicht von 35 tschechischen Divisionen gegen die immer noch unfertige deutsche Armee verschleudert, während Grossbritannien selbst nur zwei Divisionen zur Stärkung der Front in Frankreich ins Feld stellen konnte – das war die Bilanz der letzten Jahre.

Und nun, da jedes dieser Hilfsmittel und jeder dieser Vorteile vergeudet und vertan worden ist, tritt Grossbritannien vor und führt Frankreich an der Hand, um die Integrität Polens zu garantieren – desselben Polens, das sich vor erst sechs Monaten mit einem Hyänenhunger an der Plünderung und Zerstörung des tschechoslowakischen Staates beteiligt hatte. Als das deutsche Heer 1938 kaum ein halbes Dutzend ausgebildeter Divisionen an die Westfront stellen konnte, als die Franzosen mit fast sechzig oder siebzig Divisionen sicherlich über den Rhein oder in die Ruhr hätten vorstossen können, da hatte es einen Sinn, für die Tschechoslowakei zu kämpfen. Aber das galt damals als unvernünftig, kopflos, als unter dem Stand moderner intelligenter Denkweise und Moral. Jetzt endlich erklärten sich die beiden westlichen Demokratien bereit, ihr Leben für die territoriale Integrität Polens aufs Spiel zu setzen. Die Geschichte, von der man sagt, sie sei vor allem ein Bericht über die Verbrechen, Torheiten und Nöte der Menschheit, durchsucht man vergeblich nach einer Parallele zu diesem plötzlichen und vollständigen Richtungswechsel einer Politik, die seit fünf oder sechs Jahren bequeme, versöhnliche Befriedung anstrebte und dann fast über Nacht die Bereitschaft entwickelte, einen offensichtlich nahe bevorstehenden Krieg von grösstem Ausmass und unter den allerschlimmsten Umständen auf sich zu nehmen.

Wie konnten wir überdies Polen schützen oder unsere Garantie verwirklichen? Nur durch eine Kriegserklärung an Deutschland und durch

einen Angriff auf den inzwischen stärker gewordenen Westwall und auf eine deutsche Armee, die weit mächtiger war als im September 1938, als wir vor ihr zurückgewichen waren. Das sind Marksteine auf dem Weg ins Verhängnis. Das ist eine Liste von Kapitulationen vor der stets zunehmenden deutschen Macht, zuerst, als alles leicht war, und später, als die Dinge schwieriger wurden. Aber nun war es endlich mit der britischen und französischen Nachgiebigkeit vorbei. Endlich war es zu einer Entscheidung gekommen, im ungünstigsten Augenblick und unter den unbefriedigendsten Verhältnissen, zu einer Entscheidung, die mit Gewissheit zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen musste. Mit Bewusstsein und mit dem raffinierten Geschick, immer das Falsche zu tun, waren alle Trümpfe unbedacht verscherzt worden; jetzt musste man die Sache des Rechts in einem tödlichen Kampf aufs Spiel setzen. Wenn man für das Recht nicht kämpfen will, solange man ohne Blutvergiessen mühelos siegen kann, wenn man nicht kämpfen will, solange der Sieg gewiss und nicht zu kostspielig wäre, dann kann der Augenblick eintreten, dass man kämpfen muss, wenn alle Bedingungen ungünstig sind und nur geringe Aussicht besteht, mit dem Leben davonzukommen. Es mag sogar ein noch schlimmerer Fall eintreten. Man kann kämpfen müssen, wenn es keine Hoffnung auf Sieg mehr gibt, weil es besser ist, unterzugehen, als in Knechtschaft zu leben.

*

Die Rede in Birmingham brachte mich Chamberlain viel näher; ich schrieb ihm:

Ich möchte den Vorschlag wiederholen, den ich Ihnen gestern Nachmittag im Vorsaal machte, dass die Fliegerabwehr von nun an auf volle Bereitschaft gebracht werden sollte. Eine solche Massnahme kann nicht als aggressiv gelten, aber sie würde den Ernst der Schritte unterstreichen, welche die Regierung Seiner Majestät auf dem Kontinent unternimmt. Die Einberufung dieser Offiziere und Mannschaften würde ihre Leistungsfähigkeit mit jedem Tag ihres gemeinsamen Dienstes steigern. Die

Wirkung im Land würde eher in Vertrauen als in Beunruhigung bestehen. Aber vor allem beschäftigt mich, wie Hitler es auffassen würde. Er muss in diesen Augenblicken intensivster Anspannung ausgesetzt sein. Er weiss, dass wir eine Koalition zu bilden suchen, um seiner weiteren Aggressionspolitik Schranken zu setzen. Einem solchen Menschen ist alles zuzutrauen. Die Versuchung eines überraschenden Angriffs auf London oder auf die Flugzeugfabriken, um die ich noch besorgter bin, würde beseitigt, wenn bekannt würde, dass alles bereit ist. Tatsächlich wäre dann keine Überraschung mehr möglich, und damit fiel der Anreiz, für die grössten Gewalttätigkeiten dahin, und es könnten vorsichtigere Überlegungen durchdringen.

Im August 1914 überredete ich Asquith, mich die Flotte nach dem Norden entsenden zu lassen, damit sie die Strasse von Dover und die Meerengen passieren könnte, *bevor* die diplomatische Lage hoffnungslos würde. Mir scheint, dass die Bemannung der Fliegerabwehr nun eine ganz ähnliche Rolle spielt, und ich hoffe. Sie sind damit einverstanden, dass ich Ihnen dies unterbreite.

*

Die Polen hatten Teschen durch ihre schändliche Haltung bei der Auflösung des tschechoslowakischen Staates gewonnen. Sie sollten bald bitter dafür bezahlen müssen. Am 21. März, als Ribbentrop den polnischen Gesandten in Berlin, Lipski, sprach, schlug er einen schärferen Ton an als in früheren Unterredungen. Die Besetzung Böhmens und die Bildung des Satellitenstaates Slowakei führte das deutsche Heer an die südlichen Grenzen von Polen. Lipski erklärte Ribbentrop, die polnischen Bürger könnten nicht verstehen, weshalb das Reich das Protektorat über die Slowakei übernommen habe, da dieses Protektorat gegen Polen gerichtet sei. Er stellte auch Fragen über die vor Kurzem zwischen Ribbentrop und dem litauischen Aussenminister geführten Gespräche. Ging es gegen Memel? Er empfing die Antwort zwei Tage später (am 23. März). Deutsche Truppen besetzten Memel.

Die Möglichkeiten, irgendeinen Widerstand gegen die deutsche Aggression in Osteuropa zu organisieren, waren nun beinahe erschöpft. Ungarn war im deutschen Lager. Polen hatte sich von den Tschechen abgewendet und war nicht gewillt, eng mit Rumänien zusammenzuar-

beiten. Weder Polen noch Rumänien gestatteten eine russische Intervention gegen Deutschland durch ihr Gebiet. Der Schlüssel zu einer Grossallianz lag in einer Verständigung mit Russland. Am 19. März schlug die russische Regierung, die von allen diesen Vorgängen nah berührt wurde, eine Sechsmächtekonferenz vor, obwohl man sie in der Münchener Krise vor der Türe hatte stehen lassen. Auch über diesen Punkt hatte Chamberlain entschiedene Ansichten. Am 26. März schrieb er in einem Privatbrief:

Ich muss bekennen, dass ich Russland mit tiefstem Misstrauen gegenüberstehe. Ich halte nicht das geringste von seiner Fähigkeit, eine wirksame Offensive durchzuführen, selbst wenn es den Willen dazu hätte. Und ich misstrauere seinen Absichten, die mir nichts mit unserer Auffassung von Freiheit gemeinsam zu haben und nur darauf hinzuzielen scheinen, alle anderen untereinander zu entzweien. Überdies ist es bei vielen der kleinen Staaten, besonders Polen, Rumänien, Finnland verhasst und wird beargwöhnt¹.

Der sowjetische Vorschlag einer Sechsmächtekonferenz wurde daher kalt aufgenommen und fallengelassen.

Die Aussichten, Italien von der Achse abzubringen, die eine so grosse Rolle in den offiziellen britischen Berechnungen gespielt hatten, schwanden ebenfalls dahin. Am 26. März hielt Mussolini eine heftige Rede, worin er italienische Ansprüche an Frankreich im Mittelmeerraum geltend machte. Im geheimen schmiedete er Pläne zur Ausdehnung des italienischen Einflusses im Balkan und in der Adria, als Gegengewicht gegen das deutsche Vorrücken in Mitteleuropa. Seine Pläne zum Einmarsch in Albanien waren nun bereit.

Am 29. März verkündete Chamberlain im Parlament die beabsichtigte Verdoppelung der Territorialarmee, die auf dem Papier eine Zunahme um 210'000 Mann (ohne Ausrüstung) umfasste. Am 3. April gab Keitel, Hitlers Generalstabschef, die geheime «Richtlinie für die Wehrmacht, 1939-40» mit Bezug auf Polen heraus – «Fall Weiss» war die Deckbe-

¹ Felling, *Life of Neville Chamberlain*, S. 403.

zeichnung. Der Führer fügte folgende Anweisungen hinzu: «Die Vorbereitungen müssen derart getroffen werden, dass die Operationen vom 1. September an jederzeit durchgeführt werden können.»

*

Am 4. April lud mich die Regierung zu einem Frühstück im Savoy ein zu Ehren von Oberst Beck, dem polnischen Aussenminister, der zu einem wichtigen offiziellen Besuch eingetroffen war. Ich hatte ihn im vorhergehenden Jahr an der Riviera kennengelernt und mit ihm allein gegessen. Ich fragte ihn nun: «Werden Sie in Ihrem Sonderzug unbehelligt durch Deutschland nach Polen zurückgelangen?» Er antwortete: «Ich glaube, soviel Zeit wird uns noch bleiben.»

*

Wir standen nun vor einer neuen Krise.

Am 7. April 1939 landeten im Morgengrauen italienische Streitkräfte in Albanien und überwältigten das Land nach kurzem Kampf. So, wie die Tschechoslowakei die Basis für den Angriff auf Polen sein sollte, war Albanien als Sprungbrett für ein italienisches Vorgehen gegen Griechenland und für die Neutralisierung Jugoslawiens gedacht. Die britische Regierung hatte im Interesse des Friedens schon in Nordosteuropa Verpflichtungen auf sich genommen. Wie stand es mit der Bedrohung, die sich im Südosten entwickelte? Das Fahrzeug des Friedens begann an allen Ecken und Enden leck zu werden.

Am 9. April schrieb ich an den Premierminister:

Hoffentlich wird das Parlament spätestens am Dienstag einberufen, und ich möchte Ihnen in diesem Brief sagen, wie sehr ich hoffe, dass die Erklärungen, die Sie werden abgeben können, dieselbe einmütige Front zu bilden vermögen wie im Fall des polnischen Abkommens.

Es scheint mir allerdings nun jede Stunde zu zählen. Es ist dringend nötig, dass wir die Initiative in der Diplomatie wieder gewinnen. Dies lässt sich nicht mehr durch Erklärungen oder durch ein Abrücken vom

britisch-italienischen Abkommen oder durch die Abberufung unseres Botschafters erreichen.

In den Sonntagsblättern wird offen erklärt, dass wir Griechenland und der Türkei eine Garantie anbieten. Gleichzeitig bemerke ich, dass mehrere Zeitungen von einer Besetzung Korfus durch die britische Flotte sprechen. Wenn dieser Schritt schon getan wäre, würde er die sicherste Aussicht zur Friedenserhaltung bieten. Wenn Korfu nicht durch uns genommen wird, natürlich mit griechischem Einverständnis, so glaube ich, dass nach der öffentlichen Erwägung dieses Gedankens in der Presse und in Anbetracht der dringenden Erfordernisse der Lage Korfu rasch durch Italien genommen würde. Die Rückeroberung wäre dann unmöglich. Sind aber wir zuerst dort, so würde eine Attacke auf sogar nur wenige britische Schiffe Mussolini vor den Beginn eines Angriffskrieges gegen England stellen. Diese direkte Folge eröffnet sämtlichen Kräften in Italien, die gegen einen Krieg mit England sind, die besten Möglichkeiten. So wenig dieser Schritt die jetzt bestehenden ernststen Gefahren verschärfen kann, so sehr vermindert er sie. Aber die Durchführung sollte noch heute abend geschehen.

Es geht nun um nichts Geringeres als um die gesamte Balkanhalbinsel. Wenn diese Staaten dem deutschen und italienischen Druck ausgesetzt bleiben, während wir, so wie sie es auslegen können, handlungsunfähig zu sein scheinen, werden sie gezwungen, die bestmöglichen Bedingungen von Berlin und Rom anzunehmen. Auf welchem verlorenem Posten stehen wir dann! Wir werden wegen Polen festgelegt sein und dadurch in Osteuropa verwickelt werden, während wir gleichzeitig jede Hoffnung auf die grosse Allianz zunichte machen, die, wenn sie einmal gebildet wäre, Rettung bringen könnte.

Ich schreibe das Obenstehende ohne Kenntnis der gegenwärtigen Position unserer Mittelmeerflotte, die selbstverständlich in einer geeigneten, aber nicht zu nahen Stellung *auf See* konzentriert sein sollte.

Tatsächlich war die britische Mittelmeerflotte zerstreut. Von unseren fünf Grosskampfschiffen war eines in Gibraltar, ein anderes im östlichen Mittelmeer, und die restlichen drei lungerten innerhalb oder ausserhalb weit auseinanderliegender italienischer Häfen herum, wobei zwei nicht von ihren Zerstörern gedeckt waren. Die Zerstörerflottillen selbst waren den europäischen und afrikanischen Küsten entlang verstreut, und eine

grosse Anzahl Kreuzer drängte sich im Hafen von Malta, ohne den Schutz der mächtigen Fliegerabwehrbatterien der Schlachtschiffe. Zur selben Zeit, da man eine solche Zerstreung der Flotte zulies, wusste man, dass sich die italienische Flotte in der Strasse von Otranto konzentrierte und dass Truppen zusammengezogen und für irgendein ernstes Unternehmen eingeschifft wurden.

Ich tadelte diese fahrlässigen Dispositionen am 13. April im Unterhaus:

Die britische Gewohnheit des Wochenendes, die grosse Wichtigkeit, welche die Engländer den mit kirchlichen Feiertagen zusammenfallenden Ferien beimessen, wird im Ausland beachtet. Der Karfreitag war auch der erste Tag, nachdem das Parlament auseinandergegangen war. Es war ebenfalls bekannt, dass die britische Flotte an diesem Tag in altgewohnter Weise ein lange vorher angekündigtes Programm durchführte. Sie würde also in alle Richtungen zerstreut sein ... Ich kann mir denken, dass man das albanische Abenteuer nie unternommen hätte, wenn unsere Flotte konzentriert gewesen wäre und in den südlichen Teilen des Jonischen Meeres gekreuzt hätte ...

Nach fünfundzwanzigjähriger Erfahrung in Krieg und Frieden halte ich den britischen Geheimdienst in seiner Art für den besten der Welt. Und doch haben wir erlebt, sowohl im Falle der Unterwerfung Böhmens wie bei der Invasion Albaniens, dass die Minister der Krone offenbar keine Ahnung hatten, was geschehen würde, oder jedenfalls nicht von der Richtigkeit ihrer Informationen überzeugt waren. Ich kann nicht glauben, dass dies die Schuld des britischen Geheimdienstes ist.

Wie war es möglich, dass am Vorabend des Überfalls auf Böhmen die Minister sich in sogenannten «Sonnenscheingesprächen» ergingen und «die Morgenröte eines goldenen Zeitalters» voraussagten? Wie war es möglich, dass die Ferienordnung der letzten Woche beibehalten wurde, während Ereignisse aussergewöhnlicher Art, deren Folgen unabsehbar waren, ganz deutlich nahe bevorstanden? ... Meines Erachtens gehen die Minister die grössten Risiken ein, wenn sie es zulassen, dass die Informationen, welche die Geheimdienstabteilung sammelt und ihnen sicherlich rechtzeitig übermittelt, gesiebt und gefärbt und in ihrer Tragweite und Bedeutung abgeschwächt werden, und wenn sie sich in eine Stimmung gleiten lassen, in der sie nur denjenigen Nachrichten Gewicht ge-

ben wollen, die ihrem dringenden und ehrenwerten Wunsch entsprechen, der Weltfriede möge ungestört bleiben.

Alle Ereignisse schreiten gleichzeitig fort. Jahr um Jahr, Monat um Monat hat sich alles zusammen vorwärtsbewegt. Während wir gewisse Stellungen in Gedanken bezogen, haben die andern gewisse Stellungen im Handeln erreicht. Die Gefahr ist nun sehr nahegerückt und ein grosser Teil Europas ist weitgehend mobilisiert. Millionen von Männern werden auf den Krieg vorbereitet. Überall werden die Verteidigungsstellungen an der Grenze besetzt. Überall spürt man, dass irgendein neuer Schlag bevorsteht. Wenn er fallen sollte, kann dann irgendein Zweifel sein, dass auch wir betroffen würden? Wir sind nicht mehr dort, wo wir vor zwei oder drei Monaten waren. Wir haben uns in jeder Richtung festgelegt, meiner Ansicht nach mit Recht, wenn man bedenkt, was sich abgespielt hat. Es ist unnötig, die Länder aufzuzählen, denen wir direkt oder indirekt Garantien gaben oder geben. Was wir uns vor einem Jahr nicht träumen liessen, als alles so viel hoffnungsvoller war, was wir uns sogar noch vor einem Monat nicht träumen liessen, das tun wir jetzt. Wenn wir bestrebt sind, ganz Europa vom Rande des Abgrunds auf den festen Boden von Recht und Frieden zurückzuführen, müssen wir sicherlich selbst das höchste Beispiel geben. Wir dürfen nichts verzögern. Wie können wir es ertragen, hier zu Hause unser bequemes, leichtes Leben fortzusetzen und nicht bereit zu sein, auch nur das Wort «Dienstpflicht» auszusprechen, nicht bereit zu sein, auch nur die nötige Massnahme zu treffen, wodurch allein die Armeen, die wir versprochen haben, rekrutiert und ausgerüstet werden können? Die dunkeln, bitteren Wasser steigen rasch auf allen Seiten. Wie können wir es unter solchen Umständen weiterhin zulassen – ich möchte dies mit besonderer Offenheit und Aufrichtigkeit aussprechen – dass nicht die ganze Kraft unserer Nation in der Regierung vertreten ist?

Einige Tage später kam ich in einem privaten Brief an Lord Halifax auf meine Beschwerden über die Flotte zurück:

Die Dispositionen unserer Flotte sind unverständlich. Zuerst, am Dienstagabend, den 4. April, legte der Erste Lord dar, dass die *Home Fleet* sich in einem solchen Bereitschaftszustand befinde, dass die Mannschaften nicht einmal die Fliegerabwehrgeschütze verlassen könnten, um unter Deck zu gehen. Dies war das Ergebnis eines Schreckschusstelegramms und ging meines Erachtens über das hinaus, was die Wachsamkeit erfor-

dert. Andererseits war gleichzeitig die Mittelmeerflotte, wie ich es dem Unterhaus beschrieb, in Unordnung über das ganze Mittelmeer verstreut; und wie aus Photographien in den Zeitungen hervorgeht, lag die «Barham» tatsächlich an der Mole von Neapel. Jetzt ist die Mittelmeerflotte konzentriert und auf See, dort, wo sie sein sollte. Daher ist im Mittelmeer zweifellos alles in Ordnung. Aber der Mangel an Bereitschaft hat sich in die heimischen Gewässer verschoben. Die atlantische Flotte ist mit Ausnahme weniger Fliegerabwehrgeschütze seit einigen Tagen äusser Aktion, weil ein sehr grosser Teil der Mannschaft beurlaubt worden ist. Man sollte meinen, dass wenigstens der Urlaub in solchen Zeiten eingeteilt werden könnte. Sämtliche Minensucher sind zum Überholen äusser Aktion. Wie lässt sich das mit der gespannten Lage vereinbaren, welche laut der Erklärung vom Dienstag der letzten Woche besteht? Es scheint ein schwerwiegendes Abweichen von der Haltung beständiger und vernünftiger Wachsamkeit zu sein. Letzten Endes unterscheiden sich die gegenwärtigen Umstände nicht grundlegend von denen der letzten Woche. Der Erste Seelord ist ernstlich erkrankt, und ich nehme daher an, dass ein grosser Teil der Verantwortung auf Stanhope fällt.

Ich schreibe dies zu Ihrer eigenen persönlichen Information, und damit Sie selbst die Tatsachen nachprüfen können. Bitte, behandeln Sie daher meinen Brief als streng vertraulich, da ich den Premierminister nicht mit der Angelegenheit behelligen möchte, aber meines Erachtens sollten Sie davon wissen.

*

Am 15. April 1939, nach der Erklärung des deutschen Protektorats über Böhmen und Mähren, traf Göring Mussolini und Ciano, um die Italiener über die Fortschritte der deutschen Kriegsvorbereitungen zu unterrichten. Die Protokolle dieser Zusammenkunft wurden inzwischen gefunden. Eine Stelle lautet – Göring spricht «Die schwere Rüstung der Tschechoslowakei zeigt auf jeden Fall, wie gefährlich sie sogar nach München bei einem ernsten Konflikt hätte werden können. Durch das deutsche Vorgehen hat sich die Lage beider Achsenländer unter anderm dank den wirtschaftlichen Möglichkeiten verbessert, die sich aus der Verwertung der grossen Produktionsfähigkeit der Tschechoslowakei für Deutschland ergeben. Dies trägt zu einer beträchtlichen Stärkung der

Achse gegen die Westmächte bei. Ausserdem braucht Deutschland jetzt im Fall eines ernsten Konflikts keine einzige Division zum Schutz gegen dieses Land bereitzustellen. Auch das ist ein Vorteil, der letzten Endes beiden Achsenländern nützlich wird ... Das Vorgehen Deutschlands in der Tschechoslowakei muss als Vorteil für die Achsenmächte betrachtet werden. Deutschland könnte Polen nun an zwei Flanken angreifen und befände sich in nur fünfundzwanzig Minuten Flugentfernung vom neuen polnischen Industriezentrum, das weiter ins Innere des Landes und näher zu den anderen polnischen Industriegebieten verlegt worden ist, weil es zu nah an der Grenze lag¹.»

«Die unblutige Lösung des tschechischen Konflikts im Herbst 1938 und Frühjahr 1939 sowie die Annexion der Slowakei», sagte General Jodl einige Jahre später in einem Vortrag, «hat das Gebiet Grossdeutschlands in einer Weise abgerundet, die es möglich machte, das polnische Problem auf der Grundlage mehr oder weniger günstiger strategischer Voraussetzungen zu betrachten².»

An demselben Tag, an dem Göring in Rom war, richtete Präsident Roosevelt eine persönliche Botschaft an Hitler und Mussolini, worin er ihnen nahelegte, eine Garantie abzugeben, dass sie zehn Jahre lang keine weiteren Angriffe unternehmen würden, «oder sogar fünfundzwanzig Jahre, wenn wir so weit voraussehen wollen». Zuerst weigerte sich der Duce, das Dokument zu lesen, und bemerkte dann: «Eine Folge von Kinderlähmung!» Er ahnte nicht, dass ihn selbst ein schlimmeres Leiden befallen sollte.

*

Am 27. April fasste der Premierminister den schwerwiegenden Entschluss, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, obwohl er das wiederholte Versprechen abgegeben hatte, einen solchen Schritt nicht zu tun. Dem Kriegsminister Hore-Belisha gebührt das Verdienst, dieses verspä-

¹ Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 106.

² Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 107.

tete Erwachen erzwungen zu haben. Er setzte zweifellos sein politisches Leben aufs Spiel, und mehrere der Unterredungen mit seinem Chef waren stürmischer Art. Ich sah ihn häufig in dieser kritischen Zeit, in der er an keinem Tage sicher war, ob es nicht sein letzter in seinem Amt sei.

Selbstverständlich verschaffte uns die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu diesem Zeitpunkt keine Armee. Sie erfasste nur die zwanzigjährigen Männer; sie mussten noch ausgebildet werden; und wenn sie ausgebildet waren, mussten sie noch ausgerüstet werden. Immerhin war es eine symbolische Geste von grösster Konsequenz für Frankreich und Polen und andere Länder, denen wir freigebig unsere Garantien angeboten hatten. In der Debatte versäumte die Opposition ihre Pflicht. Labour und die Liberalen scheuten sich, dem alten und tiefeingewurzelten Vorurteil entgegenzutreten, das von jeher in England gegen die allgemeine Wehrpflicht bestand. Der Führer der Labourpartei stellte folgenden Resolutionsantrag:

Das Unterhaus ist zwar bereit, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um für die Sicherheit der Nation und die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen zu sorgen, bedauert aber, dass die Regierung Seiner Majestät unter Bruch ihrer Versprechungen den Grundsatz der Freiwilligkeit aufgibt, der sich bei der Beschaffung der zur Landesverteidigung notwendigen Mannschaften gut bewährt hat. Das Haus ist der Meinung, dass die beantragte Massnahme einen Fehlschlag darstellt und nicht nur keinen nennenswerten Beitrag zur wirklichen Verteidigung des Landes liefern, sondern Uneinigkeit herbeiführen und die Nation in ihren Anstrengungen entmutigen wird; ferner ist darin der Beweis zu erblicken, dass die Amtsführung der Regierung während dieser kritischen Zeiten das Vertrauen des Landes und des Unterhauses nicht verdient.

Auch der Führer der Liberalen fand Gründe zur Opposition gegen den Vorschlag. Beide Führer bedauerten lebhaft, dass sie aus parteipolitischen Gründen zu diesem Kurs gezwungen waren. Aber beide schlugen ihn ein und fanden zahllose Argumente dafür. Die Stimmabgabe erfolgte gemäss den Fraktionen, und die Konservativen brachten ihre Poli-

tik mit dreihundertachtzig gegen einhundertdreiundvierzig Stimmen durch. In meiner Rede tat ich mein Bestes, die Opposition zur Unterstützung dieser unentbehrlichen Massnahme zu überreden; aber meine Bemühungen waren vergeblich. Ich verstand ihre Schwierigkeiten vollkommen, vor allem, weil sie eine Regierung vor sich hatten, gegen die sie eingenommen waren, und dies mit guten Gründen. Ich muss an diesen Vorgang erinnern, weil er den Anhängern der Labourpartei und den Liberalen jedes Recht nimmt, an der damaligen Regierung Kritik zu üben. Angesichts der Ereignisse zeigten sie nur zu deutlich, aus welchem Stoff sie selbst gemacht waren. Bald sollten sie eine bessere Haltung einnehmen.

*

Obwohl Chamberlain noch immer den Krieg zu vermeiden hoffte, war es offensichtlich, dass er im entscheidenden Augenblick nicht mehr davor zurückschrecken würde. Keith Foiling berichtet, er habe in seinem Tagebuch aufgezeichnet: «Churchills Aussichten [auf ein Amt in der Regierung] steigen mit der zunehmenden Wahrscheinlichkeit des Krieges und vice versa¹.» Das war vielleicht eine etwas geringschätzig zusammenfassung. Ich hatte noch viele andere Gedanken im Kopf als nur den einen, wieder einmal Minister zu werden. Immerhin verstand ich die Auffassung des Premierministers. Er wusste, dass er sich an mich wenden müsste, wenn es Krieg gäbe, und er vermutete mit Recht, dass ich dem Ruf Folge leisten würde. Andererseits fürchtete er, dass Hitler meinen Eintritt in die Regierung als feindliche Kundgebung betrachten würde und dass damit alle noch bleibenden Aussichten für den Frieden vernichtet wären. Das war ein verständlicher, aber unrichtiger Standpunkt. Aber niemand kann Chamberlain dafür tadeln, dass er eine so gefährliche und heikle Lage nicht auf die Spitze treiben wollte, nur um ein bestimmtes Mitglied des Unterhauses in seine Regierung aufzunehmen.

¹ Foiling, *Life of Neville Chamberlain*, S. 406.

Im März hatte ich mit Eden und ungefähr dreissig konservativen Abgeordneten einen Resolutionsantrag zugunsten einer nationalen Regierung eingebracht. Im Laufe des Sommers machte sich eine lebhaftere Bewegung bemerkbar, die dasselbe forderte oder doch wenigstens meinen und Edens Eintritt ins Kabinett. Sir Stafford Cripps, der damals keiner Partei angehörte, war höchst beunruhigt über die dem Lande drohende Gefahr. Er besuchte mich und verschiedene Minister, um uns die Bildung einer Regierung nahezu legen, in der alle Parteien vertreten wären. Ich konnte nichts in dieser Hinsicht tun; Handelsminister Stanley aber war tief beeindruckt. Er schrieb an den Premierminister und stellte sein eigenes Amt zur Verfügung, falls dies eine Neubildung erleichtern würde.

Stanley an den Premierminister

30. Juni 1939

Ich zögere, Ihnen zu einer Zeit wie der jetzigen zu schreiben, in der Sie mit Sorgen und Lasten überbürdet sind, und kann als Entschuldigung nur die Dringlichkeit meines Anliegens vorbringen. Wir haben, wie ich annehme, alle das Gefühl, dass die einzige Chance, einen Krieg im kommenden Herbst abzuwenden, darin besteht, Hitler über jeden Zweifel hinaus klarzumachen, dass wir unsere Verpflichtungen Polen gegenüber erfüllen werden und ein Angriff seinerseits unvermeidlich einen Weltbrand bedeutet. Ebenso müssen wir alle darüber nachgedacht haben, ob wir irgendeinen konkreten Schritt unternehmen können, der zwar nicht so drohend ist, dass er zu Vergeltungsmassnahmen herausfordert, aber doch dramatisch genug, um Aufsehen zu erregen. Ich selbst kann mir nichts Wirksameres vorstellen als (falls das möglich wäre) die Bildung einer Regierung von der Art, wie wir sie beim Ausbruch eines Krieges unweigerlich bilden würden. Das wäre eine dramatische Bekräftigung der nationalen Einheit und Entschlossenheit und würde, wie ich glaube, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Vereinigten Staaten einen starken Eindruck hervorrufen. Ferner könnte es sein, dass eine solche Regierung, falls sich in zwölfter Stunde die Aussicht auf eine befriedigende Lösung ergeben sollte, viel leichter imstande wäre, eine entgegenkommende Haltung einzunehmen. Sie selbst müssen natürlich diese Möglichkeit erwogen haben und sich etwaiger Schwierigkeiten weit mehr als ich bewusst sein; aber ich schreibe Ihnen trotzdem, nicht nur um Sie meine

Meinung wissen zu lassen, sondern zugleich um Ihnen zu versichern, dass ich – und auch das ganze übrige Kabinett, dessen bin ich gewiss – für diesen Fall jedes gewünschte, sei es noch so kleine Amt innerhalb oder ausserhalb der Regierung übernehmen würde.

Der Premierminister beschränkte sich auf eine formelle Empfangsbestätigung.

Im Lauf der Wochen befassten sich fast sämtliche Zeitungen mit dieser Strömung. Ich war erstaunt, ihrem täglich wiederkehrenden und wiederholten Ausdruck zu begegnen. Tausende von riesengrossen Plakaten hingen wochenlang an Londoner Zäunen: «Churchill muss zurückkommen!» Dutzende junger Freiwilliger, Männer und Frauen, trugen ähnliche Plakate auf Brust und Rücken vor dem Parlamentsgebäude auf und ab. Ich hatte mit solchen Agitationsmethoden nichts zu tun, aber auf eine Aufforderung hin wäre ich ganz gewiss in die Regierung eingetreten. Hier bewährte sich abermals mein persönliches Glück, und alles Übrige nahm seinen logischen, natürlichen und furchtbaren Lauf.

DAS SOWJETRÄTSEL

Hitler kündigt das britisch-deutsche Flottenabkommen – Und den polnischen Nichtangriffspakt – Der sowjetrussische Vorschlag eines Dreimächtebündnisses – Dilemma der Grenzstaaten – Die russisch-deutsche Fühlungnahme wächst – Die Entlassung Litwinows – Molotow – Britisch-russische Verhandlungen – Die Debatte vom 19. Mai – Floyd George's Rede – Meine Erklärungen zur europäischen Lage – Die Notwendigkeit einer Allianz mit Russland – Zu spät – Der Stahlpakt zwischen Deutschland und Italien – Die diplomatische Taktik Sowjetrusslands

WIR haben nun den Zeitabschnitt erreicht, in dem alle Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland aufhörten. Natürlich wissen wir heute, dass seit Hitlers Machtergreifung nie mehr eine echte Verbindung zwischen den beiden Ländern bestanden hatte. Hitler hatte lediglich gehofft, von England durch Überredung oder Einschüchterung freie Hand in Osteuropa zu erlangen; und Chamberlain hatte sich seinerseits in der Hoffnung gewiegt, Hitler besänftigen und bekehren und zu einer anständigen Haltung bringen zu können. Schliesslich waren aber auch die letzten Illusionen der britischen Regierung zerronnen. Das Kabinett war allmählich davon überzeugt, dass das nationalsozialistische Deutschland Krieg bedeutete, und der Premierminister bot in jeder noch offenstehenden Richtung Garantien an und schloss Bündnisse ab, ohne Rücksicht darauf, ob wir den betreffenden Ländern irgendwelche tatsächliche Hilfe zu leisten vermochten. Auf die Garantie an Polen folgten die Garantien an Griechenland und Rumänien und darauf das Bündnis mit der Türkei.

Wir müssen nun auf das unselige Blatt Papier zurückkommen, dessen Unterzeichnung Chamberlain in München von Hitler erreicht hatte und das er triumphierend vor der Menge schwenkte, als er in Heston aus dem Flugzeug stieg. Darin hatte er sich auf die beiden Bande berufen, die in seinen Augen zwischen ihm und Hitler und zwischen Grossbritannien und Deutschland bestanden, nämlich auf das Münchner Abkommen und auf den britisch-deutschen Flottenvertrag. Die Unterjochung der Tschechoslowakei hatte das erstere vernichtet; nun wischte Hitler den Flottenvertrag beiseite.

In seiner Reichstagsrede vom 28. April sagte er:

Wenn England meint, unter allen Umständen gegen Deutschland aufzutreten zu müssen, durch die Presse und von Regierungsseite, so ist damit die bekannte Politik der Einkreisung bestätigt. Damit ist die Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt; ich habe mich daher entschlossen, dies der britischen Regierung mit dem heutigen Tag mitzuteilen. Ich hoffe noch immer, dass ein Wettrüsten mit England vermieden werden könne. Sollte aber die britische Regierung Wert darauf legen, mit Deutschland über das Flottenproblem noch einmal in Verhandlungen einzutreten, dann würde sich niemand glücklicher schätzen als ich, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständigung kommen zu können.

Das britisch-deutsche Flottenabkommen, das einen so deutlichen Gewinn für Hitler in einem wichtigen und kritischen Augenblick bedeutet hatte, stellte er nun als Gunstbezeugung gegenüber England hin, welche zum Zeichen der Unzufriedenheit Deutschlands zurückgezogen wurde. Der Führer machte der britischen Regierung Hoffnung darauf, dass er unter Umständen zu weiteren Besprechungen über das Flottenproblem bereit wäre, und vielleicht erwartete er sogar, dass die von ihm früher hintergangenen britischen Staatsmänner ihre Befriedungspolitik fortsetzen würden. Für ihn hatte das alles jetzt kein Gewicht mehr. Er hatte Italien, er hatte seine Überlegenheit; er hatte Österreich und die Tschechoslowakei und alles, was damit zusammenhing. Er hatte seinen West-

wall. Was die Flotte betraf, hatte er von jeher so rasch wie möglich ohne Rücksicht auf irgendein Abkommen U-Boote gebaut. Der Form nach hatte er sich bereits auf sein Recht berufen, dieselbe Anzahl wie Grossbritannien zu bauen; aber das hatte das deutsche Bauprogramm für U-Boote nicht im geringsten eingeschränkt. Was die grösseren Schiffe betraf, konnte er die grosszügige Quote, die ihm durch das Flottenabkommen zugestanden worden war, nicht entfernt ausnützen. Er spielte daher ein unverschämtes Spiel, indem er dieses Abkommen den Toren, die es abgeschlossen hatten, wieder vor die Füsse warf.

In der erwähnten Rede vom 28. April kündigte Hitler auch den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt. Als unmittelbaren Grund hierfür gab er die britisch-polnische Garantie an, «die unter gewissen Umständen Polen zu militärischem Vorgehen gegen Deutschland zwingen würde, falls zwischen Deutschland und einer anderen Macht ein Konflikt entstünde, an dem England beteiligt wäre. Diese Verpflichtung widerspricht dem Abkommen, das ich vor einiger Zeit mit Marschall Pilsudski traf... Ich betrachte das Abkommen daher als einseitig durch Polen verletzt und dadurch als nicht mehr bestehend. Ich habe eine Mitteilung dieses Inhalts an die polnische Regierung gerichtet...»

Nachdem ich mich damals mit seiner Rede befasst hatte, schrieb ich in einem meiner Artikel:

Es ist nur allzu wahrscheinlich, dass die drohenden Blicke Nazi-Deutschlands sich nun auf Polen heften werden. Ob Hitlers Reden als Anhaltspunkt für seine Absichten gelten können oder nicht: das vorherrschende Ziel der Kundgebung vom letzten Freitag war offensichtlich, Polen zu isolieren, ein Vorgehen gegen dieses in höchstem Mass plausibel zu machen und es unter intensiven Druck zu setzen. Der deutsche Diktator schien anzunehmen, dass er das britisch-polnische Abkommen unwirksam machen könne, indem er seine Forderungen auf Danzig und den Korridor konzentriert. Offenbar erwartet er, dass die Elemente in Grossbritannien, die zu rufen pflegten: «Wer würde für die Tschechoslowakei kämpfen?» jetzt vielleicht veranlasst werden könnten zu rufen: «Wer würde für Danzig und den Korridor kämpfen?» Weder die ungeheure Wandlung, die sein verräterischer Bruch des Münchner Abkommen in der

öffentlichen Meinung Englands bewirkt hat, noch der völlige Richtungswechsel der Politik, zu dem dieser Frevel die britische Regierung, vor allem den Premierminister selbst, veranlasst hat, scheint ihm bewusst zu sein.

Die Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts von 1934 ist ein ausserordentlich ernster und bedrohlicher Schritt. Dieser Pakt war noch im letzten Januar, als Ribbentrop sich in Warschau aufhielt, von neuem bestätigt worden. Ebenso wie der britisch-deutsche Flottenvertrag war er auf Hitlers Wunsch abgeschlossen worden. Ebenso wie der Flottenvertrag verschaffte er Deutschland ausgesprochene Vorteile. Beide Abkommen erleichterten Deutschlands Lage, solange es schwach war. Das Flottenabkommen bedeutete tatsächlich, dass beim Bruch der Militärklauseln im Vertrag von Versailles Grossbritannien ein Auge zuge-drückt hatte und dass sowohl die Beschlüsse der Konferenz von Stresa wie auch diejenigen, die zu fassen der Völkerbundsrat veranlasst wurde, damit zu einer Farce geworden waren. Das deutschpolnische Abkommen ermöglichte es den Nazi, ihre Aufmerksamkeit zuerst auf Österreich und später auf die Tschechoslowakei zu konzentrieren, was für diese unglücklichen Länder vernichtende Folgen nach sich zog. Vorübergehend schwächte es die Beziehungen zwischen Frankreich und Polen und verhinderte das Zustandekommen jeder Interessengemeinschaft zwischen den osteuropäischen Staaten. Da es nun seinen Zweck für Deutschland erfüllt hat, wird es durch ein einseitiges Vorgehen beiseitegeschoben. Damit wird Polen zu verstehen gegeben, dass es sich jetzt in der Zone potentieller Angriffe befindet.

*

Die britische Regierung hatte sich nun dringend mit den praktischen Konsequenzen der an Polen und Rumänien gegebenen Garantien zu beschäftigen. Diese Zusicherungen besaßen nur im Rahmen einer allgemeinen Vereinbarung mit Russland irgendwelchen militärischen Wert. Daher wurden endlich zu diesem Zweck am 15. April in Moskau Besprechungen zwischen dem britischen Botschafter und Litwinow aufgenommen. Wenn man bedenkt, wie die Sowjetregierung bisher behandelt worden war, konnte jetzt nicht viel von ihr erwartet werden. Am 16. April machte sie dennoch ein formelles Angebot, dessen Text nicht ver-

öffentlich wurde, für die Schaffung einer gemeinsamen Front zu gegenseitiger Hilfeleistung zwischen Grossbritannien, Frankreich und der UdSSR. Die drei Mächte, wenn möglich mit Teilnahme Polens, sollten ausserdem die Grenzen derjenigen Staaten in Mittel- und Osteuropa garantieren, die von der deutschen Aggression bedroht waren. Das Hindernis für ein solches Übereinkommen bestand darin, dass diese Grenzländer sich davor fürchteten, Russlands Hilfe anzunehmen, den Sowjetarmeen den Durchmarsch durch ihr Gebiet zu gestatten und damit dem sowjet-kommunistischen System einverleibt zu werden, dessen heftige Gegner sie waren. Polen, Rumänien, Finnland und die drei baltischen Staaten wussten nicht, ob der Angriff von Seiten Deutschlands oder die Rettung durch Russland sie mit grösserem Schrecken erfüllte. Dieses furchtbare Dilemma war es, das Englands und Frankreichs Politik lähmte.

Dennoch kann selbst im Rückblick kein Zweifel darüber bestehen, dass es von Grossbritannien und Frankreich richtig gewesen wäre, das russische Angebot anzunehmen, den Dreibund zu proklamieren und die Ausarbeitung der Methode, wie er im Kriegsfall wirksam gemacht werden konnte, den Verbündeten zu überlassen, die gegen einen gemeinsamen Feind kämpften. Unter derartigen Umständen herrscht eine andere Stimmung. Im Krieg sind Verbündete geneigt, den jeweiligen Wünschen des andern weitgehend entgegenzukommen, und es werden alle Arten von Hilfsmitteln begrüsst, die im Frieden verabscheut würden. In einer grossen Allianz, wie sie sich hätte entwickeln können, wäre es einem Verbündeten nicht leicht gefallen, das Gebiet eines andern ohne Aufforderung zu betreten.

Chamberlain und das Foreign Office aber standen ratlos vor diesem Rätsel der Sphinx. Wenn die Ereignisse so rasch voranschreiten und so überwältigend sind wie im damaligen Augenblick, ist es klug, einen Schritt nach dem andern zu tun. Das Bündnis von England, Frankreich und Russland hätte Deutschland im Jahr 1939 mit grösster Beunruhigung erfüllt, und niemand vermag zu beweisen, dass sich der Krieg nicht

sogar damals noch hätte verhüten lassen. Der nächste Schritt hätte mit überlegener Macht auf Seiten der Alliierten unternommen werden können. Auf dem Weg der Diplomatie hätten sie die Führung wiedergewonnen. Hitler konnte es sich weder leisten, einen Zweifrontenkrieg, den er selbst so scharf verurteilt hatte, zu führen, noch hätte er es zulassen können, in seiner Aggressionspolitik zum Stillstand gebracht zu werden. Es war bedauerlich, dass er nicht in diese Enge getrieben wurde, die ihn leicht das Leben hätte kosten können. Staatsmänner sind nicht nur zur Regelung einfacher Fragen berufen. Diese Fragen regeln sich oft von selbst. Wenn die Waagschalen sich zitternd im Gleichgewicht halten, wenn die wahren Verhältnisse verschleiert sind, bietet sich die Gelegenheit zu Entscheidungen, durch die die Welt gerettet werden kann. Da wir uns in diese furchtbare Lage von 1939 gebracht hatten, war es lebenswichtig, den Weg einzuschlagen, der bessere Aussichten bot.

Auch heute noch ist es nicht möglich, den Augenblick zu bestimmen, in dem Stalin endgültig jede Absicht der Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien fallen liess und sich für die Verständigung mit Hitler entschloss. Vermutlich gab es überhaupt nie einen solchen Augenblick. Die Veröffentlichung zahlreicher, in den Archiven des deutschen Auswärtigen Amtes erbeuteter Dokumente durch das amerikanische Staatsdepartement in *Nazi-Soviet Relations 1939-41* enthüllt uns jedoch eine Reihe bisher unbekannter Tatsachen. Anscheinend ereignete sich schon im Februar 1939 etwas; aber dies betraf mit grosser Wahrscheinlichkeit nur Fragen des Wirtschaftsverkehrs, der durch die Lage der Tschechoslowakei nach München Veränderungen erfahren hatte und Besprechungen zwischen den beiden Ländern nötig machte. Die Eingliederung der Tschechoslowakei in das Reich im März erweiterte diese Probleme. Russland hatte mit der tschechoslowakischen Regierung Verträge für Kriegsmaterial von den Skodawerken. Was sollte jetzt mit diesen Verträgen geschehen, da Skoda eine deutsche Waffenschmiede geworden war?

Am 17. April berichtet der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Weizsäcker, dass der russische Botschafter ihn an diesem Tag zum erstenmal besuchte, seit er fast ein Jahr zuvor seine Beglaubigungsschreiben überreicht hatte. Er erkundigte sich nach den Skoda-Verträgen, und Weizsäcker wies daraufhin, dass «durch die Berichte über einen russisch-britisch-französischen Luftpakt und Ähnliches gegenwärtig eine nicht gerade günstige Atmosphäre für die Lieferung von Kriegsmaterial an Sowjetrußland geschaffen werde». Daraufhin ging der Sowjetbotschafter sofort von Handelsfragen zur Politik über und fragte den Staatssekretär, was er von den deutsch-russischen Beziehungen halte. Weizsäcker erwiderte, es scheine ihm, dass «die russische Presse in letzter Zeit nicht durchaus in den antideutschen Ton der amerikanischen Presse und einiger englischer Blätter einstimme». Hierauf sagte der Sowjetbotschafter, ideologische Differenzen hätten die russisch-italienischen Beziehungen kaum beeinflusst und brauchten auch kein Hindernis für Deutschland zu bilden. Sowjetrußland habe die gegenwärtige Spannung zwischen Deutschland und den Demokratien nicht gegen Deutschland ausgenützt und gedenke dies auch weiterhin nicht zu tun. «Für Rußland ist kein Grund vorhanden, mit Deutschland nicht auf normalem Fuss zu leben. Und vom normalen Zustand aus könnten die Beziehungen immer besser werden.»

Wir müssen diesem Gespräch vor allem im Hinblick auf die gleichzeitigen Moskauer Besprechungen zwischen dem britischen Botschafter und Litwinow und auf das ausdrückliche Angebot der Sowjetregierung vom 16. April zu einem Dreimächtebündnis mit Grossbritannien und Frankreich Bedeutung geben. Es ist die erste sichtbare Gewichtsverlagerung Russlands von einem Bein auf das andere. Die «Normalisierung» der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wurde von da an Schritt für Schritt verfolgt, neben den Verhandlungen über ein Dreimächtebündnis gegen eine deutsche Aggression.

Wenn Chamberlain zum Beispiel bei Empfang des russischen Angebotes geantwortet hätte: «Ja, wir drei wollen uns zusammentun und Hit-

ler das Genick brechen», oder mit anderen Worten diesen Inhalts, so hätte das Parlament zugestimmt; Stalin wäre zufrieden gewesen und die Geschichte hätte vielleicht einen anderen Lauf genommen. Wenigstens hätte sie keinen schlimmeren nehmen können.

Am 4. Mai äusserte ich mich wie folgt zur Lage:

Vor allem darf keine Zeit verloren werden. Schon sind zehn oder zwölf Tage vergangen, seit das russische Angebot gemacht wurde. Das britische Volk, das jetzt unter Preisgabe des hochgehaltenen, tiefeingewurzelten Brauchs den Grundsatz der Wehrpflicht angenommen hat, ist berechtigt, zusammen mit der Französischen Republik von Polen zu fordern, dass es der gemeinsamen Sache keine Hindernisse in den Weg lege. Nicht nur die volle Mitarbeit Russlands muss angenommen werden, sondern es gilt auch die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland in das Bündnis einzubeziehen. Für diese drei Länder mit kriegerischer Bevölkerung, deren Armeen zusammen ungefähr zwanzig kriegstüchtige Divisionen zählen, ist ein wohlwollendes Russland, das Kriegsmaterial liefert und anderen Beistand leistet, von entscheidender Bedeutung.

Es besteht keine Möglichkeit, ohne die aktive Hilfe Russlands eine Ostfront gegen die nationalsozialistische Aggression aufrechtzuerhalten. Russland hat das grösste Interesse daran, Hitlers Absichten in Osteuropa zu vereiteln. Noch sollte es möglich sein, alle Staaten und Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu einer einzigen festen Front gegen neue Gewalttaten und Invasionen zusammenzuschliessen. Wenn eine solche Front mutig und mit entschlossenen und wirksamen militärischen Massnahmen gebildet wird, im Verein mit der Macht der Weststaaten, kann sie Hitler, Göring, Himmler, Ribbentrop, Goebbels und Konsorten immer noch Kräfte gegenüberstellen, die das deutsche Volk nur widerstrebend herausfordern würde.

*

Stattdessen folgte langes Schweigen, während halbe Massnahmen und wohlabgewogene Kompromisse vorbereitet wurden. Diese Verzögerung war für Litwinow verhängnisvoll. Sein letzter Versuch, die Angelegenheiten zu einer klaren Entscheidung mit den Westmächten zu

bringen, war zum Scheitern verurteilt. Unser Kredit stand äusserst niedrig. Russlands Sicherheit verlangte eine ganz andere Aussenpolitik; es musste ein neuer Exponent gefunden werden. Am 3. Mai erklärte ein offizielles Communiqué von Moskau, dass «Litwinow auf sein Ersuchen seines Postens als Aussenkommissar enthoben worden sei und dass der Vorsitzende des Rats der Volkskommissäre, Molotow, seine Aufgabe übernehmen werde». Der deutsche Geschäftsträger in Moskau berichtete am 4. Mai Folgendes: «Da Litwinow den britischen Botschafter noch am 2. Mai empfing und gestern in der Presse als Ehrengast an der Parade genannt wurde, scheint seine Entlassung das Resultat eines spontanen Entschlusses von Stalin zu sein ... Am letzten Parteikongress bestand Stalin auf Vorsicht, damit die Sowjetunion nicht in einen Konflikt gezogen werde. Molotow (kein Jude) gilt als ‚der nächste Freund und engste Mitarbeiter Stalins‘. Seine Ernennung ist offensichtlich die Garantie dafür, dass die Aussenpolitik in absolutem Einklang mit Stalins Wünschen weitergeführt wird.»

Die diplomatischen Vertreter der Sowjetunion im Ausland wurden beauftragt, den Regierungen, bei denen sie akkreditiert waren, mitzuteilen, dass dieser Wechsel keine Änderung in der russischen Aussenpolitik bedeute. Am 4. Mai gab Radio Moskau bekannt, Molotow werde die Politik der westlichen Sicherheit weiterverfolgen, die Litwinow seit Jahren angestrebt habe. Der hervorragende Jude, die Zielscheibe fortgesetzter deutscher Angriffe, wurde wie ein zerbrochenes Werkzeug fallen gelassen und ohne Gelegenheit zu einer erklärenden Äusserung von der Weltbühne in die Dunkelheit abgeschoben, auf einen kleinen Posten unter Polizeiaufsicht. Molotow, der ausserhalb Russlands kaum bekannt war, wurde Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, in engster Zusammenarbeit mit Stalin. Er war mit keinerlei früheren Erklärungen belastet, war frei von der Atmosphäre des Völkerbundes und hatte die Möglichkeit, jede Richtung einzuschlagen, die für die Selbsterhaltung Russlands nötig erscheinen mochte. Tatsächlich gab es wohl nur einen

Weg, den er ein Zuschlagen gedachte. Er hatte von jeher eine Verständigung mit Hitler befürwortet. Durch München und vieles andere war die Sowjetregierung davon überzeugt, dass England und Frankreich nicht kämpfen wollten, bevor man sie angriff, und dass sie auch dann nicht viel taugen würden. Der aufziehende Sturm war im Begriff loszubrechen. Russland musste für seine Sicherheit sorgen.

Litwinows Entlassung bedeutete das Ende einer Epoche. Der Krenl verriet damit, dass er jeden Glauben an einen Sicherheitspakt mit den Westmächten und an die Möglichkeit einer Ostfront gegen Deutschland aufgab. Die damaligen Kommentare der deutschen Presse sind interessant, wenn auch nicht unbedingt zutreffend. Die deutschen Zeitungen veröffentlichten am 4. Mai eine Meldung aus Warschau, dass Litwinow nach einem heftigen Streit mit Marschall Woroschilow («dem Partei-knaben», wie kecke und waghalsige Russen ihn in heiteren Augenblicken nannten) zurückgetreten sei. Woroschilow hatte – zweifellos auf ausdrücklichen Auftrag – erklärt, die Rote Armee sei nicht bereit, für Polen zu kämpfen, und verurteilte im Namen des russischen Generalstabs «übertrieben weitgehende militärische Verpflichtungen». Am 7. Mai war die *Frankfurter Zeitung* schon genügend unterrichtet, um festzustellen, dass Litwinows Rücktritt für die Zukunft der englisch-französischen «Einkreisungspolitik» sehr ernst sei; die mutmassliche Bedeutung dieses Rücktritts liege darin, dass diejenigen Männer in Russland, welche die aus Litwinows Politik entstehende militärische Last trügen, Litwinow Einhalt geboten hätten. Das alles entsprach der Wahrheit; für eine gewisse Zeit jedoch war es nötig, dass ein täuschender Schleier die ungeheure Wandlung bedeckte und dass bis zum letzten Augenblick noch die russische Haltung ungewiss blieb. Russland musste nach beiden Seiten Bewegungsfreiheit haben. Wie hätte es sonst seinen Handel mit dem verhassten und gefürchteten Hitler zum Abschluss bringen können?

*

Der Jude Litwinow hatte das Feld geräumt, und Hitlers hauptsächlichster Stein des Anstosses war beseitigt. Von diesem Augenblick an bezeichnete die deutsche Regierung ihre Aussenpolitik nicht mehr als Antibolschewismus und richtete ihre Schmähungen auf die «Plutodemokratien». In Zeitungsartikeln wurde den Sowjets versichert, dass der deutsche Lebensraum nicht auf russisches Gebiet übergreife, sondern überall vor der russischen Grenze Halt mache. Infolgedessen könne kein Konflikt zwischen Russland und Deutschland entstehen, ausgenommen wenn die Sowjets «Einkreisungsverpflichtungen» mit England und Frankreich eingingen. Der deutsche Botschafter Graf von Schulenburg, der zu eingehenden Besprechungen nach Berlin gerufen worden war, kehrte mit einem Angebot für vorteilhafte Warenkredite auf langfristiger Basis nach Moskau zurück. Beide Seiten bewegten sich auf ein Abkommen zu.

Dieser unvermittelte und unnatürliche Kurswechsel der russischen Politik war eine Schwenkung, deren nur totalitäre Staaten fähig sind. Vor kaum zwei Jahren noch waren die Führer der russischen Armee, Tuchatschewski und einige Tausend der erfahrensten Offiziere, wegen genau derselben Neigungen hingerichtet worden, die nun einer Handvoll von besorgten Machthabern im Kreml genehm wurden. Damals hatte Deutschfreundlichkeit als Ketzerei und Verrat gegolten. Jetzt war sie über Nacht die Politik des Staates geworden, und das Verhängnis traf mechanisch jedermann, der zu widersprechen wagte, und oft auch diejenigen, die bei der Richtungsänderung nicht rasch genug waren.

Für die gegebene Aufgabe war niemand besser geeignet und ausgerüstet als der neue Aussenkommissar.

*

Die Gestalt, die Stalin jetzt auf den Posten des Aussenministers des Sowjetreiches gestellt hatte, verdient eine Darstellung, die zu jener Zeit auch der britischen und der französischen Regierung nicht zur Verfügung stand. Wjatscheslaw Molotow ist ein Mann von ungewöhnlicher

Begabung und kaltblütiger Grausamkeit. Er hatte die fürchterlichen Gefahren und Prüfungen überstanden, denen in den Jahren der triumphierenden Revolution alle bolschewistischen Führer ausgesetzt waren. Er hatte in einer Gesellschaft gelebt und Karriere gemacht, in der immer neue Intrigen mit der beständigen Drohung der persönlichen Liquidation parallel liefen. Sein kugelrunder Kopf, sein schwarzer Schnurrbart und seine alles erfassenden Augen, sein plattgedrücktes Gesicht, seine Gewandtheit im Ausdruck und seine unerschütterliche Haltung waren der angemessene Ausdruck seiner Eigenschaften und seines Könnens. Mehr als irgendein anderer war er der geeignete Agent, das Werkzeug der Politik einer unberechenbaren Maschine. Ich bin ihm nur von gleich zu gleich entgegengetreten, bei Verhandlungen, in deren Verlauf sich dann und wann eine Art von Humor bemerkbar machte, oder bei Banketten, wo er fröhlich eine lange Reihe von konventionellen und bedeutungslosen Trinksprüchen ausbrachte. Nie habe ich ein menschliches Wesen gesehen, das dem modernen Begriff eines Roboters vollkommener entsprochen hätte. Und doch war er bei all dem ein anscheinend vernünftiger und scharf geschliffener Diplomat. Wie er sich seinen Untergebenen gegenüber verhielt, weiss ich nicht. Wie er sich dem japanischen Botschafter gegenüber benahm, während der Jahre nach der Konferenz von Teheran, auf der Stalin den Angriff auf Japan zugesichert hatte, sobald die deutsche Armee geschlagen sei, das lässt sich aus seinen protokollarisch festgehaltenen Besprechungen ableiten. Eine vorsichtige, eindringliche, peinliche Unterredung nach der andern wurde mit vollkommener Ruhe, mit undurchdringlicher Zwecksetzung, in glatter, offizieller Korrektheit durchgeführt. Niemals öffnete sich die kleinste Ritze, nie gab es einen überflüssigen Ton. Sein Lächeln, das an den sibirischen Winter gemahnt, seine sorgfältig abgemessenen und manchmal klugen Worte, sein leutseliges Benehmen, alles wirkte zusammen, um aus ihm den vollkommenen Agenten der Sowjetpolitik in einer schreckerfüllten Welt zu machen.

Es war von jeher nutzlos, sich mit ihm brieflich über umstrittene Fragen auseinanderzusetzen. Wenn man das zu weit trieb, führte es zu Lügen und Beschimpfungen, von denen das vorliegende Werk einige Beispiele liefern wird. Ein einziges Mal schien es mir, als stosse ich bei ihm auf eine natürliche menschliche Reaktion. Das war im Frühjahr 1942, als er auf seiner Rückreise aus den Vereinigten Staaten in England an Land ging. Wir hatten den britisch-sowjetrussischen Vertrag unterzeichnet, und er stand im Begriff, den gefährvollen Flug nach seiner Heimat anzutreten. Am Gartenausgang der Downing Street, den wir wegen der leichteren Wahrung des Geheimnisses benutzten, fasste ich ihn am Arm, und wir schauten einander ins Gesicht. Plötzlich schien er tiefbewegt. Im Innern des Götzenbildes erschien der Mensch. Er reagierte mit einem ähnlichen Druck seiner Hand. Dann schüttelten wir uns schweigend die Hände. Damals aber standen wir alle zusammen, und es war für jeden eine Frage von Leben und Tod. Molotow hatte sein ganzes Leben lang immer inmitten von Katastrophen und Trümmern gestanden, sei es, dass sie ihn selber bedroht hatten oder dass er andere dazu verurteilte. Zweifellos hatte die Sowjetmaschine in Molotow einen fähigen und in mancher Hinsicht charakteristischen Vertreter gefunden – er war immer das treue Parteimitglied und der kommunistische Jünger. Wie froh bin ich am Ende meines Lebens, dass ich den Spannungen nicht ausgesetzt war, die er durchgemacht hatte; es wäre besser, nie geboren zu werden. Was seine Führung der auswärtigen Politik betrifft, würden ihn Mazarin, Talleyrand und Metternich als einen der ihrigen willkommen heissen, falls es eine andere Welt gäbe, zu der die Bolschewisten sich selbst den Zutritt gestatteten.

*

Vom ersten Augenblick an, da Molotow Aussenkommissar geworden war, verfolgte er die Politik einer Vereinbarung mit Deutschland auf Kosten Polens. Es dauerte nicht lang, bis die Franzosen dies merkten. Im französischen Gelbbuch steht eine beachtenswerte Depesche des

französischen Botschafters in Berlin, die vom 7. Mai 1939 datiert ist und feststellt, dass der Botschafter auf Grund vertraulicher Mitteilungen die Gewissheit besass, dass eine Vierte Teilung Polens die Grundlage der deutschrussischen Annäherung bilden sollte. «Seit dem Monat Mai», schreibt Daladier im April 1946, «führte die UdSSR, zwei Verhandlungen, eine mit Frankreich und die andere mit Deutschland. Sie schien eine Teilung Polens dessen Verteidigung vorzuziehen. Das war der unmittelbare Anlass zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges» Es bestanden aber auch noch andere Anlässe.

*

Am 8. Mai beantwortete endlich die britische Regierung die Sowjetnote vom 16. April. Während der Wortlaut des britischen Dokuments nicht publiziert wurde, veröffentlichte die Agentur Tass am 9. Mai eine Erklärung, welche die wichtigsten Punkte der britischen Vorschläge enthielt. Die offizielle *Iswestija* brachte am folgenden Tag ein Communiqué, demzufolge Reuters Feststellung über die britischen Gegenvorschläge, dass nämlich «die Sowjetunion eine besondere Garantie für jeden einzelnen Nachbarstaat geben muss und dass Grossbritannien sich verpflichtet, der UdSSR, beizustehen, wenn sie später infolge dieser Garantien in Krieg verwickelt werden sollte», nicht der Wahrheit entsprochen habe. Die Sowjetregierung, so fuhr das Communiqué fort, habe die britischen Gegenvorschläge am 8. Mai erhalten, sie erwähnten aber nichts von einer Verpflichtung der UdSSR, zu einer besonderen Garantie für jeden einzelnen Nachbarstaat, wogegen sie feststellten, dass die Sowjetunion verpflichtet sei, Frankreich und Grossbritannien unverzüglich Hilfe zu leisten, wenn sie infolge ihrer Garantieverpflichtungen an Polen und Rumänien in einen Krieg verwickelt würden. Dagegen sei nichts erwähnt von irgendeiner Hilfeleistung ihrerseits an die Sowjetunion für den Fall, dass sie infolge ihrer Verpflichtungen gegenüber irgendeinem osteuropäischen Staat in einen Krieg verwickelt würde.

¹ Zitiert in Reynaud, *La France a sauvé l'Europe*, Bd. I, S. 587.

Etwas später am nämlichen Tag erklärte Chamberlain, die Regierung habe ihre neuen Verpflichtungen in Osteuropa auf sich genommen, ohne die direkte Beteiligung der Sowjetunion anzuregen, und dies infolge verschiedener Schwierigkeiten. Die britische Regierung habe die Anregung gemacht, dass die Sowjetregierung ihrerseits eine ähnliche Erklärung abgeben und ihre Bereitschaft aussprechen sollte, Ländern, die einem Angriff zum Opfer fallen sollten und bereit wären, ihre eigene Unabhängigkeit zu verteidigen, Hilfe zu leisten, wenn dies gewünscht werde. Er sagte:

Fast zu derselben Zeit legte die Sowjetunion einen zugleich umfassenderen und weniger elastischen Plan vor, der – ungeachtet etwaiger anderer Vorzüge, die er bieten mochte – nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät unweigerlich gerade die Schwierigkeiten aufwerfen musste, die ihre eigenen Vorschläge zu vermeiden gesucht hatten. Die Regierung Seiner Majestät machte die Sowjetregierung auf das Vorhandensein dieser Schwierigkeiten aufmerksam und unterzog gleichzeitig ihre ursprünglichen Vorschläge gewissen Modifikationen. Insbesondere gab sie zu verstehen, *dass sie ihrerseits keinen Einwand erheben würde, falls die Sowjetunion ihre eigene Intervention von der Grossbritanniens und Frankreichs abhängig zu machen wünschte.*

Bedauerlicherweise war dies nicht schon vierzehn Tage früher ausdrücklich erklärt worden.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die englisch-türkische Abmachung am 12. Mai durch das türkische Parlament formell ratifiziert wurde. Indem wir unsern Verpflichtungen dieses Abkommen hinzuzufügen, hofften wir, im Fall einer Krise unsere Stellung im Mittelmeer zu festigen. Es war unsere Antwort auf die Besetzung Albaniens durch Italien. Genau so wie die Zeit der Besprechungen mit Deutschland vorüber war, trat auch in unsern Bemühungen, mit Italien zu verhandeln, ein Stillstand ein.

Die Verhandlungen mit Russland schleppten sich hin. Am 19. Mai kam das ganze Problem im Unterhaus zur Sprache. Die Debatte, kurz und ernst, blieb auf die Parteiführer und einige prominente frühere Mini-

ster beschränkt. Lloyd George, Eden und ich wiesen die Regierung nachdrücklich auf die lebenswichtige Notwendigkeit hin, mit Russland unverzüglich ein Abkommen umfassendster Art zu treffen, einen Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Mächten. Lloyd George sprach zuerst und schilderte die Verwirrung und Gefahr in den dunkelsten Farben.

Die Lage erinnert mich sehr an die Stimmung, die zu Anfang des Frühlings 1918 vorherrschte. Wir wussten, dass ein grosser Angriff von Deutschland bevorstand, aber niemand wusste recht, wo der Schlag fallen würde. Ich erinnere mich, dass die Franzosen dachten, er würde an ihrer Front fallen, während unsere Generäle meinten, er würde an der unsern fallen. Die französischen Generäle stimmten nicht einmal darin überein, an welchem Teil ihrer Front der Angriff erfolgen würde, und unsere Generäle waren ebenso uneinig. Alles, was wir wussten, war, dass irgendwo ein ungeheurer Ansturm kommen würde, und die ganze Atmosphäre war erfüllt – ich will nicht sagen von Angst, aber von Unbehagen. Wir konnten die ungeheure Tätigkeit hinter den deutschen Linien beobachten, und wir wussten, dass die Deutschen etwas vorbereiteten. Das scheint mir mehr oder weniger auch die heutige Lage zu sein ... wir alle sind sehr beunruhigt; die ganze Welt steht unter dem Eindruck, dass die Angreifer wieder etwas in der Art eines neuen Überfalls vorbereiten. Niemand weiss so recht, wo er vor sich gehen wird. Wir können verfolgen, dass sie ihre Rüstungen in einem bisher noch nicht dagewesenen Mass beschleunigen, besonders was Offensivwaffen betrifft – Panzer, Bombenflugzeuge, Unterseeboote. Wir wissen, dass sie neue Stellungen beziehen und befestigen, die ihnen in einem Krieg gegen Frankreich und uns strategische Vorteile bringen werden. Sie inspizieren und überwachen von Libyen bis zur Nordsee alle möglichen Punkte, die im Kriegsfall von lebenswichtiger Bedeutung sein würden. Die Heimlichkeit in den Bewegungen hinter der Front ist sehr verdächtig.

Es ist dieselbe Heimlichkeit wie 1918, die uns über ihre Ziele täuschen sollte. Sie bereiten sich nicht für Verteidigung vor ... Sie bereiten sich nicht gegen einen Angriff von Frankreich, England oder Russland vor. Eine solche Bedrohung war nie vorhanden. Ich habe weder privat noch öffentlich je eine Andeutung oder einen Hinweis gehört, dass wir irgendwo einen Angriff auf Italien oder Deutschland planten, und das wissen sie ganz genau. Darum dienen alle diese Vorbereitungen nicht der

Verteidigung. Sie sind für einen Offensivplan gegen irgendjemand, mit dem wir verbunden sind, bestimmt.

*

Lloyd George fugte dann einige weise Worte hinzu:

Der wesentliche militärische Zweck und Plan der Diktatoren ist der, rasche Resultate zu erzielen, einen langen Krieg zu vermeiden. Ein langer Krieg passt den Diktatoren nie. Ein langer Krieg wie jener zäh geführte, guerillamässige Krieg in Spanien macht sie mürbe, und die grosse russische Verteidigung, die den Russen keinen grossen militärischen Sieg eintrug, zerbrach Napoleon. Ein Krieg, der rasch beendet wird, ist jetzt Deutschlands Ideal und ist es immer gewesen. Der Krieg gegen Österreich im Jahre 1866 dauerte nicht länger als einige Wochen, und der Krieg im Jahre 1870 wurde so geführt, dass er praktisch in ein oder zwei Monaten vorüber war. Im Jahre 1914 lagen Pläne mit genau dem gleichen Ziel vor, und beinahe wären sie gelungen; sie wären den Deutschen gelungen, wenn nicht Russland gewesen wäre. Aber von dem Augenblick an, da ein rascher Sieg misslang, war das Spiel verloren. Sie können sich darauf verlassen, dass die grossen militärischen Denker Deutschlands sich mit dem Problem beschäftigt haben, was der Fehler von 1914 war, woran es ihnen mangelte, wie sie die Lücken ausfüllen und die Fehlschläge wiedergutmachen oder im nächsten Krieg vermeiden können.

Dann ging Lloyd George von den Tatsachen zur Hypothese über. Er malte dem Hause aus, wie es wäre, wenn die Deutschen schon «zwanzigtausend Panzer» und «Tausende von Bombenflugzeugen» besässen. Das überstieg allerdings den wahren Sachverhalt bei Weitem. Ausserdem war es ein unangebrachter Appell an das Furchtmotiv. Und warum hatte er nicht während all dieser Jahre an den Bemühungen meiner kleinen Gruppe zur Verdoppelung der Aufrüstung teilgenommen? Seine Rede bewirkte jedoch im Unterhaus ein Schaudern. Vor zwei Jahren noch, oder jedenfalls noch vor drei Jahren, wären derartige Feststellungen und der ganze Pessimismus seiner Rede abgewiesen und verspottet worden; damals aber hatten wir noch Zeit. Jetzt, was immer die wahren Zahlen sein mochten, war alles zu spät.

Der Premierminister antwortete und gab uns zum erstenmal seine Ansichten über das Angebot der Sowjetunion bekannt. Die Aufnahme, die er ihm bereitete, war ausgesprochen kühl, ja verächtlich. Chamberlain führte aus:

Wenn wir eine Methode ausarbeiten können, durch die wir die Zusammenarbeit und Beihilfe der Sowjetunion beim Aufbau der Friedensfront erreichen, so heissen wir sie willkommen, wir brauchen sie und wir legen Wert auf sie. Die Vermutung, dass wir die Hilfe der Sowjetunion verabscheuen, ist unbegründet. Ohne dass man irgendeine Meinung unautorisierter Art in Bezug auf den genauen Wert der russischen Streitkräfte oder die Art und Weise, wie sie am besten verwendet werden könnten, einfach übernimmt, wird doch niemand so töricht sein, anzunehmen, dass dieses gewaltige Land mit seiner grossen Bevölkerung und seinen ungeheuren Hilfsquellen in einer Situation, wie wir ihr jetzt gegenüberstehen, ein bedeutungsloser Faktor sein könnte.

Das deutete auf den nämlichen Mangel an Gefühl für die Bedeutung der Dinge, wie wir ihn schon ein Jahr früher bei der Ablehnung der Vorschläge Roosevelts erlebt hatten.

Dann nahm ich den Faden wieder auf:

Ich habe ganz und gar nicht verstehen können, was man gegen den Abschluss der Vereinbarung mit Russland einwendet, den der Premierminister selber als wünschenswert erklärt, und zwar in der umfassenden einfachen Gestalt, wie sie die russische Sowjetregierung vorschlägt. Unzweifelhaft sehen die Vorschläge der russischen Regierung einen Dreibund zwischen England, Frankreich und Russland gegen eine Angriffspolitik vor, wobei dieses Bündnis auch andern Ländern offenstehen würde, die sich ihm anschliessen wünschen. Das Bündnis verfolgt nur den Zweck, weiteren Angriffshandlungen Widerstand zu leisten und die Opfer der Aggression zu beschützen. Ich verstehe nicht, was dagegen einzuwenden wäre. Was soll an diesem einfachen Vorschlag nicht gut sein? Man fragt: «Kann man der Sowjetregierung trauen?» In Moskau fragt man vermutlich: «Können wir Chamberlain trauen?» Ich hoffe, dass wir sagen dürfen, die beiden Fragen könnten bejahend beantwortet werden. Ich hoffe das dringend.

Der türkische Vorschlag, dem allgemein zugestimmt wird, stellt eine grosse festigende und stabilisierende Kraft im ganzen Gebiet des Schwar-

zen Meeres und im östlichen Mittelmeer dar. Die Türkei, mit der wir dieses Abkommen getroffen haben, steht in bestem Einvernehmen mit Russland. Sie steht auch in bestem Einvernehmen mit Rumänien. Diese Mächte schützen gemeinsam lebenswichtige Interessen.

Zwischen Grossbritannien und den ihm angeschlossenen Mächten im Süden besteht eine grosse Interessengemeinschaft. Gibt es nicht auch im Norden eine ähnliche Interessengemeinschaft? Wie steht es mit den baltischen Staaten, Litauen, Lettland und Estland, um deretwillen einst Peter der Grosse in den Krieg zog? Russland hat das grösste Interesse daran, dass diese Länder nicht in die Hände Nazideutschlands fallen. Ich brauche nicht weiter auf einen deutschen Angriff auf die Ukraine hinzuweisen; dies würde einen Einmarsch auf russisches Gebiet bedeuten. Der ganzen Ostfront entlang kann man sehen, dass Russlands Interessen auf dem Spiel stehen und daher sollte man annehmen können, dass es seine Bestrebungen mit denen derjenigen Länder vereint, die sich in ähnlicher Lage befinden.

Wenn man bereit ist, sich mit Russland in Kriegszeiten zu verbinden – und ein Kriegsbündnis ist die grösste Feuerprobe – wenn man ferner bereit ist, mit Russland zur Verteidigung Polens, dem man eine Garantie gegeben hat, und Rumäniens zusammenzuwirken, weshalb sollte man sich dann davor entsetzen, in *diesem* Augenblick zum Verbündeten Russlands zu werden, wenn man doch vielleicht gerade damit den Ausbruch des Krieges verhindern könnte? Ich kann alle diese Verzögerungen und Feinheiten der Diplomatie nicht verstehen. Wenn es zum Schlimmsten kommt, dann trifft es uns wie die andern, und wir müssen mit ihnen das Beste zu erreichen suchen. Wenn diese Schwierigkeiten nicht eintreten, dann haben wir wenigstens in den Anfangsstadien für Sicherheit gesorgt.»

Die Regierung Seiner Majestät hat eine Garantie an Polen gegeben. Ich war verwundert, als ich von diesem Schritt erfuhr. Ich billige ihn, aber ich war überrascht; denn nichts, was dem vorangegangen war, konnte die Vermutung nahelegen, dass ein solcher Schritt unternommen werden würde. Ich möchte das Komitee darauf aufmerksam machen, dass die Frage, die Lloyd George vor zehn Tagen stellte und heute wiederholte, nicht beantwortet wurde. Die Frage lautete, ob man vor der Abgabe dieser Garantie den Generalstab darüber zu Rate gezogen habe, ob er diesen Schritt für ungefährlich und angebracht halte, und ob Aussichten auf die Erfüllung der Garantie bestünden. Das ganze Land weiss, dass diese Fra-

ge gestellt wurde, und es erfolgte keine Antwort darauf. Das ist verwirrend und beunruhigend.

Natürlich wird Russland keine Verträge eingehen, wenn es nicht als gleichberechtigt behandelt wird, und nicht nur als gleichberechtigt behandelt wird, sondern auch darauf vertraut, dass die von den Alliierten – vorläufig auf friedlichem Wege – eingeleiteten Massnahmen zum Erfolg führen können. Niemand will sich mit einem Land zusammentun, dessen Leitung unentschlossen und dessen Politik ungewiss ist. Die Regierung muss sich darüber klar sein, dass keiner dieser Staaten in Osteuropa sich – sagen wir – ein Jahr lang im Krieg halten kann, wenn er nicht die massive, zuverlässige Rückendeckung durch ein befreundetes Russland besitzt, zusammen mit den Westmächten. Im Wesentlichen stimme ich darin mit Lloyd George überein, dass eine wirksame Ostfront – eine Friedensostfront, aus der auch eine Kriegsfront werden könnte – nur mit wirksamer Unterstützung durch ein wohlwollendes Sowjetrussland, das hinter allen diesen Ländern liegt, gebildet werden kann.

Wenn aber keine Ostfront gebildet wird, was soll dann mit dem Westen geschehen? Was soll mit den Ländern an der Westfront geschehen, mit denen wir, auch wenn wir keine Garantien gegeben haben, anerkanntermassen verbunden sind – Ländern wie Belgien, Holland, Dänemark und die Schweiz? Wir wollen auf die Erfahrungen von 1917 zurückblicken. Im Jahre 1917 war die russische Front zerschlagen und demoralisiert. Revolution und Meuterei hatten den Mut dieser grossen, disziplinierten Armee untergraben, und die Verhältnisse an der Front waren unbeschreiblich; und doch wurden mehr als 1'500'000 Deutsche an dieser Front festgehalten, selbst als die russische Kampfkraft am schwächsten war, bis der Vertrag geschlossen wurde, der die Front aufhob. Sobald sie nicht mehr bestand, wurden 1'000'000 Deutsche und 5'000 Geschütze nach dem Westen geschafft und hätten im letzten Augenblick beinahe dem Verlauf des Krieges eine andere Wendung gegeben und uns einen verhängnisvollen Frieden aufgezwungen.

Diese Frage der Ostfront ist von ungeheurer Bedeutung. Ich bin erstaunt, dass nicht grössere Besorgnis darüber besteht. Selbstverständlich erbitte ich keinen Gefallen von Sowjetrussland. Die gegenwärtige Zeit ist nicht geeignet, andere Länder um Gefallen zu bitten. Aber wir haben hier ein Angebot, ein faires Angebot, und meines Erachtens ein besseres Angebot als die Bedingungen, welche die Regierung für sich selbst zu erreichen sucht; ein einfacheres, direkteres und wirksameres Angebot. Wir dürfen es nicht beiseite schieben und es dabei bewenden lassen. Ich bitte

die Regierung Seiner Majestät, sich einige dieser brutalen Wahrheiten klarzumachen. Ohne wirksame Ostfront kann es keine ausreichende Verteidigung unserer Interessen im Westen geben, und ohne Russland gibt es keine wirksame Ostfront. Wenn die Regierung Seiner Majestät, nachdem sie unsere Verteidigungsmassnahmen lange vernachlässigt hat, nachdem sie die Tschechoslowakei mit allem, was die Tschechoslowakei als Militärmacht bedeutete, preisgegeben hat, nachdem sie uns ohne Prüfung der technischen Seite dieses Schrittes zur Verteidigung Polens und Rumäniens verpflichtet hat, nun die unentbehrliche Hilfe Russlands zurückweist und fallen lässt und uns auf diese Weise auf dem schlimmsten aller Wege in den schlimmsten aller Kriege führt, dann würde sie das Vertrauen und – das möchte ich hinzufügen – die Grosszügigkeit nicht verdient haben, womit ihr das Land entgegengekommen ist.

Es steht wohl äusser Zweifel, dass dies alles jetzt zu spät war. Attlee, Sinclair und Eden sprachen über die unmittelbare Gefahr im Allgemeinen und über die Notwendigkeit der russischen Allianz. Die Stellung der Labourführer und der Liberalen wurde dadurch beeinträchtigt, dass sie wenige Wochen vorher ihre Anhänger gegen die allgemeine Wehrpflicht hatten stimmen lassen. Der so oft dafür angeführte Grund, dass sie mit der Aussenpolitik der Regierung nicht einverstanden waren, war sehr schwach; keine Aussenpolitik kann wirklich kraftvoll durchgeführt werden, wenn nicht eine entsprechende Macht hinter ihr steht und die nationale Bereitschaft vorhanden ist, die erforderlichen Opfer zu bringen.

Die Bemühungen der Westmächte zur Bildung einer Abwehrfront gegen Deutschland fanden auch auf der andern Seite ihr Gegengewicht. Anfang Mai führten Ribbentrop und Ciano in Como Unterredungen, und deren sichtbares Ergebnis war der sogenannte «Stahlpakt», den die beiden Aussenminister am 22. Mai in Berlin unterzeichneten. Das war die herausfordernde Antwort auf das brüchige Netz von britischen Garantien in Osteuropa. Ciano berichtet in seinem Tagebuch über ein Gespräch mit Hitler, das zur Zeit der Unterzeichnung dieses Bündnisses stattfand:

Hitler erklärt sich von dem Bündnis sehr befriedigt und bestätigt, dass die Mittelmeerpolitik von Italien bestimmt werden solle. Er interessiert sich für Albanien und ist von unserm Plan begeistert, aus Albanien eine Festung zu machen, welche den Balkan unerschütterlich beherrscht

Hitlers Zufriedenheit zeigte sich noch deutlicher, als er am Tag nach der Unterzeichnung des Stahlpaktes, am 23. Mai, eine Zusammenkunft mit seinen Generalstabschefs abhielt. Die geheimen Protokolle der Gespräche liegen vor:

Wir befinden uns jetzt in einem Stadium patriotischer Begeisterung, an der auch zwei andere Nationen teilhaben – Italien und Japan. Der hinter uns liegende Zeitabschnitt ist ausserordentlich gut ausgenützt worden. Alle Massnahmen wurden in richtiger Reihenfolge und im Einklang mit unseren Bestrebungen getroffen. Der Pole ist kein «zusätzlicher Feind». Polen wird immer auf der Seite unserer Gegner sein. Trotz seiner Freundschafts Verträge hat Polen immer die heimliche Absicht verfolgt, jede Gelegenheit, die uns schaden könnte, auszubeuten. Danzig ist überhaupt nicht der Streitpunkt. Es ist eine Frage der Ausdehnung unseres Lebensraumes im Osten und der Sicherung unserer Lebensmittelversorgung. Darum kann auch von einem Verschonen Polens keine Rede sein, und es bleibt uns die Entscheidung: Polen bei der ersten günstigen Gelegenheit anzugreifen. Wir können eine Wiederholung der tschechischen Angelegenheit nicht erwarten. Es wird zum Krieg kommen. Unsere Aufgabe besteht in der Isolierung Polens. Der Erfolg der Isolierung wird ausschlaggebend sein.

Wenn es nicht sicher ist, dass ein deutsch-polnischer Konflikt keinen Krieg im Westen auslöst, dann müssen wir zuerst gegen England und Frankreich vorgehen. Wenn ein Bündnis zwischen Frankreich, England und Russland gegen Deutschland, Italien und Japan bestünde, würde ich gezwungen sein, England und Frankreich mit einigen vernichtenden Schlägen anzugreifen. Ich bezweifle die Möglichkeit einer friedlichen Regelung mit England. Wir müssen uns auf die Auseinandersetzung vorbereiten. England sieht in unserer Entwicklung die Gründung einer Hegemonie, die es schwächen würde. England ist deshalb unser Feind, und der Kampf mit England wird ein Kampf auf Leben und Tod sein. Die holländischen und belgischen Flugplätze müssen durch Waffengewalt besetzt werden. Neutralitätserklärungen müssen ignoriert werden.

¹ Ciano, *Tagebücher*, S. 92.

Wenn England beabsichtigt, im polnischen Krieg zu intervenieren, müssen wir Holland mit Blitzgeschwindigkeit besetzen. Wir müssen darauf abzielen, uns eine neue Verteidigungslinie auf holländischem Boden bis zur Zuidersee zu sichern. Der Gedanke, dass wir billig davonkommen können, ist gefährlich; es gibt keine solche Möglichkeit. Wir müssen unsere Schiffe verbrennen, und es handelt sich nicht mehr um die Frage von Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, sondern von Leben oder Tod für achtzig Millionen Menschen. Die Streitkräfte oder die Regierung jedes Landes müssen auf einen kurzen Krieg hinzielen. Die Regierung muss indessen auch auf einen Krieg von zehn oder fünfzehn Jahren Dauer vorbereitet sein.

England weiss, dass ein verlorener Krieg das Ende seiner Weltmacht bedeuten würde. England ist die treibende Kraft gegen Deutschland.

Die Engländer sind stolz, mutig, hartnäckig, fest im Widerstand und begabte Organisatoren. Sie wissen jede neue Entwicklung auszunützen. Sie besitzen die Abenteuerlust und die Tapferkeit der nordischen Rasse. Der deutsche Durchschnitt steht höher. Aber wenn wir im Ersten Weltkrieg zwei Schlachtschiffe und zwei Kreuzer mehr gehabt hätten und wenn die Schlacht bei Jütland am Morgen begonnen hätte, dann wäre die britische Flotte vernichtet¹ und England auf die Knie gezwungen worden. Neben dem überraschenden Angriff müssen Vorbereitungen für einen langen Krieg getroffen werden, während englische Störversuche auf dem Kontinent ausgeschaltet werden. Das Heer muss die für die Marine und die Luftwaffe wichtigen Stellungen halten. Wenn Holland und Belgien erfolgreich besetzt und gehalten werden und wenn auch Frankreich besiegt ist, werden die grundlegenden Bedingungen für einen erfolgreichen Krieg gegen England gesichert sein².

Am 30. Mai sandte das deutsche Auswärtige Amt seinem Botschafter in Moskau folgende Instruktion: «Im Gegensatz zur früher geplanten Politik haben wir jetzt beschlossen, bestimmte Verhandlungen mit der So-

¹ Hitler befand sich offenbar in völliger Unkenntnis der tatsächlichen Geschehnisse von Jütland, das von Anfang bis zum Ende ein erfolgloser Versuch der britischen Flotte gewesen war, die Deutschen zu einem großen Treffen zu bringen, in dem das überlegene Geschützfeuer der britischen Schlachtlinie eine rasche Entscheidung herbeigeführt hätte.

² Nuremberg Documents: Pt. I., S. 167f.

wjetunion einzuleiten¹.» Während sich die Reihen der Achsenmächte für die militärischen Vorbereitungen schlossen, war das lebenswichtige Verbindungsstück zwischen den Westmächten und Russland ausgefallen. Die zugrunde liegende Verschiedenheit der Ansichten kann aus Molotows Rede vom 31. Mai ersehen werden, mit der er auf Chamberlains Rede im Unterhaus vom 19. Mai antwortete. Er sagte:

Bereits zu einem so frühen Zeitpunkt wie Mitte April hat die Sowjetregierung mit der britischen und der französischen Regierung über die zu ergreifenden notwendigen Massnahmen Verhandlungen aufgenommen. Die damals eingeleiteten Besprechungen sind noch nicht abgeschlossen. Vor einiger Zeit wurde es deutlich, dass – falls der ernstliche Wunsch vorhanden war, eine wirksame Front friedlicher Länder gegen die fortschreitende Aggression zu schaffen – folgende Mindestvoraussetzungen unerlässlich waren:

Der Abschluss eines wirksamen, rein defensiven gegenseitigen Beistandspaktes zwischen Grossbritannien, Frankreich und der UdSSR.;

eine Garantie von Seiten Grossbritanniens, Frankreichs und der UdSSR., ausnahmslos gültig für alle an die Sowjetunion angrenzenden europäischen Länder;

der Abschluss eines genau umschriebenen Vertrages zwischen Grossbritannien, Frankreich und der Sowjetunion, betreffend Art und Umfang der sofortigen effektiven Hilfe, die die Länder im Fall eines Angriffs durch aggressive Mächte einander und den Nutzniessern der Garantie zu leisten hätten.

Die Verhandlungen waren auf einem anscheinend unüberwindlichen toten Punkt festgefahren. Die Regierungen von Polen und Rumänien nahmen zwar die britische Garantie an, waren aber nicht bereit, eine ähnliche Verpflichtung in der gleichen Form von der russischen Regierung entgegenzunehmen. Eine ähnliche Haltung herrschte in einem andern strategisch lebenswichtigen Gebiet – in den baltischen Staaten. Die Sowjetregierung gab unmissverständlich zu verstehen, dass sie einem gegenseitigen Beistandspakt nur dann beitreten werde, wenn Finnland und

¹ Nazi-Soviet Relations, S. 15.

die baltischen Staaten in eine allgemeine Garantie miteinbezogen würden. Alle die vier Staaten weigerten sich aber, eine derartige Bedingung anzunehmen, und vielleicht würden sie sich vor lauter Schrecken noch lange geweigert haben. Finnland und Estland erklärten sogar, dass sie eine Garantie, die ohne ihre Zustimmung auch auf sie ausgedehnt würde, als einen Angriffsakt betrachten würden. Am 31. Mai unterzeichneten Estland und Lettland Nichtangriffspakte mit Deutschland. Auf diese Weise drang Hitler mühelos in die gebrechlichen Verteidigungswerke der unentschlossenen Koalition ein, die sich viel zu spät gegen ihn gebildet hatte.

AM RANDE DES ABGRUNDS

Die Bedrohung Danzigs – General Gamelin lädt mich zum Besuch der Rheinfront ein – Eine Fahrt mit General Georges – Einige Eindrücke – Frankreichs Defensivhaltung – Der Stand der Atomforschung – Meine Aufzeichnungen über die Fliegerabwehr – Erneute Bemühungen um eine Verständigung mit Sowjetrußland – Polnische Obstruktion – Die militärischen Besprechungen in Moskau – Stalins Aussprache mit mir im Jahre 1942 – Eine Höchstleistung der Täuschungspolitik – Ribbentrop wird nach Moskau eingeladen – Der russisch-deutsche Nichtangriffspakt – Das Ereignis wird bekannt – Hitlers Armeebefehle – «Ehrlichkeit ist die beste Politik» – Britische Vorsichtsmassnahmen – Der Brief des Premierministers an Hitler – Eine unverschämte Antwort – Hitler verschiebt den Tag D – Hitlers Brief an Mussolini – Die Antwort des Duce – Die letzten Tage

DER Sommer rückte vor; in ganz Europa machten die Kriegsvorbereitungen Fortschritte, und die Haltung der Diplomaten, die Reden der Politiker und die Wünsche der Menschheit verloren mit jedem Tag an Bedeutung. Die deutschen Truppenbewegungen schienen darauf hinzudeuten, dass der über Danzig bestehende Streit mit Polen eine gewaltsame Lösung finden sollte, als Vorspiel zum Überfall auf Polen selbst. Chamberlain sprach seine Befürchtungen am 10. Juni im Parlament aus und wiederholte seine Absicht, Polen Beistand zu leisten, falls dessen Unabhängigkeit bedroht würde. In Verkennung der Tatsachen gab die belgische Regierung – weitgehend unter dem Einfluss des Königs – am 23. Juni bekannt, dass sie keine Generalstabsbesprechungen mit England und Frankreich wünsche und dass Belgien strikte Neutralität zu bewah-

ren gedenke. Die Flut der Ereignisse bewirkte einen engeren Zusammenschluss zwischen England und Frankreich und auch im Inland selbst. Im Lauf des Monats Juli spielte sich zwischen Paris und London ein reger Verkehr ab. Die Feiern am Vierzehnten Juli boten Gelegenheit, die englisch-französische Verbundenheit zu demonstrieren. Die französische Regierung lud mich zu diesem glänzenden Schauspiel ein.

Als ich nach der Parade Le Bourget verliess, schlug mir General Gamelin einen Besuch an der französischen Front vor. «Sie haben den Rheinsektor noch nie gesehen», sagte er. «Kommen Sie im August, dann wollen wir Ihnen alles zeigen.» Wir machten einen entsprechenden Plan, und am 15. August wurden General Spears und ich von seinem Freund, General Georges, begrüsst, dem Generalstabschef der Armeen in Frankreich und *Successeur Eventuel* des obersten Befehlshabers. Die Begegnung mit diesem ausserordentlich angenehmen und fähigen Offizier bereitete mir grösste Freude; die nächsten zehn Tage verbrachten wir in seiner Gesellschaft, besprachen militärische Fragen und nahmen Fühlung mit Gamelin, der ebenfalls gewisse Punkte dieses Frontabschnittes inspizierte.

Vom Rheinwinkel bei Lauterburg an besuchten wir den ganzen Abschnitt bis zur Schweizer Grenze. Wie im Jahre 1914 herrschte auch jetzt wieder in England der Ferienbetrieb unbesorgter Leute, die mit ihren Kindern im Sande spielten. Am Rhein aber schien ein anderes Licht. Alle provisorischen Brücken über den Strom waren auf die eine oder die andere Seite geschafft worden. Die permanenten Brücken waren schwer bewacht und vermint. Verlässliche Offiziere waren Tag und Nacht bereit, auf ein Signal hin auf die Tasten zu drücken, um alles in die Luft zu sprengen. Der vom Schmelzwasser der Alpenfirne geschwellte Strom floss düster dahin. Die französischen Vorposten hockten in ihren Bunkern unter dem Ufergestrüpp. Zu zweit oder dritt konnten wir bis ans Ufer vordringen, aber man warnte uns, ja nicht ein Ziel zu bieten. Am

anderen Ufer, dreihundert Meter entfernt, konnte man da und dort im Gebüsch Deutsche sehen, die ziemlich gemächlich mit Schaufel und Pickel an ihren Befestigungen arbeiteten. Das am Rhein gelegene Stadtviertel von Strassburg war bereits von der Zivilbevölkerung geräumt. Ich stand eine Zeitlang auf der Brücke und sah zu, wie ein Wagen und noch einer darüberfuhr. An beiden Enden der Brücke wurden die Pässe und die Wageninsassen eingehend geprüft. An dieser Stelle stand der deutsche Posten wenig mehr als hundert Meter vom französischen entfernt. Sie verkehrten nicht miteinander. Dabei herrschte in Europa Frieden. Es bestand kein offener Streit zwischen Deutschland und Frankreich. Der Rhein floss mit Strudeln und Wirbeln im Zehnkilometer-tempo vorüber. Dann und wann flitzte ein Ruderboot mit Buben auf der Strömung hinab. Ich sah den Rhein erst nach mehr als fünf Jahren wieder, als ich ihn im März 1945 mit Feldmarschall Montgomery in einem kleinen Boot überquerte. Aber das war viel weiter nördlich, bei Wesel.

Nach meiner Rückkehr übermittelte ich dem Kriegsminister und vielleicht noch einigen anderen Ministern, mit denen ich in Fühlung stand, einige Aufzeichnungen über meine Beobachtungen. Ich schrieb unter anderem:

Die französische Front kann nicht überrumpelt werden. Sie kann an keiner Stelle durchbrochen werden, äusser durch einen Angriff, der gewaltige Blutopfer erfordern und so viel Zeit beanspruchen würde, dass sich die allgemeine Lage während seines Verlaufs verändern würde. Das nämliche gilt, wenn auch in weniger hohem Grade, von der deutschen Frontseite.

Die Flanken dieser Front ruhen dagegen auf zwei kleinen neutralen Staaten. Die Haltung Belgiens gilt als höchst unbefriedigend. Gegenwärtig bestehen zwischen den Franzosen und den Belgiern keinerlei militärische Beziehungen.

Am andern Ende der Frontlinie, über das ich sehr vieles in Erfahrung bringen konnte, haben die Franzosen alles getan, was an ihnen lag, um sich gegen eine Invasion durch die Schweiz hindurch vorzubereiten. Eine solche Operation würde in Gestalt eines deutschen Angriffs der Aare entlang aufwärts geführt, der rechts durch eine Bewegung in oder gegen die Pforte von Beifort gedeckt würde.

Persönlich halte ich es für äusserst unwahrscheinlich, dass in der ersten Phase des Kriegs irgendein schwerer deutscher Vorstoss gegen die französische Front oder gegen die zwei Kleinstaaten auf ihren Flanken unternommen wird.

Deutschland braucht nicht mobilzumachen, um Polen anzugreifen. Es verfügt über eine ausreichende Zahl von kriegsbereiten Divisionen, um an der Ostfront vorzugehen, und es hätte Zeit zur Verstärkung der Siegfriedlinie durch eine Mobilmachung, die gleichzeitig mit der Einleitung einer schweren Offensive gegen Polen erfolgen würde. Daher braucht dem Kriegsausbruch kein Warnungszeichen in Form einer deutschen Mobilmachung voranzugehen. Die Franzosen dagegen sind vielleicht in der Zeit äusserster Spannung, die wir jetzt erleben, zu besonderen Massnahmen gezwungen.

Was den Zeitpunkt betrifft, so glaubt man, dass Hitler klug genug sein würde, zu warten, bis in den Alpen Schnee fällt und Mussolini den Schutz des Winters bietet. Diese Wetterverhältnisse würden in den ersten Septemberwochen oder sogar noch etwas früher eintreten. Hitler hätte dann immer noch Zeit genug, einen schweren Schlag gegen Polen zu führen, bevor die deutsche Offensive Ende Oktober oder Anfang November durch verschlammtes Gelände behindert würde. Die erste Hälfte September muss daher wohl als besonders kritisch betrachtet werden, und die gegenwärtigen deutschen Vorbereitungen für die Nürnberger Kundgebung – Propaganda usw. – scheinen dieser Folgerung ganz zu entsprechen.

*

An allen meinen Beobachtungen an der Front war vor allem bemerkenswert, in welcher ausgesprochenen Masse meine hochgestellten französischen Gastgeber sich von dem Begriff der Defensive beherrschen liessen, was auch auf mich einen unwiderstehlichen Einfluss hatte. Im Gespräch mit den hochbegabten französischen Offizieren hatte man das Gefühl, dass die Deutschen stärker seien und dass Frankreich nicht mehr über ausreichende Lebensenergie verfügte, um eine grosse Offensive zu organisieren. Es würde einfach für seine Existenz kämpfen – *voilà tout!* Die Deutschen besaßen die befestigte Siegfriedlinie mit der ganzen erhöhten Feuerkraft der modernen Waffen. Auch ich selbst spürte noch



Fünf-Uhr-Tee in Chartwell: Churchill mit seiner Gattin

das Grauen der Offensiven an der Somme und bei Passchendaele in den Knochen. Selbstverständlich waren die Deutschen jetzt bedeutend stärker als in den Tagen von München. Von den grossen Befürchtungen, die ihr Oberkommando bedrückten, hatten wir keine Kenntnis. Wir hatten uns physisch und psychologisch in eine derartige Lage gebracht, dass kein Mensch in verantwortlicher Stellung – ich selbst trug damals noch keine Verantwortung – der Vermutung entsprechend hätte handeln können – einer Vermutung, die der Wahrheit entsprach – dass nur zweiundvierzig halbausgerüstete und halbausgebildete deutsche Divisionen die lange Front von der Nordsee bis an die Schweizer Grenze besetzt hielten.

In den Tagen von München waren es dreizehn gewesen.

*

In diesen letzten Wochen vor der Entscheidung war es meine Hauptsorge, dass die britische Regierung trotz unserer Garantie davor zurückschrecken könnte, einen Krieg mit Deutschland zu führen, wenn es Polen angreifen sollte. Ohne Zweifel hatte Chamberlain damals bereits den Entschluss zum Absprung gefasst, so schwer ihm das auch fallen musste. Ich kannte ihn aber damals noch nicht so gut wie nach einem Jahr. Ich fürchtete, Hitler könnte wiederum einen Bluff mit irgendeinem neuen Kriegsmittel oder einer Geheimwaffe versuchen, der unser überarbeitetes Kabinett verblüffen und irremachen könnte. Professor Lindemann hatte mir von Zeit zu Zeit etwas von Atomenergie erzählt. Ich bat ihn daher, mir darzulegen, wie es auf diesem Gebiete stehe, und nach einer eingehenden Unterredung schrieb ich Kingsley Wood Folgendes:

Churchill an den Luftminister

5. August 1939

Vor einigen Wochen verbreitete sich eine unserer Sonntagszeitungen eingehend darüber, dass eine gewaltige Menge von Energie frei werden könnte, wenn durch ein kürzlich entdecktes Verfahren das Uranatom

durch Neutronen aufgesplittet wird. Auf den ersten Blick könnte das den Anschein erwecken, als ob mit dem Auftauchen neuer Explosivstoffe von verheerender Gewalt zu rechnen wäre. *Es ist daher wesentlich, sich darüber klar zu werden, dass keine Gefahr besteht, dass diese Entdeckung, so gross auch ihr wissenschaftliches Interesse und vielleicht letzten Endes ihre praktische Bedeutung sein mag, Ergebnisse zeitigen wird, die sich in grossem Massstab verwerten lassen, wenigstens auf mehrere Jahre hinaus.*

Es gibt Anzeichen dafür, dass bei einer Verschärfung der internationalen Spannung absichtlich Gerüchte über die Verwendung dieses Verfahrens zur Erzeugung eines furchtbaren neuen Geheimexplosivstoffs in Umlauf gesetzt werden, der imstande wäre, London vom Erdboden verschwinden zu lassen. Unzweifelhaft wird die Fünfte Kolonne versuchen, uns vermittels dieser Drohung dahin zu bringen, dass wir uns abermals mit einer Kapitulation abfinden.

Es ist daher ein unerlässliches Gebot, die wahre Sachlage festzustellen. Zunächst sind die hervorragendsten Fachleute der Ansicht, dass sich nur ein kleiner Teil des Urans bei diesem Verfahren verwenden lässt und dass es notwendig sein wird, diesen Teil zu extrahieren, bevor Ergebnisse in grossem Umfang möglich werden. Dies wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Sodann kann die entscheidende Kettenreaktion nur dann eintreten, wenn das Uran in einer grossen Menge konzentriert wird. Sobald sich die Energie entwickelt, wird sie mit einer leisen Detonation explodieren, bevor wirklich gewaltsame Wirkungen erzielt werden können¹. Es ist möglich, dass die Wirkung unserer gegenwärtigen Explosivstoffe erreicht wird, aber es ist nicht wahrscheinlich, dass etwas sehr viel Gefährlicheres hergestellt werden kann. Der dritte Punkt ist der, dass diese Experimente sich nicht in kleinem Massstab durchführen lassen. Wenn sie im grossen Massstab erfolgreich (das heisst mit den Ergebnissen, mit denen man uns bedrohen wird, wenn wir nicht der Erpressung nachgeben) durchgeführt worden wären, so wäre es unmöglich, das geheimzuhalten. Viertens liegt nur eine verhältnismässig geringe Menge von Uran auf ehemals tschechischem Gebiet im Herrschaftsbereich Berlins.

Aus all diesen Gründen ist offenbar die Besorgnis unbegründet, dass die neue Entdeckung den Nationalsozialisten einen neuen, geheimen Explosivstoff von fürchterlichem Wirkungsgrad, mit dem sie ihre Feinde

¹ Diese Schwierigkeit wurde allerdings später überwunden, aber nur durch ungewöhnlich komplizierte Verfahren.

vernichten könnten, in die Hände gespielt hat. Dunkle Andeutungen darüber werden immer wieder in Umlauf gesetzt werden, aber es ist zu hoffen, dass niemand darauf hereinfallen wird.

Diese Voraussage war bemerkenswert genau. Es waren auch nicht die Deutschen, die den Weg fanden. Tatsächlich verfolgten sie eine falsche Fährte, und zu der Zeit, als Präsident Roosevelt und ich die Entscheidungen und die denkwürdigen Vereinbarungen für die Herstellung von Atombomben in grossem Ausmass trafen, die an entsprechender Stelle Erwähnung finden werden, hatten die Deutschen die Atombombenforschung aufgegeben und befassten sich mit Raketen- und mit Flugzeugen ohne Piloten.

In meinem letzten Bericht an das Komitee für Luftwehrforschungen schrieb ich ferner:

10. August 1939

Die Verteidigung Englands gegen Fliegerangriffe beruht in der Hauptsache auf den Verlusten, die wir den Angreifern zufügen können. Wenn wir jedesmal ein Fünftel von ihnen abschiessen, so werden die Angriffe bald auf hören ... Den ersten Angriff müssen wir uns als ein grossangelegtes Unternehmen vorstellen, wobei sich stundenlang immer neue Geschwader ablösen werden. Die Zukunft des Kriegs in der Luft wird aber nicht von den ersten Ergebnissen des Luftangriffs bestimmt. Es ist nicht ein Kinderspiel, einen Angriff auf England zu unternehmen. Eine schwere Verlustquote wird den Gegner zu sorgfältigen Berechnungen über Gewinn und Verlust veranlassen. Da Tagesangriffe bald allzu kostspielig werden dürften, haben wir in der Hauptsache mit ungezielten Nachtbombardierungen der Wohnbezirke zu rechnen.

*

«Sagen Sie Chamberlain», sagte Mussolini am 7. Juli zum britischen Botschafter, «wenn England bereit sei, für Polen zu kämpfen, werde Italien an der Seite Deutschlands, seines Verbündeten, stehen.» Aber hinter den Kulissen vertrat er den entgegengesetzten Standpunkt. Er strebte da-

mals nichts anderes an, als seine Interessen im Mittelmeer und in Nordafrika zu sichern, die Früchte seiner Intervention in Spanien zu ernten und das eroberte Abessinien zu verdauen. Er wünschte nicht, wegen der deutschen Eroberung von Polen in einen europäischen Krieg gezogen zu werden. Trotz all seiner öffentlichen Prahlerien kannte er die militärische und politische Schwäche Italiens nur zu gut. Er war bereit, über einen Krieg im Jahre 1942 zu sprechen, falls Deutschland ihm Kriegsmaterial lieferte; aber 1939 – niemals!

Als der Druck auf Polen sich im Laufe des Sommers verschärfte, dachte Mussolini daran, auf seine Münchner Rolle als Vermittler zurückzugreifen; er schlug eine Weltfriedenskonferenz vor. Hitler wies ein solches Ansinnen schroff ab. Am 11. August kamen Ciano und Ribbentrop in Salzburg zusammen. Die Darstellung in Cianos Tagebuch lautet:

Der Duce ist mehr als je von der Notwendigkeit überzeugt, den Krieg aufzuschieben ... Er liesse sich unmöglich auf Polen lokalisieren, und ein allgemeiner Krieg wäre für alle Beteiligten verhängnisvoll. Noch nie hat der Duce so warm und rüchhaltlos wie heute über die Notwendigkeit des Friedens gesprochen ... Ribbentrop weicht aus, wenn ich Einzelheiten über die nächste deutsche Unternehmung erfahren möchte. Er hat ein schlechtes Gewissen. Zu oft log er über die deutschen Absichten gegenüber Polen, um sich nicht unbehaglich zu fühlen bei dem Gedanken an den Unterschied zwischen dem, was er mir sagen muss, und dem, was er wirklich zu tun beabsichtigt ... Die Deutschen sind unerschütterlich zum Krieg entschlossen. Selbst wenn sie mehr bekämen als sie verlangen, würden sie angreifen, weil sie vom Dämon der Zerstörung besessen sind. Unsere Unterredung hat manchmal sehr gespannte Augenblicke. Ich sage schroff heraus, was ich denke. Aber das erschüttert ihn nicht im geringsten. Ich gebe mir darüber Rechenschaft, wie gering wir von den Deutschen eingeschätzt werden¹.

Am folgenden Tag fuhr Ciano zu Hitler. Wir besitzen das deutsche Protokoll dieser Zusammenkunft. Hitler sprach deutlich aus, dass er mit Polen abzurechnen beabsichtige, dass er gezwungen sein werde, auch gegen England und Frankreich zu kämpfen, und dass er Italiens Teilnah-

me wünsche. Er sagte: «Wenn England die nötigen Truppen im Land behält, kann es höchstens zwei Infanteriedivisionen und eine Panzerdivision nach Frankreich schicken. Im Übrigen könnte es ein paar Bombergeschwader stellen, aber fast keine Jagdflugzeuge, weil die deutsche Luftwaffe England sofort angreifen würde und die englischen Jagdflugzeuge dringend zur Verteidigung gebraucht würden.» Wegen Frankreich sagte er, dass Deutschland nach dem Feldzug gegen Polen – der nicht lange dauern werde – Hunderte von Divisionen am Westwall zusammenziehen könne, und Frankreich wäre dann gezwungen, seine sämtlichen verfügbaren Truppen aus den Kolonien und von der italienischen Grenze und von anderen Orten wegzuziehen und sie für das Ringen auf Leben und Tod an seiner Maginotlinie zu konzentrieren. Ciano drückte sein Erstaunen über die Tragweite dieser Mitteilungen aus. Er beklagte sich, dass man von deutscher Seite bisher nichts habe verlauten lassen, wie ernst und wie unmittelbar bevorstehend der Streit mit Polen sei. Ribbentrop habe im Gegenteil gesagt, dass die Danziger Frage im Lauf der Zeit in Ordnung kommen werde. In der Überzeugung, dass ein Konflikt mit den Westmächten sich nicht vermeiden lasse, habe der Duce angenommen, er solle die nötigen Vorbereitungen während einer Zeit von zwei oder drei Jahren treffen.

Nach diesem Meinungs austausch kehrte Ciano in düsterer Stimmung nach Italien zurück und erstattete seinem Herrn Bericht. Mussolini war inzwischen noch tiefer davon überzeugt, dass die Demokratien kämpfen würden, und noch fester entschlossen, sich selbst vom Krieg fernzuhalten.

*

Die britische und die französische Regierung unternahmen nochmals einen Versuch zur Verständigung mit Sowjetrußland. Es wurde beschlossen, einen Sondergesandten nach Moskau zu schicken. Eden, der einige Jahre vorher mit Stalin wertvolle Beziehungen angeknüpft hatte,

stellte sich dafür zur Verfügung. Dieses hochherzige Angebot wurde vom Premierminister abgelehnt. Stattdessen wurde am 12. Juni ein tüchtiger Beamter, der aber ausserhalb des Foreign Office kaum bekannt war, William Strang, mit dieser ungemein wichtigen Mission betraut. Das war ein weiterer Fehler. Die Entsendung einer so untergeordneten Figur wurde geradezu als Beleidigung empfunden. Es ist zweifelhaft, ob es ihm auch nur gelang, die äussere harte Schale des Sowjetorganismus aufzubrechen. Übrigens war es jetzt ohnedies zu spät. Seit im August 1938 Maisky zu mir nach Chartwell geschickt worden war, hatte sich manches ereignet. Vor allem München. Die Heere Hitlers hatten sich ein weiteres Jahr vorbereiten können. Seine durch die Skodawerke ergänzten Rüstungsbetriebe arbeiteten durchwegs mit Hochdruck. Der Sowjetregierung hatte viel an der Tschechoslowakei gelegen, aber die Tschechoslowakei war verschwunden. Benesch war im Exil. In Prag herrschte ein deutscher Gauleiter.

Polen dagegen stellte Russland eine ganz andere Reihe uralter politischer und strategischer Probleme. Zum letztenmal hatte Russland 1920 in der Schlacht um Warschau gegen Polen gekämpft, als die von Kornett Krylenko geführten bolschewistischen Invasionsarmeen von Pilsudski, der von General Weygand beraten und von der britischen Mission unter Lord d'Abernon unterstützt wurde, zurückgeschlagen und daraufhin mit blutiger Rache verfolgt worden waren. Seither war Polen immer ein starker Exponent des Antibolschewismus gewesen. Mit der linken Hand hielt es die Verbindung und Unterstützung der antisowjetischen baltischen Staaten aufrecht. Mit der rechten aber hatte es in den Tagen von München bei der Ausplünderung der Tschechoslowakei mitgewirkt. Die Sowjetregierung war überzeugt, dass die Polen sie hassten, aber auch davon, dass Polen einem deutschen Überfall nicht standzuhalten vermöge. Sie war sich jedoch auch der sie bedrohenden Gefahren vollkommen bewusst, ebenso wie der Tatsache, dass geraume Zeit nötig war, um die Hinrichtungen im Oberkommando ihrer Armeen wieder wettzumachen.

chen. Unter diesen Verhältnissen bestanden keine grossartigen Aussichten für Strangs Mission.

Die Verhandlungen drehten sich immer wieder um die Frage der Abneigung Polens und der baltischen Staaten, sich von Sowjetrussland vor Deutschland retten zu lassen. In diesem Punkt wurde kein Fortschritt erzielt. Die *Prawda* hatte in ihrem Leitartikel vom 13. Juni schon erklärt, dass die Neutralität Finnlands, Estlands und Lettlands für die Sicherheit Sowjetrusslands lebenswichtig sei. «Die Sicherheit solcher Staaten», schrieb die *Prawda*, sei von grösster Bedeutung für England und Frankreich, wie es «selbst ein derartiger Politiker wie Churchill» zugegeben habe. Das Problem wurde in Moskau am 15. Juni diskutiert. Am folgenden Tage erklärte die russische Presse, «die Ergebnisse der ersten Besprechungen» würden «in Kreisen des Sowjetaussenministeriums als nicht durchwegs befriedigend betrachtet». Den ganzen Juli hindurch kam man immer wieder auf dieses Problem zurück. Schliesslich machte die Sowjetregierung den Vorschlag, die Besprechungen auf militärischer Grundlage mit französischen und britischen Vertretern fortzusetzen. Die britische Regierung schickte daraufhin am 10. August Admiral Drax mit einer Mission nach Moskau. Die Offiziere hatten keine schriftliche Ermächtigung zu Verhandlungen. An der Spitze der französischen Mission stand General Doumenc. Auf russischer Seite amtete Marschall Woroschilow. Es ist jetzt bekannt, dass zur nämlichen Zeit die Sowjetregierung ihre Zustimmung zur Reise eines deutschen Unterhändlers nach Moskau gab. Die Militärkonferenz scheiterte rasch an der Weigerung Polens und Rumäniens, den Durchmarsch russischer Truppen zu gestatten. Die polnische Haltung lief darauf hinaus: «Mit den Deutschen riskieren wir, unsere Freiheit einzubüssen, mit den Russen verlieren wir unsere Seele¹.»

*

¹ Zitiert in Reynaud, *La France a sauvé l'Europe*, Bd. I, S. 587.

Im August 1942 setzte mir Stalin im Kreml in einer frühen Morgenstunde einen Aspekt der Stellungnahme der Sowjets auseinander. «Wir gewannen den Eindruck», meinte Stalin, «dass die britische und die französische Regierung nicht zum Krieg entschlossen waren, wenn Polen überfallen würde, dass sie aber hofften, die diplomatische Demonstration Englands, Frankreichs und Russlands werde Hitler einschüchtern. Wir waren vom Gegenteil überzeugt.» «Wieviele Divisionen», hatte damals Stalin gefragt, «wird Frankreich gegen Deutschland mobilisieren können?» Die Antwort lautete: «Etwa hundert.» Darauf fragte er: «Wieviele schickt England ins Feld?» Die Antwort lautete: «Zwei und später noch zwei.» «So, so, zwei und später noch zwei», hatte Stalin wiederholt. «Wissen Sie», fragte er dann, «wie viele Divisionen wir auf der russischen Front aufstellen müssen, wenn es zum Krieg mit Deutschland kommt?» Nach einer Pause: «Mehr als dreihundert.» Stalin sagte mir nicht, wann und mit wem diese Unterredung stattgefunden hatte. Man muss zugeben, dass Stalin dabei auf festem Boden stand, aber auf einem, der für Strang und für das Foreign Office nicht vorteilhaft war.

Stalin und Molotow hielten es aus Verhandlungsgründen für notwendig, ihre wahren Absichten bis zum letzten Augenblick zu verheimlichen. Beiden Seiten gegenüber bewiesen Molotow und die ihm untergeordneten Beamten eine beachtenswert geschickte Doppelspurigkeit in ihrer Haltung. Noch am 4. August konnte der deutsche Botschafter Schulenburg von Moskau aus nur telegraphieren: «Aus Molotows ganzem Verhalten ging deutlich hervor, dass die Sowjetregierung tatsächlich zu einer Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen eher bereit ist als früher, dass jedoch das alte Misstrauen gegen Deutschland weiterbesteht. Vor allem habe ich den Eindruck, dass die Sowjetregierung gegenwärtig entschlossen ist, ein Abkommen mit England und Frankreich zu unterzeichnen, falls sie alle russischen Wünsche erfüllen. Ohne Zweifel können die Verhandlungen sich noch lange hinziehen, besonders deshalb, weil auch das Misstrauen gegen England stark ist...

Von unserer Seite werden beträchtliche Bemühungen nötig sein, um die Sowjetregierung zu einem Kurswechsel zu veranlassen¹.» Er hätte sich darüber keine Sorgen zu machen brauchen: die Würfel waren gefallen.

*

Am Abend des 19. August unterrichtete Stalin das Politbureau über seine Absicht, einen Pakt mit Deutschland zu unterzeichnen. Am 22. August blieb Marschall Woroschilow bis zum Abend für die alliierten Missionen unerreichbar. Dann äusserte er sich zum Leiter der französischen Mission: «Die Frage der militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich war seit mehreren Jahren in der Schwebe, wurde jedoch nie geregelt. Im letzten Jahr, als die Tschechoslowakei unterging, erwarteten wir vergeblich ein Zeichen von Frankreich. Unsere Truppen waren bereit ... Die französische und englische Regierung haben nun die politischen und militärischen Besprechungen zu sehr in die Länge gezogen. Aus diesem Grund darf die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass gewisse politische Ereignisse eintreten könnten ...²» Am folgenden Tag traf Ribbentrop in Moskau ein.

*

In den Nürnberger Dokumenten und auch in den von den Amerikanern erbeuteten und unlängst veröffentlichten Dokumenten besitzen wir jetzt die Einzelheiten dieser Verhandlung, die nie vergessen werden sollte. Die Darstellung von Gauss, Ribbentrops wichtigstem Mitarbeiter, der mit ihm nach Moskau flog, lautet wie folgt: «Am Abend des 23. August fand die erste Unterredung zwischen Ribbentrop und Stalin statt ... Der Reichsaussenminister kehrte sehr befriedigt von dieser langen Besprechung zurück ... Später einigte man sich rasch und ohne Schwie-

¹ Nazi-Soviet Relations, S. 41.

² Reynaud, *Ea France a sauvé F Europe*, Bd. I, S. 588.

rigkeiten über den Text des russisch-deutschen Nichtangriffspaktes. Ribbentrop selbst», berichtet Gauss, «hatte in der Einleitung einen ziemlich weitgehenden Satz über die Bildung freundschaftlicher deutsch-russischer Beziehungen eingefügt. Stalin erhob Einspruch dagegen, indem er bemerkte, dass die Sowjetregierung der Öffentlichkeit nicht plötzlich eine deutschrussische Freundschaftserklärung vorsetzen könne, nachdem sie sechs Jahre lang von der Nazi-Regierung mit *Schmutz* beworfen worden sei. Daraufhin wurde dieser Satz in der Einleitung gestrichen.» In einer Geheimabmachung erklärte Deutschland, dass es an Lettland, Estland und Finnland politisch nicht interessiert sei, Litauen jedoch als in seiner Einflussosphäre liegend betrachte... Es wurde eine Demarkationslinie für die Teilung Polens bestimmt. In den baltischen Staaten beanspruchte Deutschland nur wirtschaftliche Interessen. Der deutsch-russische Nichtangriffspakt und die Geheimabmachung wurden am 23. August spät in der Nacht unterzeichnet¹.

*

Trotz all den Ereignissen, welche völlig leidenschaftslos in diesem und dem vorangegangenen Kapitel dargestellt worden sind, konnte doch nur der totalitäre Despotismus in den beiden Ländern das Odium eines so widernatürlichen Vorgehens auf sich nehmen. Es ist fraglich, ob Hitler oder Stalin das Ganze mit grösserem Abscheu betrachtete. Beide wussten genau, dass es sich nur um ein zeitweiliges Behelfsmittel handelte. Die Gegensätze zwischen den beiden Reichen und den beiden Systemen waren unüberbrückbar. Unzweifelhaft hatte Stalin das Gefühl, dass Hitler nach einem Jahr Krieg mit den Westmächten für Russland ein weniger lebensgefährlicher Gegner sein würde. Hitler befolgte einfach seine Methode, einen nach dem andern zu erledigen. Die Tatsache aber, dass der Abschluss eines derartigen Abkommens überhaupt möglich war, stellt den Höhepunkt der diplomatischen Misserfolge dar, wel-

¹ Nuremberg Documents, Pt. 10, S. 210 ff.

che die britische und die französische Aussenpolitik seit mehreren Jahren zu verzeichnen hatten.

Vom Standpunkt der Sowjetregierung aus muss gesagt werden, dass es für sie lebenswichtig war, das Aufmarschgebiet der deutschen Armeen so weit wie möglich im Westen zu halten, damit die Russen mehr Zeit gewinnen konnten, ihre Streitkräfte aus allen Teilen des ungeheuren Reiches zusammenzuziehen. Sie erinnerten sich noch lebhaft an das Verhängnis, das 1914 über ihre Armeen gekommen war, als sie eilig zum Angriff auf die Deutschen vorgestossen waren, obschon sie erst eine Teilmobilmachung vollzogen hatten. Jetzt aber lagen ihre Grenzen viel weiter östlich als im vorhergehenden Krieg. Sie mussten die baltischen Staaten und einen grossen Teil von Polen durch Gewalt oder Betrug besetzen, bevor sie angegriffen wurden. Wenn ihre Politik kaltblütig war, so war sie jedenfalls damals auch im höchsten Masse realistisch.

Die unheilverkündende Botschaft platzte wie eine Bombe über der Welt. Am 21./22. August meldete die Sowjetagentur Tass, Ribbentrop fliege nach Moskau, um einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion zu unterzeichnen. Die britische Regierung mag damals allerhand Gefühlsregungen empfunden haben, aber Furcht sicherlich nicht. Sie erklärte unverzüglich, ein derartiger Vorfall würde in keiner Weise ihre Verpflichtungen berühren, die sie einzuhalten entschlossen sei. Nichts konnte nunmehr den Konflikt abwenden oder hinausschieben.

*

Es lohnt sich auch jetzt noch, die wichtigsten Bestimmungen des deutsch-russischen Paktes wiederzugeben:

Die beiden hohen vertragschliessenden Parteien verpflichten sich, sich jedes gewaltsamen Aktes, jeder Angriffshandlung und jedes Angriffs aufeinander, sei es einzeln oder gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Der Vertrag sollte zehn Jahre laufen und automatisch auf weitere fünf Jahre verlängert werden, wenn er nicht ein Jahr vor Ablauf der Gelfungsfrist von einer der Mächte gekündigt wurde. Es herrschte lebhafter Jubel um den Konferenztisch und viele Trinksprüche wurden ausgebracht. Stalin trank spontan auf die Gesundheit des Führers mit folgenden Worten: «Ich weiss, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt. Ich möchte daher auf seine Gesundheit trinken.» Aus all dem ergibt sich eine äusserst einfache Moral: Ehrlichkeit ist die beste Politik. Dafür werden die folgenden Seiten manches Beispiel bieten. Man wird daraus lernen, wie leicht sich überschlaue Männer und Staatsmänner in ihren eigenen komplizierten Rechnungen verstricken. Aber der Pakt von Moskau bildet das vorzüglichste Beispiel dafür. Nur zweiundzwanzig Monate sollten vergehen, bis Stalin und die russische Nation mit ihren vielen Millionen Menschen ein entsetzliches Reuegeld dafür zahlen mussten. Wenn eine Regierung keine moralischen Bedenken hat, so kommt es öfters vor, dass sie dadurch grosse Vorteile und weitgehende Aktionsfreiheit zu erlangen scheint. Aber «alles gleicht sich aus am Ende des Tages, und alles wird sich noch mehr ausgleichen, wenn alle Tage zu Ende gehen.»

*

Aus geheimen Informationen hatte Hitler die Gewissheit gewonnen, dass der russische Pakt am 22. August unterzeichnet werden würde; noch ehe Ribbentrop von Moskau zurückkehrte oder die öffentliche Bekanntgabe erfolgt war, hielt er folgende Ansprache an seine obersten Befehlshaber:

Wir müssen von Anfang an zum Kampf gegen die Westmächte entschlossen sein ... Der Konflikt mit Polen war früher oder später unvermeidlich. Ich hatte diesen Entschluss schon im Frühling gefasst, aber ich dachte, ich wolle mich zuerst gegen den Westen wenden und später gegen den Osten ... Eine Blockade brauchen wir nicht zu fürchten. Der Osten wird uns mit Korn, Vieh und Kohle versehen ... Ich fürchte nur, dass irgendein Schweinehund in letzter Minute einen Vermittlungsvor-

schlag machen wird ... Das politische Ziel ist weiter gesteckt. Der Anfang zur Zerstörung der englischen Hegemonie ist gemacht worden. Der Weg steht dem Militär offen, nachdem ich die politischen Vorbereitungen getroffen habe¹.

*

Auf die Nachricht vom Abschluss des deutsch-sowjetrussischen Paktes hin traf die britische Regierung sofort Vorsichtsmassnahmen. Es wurden Befehle für die Bereitschaft der Küstenverteidigung und der Fliegerabwehr ausgegeben, ebenso für den Schutz gefährdeter Punkte. Die Dominienregierungen und die Kolonien wurden telegraphisch benachrichtigt, dass es in sehr naher Zukunft erforderlich werden könnte, die letzten Vorsichtsmassnahmen anzuordnen. Der Geheimsiegelbewahrer erhielt die Vollmacht, die Territorialorganisation auf Kriegsstärke zu bringen. Am 23. August ermächtigte das Kabinett die Admiralität, 25 Handelsschiffe zur Umwandlung in bewaffnete Hilfskreuzer zu requirieren und 35 Fischdampfer mit *Asdic*-Suchgeräten auszustatten. 6'000 Reservisten wurden für die überseeischen Garnisonen einberufen. Die Mobilisierung der Fliegerabwehr der *Radar*-Stationen und der gesamten Fliegerabwehrtruppen wurde angeordnet. 24'000 Reservisten der Air Force und die ganzen Hilfstruppen der Luftstreitkräfte mit Einschluss der Sperrballongeschwader wurden einberufen. In allen Formationen der drei Waffengattungen wurden sämtliche Urlaubsbewilligungen aufgehoben. Die Admiralität erliess Warnungen an alle Handelsschiffe. Auch viele andere Massnahmen wurden durchgeführt.

*

Der Premierminister beschloss, über diese Vorbereitungen an Hitler zu schreiben. Der Brief findet sich nicht in Feilings Biographie, wurde aber an anderer Stelle veröffentlicht. Um Chamberlain Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sollte er sicherlich allgemein gelesen werden:

¹ Nuremberg Documents, Pt. I, S. 173.

Eure Exzellenz hat vermutlich schon von gewissen Massnahmen erfahren, welche von der Regierung Seiner Majestät getroffen und sowohl in der Presse wie im Radio heute abend bekanntgegeben worden sind.

Nach der Ansicht der Regierung Seiner Majestät sind diese Schritte durch die militärischen Bewegungen notwendig geworden, die aus Deutschland gemeldet worden sind, und durch die Tatsache, dass offensichtlich in einigen Berliner Kreisen die Meldung von einem deutsch-russischen Abkommen so aufgefasst wird, als bedeute sie, dass man nicht mehr mit der Eventualität einer Intervention Grossbritanniens zugunsten Polens zu rechnen brauche. Nichts könnte irrtümlicher sein. Was auch immer der Inhalt des deutsch-russischen Abkommens sein mag, an den Verpflichtungen Grossbritanniens gegenüber Polen, welche die Regierung Seiner Majestät mehrmals und unmissverständlich öffentlich verkündet hat und die sie einzuhalten entschlossen ist, vermag es nichts zu ändern.

Man hat behauptet, dass die grosse Katastrophe von 1914 vermieden worden wäre, wenn damals die britische Regierung ihre Stellung deutlicher festgelegt hätte. Ob diese Behauptung nun irgendwie stichhaltig sei oder nicht, die Regierung Seiner Majestät ist entschlossen, diesmal ein derartiges tragisches Missverständnis zu vermeiden. Sie ist fest entschlossen, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergibt, alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzusetzen, und es ist unmöglich, das Ende einmal eingeleiteter Feindseligkeiten abzusehen. Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung anzunehmen, dass der Krieg, wenn er einmal ausbricht, rasch zu Ende gehen werde, selbst wenn auf einer der verschiedenen Fronten, auf denen er sich abspielen wird, ein Erfolg erzielt werden sollte.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt vermag ich keinen anderen Weg zu sehen, auf dem eine Katastrophe vermieden werden könnte, die Europa in den Krieg stürzen würde. In Anbetracht der ersten Folgen, die für die Menschheit aus den Handlungen ihrer führenden Staatsmänner entstehen können, vertraue ich darauf, dass Eure Exzellenz die Überlegungen, die ich Ihnen unterbreitet habe, mit grösster Sorgfalt prüfen wird¹.

Hitlers Antwort betonte die «beispiellose Grossmut», mit der Deutschland zu einer Regelung der Frage von Danzig und des Korridors

¹ Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 157F.

bereit sei, und enthielt im Übrigen folgenden Passus verlogener Unverschämtheit:

Die bedingungslose Zusicherung Englands an Polen, dass es diesem Land unter allen Umständen Beistand leisten werde, ohne Rücksicht darauf, aus welchen Gründen ein Konflikt entstehen möge, kann in Polen nur als Ermutigung aufgefasst werden, von nun an unter dem Schutz einer solchen Urkunde eine Welle von fürchterlichem Terrorismus gegen die anderthalb Millionen in Polen lebenden Deutschen loszulassen¹.

Am 25. August verkündete die britische Regierung einen Bündnisvertrag mit Polen und bestätigte damit die schon früher übernommene Garantieverpflichtung. Man hoffte, dadurch eine Regelung auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu erleichtern, weil Grossbritannien im Fall eines Scheiterns dieses Versuchs Polen unterstützen würde. Göring erklärte vor dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg:

An dem Tag, an dem England seine offizielle Garantie an Polen erteilte, rief mich der Führer ans Telephon und sagte, er habe die geplante Invasion Polens aufgehalten. Ich fragte ihn sodann, ob dies nur vorläufig gelte oder endgültig. Er sagte: «Nein, ich muss sehen, ob wir die britische Intervention ausschalten können ...»².

Tatsächlich verschob Hitler den Angriffstag vom 25. August auf den 1. September und leitete direkte Verhandlungen mit Polen ein, wie Chamberlain es wünschte. Er bezweckte aber damit nicht den Abschluss einer Verständigung mit Polen, sondern er wollte der britischen Regierung jede Möglichkeit bieten, sich ihren Garantieverpflichtungen zu entziehen. Sie dachte aber, wie das Parlament und die ganze Nation, in ganz anderen Kategorien. Es ist eine seltsame Tatsache, dass die britischen Inselbewohner, die den Drill verabscheuen und die seit fast tausend Jahren keine Invasion mehr erlebt haben, umso weniger Angst fühlen, je mehr eine Gefahr näherrückt und zunimmt; wenn sie unmittelbar vor

² Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 158.

³ Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 166.

ihnen steht, sind sie grimmig entschlossen; wenn sie tödlich ist, sind sie furchtlos. Diese Eigenart hat dazu geführt, dass sie mehrmals nur mit knapper Not davongekommen sind.

*

Ein Brief Hitlers an Mussolini aus jener Zeit ist vor Kurzem in Italien veröffentlicht worden:

Duce,

Seit einiger Zeit erwägen Deutschland und Russland die Möglichkeit, ihre gegenseitigen Beziehungen auf eine neue Basis zu bringen. Die Notwendigkeit, in dieser Hinsicht zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen, wurde durch folgende Tatsachen verschärft:

1. Der Stand der politischen Weltlage im Allgemeinen.
2. Das fortgesetzte Zögern des japanischen Kabinetts, eine klare Haltung einzunehmen. Japan war zu einem Bündnis gegen Russland bereit, das für Deutschland – und meines Erachtens für Italien – unter den gegenwärtigen Umständen nur in zweiter Linie von Interesse sein konnte. Zur Annahme klarer Verpflichtungen hinsichtlich Englands war es jedoch nicht geneigt – was ich für Deutschland, und ich glaube auch für Italien, als eine entscheidende Frage betrachte ...
3. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen waren seit dem Frühling unbefriedigend und wurden in den letzten Wochen geradezu unhaltbar, nicht durch die Schuld des Reichs, sondern vor allem infolge des britischen Vorgehens ... Diese Gründe haben mich veranlasst, den Abschluss der russisch-deutschen Besprechungen zu beschleunigen. Ich habe Sie, Duce, über diese Fragen noch nicht eingehend unterrichtet. In den letzten Wochen ist jedoch die Bereitschaft des Kremls, Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen – eine Bereitschaft, die im Augenblick von Litwinows Entlassung entstand – immer deutlicher geworden und hat es mir nun ermöglicht, nach einer vorbereitenden Abklärung meinen Aussenminister nach Moskau zu schicken, um einen Vertrag abzuschliessen, der weitaus der umfassendste aller heute bestehenden Nichtangriffspakte ist und dessen Text veröffentlicht werden wird. Der Pakt ist bedingungslos und setzt ausserdem die Verpflichtung zur gemeinsamen Besprechung aller Fragen fest, die Deutschland und Russland interessieren. Ich kann Ihnen, Duce, auch mitteilen, dass in Anbetracht dieser Unternehmen die wohlwollende Haltung Russlands sicher ist, und dass

vor allem im Fall eines Konflikts jetzt nicht mehr die Möglichkeit irgend-eines Angriffs von Seiten Rumäniens besteht^L

Mussolini erwiderte darauf sofort:

Ich beantworte Ihren Brief, der mir soeben durch Botschafter Mackensen übergeben wurde.

1. Was das Abkommen mit Russland betrifft, bin ich vollkommen einverstanden.
2. Ich halte es für nützlich, einen Bruch oder eine Abkühlung der Beziehungen zu Japan zu vermeiden, ebenso wie seine daraus folgende Annäherung an die Gruppe demokratischer Staaten ...
3. Der Moskauer Pakt blockiert Rumänien und könnte zu einer Änderung der Haltung der Türkei führen, die eine englische Anleihe aufgenommen, aber das Bündnis noch nicht unterzeichnet hat. Eine neue Stellungnahme der Türkei würde den strategischen Dispositionen der Franzosen und Engländer im östlichen Mittelmeer den Boden entziehen.
4. Hinsichtlich Polens verstehe ich den deutschen Standpunkt vollkommen, und ebenso die Tatsache, dass eine so gespannte Lage nicht unbegrenzt andauern kann.
5. Hinsichtlich der praktischen Haltung Italiens im Falle einer militärischen Aktion ist meine Ansicht folgende:

Wenn Deutschland Polen angreift und der Konflikt lokalisiert bleibt, wird Italien Deutschland jede verlangte politische und wirtschaftliche Hilfe leisten.

Wenn Deutschland Polen angreift und die Verbündeten des letzteren einen Gegenangriff auf Deutschland unternehmen, muss ich betonen, dass ich nicht zu kriegerischen Handlungen übergehen kann, mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der italienischen militärischen Vorbereitungen, worüber ich Sie, Führer, und auch von Ribbentrop wiederholt und rechtzeitig unterrichtet habe.

Unsere Intervention könnte trotzdem sofort stattfinden, wenn Deutschland uns unverzüglich Kriegsmaterial und Rohstoffe liefern könnte, damit wir dem Stoss standhalten, den die Franzosen und Briten gegen uns wahrscheinlich führen würden. In unsern früheren Begegnungen war der Krieg erst nach 1942 geplant, und zu diesem Zeitpunkt wäre ich zu Land, zur See und in der Luft bereit gewesen, gemäss unsern gemeinsamen Abmachungen².

¹ Hitler e Mussolini, *Lettere e Documenti*, S. 7.

² Hitler e Mussolini, *Lettere e Documenti*, S. 10.

Von da an wusste Hitler, wenn er es nicht schon geahnt hatte, dass er im Kriegsfall nicht auf die bewaffnete Intervention Italiens zählen konnte. Alle in letzter Minute unternommenen Versuche Mussolinis, seine Rolle von München zu wiederholen, wurden abgelehnt. Der Duce scheint eher aus englischen, nicht aus deutschen Quellen von den endgültigen Schritten erfahren zu haben. Ciano vermerkt am 27. August in seinem Tagebuch: «Die Engländer teilen uns den Text deutscher Vorschläge an London mit, von denen viel Aufhebens gemacht wird, über die wir aber vollkommen im Dunkel gelassen werden¹.» Alles, was Mussolini jetzt brauchte, war Hitlers Einwilligung in die Neutralität Italiens. Diese wurde ihm gewährt.

*

Am 31. August erliess Hitler seine «Weisung Nummer 1 für die Kriegführung». Darin stand:

1. Nachdem nunmehr alle politischen Möglichkeiten zur Regelung der Lage an der Ostfront, die für Deutschland untragbar ist, mit friedlichen Mitteln erschöpft sind, habe ich eine gewaltsame Lösung beschlossen.

2. Der Angriff auf Polen muss gemäss den für «Fall Weiss» getroffenen Vorbereitungen durchgeführt werden, mit den Abänderungen, die sich, soweit die Armee betroffen wird, aus der Tatsache ergeben, dass sie inzwischen ihre Anordnungen fast vervollständigt hat. Zuweisung der Aufgaben und die Operationsziele bleiben unverändert.

Datum des Angriffs 1. September 1939, Zeit des Angriffs 0445 (mit Rotstift eingetragen).

3. Im Westen ist es von Bedeutung, dass die Verantwortlichkeit für die Eröffnung von Feindseligkeiten unzweideutig auf England und Frankreich fällt. Gegen unbedeutende Grenzverletzungen soll zunächst rein lokale Aktion ergriffen werden².

*

¹ Ciano, *Tagebücher*, S. 133.

² Nuremberg Documents, Pt. 2, S. 172.

Auf der Rückreise von der Rheinfront verbrachte ich einige sonnige Tage bei Madame Balsan in ihrem alten Schloss, wo König Heinrich von Navarra in der Nacht vor der Schlacht bei Ivry geschlafen hatte. Es war eine angenehme Gesellschaft beisammen, aber alles war in höchster Erregung. Mrs. Euan Wallace war mit ihren Söhnen da; ihr Gatte war Kabinettsminister und sie erwartete ihn auf dem Schloss. Jetzt telegraphierte er plötzlich, er könne nicht kommen, er werde später erklären warum. Andere Anzeichen der Gefahr waren zu spüren. Man fühlte die tiefe Sorge, die über allen lastete. Sogar das Licht dieses lieblichen Tals beim Zusammenfluss der Eure und Vesgre schien etwas von seinem friedlichen Glanz eingebüsst zu haben. In dieser Unsicherheit kam mir das Malen wie eine schwere Arbeit vor. Am 26. August entschloss ich mich zur Heimreise. Zu Hause konnte ich wenigstens erfahren, was vor sich ging. Ich sagte meiner Gattin, ich würde sie rechtzeitig benachrichtigen. Bei der Durchfahrt lud ich in Paris General Georges zum Essen ein. Er unterbreitete mir alle Zahlen über die französische und die deutsche Armee und klassifizierte die einzelnen Divisionen nach ihrer Güte. Das Resultat machte mir so starken Eindruck, dass ich zum erstenmal sagte: «Aber, Sie sind ja überlegen.» Er antwortete: «Die Deutschen haben eine sehr starke Armee, und wir werden niemals den ersten Schlag austeilen dürfen. Wenn sie angreifen, dann werden sich unsere beiden Länder auf ihre Pflicht besinnen.»

Die Nacht verbrachte ich wieder in Chartwell, wohin ich auf den folgenden Tag General Ironside eingeladen hatte. Er war eben aus Polen zurückgekehrt; seine Berichte über die polnische Armee lauteten sehr günstig. Er hatte ein Divisionsmanöver gesehen, bei dem scharf geschossen wurde, wobei es auch einige Opfer gab. Die Moral der Polen war ausgezeichnet. Der General blieb drei Tage bei mir, und wir gaben uns alle Mühe, das Unerforschliche zu ermessen. Zu gleicher Zeit legte ich den Ziegelboden der Küche in dem kleinen Landhäuschen fertig, das ich im vorhergegangenen Jahr als künftigen Landsitz für meine Familie

gebaut hatte. Auf meinen Wink hin kam meine Gattin am 30. August über Dünkirchen zurück.

*

Es gab damals in England, wie wir wussten, 20'000 organisierte deutsche Nazi; es hätte vollkommen im Einklang mit ihrem Vorgehen in anderen befreundeten Ländern gestanden, wenn es noch vor Kriegsausbruch zu einem dramatischen Vorspiel von Sabotage und Mord gekommen wäre. Ich verfügte damals nicht über einen offiziellen Schutz, und ich wollte auch nicht darum bitten, obwohl ich annahm, dass meine Stellung einige Vorsichtsmassnahmen rechtfertige. Ich hatte genug gehört, um davon überzeugt zu sein, dass Hitler mich als seinen Feind erkannte. Mein ehemaliger Detektiv von Scotland Yard, Inspektor Thompson, war im Ruhestand. Ich bat ihn, nach Chartwell zu kommen und seine Pistole mitzubringen. Meine eigenen Waffen, die in gutem Zustande waren, legte ich bereit. Während der Nacht legten wir uns abwechselnd je einer zum Schlafen nieder, während der andere wachte. Auf diese Weise konnte keiner von uns überrascht werden. Zu dieser Stunde schon wusste ich, dass wenn es Krieg gab – und wer konnte noch daran zweifeln? – eine schwere Last mir zufallen werde.

ENDE DES ERSTEN BUCHES

EIN GESPRÄCH MIT GRAF GRANDI

Churchill an Sir Robert Vansittart

28. September 1935

Obwohl er die Sache Italiens sehr geschickt vertrat, ist er sich der ganzen Lage selbstverständlich voll bewusst ...

Ich sagte ihm, dass ein starker Wandel in der öffentlichen Meinung eingetreten sei, seit das Parlament Stellung bezogen habe. England, vielmehr das Britische Reich, könne einmütig auf der Grundlage des Völkerbunds handeln, und alle Parteien seien der Ansicht, dass dieses Instrument den stärksten Schutz gegen künftige Gefahren darstelle, wo immer sie auftreten würden. Er verwies auf die Schwächung des Völkerbunds durch den Austritt Italiens. Der Sturz des italienischen Regimes würde unvermeidlich ein deutschfreundliches Italien zur Folge haben. Er schien auf wirtschaftliche Sanktionen vorbereitet zu sein. In Italien sei man durchaus bereit, ein Leben auf kollektiver Grundlage hinzunehmen. Wie arm die Italiener auch seien, sie könnten durchhalten. Er sprach über die Schwierigkeit, den Wandlungen der öffentlichen Meinung Englands zu folgen. Ich sagte, daraus könne keinem ausländischen Botschafter ein Vorwurf gemacht werden, aber man müsse sich über die Tatsache des Stimmungswandels klar sein. Wenn erst der Kampf in Abessinien begänne, wenn die Geschütze feuerten, wenn Blut vergossen werde, Dörfer bombardiert würden usw., sei ein sehr steiles Ansteigen der Temperatur zu erwarten. Er schien mit wirtschaftlichen Sanktionen zu rechnen, die anfänglich unwirksam wären, sich aber allmählich verschärfen würden, bis es schliesslich zum Krieg käme.

Ich sagte, die britische Flotte sei sehr stark, und obwohl sie in nächster Zeit neu gebaut werden müsse, sei sie gegenwärtig gut und kampftüchtig, und sie sei jetzt vollkommen bereit, sich zu verteidigen; aber ich wiederholte, dass dies eine rein defensive Massnahme im Hinblick auf unsere Interessen im Mittelmeer bedeute und in keiner Weise unsere Stellung von derjenigen anderer Völkerbundsmitglieder unterscheide. Das nahm er mit traurigem Lächeln hin.

Daraufhin sprach ich davon, wie wichtig es sei, einen Ausweg zu finden: «Wer sich selbst beherrscht, ist grösser als derjenige, der eine Stadt er-

obert.» Er entgegnete, diese Auffassung würden sie gerne teilen, könnten es aber in ihrer Lage nicht. Sie hätten es mit zweihunderttausend bewaffneten Männern zu tun. Mussolinis Diktatur sei eine volkstümliche Diktatur, und ihre Kraft liege im Erfolg. Schliesslich sagte ich, dass ich eine Zusammenkunft der Regierungschefs der drei Länder befürworte ... Gemeinsam könnten die drei Männer Erfolge erzielen, die einem allein versagt bleiben müssten. Letzten Endes hätten England und Frankreich die Ansprüche Italiens auf die Vorherrschaft in der abessinischen Sphäre und die Notwendigkeit von internen Reformen [in Abessinien] voll anerkannt. Ich versicherte ihm, dass ich eine derartige Idee unterstützen würde, wenn das erwünscht sei. Das britische Volk wäre bereit, jeden Weg zu gehen, der zu einem ehrenhaften Frieden zu führen verspricht. Ich bin der Ansicht, dass eine Zusammenkunft der drei Staatsmänner stattfinden sollte. Eine durch sie erreichte Vereinbarung würde selbstverständlich dem Völkerbund unterbreitet. Das scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein, die Vernichtung Italiens als einer grossen und wohlwollenden Macht in Europa zu vermeiden. Selbst wenn diese Besprechungen scheitern sollten, würde dadurch kein Schaden entstehen, und gegenwärtig bewegen wir uns auf einen heftigen Zusammenstoss zu.

MEINE DENKSCHRIFT ÜBER DIE MARINELUFTWAFFE

An Sir Thomas Inskip, Minister für die Koordination der Landesverteidigung, 1936

1. Man kann die Forderung eines Admirals auf absolute Befehlsgewalt über die Flugzeuge der Schlachtflotte, ganz gleich, ob diese zu Aufklärungszwecken, Artilleriebeobachtung oder für Luftangriffe auf die gegnerische Flotte verwendet werden, nicht ablehnen – die Marineflugzeuge sind seine Augen. Damit sie ihre Aufgabe in jeder Beziehung erfüllen können, muss sich der Standpunkt der Admiralität in der Frage der Unterstellung durchsetzen.

2. Das Argument, dass Armee und Luftwaffe unter ähnlichen Bedingungen der Zusammenarbeit gute Resultate erzielen, ist nicht stichhaltig. In dem einen Fall werden die Flugzeuge von Flugplätzen aus eingesetzt und operieren unter genau den gleichen Bedingungen wie bei selbständigen Luftaktionen. Flüge von Kriegsschiffen aus und Fliegeraktionen in Verbindung mit Flottenoperationen sind hingegen etwas völlig anderes. In dem einen Fall handelt es sich wirklich nur um eine Zusammenarbeit, im andern bildet die Tätigkeit der Flieger einen integrierenden Teil moderner Flottenoperationen.

3. Es muss daher eine Trennung zwischen der Luftwaffe, die der Admiralität untersteht, und der, die dem Luftministerium untersteht, gemacht werden. Diese Trennung hängt gar nicht von der Art der Fahrgestelle der Flugzeuge ab, auch nicht unbedingt von der Art der Basis, von der aus sie starten, sondern von ihren Aufgaben – handelt es sich vornehmlich um Aufgaben der Flotte oder nicht?

4. Die meisten dieser Aufgaben können klar abgegrenzt werden. So fallen zum Beispiel alle Flugzeuge jeglicher Art (ob sie Fahrgestelle mit Rädern oder Schwimmern haben, ob sie Aufklärungs- oder Jagdflugzeuge, Bomber oder Torpedoflugzeuge sind), welche regelmässig auf Kriegsschiffen oder Flugzeugträgern stationiert sind, selbstverständlich in den Befehlsbereich der Marine.

5. Die Frage reduziert sich also auf die Zuteilung jener Flugzeugtypen, die von Landflugplätzen aus über See operieren. Diese Frage kann aber wiederum nur in Verbindung mit den Aufgaben und Pflichten der Flotte ent-

schieden werden. Flugzeuge, die von Schiffen aus starten, können bei der Sicherung der Schifffahrt eine grosse Rolle spielen. Vor allem wäre das auf hoher See der Fall, wo ein Kreuzergeschwader mit eigenen Aufklärungsflugzeugen oder zwei kleinen Flugzeugträgern ein Gebiet von tausend Meilen absuchen könnte. Doch man könnte von der Flotte nie verlangen – und es ist auch nie verlangt worden – dass sie eine Marineluftwaffe unterhält, die stark genug wäre, um einen konzentrierten Angriff starker feindlicher Luftstreitkräfte gegen die Handelsschifffahrt in den Küstengewässern abzuschlagen. Es muss daher der Grundsatz aufgestellt werden: Luftwaffe *gegen* Luftwaffe und Flotte *gegen* Flotte. Wenn es sich darum handelt, die Hauptmacht der feindlichen Luftwaffe oder auch nur einen wesentlichen Teil derselben zu bekämpfen, muss es durch die RAF. geschehen.

6. Auch könnte der Fall eintreten, dass ein oder mehrere Schiffe zu reinen RAF.-Operationen herangezogen werden müssten, um, sagen wir, einen Angriff auf einen wichtigen feindlichen Stützpunkt auszuführen. Eine solche Operation der RAF. erfordert den Einsatz von Flugzeugtypen, die normalerweise nicht der Flotte zugeteilt sind – in dem Falle würden die Rollen der Admiralität und des Luftministeriums vertauscht: die Flotte würde das Schiff gemäss den taktischen und strategischen Direktiven des Luftministeriums einsetzen. Das würde gar kein Durcheinander hervorrufen, im Gegenteil, an diesem Sonderfall erweist sich die Logik der «Kompetenzverteilung gemäss den Aufgaben».

7. Was der Flotte zugesprochen wird, sollte innerhalb der ihr zugewiesenen Grenzen auch völlig ihrer Leitung unterstehen. Die Admiralität sollte die volle Befehlsgewalt über die Marineluftwaffe innehaben und auch das erforderliche Personal stellen. Offiziere, Kadetten, Unteroffiziere, Mechaniker usw. sollten von der Admiralität aus den Reihen der Marine rekrutiert werden. Diese Leute sollten dann flugtechnisch von der RAF. ausgebildet werden – den entsprechenden Schulen wären vielleicht Seeoffiziere zuzuteilen – doch nachdem sie die nötigen Kenntnisse als Piloten und Mechaniker erworben haben, sollten sie zur weiteren Ausbildung in den Aufgaben der Marineluftwaffe zu den Fliegerstationen der Admiralität versetzt werden; genau so wie die Piloten der RAF. ihre Kampfaufgaben in RAF.-Waffenschulen lernen. So wird das Flugpersonal der Flotte ein Bestandteil der Marine und untersteht sowohl disziplinarisch wie in allen Beförderungs- und Pensionsfragen lediglich der Admiralität. Das würde sich auf alle Dienstgrade und Dienstzweige erstrecken, ob sie nun Dienst an Bord oder an Land tun.

8. Gleichzeitig mit dieser Regelung, durch die die Marineluftwaffe ein Dienstzweig der Flotte würde, sollte eine weitere Neuverteilung der Aufgaben erfolgen, und zwar sollte dem Luftministerium die Verantwortung für die Fliegerabwehr übertragen werden. Das würde dann, so weit die Marine in Betracht käme, bedingen, dass in jedem Kriegshafen die Fliegerabwehrbatterien an Land, die Scheinwerfer, Jagdflieger, Sperrballone und sonstigen Abwehrmittel unter einem Operationskommando zusammengefasst würden; natürlich müsste der betreffende Kommandant der Fliegerabwehr dem Festungskommandanten unterstehen.

9. In gleicher Weise wären die Fliegerabwehrkräfte Londons und anderer gefährdeter Gebiete, die in erheblichem Umfange mit Fliegerabwehr versehen werden müssten, unter einem Kommando zusammenzufassen und dem Luftministerium zu unterstellen. Die Befehlsgewalt des Luftministeriums sollte sich nicht nur auf den operativen Einsatz erstrecken, sondern auch auf die Aushebung, Ausbildung und Verwaltung des gesamten Personals der aktiven Fliegerabwehr.

10. Das Luftministerium hat genau so gut einen Anspruch auf die Befehlsgewalt über die aktive Fliegerabwehr wie die Flotte auf das Verfügungsrecht über ihre eigenen «Augen». Zu diesem Zweck sollte innerhalb des Luftministeriums eine neue Dienststelle, genannt «Fliegerabwehr», geschaffen werden, der die gesamte Fliegerabwehr-Artillerie, die Scheinwerfer, Sperrballone und die entsprechenden Bedienungsmannschaften unterstellt werden, ebenso wie die Einheiten der RAF., die von Zeit zu Zeit zur Mitwirkung herangezogen werden. Unter dieser Dienststelle werden Fliegerabwehroffiziere, von den entsprechenden Stäben unterstützt, das Kommando über alle Fliegerabwehreinrichtungen in den einzelnen Städten und Gebieten ausüben.

11. Es ist nicht anzunehmen, dass das Luftministerium oder der Generalstab der RAF. zur Zeit in der Lage wären, ohne Unterstützung diese neue schwere Verantwortung zu übernehmen. Bei der Bildung des Fliegerabwehr-Kommandos müssten die beiden älteren Waffengattungen aushelfen. Erfahrene Stabsoffiziere sowohl von der Armee wie von der Flotte müssten die Offiziere des bestehenden RAF.-Generalstabes ergänzen.

NB. Die Frage, welche Einheiten dem Fliegerabwehr-Kommando zu Ausbildungs- und Operationszwecken zuzuweisen sind und wem sie disziplinarisch unterstehen, brauchte keine Schwierigkeiten zu verursachen. Diese Einheiten könnten von den bestehenden Formationen abgegeben werden, bis sich eine bessere Lösung ergibt.

12. Bisher habe ich noch nicht vom Material gesprochen, aber diese Frage ist äusserst einfach. Die Admiralität wird sich gemäss den Erforder-

nissen ihrer Aufgabe für die entsprechenden Flugzeugtypen entscheiden. Über die für diese Zwecke zu bewilligenden Finanzmittel muss das Kabinett auf Vorschlag einer Kommission unter dem Vorsitz des Ministers für die Koordination der Landesverteidigung entscheiden. Unter den augenblicklichen Verhältnissen würde das Koordinations-Ministerium seine Direktiven zweifellos durch das bestehende Personal ausführen lassen, müsste sie aber im Kriegsfall dem zu bildenden Rüstungsministerium weitergeben. Selbstverständlich dürfen die Forderungen der Admiralität die Flugzeugindustrie nicht an der Erfüllung ihrer übrigen Aufgaben hindern. Alles muss von einer höheren Warte aus entschieden werden.

13. Es ist nicht vorgesehen, dass die Admiralität eine eigene technische Sektion für Flugzeugkonstruktion getrennt von der bereits im Luftministerium bestehenden oder einer im Rüstungsministerium zu errichtenden bildet. Sie könnte jedoch einen technischen Stab schaffen, der sie über die Möglichkeiten der technischen Entwicklung berät und ihre speziellen Marine-Bedürfnisse in geeigneter technischer Form dem Rüstungsministerium mitteilt.

14. Zusammenfassend ergeben sich folgende Forderungen:

Erstens: Die Admiralität sollte die volle Befehlsgewalt über die Marine-luftwaffe, das heisst über alle Flugzeuge, die «Aufgaben der Flotte» zu erfüllen haben, erhalten.

Zweitens: Eine neue Dienststelle für aktive Fliegerabwehroperationen müsste aus den drei Waffengattungen geschaffen und dem Luftministerium unterstellt werden.

Drittens: Die Frage der Materialbeschaffung müsste von einer Kommission unter dem Vorsitz des Ministers für die Koordination der Landesverteidigung entschieden und von den gegenwärtig vorhandenen Dienststellen gelöst werden, eventuell aber von einem zu bildenden Rüstungsministerium.

DENKSCHRIFT ÜBER DIE ORGANISATION DER RÜSTUNGSPRODUKTION

6. Juni 1936

1. Die bestehende Dienststelle des Ministers für die Koordination der Landesverteidigung hat zusammenhanglose und falsch gruppierte Aufgaben zu bewältigen. Die Arbeit des mit der strategischen Koordination beauftragten Ministers ist verschieden von der Arbeit des Ministers, der beauftragt ist: a) die Ausführung der vorhandenen Programme zu sichern, b) die rasche Umstellung der britischen Industrie auf Kriegsbedingungen vorzubereiten und eine wirksame Kontrolle über die Durchführung dieser beiden Arbeiten zu schaffen.

2. Der erste Schritt wäre daher, die strategische Planung von der Materialversorgung in Krieg und Frieden zu trennen und eine besondere Organisation für diese zweite Aufgabe zu bilden. Eine harmonische Regelung wäre das Vorhandensein vier getrennter Ministerien – Marine, Armee, Luftwaffe und Rüstung – dazu der diesen vier übergeordnete Minister für die Koordination der Landesverteidigung, welcher die Entscheidung über den Vorrang der Lieferungen zu treffen hätte.

3. Keine Vielfalt von Kommissionen, wie erfahren und tüchtig sie auch seien, könnte diese Aufgabe erfüllen. Rüstungen können nicht ohne eine zentrale Befehlsgewalt durchgeführt werden. Eine Kette von verantwortlichen Stellen müsste die gesamte britische Rüstungsindustrie zusammenfassen. (Das soll nicht heißen, dass staatliche Einmischung in die augenblicklichen Funktionen der Industrie befürwortet wird.) Gegenwärtig bestimmen die drei Wehrministerien getrennt über ihre eigenen Rüstungen, und das vierte, das planende Ministerium, ist lediglich konsultativ, und das auch nur für den Kriegsbedarf, nicht für die gegenwärtige Versorgung. Man müsste die Rüstungslieferungen für die drei Wehrministerien in einer Organisation zusammenfassen, welche auch Verfügungsgewalt über die eigentlichen Kriegsrüstungen hätte. (Der Admiralität würde weiterhin der Bau von Kriegsschiffen und von besonderem Flottenmaterial unterstehen.)

4. Es müssten nicht nur die Rüstungsproduktion, sondern auch die entsprechenden Konstruktionsarbeiten zusammengefasst werden. Die Wehrministerien sollten ihren Bedarf an Typen, Qualität und Quantität angeben, und die Rüstungsorganisation sollte diese Bestellungen entsprechend den Wünschen des Auftraggebers ausführen. Mit anderen Worten, das Rüstungsministerium unternimmt es, die genehmigten Typen von Kriegsmaterial aller Art an die Wehrministerien zu liefern, wann und wo immer diese sie benötigen.

5. Aber nichts von all dem, nicht einmal die pünktliche Durchführung der genehmigten Programme kann mit den in Friedenszeiten üblichen Methoden bewältigt werden. Es ist im Augenblick weder nötig noch möglich, aussergewöhnliche Vollmachten zu erteilen und zu Kriegsmethoden zu greifen. Ein Zwischenstadium sollte geschaffen werden, das man, sagen wir, den «Alarmzustand» nennen könnte.

6. Die entsprechende Gesetzgebung sollte in zwei Teilen erfolgen: erstens, Gesetze für den Alarmzustand, und zweitens, Gesetze für den Kriegszustand. Teil eins sollte jetzt ausgeführt werden, die Gesetze für Teil zwei wären zu entwerfen, auszuarbeiten, ihre Prinzipien festzulegen und die Paragraphen abzufassen, damit sie im Kriegsfall sofort durch Parlamentsbeschluss erlassen werden können. Es sollte möglich sein, den Alarmzustand sozusagen reibungslos in den Kriegszustand übergehen zu lassen, nachdem alle nötigen Vorbereitungen getroffen worden sind.

7. Damit dieses neue System eingeführt werden kann, müsste zunächst ein Rüstungsministerium geschaffen werden. Der betreffende Minister würde einen Rüstungsrat bilden; jedes Mitglied wäre mit dem Studium der vier oder fünf Produktionszweige beauftragt, die ihm als sein Aufgabenkreis zugeteilt sind. Danach müssten so bald als möglich die den Wehrministerien unterstellten Dienststellen für Planung, Kontrakte, Rüstungslieferungen usw. allmählich der neuen Behörde einverleibt werden, welche allein mit dem Schatzamt über Finanzfragen zu verhandeln hätte. (Mit «Finanzen» sind Zahlungen im Rahmen der genehmigten Programme gemeint.)

ANHANG D

MEINE ERKLÄRUNG BEIM EMPFANG DER ABORDNUNG KONSERVATIVER MITGLIEDER BEIDER HÄUSER DES PARLAMENTS DURCH DEN PREMIERMINISTER

28. Juli 1936

In Friedenszeiten wird der Bedarf unserer kleinen Armee – und in gewissem Umfang auch der Luftwaffe und der Flotte, namentlich was Waffen und Munition betrifft – durch das Kriegsministerium gedeckt, dem zu diesem Zweck bestimmte staatliche Fabriken und private Stammlieferanten zur Verfügung stehen. Diese Regelung gestattet die Erfüllung normaler Friedensansprüche und die Ansammlung einer Reserve, die für unsere sehr beschränkte reguläre Armee einige Kriegswochen lang ausreicht. Darüber hinaus gab es bis vor wenigen Monaten nichts. Vor etwa drei oder vier Monaten wurde dem Kriegsministerium die Ermächtigung erteilt, seine Aufträge auf bestimmte Zweige der Zivilindustrie auszudehnen.

Andererseits ist in allen führenden kontinentalen Ländern die Umstellung der gesamten Industrie vom Friedens- auf den Kriegsbedarf schon seit geraumer Zeit gründlich und wissenschaftlich organisiert worden. Vor allem natürlich in Deutschland wurde dies, und zwar noch vor dem Hitlerregime, zum höchsten Bemühen der Regierung. Getrieben vom Drang nach Rache, konzentrierte Deutschland, dem durch Verträge der Aufbau einer Armee, Flotte und Luftwaffe verboten war, eine ungeheure Energie darauf, die Umstellung seiner ganzen Industrie auf Kriegsproduktion zu vollziehen. Nur wir begannen das Problem erst dann ernsthaft zu prüfen, als alle andern es bereits gelöst hatten. 1932 und 1933 war jedoch immer noch Zeit, ein grosses Stück vorwärtszukommen. Vor drei Jahren, als Hitler an die Macht kam, hatten wir vielleicht ein Dutzend amtlicher Funktionäre, die sich mit der kriegsmässigen Organisation der Industrie befassten, verglichen mit fünf- oder sechshundert, die in Deutschland auf diesem Gebiet ständig arbeiteten. Diesen ganzen riesigen Apparat setzte dann das Hitler-Regime in Bewe-

gung. Die Deutschen wagten es nicht, die Verträge über Heer, Marine und Luftwaffe zu brechen, bis sie in jedem Industriezweig über eine Kraftreserve verfügten, die sie, wie sie hofften, sehr bald zu einem Volk in Waffen machen würde – wenn ihnen nicht ein sofortiger Angriff der Alliierten zuvorkam.

Und was wird augenblicklich unternommen? Unsere Vorbereitungen können das Stadium der Massenfabrikation bestenfalls in anderthalb Jahren erreichen, vom Zeitpunkt der erwähnten Verordnung an gerechnet. Die Herstellung von Munition, also von Fliegerbomben, Artilleriegeschossen und den dazu gehörigen Treibladungen, macht es erforderlich, die Fabriken zusätzlich mit besonderen Werkzeugmaschinen auszurüsten und ihren bisherigen Produktionsgang zu ändern. Ausserdem müssen Lehren und Fräsen für die eigentliche Produktion gebaut werden ... Die Fabrikation dieser Werkzeugmaschinen wird in den meisten Fällen durch ganz andere Firmen erfolgen müssen als durch die, denen die Lieferung der Munition anvertraut ist. Nach der Lieferung der Werkzeugmaschinen entsteht eine neue Verzögerung, bis sie in den Betrieben aufgestellt sind und der Herstellungsprozess in Gang gebracht ist. Dann, und erst dann, können Munitionslieferungen stattfinden, zunächst tropfenweise, dann in immer breiterem Strom. Erst dann kann mit der Ansammlung von Kriegsvorräten begonnen werden. Dieser unvermeidlich langwierige Prozess ist bis jetzt erst auf verhältnismässig schmaler Grundlage eingeleitet worden. 52 Firmen haben Vertragsangebote erhalten; 14 davon haben bis heute die Angebote angenommen. Es wäre nicht übertrieben, zu behaupten, dass sich die Zahl der deutschen Munitionsfabriken augenblicklich auf gut 400 bis 500 beläuft, die bereits seit beinahe zwei Jahren in vollem Gange sind.

Wenden wir uns der Artillerie zu: Eine Geschützfabrik in Gang zu setzen, beansprucht eine noch längere Zeit, da die Zahl der Spezialanlagen grösser und der Arbeitsgang verwickelter ist. Unsere normale Friedensproduktion an Geschützen ist in den letzten zehn Jahren, abgesehen von der Kriegsmarine, überhaupt nicht nennenswert gewesen. Es dauert daher bestimmt noch zwei Jahre, bis wir grössere Lieferungen an Feld- oder Fliegerabwehrgeschützen erhalten werden. In Deutschland sind im letzten Jahr wahrscheinlich mindestens 5'000 Geschütze produziert worden, und diese Menge könnte in einem Kriege bedeutend gesteigert werden. Wir müssen unbedingt genügend Betriebsanlagen ins Leben rufen, um nötigenfalls eine grosse nationale Armee schaffen und bewaffnen zu können.

Ich habe von Munition und Geschützen gesprochen, weil diese den Kern jeder Verteidigung bilden; aber die gleichen Bedingungen und Überlegun-

gen gelten, mit gewissen Modifikationen, für das gesamte Gebiet der Ausrüstung. Die Anpassungsfähigkeit der britischen Industrie müsste es möglich machen, einen grossen Teil des schweren Materials – beispielsweise Lastautos, leichte und schwere Panzer – sowie viele leichtere Ausrüstungsgegenstände, die eine Armee braucht, in weit kürzerer Zeit herzustellen, wenn die betreffende Fabrikation sofort in Gang gebracht wird. Ist sie in Gang gebracht? Warum muss man uns sagen, dass mit der Ausrüstung der Territorialarmee erst begonnen werden kann, wenn die der regulären Armee abgeschlossen ist? Ich weiss nicht, wie es mit Gewehren und Gewehrpatronen steht, und hoffe nur, dass wir in der Lage sind, mindestens eine Million Mann damit auszurüsten. Es wird sehr lange dauern, ehe Gewehre aus neuen Fabrikationsquellen beschafft werden können.

Noch wesentlicher ist die Versorgung mit Maschinengewehren. Wie das Produktionsprogramm für Browning- und für Bren-Maschinengewehre aussieht, ist mir nicht bekannt. Aber wenn die Anweisung zur Erstellung der notwendigen Betriebsanlagen erst vor wenigen Monaten gegeben worden ist, dann können wir nennenswerte Lieferungen – äusser durch direkte Käufe im Ausland – nicht vor Anfang 1938 erwarten. Die entsprechenden, bereits in Betrieb befindlichen deutschen Fabriken vermögen dagegen Mengen zu liefern, deren Umfang nur durch die verfügbaren Bedienungsmannschaften begrenzt wird.

Die gleichen Feststellungen lassen sich auch für die Produktion aller anderen wichtigen Kriegsmaterialien machen: Sprengstoffe, Zünder, Giftgas, Gasmasken, Scheinwerfer, Minenwerfer, Handgranaten, Fliegerbomben sowie sämtliche Spezialeinrichtungen, die für Seeminen, Wasserbomben usw. von der Flotte benötigt werden. Es darf nicht vergessen werden, dass die Versorgung der Marine mit hunderterlei kleineren Geräten vom Kriegsministerium und von der industriellen Produktionssteigerung abhängt und dass die Verknappung eines jeden dieser Geräte schweren Schaden anrichten kann. Hinter alledem erhebt sich natürlich auch das Problem der Rohstoffversorgung mit allen seinen unzähligen Komplikationen.

Was ergibt sich daraus? Die Schlussfolgerung, dass eine merkliche Besserung im Aufbau unserer materiellen Landesverteidigung – soweit sie die gesamte Menge an Kriegsmaterial betrifft, für das bisher das Kriegsministerium zuständig war – erst in ungefähr zwei Jahren eintreten wird; dies mit allen Folgen, die sich daraus sowohl für die Flotte wie für das Kriegsministerium selbst ergeben. Aber wenn wir nach demselben Massstab vorgehen wie bisher, dann wird selbst nach Ablauf dieser zwei Jahre unsere Rüstungs-

produktion verschwindend klein sein, ob man sie nun mit unserem Bedarf im Kriege vergleicht, oder mit dem, was andere schon in Friedenszeiten erreicht haben.

Wenn diese Bemerkungen auch nur annähernd den Tatsachen entsprechen – und ich glaube, dass es sich in den meisten Fällen um vorsichtige Schätzungen handelt – wie kann dann behauptet werden, dass kein Notstand bestehe, dass wir nichts tun dürften, das einem Eingriff in den normalen Wirtschaftsverlauf des Landes gleichkäme, dass wir uns mit den Gewerkschaften über die Frage der Ausbildung von Facharbeitern nicht zu verständigen brauchten, dass wir uns ruhig auf das verlassen könnten, was der Minister für die Koordination der Landesverteidigung als «Ausbildung zusätzlicher Arbeitskräfte nach Massgabe des wachsenden Stellenangebots» bezeichnet hat, und dass nichts zu geschehen habe, was in der Öffentlichkeit Beunruhigung oder eine Störung der üblichen Lebensgewohnheiten hervorrufen könnte?

Es wird darüber geklagt, dass das Volk den dringenden nationalen Bedürfnissen kein Verständnis entgegenbringt, dass die Rekrutierungen für das Heer und die Territorialarmee sehr nachlässig gehandhabt und sogar von gewissen Kreisen der öffentlichen Meinung bekämpft werden. Aber solange die Regierung uns versichert, dass kein Notstand existiere, werden diese Hindernisse weiter bestehen bleiben.

Ich habe von der französischen Regierung eine Schätzung der deutschen Luftmacht im laufenden Jahr erhalten; sie stimmt fast genau mit den Ziffern überein, die ich dem Komitee für Reichsverteidigung letzten Dezember vorausgesagt habe. Unser Luftwaffenkommando hält die französische Schätzung für zu hoch; ich für meine Person halte sie für zu niedrig. Die Anzahl Flugzeuge, die Deutschland heute auf einen Schlag einsetzen kann, dürfte näher bei 2'000 als bei 1'500 liegen. Ausserdem besteht kein Grund zu der Annahme, dass die Deutschen sich mit 2'000 Maschinen begnügen wollen. Die ganze deutsche Luftwaffe ist nach Anlage und Aufbau auf ein enormes Mass zugeschnitten, und schon sind vielleicht Pläne in Ausführung, die alles bisher Gesagte bei Weitem übertreffen. Selbst wenn wir uns an die französische Ziffer von rund 1'400 Flugzeugen halten, wäre die deutsche Luftmacht – gemessen an der Zahl der ausgebildeten Piloten und der Militärflugzeuge, die eingesetzt und im Einsatz gehalten werden können – augenblicklich doppelt so gross wie die des britischen Mutterlandes. Aber das Kräfteverhältnis zweier Länder kann nicht ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeit zur Ergänzung ihrer Kampfkraft beurteilt werden. Die deutsche Flugzeugindustrie ist so organisiert, dass sie auf vollen Touren sicher 1'000 Maschinen pro Monat herstellen und diese Zahl von Monat zu Monat erhöhen

kann. Ist die britische Industrie gegenwärtig imstande, monatlich mehr als 300 bis 350 Flugzeuge zu produzieren? Wie lang wird es dauern, bis wir eine potentielle Kriegsproduktion erreichen, die der deutschen ebenbürtig ist? Sicher mehr als zwei Jahre. Wenn wir den ausserordentlich hohen Verschleiss im Kriege berücksichtigen, würde ein Zweikampf zwischen den beiden Ländern bedeuten, dass vor Ablauf von sechs Monaten unsere Luftwaffe nicht einmal mehr ein Drittel der deutschen erreichen würde. Dass für den Kriegsfall mindestens eine Verdreifachung des gegenwärtigen Umfangs unserer Industrie vorbereitet werden muss, erscheint in höchstem Grade dringlich. Wahrscheinlich jedoch wendet Deutschland im laufenden Jahr für seine Luftwaffe nicht weniger auf als den Gegenwert von 120 Millionen Pfund. Es ist daher klar, dass wir zumindest in diesem Jahr noch nichts aufholen können. Im Gegenteil, wir fallen weiter zurück. Wie lange wird diese Entwicklung noch im nächsten Jahr weitergehen? Das kann niemand voraussagen.

*

Es ist angekündigt worden, das Programm der zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmten 120 Geschwader und 1'500 Flugzeuge erster Linie werde bis zum 1. April 1937 vollendet sein. Das Parlament hat keinerlei Auskunft darüber erhalten, wie die Erfüllung dieses Programms in seinen einzelnen Teilen – Flugzeuge, Mannschaften, Organisation, Hilfsdienste – fortschreitet. Man hat uns überhaupt nichts davon mitgeteilt. Ich mache der Regierung keinen Vorwurf daraus, dass sie keine vollständigen Angaben bekanntgibt; das wäre jetzt zu gefährlich. Indessen ist es nur natürlich, wenn angesichts des gänzlichen Fehlens von Informationen grosse Unruhe herrscht und viele private Erörterungen stattfinden ... Ich bezweifle sehr, dass wir bis zum Juli nächsten Jahres 30 mit den neuen Flugzeugtypen ausgestattete Geschwader haben werden. Soviel mir bekannt ist, wird die Lieferung der neuen Maschinen frühestens in einem Jahr oder fünfzehn Monaten in grösseren Mengen einsetzen. Bis dahin verfügen wir nur über unsere sehr altmodische und überholte Ausrüstung.

Eine zweite Frage erhebt sich bezüglich dieser Flugzeuge: wenn sie, von jetzt an gerechnet, in etwa fünfzehn Monaten massenweise aus den Fabriken kommen – werden sie dann auch mit allen notwendigen Zubehöerteilen versehen sein? Nehmen wir zum Beispiel einmal die Maschinengewehre. Wenn es unser Ziel ist, in anderthalb Jahren, von jetzt an gerechnet, 2'000

Flugzeuge modernster Konstruktion (nämlich 1'500 plus 500 in Reserve) zu besitzen: sind dann auch entsprechende Vorkehrungen für ihre Ausrüstung mit Maschinengewehren getroffen? Bei einzelnen modernen Jagdflugzeugen sind nicht weniger als acht Maschinengewehre in die Tragflächen eingebaut. Selbst wenn man nur einen Durchschnitt von vier annimmt, würde das – eine genügende Reserve eingerechnet – 10'000 Maschinengewehre erfordern. Trifft es indessen nicht zu, dass die Massenherstellung von Browning- und Bren-Maschinengewehren erst vor wenigen Monaten beschlossen worden ist?

Unterwerfen wir nun die Luftflotte, die wir gebaut haben und zu bauen im Begriffe sind, einer Prüfung nach ihrem Aktionsradius und dem von ihr transportierbaren Bombengewicht. Hier muss ich erneut einen Vergleich mit Deutschland ziehen. Deutschland hat künftig jederzeit die Macht, eine Luftflotte zu entsenden, die auf einem einzigen Flug wenigstens 500 Tonnen Bomben über London abzuwerfen vermag. Aus unserer Kriegsstatistik wissen wir, dass eine Tonne Sprengbomben zehn Menschen tötete, dreissig verwundete und für 50'000 Pfund Schäden verursachte. Die Annahme, dass nun die gesamte deutsche Bomberflotte unaufhörlich nach England fliegen werde, wäre natürlich widersinnig; allerlei andere Erwägungen treten dazwischen. Dennoch bildet das Gewicht der Bombenlast, deren Abwurf bei jedem Flug möglich ist, einen brauchbaren Massstab für den praktischen Kräftevergleich der beidseitigen Luftflotten. Welches ist nun, wenn wir die potentiellen deutschen Abwürfe auf London bei Einsatz der gesamten deutschen Bomberflotte auf 500 Tonnen je Flug berechnen, unsere potentielle Entgegnung? *Die Deutschen* sind dazu heute in der Lage; was können wir dagegen tun? Zu allererst: welche Vergeltung können wir gegenüber Berlin üben? Wir besitzen im gegenwärtigen Zeitpunkt kein einziges Flugzeuggeschwader, das imstande wäre, eine nennenswerte Bombenlast bis Berlin zu transportieren. Was werden wir um die gleiche Zeit im nächsten Jahr besitzen? Ich gebe Ihnen zu erwägen, dass wir um die gleiche Zeit im nächsten Jahr – wenn der potentielle Bombenabwurf der deutschen Luftflotte sehr wohl auf annähernd 1'000 Tonnen gestiegen sein mag – nicht in der Lage sein werden, mehr als 60 Tonnen zur Vergeltung über Berlin abzuwerfen.

Aber lassen wir Berlin beiseite. Nichts fällt an unserer neuen Bomberflotte mehr auf als ihr geringer Aktionsradius. Die grosse Mehrzahl unserer neuen schweren und mittelschweren Bomber vermag von unserer Insel aus kaum mehr als die deutsche Küste zu erreichen. Nur die uns zunächst liegenden deutschen Städte befänden sich in ihrer Reichweite. Tatsache ist, dass die Vergeltung, zu der wir übers Jahr von England aus imstande sein

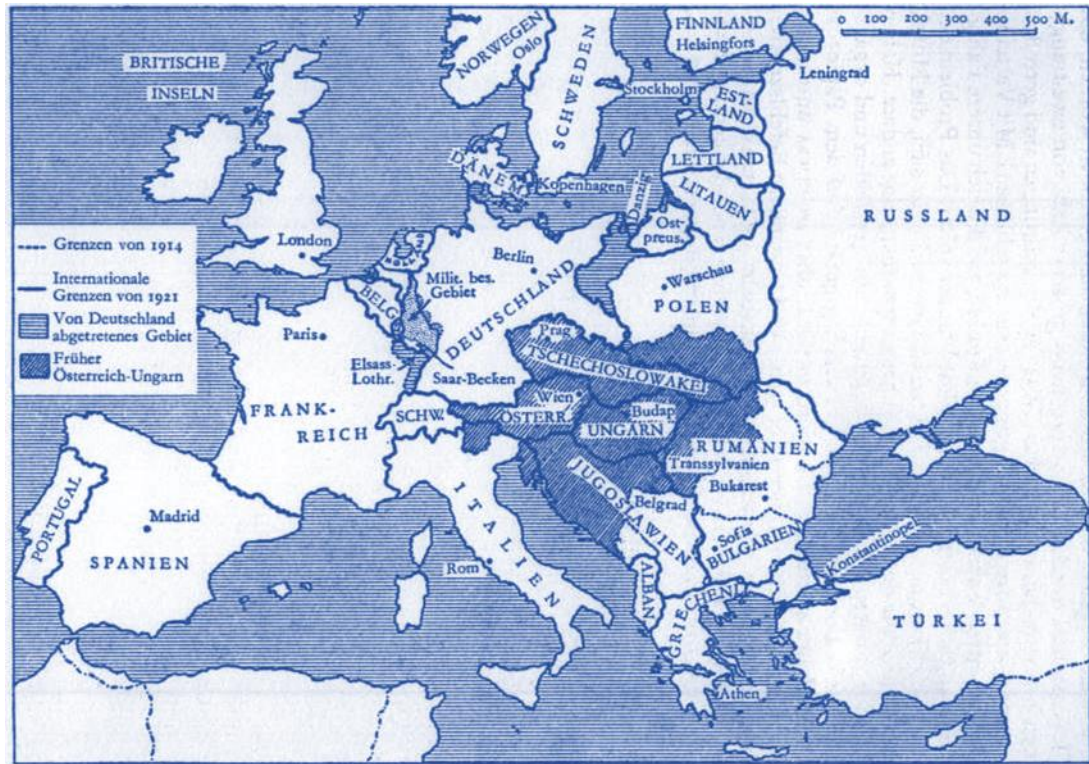
sollten, unter dem Gesichtspunkt der abgeworfenen Bombenlast lächerlich wäre und sich überdies auf die äussersten Randgebiete Deutschlands beschränken würde.

Natürlich sieht die Sache günstiger aus, wenn angenommen wird, dass wir von französischen und belgischen Stützpunkten aus operieren können. In diesem Fall lägen grosse lebenswichtige Industriebezirke Deutschlands im Bereich unserer Geschwader. Unsere Luftwaffe wäre unvergleichlich wirksamer, wenn sie, statt in einem blossen Zweikampf mit Deutschland, in Zusammenarbeit mit der französischen und belgischen Luftwaffe eingesetzt werden könnte.

Ich gehe nun zum nächsten Punkt über: zur passiven und aktiven Verteidigung unseres heimatlichen Bodens gegen Angriffe zu Lande und aus der Luft. Es ist klar, dass wir in unseren Grossstädten und lebenswichtigen Versorgungshäfen vielleicht Schrecknissen ausgesetzt sein werden, wie sie bisher noch keine Volksgemeinschaft durchgemacht hat. Welche Vorkehrungen sind in dieser Beziehung getroffen worden? Nehmen wir London mit seinen sieben oder acht Millionen Einwohnern. Vor beinahe zwei Jahren habe ich im Unterhaus die Gefahr eines Brandbombenangriffs dargelegt. Diese kleinen Bomben, wenig grösser als eine Orange, waren schon damals millionenweise in Deutschland hergestellt worden. Ein einziges mittelgrosses Flugzeug kann 500 davon abwerfen. Bereits bei einem kleinen Luftangriff muss man buchstäblich mit Zehntausenden von solchen Bomben rechnen, die brennend und Brand verursachend von Stockwerk zu Stockwerk fallen. Nehmen wir an, es würden nur hundert Brände ausgelöst, aber es gäbe nur neunzig Einheiten zur Brandbekämpfung – was geschieht dann? Natürlich wäre der Angriff in Wirklichkeit beträchtlich umfangreicher als in diesem Beispiel. Man müsste damit rechnen, dass in einem entsprechenden Verhältnis gleichzeitig schwere Bomben abgeworfen werden, die eine völlige Desorganisation der Wasser-, Strom- und Gasversorgung, des Telefonnetzes usw. herbeiführen. Was geschieht dann? Die Weltgeschichte hat dergleichen noch nicht erlebt. Es würde vermutlich zu einer riesigen Flucht der ganzen Bevölkerung kommen, in deren Gefolge sich die Regierung vor Probleme der öffentlichen Ordnung, Gesundheitspflege und Nahrungsmittelversorgung gestellt sähe, die ihre gesamte Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und wahrscheinlich den Einsatz aller ihrer disziplinierten Kräfte erfordern würden.

Was geschieht, falls sich der Angriff gegen unsere Versorgungshäfen richtet, insbesondere gegen die Themsemündung, Southampton, Bristol und die Merseybucht, die alle im Bereich der feindlichen Luftwaffe liegen? Was

für Vorkehrungen sind getroffen worden, um Lebensmittel durch eine entsprechend grössere Zahl von zweitrangigen Nothäfen heranzuschaffen? Was für Vorkehrungen sind getroffen worden, um unsere Verteidigungszentren zu schützen? Mit Verteidigungszentren meine ich diejenigen Punkte, auf die sich unsere Fähigkeit zur Aufrechterhaltung des Widerstandes stützt. Das Problem der Zivilbevölkerung und ihrer Leiden ist eine Sache für sich, die Mittel, mit denen wir den Krieg fortzuführen vermögen, eine andere. Haben wir für die Regierung ein Ausweichzentrum geschaffen und organisiert, falls London in völlige Verwirrung gerät? Auf dem Papier ist diese Frage zweifellos diskutiert worden; aber ist etwas unternommen worden, um ein oder zwei wahlweise beziehbare Befehlszentren mit genügenden telephonischen Erdkabeln und Funkanlagen zu errichten, von denen aus ein zusammenhängend denkender Führungsmechanismus die notwendigen Anordnungen erteilen kann?...



INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
Dank des Verfassers		11
Vorwort		13
Kapitel	I Die Torheiten der Sieger	17
Kapitel	II Der Friede im Zenith 1922-1931	35
Kapitel	III Lauernde Gefahren	58
Kapitel	IV Adolf Hitler	74
Kapitel	V Die Heuschreckenjahre 1931-1935	90
Kapitel	VI Die Szene verdunkelt sich 1934.	118
Kapitel	VII Die Parität in der Luft geht verloren 1934-1935	141
Kapitel	VIII Herausforderung und Antwort 1935.	164
Kapitel	IX Probleme der See- und Luftkriegführung 1935-1939	183
Kapitel	X Sanktionen gegen Italien 1935	206
Kapitel	XI Hitler schlägt zu 1936	234
Kapitel	XII Die spannungsgeladene Pause / Spanien 1936-1937	257
Kapitel	XIII Deutschland ist gerüstet 1936-1938	278
Kapitel	XIV Eden im Foreign Office; sein Rücktritt	295
Kapitel	XV Die Vergewaltigung Österreichs Februar 1938	318
Kapitel	XVI Die Tschechoslowakei	342
Kapitel	XVII Die Tragödie von München	364
Kapitel	XVIII Der Winter nach München	392
Kapitel	XIX Prag, Albanien und die Garantie an Polen Januar bis April 1939	413
Kapitel	XX Das Sowjeträtsel	436
Kapitel	XXI Am Rande des Abgrunds	461
Anhang	A Ein Gespräch mit Graf Grandi	485
Anhang	B Meine Denkschrift über die Marineluftwaffe	487
Anhang	C Denkschrift über die Organisation der Rüstungsproduktion	491
Anhang	D Meine Erklärung beim Empfang der Abord- nung Konservativer Mitglieder beider Häu- ser des Parlaments durch den Premier- minister	493

VERZEICHNIS DER KARTEN UND GRAPHISCHEN DARSTELLUNGEN

	Seite
Die Annexionen Hitlers	417
Europa nach dem Friedensvertrag im Jahre 1921	501
Vergleichende Darstellung der Flugzeugproduktion der ersten Linie	293

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abbildung I	Churchill begibt sich nach Downing Street	nach Seite 32
Abbildung II	Dokument aus dem Burenkrieg . .	nach Seite 96
Abbildung III	Churchill mit einer Gruppe französischer Offiziere	nach Seite 160
Abbildung IV	Churchill begleitet Lloyd George ins Parlament	nach Seite 224
Abbildung V	Churchills Heim in London, Hyde Park Gate	nach Seite 288
Abbildung VI	Churchills Haus in Chartwell . . .	nach Seite 352
Abbildung VII	Churchill in Lille	nach Seite 400
Abbildung VIII	5-Uhr-Tee in Chartwell	nach Seite 464